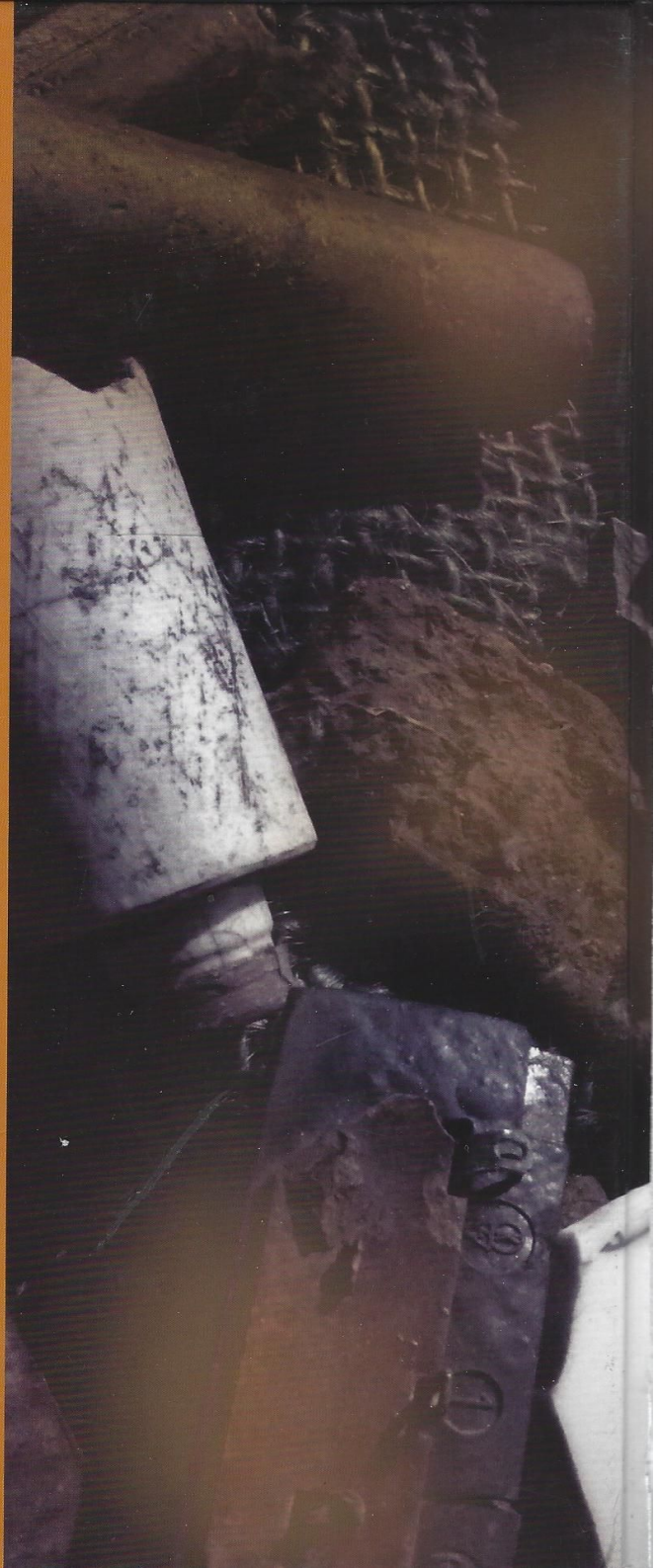




hegau

Umbruchzeiten



ISBN 978-3-933356-93-2 • € 27,80



9 783933 356932 02780 >

hegau

Zeitschrift für
Geschichte, Volkskunde und Naturgeschichte
des Gebietes
zwischen
Rhein, Donau und Bodensee

Themenband
»Umbruchzeiten«

Jahrbuch 75/2018
Hegau-Geschichtsverein e.V., Singen/Hohentwiel

Autorinnen und Autoren

Reinhold Adler, Ummendorf-Fischbach, Realschullehrer a.D.
Dr. Helmut Arnold, Korntal-Münchingen, Oberstudienrat a.D.
Hildegard Bibby M. A., Konstanz und Radolfzell, Historikerin
Manfred Bosch, Konstanz, Schriftsteller
Helmut Fidler M. A., Konstanz, Historiker
Dr. Christian H. Freitag, Hohenfels-Kalkofen, Lehrer a.D.
Dr. Franz Hofmann, Konstanz, Historiker, Kunsthistoriker
Wolfgang Kramer, Engen, Kreisarchivar a.D.
Hans-Dieter Kuhn, Konstanz, Dipl. Finanzwirt
Dr. Michael Losse, Singen, Kunsthistoriker, Burgenforscher
Sibylle Probst-Lunitz M.A., Radolfzell, Historikerin
Dr. Fredy Meyer, Stockach-Wahlwies, Oberstudienrat a.D.
Dr. Arnulf Moser, Konstanz, Studiendirektor a.D.
Dr. Marie-Elisabeth Rehn, Konstanz, Volkskundlerin
Reiner Ruft, Rielasingen-Worblingen, Studiendirektor a.D.
Dr. h.c. Erwin Teufel, Spaichingen, Ministerpräsident a.D.
Johannes Waldschütz, Stockach, Leiter Stadtmuseum und Stadtarchiv
Patrick Wiesenbacher, Konstanz, Historiker

Impressum

Schriftleitung: Wolfgang Kramer in Zusammenarbeit mit dem Redaktions- und Programmausschuss des Hegau-Geschichtsvereins. Redaktionelle Mitarbeit: Dr. Franz Hofmann.
Korrektur: Sibylle Probst-Lunitz M.A.

Die Zeitschrift HEGAU erscheint jährlich. Sie kann über den Buchhandel oder bei der Geschäftsstelle des Hegau-Geschichtsvereins zum Preis von € 27,80 bezogen werden.

Mitglieder des Hegau-Geschichtsvereins erhalten den Jahresband gegen Entrichtung des Jahresbeitrags.

Erscheint als Buchhandelsausgabe bei MarkOrPlan Agentur & Verlag; MarkOrPlan Hegau-Bodensee, Bahnhofstrasse 43, 78224 Singen (Hohentwiel); MarkOrPlan Bonn, Schmittgasser Kirchweg 54, 53123 Bonn; E-Mail: Info@MarkOrPlan.de, Telefon (07731) 977150, Telefax (0 77 31) 977151

Geschäftsstelle des Hegau-Geschichtsvereins: Rathaus, Hohgarten 2, 78224 Singen (Hohentwiel), Telefon: (07731) 85-239 oder 85-561, Fax: (07731) 85-882244
info@hegau-geschichtsverein.de, www.hegau-geschichtsverein.de

Mitgliedsbeiträge Deutschland: Körperschaftliche Mitglieder mindestens 50,00 €; Familien 35,00 €; Einzelmitglieder 25,00 €; Schüler und Studenten 10,00 €; *Schweiz:* Körperschaftliche Mitglieder mindestens 75,00 CHF; Familien 55,00 CHF; Einzelmitglieder 40,00 CHF; Schüler und Studenten 15,00 CHF

Bankverbindungen: Sparkasse Hegau-Bodensee, IBAN: DE17 6925 0035 0003 0080 75, BIC: SOLADES1SNG; Schaffhauser Kantonalbank, Konto-Nr. 582.463-0101

Satz: Setzerei Schumacher, Radolfzell

Umschlaggestaltung: Christine Winkelmann, München

Druck: werk zwei Print + Medien Konstanz GmbH

ISSN 0438-9034

ISBN 978-3-933356-93-2

Die Herausgabe des Jahrbuchs wird vom Regierungspräsidium Freiburg gefördert.



Baden-Württemberg
REGIERUNGSPRÄSIDIUM FREIBURG

Inhalt

Michael Losse

Kam mit dem Ende des Mittelalters «das Ende der Burgen»?
Betrachtungen zu einer vermeintlichen Umbruchzeit um 1500 am Beispiel des Hegau5

Helmut Fidler

Die Stadt Radolfzell als katholisches Bollwerk gegen Reformation und Bauernaufstand23

Franz Hofmann

Profanierte, umgenutzte und abgebrochene Kirchen und Kapellen im Kreis Konstanz, Teil 1: im Hegau45

Johannes Waldschütz

Stockach im Umbruch? – Erster Weltkrieg, Revolution und Neubeginn in einer südbadischen Kleinstadt 85

Sibylle Probst-Lunitz «Mutig nehmt Ihr das neue Recht an» – 100 Jahre Frauenwahlrecht 103

Marie-Elisabeth Rehn

«Für ein völkisches Deutschland der soldatischen Auffassung» –
Wie Archivalien Allensbach und seinen Bürgermeister Josef Mayer (1933-1945) darstellen 117

Helmut Arnold

Auf den Spuren des Widerstandskämpfers Wilhelm Blanke (1904-1944) aus Emmishofen – Eine Portraitskizze 141

Reiner Ruft

«Die Ausschaffung ist zurzeit nicht tunlich» – Die Flucht des
Samson Schönhaus von Berlin nach Stein am Rhein im Oktober 1943 und seine
Ankunft im «Paradies» (Schweiz) 163

Christian H. Freitag

Die «Funkmessstelle Lori» –
Eine Kriegsgeschichte aus dem nordöstlichen Hegau 171

Reinhold Adler

Die UNRRA in Gailingen und ihre Lager für jüdische Displaced Persons in der Nachkriegszeit 181

Arnulf Moser Besatzungskinder der französischen Armee in Konstanz (1945-1961) ... 211

Hildegard Bibby Ins DM-Zeitalter – Die Währungsreform im Hegau und am See 239

Manfred Bosch

«...wer Kultur besitzt hat Hemmungen».

Der Kulturpsychologe Julius Bahle (1903-1986) – Eine biographische Skizze... 253

Patrick Wiesenbacher

Wehrmacht – Französische Besatzung – Studenten: Konstanzer Umbruchzeiten am Beispiel der Chérisy-Kaserne..... 271

VORTRÄGE UND MISZELLEN

Fredy Meyer

Die Wallfahrtskapelle und Verehrung der Vierzehn Nothelfer in Raithaslach-Schweingruben..... 285

Erwin Teufel Carl Diez (1877-1969) zum 140. Geburtstag 293

Wolfgang Kramer Der Hegau-Preis 2018 für Manfred Sailer..... 299

BUCHBESPRECHUNGEN 304

VEREINSNACHRICHTEN 309

Kam mit dem Ende des Mittelalters «das Ende der Burgen»? Betrachtungen zu einer vermeintlichen Umbruchzeit um 1500 am Beispiel des Hegau¹

Von Michael Losse, Singen

Die ältere Burgenforschung sah «das Ende der Burgen» zeitgleich mit dem «Ende des Mittelalters um 1500» und konstatierte die Aufspaltung wesentlicher Funktionen der Burg in der Frühen Neuzeit: Angeblich übernahmen nach 1500 Schlösser die repräsentativen Funktionen und Festungen die Wehrfunktionen der Burgen. Doch entspricht die unter Laien noch gängige Unterscheidung von Burg und Schloss weder historischen Befunden, noch dem Selbstverständnis der Bauherren im 15./16. Jahrhundert und darüber hinaus. Beide Begriffe wurden bis in die Neuzeit synonym verwendet² und viele Burgruinen und Burgställe unserer Region werden bis heute im Volksmund «Schloss» genannt, etwa in Gailingen (Bürglichloss), Ludwigshafen (Knorenschloss) und Orsingen-Nenzingen (Heidenschlössle).

Viele Burgen wurden seit dem 15./16. Jahrhundert schrittweise zu Festungen oder Festen Schlössern ausgebaut. So wäre die Festung Hohentwiel in ihrem frühneuzeitlichen Ausbauzustand mit den Begriffen Burg, Schloss und Festung «richtig» bezeichnet. Ähnliches gilt für weitere Burgen/Schlösser im Hegau, und so liegt es nahe, einmal das angebliche Phänomen des «Endes der Burgen» und des «Beginns des Schloss- und Festungsbaus» zu hinterfragen. Umfassende Forschungen zu dieser Fragestellung gab es für den Hegau und angrenzende Gebiete (Klettgau, Linzgau, Thurgau) bislang nicht.

Die heutige interdisziplinäre Burgenforschung nennt die mehr oder weniger wehrhaften und repräsentativen Adelswohnsitze des Zeitraumes 11.-15. Jahrhundert in (Mittel-)Europa «Adelsburgen». Darüber hinaus gab es funktionale Sonderformen, etwa Kreuzfahrer-, Garnisons-, Zoll-, Trutz- oder Belagerungsburgen. Mittelalterliche Burgen im heutigen deutschen Sprachgebiet waren aber überwiegend Wohnsitze von Adelsfamilien, deren Herrschaftsbasis Grundbesitz sowie Lehen bildeten; Burgen waren Zentren ihrer Politik und

- 1 Dieser Beitrag stellt eine Zusammenfassung aus verschiedenen Publikationen des Verfassers dar und berücksichtigt nur die strukturelle bzw. Aussengestaltung von Burgen und Schlössern. Eine umfassendere Darstellung wird das hier umrissene Phänomen in seiner in Arbeit befindlichen «Burgenkunde: Hegau und Klettgau» finden.
- 2 Richtungsweisend Zeune, Joachim: Burgen – Symbole der Macht. Ein neues Bild der mittelalterlichen Burg. Regensburg 1996

Verwaltung, sie «besetzten» die Landschaft optisch und zeigten, wer das Land beherrscht. Landesausbau und herrschaftliche Durchdringung eines Gebiets waren mit dem Besitz von Burgen verbunden, die wichtige Mittel der Territorialpolitik sowie Wirtschaftszentren sein konnten.

In den letzten Jahrzehnten kam es seitens der wissenschaftlichen Burgenkunde zur Abkehr von der zuvor beinahe alleinigen Betrachtung militärischer Aspekte und der äusseren Gestaltungen der Burgen hin zur Erforschung ihrer ideell-symbolischen Funktionen sowie ihrer Bedeutung im jeweiligen geographisch-historischen Umfeld.³ Die ältere Burgenkunde sah mittelalterliche Burgen noch primär als oft umkämpfte Wehrbauten, die ihr Umland militärisch «beherrschten».

Die Vielzahl der Burggründungen ab dem 12. Jahrhundert resultierte aus der zunehmenden Bedeutung der Burgenpolitik, mit der Adelige Besitz und Herrschaft sicherten. Nachdem Reichstagsbeschlüsse 1231/32 die Landesherrschaft begründet hatten, liessen expandierende Territorialherren Burgen bauen oder ältere ausbauen. Burgen dienten nicht mehr der Sicherung des Reiches, sie waren nun Stützpunkte aufstrebender Partikulargewalten. Zur Burgenpolitik gehörte neben dem Bau der Erwerb bestehender Burgen durch Territorialmächte (Hohenkrähen; Hohentwiel; Mägdeberg), deren frühere Besitzer so an Einfluss und Bedeutung verloren. Nach der Konsolidierung der Territorien bestand dann im 15. Jahrhundert kaum noch die Notwendigkeit, Burgen zu bauen.

Mittelalterliche Burgen im Hegau

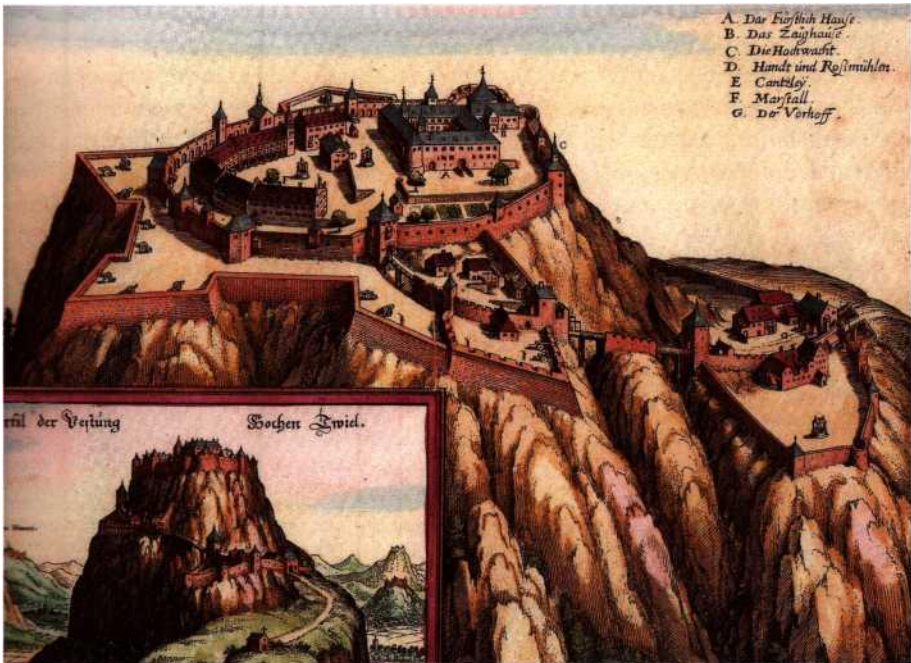
Nach bisheriger Kenntnis begann die Phase der mittelalterlichen Adelsburg, regional unterschiedlich, im 10./II. Jahrhundert; sie endete zwischen dem 14. und 16. Jahrhundert. Das gilt weitgehend auch für den Hegau und das Bodenseegebiet.

Die idealtypische mitteleuropäische Höhenburg mit dominantem Wohnturm entwickelte sich um die Jahrtausendwende.⁴ Sie ist im Hegau u.a. mit der Burg Alter Turm bei Aach vertreten. Die «klassische Adelsburg» des 12./13. Jahrhunderts, vielfach in markanter Höhenlage auf einem Gipfel (Hohenkrähen) oder Berg-/Höhensporn (Hohenklingen/Stein am Rhein) stehend, setzte sich dann meist zusammen aus Wohnturm oder – häufiger – Bergfried in Kombination mit Wohnbau/Paläs⁵ und ovaler oder polygonaler Ringmauer bzw. einer den Wohnbau und weitere Burggebäude verbindenden Wehrmauer. In einer separierten Vorburg standen Wirtschaftsbauten und Stallungen. Diese Struktur zeigen auch

3 Lass, Heiko: Schlösser in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Petersberg 2013, S. 5: «Das Schloss ist das Gebäude eines Landesherrn mit Wohnfunktion in nachmittelalterlicher Zeit. Vorher wird es Burg genannt. Die Unterscheidung zwischen Burg und Schloss ist ein sprachliches Phänomen, das weitgehend auf den mitteleuropäischen Raum beschränkt ist. Weder Engländer noch Franzosen oder Polen unterscheiden hier.»

4 Zum hochmittelalterlichen Burgenbau im Hegau Losse, Michael: Pfalzen und Burgen der Romanik im Hegau und angrenzenden Gebieten – ein Arbeitsbericht. In: HEGAU 74, 2017, S. 21-36

5 Der Paläs enthielt im Gegensatz zum Wohnbau einen Saal.



Die Festung Hohentwiel. Der kolorierte Kupferstich (aus: Matthäus Merian: Topographia Sueviae, 1643) bietet eine wohl idealisierte Darstellung des Zustandes zwischen etwa 1626 und 1635. Die sog. Herzogsburg war ein vierflügeliges Renaissance-Schloss anstelle der mittelalterlichen Hauptburg, links daneben die Vorburg; der beide umgebende Bering mit Feuerwaffen-/Geschütztürmen und Rondell (Ende 15./16. Jh.) und der äussere bastionäre Bering (ab 17. Jh.) machten den Hohentwiel zur Festung. (Stadtarchiv Überlingen)



Burg Hohenklingen bei Stein am Rhein, eine idealtypische Spornburg des Hoch-/frühen Spätmittelalters, typologisch eine Frontturmurg mit dem gegen die überhöhende Bergseite gerichteten Hauptturm (Foto: Verfasser)

Niederungsburgen. Selten erlaubten die natürlichen Gegebenheiten bei Höhenburgen eine (annähernd) symmetrische Struktur, in der Regel war der Grundriss dem Gelände angepasst.

All diese generellen Aussagen beschreiben auch die Situation im Hegau. In der Ringmauer öffnete sich ein teils wehrhaft und/oder repräsentativ ausgestalteter Torbau, mancherorts als Torturm ausgebildet (Möggingen). Gesichert wurde die Burg zusätzlich durch vorgelegte Gräben, entweder in Form eines die gesamte Anlage umgebenden Ringgrabens (gut erhalten Friedingen) oder, bei Spornlagen, durch Halsgräben.

Prägnantestes Herrschaftssymbol der hochmittelalterlichen Burg war seit der 2. Hälfte des 12. Jahrhunderts der Bergfried – der dominierende Hauptturm deutscher Burgen. Er war im Hegau jedoch selten vertreten (Tengen). Hier gab es noch im 12./13. Jahrhundert markante Wohntürme, teils mit aufwendiger Buckelquader- (Engen) oder Wackenverkleidung (Langenstein), in einigen Fällen auch in Kombination (Hohenklingen). Wackentürme sind ein Phänomen vor allem des 2. Viertels des 13. Jahrhunderts.

Bemerkenswert ist, dass seit dem 14. Jahrhundert zunehmend Patrizier und Stadtbürger als Burgherren auftraten, etwa im Bodenseegebiet und in Südtirol. Bürgerliche Familien kauften im 15. Jahrhundert systematisch adelige Besitzungen und Burgen, so ab 1433 die Kaufmannsfamilie Humpis aus Ravensburg, die 1447 die Herrschaft Brochenzell als Reichslehen erhielt und 1540 Gerichtsherr wurde. In Brochenzell baute sie Schloss Humpis als wehrhaften Landsitz aus.

Lange blieben Wehrelemente mittelalterlicher Burgen im frühneuzeitlichen Schlossbau prägend, teils real nutzbar, teils symbolhaft, wie am Österreichischen Schlässchen in Radolfzell, (ab 1619/20), dessen Turmerker in den Obergeschossen Miniaturschiessscharzen zeigen, die lediglich Bedeutungsträger waren.

Das «Burgensterben» im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit

In der jüngeren Burgenfachliteratur findet sich vielfach der für Laien befremdlich klingende Terminus «Burgensterben», mit dem die Aufgabe zahlreicher mittelalterlicher Burgen im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit bezeichnet wird. Das Burgensterben hatte – je nach Zeit und Region – verschiedene Gründe. Nachdem schon im 12. Jahrhundert infolge der Verlagerung von Herrschaftszentren und veränderter wirtschaftlicher Voraussetzungen Burgen an günstigere Standorte verlegt worden waren, kam es im 14./15. Jahrhundert zum eigentlichen Burgensterben: In diesem Zeitraum wurde etwa die Hälfte der um 1300 bestehenden Burgen endgültig aufgegeben. Zu den Ursachen gehörten der wirtschaftliche Niedergang der Ritter bzw. des (Nieder-) Adels und die daraus resultierende bauliche Vernachlässigung von Burgen sowie politischer Druck seitens dynastischer Landesherren oder die Landesherrschaft ausübender Klöster, die ihre Territorien ausbauten und Ritter aus ihren Burgen vertrieben.

Zu den Klöstern, in deren Umfeld Burgen verschwanden, gehörte nahe des Hegau die 1134 gestiftete Zisterzienserabtei Salem im Linzgau, die eines der bedeutendsten Klöster im Reich wurde. Die politische Bedeutung wuchs, nachdem König Karl IV. Salem 1354



Schloss Langenstein. Umbaut von frühneuzeitlichen Gebäuden blieb der Hauptturm (1. Hälfte 13. Jh.) mit seiner Wackenverkleidung erhalten, er wurde barock aufgestockt. (Foto: Verfasser)

zum «gefreiten Stift» im Sinne einer Reichsabtei erhoben hatte. Mit der Zunahme wirtschaftlicher und politischer Macht gelang es der Abtei, viele Adelige im Linzgau von ihren Burgen zu verdrängen, was zu einem Burgensterben in der Region führte. Hier ist die Dichte an Burgstätten entsprechend besonders gross.⁶

Im Spätmittelalter kauften städtische Patriziergeschlechter und verschiedene Städte der westlichen Bodenseeregion – etwa die Reichsstadt Überlingen und deren Heiliggeistspital – Burgen und trugen so zum Niedergang des teils in Finanznöte geratenen regionalen (Nieder-)Adels bei:⁷ Nach 1504 war das Schlossgut in Sernatingen (seit 1826 Ludwigshafen) der grösste Überlinger Spitalbesitz. Um 1430 war die Burg Hüeneberg auf der Burghalde bei Sipplingen im Besitz der Patrizierfamilie Engelin, Konstanz. Im Jahr 1446 verkaufte Albrecht von Klingenberg für 500 rheinische Gulden «Burg, Haus, Hofstadt und Hofrait zu Oberstad [Burg Oberstaad bei Öhningen] mit dem Wassergraben und dem Fischfangen in dem See vor dem Haus Oberstad auf und nieder, wie wir und unsere Vorderen alles samment und sunders inne gehabt» dem Konstanzer Patrizier Konrad Egli zu Herdern.⁸ Graf

6 Losse, Michael (Hg.): Burgen, Schlösser, Adelssitze und Befestigungen am nördlichen Bodensee, Bd. 1.1: Westlicher Teil rund um Sipplingen, Überlingen, Heiligenberg und Salem. Schriftenreihe des Nellenburger Kreises, Bd. 1. Petersberg 2012; Bd. 1.2: Östlicher Teil rund um Meersburg, Immenstaad, Friedrichshafen, Bermatingen, Markdorf und Deggenhausertal. Schriftenreihe des Nellenburger Kreises, Bd. 2. Petersberg 2013

7 Zeittafeln zu den einzelnen Burgen/Schlössern in Schmitt, Günther: Schlösser und Burgen am Bodensee. Bd. I: Westteil (Von Maurach bis Arenenberg). Biberach (Riss) 1998

Heinrich von Fürstenberg belehnte 1465 den Konstanzer Patrizier Hans Stetter mit der Burg Kattenhorn. Im Jahr 1481 erwarb der Überlinger Bürgermeister Clemens Reichlin von Meldegg die Burg Spetzgart. Um 1494 gehörte die Burg Kargegg Hans Ramspach, Bürger in Überlingen.

Auch Klöster erwarben Burgen am westlichen Bodensee und nutzten diese als Güter und als Sommersitze der jeweiligen Äbte. So kaufte 1498 das Prämonstratenserkloster Obermarchtal die Burg Spetzgart.

Nachdem im Hochmittelalter Burgen im Kontext territorialer Konflikte vereinzelt zerstört worden waren, trugen Zerstörungen infolge spätmittelalterlicher und frühneuzeitlicher Kriege und Fehden (Schöpften, zerstört 1369, nicht mehr aufgebaut) zum Burgensterben bei, insbesondere die Feldzüge schwäbischer Städte gegen Adelige im Hegau im Städtekrieg 1441/42, der Schweizerkrieg 1499, der Bauernkrieg 1524/25 – hier stehen umfassende Forschungen noch aus⁹ – und der 30-jährige Krieg 1618-48.¹⁰

Zum Burgensterben trug ab dem 15. Jahrhundert auch bei, dass die Burg als standesgemässe adelige und fürstliche Behausung zunehmend an Bedeutung zugunsten anderer Architekturformen mit höherem Wohnkomfort in Stadt und Land verlor. Sofern kein entsprechender Ausbau möglich war, konnte der höhere Wohnkomfort nur an neuer Stelle in der Ebene in Form eines Schlosses oder in einer Stadt erzielt werden. Für den Hegau wurde dieses Phänomen noch nicht untersucht.

Eine weitere Ursache des Burgensterbens war die Tatsache, dass Höhenburgen durch ihre exponierte Lage Wettereinflüssen wie Stürmen oder Blitzschlag besonders ausgesetzt waren; es kam so mancherorts zu Zerstörungen ohne anschliessenden Neuaufbau. Auch hier besteht für den Hegau noch Forschungsbedarf. Zerstörungen erwuchsen zudem durch infolge Unachtsamkeit verursachte, von Küchen oder Badestuben ausgehende Brände, so in der Burg Vordertengen, die 1519 durch ein von der Badestube ausgehendes Feuer zerstört wurde, wobei zahlreiche Urkunden und Dokumente der Herren von Tengen und der Grafen von Nellenburg verbrannten.¹¹ Die Burg wurde nicht mehr aufgebaut. Das um 1700 entstandene Altarbild der Kapelle St. Georg in Tengen zeigt die Burgruine.

8 Zitiert nach Schmitt, a. a. O. 1998, S. 330

9 Einige angebliche Zerstörungen von Burgen im Bauernkrieg im Bodensee-Gebiet wurden in jüngerer Zeit infrage gestellt, etwa im Falle der Burg Alt-Bodman: Die in der Literatur erwähnten Zerstörungen der Burg im Schweizer- und im Bauernkrieg lassen sich am Bestand nicht belegen. Möglich ist hingegen eine Zerstörung durch Brand/Blitzschlag Ende 15./Anfang 16. Jh. (Mitteilung Rudolf Martin, Radolfzell). Zerstört wurde u.a. die Burg Kargegg (Schmitt, a. a. O. 1998, S. 132).

10 Im 30-jährigen Krieg liess Konrad Widerholt, Kommandant der Festung Hohentwiel, 1634/43 mehrere Burgen rundum zerstören und schuf so einen Wüstungsgürtel, um die Festsetzung potentieller Angreifer auf die Festung in jenen Burgen zu erschweren. Ihre Zerstörung war eine Ausschaltung militärischer Objekte und darüber hinaus ein Angriff auf Machtsymbole seiner Gegner: Niedergebrannte Burgen waren augenfällige Zeichen ihrer Unterlegenheit.

11 Zimmern, Froben Christoph von: Zimmerische Chronik, hg. von Karl August Barack, Bd. 2. Tübingen 1869, S. 416



Österreichisches Schlösschen in Radolfzell. Der 1619/20 begonnene Bau des Stadtpalais zeigt in den Obergeschossen der Turmerker kleine Schlüsselscharten, die symbolische Bedeutung hatten. (Fotos: Verfasser)

Oft sind die Zerstörungsdaten von Burgen unbekannt, meist ist ein allmählicher Verfall anzunehmen. Manche Burgen waren bereits anfangs der Frühen Neuzeit im 16. Jahrhundert baufällig oder sie lagen trotz weiterer Nutzung teils in Ruinen.

Es ist bemerkenswert, dass viele Burgruinen und ehemalige Burgstandorte – Burgstall¹² oder mundartlich Burstei genannt – politisch und wirtschaftlich von Interesse blieben, da Rechte, Privilegien und Einkünfte daran gebunden waren. Noch 1683 wird der Burgstall Gebesenstein im Kontext von Jagdrechten erwähnt.¹³ Die südlich von Dietlishofen am Nordrand des Heilsberges erbaute hochmittelalterliche Burg erwähnte Johann Jacob Rüeger (1548-1606) in seiner «Chronik der Stadt und Landschaft Schaffhausen» (1603/06) als «zwischen dem Schloss Hohen Dwiel und dem Dorf Gottmadingen gelegen, aber ietz gar abgegangen».¹⁴

In Rüegers Chronik finden sich manche Hinweise auf Zustände aufgegebener Burgen und Burgställe. Über den «burgstal» Bürglichschloss bei Gailingen¹⁵ berichtet er, jener «noch

12 Definition s. Michael Losse: Nützliches Burgen-ABC mit Berichtigungen der verbreitetsten Irrtümer. Rheinbach 2016, S. 42-43

13 Heine, Hans-Wilhelm: Studien zu Wehranlagen zwischen junger Donau und westlichem Bodensee. Stuttgart 1978, S. 72

14 Rüeger, Johann Jacob: Chronik von Stadt und Landschaft Schaffhausen, hg. von Carl August Bächtold. 3 Bände. Schaffhausen 1884-1910

15 Losse, Michael: Die vier Burgen und Schlösser in Gailingen am Hochrhein. In: ARX. Burgen und Schlösser in Bayern, Österreich und Südtirol 2, 2014, S. 40⁴-6

etlicher massen uf dem köpf eines bergs darbi gspürt und gsehen würt».¹⁶ Möglicherweise waren noch im 18. Jahrhundert grössere Reste der Burg erhalten, das legt eine Darstellung der Burgruine in einer Stuckdecke im Herrenhaus des Liebenfelsischen Schlosschens (1750/60) in Gailingen nahe.

Umbauten von Burgen zu (Festen) Schlössern und Festungen

Trotz des im vorigen Kapitel geschilderten Burgensterbens gab es neben Burgen, die wenig verändert weiter bestanden, auch zahlreiche Burgen, die mehr oder wenig umfänglich zu Schlössern und Festungen im Sinne der bislang gängigen Definitionen ausgebaut wurden. Das spätmittelalterliche Erscheinungsbild vieler Hegau-Burgen prägten um 1500 Flankierungstürme und den Burgmauern vorgelagerte Zwinger, also zwischen der Ringmauer und einer dieser ganz oder in Abschnitten vorgesetzten Zwingermauer gelegene Geländestreifen. Zwinger waren zusätzliche Annäherungshindernisse und boten eine weitere, vorgelagerte Verteidigungslinie. Sie konnten die Burg komplett oder nur die Hauptburg als geschlossener äusserer Bering umgeben (Möggingen), nur einem Bereich der Burg vorgelegt sein (Hohenklingen, Torzwinger) oder den Burgweg aufnehmen (Mägdeberg).

Zwingermauern waren öfter durch vor die Feldseite ausspringende Türme flankiert, die nicht selten als halbrunde Schalentürme mit offener Rückseite ausgebildet (Alt-Bodman, Hohenklingen, Mägdeberg), in manchen Fällen aber auch mit Fachwerk geschlossen waren. Bis ins frühe 15. Jahrhundert waren Flankierungstürme zur Verteidigung mit Bogen und Armbrust eingerichtet, erkennbar an den schmalen Schlitzscharten, dann wandelten sie sich zu Feuerwaffen- und Geschütztürmen mit neuen Schiessschartenformen – nach ihren Umrissen sog. Schlüssel(loch)-, Maul-, Brillenscharten etc. Solche Feuerwaffentürme blieben an mehreren Burgen erhalten (Bohlingen¹⁷, Krenkinger Schlössle in Engen, Kattenhorn,¹⁸ Mägdeberg, Randegg),¹⁹ ebenso Geschütztürme (Hohentwiel).

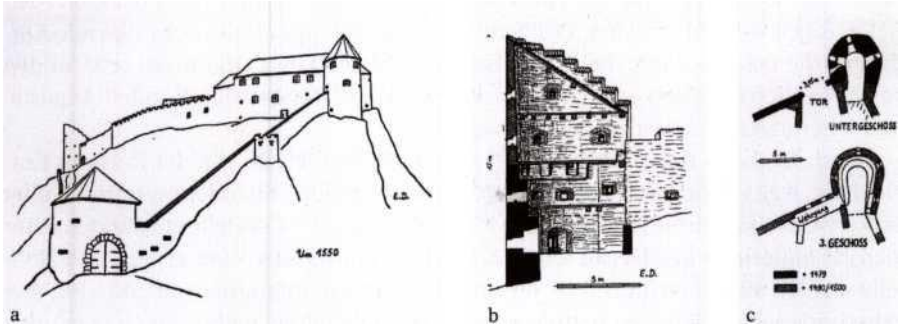
Seit der Zeit um 1500 entstanden zunehmend statt der Geschütztürme niedrigere, meist gerundete (Hohentwiel), seltener zungenförmige (Alt-Bodman; Mägdeberg) und vereinzelt polygonale flankierende Werke zur Aufstellung von Geschützen, sogenannte Rondelle. Verglichen mit Geschütztürmen hatten Rondelle grössere Mauerstärken und ein gedrungeneres Erscheinungsbild. Um weniger Angriffsfläche zu bieten, überragten sie die Mauerkrone der Wehrmauer nicht oder nur wenig. Ihre grösseren Durchmesser (vgl. Hohentwiel, Rondell Augusta, 16. Jahrhundert) waren eine Folge der grösseren Bestückungen mit Feu-

16 Rüeger, a. a. O. 1884-1910

17 Losse, Michael: Die «vesty vnd behusung by der kilchen» in Bohlingen. Anmerkungen zur Geschichte und Baugeschichte einer unbekanntenen Burg im Hegau. In: Europäisches Burgeninstitut (Hg.): Interdisziplinäre Studien zur europäischen Burgenforschung. Festschrift für Horst Wolfgang Böhme zum 65. Geburtstag. Braubach 2005, S. 149-160

18 Hier wohl von einem Doppelturm, das in bisher publizierten Grundrissen nicht erscheint.

19 Losse, Michael: Burg/Schloss Randegg – Geschichte und Baugeschichte. In: Kulturausschuss Randegg (Hg.): 800 Jahre Randegg. Gottmadingen-Randegg 2014, S. 90-101



Burg Mägdeberg: a. Rekonstruktion der Zugangsseite mit Flankierungstürmen um 1550; b. Flankierungsturm der Vorburg, der durch Aufstockung eines als Schale ausgebildeten Rondell entstand, Schnitt; c. Grundriss des Flankierungsturmes der Vorburg (alle Zeichnungen aus: Eberhard Dobler: Burg und Herrschaft Mägdeberg, 1959)



Festung Hohentwiel. Feldseitige Ansicht des Rondells Augusta (16. Jh.), links dahinter ein älterer Geschützturm (Foto: Verfasser)

erwaffen und der besseren Handhabbarkeit der Geschütze, die als Vorderlader zum Laden aus der Schiesskammer zurückgezogen werden mussten. Problematisch war anfangs oft die ungenügende Entlüftung, die teils über Rauchabzugsschächte erfolgte, deren Öffnungen teils an den Aussenwänden über den Scharten zu erkennen sind (Hohentwiel, Rondell Augusta, oder Überlingen, Stadtbefestigung, Rosenobel).

Falsch ist die in der älteren Literatur oft vertretene These von der linearen Entwicklung, weg von spätmittelalterlichen hochaufragenden Flankierungstürmen über stärkere Geschütztürme und Rondelle hin zu Bastionen.²⁰ Rondelle entstanden mancherorts ausserhalb des Hegau teils noch im 17. Jahrhundert und später, und Rondelle wurden teils noch im 16./17. Jahrhundert zu Geschütztürmen aufgestockt, dies ist besonders im westlichen Bodenseegebiet zu beobachten, wurde aber bisher noch nicht ausreichend beschrieben. So wurde die ursprünglich zweigeschossige torflankierende, rondellartige Schale an der Vorkburg der Burg Mägdeberg um zwei Geschosse aufgestockt und auch einige Türme der Stadtbefestigung von Überlingen erfuhren Aufstockungen.²¹ In diesem Kontext ist die Aufhöhung der Feldseite des Wohnbaues/-turmes der Burg Alt-Bodman zu erwähnen, dessen Zinnen gesetzt und mit Schlüsselscharten für kleinere Feuerwaffen überbaut wurden.

Schlösser

Schuster (1908) gibt eine prägnante Definition: «Als Schloss werden überhaupt im Volksmund nicht selten diejenigen alten Wohngebäude bezeichnet, in denen adlige Grundbesitzer oder Glieder der Familie ständig oder vorübergehend gewohnt haben.»²²

In mehreren Fällen ist es unklar, ob einem in oder bei einem Dorfe stehenden Schloss eine Burg vorausging. In seiner Untersuchung zu Burgen im westlichen Bodenseegebiet äusserte Heine (1978) zu einigen Hegau-Schlössern die Vermutung, sie könnten anstelle einer Burg erbaut worden sein, etwa das Schlössle Meldegg in Beuren an der Aach²³ und die Schlösser Gottmadingen, Hegne,²⁴ Mühlingen,²⁵ Schlatt unter Krähen²⁶ und Weiterdin-

20 Bastionärbefestigungen entstanden im Hegau nach bisheriger Kenntnis erst ab dem 17. Jahrhundert.

21 Losse, a. a. O. 2012, S. 125-142

22 Schuster, Eduard: Die Burgen und Schlösser Badens. Karlsruhe o. J. (1908), Nr. 120. S. 70

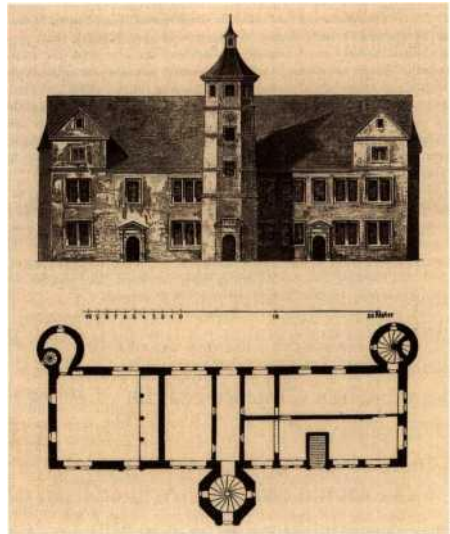
23 Heine, a. a. O. 1978, S. 97

24 Ebenda, S. 50; Losse, Michael: «sitz, burggesäss und schlössle» zu Hegne. Anmerkungen zur Geschichte, Baugeschichte und kunsthistorischen Bedeutung von Schloss Hegne bis 1892. In: Hegner Kulturverein e.V. (Hg.): Hegne: Dorf, Schloss, Kloster. Allensbach-Hegne 2003, S. 147-164; überarbeitete Fassung: derselbe: «burggesäss und schlössle» zu Hegne am Bodensee. Betrachtungen zur Geschichte, Baugeschichte und Bedeutung des Schlosses Hegne, der Sommerresidenz des Konstanzer Bischofs Andreas von Österreich (1589-1600). In: Zeune, Joachim (Hg.): Von der Burg zur Residenz. Braubach 2009, S. 105-115

25 Heine, a. a. O. 1978, S. 85; Losse, Michael: Burgen, Adelssitze und Befestigungen in Mühlingen und seinen Ortsteilen Galimannsweil, Hecheln, Mainwangen und Zoznegg. In: Kramer, Wolfgang (Hg.): Mühlingen – Eine gemeinsame Ortsgeschichte der Madachdörfer Galimannsweil, Mainwangen, Mühlingen, Schwackenreute und Zoznegg. Singen (Hohentwiel) und Bonn 2007, S. 33-50, hier S. 34-43



Schloßle Meldegg in Beuren an der Aach (Stadt Singen). Das mehrfach veränderte Herrenhaus (16. Jh.) mit Treppenspindel (Foto: Franz Hofmann, Konstanz)



Schloss Hegne. Herrenhaus, Grundriss und Hofseite mit Treppenturm (aus Kraus, Kunstdenkmäler 1887, S. 70)

gen.²⁷ In manchen Fällen könnte ein Schloss als Ersatzbau für eine aufgegebene Burg nahebei errichtet worden sein, so vielleicht in Rorgenwies²⁸ und Volkertshausen.²⁹ Die Standorte mancher Schlösser im Hegau auf Berggipfeln (Freudental) oder Berg-/Geländespornen (Langenrain) legen die Vermutung nahe, sie könnten eine Burg als Vorgängerbau gehabt haben, doch stehen archäologische Untersuchungen und Bauforschung fast durchweg aus. Ungeklärt ist, ob das Schloss Bittelbrunn anstelle oder nahe einer Burg entstand.

Im 15./16. Jahrhundert kam es im Hegau nicht nur zu bemerkenswerten Ausbauten mittelalterlicher Burgen zu (Festen) Schlössern und Festungen, auch Burgen in und bei Dörfern erfuhren in der Frühen Neuzeit Umgestaltungen, manche jedoch erst im 17. Jahrhundert. Der Begriff Festung wurde, vor allem in der populärwissenschaftlichen Literatur, immer wieder fälschlich mit Burg gleichgesetzt. Festungen waren nach heutiger wissenschaftlicher Definition jedoch Wehrbauten, mit denen baulich auf den Einsatz schwerer Feuerwaffen reagiert wurde, die ab etwa der 1. Hälfte des 15. Jahrhunderts Verwendung fanden. Ihre Mauern bzw. Wälle und Wehranlagen waren gegen feindlichen Beschuss im Vergleich zu

26 Heine, a. a. O. 1978, S. 99-100

27 Ebenda, S. 75

28 Ebenda, S. 60

29 Ebenda, S. 110

jenen mittelalterlicher Burgen deutlich verstärkt, zudem boten sie Möglichkeiten, Geschütze zur Verteidigung aufzustellen. Überwiegt dabei der Wohncharakter oder ist er dem Wehrcharakter gleichwertig, so spricht man in der Burgenkunde von «Festen Schlössern». Eine Festung konnte gegen einen mit allen gängigen Angriffsmitteln ausgestatteten, zahlenmässig überlegenen Gegner nachhaltig verteidigt werden. Technisch/baulich angepasste Burgen konnten zu Festungen werden (Mägdeberg, Hohentwiel), ebenso befestigte Städte (Konstanz).

Im westlichen Bodenseegebiet kam es bereits im 14. Jahrhundert zum Einsatz von Artillerie bei Belagerungen von Burgen und Städten. Während der Bischofsfehde überstand Meersburg 1334 eine 14-wöchige Belagerung. Die Beschiessung von Burg und Stadt mit Feuerwaffen war eine der frühesten Belagerungen dieser Art in Deutschland. Weit grösser als die Sachschäden war offenbar die psychologische Wirkung der kaiserlichen Geschütze: Eine Chronik berichtet, es «vilent von dem harten Ton vil menschen halbtod und onmächtig um». 1378 wurden Feuerwaffen («grosse Büchsen») beim Angriff auf die Burg Mägdeberg eingesetzt.

Die Optimierung der Artillerie seit der Zeit um 1500 brachte kleinere Geschütze auf Radlafetten, mit denen nun Eisenkugeln statt der zuvor verwendeten Steinkugeln verschossen werden konnten. Sie ermöglichten den Direktbeschuss eines Mauerfusses, was wiederum neue Verstärkungen von Befestigungen bedingte, doch eine kostspielige Aufrüstung war nicht bei allen Burgen und Stadtbefestigungen möglich. Während bei einigen lediglich einzelne Feuerwaffenscharten eingefügt wurden, erhielten andere einzelne Feuerwaffen- oder Geschütztürme (Langenstein), Geschützstellungen und -plattformen (Hohenkrähen) und wurden so zu Festen Schlössern. Nur der Hohentwiel wurde aufwändig, teils unter Integrierung, teils unter Beseitigung und Ergänzung mittelalterlicher Bausubstanz, zur Festung ausgebaut (16.-18. Jahrhundert).

1512 wurde die den Herren von Friedingen-Krähen gehörende Burg Hohenkrähen im Rahmen der Fehde gegen oberschwäbische Städte teilzerstört. Die bald nach der Zerstörung ausgebaute Burg erwarb 1555 der kaiserliche/königliche Rat Hans Jakob Fugger von Kirchberg auf Weissenhorn. Er entstammte jener Augsburgsburger Patrizierfamilie, die durch ihren Reichtum in der Politik Europas im 16. Jahrhundert eine wichtige Rolle spielte und 1530 in den Reichsgrafenstand erhoben worden war. Fugger liess 1557/62 den Wirtschaftshof der Vorburg ausbauen und ab 1563 das Haus hinter dem Felsen in der Hauptburg errichten. Es enthielt zwei Keller-/Magazin-Geschosse mit Fenstern in Form von Mauelscharten und zwei Wohntagen und lehnt sich so an den Burgfelsen, dass es von der Zugangsseite der Burg aus nicht zu sehen ist. Zur Talseite steht es frei sichtbar: Das Schloss war ein Wohnbau in Schutzlage und zudem ein augenfälliges Herrschaftssymbol. Die Burg gliedert sich in Unterburg (Vorhof), Mittel- und Oberburg. Der Verlauf der Vorburg-Ringmauer zeigt kaum Möglichkeiten zu flankierender Verteidigung. Zu den ab 1521 unter österreichischer Herrschaft angelegten Verteidigungswerken gehören die sog. «Österreichische Bastion» an der Südostspitze der Oberburg (ein wegen der Geländesituation irreguläres Werk, das nur entfernt an eine Bastion erinnert) und das Rondell an der Südspitze mit anschliessendem

Zwinger. Als Geschützplattformen konnten vermutlich Terrassen im Bereich der Mittelburg genutzt werden.

Das im Kern hochmittelalterliche Schloss Langenstein – von der Burg blieb der umbaute Wohnturm/Bergfried mit Wackenmauerwerk (wohl 1. Hälfte 13. Jh.) erhalten – wurde in mehreren Phasen, vor allem um 1570/1605, zu einem Festen Schloss der Renaissancezeit ausgebaut, dessen Verteidigungswert jedoch recht gering war, soweit sich dies nach den späteren Umbauten erkennen lässt. Die Ecken des Wohnbaus flankieren kleine kaponnierartige Werke für leichte Feuerwaffen. Weitere Verteidigungsanlagen dürften bei späteren Umbauten beseitigt worden sein.³⁰

Einzelne Burgen und Adelsitze im Hegau erfuhren in der Frühen Neuzeit einen Umbau zu Sommerresidenzen, darunter die Burg Rosenegg (ab den 1610er Jahren).³¹ Eines der bedeutendsten frühneuzeitlichen Sommerschlösser am Bodensee war Schloss Hegne, dem nach Ansicht mancher Forscher eine Burg bzw. ein Adelsitz vorausging.³² Nach einigen Besitzerwechseln war der «Sitz»³³ («sitz, burggesäss und schlössle») Hegne 1591 ans konstanzer Domkapitel gelangt und ab 1593 liess ihn der Konstanzer Bischof Kardinal Andreas von Österreich (reg. 1589-1600) zum Sommerschloss mit integrierter Kapelle umbauen. Andreas, der auch Bischof von Brixen war, erbaute den unter anderem von italienischen Villen-Ideen des 15./16. Jahrhunderts geprägten Bau als «villa suburbana» vor den Toren seiner Bistums- und Residenzstadt Konstanz. In der Mittelachse der weiträumig ummauerten Schlossanlage stand das Herrenhaus als Mittelbau einer zur Bergseite offenen Dreiflügelanlage mit Verwalterhaus am Ost- und Waschhaus an der Westseite. An die Nordwest- und Nordostecke stiess je ein Wirtschaftshof mit Scheunen und Stallungen. Alle Höfe grenzten an die bergseitig am Schloss vorbeiführende Strasse.

Zur Seeseite erstreckte sich der Garten, begrenzt von der Ringmauer, die seeseitig von Rondellen auf den Ecken flankiert war. Ein vor (?) 1624 entstandenes Gemälde im Reichenauer Münster legt nahe, dass sich die Ringmauer bergseitig fortsetzte und auch an den

- 30 Bei der jüngsten, mit baulichen Veränderungen verbundenen Restaurierung fand leider keine Bauforschung statt.
- 31 Losse, Michael: Rosenegg, das verschwundene Bischofsschloss. Anmerkungen zur Geschichte und zum Untergang der Burg Rosenegg. In: HEGAU 60, 2003, S. 181-198; überarbeitete Fassung: derselbe: Das «volle und starke Schloss Rosenegg» im Hegau. Die spärlichen Reste der Sommerresidenz des Konstanzer Bischofs Jakob Fugger (1567-1626) auf dem Rosenegg bei Rielasingen. In: Hahn, Stephanie, und Sprenger, Michael (Hg.): Herrschaft – Architektur – Raum. Festschrift für Ulrich Schütte zum 60. Geburtstag. Berlin 2008, S. 86-102
- 32 Heine, a. a. O. 1978, S. 50; zu Hegne: Losse, a. a. O. 2003, und Losse, a. a. O. 2009
- 33 Als Freisitz wurden im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit meist kleinere herrschaftliche, oft burgartige Wohnsitze im Gebiet der späteren Eidgenossenschaft mit meist relativ geringem zugehörigem Landbesitz bezeichnet, die keiner höherrangigen Adels herrschaft, sondern lediglich dem König bzw. seinem Rechtsnachfolger direkt unterstanden. Ihre Bezirke waren grundrechtlich abgabefrei und besaßen gegenüber dem umgebenden Niedergerichtsbezirk ein verschärftes Sondergerichtsrecht. Nachdem die Niedergerichtsherrschaften im Thurgau 1798 abgeschafft worden waren, war dieser Rechtsstatus nicht mehr gegeben. Viele spätmittelalterliche und frühneuzeitliche, mehr oder weniger wehrhafte Freisitze wurden im 18./19. Jh. umgestaltet und verloren dabei ihren wehrhaften Charakter (z.B. Arenenberg im Thurgau).

oberen Ecken mit Rondellen besetzt war. Das abgebildete Rondell im Vordergrund zeigt keine Öffnungen. Die weitläufige Ringmauer mit den (später veränderten) Rondellen impliziert eher einen Wehrbau, als dass sie realen Wehrcharakter gehabt hätte. Vorerst bleibt ungeklärt, ob die Rondelle Maulscharten für Feuerwaffen besaßen.

Möglicherweise enthält der Mittelteil des durch Umbau eines älteren Gebäudes 1593/1600 entstandenen Renaissance-Herrenhauses, das 1879/82 nochmals stark verändert wurde, mit dem hofseitigen oktogonalen Treppenturm ältere Bausubstanz. Typologische Ähnlichkeiten des vermuteten «Kernbaus» zu verschiedenen Schlössern des 16./17. Jahrhunderts im westlichen Bodenseegebiet fallen auf: So steht an der Hauptfassade der Schlösser Möggingen und Hornstaad jeweils ein mittiger Treppenturm vor einer Querachsendiele. Der vergleichsweise grosse Turm in Hegne – im Lichten 3,7 m – hat eine hohle Spindel, in der ein Glockenseil hing. Der Wendelstein endet im vorletzten Geschoss mit dem gotisierenden Netzgewölbe. Eine kleine Wendeltreppe führt zur Glockenstube.

Schloss Hegne gehört in den grossen Kontext spätmittelalterlicher und frühneuzeitlicher Schlösser, die mit zwei bis vier Türmen an den Ecken des Hauptgebäudes das Motiv der mittelalterlichen Kastellburg tradieren, so im Hegau die dem 16. Jahrhundert entstammenden Schlösser Randegg, Königsegg auf der Reichenau mit runden und Schlatt unter Krähen mit polygonalen Ecktürmen. Dass das nicht an allen Ecken mit Türmen versehene Schloss Hegne von Zeitgenossen so verstanden wurde, zeigt eine 1627 entstandene Ansicht der Insel Reichenau in der Thurgauischen Kantonsbibliothek in Frauenfeld, auf der links unten Hegne abgebildet ist. Das Schloss erscheint dort, abbreviaturhaft, reduziert auf das Herrenhaus mit vier (!) Ecktürmen, umgeben von einer Ringmauer ohne Nebengebäude.

Architektonische Schloss-Typen im Hegau im 16. Jahrhundert

Viele Schlösser des 16./17. Jahrhunderts im Bodenseegebiet prägten schlichte, zweigeschossige Herrenhäuser mit Stufengiebeln, wie etwa in Engen-Bittelbrunn oder am Burghof Dettingen bei Wallhausen, manche mit hofseitig angefügtem Treppenturm bzw. mit Treppenspindel, wie das 1568 ersterwähnte Schlössle Meldegg in Beuren an der Aach oder das wohl um 1640 erbaute Schloss Hornstaad. Manche Stufengiebelhäuser im Hegau wurden nachträglich stark verändert und sind als solche nicht mehr erkennbar, etwa die Schlösser Gottmadingen und Worblingen. Mancherorts im Hegau und nahebei entstanden im 16. Jahrhundert zweiflügelige, teils zweiphasige Herrenhäuser in Burgen und Schlössern, etwa Schloss Blumenfeld oder das Krenkinger Schlössle in Engen.

In Eigeltingen liess Pankraz von Stoffeln, seit 1540 Ortsherr, den Bau des Schlosses beginnen, nachdem er vom Reichenauer Kelhof Grundstücke erworben hatte.³⁴

34 Losse, Michael: Burgen, Schlösser, Adelsitze und Befestigungen in Eigeltingen. In: Kramer, Wolfgang, und Schuster, Hans-Joachim (Hg.): Eigeltingen 764-2014. Vergangenheit und Gegenwart. Eigeltingen und Konstanz 2014, S. 205-216, hier S. 210-211



Schloss Eigeltingen. Zweiflügeliges Herrenhaus, rechts die rekonstruierte Kapelle (Foto: Verfasser)



Deutschordensschloss Blumenfeld. Zweiphasiges Hauptgebäude mit Stufengiebeln, Renaissance-Erker und (erneuertem) rustiziertem Portal (Foto: Verfasser)

Das Herrenhaus des seit den 1980er Jahren von seinem heutigen Besitzer teilrekonstruierten Schlosses hatte im 19./frühen 20. Jahrhundert unterschiedliche Nutzungen erfahren, unter anderem als Brauerei und Kaufladen, und war dazu baulich verändert worden. Es setzt sich aus zwei fast rechtwinklig aneinandergefügten, ehemals mit Stufengiebeln versehenen Flügeln zusammen. Dendrochronologische Untersuchungen der Dachwerke und Innengerüste ergaben für den Hauptflügel die Datierung 1545/46 und für das angefügte Sommerhaus 1551/52.

Urkunden belegen, dass zum Schloss um 1590 ausser dem herrschaftlichen Wohnbau ein Hof, Baum- und Blumengarten, Häuser, Torkel, Gewölbe, Lusthaus und ein Brunnen gehörten. Den gesamten Komplex umgab eine vergleichsweise dünne Ringmauer, wohl ohne Wehranlagen. 1592 entstand die Kapelle. Im Dekor zeigt das Schloss viele spätgotische Formen. Die durch den heutigen Besitzer F. Ostwar nach Befund – Schriftquellen, Fundamente, archäologische Funde – rekonstruierten «Türme» waren offenbar nur Bedeutungsträger;³⁵ Wehrelemente sind nicht bekannt.

Während sich in Eigeltingen keine Hinweise auf eine Burg als Vorgängerbau des Schlosses finden, entstanden die zweiflügeligen Wohnbauten der Schlösser in Engen (Krenkinger Schlössle) und Blumenfeld im 16. Jahrhundert, letzterer in zwei Phasen (um 1511/15 Süd-, um 1578/82 Nordflügel), beide unter Einbeziehung mittelalterlicher Baubsubstanz der jeweiligen Burgen.

Schon nach 1456 (ab 1462?) hatte der Patrizier Dr. Andreas Reichlin von Meldegg in Überlingen seinen Stadtpalast (Reichlin-Meldegg-Haus) in dominanter Lage auf dem Luzienberg erbaut. Das Haus des gebildeten Bauherrn zeigt für die Entstehungszeit «moderne» italienische Renaissance-Elemente (Rustika-Fassade), verbunden mit zeichenhaft verwendeten Burgelementen wie Zinnen als Bedeutungsträger. In der Fernwirkung suggeriert es eine Burg.³⁶ Terminologisch wäre das Gebäude somit als Stadtpalast ebenso wie als Stadtburg eines Patriziers zu benennen.

In der Konfiguration der Bauteile – ein Herrenhaus mit rechtwinklig angesetztem Flügel und axial angesetzter Kapelle – folgte man offenbar beim Umbau des Wasserschlosses Burgberg in Überlingen dem Reichlinschen Vorbild. Burgberg war wohl frühestens in den 1370er Jahren als Weiherhaus eines Stadtadeligen errichtet worden. Gegen Ende des 16. Jahrhunderts kam es an das Kloster Rot an der Rot (Münchroth) und unter Abt Martin Ehrmann erfolgte ab 1584 ein völliger oder weitgehender Neubau des Schlosses sowie der Bau einer Umfassungsmauer. In diesem Kontext entstand die 1588 geweihte Kapelle am Westflügel.³⁷

35 In einer handschriftlichen Notiz in einem Exemplar des Werkes von Kraus, Franz Xaver: Die Kunstdenkmäler des Kreises Konstanz. Die Kunstdenkmäler des Grossherzogtums Baden, Bd. 1. Freiburg (Breisgau) 1887, S. 466, in der Hegau-Bibliothek in Singen heisst es «Eigeltingen alte Burg [!], grosses Steinhaus mit gezinten Giebeln, dem Dr. med. Frank gehörig, gehörte Pankraz von Stoffeln ([1570], von ihm erbt es seine Wittwe».

36 Piana, Mathias: Reichlin-Meldegg-Haus. In: Losse, a. a. O. 2012, S. 145-153

37 Losse, a. a. O. 2012, S. 157-159



Burg/Schloss Randegg. Teilansicht der Hauptburg (Foto: Verfasser)



Schloss Oberhof in Thayngen. Den Kern bildet eine Zweiflügelanlage mit eingestelltem Eckturm. Am linken Flügel ein für das 16. Jahrhundert zeittypisches Staffelfenster. (Foto: Verfasser)

Zu den zweiflügeligen Schlössern des 16./17. Jahrhunderts im Hegau gehört auch Schloss Oberhof in Thayngen, das teils noch gotisches Dekor zeigt (Treppenturm, Portal, dat. 1604). Die Gotik lebte – nicht nur im Hegau – noch lange nach.

Vorläufiges Fazit

Trotz des geschilderten Burgensterbens gegen Ende des Mittelalters ist festzustellen, dass auch im Hegau kein «Ende der Burgen» mit dem «Ende des Mittelalters» kam. Viele Burgen wurden in der Frühen Neuzeit schrittweise ausgebaut und im Sinne der Anpassung von Wehrhaftigkeit (an die seit dem 14. Jahrhundert zunehmend genutzten Feuerwaffen) und Wohnkomfort «modernisiert». Tradierte Bedeutungsträger wie Türme oder Zinnen behielten dabei vielfach ihren Symbolwert: Bergfriede blieben augenfällige Herrschaftssymbole (Hohenklingen, Langenstein) und auf dem Hohentwiel entstand sogar erst im 17. Jahrhundert, während des 30-jährigen Krieges, ein weithin sichtbarer Hauptturm, der einen Bergfried suggerierte.³⁸

Schlossneubauten des frühen 17. Jahrhunderts, meist in Niederungslage, zeigen neben «Türmen» ohne Wehrfunktion teils (Schein-)Schiessscharten als Signum adeliger Herrschaft, so am Österreichischen Schlösschen in Radolfzell. Herrenhäuser des 16. Jahrhunderts tradierten – als Neubauten oder innerhalb bestehender Burgen (Randegg) – als an den Ecken turmbesetzte Bauten den Typus der mittelalterlichen Kastellburg. Buckelquader, die als Inbegriff stauferzeitlicher Burg-Gestaltungen gelten, fanden ab dem 15. Jahrhundert bis ins 17. Jahrhundert erneut Verwendung, sei es als Rustizierung, beeinflusst durch die italienische Renaissance (Überlingen, Reichlin-Meldegg-Haus), sei es als torrahmende Bukkelquader (Burg Riedheim).³⁹ Gotische Elemente, wie Fenster-/Türgewände und Gewölbe, fanden mindestens bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts Verwendung. Typisch für die Region sind Stufen-/Treppengiebel, vereinzelt als Zinnengiebel gestaltet, und Staffelfenster.

Schwierigkeiten bei der Bewertung des Baubestandes verursachen das Fehlen von Bauforschung und Archäologie für die meisten Objekte, womit oft nur annähernde Datierungen möglich sind. So wurde etwa das kastellartige Herrenhaus der Burg Randegg, das mittelalterliche Bausubstanz enthält, im 16. Jahrhundert in der jetzigen Form ausgebaut, nach Bränden 1639 und 1728 jedoch barock überformt.

38 Losse, Michael: Bismarck, Wiederholt und der Hohentwiel als «Schwäbische Gralsburg». Burgenrezeption und Heldengedenken auf Württembergs geschichtsträchtiger Festung im 19. Jahrhundert. In: Stadtarchiv Singen (Hg.): Neueste Forschungsergebnisse zur Geschichte des Berges & der Festung Hohentwiel. Singen (Hohentwiel) 2016, S. 84-97

39 Losse, Michael: The «Burgstall» in Riedheim (Konstanz District) and other examples of medieval tower-houses in villages of the western Lake Constance Region. In: Europa Nostra Scientific Bulletin 63, 2009 (Towers and Smaller Castles), S. 151-156

Die Stadt Radolfzell als katholisches Bollwerk gegen Reformation und Bauernaufstand

Von Helmut Fidler, Konstanz

Während in den Nachbarstädten eifrig über die richtige Auslegung der biblischen Texte diskutiert, die Schriften aus Wittenberg gelesen und eine neue Lehre von der Kanzel verkündet wurde, hielt die Stadt Radolfzell der päpstlichen Kirche die Treue. In Zürich war 1522 das Fasten öffentlich gebrochen worden, in Stein am Rhein predigten seit März 1524 zwei nicht vom Bischof, sondern vom Rat bestellte Prädikanten. Das habsburgische Waldshut hatte schon Pfingsten 1524 einen reformierten Prediger auf die Kanzel gelassen, der auch in Kontakt stand zu den rebellierenden Stühlinger Bauern, so dass die vorderösterreichische Regierung in Innsbruck sich zum Eingreifen genötigt sah.

Konstanz und Schaffhausen, wichtige Nachbarstädte der habsburgischen Stadt Radolfzell, öffneten sich dem reformatorischen Gedankengut, das aber in Radolfzell nicht Fuss fassen konnte. Dabei hätte es durchaus Gründe gegeben, dass sich auch dieses Hegaustädtchen der Reformation anschliesst. Es gab hier einen Pfarrherrn, der sich kritisch über den Zustand der Kirche geäußert hatte, auch einen Kaplan, der wohl der Reformation anhing. Die Söhne wohlhabender Bürger besuchten Universitäten, die damals durchaus als «Brutstätten» der neuen Lehre bezeichnet werden konnten.

Um eine Antwort auf die Frage zu finden, warum Radolfzell nicht zur neuen Lehre übertrat, bedarf es einer Analyse der verschiedenen Aspekte, die zum einen die Reformation begünstigt, zum anderen aber genau diese verhindert haben. Langfristig konnte Radolfzell von seinem Festhalten an der katholischen Lehre profitieren. Die Stadt wurde Habsburgs Stützpunkt im Kampf gegen die Reformation und zum Sammelort von Katholiken und Reformationsgegnern.

Die Reformation nahm ihren Anfang in den Stuben gelehrter und studierter Theologen, die sich mit der Frage beschäftigten, wie der Mensch in einer so sündigen Welt der Gnade Gottes teilhaftig werden kann. Eine Frage, die dringend einer Antwort bedurfte, liessen doch zahlreiche Zeichen die Annahme zu, das Ende der Welt und damit der Tag des Gerichts sei nahe. Bezeichnenderweise war Luther ein Theologieprofessor, der sich neben der Beschäftigung mit theologischen Fragen auch noch über die Geschäftspraktiken der Kirche ärgerte. Versprach doch der kirchlich geförderte Ablasshandel eine Ermässigung der Sündenschuld, ja, mit klingender Münze sollte angeblich der Zugang zum Himmel erkaufbar sein.

Luther war nicht der einzige, der sich mit diesen Fragen beschäftigte. Eine Gruppe Privatgelehrter, Humanisten genannt, hatte es gewagt, unabhängig von der kirchlichen Lehr-

hoheit die Bibel auszulegen, Urtexte drucken zu lassen und damit dem Studium dieser heiligen Schriften eine breitere Basis zu verschaffen. Bereits im 15. Jahrhundert hatten diese Gelehrten begonnen, miteinander zu kommunizieren und Missstände innerhalb der Kirche, aber auch theologische Fragen zu diskutieren. Diese Missstände waren so offensichtlich, dass selbst der Konstanzer Bischof auf eine Reform drängte.

Ohne den an Universitäten ausgebildeten Klerus wäre die Reformation weder erfolgreich gewesen, noch hätte sie den Bodensee erreichen können. Das Bürgertum sah in der universitären Ausbildung ihrer Söhne die Chance, ihren neuen gesellschaftlichen Status zu sichern bzw. zu verbessern. Neben Theologie gewann das Studium der Jurisprudenz an Bedeutung. Nicht mehr der Adel verwaltete das Land, sondern an Universitäten ausgebildete Söhne städtischer Bürger. Die 1457 gegründete Universität Freiburg wurde zum bevorzugten Studienort für die Bodenseeregion. Es waren die gut ausgebildeten, aus bürgerlichen Schichten stammenden Theologen, die sich mit der Kritik an der Institution Kirche und solchen Glaubensfragen, wie sie Luther Umtrieben, auseinandersetzten.

An den Universitäten fanden die ersten öffentlichen Diskurse über Luthers Thesen statt, so 1518 in Heidelberg. Auch wenn es das Ziel dieser Disputation gewesen war, Luthers Thesen zu widerlegen und die katholisch-päpstliche Sichtweise zur einzig wahren Lehre zu erklären, war die Wirkung dieser Disputation jedoch eine andere. Unter den Zuhörern saßen viele Studenten, die die hier gehörten reformatorischen Gedanken später in ihre Pfarreien mitnahmen und verbreiteten.¹ In Konstanz drängte der Rat im Oktober 1525 sowie 1527 auf öffentliche Disputationen zwischen dem Reformator Ambrosius Blarer und dem Dominikanerprovincial Antonius Pirata, welche auf kaiserlichen Befehl verboten wurden.²

Wegbereiter der Reformation in der Bodenseeregion waren ausgebildete Kleriker sowie Theologiestudenten, die Luthers und später Zwinglis Schriften lasen und verbreiteten. Auch Luther und Zwingli hatten eine Priesterausbildung absolviert. Beide setzten nach Abschluss ihrer Ausbildung ihre Studien fort. Zwingli z.B. erwarb die 1516 vom Humanisten Erasmus von Rotterdam herausgegebene kritische Edition des griechischen Neuen Testaments, um die Bibel in der Urfassung zu studieren. Diese Beobachtung ist ganz wichtig: das reformatorische Gedankengut wurde nicht von aussen in die Kirche und die damalige Gesellschaft hineingetragen, es entstand innerhalb der Kirche und wurde von den engagierten Vertretern der Kirche in die bürgerliche Gesellschaft hinausgetragen.

Dank der Erfindung der Druckkunst hatten Flugschriften eine erste Hochkonjunktur. Konstanzer Bürgersöhne berichteten aus ihren Studentenzirkeln nach Hause, erhielten Hin-

- 1 Kiesow, Gerhard: Von Rittern und Predigern. Die Herren von Gemmingen und die Reformation im Kraichgau. Ubstadt-Weiher 1997, S. 40 ff; Scheible, Heinz: Die Universität Heidelberg und Luthers Disputation. In: ZGO 131. 1983. S. 309-329
- 2 Springer, Klaus-Bernward: Die deutschen Dominikaner in Widerstand und Anpassung während der Reformationszeit. Berlin 1999, S. 309 Anm. 4; anders Walchner, Kasimir: Johann von Botzheim Domherr zu Konstanz und seine Freunde. Schaffhausen 1836, S. 46-47

weise auf neu erschienene Schriften und Aufforderungen von Freunden und Verwandten, doch gleich in Wittenberg den Luther direkt zu hören. In Konstanz stritten der gemässigte Humanistenkreis um Botzheim und die an der neuen Lehre interessierten Prediger öffentlich miteinander. Am 9. Februar 1524 beschloss dort der Rat ein Predigtmandat, «das allen Predigern der Stadt befahl, das Heilige Evangelium hell und klar ohne menschliche Zusätze, die nicht auf die Bibel gegründet seien, zu predigen».³ In Schaffhausen stand der Abt des Klosters Allerheiligen im Briefwechsel mit Luther und Melanchthon. Der Schaffhauser Stadtarzt war von der neuen Lehre so begeistert, dass er dichtete: «Luterus ist uff rechter ban / dem soltu frölich hängen an.»⁴

In Lindau erhielt 1523 der Lesmeister des Franziskanerklosters Michael Hugo Zugang zu Luthers Schriften von den beiden in Wittenberg studierenden Studenten Achilles Pirmin Gasser (aus Lindau) und Urbanus Rhegius (aus Langenargen). In der Folge kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen Hugo und dem Pfarrherrn Johannes Fabri, der als Pfründensammler seinen Pflichten als Stadtpfarrer nicht nachkommen konnte. Die von ihm eingesetzten Vikare entsprachen oft nicht den Erwartungen der Bürger der Stadt. Andere entpuppten sich später als überzeugte Anhänger Zwinglis, so der von Fabri eingesetzte Franziskanermönch Sigmund Rötlin aus Bregenz.⁵

Johannes Fabri war nicht nur Pfarrherr in Lindau und Leutkirch, zumindest 1523 hatte er auch dieses Amt in Radolfzell inne. Darüber hinaus übte er ab 1517 das Amt des bischöflichen Generalvikars in Konstanz aus. Am Lebenslauf dieses Radolfzeller Pfarrherrn wird die Ambivalenz kirchlicher Würdenträger in der Zeit vor der Reformation deutlich. Johannes Fabri stand einerseits der Kirche kritisch gegenüber, war aber zugleich ein damals bekannter «Pfründenjäger»: Er übernahm die Pfarrstellen ihrer Einnahmen wegen, um sie dann von einem Kaplan versehen zu lassen.

Der 1478 in Leutkirch geborene Sohn eines Schmiedes (lateinisch *filii fabri*) änderte nach Humanistenart seinen Nachnamen. Geboren wurde er als Johannes Heigerlin.⁶ Er hatte an verschiedenen Universitäten studiert und 1510/11 an der Universität Freiburg zum Doktor der Rechtswissenschaften promoviert. Er pflegte Kontakte zu anderen Humanisten am Oberrhein und Bodensee, unter anderem zu Erasmus von Rotterdam sowie zum späteren

3 Dobras, Wolfgang: Ratsregiment, Sittenpolizei und Kirchenzucht in der Reichsstadt Konstanz 1531-1548. Gütersloh 1993, S. 38

4 Bryner, Erich, S. 80, <http://www.zwingliana.ch/index.php/zwa/article/viewFile/2356/2373>

5 Breitwieser, Markus: Die Stadtbibliothek Lindau am Bodensee: eine Untersuchung zur Geschichte und Funktion. Wiesbaden 1996, S. 9-10. Der erkrankte Rötlin wurde ab November 1524 von dem aus Bludenz gebürtigen Thomas Gassner unterstützt, welcher aus Wien aufgrund seiner reformatorischen Predigten in die Reichsstadt Lindau geflüchtet war.

6 Die biografischen Angaben zu Johannes Fabri nach Angst, Artur: Dr. Johannes Fabri. In: Hösch, Emil (Red.): In und um Leutkirch. Bilder aus zwölf Jahrhunderten. Beiträge zum Stadtjubiläum 1993, S. 285-295

Zürcher Reformator Hyldrich Zwingli, der seinen Vornamen Ulrich in Hyldrich oder Huldreich veränderte. Fabris Mitstudent Konrad Sam wurde zum Reformator der Stadt Ulm.⁷

Nach anfänglicher Sympathie für Luther wandte Fabri sich ab 1520 entschieden gegen die Reformation, als sie die Hierarchie der Kirche in Frage zu stellen begann. Er wurde einer der wichtigsten Gegenspieler Zwinglis bei der Zürcher Disputation 1523. Fabri war ab 1512 Pfarrer in Lindau, zwei Jahre später auch in Leutkirch, 1513 ist er als bischöflicher Richter in Basel genannt. 1517 übernahm er im Bistum Konstanz das Amt des Generalvikars. 1524 wurde er Ratgeber, Hofprediger und Beichtvater Ferdinands von Österreich und zugleich Koadjutor im Bistum Wiener Neustadt. Von 1530 bis zu seinem Tod 1541 war er Bischof von Wien.

Auch Fabri stand der Kirche seiner Zeit kritisch gegenüber: «Für ihn war die schon seit langer Zeit, nicht erst auf dem Konstanzer Konzil erhobene Forderung nach einer «reformatio Ecclesiae in capite et in membris» (Reform der Kirche an Haupt und Gliedern) ein echtes Anliegen. Wie die Reformatoren prangerte er Missstände in der Kirche an und sprach sich schon früh gegen den Ablasshandel aus. Er war vertreten bei einer Versammlung katholischer Fürsten mit Erzherzog Ferdinand an der Spitze und namhafter Theologen im Jahre 1524, in der über eine Reform des Klerus beraten wurde, immerhin ein erster Schritt zur Beseitigung der schlimmsten Missstände.»⁸

Der Bauernkriegsforscher Peter Blickle urteilt über Johannes Fabri: «Was die katholische Kirche in der Reformationszeit vorzuweisen hatte, das ist von ihm repräsentiert worden. Seine Leistungskraft im Dienst der Kirche muss enorm gewesen sein, sein Einkommen auch. Was die Reformatoren geisselten, die Pfründenjägerei der kirchlichen Würdenträger, das Streben nach Einkommen, für die man keine seelsorgerischen Gegenleistungen zu erbringen hatte, hat auch Fabri perfekt beherrscht.»⁹

Als Vertreter des Konstanzer Bischofs vertrat Johannes Fabri bei der Zürcher Disputation 1523 die Position der Papstkirche. Vermutlich hat Fabri wie in Leutkirch, so auch in Radolfzell wesentlich dafür gesorgt, dass aus der Kritik an den kirchlichen Verhältnissen nicht eine grundlegende Forderung nach Änderung der kirchlichen Hierarchie wurde. Das allein erklärt jedoch nicht, warum in Radolfzell die Bürgerschaft sich nicht für die Reformation begeistern liess. Ob auch hier Studenten ihren Freunden und Verwandten in Briefen von der neuen Lehre berichteten, ist nicht überliefert. Bekannt ist der Fall des Kaplan Hans Haas, der als Anhänger der neuen Lehre verdächtigt und von seinem Pfarrherrn Fabri beim bischöflichen Gericht angezeigt wurde.¹⁰

7 Hermle, Siegfried (Hg.): Konrad Hoffmann, Konrad Sam und die Reformation in Ulm. In: Reformationsgeschichte Württembergs in Porträts. Holzgerlingen 1999, S. 95

8 Haaga, Manfred: Reformation in Leutkirch und in den umliegenden oberschwäbischen Städten, Vortrag vom 25.3.2015 in Ravensburg, online https://www.leutkirch.de/ceasy/modules/core/resources/_main.php?id=7337-O...1, Aufruf vom 26.7.2018; Pastor, Wilhelm Freiherr von: Geschichte der Päpste, Band 4. Freiburg (Breisgau) 1928, S. 399

9 Haaga, a. a. O. 2015

10 Albert, Peter Paul: Geschichte der Stadt Radolfzell. Radolfzell 1896, S. 318



Epitaph des Radolfzeller Stadtpfarrers und späteren Bischofs von Wien Johannes Faber (Fabri) im Stephansdom in Wien (Foto: Archiv der Dombauhütte St. Stephan in Wien)

Auch in benachbarten Pfarreien, so in Bodman und Sernatingen, gab es damals junge Geistliche, die sich mit der neuen Lehre beschäftigten. In Bodman war es Bartholomäus Metzler, der 1521 an die Kirche St. Stephan in Konstanz berufen wurde.¹¹ In Sernatingen wurden Johannes Hüglin sowie drei weitere Geistliche unter diesem Vorwurf nach der Niederschlagung des Bauernaufstandes verhaftet und 1527¹¹ vor Gericht gestellt.¹² Aus den

11 Rublack, Hans-Christoph: Die Einführung der Reformation in Konstanz von den Anfängen bis zum Abschluss 1531. Heidelberg 1971, S. 208

eidgenössischen Abschieden des Jahres 1525 geht hervor, dass nach der Niederlage der aufständischen Bauern etliche «Pfaffen» in den benachbarten Thurgau geflohen waren und dort lutherisch predigten.¹³

Dies lässt den Schluss zu, dass im Hegau einige Pfarrer und Kapläne Anhänger der neuen Lehre waren. Das tatsächliche Ausmass ist nicht ermittelbar, fehlen doch dazu Akten und Unterlagen. Der dargelegte Sachverhalt zeugt von einer Spaltung unter den Klerikern, folgt man den Ausführungen des Konstanzer Bischofs Hugo von Hohenlandenbergr. Dieser hatte in einem Rundschreiben beklagt, dass zu viele Pfarrer im Zustand der Sünde lebten – z.B. im offenen Konkubinat – und sogar die für einen Dispens angesetzten Busszahlungen an die bischöfliche Kasse verweigerten.

Neben theologischen Fragen dürfte für die reformatorisch gesinnten Pfarrer und Kaplane auch die im Bistum geübte Praxis des Ablasshandels entscheidend gewesen sein. Die damals viel geübte Kritik am Ablasswesen mag in Radolfzell nicht gern gehört worden sein, waren es doch gerade die versprochenen Ablässe, die die Bürger veranlasst hatten, für den Bau ihres grossen Münsters Geld zu geben.¹⁴ Das Thema Ablass war in der Region präsent.

Am Münsterablass in Konstanz (1512/14) lässt sich die Bedeutung des Ablasshandels für die Kirche und das Bankenwesen ablesen, zugleich wird deutlich, wie wenig Geld dem eigentlichen Ablasszweck zugutekam. Nachdem im Herbst 1511 Teile des Konstanzer Münsters durch einen Brand beschädigt worden waren, erreichte das Domkapitel in Rom einen Münsterablass für den Wiederaufbau. Die päpstliche Bulle ging zunächst an das Bankhaus Fugger, das den Anteil der Kurie an den eingenommenen Ablassgeldern auf die Hälfte hochsetzte. «Fuggers Vertreter, der andere Ablassgesuche überbot, erreichte solche Ausweitung der Konstanzer Indulgenz, dass die Firma hiermit beinahe ein deutsches Ablassvertriebs- oder Einhebungsmonopol erlangte. Die Verabredung über die päpstliche Hälfte am Konstanzer Ablass [...] bedeutete einen wesentlichen Schritt vorwärts auf der Bahn Fuggerscher Alleinherrschaft im deutschen Ablasswesen.»¹⁵

Schon damals lehnte übrigens Zürich das Ansinnen des Konstanzer Bischofs ab, in der Stadt an der Limmat den Ablasshandel zu unterstützen.¹⁶ Zürichs Ablehnung weist auf das Interesse der städtischen Führungsschicht an einer Kontrolle über das örtliche Kirchenwesen. Luthers Neuinterpretation der Bibel bot dem aufstrebenden Bürgertum die Chance,

12 <http://www.suedkurier.de/region/kreis-konstanz/stockach/Ueberlinger-Nachbarkollege-als-Gegenspieler-Huegglins:art372461.21311>, Aufruf vom 3.9.2002

13 Amtliche Sammlung der eidgenössischen Abschiede. Die eidgenössischen Abschiede aus dem Zeiträume von 1521 bis 1528. Bd. 4, Abtheilung la | Eidgenössische Abschiedel. Lucern 1873. S. 754-755

14 Das Langhaus war erst 1516/17 fertiggestellt. Stadler, Christoph: Radolfzell im Mittelalter. In: Bibby, Hildgard, und Maier, Katharina (Hg.): Radolfzell am Bodensee – Die Chronik. Konstanz 2017, S. 42-90, hier S. 86

15 Pöllnitz, Götz Freiherr von: Jakob Fugger. Quellen und Erläuterungen. Tübingen 1951, S. 303

16 Bünz, Enno; Kühne, Hartmut; Wiegand, Peter: Johann Tetzel und der Ablass. Begleitband zur Ausstellung «Tetzel – Ablass – Fegefeuer» in Jüterbog. Berlin 2017, S. 219



Vogelschauansicht auf Radolfzell von Nordwesten, kolorierte Federzeichnung, um 1560, Ausschnitt (Karlsruhe, Staatliche Kunsthalle)

künftig unter Umgehung der kirchlichen Hierarchie in direkten Kontakt mit Gott treten zu können. Ja, nicht einmal ein Kirchenbesuch war notwendig, um im Gebet Gott erreichen zu können. Kostspielige Seelgerätstiftungen und Jahrtage entfielen nun.

Weit wichtiger als die finanzielle Ersparnis dürfte für die bürgerlichen Schichten der Reichsstädte die Übernahme der Kontrolle über das örtliche Kirchenwesen gewesen sein. Der städtische Rat ernannte die Prädikanten, die er ebenso wieder entlassen konnte. Damit war er oberster Kirchenherr. In Zürich entschied der Rat über das Ergebnis der Disputation und damit über das Glaubensbekenntnis in der Stadt. Somit bedeutete die Annahme der neuen Lehre zugleich eine Stärkung des Bürgertums.

Mit der Entscheidung des Reichstags zu Worms 1521 waren Luther und seine Thesen «zu einem Politikum zwischen Kaiser und Ständen geworden».¹⁷ Der Reichstagsabschied eröffnete durchaus Handlungsspielräume, wobei eine Entscheidung für die Reformation zugleich eine Entscheidung gegen den Kaiser war.

Eine solche politische Entscheidung kam für den Radolfzeller Rat gar nicht in Frage. Eine Entscheidung für die Reformation hätte zugleich eine Entscheidung gegen den Stadtherrn Habsburg bedeutet. Von diesem aber hatte Radolfzell in den vergangenen Jahrzehnten gut profitiert. Die Grundsteinlegung für das Radolfzeller Münster war 1436 noch in reichsstädtischer Zeit erfolgt. Zwanzig Jahre später hatte sich die Stadt dem habsburgischen Druck gebeugt und war unter die österreichische Herrschaft zurückgekehrt. Die Stadt erhielt einen Sonderstatus und blieb auch nach dem Erwerb der Landgrafschaft Nellenburg 1465 durch das Haus Habsburg der Regierungsbehörde in Innsbruck direkt unterstellt.

Die nun Vorderösterreich treu ergebene Stadt lag in einer Region, die von Konflikten geprägt blieb, da insbesondere Habsburg sich noch nicht mit dem Verlust seiner Stammlande abfinden mochte. Im Schweizerkrieg war Radolfzell Garnisonsort gewesen, doch von den marodierenden Eidgenossen verschont geblieben. Die Stadt war von Habsburg für ihre Treue belohnt worden, der Löwe im Stadtwappen durfte nun eine Krone tragen. Nach Kriegsende war in Radolfzell ein Büchsenmeister stationiert worden, der sich u.a. auf die Kunst des festlichen Feuerwerks verstand. 1525 lag in der Stadt für ein grosses Geschütz so viel Pulver, dass die Stadt davon an den Truchsess Georg abgeben konnte, obwohl ringsum Mangel an Pulver herrschte.¹⁸

Wichtiger war jedoch der Ausbau Radolfzells als Hafenstadt und Getreideexporteur. Die Stadt zählte im 16. Jahrhundert zu den drei wichtigsten Getreide exportierenden Häfen der Bodenseeregion. Hauptabnehmer des Getreides waren die Eidgenossen. Seinen wirtschaftlichen Aufschwung verdankte Radolfzell in erster Linie der habsburgischen Unterstützung. Daher akzeptierte der Rat auch, dass Habsburg 1506 mit dem Erlass einer Halsgerichtsordnung in die Rechtsordnung der Stadt eingriff und damit den Herrschaftsanspruch der Innsbrucker Regierung betonte.¹⁹

Der Radolfzeller Rat vermied einen Konflikt mit der vorderösterreichischen Regierung in Innsbruck und zeigte sich daher habsburgtreu und katholisch. Er unterstützte Innsbruck von Beginn an bei dem Vorgehen gegen reformatorische Prediger und rebellierende Bauern. Das mag einer der Gründe gewesen, dass der Hofrat in Innsbruck persönlich Radolfzell als Tagungsort der Kommission ausgewählt hat, die das Vorgehen gegen die aufrührerischen Bauern und die reformatorischen Bestrebungen koordinieren sollte.²⁰ Ein weiterer Grund dürfte die gute Erreichbarkeit über den See gewesen sein.²¹

Aus Sicht der Innsbrucker Regierung galt es in den vorderösterreichischen Landen reformatorische Bestrebungen zu unterbinden, da sie darin – wie im Fall Waldshut – einen Akt der Auflehnung gegen den Landesherren sah. Bereits auf dem Landtag der vorderösterreichischen Regierung in Breisach am 23. Mai 1524 hatte die Regierung eine gnadenlose

18 Erzherzog Ferdinand an Truchsess Georg, 28.2.1525, nach: Baumann, Franz Ludwig: Akten zur Geschichte des deutschen Bauernkrieges aus Oberschwaben. Freiburg (Breisgau) 1877, S. 130

19 Fidler, Helmut, Radolfzell als schwäbisch-österreichischer Landstand [1490-1805]. In: Bibby/Maier, a. a. O. 2017, S. 91-131, hier S. 94-95

20 So in einem Schreiben des Hofraths zu Innsbruck an den Vogt, nach: Baumann, a. a. O. 1877, S. 8

21 Vgl. das Schreiben vom 8.4.1525 an den Landvogt, nach: Baumann, a. a. O. 1877, S. 228



Epitaph des Radolfzeller Stadtschreibers Alexander Bollstetter und seiner Frau von 1555 im Radolfzeller Münster (Foto: Franz Hofmann, Konstanz)

Bestrafung dieser Lehrer und ihrer Helfer gefordert.²² Noch bevor die gegen Missstände protestierenden Hegauer Bauern explizit die neue Lehre als Legitimation für ihre Forderungen hinzuzogen, hatte bereits die vorderösterreichische Regierung beide Bewegungen miteinander verknüpft, wie aus einem Schreiben des Erzherzog Ferdinand an den Hofrat in Innsbruck vom 11. August 1524 hervorgeht: «Diewil sich dann seine Unterthanen daselbst zu Stülingen, so der luttrischen Sect anhangen und sich wider ihn empören.»²³ Gegen beide sollte rigoros und mit Härte vorgegangen werden.

Nach ersten Verhandlungen in Tiengen setzte die Innsbrucker Regierung am 22. Juli 1524 ein Schiedsgericht ein, «bestehend aus drei Vertretern der Adelligen, drei Bürgern aus Villingen, Radolfzell und Stockach sowie einem Rat der Regierung von Österreich als Vorsitzendem», welches in Radolfzell seinen Sitz nahm.²⁴ Radolfzell und nicht Stockach, wo der Landvogt residierte, wurde zum wichtigsten Stützpunkt im Kampf gegen Reformation

22 Oka, Hiroto: Der Bauernkrieg in der Landgrafschaft Stühlingen und seine Vorgeschichte seit der Mitte des 15. Jahrhunderts. Konstanz 1998, S. 3

23 Schreiber, Heinrich: Urkundenbuch der Stadt Freiburg im Breisgau. Der Deutsche Bauernkrieg: 1524. Freiburg (Breisgau) 1863, S. 12

24 Ebenda, S. 7

und aufständische Bauern. Eine Kommission wurde eingesetzt, die Stadt begann, von den Sitzungsgeldern zu profitieren.

In die Kommission der vorderösterreichischen Regierung war neben den Grafen Sigmund und Georg von Lupfen, Hans Walther von Laubenberg und Wolf von Homburg als Vertreter der Ritterschaft auch der Radolfzeller Stadtschreiber Alexander Bollstetter berufen worden. Die Regierung teilte ihren Räten mit, dass sie bereit sei, 3-4'000 fl für das Niederschlagen des Aufruhrs bereitzustellen. Sie riet auch, «Gewalt, wo je Noth sein will, in der Stülingischen Empörung zu gebrauchen», um weitere Kosten und «ein grössrer Auf-
rur oder ein Landkrieg» zu vermeiden.²⁵

Allerdings konnte das Geld nicht sofort zur Verfügung gestellt werden, der Konflikt an der Südostgrenze band militärische wie finanzielle Mittel, ebenso die Konflikte in Oberitalien. Zudem hatte der neue Landesherr Ferdinand I. Erzherzog von Österreich die Hälfte der von Kaiser Maximilian hinterlassenen Schulden übernehmen müssen. Daher fragte der nun in Radolfzell stationierte Hofrat in Innsbruck nach, was er tun solle. Die Kosten für die Strafung der Stühlinger Bauern und der Stadt Waldshut dürften sich weit höher als die veranschlagten 4'000 fl belaufen, aber so viel Vermögen habe die Kammer ja nicht.²⁶ «Püxenmaistern und Trumetern» konnte die Regierung nicht zur Verfügung stellen. «Spiess, Pulver, Pickel, Hackhen, Hauen und anders dergleichen» solle er sich vom «Bischof zu Konstanz, auch den Stetten Überlingen und Lyndau, Euch mit selhem Zeug auf Euer Anlangen anlehensweis «besorgen, schrieb die Hofkammer an «Rudolf Graf von Sulz, Statthalter der oberösterreichischen Lande und den Hof- und Kammerräten jetzt zu Zell am Undersee».²⁷

Die Kommission in Radolfzell versuchte zunächst, wie von Innsbruck empfohlen, mit den Bauern eine gütliche Einigung zu erzielen. Schaffhausen bot sich als Vermittler an und so verhandelte man dort im August 1524 über eine vertragliche Lösung des Konfliktes. Die Regierung in Innsbruck war zusätzlich beunruhigt, dass in der österreichischen Stadt Waldshut ein Prediger lutherisches Gedankengut öffentlich verkündete. Sie drängte den Ausschuss in Radolfzell, auch dieses Problem anzugehen und forderte ein rigoroses Vorgehen. Solche Prediger sollten verhaftet oder mindestens des Landes verwiesen werden.

Desweiteren war die Regierung besorgt über die Anwesenheit des von Habsburg aus seinem Herzogtum vertriebenen württembergischen Herzogs Ulrich, der 1521 den Hohentwiel erworben hatte. Plante er etwa von dort aus eine Rückeroberung seines nun von Habsburg verwalteten Herzogtums? Warum sammelte er bewaffnete Reiter in der Festung und was waren das für Kontakte, die er zu den hiesigen Bauern unterhielt?

In Radolfzell hielt sich in den Monaten August und September nicht nur Graf Rudolf von Sulz, Statthalter der österreichischen Lande, auf. Eine Reihe von Hof- und Kammer-

25 Brief der oberösterreichischen Rentkammer vom 29.8.1524, nach: Schreiber, Heinrich: Der Deutsche Bauernkrieg. Urkunden. Jahr 1525. Juli bis Dezember. Freiburg (Breisgau) 1866, S. 20

26 Schreiber, a. a. O. 1866. S. 29

27 Ebenda, S. 30



Ittinger Sturm, Darstellung von Heinrich Thoma, 1605 (Foto: Ittinger Museum)

räten unterstützte ihn bei seinen Bemühungen, im Hegau Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Die Stadt hatte Erfahrung als Tagungsort, traf sich hier doch seit über hundert Jahren die Ritterschaft des Hegau. Ein reger Briefverkehr wurde aufgebaut, Boten ritten nach Schaffhausen, wo mit den stühlingischen Bauern verhandelt wurde, nach Ensisheim, dem Sitz der vorderösterreichischen Regierung, nach Innsbruck, wo der Erzherzog seinen Sitz hatte.

Die Eidgenossen hatten dem in der Schweiz weilenden kaiserlichen Sekretär Veit Sutor – mit ihm standen die Radolfzeller Räte ebenfalls in Kontakt – ausrichten lassen, dass sie sich mit dem Handel der aufrührerischen Bauern nicht belasten wollten.²⁸ Sie hatten eigene Sorgen, hatte doch in Stein am Rhein der Pfarrer Johannes Oechsli die neue Lehre verkündet. Nach seiner Verhaftung durch den katholischen Vogt im Thurgau hatten Steiner Bürger und thurgauische Bauern die Kartause Ittingen gestürmt und binnen zwei Tagen verwüstet. «Tausende strömten am 18. und 19. Juni 1524 an die Thur und dann zur Kartause Ittingen, wo sich die gereizte religiöse Stimmung und die soziale Unzufriedenheit der Bauern entluden. [...] Der Ittinger Sturm führte zu einem erbitterten Streit unter den eidgenössischen Orten. Nur mit Mühe wurde ein Bürgerkrieg verhindert. Drei angebliche Anführer, der Un-

²⁸ Ebenda, S. 68-70 und 82-85

tervogt Hans Wirth aus Stammheim und sein Sohn Hans sowie Untervogt Burkhard Rüttimann aus Nussbaumen wurden trotz Protest aus Zürich von den übrigen Tagsatzungsgesandten verurteilt und am 28. Sept[ember 1524 hingerichtet]. Erst 1550 war die Kartause wieder aufgebaut.»²⁹

Der Ittinger Sturm machte die Gefahren deutlich, welche von rebellierenden Bauern ausgehen konnten. Er gilt als Vorbote des oberdeutschen Bauernkriegs. Drei Tage nach der Hinrichtung seiner Anführer besetzten die hegauischen Bauern die Festwiese in Hilzingen. Es kann als sicher angenommen werden, dass diese Ereignisse im Hegau bekannt waren.

Während im weiteren Umland reformatorisch gesinnte Prediger tätig wurden und erste Aufstände ausbrachen, präsentierte sich Radolfzell in diesen Wochen und Monaten als machtpolitisches Zentrum. Auch die Verlegung des Ausschusses in die Stadt Engen, Sitz der Grafen von Lupfen, änderte nichts an der Sonderstellung der Stadt, von wo weiterhin die Entwicklung im Hegau kritisch beobachtet wurde.

Die Verhandlungen in Schaffhausen kamen eigentlich gut voran, doch akzeptierten die Bauern einen der Regierung wichtigen Vertragspunkt nicht: die totale Unterwerfung der Bauern. Barfuss sollten sie kommen, ihre Waffen niederlegen und sich der Regierung und dem Adel unterwerfen, welcher sie dann in Gnade wieder aufnehmen wolle. Der Ausschuss in Radolfzell geriet in eine Zwickmühle. Einerseits wurde der Paragraph abgemildert, andererseits vertrat der Ausschuss die Position, eine Unterwerfung der Bauern sei unverzichtbar als Machtdemonstration.

Falls die Bauern in diesem Punkt nicht nachgeben, solle man sie mit Gewalt unterwerfen, noch sei ihre Anzahl gering. Der Ausschuss wollte 150-200 Pferde und bis zu 400 Knechte zu Fuss aufbringen und «gen Stühlingen, Blumberg, Hüfingen und darumb legen. Sie sollen die Bauern teglich und bei Nacht in ihren Häusern und wo sie sein, überfallen, erwergeren und henken, und dermassen mit der That jeglichen gegen ihnen handeln, damit sie vertrieben oder zu der Straff gebracht werden».³⁰ In den Kontakten der Bauern zum württembergischen Herzog Ulrich erkannte der Ausschuss eine Gefahr und befürchtete eine Ausweitung der Unruhen: «Nachdem aber Nyemands weiss, wer in dem Spill verwickelt und verworn ist, dann die Wortenbergishen reiten täglich hieumb zu und von, so haben wir in glaubwürdiger Kuntschaft, dass der Herzog selbst mit 40 Pferden auf Twiel vorgestern geritten und noch oben soll sein.»³¹

Das grösste Problem für den Ausschuss war jedoch das Geld, mit dem das militärische Aufgebot für die Niederwerfung des Aufruhrs finanziert werden sollte. So entschloss sich der Ausschuss am 23. September 1524, eine Woche nach der Absage einer sofortigen finanziellen Unterstützung aus Innsbruck, in Vorleistung zu gehen und 2'000 fl auf eigene Kosten beim Landvogt Hans Jacob von Landau aufzunehmen.³² Denn nun hatte er neue Er-

29 Früh, Margit: Ittingersturm. In: Historisches Lexikon der Schweiz, http://www.hls-dhs-dss.ch/textes/dZ_D30203.php, Aufruf v. 30.7.2018

30 Schreiber, a. a. O. 1866, S. 68-70

31 Ebenda

kenntnisse gewonnen: Der Aufruhr habe sich ausgedehnt, die Bauern im Hegau konspirierten untereinander und es gebe Hinweise, dass auch sie in den Ungehorsam treten wollten «und ihren Herren kein Zins noch Dienstbarkeit mer tun; und sich solchs auf den andern Tag Octobris in einem Dorf, genannt Hülzingen, so zunächs unter Twiel liegt, an denselben Tag daselbst Kirchtag seyn wirdet, da sie dann alle dahin kommen, vergleichen und desshalb ein Bundnuss machen sollen».

Wenn die Bauern dann noch Unterstützung vom württembergischen Herzog erhalten, «fallen auch die Fürstenberger und ander bauern ab und es droht ein Krieg, der sich bis nach Württemberg ausdehnen kann». Zum zweiten Mal wird hier von Krieg gesprochen. Daher wollten sie den Besuch der Kirchweih in Hilzingen verbieten und militärisch aufrüsten. Aus der Landvogtei Schwaben seien 400, aus der Herrschaft Hohenberg 200, aus der Landvogtei Nellenburg 150 und aus der Stadt Radolfzell 50 Knechte aufgeboden, um das Verbot durchzusetzen. «Wir sein aber der Hoffnung, so die Bauern und der Herzog den Ernst sehen, sie werden von ihrem Fürnemen sten, und [n]ichts gegen ihnen zu handeln vonnöten sein.»³³

Dass die Geschichte anders ausging, ist bekannt. Die hegaischen Bauern kamen den vom Landvogt angeheuerten Reitern zuvor und besetzten den Kirchplatz in Hilzingen, was als Auslöser des Bauernkriegs im Hegau gilt, zunächst aber zu einem Waffenstillstand führte. Der österreichische Landvogt Jacob von Landau wäre zwar lieber sofort militärisch gegen die aufständischen Bauern vorgegangen, doch hinderten ihn zum einen der Riedheimer Vertrag, zum anderen der Rückzug der Überlinger Landsknechte daran. Im Riedheimer Vertrag vom 10. Oktober 1524 hatten sich der Hegauer Adel und seine Bauern darauf verständigt, die von den Bauern vorgebrachten Beschwerden auf dem Rechtsweg zu klären und vor dem Stockacher Landgericht zu verhandeln.

Graf Sigmund von Lupfen vereinbarte übrigens mit seinen stühlingischen Bauern, dass in Radolfzell über ihr Anliegen verhandelt werden sollte mit dem Ziel einer gütlichen Einigung. Der Verhandlungstermin in Radolfzell wurde auf den 5. Januar 1525 und der Rechtstag in Stockach auf den 27. Dezember 1524 festgesetzt, also erst einmal in weite Ferne gerückt.³⁴ Einen Rechtstag in Radolfzell vereinbarten im November 1524 auch die Mühlhauser Bauern. Der Radolfzeller Bürgermeister Hans Kollin und der Schultheiss von Engen, Hans Vogler, sollten zwischen ihnen und ihren Herren vermitteln. Ob dieser Rechtstag stattgefunden hat, ist nicht überliefert.

32 Ebenda, S. 85

33 Ebenda, S.82-85

34 Siehe dazu Bumiller, Casimir: Der Bauernkrieg im Hegau 1524/25. Rekonstruktion einer revolutionären Bewegung. In: Kramer, Wolfgang (Hg.): Hilzingen. Geschichte und Geschichten, Bd. 1. Hegau-Bibliothek Bd. 103. Hilzingen 1998, S. 251-431, hier S. 339-344. Am 28.12.1524 starb Graf Sigmund II. von Lupfen in Engen. Nach der Niederschlagung aller Aufbegehungen mussten die Untertanen am 12.7.1525 in Ewatingen die Abbitte leisten und ihrem Herrn huldigen.

Die Stühlinger Bauern hatten sich mit ihren Beschwerden an ihren Lehenherrn gewandt. Die Rechtmässigkeit der Beschwerden der Hegauer Bauern sollte vor dem Landgericht geprüft werden. Auch die Mühlhauser Bauern legten eine Beschwerdeschrift vor, welche dem traditionellen Muster folgte und die Wiedereinsetzung des «Alten Rechts» forderte, welches für sie günstigere Regelungen vorsah.

Die Beschwerden der Bauern orientierten sich zunächst am Alten Recht, einem Herkommen, eher als Überlieferung zu bezeichnen. Sie stellten nicht die Rechtsordnung in Frage, sondern die von der Herrschaft neu geforderten Abgaben, die eben neu und früher nicht gefordert worden waren. Wem stand das Recht zu, diese Abgaben festzusetzen, allein dem Adel oder waren diese Abgaben mit den Bauern auszuhandeln? Aus Sicht der Bauern war die Grundlage ihrer Beziehung zum Adel eine gegenseitige Vereinbarung. Fünfundzwanzig Jahre zuvor, als im Schweizer- oder Schwabenkrieg 1499 eidgenössische Freischarenzüge den Hegau verheerten, da hatte es noch so etwas wie eine Schicksalsgemeinschaft von Adel und Bauern gegeben, hatte der Adel seine Burgen für die Bauern und ihr Vieh geöffnet, hatten die Bauern ihren Adel geschützt.

Diesmal aber war davon nichts zu spüren. Die Ertragslage war problematisch, wetterbedingt hatte es bereits Ernteaufälle gegeben und es war weiterhin kein gutes Ertragsjahr in Aussicht. Die Schneckenhäuserpisode von Stühlingen zeigt einen Adel, der sich nicht um die Bedürfnisse des Bauern scherte. Die Haltung des Adels den Bauern gegenüber basierte auf einem anderen Rechtsverständnis als dem der Bauern. «Wenn die Adligen von ihren Burgen in die Dörfer zu ihren Bauern herabstiegen, hatte dies immer auch etwas Herablassendes», konstatiert Bumiller in seiner Geschichte des Bauernkriegs im Hegau.³⁵

Der Adel reagierte auf die Beschwerden mit Verhandlungsbereitschaft. Doch war der Adel längst nicht mehr Herr im eigenen Haus. Auch der Adel war Lehensträger und als solcher in ein Herrschaftssystem eingebunden. Dass dies dem Adel bewusst war, geht aus einem Schreiben der Ritterschaft im Hegau an den Rat in Schaffhausen hervor. Sie ständen nun in österreichischen Diensten und seien in ihren Entscheidungen nicht frei, heisst es dort. Der Adel musste die Interessen seines Landesherrn berücksichtigen, auch wenn sich diese gegen die eigenen Interessen richteten.³⁶

Der Innsbrucker Hofrat berief sich bei seinem Eingreifen in den im Hegau ausgebrochenen Konflikt zwischen Herren und Bauern darauf, dass der Graf von Stühlingen habsburgischer Untertan sei: «Er, der Hofrath, bedenkt ferner, dass diese Unterthanen aus eigenem Mutwillen zu Unterdrückung der Obrigkeit [...] sich empört haben, und dass es f[ür] D[urchlauch]t gebühren will, den Grafen von Lupfen hierin Billigkeit zu verhelfen, weil dieser in des löblichen Hauses Österreich Schutz und Schirm und dessen Diener sind.»³⁷

35 Ebenda, S. 349

36 Schreiber, a. a. O. 1866, S. 231: Ritterschaft im Hegau an Schaffhausen, 22.6.1525

37 Der Hofrath zu Innsbruck an Sebastian von Stetten, Comtur in der Mayenaw, Herrn Ulrich von Hapsberg und Hans Jacoben von Landau, 13.7.1524, nach: Baumann, a. a. O. 1877, S. 9

Die habsburgisch-österreichische Landesregierung in Innsbruck zog die Aufgabe, den Konflikt beizulegen, an sich, indem sie einen Ausschuss nach Radolfzell einberief. In dem Ausschuss vertreten waren der betroffene regionale Adel, die österreichische Regierung durch ihre Räte und die Stadt Radolfzell. Radolfzell positionierte sich damit klar auf der Seite der Regierung. In dieser schwierigen Situation waren auch die Nachbarstädte Schaffhausen und Stein am Rhein darauf bedacht, ihre Prädikanten zur Mässigung anzuhalten bzw. sie auszuweisen. Wenn reformatorisches Gedankengut zum Aufruhr führte, war es auch den Herren Räten nicht mehr geheuer.

Man bekommt den Eindruck, dass es zwischen dem betroffenen Adel und der vorder-österreichischen Regierung, vertreten durch ihre Räte und dem Nellenburger Landvogt Hans Jakob von Landau, unterschiedliche Ansichten darüber gab, wie mit den Beschwerden der Bauern umgegangen werden sollte. Als Graf Wilhelm von Lupfen aus Spanien zurückgekehrt war und sich an den Verhandlungen in Schaffhausen beteiligte, war dieser durchaus zu Zugeständnissen bereit.³⁸ Beim Adel insgesamt mag die Abgabenverweigerung latent vorhandene Existenzängste berührt haben, war doch ihr Einkommen in Gefahr. Der Aufruhr stellte zudem ihre Herrschaftslegitimation in Frage. Zugleich bildeten die Bauern mit ihren Abgaben die wirtschaftliche Grundlage des Adels, deren Vernichtung seine wirtschaftliche Existenz bedrohte.

Für die Innsbrucker Landesregierung stand die Sicherung ihrer Macht im Vordergrund. Die Sicherung des Landfriedens war nicht Aufgabe des Adels und der Städte, sondern des Landesherrn. Auch wenn im August 1524 die Innsbrucker Regierung aus Kostengründen interessiert war, «den Aufruhr der Stühlinger Bauern, wenn andres es mit Fug und ohne besonderen Nachtheil geschehen kann, gütlich zu stillen, damit weiterer Krieg [...] verhütet werde»,³⁹ ist die Wiederherstellung der Herrschaftsordnung ihr wichtigstes Ziel. Auf keinen Fall durfte es dazu kommen, dass weitere Untertanen «muetwillig handlung gegen irer obrigkeit fürzunehmen».⁴⁰ Die Strafe für das Aufbegehren musste zugleich so drastisch sein, «dass ander Unterthanen sich darob entsetzen und ihren Herrschaften in dem, was sie schuldig sind, billigen Gehorsam leisten».⁴¹

Die aus Sicht der Innsbrucker Regierung notwendige Machtdemonstration griff auch in die Rechte des Adels ein. Der Ausschuss forderte die totale Unterwerfung der Bauern. Um das zu erreichen, wurden Terroraktionen gegenüber den Bauern geplant, mit nächtlichen Überfällen und Morden sollte der Aufruhr gebrochen werden. Zudem verbot der Ausschuss die Hilzinger Kirchweih. Das Abhalten von Festen wie der Kirchweih war ein den Bauern zustehendes Recht. Als Begründung wurde die Vermutung herangezogen, es ginge nicht

38 Schreiber, a. a. O. 1866, S. 28

39 Der Hofrath in Innsbruck an Graf Rudolf von Sulz 31.8.1524, nach: Baumann, a. a. O. 1877, S. 9-10

40 Der Hofrath zu Innsbruck an den Vogt zu Nellenburg 20.8.1524, nach: Baumann, a. a. O. 1877, S. 8

41 Der Hofrath zu Innsbruck an die vordere Regierung zu Ensishheim, 13.8.1524, nach: Baumann, a. a. O. 1877, S. 7

mehr allein um Beschwerden der Bauern an den Adel, sondern ein weit grösserer Aufruhr sei im Gange. Dieser Aufruhr müsse militärisch niedergeschlagen werden.

In der Literatur wird immer darauf verwiesen, dass die Bauern vom Vorhaben des Landvogts wussten und diesem mit ihrer Aktion zuvorkommen wollten. Man hatte wohl auf beiden Seiten seine Informanten, so dass man in etwa wusste, was der jeweilige Gegner plante. Ob die Bauern wirklich die Kirchweih für ein Bündnis und einen Krieg hatten nutzen wollen, muss aber offenbleiben. Es ist zu beachten, dass die Landesregierung bereits am 25. August 1524 den Ausbruch eines grösserem «Landkrieg [s]» befürchtet hatte. Aus den Akten geht hervor, dass Erzherzog Ferdinand bereits am 11. August auf «Schloss Stillingen ettlich Geschütz verordnet» hatte⁴², und dass die Innsbrucker Regierung bereits am 30. August dem Nellenburger Vogt für den Tag in Radolfzell Vollmacht erteilte, er solle «bis gegen 1'500 bis 2'000 oder mehr oder minder zu Fuss aufbieten und alles hierin Nöthige thun».⁴³ Die Regierung in Innsbruck bezog also seit Anfang August 1524 eine militärische Lösung des Konflikts in ihre Überlegungen ein. Der Ausschuss in Radolfzell verwendete am 23. September 1524 für die bestehende Lage den Begriff «Krieg»,⁴⁴ den es mit militärischen Mitteln niederschlagen gelte, wobei als militärische Mittel auch Terroraktionen angesehen wurden.⁴⁵

Die Besetzung des Festplatzes in Hilzingen durch die Bauern hatte aber keinen militärischen Charakter, sondern war eine Form friedlichen Protests gegen die Pläne des Landvogts. Mit dieser Aktion verliessen die Bauern jedoch die Verhandlungsebene mit dem Adel. Nun stellten sie sich gegen die Landesherrschaft. Es setzte bei den Bauern, wie es Bumiller formuliert, «ein emanzipatorischer Prozess» ein. «Allein schon die Möglichkeit ihrer Befreiung aus Untertänigkeit und Leibeigenschaft setzte in den Menschen ein enormes Selbstbewusstsein frei und machte die Bauern, zumindest für einige Monate, zu gestaltenden Subjekten der Geschichte. In diesem Sinne fügt sich der deutsche Bauernkrieg in den Horizont der [...] Grenzüberschreitungen, die das Mittelalter überwandten.»⁴⁶

Auslöser dieses emanzipatorischen Prozesses war eben auch das Verhalten des nellenburgischen Landvogts und des Ausschusses in Radolfzell. Der Ausschuss ebenso wie der Landvogt und die österreichische Regierung drängten auf eine militärische Lösung. Vorgebliches Ziel der Innsbrucker Landesregierung war die Wiederherstellung von «Ehre, Ob-

42 Schreiber, a. a. O. 1863, S. 12

43 Vollmacht Erzherzog Ferdinands für seine Commissarien auf dem Tage zu Radolfzell 30.8.1524, nach: Baumann, a. a. O. 1877, S. 9

44 <http://www.gaebler.info/2017/05/jacob-muentzer/> Bereits in einem Bericht an den Hofrat in Innsbruck vom 23.9.1524 wird erstmals von «Bauernkrieg» gesprochen.

45 Vgl. Schreiber, a. a. O. 1866, S. 68-70

46 Bumiller, a. a. O. 1998, S. 349

47 Erzherzog Ferdinand, zweite Instruktion für die gen Stockach verordneten Commissarien, 15.12.1524, abgedruckt in: Baumann, a. a. O. 1877, S. 29

rigkeit, Herrschaft und Gerechtigkeit».⁴⁷ Es ist bezeichnend, dass «Gerechtigkeit» als letztes Ziel genannt wird. Für die Bauern war Gerechtigkeit dagegen ihr wichtigstes Ziel.

Auch wenn der Adel in den Verhandlungen zu Zugeständnissen bereit gewesen war, an der von Gott gewollten Ordnung wollte er festhalten. Über hundert Jahre zuvor war der hegauische Adel in Radolfzell zusammengekommen und hatte einen Bund geschlossen, die von Gott gewollte Ordnung gegen aufrührerische Appenzeller Bauern zu verteidigen. Die in Radolfzell ansässige Rittergesellschaft zum St. Georgenschild hatte damals in den Krieg der Bauern gegen den St. Galler Abt eingegriffen, gemeinsam hatten sie die Appenzeller bei Bregenz schlagen können. In einem Schreiben vom Februar 1525 klagten einige Ritter, dass das Verhalten der Bauern zeige, dass «sy selbs gern Heren weren». Sie fürchteten, wirtschaftlichen Schaden zu erleiden, dass sie «von gebürlicher Husshaltung können müssen, dadurch Wir knächt und sie Heren weren».⁴⁸ Aus Sicht des Ausschusses hatten die Bauern zu akzeptieren, dass die Herren die Ordnung bestimmen und eine Bestrafung festsetzen konnten, eine Bestrafung der Bauern war daher auf jeden Fall erforderlich.

Den Wandel in der Rechtsauffassung hatte der habsburgische Kaiser Maximilian I. bereits mit der Reichsreform von 1495 auf den Weg gebracht. Die oberste Herrschergewalt gründete nun nicht mehr auf einem Bündel einzelner Rechte, sondern war eine originäre Gewalt, die sich aus den Majestäts- und Hoheitsrechten ableitete. Diese neue Auffassung von Herrschaftsgewalt wird sichtbar in der Verkündigung des «Ewigen Landfriedens» von 1495 und der sich anschliessenden Kodifizierung der mittelalterlichen Rechtsordnung. Mit seiner Reform hatte Maximilian den Wandel der mittelalterlichen hin zur modernen Herrschaft eingeleitet, auch wenn seine Reichsreform zunächst scheiterte. Gegen diesen Machtanspruch hatten die Eidgenossen mit ihren Freischarenzügen 1499 protestiert und betont, dass sie als rechtsfähige Bauern und Bürger berechtigt seien, mit der Waffe in der Hand ihr Recht durchzusetzen. Im Bauernkrieg waren es die Bauern, die mit Waffengewalt gegen diesen Machtanspruch protestierten und (nicht nur) auf der Beibehaltung ihres «Alten Rechts» bestanden.

Die neue Lehre bot die Möglichkeit, die Leibeigenschaft abzuschütteln. Ein originäres «Vor-Recht» des Adels kam nach Ansicht der Bauern in der Bibel nicht vor. Luthers «sola scriptura» sollte auch für sie gelten. Aus der Bibel leiteten sie das «göttliche Recht» ab, mit dem sie ihre Forderungen legitimierten.⁴⁹ Dies beinhaltete eine Welt ohne Herren, ohne Abgaben, Dienste und Zwänge. Ihre Vorstellung vom «göttlichen Recht» ging von einer Gleichheit aller Menschen aus. Das Recht der Bibel, also Gottes Wort, stehe über dem Recht der Fürsten und des Adels. Schon Anfang Dezember 1524 findet sich die Formulie-

48 Bumiller, a. a. O. 1998, S. 349

49 Bereits Thomas von Aquin berief sich auf die zeitlose irreversible Gültigkeit göttlicher Gebote und leitete aus dem Ewigen Gesetz Gottes das Natürliche Recht bzw. Gesetz (natura humana) ab. Bordât, Josef: Göttliches und natürliches Recht, 28.1.2012, online: <https://jobo72.wordpress.com/2012/01/28/gottliches-und-natürliches-recht/> Aufruf v. 4.8.2012

rung vom «göttlichen Recht» in einem Brief Burkarts von Schellenberg an die Stadt Villingen: Seine Untertanen beehrten «nichts dann das göttlich Recht». Der Villinger Chronist Heinrich Hug berichtet, dass ab Januar/Februar 1524 «die bauren vermeinsten, all ir anschlag wider ire heren mit dem göttlichen rechten zuwegen zu bringen».

Für die Bauern war eine Rechtsauffassung, die allein dem Adel die Rechtssetzung sowie Durchsetzung dieses Rechtes zusprach, nicht akzeptabel. Ihr Verständnis vom «Alten Recht» ging davon aus, dass die Beziehungen zwischen Adel und Bauern, also die Abgaben und Fronen, ausgehandelt worden seien. Es gab gewissermassen eine vertragliche Grundlage: Der Adel bietet Schutz, die Bauern im Gegenzug Nahrungsmittel. Sie waren eine Schicksalsgemeinschaft, wie der Adel dies auch im Schweizerkrieg praktiziert hatte.

Nun aber beanspruchte der Adel bzw. der Landesfürst alles Recht für sich. Nicht ein auszuhandelnder Vertrag bildete die Rechtsgrundlage für Fronen und Abgaben, sondern allein und ausschliesslich die Willkür des Adels bzw. des Landesfürsten.

Der bei den Bauern einsetzende emanzipatorische Prozess fand nun in der reformatorischen Lehre eine Begründung für die Forderung nach Aufhebung der Leibeigenschaft. Diese Lehre war in den dem Hegau benachbarten Städten in der sonntäglichen Predigt zu hören. Wenn die Bibel zur einzigen Grundlage der Theologie und zur Richtschnur für das Alltagsleben wird, dann gibt es für die Leibeigenschaft keine Rechtfertigung: Sie kommt in der Bibel nicht vor. Eine solche Position vertrat auch der in Stein am Rhein predigende Erasmus Schmid. Er hatte in Freiburg und Basel studiert und vermutlich in Wittenberg Martin Luther persönlich kennengelernt. «Als Humanist verlangte Erasmus Schmid mehr geistige Freiheit und stärkere Betonung der menschlichen Individualität. [...] Wie Luther in Wittenberg, Zwingli ab 1519 in Zürich oder auch Pfarrer Öchsli in Vor der Brugg [bei Stein am Rhein] kam er zu der Auffassung, kirchliche Herrschaftsrechte wie Grund- und Gerichtsherrschaft seien nicht bibelkonform, genauso wenig das Klosterleben oder eine von oben nach unten regierte Kirche. [...] Geradezu explosiv wirkten die Thesen, Bodenzinsen und Zehnten seien nicht durch die Bibel zu begründen.»

Schmid predigte zwischen 1521 und 1524 als Gastprediger an der Steiner Stadtkirche St. Nikolaus. «Über ihn wurden die Steinerinnen und Steiner mit den Forderungen nach einer Kirche ohne weltliche Gewalt, nach Aufhebung der Klöster und nach Schaffung von Gemeindekirchen vertraut.»⁵⁰ Der Protest der Bauern gegen unberechtigte Fronen konnte so mit der Forderung nach einer Wiederherstellung der göttlichen Ordnung verknüpft werden. Der Ansicht der Historiker Bumiller und Oka, die Bauern seien erst nach der Besetzung des Kirchweihplatzes in Hilzingen von der neuen Lehre beeinflusst worden, widerspricht die Bemerkung des Erzherzogs in Innsbruck in seinem Schreiben vom 11. August 1524, wonach die Stühlinger Bauern schon zu diesem Zeitpunkt der «luttrischen Sect» anhängen.⁵¹

50 Eugster, Erwin: Mittelalter. In: Stein am Rhein. Geschichte einer Kleinstadt. Stein am Rhein 2007, S. 74-193, hier S. 178

51 Erzherzog Ferdinand an den Hofrath zu Inspruck, 11.8.1524, nach: Schreiber, a. a. O. 1963, S. 12



Grabplatte des nach Radolfzell geflüchteten Steiner Abtes David von Winkelsheim im Chor des Radolfzeller Münsters (Foto: Franz Hofmann, Konstanz)



Gedenkplatte für Weihbischof Melchior Fattlin (Vatlin) im nördlichen Seitenschiff des Radolfzeller Münsters (Foto: Franz Hofmann, Konstanz)

«Dies bedeutet aber», so Bumiller, «dass aus der sozialen Revolte des Oktobers 1524 mittlerweile eine revolutionäre Bewegung auf religiöser Grundlage geworden war. Die Radikalen, die unter Berufung auf Gottes Wort den Feudalismus überwinden wollten, waren zu ‚Evangelischen‘ geworden – nicht in der späteren Bedeutung dieses Wortes, aber im Sinne einer spirituellen, teils schwärmerischen Ergriffenheit von der ‚frohen Botschaft‘ und der religiösen Legitimierung ihres Handelns.»⁵²

Den radikalen Bauern versagte nicht nur das katholisch gebliebene Radolfzell, sondern auch das reformatorische gesinnte städtische Bürgertum seine Unterstützung. Zürich verbot seinen Bürgern, sich den Aufständischen im Hegau anzuschliessen und forderte Stein am Rhein zu verstärkter Grenzkontrolle auf. Dabei hatte doch Hans Müller von Bulgenbach aus dem Bauernlager vor der Stadt Radolfzell seine «künftigen Herren» in Zürich um Unterstützung gebeten. «Das wir nüts anders begeren denn rechts», schrieb der Bauernhauptmann im Mai 1525 an seine Glaubensgenossen in Zürich, doch die mochten in ihm keinen rechten Glaubensgenossen erkennen. Zürich dachte gar nicht daran, den Hegau in ihren

⁵² Bumiller, a. a. O. 1998, S. 364

Herrschaftsbereich einzugliedern und den Bauern militärische Unterstützung zu gewähren. Zu gross war die Sorge vor einem Krieg mit Habsburg, dem ehemaligen Landesherrn, sowie vor einem Aufruhr der eigenen Bauern. Zu gross war auch die Sorge vor einer Spaltung der Eidgenossenschaft, die zu grossen Teilen weiter der katholischen Religion treu blieb.⁵³ Einzig zu Vermittlungsbemühungen wollte die Tagsatzung «weder Mühe noch Kosten» scheuen. Als jedoch die aufständischen Bauern ihre Boten nicht in die belagerte Stadt Radolfzell hineinliessen, verzichteten die Eidgenossen auf weitere Bemühungen.⁵⁴ Zürich hatte sogar den Bauern geraten, beim alten Glauben zu bleiben.⁵⁵

Radolfzell sicherte diese Haltung der Eidgenossenschaft das Überleben. Rechtzeitig erreichte das Entsatzheer des «Bauernjörg» die bedrohte Stadt. Der Bauernhaufen vor Radolfzell musste sich geschlagen geben, seine letzte Niederlage erlitt er in Hilzingen. Dies bedeutete für zahlreiche Bauern den Tod oder die Vertreibung. Wer überlebte und bleiben durfte, musste sich an Entschädigungszahlungen beteiligen. Auch in dieser Situation profitierte die Stadt Radolfzell von ihrer Treue zu Habsburg und der katholischen Kirche.

«Am 18. Juli [1525] kamen Vertreter der Bauern aus dem Klettgau, dem Hegau und dem Schwarzwald nach Radolfzell, wo ihnen die Bedingungen, unter denen sie Gnade finden sollten, eröffnet wurden. Am 25. Juli wurde dann der Vertrag von Hilzingen abgeschlossen, der [...] verordnete, dass alle Waffen ausgeliefert, den Herren von neuem Treue und Gehorsam geschworen, und der zugefügte Schaden nach Übereinkommen gutgemacht, die alte Kirchenordnung auch fürderhin gehalten, die Rädelsführer nach eines jeden Verschulden gestraft, die Kirchhofmauern und starken Türme niedergerissen, die Glocken, womit Sturm geläutet worden, aus den Türmen getan, von jedem Haus 6 Gulden Strafe erlegt und hierfür keine Bruderschaft mehr von den Bauern, bei Verlust von Leib und Leben, gemacht werden sollte.»⁵⁶

Nicht nur die Anführer wurden bestraft, es setzte ein Terrorregime gegen jeden Verdächtigen ein. Der Konstanzer Stadtschreiber Georg Vögeli berichtete der Tagsatzung, «dass ire rüter bis an das tor straient und die lüt von wegen des evangelis und leer Christi rechtfertigent und tröuwent, sy durch die backen zu stechen oder an die böum ze henken». Die Räte von Radolfzell, Ravensburg und Überlingen habe er auf die Greuelthaten angesprochen, doch nur von Überlingen eine Antwort bekommen, «darab man vermerkt, dass sy der dingen kain missfallen tragent und nit willens sind, solche rüter nit ze enthalten».⁵⁷ Auch im Thurgau ging der katholische Landvogt, wenn es ihm möglich war, rigoros gegen Bau-

53 Vgl. Eidgenössische Abschiede, a. a. O. 1873, Abschied Nr. 1524 v. 21.2.1524 [S. 376-377]

54 Ebenda, S. 695

55 Eidgenössische Abschiede, a. a. O. 1873, Abschied v. 16.8.1525, S. 756. Erneut auf der Tagsatzung vom 1.-9.9.1525 betonten die Eidgenossen, keinen Krieg der Bauern wegen anzetteln zu wollen. Ebenda, S. 676-799

56 Albert, a. a. O. 1896, S. 309

57 Eidgenössische Abschiede, a. a. O. 1873, Abschied Nr. 1527



Der Hausherrenschrein im Radolfzeller Münster erhielt 1540 goldene Seitenplatten.
(Foto: Franz Hofmann, Konstanz)

ern vor, welche die Messe schmähten. Einen solchen Bauern liess er an das bischöfliche Gericht überstellen, wo dieser trotz Bitten seiner Angehörigen verurteilt und hingerichtet worden sei.⁵⁸

Auch die Wiedergutmachungsleistungen wurden in Radolfzell ausgehandelt. Am 24. Januar 1526 trafen Vertreter aller Gaue vom Bodensee bis zum Breisgau in Radolfzell ein und vollzogen hier nun den Ausgleich.⁵⁹ Allein die Stadt Radolfzell schätzte ihren und den Schaden ihrer Bürger auf insgesamt 6'000 fl, liess aber freiwillig die Hälfte ihrer Forderungen nach. Die Stadt durfte als Wiedergutmachung das Getreide, das von umliegenden, später abgefallenen Bauern in die Stadt gebracht worden war, trotz des Protestes des Stockacher Landvogts behalten.⁶⁰ Insgesamt wurde ein Schaden von über 12'000 fl zur Regulierung angemeldet, davon sollten 8200 fl an den Radolfzeller Bürgermeister als Sachwalter der Geschädigten bezahlt werden.

Unter den Gemeinden, die den Schaden ersetzen sollten, kam es zum Streit. Sie legten schliesslich eine Liste aller Gemeinden vor, die sich an der Belagerung beteiligt hatten. «Aber», so resümiert Albert in seiner Radolfzeller Stadtgeschichte, «weder die Stadt noch die anderen Beschädigten konnten in irgendeiner Weise zu ihren Forderungen gelangen. Die meisten Gemeinden waren durch den Krieg und die angewachsene Schuldenlast dermassen verarmt, dass sie keine Zahlung zu leisten vermochten und um Stundung baten. Ihre Herrschaften selbst, wie der Graf von Sulz, der Landvogt von Stockach, Heinrich von Klin-

⁵⁸ Ebenda, S. 763 [Abschied v. 29.8.1525]

⁵⁹ Alberta. a.O. 1896, S. 311

⁶⁰ Ebenda, S. 312

genberg, Konrad von Laubeck, Hans von Reischach zu Immendingen, die Stadt Waldshut und andere traten als Fürsprecher für sie auf. Der Bischof von Konstanz musste durch strenge Aufträge sowohl Seiten des Bundes als auch der Regierung zu Innsbruck angehalten werden, seine Untertanen zur Ableistung ihrer vertragsmässigen Schuldigkeit zu zwingen.» Es ist verständlich, dass der regionale Adel sich für seine Bauern einsetzte. Die Niederlage der Bauern traf zugleich ihre Herren, den grundbesitzenden Adel. Der wirtschaftliche Schaden, der Rückgang ihrer Einkünfte war immens.

In Radolfzell aber sprudelten die Einnahmen. Als Konstanz sich 1527 zur Reformation bekannte und die bischöflichen Institutionen die Stadt verliessen, nahm Radolfzell das bischöfliche Gericht auf. Die Stadt profitierte vom Kapitalzufluss: Katholisch gebliebene Mitglieder des Konstanzer Patriziats erwarben hier das Bürgerrecht und Wohnhäuser, so der katholisch gebliebene Zweig der Familie von Ulm.⁶¹ Insbesondere an hohen Feiertagen eilten aus Konstanz katholisch gebliebene Bürger zum Gottesdienst in die Nachbarstädte, so auch nach Radolfzell.⁶²

Einmal in der Woche predigte der Konstanzer Dominikanermönch Antonius Pirata im Radolfzeller Münster gegen die Reformation und für den richtigen Glauben. Wer kirchenrechtliche Fragen zu klären hatte, musste das bischöfliche Gericht in Radolfzell aufsuchen.⁶³ Die zurückgetretenen Äbte der Klöster Reichenau und St. Georgen in Stein am Rhein zogen sich in die Unterseestadt zurück. Der Reichenauer Abt Markus von Knöringen, der sein Kloster dem Bischof von Konstanz gegen ein «Leibgeding» verkauft hatte, brachte reichlich Güter über den See mit in die Stadt.⁶⁴ Weihbischof Fattlin (Vatlin) liess sich in der von einem Bischof gegründeten Stadt nieder und erwarb ein Haus, nur der Konstanzer Bischof wollte nicht kommen.

1539 gruben die Radolfzeller ihren ehrwürdigen, 1300 heiliggesprochenen Stadtgründer Bischof Radolt wieder aus und betteten ihn in ein Hochgrab, welches sie mitten im Münsterchor positionierten. Den Schrein ihrer drei Hausherren statteten sie mit goldenen Seitenplatten aus, doch es half alles nichts: Radolfzell wurde nicht zur Bischofsstadt erhoben. Habsburg beendete 1548 die Reformation in Konstanz, zwang die Stadt unter habsburgische Herrschaft und machte Konstanz wieder zum Sitz des Bistums. Radolfzell verlor seine bischöflichen Institutionen wieder an Konstanz.

In diesen Jahren der Reformation hat die Stadt Radolfzell wirtschaftlich prosperiert. Das Geld reichte für zahlreiche Zukäufe an Rechten und Ländereien, so dass dieses städtische Vermögen in den nachfolgenden, wirtschaftlich immer schwieriger werdenden Zeiten als Rücklage genutzt werden konnte.

61 Fidler, Helmut, Zur Geschichte der Adelsfamilie von Ulm, in: *HEGAU* 70, 2013, S. 113-138

62 Dobras, a. a. O. 1993, S. 197-198

63 Allerdings wurde eine Filiale des Gerichtes nach Bischofszell verlegt, um den Thurgauern den weiten Weg nach Radolfzell zu ersparen. Eidgenössischen Abschiede, a. a. O. 1873, Abschied Nr. 1526

64 Zimmern, Froben Christoph von: *Zimmerische Chronik*, hg. von Karl August Barack. Freiburg (Breisgau) und Tübingen 1881, S. 88-89

Profanierte, umgenutzte und abgebrochene Kirchen und Kapellen im Kreis Konstanz, Teil 1: im Hegau

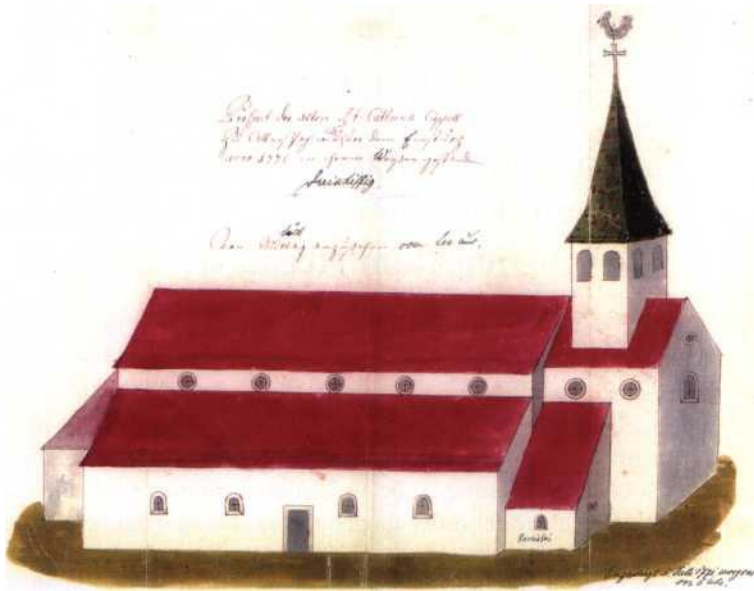
Von Franz Hofmann, Konstanz

Bei dem Thema «Profanierung von Kirchen im Hegau» denken viele gleich an die nicht mehr genutzte alte Kirche in Welschingen oder an die alte Kirche in Volkertshausen, in der heute Kulturveranstaltungen stattfinden. Das sind aber vielleicht nicht ganz die richtigen Beispiele, denn fast alle profanierten Kirchen sind heute entweder abgebrochen und verschwunden oder umgenutzt und umgebaut und daher kaum noch als ehemalige Kirchen erkennbar. Die alte Kirche in Welschingen könnte dagegen mit wenig Aufwand sofort wieder als Kirche dienen, und auch der alten Volkertshausener Kirche ist es nicht gleich anzusehen, dass sie profaniert ist.

Die Profanierung einer Kirche oder die Auflösung eines Klosters waren für die Menschen immer ein einschneidendes Zeichen der Veränderung, sei es vor Ort oder in grossen, überregionalen Umwälzungen. Kirchen standen meist seit Jahrhunderten an ihrem Platz, der Lebensweg der Menschen war auf vielfältige Weise mit ihnen verwoben. Pfarrkirchen waren für viele Generationen Mittelpunkt der grundlegenden Lebensereignisse von der Taufe bis zur Bestattung auf dem um die Kirche gelegenen Friedhof. Zu den vielen Wallfahrts- und Pilgerkirchen zogen die Gläubigen einzeln, in kleinen Gruppen oder in regelmässigen Prozessionen der ganzen Gemeinde, um angesichts eines Gnadenbilds oder einer Reliquie von dem oder der Heiligen Hilfe, Gesundheit oder Glück zu erbitten.

Immer wieder sind Kirchen und Kapellen untergegangen, sei es durch Beschädigung und Zerstörung in Kriegszeiten, sei es, weil kein Geld für eine Renovierung vorhanden war oder investiert werden sollte. Grösster Einschnitt war die Zeit der Josephinischen Reform der 1780er Jahre und der Säkularisation um 1800, als nicht nur die politische Ordnung in ganz Europa im Umbruch war, sondern auch im grossen Umfang Kirchen und Klöster aufgehoben, profaniert und dann umgenutzt oder nicht selten auf Abbruch verkauft wurden. Manche kunst- oder kulturhistorisch bedeutenden Sakralbauten blieben zwar zunächst verschont, wurden später aber doch abgebrochen, weil niemand mehr bereit war, Geld für den Unterhalt eines «nutzlosen» Gebäudes auszugeben.

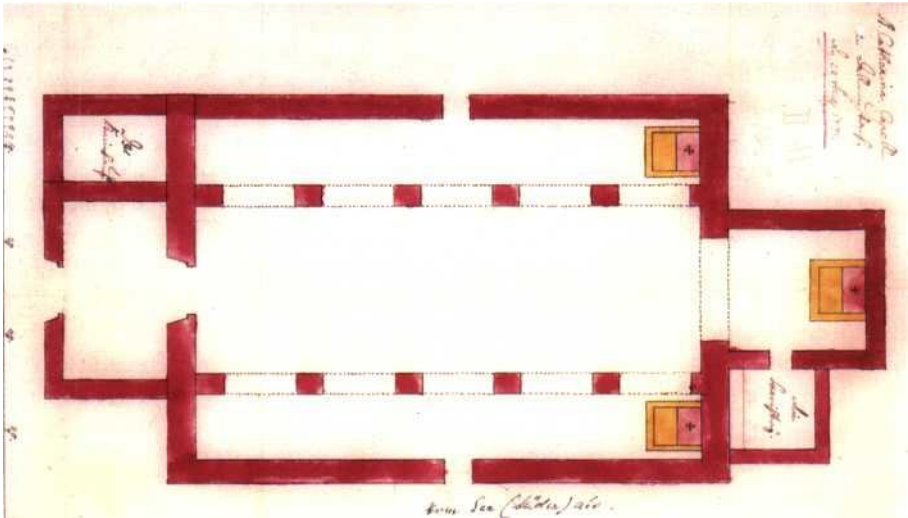
Die Menschen wehrten sich immer wieder gegen die verordnete Schliessung «ihrer» Kirche oder Wallfahrtskapelle. Als etwa die Zisterzienser von Salem den alten Marienwallfahrtsort Birnau nahe Überlingen schlossen, um ihn in die jetzige, überaus prachtvolle, 1750



geweihte neue Barockkirche am Seeufer oberhalb Maurach zu verlegen, musste das Gnadenbild unter militärischem Geleitschutz abtransportiert werden. Die alte Wallfahrtskirche wurde bis zu den Grundmauern abgebrochen, um weitere Besuche am alten Ort von vornherein zu unterbinden. Schon um 1550 hatten sich die Schiener anscheinend gewehrt, als die baufällige Propsteikirche abgerissen und das Gnadenbild in die Michaelskapelle verbracht werden sollte (das sog. Translationswunder). Und als beispielsweise die Markelfinger Marienwallfahrtskapelle um 1800 offiziell geschlossen wurde, hielten Pfarrer und Gläubige dort weiterhin Gottesdienste ab, bis auch das verboten wurde.

Es ist gar nicht möglich, lückenlos alle im Lauf der Jahrhunderte profanierten Kirchen und Kapellen zu beschreiben. So wurden Sakralräume von eher nicht öffentlichem Charakter – etwa in Burgen, Schlössern, Privatgebäuden oder versteckten kleinen Klösterchen – bewusst weggelassen. Doch sind schon die hier aufgeführten Beispiele überraschend zahlreich und zeigen das ganze Spektrum von wichtigen und unwichtigen, bekannten und weitgehend vergessenen Beispielen. So werden die unterschiedlichsten Gründe deutlich, aus denen Gotteshäuser profaniert, verkauft, umgenutzt oder abgebrochen werden.

Die meisten Kirchen und Klöster wurden während der Umbruchzeit zwischen 1780 und 1815 profaniert, andere wegen ihres zu weit fortgeschrittenen Verfalls (Allensbach, Mägdeberg) oder wegen Kriegszerstörung (Hohentwiel). Es gibt Beispiele der Verlegung in einen Neubau an anderer Stelle (Hilzingen, Neuhausen, Volkertshausen, Welschingen) und schliesslich – besonders schmerzlich – die letztlich nur aus Gründen der Kostenersparnis



Allensbach, ehemalige Kapelle St. Katharina, Südansicht (gegenüberliegende Seite) und Grundriss (oben), kolorierte Zeichnung, nach 1771 (Pfarrarchiv Allensbach)

abgebrochenen, wertvollen Kulturdenkmale, wie etwa St. Martin in Engen-Altendorf oder St. Johann in Reichenau-Mittelzell.

Ziel dieses Beitrags ist es, die verschwundenen oder vergessenen Kirchen und Kapellen wieder ins Bewusstsein zu bringen, ihr Andenken zu bewahren und sie, wo es möglich ist, in einer historischen Ansicht «Wiederaufleben» zu lassen. Die Beispiele aus dem Kreis Konstanz sind so zahlreich, dass die Stadt Konstanz mit ihren vielen profanierten Kirchen und Klöstern – von der romanischen Klosterkirche Petershausen bis zur Pfarrkirche St. Paul «vor den Mauern» – erst zu einem späteren Zeitpunkt gesondert dargestellt werden soll.

Allensbach, Kapelle St. Katharina (1049-1771)

Als Papst Leo IX. (1049-1054) vom 23.-26. November 1049 das Kloster Reichenau besuchte, weihte er unter anderem in dem reichenauischen Ort Allensbach die Kapelle St. Katharina, die sogenannte «Kappeler Kapelle», deren Anfänge vielleicht schon bis in die Mitte des 10. Jahrhunderts zurückreichen.¹ Sie lag ausserhalb des eigentlichen Ortes an der nach Markelfingen führenden Landstrasse, beim ehemals ¹ reichenauischen Kellhof Kappel

¹ Boltze, Julius: Altes und immer junges Allensbach. Konstanz 1975, S. 44-45 und 82; Der Landkreis Konstanz – Amtliche Kreisbeschreibung, Band III (KB KN III), Sigmaringen 1979, S. 615; Ganz, Ulrike: Kunst- und Baudenkmäler in Allensbach. In: Arbeitsgemeinschaft Allensbach (Hg.): Allensbach am Bodensee. Allensbach 2010, S. 241-254, hier S. 244-245; Maurer, Helmut: Hermanns des Lahmen Kloster in der ersten Hälfte des 11. Jahrhunderts. In: Heinzer, Felix, und Zotz, Thomas: Hermann der Lahme. Reichenauer Mönch und Universalgelehrter des 11. Jahrhunderts. Stuttgart 2016, S. 25-42, hier S. 35

(heute etwa zwischen dem Weg Am Kappelhof und St. Katharinenweg). Hier wird ein zweiter Siedlungskern angenommen, und hier lag später auch der Friedhof von Allensbach. Die «Kappeler Kapelle» St. Katharina hatte daher eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für den Ort.

Am frühen Morgen des 5. Juli 1771 stürzte der Kirchenbau ein, er dürfte zu diesem Zeitpunkt bereits baufällig gewesen sein. Zwei unmittelbar oder bald nach dem Einsturz 1771 angefertigte Zeichnungen überliefern eine Südansicht und den Grundriss dieser Kapelle, die demnach eine stattliche, dreischiffige Kirche war. Der im Kern offenbar noch mittelalterliche Bau muss im 30-jährigen Krieg schwer beschädigt worden sein, denn 1661 war die Neuweihe der in barocken Formen wiederhergestellten Kirche erfolgt. Die drei – wie in Schienen – durch massive Pfeiler getrennten Schiffe des Langhauses waren flachgedeckt, der quadratische Chorraum eingerückt. Auf dem Chordach trug die Kapelle einen gemauerten, recht hohen Dachreiter mit spitzem Turmhelm.

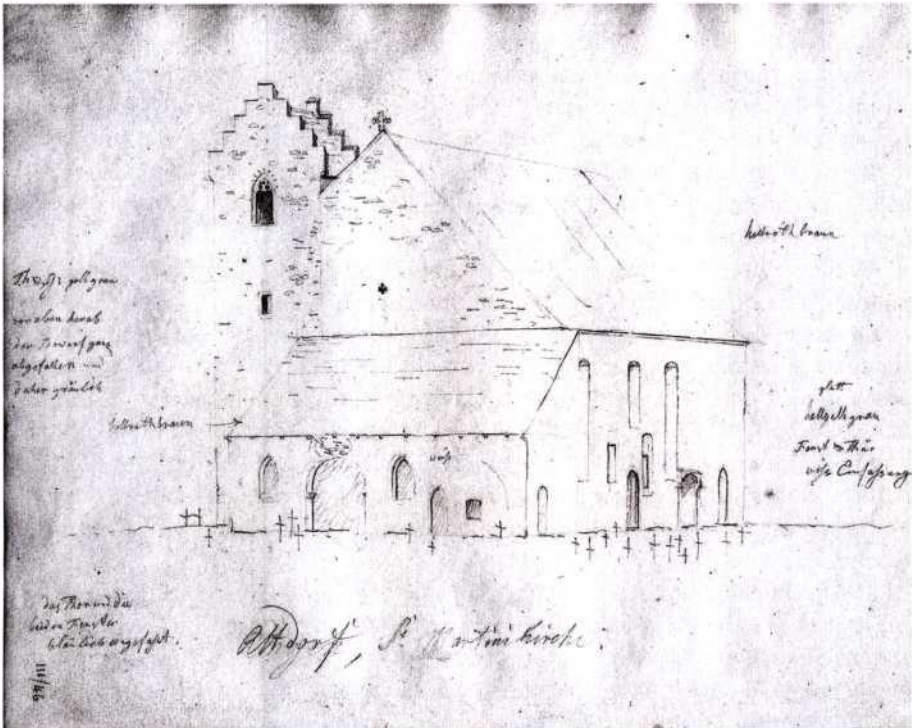
Der Einsturz 1771 betraf anscheinend nur das Langhaus, denn ein Teil – wohl der Chorraum – blieb weiterhin stehen und diente als Friedhofskapelle. Der Friedhof wurde ab 1878 nicht mehr belegt und 1904 abgeräumt, der Kappelhof brannte 1911 ab. Spätestens in dieser Zeit sind wohl auch die letzten Reste des Kirchenbaus verschwunden.

Engen, Alte Pfarrkirche St. Martin im Altdorf (um 1050-1871)

Bis ins 12. Jahrhundert bestand Engen lediglich aus dem im Tal am Bach liegenden Dorf, dem heutigen Altdorf (Scheffel- und Mundingstrasse). Auf dem Bergsporn oberhalb davon, wo jetzt die Stadt liegt, stand die Burg oder Wehranlage der Ortsherren. Um 1160/70 legten die Herren von Engen auf dem Hohenhewen eine grosse neue Höhenburg an, nach der sie sich ab 1174 «von Hewen» nannten. Auf dem freiwerdenden Bergsporn wurde nun planmässig die durch Tore und geschlossene Häuserreihen befestigte Stadt Engen angelegt, die im späten 13. Jahrhundert das Stadtrecht erhielt.

Die erste Engener Pfarrkirche stand daher nicht in dieser neuen Stadt, sondern in dem seit dem Frühmittelalter bestehenden Altdorf.² Sie war dem hl. Martin geweiht, was bereits für ein hohes Alter spricht. Um diese Kirche lag Jahrhunderte lang, auch noch nach der Stadtgründung, der Engener Friedhof, der erst 1843 an die heutige Stelle verlegt wurde.

2 Kraus, Franz Xaver: Die Kunstdenkmäler des Kreises Konstanz. Freiburg (Breisgau) 1887, S. 26-35; KB KN III, 1979, S. 56-57; Hotz, Joachim: Die Bau- und Kunstdenkmäler [in Engen und den Stadtteilen]. In: Berner, Herbert (Hg.): Engen im Hegau, Stadtgeschichte Band 1. Sigmaringen 1983, S. 169-319, hier S. 204-210; Dumitrache, Marianne: Archäologische Grabungen bei der St. Martinskirche in Engen-Altdorf. In: Kramer, Wolfgang (Hg.): Engen im Hegau, Stadtgeschichte Band 3. Stuttgart 2000, S. 27-38; Hofmann, Franz: Epitaphien aus der ehemaligen Kirche St. Martin Engen-Altdorf im Fürstlich Fürstenbergischen Archiv Donaueschingen. In: HEGAU 60, 2003, S. 137-148; Hofmann, Franz: Frühmittelalter und Romanik am westlichen Bodensee. Singen und Hilzingen 2017, S. 134-139



Engen, Alte Pfarrikirche St. Martin im Altdorf, Südwestansicht, Zeichnung für die Landesvermessung mittels trigonometrischer Hochpunkte, 1827 (Generallandesarchiv Karlsruhe, H-Baden (Land) 4)



Engen, Städtisches Museum + Galerie, romanische Säule mit Kapitell aus der Alten Pfarrikirche St. Martin im Altdorf (Foto: Verfasser)



Donaueschingen, Fürstlich Fürstenbergisches Archiv, Eingangshalle mit ehemaligen Grabplatten und Epitaphien aus St. Martin in Engen (Foto: Verfasser)

Sehr wahrscheinlich waren es die seit 1050 belegten Herren von Engen, die im Altdorf um die Mitte des 11. Jahrhunderts einen romanischen Kirchenbau errichteten, in dem sie auch ihr Familienbegräbnis hatten. Bei archäologischen Grabungen wurden Hinweise auf einen kleineren Vorgängerbau gefunden, der etwas südlich der romanischen Kirche stand. Schon weil St. Martin die Mutterkirche vieler umliegender Ortschaften war, ist eine frühe, wohl karolingische Kirche im oder beim Altdorf anzunehmen, zumal das alte Dorf Engen an der wichtigen Landstrasse vom Neckarraum in die Schweiz lag.

Der romanische Neubau des 11. Jahrhunderts zeugt von einem hohen Anspruch, denn er hatte ursprünglich drei Schiffe und drei Apsiden, eine Westvorhalle und einen an der Nordseite angebauten Kirchturm. Obwohl mit der bald nach 1200 errichteten gotischen Stadtkirche auf dem dicht bebauten Bergsporn ein neues, viel grösseres Gotteshaus bestand, war St. Martin im Altdorf noch bis ins 17. Jahrhundert die Engener Pfarrkirche. Erst dann waren alle Pfarrechte auf die Stadtpfarrkirche übertragen. Die alte St. Martinkirche blieb bis 1847/50 eigenständig und hatte bis dahin auch als Mittelpunkt des Friedhofs eine wichtige Funktion. Nach der Verlegung des Friedhofs 1843 und der Einstellung der Gottesdienste 1850 verfiel die Kirche.

1869 schliesslich – als es in Baden längst Denkmalpflege, Altertumskunde und Museumsvereine gab – verkauften die Engener die altehrwürdige Kirche auf Abbruch. Der grossherzoglich-badische «Conservator der Kunstdenkmale» August von Bayer erfuhr erst 1871 davon, als der romanische Sakralbau bereits zur Hälfte abgebrochen war. Bayer reiste sofort nach Engen, um «die Zerstörung dieses für die Geschichte unseres engeren Vaterlandes bedeutsamen Baudenkmales zu verhindern», doch waren die «Demolierungsarbeiten» schon zu weit fortgeschritten. Der Kunsthistoriker Franz Xaver Kraus, Autor eines 1887 veröffentlichten Inventars aller Kunstdenkmale im Kreis Konstanz, fand dazu deutliche Worte und bezeichnete die Martinskirche als «durch einen beklagenswerthen Act des Vandalismus dem Untergang geweihte[s] und mit einer bei uns beispiellosen Roheit zerstörte[s] Denkmal».

Um wenigstens die wichtigsten Kunstwerke zu retten, liess der Fürst zu Fürstenberg – die ehemalige Standesherrschaft – die Grabdenkmale, darunter die Grabplatte der Herren von Hewen, 1871 nach Donaueschingen bringen (heute in der Eingangshalle des Fürstlich Fürstenbergischen Archivs, Haldenstrasse 3). Gerettet wurden auch ein Renaissance-Altar (um 1500) und vor allem vier romanische Säulen, auf denen die Mensa des Hauptaltars ruhte (heute im Stadtmuseum Engen). Eine moderne Nachbildung des romanischen Altars wurde in der Stadtpfarrkirche aufgestellt und dient dort als Zelebrationsaltar.

Und der Standort der alten Kirche, wo über viele Jahrhunderte Gottesdienste gefeiert und die Toten der Stadt bestattet wurden? Dort wurde 1999 ein schnöder Supermarkt in Billigbauweise hingestellt, als handele es sich um ein beliebiges Baugrundstück in einem Gewerbegebiet. Schon 1871 hatte der fürstlich fürstenbergische Archivar Dr. Riezler der Gemeinde Engen einen «Mangel an historischer Pietät» bescheinigt.



Engen, Stadtansicht von Nordwesten von Martin Menrad, 1688/90, markiert sind das Kapuzinerkloster mit Kirche (rechts) und das Dominikanerinnenkloster St. Wolfgang (Bildmitte)
(Schloss Heiligenberg, Privatbesitz)

Engen, Spitalkirche, ehemalige Kapuzinerkirche, Südwestansicht (Foto: Verfasser)

Engen, Kapuzinerkloster, Kirche Mariae Verkündigung (1623-1820)

Die Kirche des Engener Kapuzinerklosters gehört im engeren Sinne nicht in diese Aufzählung, denn sie ist nach wie vor Gotteshaus (Spitalkirche) und wird entsprechend baulich unterhalten. Als Kirche der Kapuziner wurde sie aber 1820 geschlossen, da das Kloster im Zuge der Säkularisation aufgelöst wurde.³

Wie in Radolfzell und in Stockach (siehe unten) waren es auch in Engen die Bürger der Stadt, die die Ansiedlung von Kapuzinern initiierten. Das Kloster wurde ab 1618 ausserhalb der Mauern auf der der Stadt gegenüberliegenden Anhöhe errichtet. Die Kirche wurde 1623 geweiht, war aber wohl erst 1626 vollendet. Wie in Radolfzell und Stockach handelte es sich um einen schlichten Satteldachbau auf rechteckigem Grundriss mit kleinem Dachreiter. Die Kapuzinerkirche ist nach Nordosten ausgerichtet, 1725 wurde an der Südostseite eine Totenkapelle mit einer Gruft zur Bestattung der Patres angebaut.

3 KB KN III, 1979, S. 59; Schmid, Hermann: Die Säkularisation der Klöster in Baden 1802-1811. Überlingen 1980, S. 198-300; Hotz, a. a. O. 1983, S. 215-218; Baader, Alois: Das Engener Kapuzinerkloster. In: Berner, Herbert (Hg.): Engen im Hegau, Stadtgeschichte Band 2. Sigmaringen 1990, S. 337-366

Wie das Engener Dominikanerinnenkloster, kam auch das Kapuzinerkloster 1802 an das Haus Fürstenberg und es durften keine Novizen mehr aufgenommen werden. Das Kloster bestand noch bis 1820, als der letzte Kapuzinerpater auszog. Dann erwarb die Stadt Engen die Gebäude und richtete hier das Armenhaus und Bürgerspital ein. Die 1820 exsekrierte Kirche wurde umgebaut und 1829 als Spitalkirche neu geweiht. Ein verheerender Brand zerstörte 1883 alle ehemaligen Klostergebäude. Die Kirche wurde unter Verwendung der alten Aussenmauern neogotisch wiederaufgebaut, nun mit eingezogenem, dreiseitig geschlossenem Chorraum und neogotischer Ausstattung. An Stelle der übrigen Gebäude entstand das Engener Krankenhaus, das 2012 in einen vom Landkreis Konstanz verwalteten Klinikverbund überführt wurde (jetzt Gesundheitszentrum Engen, Hewenstr. 19). Die Kirche wird heute so gut wie nicht mehr genutzt und ist verschlossen. Sie soll künftig aber wieder zugänglich gemacht werden – als Kirche, für Veranstaltungen oder für Konzerte.

Engen, Dominikanerinnenkloster, Kirche St. Wolfgang (1632-1841)

Spätestens 1320 gab es in Engen eine Beginensammlung. Die vier Gründungsschwester schlossen sich bald dem dritten Orden des hl. Dominikus an und erwarben 1333 das Haus Sammlungsgasse II.⁴ Ab 1492 kaufte das Kloster mehr und mehr die benachbarten Gebäude auf, bis die zuletzt etwa ein Dutzend zusammenhängenden Häuser 1737/38 mit einer einheitlichen Fassade versehen wurden. Das Dominikanerinnenkloster St. Wolfgang beherrschte nun die ganze westliche Stadtsilhouette.

Eine neue barocke Klosterkirche wurde 1629-32 in das nordwestliche Eckhaus des Gebäudekomplexes eingebaut, und zwar in der Art, dass der auf einer hohen, aufwändigen Substruktion stehende Chorraum nach Norden aus der Flucht der Stadtmauer deutlich herausragt. Die Kirche selbst besteht aus einem niedrigeren unteren und – als Nonnenempore – einem geräumigeren oberen Geschoss, die sich beide zum eingerückten Chorraum hin öffnen. Ungewöhnlich ist die stumpfwinklige Chorschlusslösung, die wohl der schwierigen Topographie geschuldet ist.

Nach Behebung grosser Schäden aus dem 30-jährigen Krieg wurde die Kirche 1653 neu geweiht. Mit der Säkularisation kam das Kloster 1802 an das Haus Fürstenberg. Die Schwestern durften keine Novizinnen mehr aufnehmen, aber noch weiterhin im Kloster wohnen. Nachdem 1820 die letzte Dominikanerin ausgezogen war, lebte der sehr betagte letzte Kapuziner hier bis zu seinem Tod 1827. Die Stadt Engen erwarb 1839 die Gebäude, verkaufte sie aber 1841 an den badischen Staat. Nun erst wurde die Klosterkirche exsekriert und die Ausstattung versteigert. Die Räume des ehemaligen Dominikanerinnenklosters dienten ab 1841 unter anderem als Schulhaus und Bezirksamt, in die ehemalige Kirche wurden Gefängniszellen eingebaut. Heute sind in den Klostergebäuden unter anderem das Städtische Museum + Galerie, ein Kindergarten, der Narrenkeller und Vereinsräume untergebracht. Die ehemalige Kirche ist stimmungsvoller Ausstellungsraum des Museums + Galerie.

4 KB KN III, 1979, S. 59; Schmid, a. a. O. 1980, S. 300-302; Hotz, a. a. O. 1983, S. 211-214; Baader, Alois: Geschichte des Gotteshauses St. Wolfgang in Engen. In: Berner, a. a. O. 1990, S. 99-198



Engen, ehem. Dominikanerinnenkloster, Westansicht, links die ehemalige Kirche (Foto: Verfasser)



Engen, Städtisches Museum + Galerie, Innenansicht der ehemaligen Kirche der Dominikanerinnen nach Norden, Blick vom unteren Geschoss des Langhauses in den ehemaligen Chorraum (Foto: Verfasser)

*Hegne (Allensbach), Augustinerinnenkloster Adelheiden
Kirche Unserer Lieben Frau (1374-1808)*

Die Legende besagt, dass die Jungfrau Adelheid Böllerin auf dem Weg durch den Wald von Hegne nach Wollmatingen von einem «ledigen Kerl», der sie vergewaltigen wollte, mit dem Messer niedergestochen wurde. Die Sterbende verkroch sich in einer hohlen Eiche. Da sie eher ihr Leben als ihre Keuschheit opferte, wurde Adelheid von den Menschen der Umgebung als Heilige verehrt. Die hohle Eiche wurde ein Wallfahrtsort.⁵

Erstmals ist 1355 von einem Wald «zu Adelheiden» mit einem Bruderhaus die Rede, in dem 1370 fünf Benediktiner aus der Abtei Reichenau lebten. Sie errichteten dort eine Kapelle zu Ehren der Mutter Gottes, Johannes des Täufers und des hl. Bartholomäus, die 1374 geweiht wurde. Abt Eberhard von der Reichenau verlieh im selben Jahr 1374 den Brüdern die Rechte und Freiheiten eines Klosters, doch wird dieses kleine Kloster bereits 1379 letztmals genannt.

Gegen Ende des 14. Jahrhunderts sind dort Betschwestern nachgewiesen, die sich 1436 dem Orden der Augustiner-Eremiten anschlossen. Das Kloster Adelheiden blieb stets klein, die Einkünfte waren gering. Kirchlich unterstanden die Schwestern der Pfarrei Wollmatingen, dorthin gingen sie zum Gottesdienst. In der Adelheider Klosterkirche wurde nur in grösseren Abständen die Hl. Messe gefeiert.

Um 1706 wurde die Kirche neu erbaut und dabei deutlich vergrössert. Sie schloss im rechten Winkel an den Konventbau an und war nach Nordosten ausgerichtet. Die Saalkirche mit eingezogenem, dreiseitig geschlossenem Chor war durch grosse Barockfenster hell belichtet, das Dach trug einen Dachreiter mit Zwiebelhaube. Die barocke Ausstattung – Altäre, Kanzel, Kreuzweg – befindet sich heute in der nahen Pfarrkirche Dettingen. Vielleicht bescherte das wallfahrtsfreudige 18. Jahrhundert dem kleinen Kloster zusätzliche Einnahmen und eine gewisse Blüte. 1718 heisst es etwa, dass alljährlich in der Bittwoche ein «Krützung» von Wollmatingen nach Adelheiden durchgeführt wurde. Auch von den Menschen aus Dettingen und Hegne wurde die Klosterkirche regelmässig besucht.

Das Ende kam 1803, als der Deutsche Orden mit Sitz auf der Insel Mainau Adelheiden in Besitz nahm. Das kleine Kloster bekam noch eine Gnadenfrist, durfte aber keine Novizinnen mehr aufnehmen. Doch schon 1806 wurde die Deutschordenskommande Mainau selbst aufgelöst und fiel an das Grossherzogtum Baden – und mit ihm Kloster Adelheiden.

5 Quarthai, Franz: Adelheiden. In: derselbe: Die Benediktinerklöster in Baden-Württemberg, Reihe Germania Benedictina 5. München 1975, S. 115-116; KB KN III, 1979, S. 620; Schmid, a. a. 0.1980, S. 91-92; Sutter, Willi: In Wald und Forst vergessen – Das ehemalige Klösterle Adelheiden. In: Delphin-Kreis (Hg.): Delphin-Buch 1. Konstanz 1986, S. 156-163; Welschinger, Richard: Frauenkloster Adelheiden. In: Allensbacher Almanach 51, 2001, S. 30-36, und 52, 2002, S. 31-35; Deggelmann, Karin: Kloster Adelheiden bei Hegne. In: HEGAU 60, 2003, S. 115-122; Egenhofer, Stefan J.: Kloster Adelheiden in der Säkularisation – Auflösung und Verwertung. In: HEGAU 60, 2003, S. 123-126; Deggelmann, Karin: Kloster Adelheiden. In: Kramer, Wolfgang, und Adler, Berhard (Hg.): Hegne – Dorf Schloss Kloster. Allensbach 2003, S. 181-186



Kloster Adelheiten, Südwestansicht, Ausschnitt aus einer Karte des Dettinger Waldes; Kopie von 1793 nach Vorlage von 1752 (Generallandesarchiv Karlsruhe, H Dettingen 1)

1808 wurde das Kloster aufgehoben und sein Vermögen konfisziert, 1809 verliessen die letzten Adelheider Schwestern ihren Konvent. Die Fahrnisse des Klosters wurden versteigert, die Versteigerung der Gebäude blieb jedoch erfolglos. So liess die grossherzogliche Amtskellerei in Hegne, die die Liegenschaften verwaltete, 1810 fast alle Gebäude samt Kirche abreißen und das Material versteigern. Nur das nördliche Gebäude des Klosters blieb erhalten, wurde verkauft und als Ausflugslokal betrieben (heute privates Wohnhaus).

Hilzingen, Alte Pfarrkirche (vor 1275-1749) und Kapelle St. Veit (Bohlkirche, vor 1482-1806)

Das Dorf Hilzingen hatte nicht nur zwei Siedlungskerne, sondern seit dem Mittelalter auch zwei Kirchen: im Unterdorf beim Kellhof die den hl. Peter und Paul (1508) bzw. dem hl. Michael (1608) geweihte alte Pfarrkirche, im Oberdorf auf dem Bohl die spätestens 1482 bestehende, sogenannte Bohlkirche mit dem Patrozinium St. Veit (1608).⁶ Auf der ältesten

6 KB KN III, 1979, S. 250-251; Schmidt-Hofmann, Sabine, und Hofmann, Franz: Die Bau- und Kunstdenkmäler in Hilzingen, Riedheim, Schlatt am Randen, Binningen, Weiterdingen und Duchtlingen. In: Kramer, Wolfgang (Hg.): Hilzingen – Geschichte und Geschichten. Band I, Konstanz und Hilzingen 1998, S. 53-126, hier S. 54-56; Götz, Franz: Aus der Kirchengeschichte von Hilzingen. In: Kramer, Wolfgang: Hilzingen – Geschichte und Geschichten. Band II, Hilzingen 2001, S. 246-276, hier S. 246-247 und 253-254

halbwegs verlässlichen Karte der Gegend, der sogenannten Peyer-Karte von 1685, sind beide Kirchen deutlich eingezeichnet, jedoch als Gebäude nicht wirklichkeitsgetreu wiedergegeben.

Die alte Pfarrkirche stand, vom Kellhof aus gesehen, gleich jenseits von Bach und Brücke an der Hauptstrasse. Sie gehört zu den älteren Kirchen im Hegau und wird bereits 1275 genannt. Wie sie ausgesehen hat, ist nicht überliefert; es dürfte sich um eine eher schlichte Saalkirche mit eingezogenem Chor gehandelt haben. In und bei der alten Pfarrkirche wurden auch die Toten des Dorfes bestattet.

Ab 1659 erwarb das Kloster Petershausen bei Konstanz die Herrschaft Staufen mit Hilzingen und schuf ab 1722 zwischen den beiden Siedlungsteilen eine neue, repräsentative Dorfmitte durch den Ausbau des Amtshauses zum herrschaftlichen Schloss (heute Rathaus) und vor allem durch den Bau einer grossen, prächtig ausgestatteten Rokoko-Kirche. Nach der Weihe der neuen Kirche 1749 verlor die alte Kirche beim Kellhof ihre Funktion. Sie wurde schon 1747 teilweise abgerissen und fungierte nun als Friedhofskapelle, bis nach Anlage des neuen Friedhofes ausserhalb des Dorfes um 1820/25 auch dieser Restbau samt Beinhaus abgebrochen wurde (zwischenzeitlich Filzfabrik, dann Feuerwehrhaus, Hauptstr. 73). Dafür haben die Hilzinger in der neuen Rokoko-Kirche einen mehr als standesgemässen «Ersatz».

Die Bohlkirche im Oberdorf wird 1482 erstmals genannt, war aber viel älter und wahrscheinlich ein Pilger- und Wallfahrtsziel. Es handelte sich auch hier um eine Saalkirche mit eingezogenem Chor, der Turm war einer Ansicht um 1650 zufolge an die Chornordwand angebaut. Im 30-jährigen Krieg muss die Bohlkirche niedergebrannt worden sein; es standen nur noch die Aussenmauern. Erst 1684 konnte sie wiederhergestellt und neu geweiht werden. Wahrscheinlich sollte auch sie 1749 durch die neue Rokoko-Kirche ersetzt werden, denn drei der vier Altarpatrone – Maria, hl. Veit, hl. Martin – erhielten dort je einen Altar. Doch blieb die Bohlkirche weiterhin bestehen und war Ziel regelmässiger Prozessionen, bis sie im Zuge der Wessenberg'schen Reformen 1805/06 profaniert wurde. Das Gebäude diente ab 1885 als Spital und Altersheim und ist seit 1934 privates Wohnhaus (Hauptstr. 2).

Hohentwiel (Singen), protestantische Festungskirche (1645-1800)

Um 970 stifteten Herzog Burkhard III. und seine Gemahlin Hadwig auf dem Hohentwiel, dem Sitz des Herzogs von Schwaben, ein Kloster. Nach der Verlegung dieses, der Gottesmutter und den hl. Georg und Cyrill geweihten Klosters nach Stein am Rhein 1007 gab es offenbar für mehrere Jahrhunderte kein eigenes Gotteshaus auf der Burg, zumal später mehr und mehr die rein militärische Funktion im Vordergrund stand. Im 16. Jahrhundert bestand die Besatzung in Friedenszeiten aus nur noch etwa 20-30 Mann, Frauen waren in der Festung lange Zeit verboten.⁷

Der Hohentwiel kam 1521/38 an Württemberg und wurde so zur protestantischen Enklave in habsburgisch-katholischem Gebiet. Ab 1546 liessen die Herzöge von Württemberg

⁷ Bumiller, Casimir: Hohentwiel. Die Geschichte einer Burg zwischen Festungsalltag und grosser Politik. Konstanz 1990, S. 127-129



Hilzingen mit der alten Pfarrkirche (links) und der Bohlkirche (rechts), Ausschnitt aus der Peyer-Karte von 1685 (Schaffhausen, Museum zu Allerheiligen)



Hilzingen, ehemalige Bohlkirche (Hauptstr. 2), Südwestansicht (Foto: Verfasser)

die Burg zur Festung ausbauen. Allbekannt ist die Geschichte des Hohentwiel im 30-jährigen Krieg, als der ab 1634 eingesetzte württembergische Kommandant Konrad Widerholt mehrere Belagerungen der uneinnehmbaren Festung überstand und seinerseits die ganze Umgebung ausplündern, verwüsten und die anderen Hegauburgen zerstören liess.

Im Laufe des 17. Jahrhunderts wurde die Festung zu einer Art eigenen kleinen Siedlung, nun gab es neben den Soldaten auch Handwerker und Wirtsleute, Fuhrknechte und Rebmannen, Waschweiber und Mägde – und sogar Familien mit Kindern. 1692 lebten 236 Soldaten, 37 Zivilisten, 141 Frauen und 239 Kinder auf dem Hohentwiel, der damit mehr Einwohner hatte als das katholische Dorf Singen zu seinen Füßen.⁸

Kommandant Widerholt trug dieser Entwicklung Rechnung und liess 1639/45 – mitten im 30-jährigen Krieg und zum Teil während heftiger Belagerungen – das grosse Mühlengebäude («Handt- und Rossmühlen») zu einer protestantischen Kirche mit Kirchturm umbauen. Teile der Ausstattung und vor allem die Glocken raubte Widerholt aus umliegenden katholischen Kirchen. Der stattliche Sakralbau stand im Zentrum der oberen Festung, der Turm mit seinem geschwungenen Helm wurde zum unübersehbaren Bestandteil der Silhouette des Hohentwiel.⁹

Historische Ansichten und Grundrisse vermitteln ein recht genaues Bild vom Aussehen dieser Kirche. Das Gotteshaus wurde quasi auf das Mühlengebäude aufgesetzt. Die beiden unteren Geschosse blieben erhalten und wurden vor allem als Lagerraum («Provisions Gewölber»), vielleicht zum Teil auch weiterhin als «Rossmühle» genutzt. Dadurch war die Kirche vom oberen Plateau aus, wo der Hauptbau der Festung lag, ebenerdig begehbar. Die

⁸ Bumiller, a. a. O. 1990, S. 169-171

⁹ Berner, Herbert (Hg.): Hohentwiel. Bilder aus der Geschichte des Berges. 2. unveränderte Auflage 1957, S. 177; Der Landkreis Konstanz – Amtliche Kreisbeschreibung, Band IV (KB KN IV), 1984, S. 208 und 215-218; Kessinger, Roland, und Peter, Klaus-Michael: Hohentwiel-Buch. Singen (Hohentwiel) und Bonn 2002, S. 147 und 160-163; Kessinger, Roland, und Peter, Klaus-Michael: Der Hohentwiel. Der Berg im Fokus der Mächte Europas. Singen (Hohentwiel) 2015, S. 125

Kirche selbst war ein nach Norden ausgerichteter Saalraum von enormer Grösse auf leicht unregelmässigem, rechteckigem Grundriss. Die nördliche Hälfte bildete der Altarraum, der von grossen Seitenfenstern und von weiteren Fenstern an der Nordwand hell belichtet war. Die südliche Hälfte besass dagegen zwei Reihen kleinerer Fenster übereinander – hier war offenbar eine umlaufende Empore eingebaut.

Der Zerstörung der Festung Hohentwiel 1800/01 fiel auch die Kirche zum Opfer. Erhalten sind beeindruckende Mauerreste und grosse Teile des ehemaligen Kirchturms, der um 1845 zum – noch heute bestehenden – Aussichtsturm umfunktioniert wurde. Auch Teile der Ausstattung sind erhalten: Die Kanzel befindet sich heute in der Kirche von Hausen an der Aach.

Zwar war die Festung selbst nach der Zerstörung eine unbewohnte Ruine, doch gehörten zur württembergischen Enklave auch die Domäne Hohentwiel und der Bruderhof bei Singen, wo nach wie vor Protestanten lebten. So gab es die Überlegung, die Festungskirche in der Ruine als Kirche für alle Protestanten im Hegau wiederaufzubauen, was aber angesichts der Kosten und der ungünstigen Lage auf dem Berg verworfen wurde. Vielmehr wurde 1864 in Singen eine erste kleine evangelische Kirche errichtet (Freiheitstr. 9, seit 1917 alt-katholische Pfarrkirche St. Thomas), die wiederum nach dem Bau der Lutherkirche 1913 (Freiheitstr. 34) aufgegeben und 1917 verkauft wurde.

*Litzelstetten (Konstanz), Augustinerinnenkloster St. Katharina,
Klosterkirche (13. Jh.-1808)*

Ganz ähnlich wie Kloster Adelheiden bei Hegne (siehe oben) geht auch das Augustinerinnenkloster St. Katharina im Mainauwald zwischen Litzelstetten und Wollmatingen zurück auf eine Einsiedlerklause.¹⁰ Die beiden Reichenauer Mönche Walter und Conrad hatten im 13. Jahrhundert an dieser Stelle «eine klösterliche Wohnung und eine Kapelle zum Dienste Gottes» errichtet. Erstmals sicher genannt wird die Klause im Jahr 1324. Die Kapelle war vielleicht zuerst «der seligen Jungfrau Maria» geweiht, spätestens ab 1368 wird als Patrozinium aber St. Katharina genannt.

Irgendwann zwischen 1419 und 1436 wurden die Brüder durch eine Frauengemeinschaft ersetzt, die sich – auch dies wie in Adelheiden – dem Orden der Augustiner-Eremiten anschloss. In der Klosterkapelle wurden nur sporadisch Messen gefeiert, zum Gottesdienst und zum Empfang der Sakramente mussten die Klosterfrauen stets in die Pfarrkirche nach Wollmatingen. Die Klosterkapelle, die um 1470 umgebaut wurde, war aber Ziel einer Wallfahrt, denn Bischof Hermann von Konstanz bestätigte 1470 einen Ablassbrief, wonach die-

10 Bauer, Benedikt: Vom Bodensee – Vergangenheit und Gegenwart. Wollmatingen 1906, S. 89-97; Wetzel, Wilhelm Ludwig: Das Kloster St. Katharina im Westerwald. In: Alemannisches Volk 4,1930, Nr. 30, S. 117-118, und Nr. 31, S. 121-124; KB KN III, 1979, S. 461; Hofmann, Franz: «Früher Kloster, dann Ausflugsstätte, morgen Ruine?» – Das ehemalige Kloster St. Katharina im Mainauwald bei Konstanz. In: HEGAU 61, 2004, S. 23-38



Hohentwiel, Nordwestansicht, Zeichnung von Johann Baptist Gumpp, um 1690, in der Bildmitte sind deutlich Kirche und Kirchturm zu sehen (Hauptstaatsarchiv Stuttgart, B 33, Bd. 71)



Hohentwiel, Ruine der ehemaligen Festungskirche, Nordostansicht, vor 1957; die unteren beiden Fensterreihen gehören zu den profan genutzten Untergeschossen; die Ruine des Kirchturms wurde um 1845 zum Aussichtsturm umgebaut (Stadtarchiv Singen, Fotonachlass Ott-Albrecht)

jenigen, die an fünf bestimmten Festtagen die Kapelle St. Katharina besuchen, einen Ablass gewährt bekommen.

Das kleine Frauenkloster im Wald war alles andere als wohlhabend. Im 30-jährigen Krieg scheint es ernsthafte Beschädigungen gegeben zu haben, denn ein umfassender Ausbau der Anlage fand 1667 statt. Das Geld dazu erhielten die Klosterfrauen wohl für die «Aufbewahrung» des als wundertätig angesehenen Kruzifixes aus der Kapelle von Bernrain südlich von Konstanz, das während der Reformation 1527 in Sicherheit gebracht wurde, dann nach St. Katharina kam und erst 1664 – widerwillig und nach längeren Verhandlungen – zurückgegeben wurde.

Die erste verlässliche Ansicht des Klosters entstand unmittelbar nach dem Umbau, ein von dem Konstanzer Glasmaler Wolfgang Spengler 1669 angefertigtes Glasbild, gestiftet von der Priorin Anna Maria Knoblerin (heute im Rosgartenmuseum Konstanz). Das Kloster ist von Südwesten dargestellt, deutlich sind der langgezogene Hauptbau an der Westseite und die Klosterkirche an der Südwestecke zu sehen, nach Osten hin gruppieren sich ein Verwaltungsbau oder Gästehaus sowie die Wirtschaftsgebäude um zwei Innenhöfe. Die Kirche war demnach ein Rechteckbau mit dreiseitig geschlossenem Chor im Osten, einem Satteldach und einem Dachreiter mit spitzem Helm.

Auch ein um 1740 entstandener Kupferstich zeigt die Südwestansicht des Klosters, aber offensichtlich idealisiert. Die Kirche scheint leicht umgebaut worden zu sein, denn der Dachreiter trägt nun einen Zwiebelhelm und die Fenster am Westgiebel wurden anscheinend deutlich vergrößert.

Als sich während der Säkularisation die Aufhebung abzeichnete, nahm der Deutsche Orden auf der nahen Mainau das Kloster provisorisch in Besitz. Zu dieser Zeit lebten dort neun Klosterfrauen, drei Laienschwestern und zwei Novizinnen, die noch die Erlaubnis zur Einkleidung erhielten. 1806 kam der Besitz der Kommende Mainau an Baden, 1808 wurden die Nonnen von St. Katharina auf den Aussterbeetat gesetzt und mussten nach Konstanz ziehen. Die Klostergebäude wurden 1808 versteigert, die Kirchengestaltung kam unter anderem nach Litzelstetten, Egg und Langenrain, der Hochaltar nach Altnau im Thurgau.

Die hinteren (östlichen) Gebäude wurden um 1850 abgebrochen, nur der langgezogene Hauptbau an der Westseite und der daran angebaute westliche Teil der Kirche blieben stehen. Dort wurde seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein Ausflugslokal betrieben, das noch bis 1965 bestand. Danach diente das Gebäude zu Wohnzwecken und wird seit 2006 von der Insel Mainau aus wieder als Ausflugslokal bewirtschaftet.

Mägdeberg (Mühlhausen-Ehingen), Wallfahrtskapelle St. Ursula (vor 1578-1789)

Allerorten werden heutzutage vorgeschichtliche Kultstätten vermutet, oft genug rein spekulativ. Der Mägdeberg dagegen war – wie schon sein Name besagt – tatsächlich ein Kultort, an dem in keltischer, später auch alemannischer Zeit die drei Beten (Jungfrauen, Muttergottheiten) Ainbed, Borbed und Wilbed verehrt wurden. Wahrscheinlich schon im



Kloster St. Katharina im Mainauwald, Südwestansicht, Glasbild von Wolfgang Spengler, 1669, Ausschnitt (Rosgartenmuseum Konstanz)



St. Katharina im Mainauwald, Südwestansicht, Zustand 2004, rechts die Überreste der ehem. Klosterkirche (Foto: Verfasser)

Frühmittelalter wurde der Berg christlich umgewidmet in einen der Maria geweihten Pilgerort.¹¹ Das alte, wundertätige Marienbild kam 1378, als die Burg Mägdeberg zerstört wurde, nach Konstanz. Es war dort noch 1466, wurde aber wohl bei einem reformatorischen Bildersturm 1527 zerstört.

Der Pilgerort auf dem Mägdeberg blieb erhalten, wenngleich nun nicht mehr Maria verehrt wurde, sondern seit dem 15. Jahrhundert die hl. Ursula und die 10'000 Jungfrauen. Schon ab 1444 lebte ein «Bruder» in der Burgruine, spätestens 1479 ist wieder eine Kapelle sicher nachgewiesen. Der Eremit betreute das Heiligtum und die Wallfahrer. Nach dem 30-jährigen Krieg und dem Wiederaufbau der Burgebäude 1650-53 erlebte die Ursulakapelle auf dem Mägdeberg eine Blüte. Im Mittelpunkt stand eine kleine Statue der hl. Ursula, die sich heute in der Mühlhauser Josephskapelle befindet. Dort hängt heute auch ein grosses Altarbild von 1605, das wohl aus der Ursulakapelle stammt. Es wurde von der Familie von Rost gestiftet und stellt das Martyrium der hl. Ursula und der 10'000 Jungfrauen dar.

Als die Gebäude auf dem Mägdeberg 1710 wieder baufällig waren, wurde nur noch das Dach der Ursulakapelle und eines Teils des Burgebäudes repariert. Um 1770/74 wurden alle Gebäude ausser der Ursulakapelle abgebrochen. Doch spätestens 1788 war auch die Kapelle ruinös. Schon zuvor war bemängelt worden, dass es in der Kapelle sehr eng sei und nur die Geistlichen und ein fünf- bis sechsköpfiger Chor darin Platz hätten. Die übrigen Gläubigen mussten davor auf dem alten Burghof stehen und durch grosse Flügeltüren in den Innenraum hineinschauen.

Zum letzten Mal wurde in der Kapelle auf dem Mägdeberg am 21. Oktober 1788 das Ursulafest gefeiert. Der Obervogt berichtet zu dieser Zeit: «Die St. Ursulakapelle steht am obersten Gipfel des Mägdebergs auf drei Seiten im Felsen; also hat nur auf der Seite des Eingangs Licht und ist mehr einem feuchten Keller als einer Kirche ähnlich.» Dennoch widersetzten sich Gemeinde und Gläubige der beantragten Aufhebung, erst nach wiederholter Anweisung seitens der vorderösterreichischen Regierung wurde 1789 die Kapelle geschlossen und das Inventar entfernt. Das Gebäude selbst blieb zunächst erhalten, doch nach dem Einsturz des Daches in den 1820er Jahren verfiel es zusehends zur Ruine.

Wo genau lag nun die besagte Kapelle? Es ist anzunehmen, dass die der Muttergottes geweihte Burgkapelle der Ausgangspunkt war. Die Zerstörung der Burg 1378 hat auch die Kapelle betroffen, wo sie genau lag, ist nicht bekannt. Nach Dobler (1959) und allen ihm Folgenden befand sich die Ursulakapelle im Torturm zwischen Vor- und Kernburg. Mit der Zerstörung der Burg hatte dieser Turm seine Funktion als befestigter Tordurchgang eingebüsst. Die Kapelle könnte sich zunächst im Obergeschoss des Turmes befunden haben, der von der oberen Burgebene aus zugänglich war. Den Berichten des 18. Jahrhunderts zufolge war die Kapelle dann aber im unteren Geschoss untergebracht, im nun zum Teil zugemauerten, ehemaligen Durchgang. Das widerspricht aber dennoch der Angabe, dass die Kapelle an drei Seiten fensterlos und in den Felsen gebaut war. Vielleicht hat der Obervogt, in des-

11 Dobler, Eberhard: Burg und Herrschaft Mägdeberg. Singen (Hohentwiel) 1959, S. 19-25 und 132-138; KB KN III, 1979, S. 119



Burgruine Mägdeberg, Aufnahme von 1969 des Torturms, in dessen ehemaligem Durchgang im unterem Geschoss sich die Ursulakapelle befand (Kreisarchiv Konstanz, Bildsammlung Z 9)



Markelfingen, ehemalige Kapelle Unserer Lieben Frau, Westansicht, 1958
(Kreisarchiv Konstanz, Bildsammlung Z 9)



Markelfingen, ehemalige Kapelle Unserer Lieben Frau, Südostansicht, 2014 (Foto: Verfasser)

sen Interesse die Auflösung der Kapelle lag, die Situation schlimmer dargestellt als sie in Wirklichkeit war.

Markelfingen (Radolfzell), Wallfahrtskapelle Unserer Lieben Frau (1703-1816)

An der alten Strasse nach Stahringen, heute ein Feldweg und wegen der neuen vierspurigen B 33 eine Sackgasse (Strasse Zur Kapelle), stand spätestens ab 1480 ein «Wackenkreuz» und spätestens 1584 neben diesem Kreuz ein «Bildhüslin» mit einer wahrscheinlich als Gnadenbild verehrten spätgotischen Skulptur der Anna Selbdritt (um 1500), darstellend die hl. Anna, Maria und das Jesuskind. Die blühende Wallfahrt führte dazu, dass an dieser erhöhten, weithin sichtbaren Stelle 1703 eine Kapelle errichtet wurde. Ein nebenan lebender Einsiedler betreute Kapelle, Wallfahrt und Pilger und erhielt dafür aus dem Opfergeld eine regelmässige kleine Entlohnung. Um 1740 ersetzte ein kleines barockes Vesperbild das alte Gnadenbild – es befindet sich heute in der Pfarrkirche über dem Chorbogen.¹²

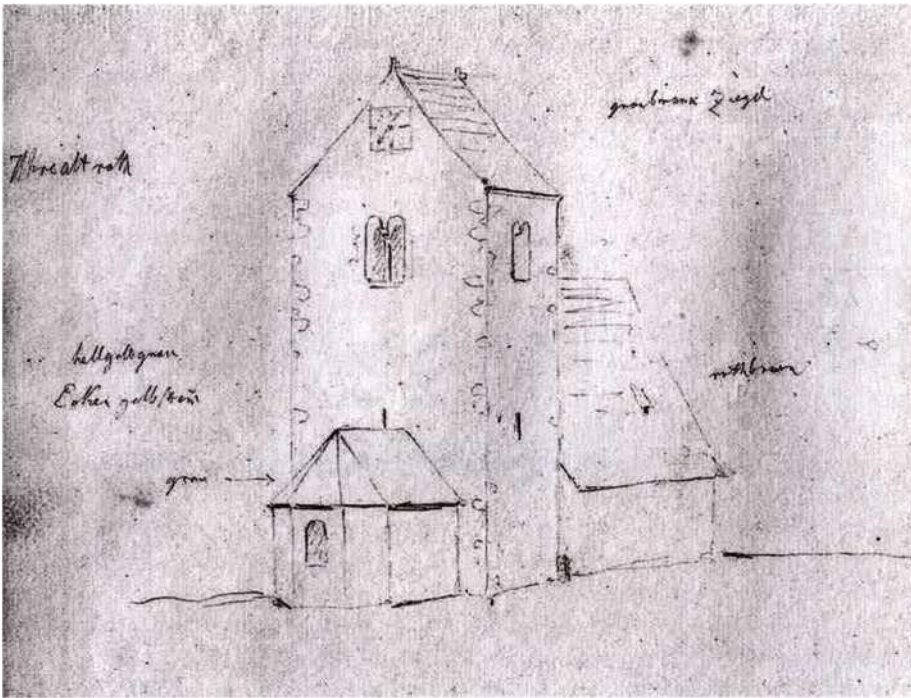
Um 1800, im Zuge des unter Wessenberg verfügten Verbots des ausufernden Wallfahrtswesens, wurde die Kapelle geschlossen. Dennoch hielt der Markelfinger Pfarrer dort weiterhin Messen und Predigten. Das war dem Seekreisdirektorium 1810 ein Dorn im Auge: «Es wäre unserer Ansicht nach rätlich und allerdings zu wünschen, dass diese zu vielen Nebenandachten Anlass gebende Kapelle abgebrochen würde.» Die bischöfliche Kanzlei beauftragte daher den Pfarrer, die Kapelle «auszulöschen», «ohne geringstes Aufhebens» zu räumen und die Ausstattung in die Markelfinger Pfarrkirche zu übertragen. Das Gnadenbild soll zweimal wieder wundersam zur Kapelle zurückgekehrt und erst bei der dritten Übertragung in einer feierlichen Prozession ganz in der Pfarrkirche verblieben sein. Diese Anekdote zeigt, wie sehr die Kapelle in der Bevölkerung verwurzelt war und wie schwer es den Gläubigen fiel, sie aufzugeben.

Die zunehmend verfallende Kapelle wurde schliesslich 1816 für 584 fl versteigert. Der neue Besitzer, Josef Dehli aus Riedöschingen, richtete hier eine Ölmühle ein, die bis in die 1970er Jahre betrieben wurde. Danach wurden die Nebengebäude abgebrochen und durch einen modernen Hotel- und Restaurantanbau ersetzt. Die ehemalige Kapelle war nun Teil eines Gastronomiebetriebs, der aber um 2007 geschlossen wurde. Seither steht der Gebäudekomplex leer und wartet auf eine neue Nutzung. Die spätgotische Figurengruppe der hl. Anna Selbdritt stand bis vor wenigen Jahren in der heute leeren Nische über dem Eingang zur ehemaligen Kapelle.

Neuhausen (Engen), Alte Kirche St. Blasius und Sebastian (um 1200-1878)

Die alte Neuhauser Kirche sah so altertümlich aus, dass immer wieder gemutmasst wurde, sie sei ein Bau der Merowingerzeit gewesen, also bereits im 8. Jahrhundert errichtet wor-

12 Fiedler, Walter (Hg.): Markelfingen. Geschichte eines reichenauischen Dorfes. Radolfzell 1975, S. 223-229; KB KN IV, 1984, S. 65



Neuhausen, alte Kirche St. Blasius und Sebastian, Nordostansicht, Zeichnung für die Landesvermessung mittels trigonometrischer Hochpunkte, 1827 (Generallandesarchiv Karlsruhe, H-Baden (Land) 4)



Neuhausen, ehemaliges Langhaus der alten Kirche St. Blasius und Sebastian, Südostansicht (Foto: Verfasser)

den.¹³ Das Dorf Neuhausen könnte tatsächlich – ungeachtet des Namens – eine alemannische Gründung dieser frühen Zeit sein. Die alte Kirche stand am Übergang der Strasse über den Bach (heute Maierbachstr. 4a), unmittelbar bei der Burg der Ortsherrschaft, den Herren von Neuhausen (Maierbachstr. 6). Die Kirche dürfte aus der Burgkapelle hervorgegangen sein.

Dennoch war die alte Kirche sicher nicht merowingerzeitlich, sondern der einzigen überlieferten, sehr genauen Ansicht zufolge im Kern ein romanischer Bau. Eine genaue Datierung ist schwierig, aber analog zu den romanischen Kirchtürmen der Nachbarorte Welschingen, Ehingen und Mühlhausen ist der Turm in Neuhausen wohl ebenfalls um 1200 oder bald darauf entstanden. Dies war auch die Zeit, als die Herren von Engen/Hewen in unmittelbarer Nachbarschaft auf dem Bergsporn neben der ehemaligen Burg Engen planmässig die neue Stadt anlegten und dort eine neue Kirche, die heutige Stadtpfarrkirche, errichteten.

Die Burg in Neuhausen wird erstmals 1328 genannt, kann aber natürlich durchaus viel älter sein. Die erst 1493 erwähnte Kapelle bestand offensichtlich bereits spätestens um 1200. In Welschingen war es ganz ähnlich, dort bestand die grosse romanische Pilger- und Wallfahrtskirche schon um 1200, erstmals nachgewiesen ist sie 1452, zur Pfarrkirche erhoben wurde sie erst 1519. Die alte Neuhauser Kirche hatte allerdings nie eine Pfarrfunktion.

Im Schweizerkrieg wurde Neuhausen 1499 niedergebrannt. Der romanische Kirchturm dürfte eines der wenigen, vielleicht das einzige Gebäude im Dorf gewesen sein, das erhalten blieb. Das Langhaus und der augenscheinlich gotische Chor sind möglicherweise erst nach 1499 errichtet bzw. wiederaufgebaut worden. Ursprünglich war die Neuhauser Kirche wohl eine sogenannte Chorturmkirche, das heisst, das untere Geschoss des Turmes war zugleich der Altarraum. Der kleine gotische Chor wäre dann erst später angebaut worden. Das Aussehen war so tatsächlich etwas eigenartig und mag «altertümlich» gewirkt haben: ein mächtiger romanischer Turm, an dessen Westseite das kaum breitere Langhaus mit seinem steilen, hohen Dach und an dessen Ostseite ein kleiner gotischer Chor angebaut waren. Auch im Inneren war die Raumabfolge von Langhaus, Turmuntergeschoss und kleinem Altarraum für eine einfache Dorfkirche recht ungewöhnlich.

Eine im Rahmen der trigonometrischen Aufmessung Südbadens 1827 entstandene Nordostansicht überliefert das Aussehen der alten Kirche sehr genau. Der romanische Turm war ein über das kleine Dorf Neuhausen hinaus bedeutendes Baudenkmal. Dennoch wurden unmittelbar nach der Fertigstellung der heutigen, neoromanischen Kirche an der Hauptstrasse (Lindenstrasse) 1878 der Turm und der Chor der alten Kirche abgebrochen. Das Langhaus, dessen Mauerwerk noch zum grössten Teil romanisch ist, wurde zum Schuppen umgebaut und blieb so bis heute erhalten. Sein Bodenniveau lag allerdings einst etwa zwei Meter tiefer als heute.

13 Kraus, a. a. O. 1887, S. 43; Hotz, a. a. O. 1983, S. 300-301; KB KN III, 1979, S. 63 und 65



Radolfzell, Kapuzinerkloster vor dem Obertor, erster Bau (1627-32, vorn links) und Kapelle St. Jakob auf dem Friedhof (vorn rechts), Ausschnitt aus einer Vogelschau auf Radolfzell und Umgebung, kolorierte Zeichnung, um 1630 (Generallandesarchiv Karlsruhe, H-Radolfzell 3)

Radolfzell, Kapuzinerkloster, Kirche St. Georg (1627-1826)

Ab 1617 bemühte sich die Stadt Radolfzell um eine Ansiedlung von Kapuzinern. Auf dem dafür vorgesehenen Platz vor dem Obertor, zwischen Ausfallstrasse und Seeufer, wurde 1625 der Grundstein gelegt, 1627 waren das Konventgebäude und die Klosterkirche St. Georg fertiggestellt.¹⁴ Doch schon kurz darauf, 1632 im 30-jährigen Krieg, wurde das Kapuzinerkloster wieder abgebrochen, da die Gebäude einer grossen Schanze vor dem Obertor weichen mussten. Die Mönche bewohnten nun ein Haus in der Stadt, kamen weiterhin ihren seelsorgerischen Aufgaben nach und genossen grosses Ansehen, insbesondere weil sie in schwerer Kriegszeit und während der verheerenden Pestepidemie 1635 aufopferungsvoll den Menschen beistanden.

Sofort nach Kriegsende 1648 bemühten sich die Kapuziner um den Wiederaufbau ihres Klosters am alten Ort, doch erst 1659 erhielten sie dazu die offizielle Erlaubnis. Die neue

14 Walchner, Kasimir: Geschichte der Stadt Radolphzell. Freiburg (Breisgau) 1825, S. 190-192 und 203-205; Albert, Peter: Geschichte der Stadt Radolfzell am Bodensee. Allensbach 1896, S. 280-281 und 411; Götz, Franz: Geschichte der Stadt Radolfzell. Schrift- und Bilddokumente, Urteile, Daten. Radolfzell 1967, S. 169-170; Schmid, a. a. O. 1980, S. 88-89; KB KN IV, 1984, S. 90; Hofmann, Franz: Kapuzinerkloster Radolfzell – Geschichte. In: www.kloester-bw.de, online ab 2011, aufgerufen am 7.6.2018

Klosterkirche wurde 1660 geweiht. Lage und Ausmasse der neuen Kirche entsprachen denjenigen des Vorgängerbaus, da die Grundmauern erhalten geblieben waren.

Ein um 1630 gezeichnetes Vogelschaubild überliefert das Aussehen des ersten Klosters in einer Südostansicht, mehrere Stadtansichten des 18. Jahrhunderts von Süden zeigen das zweite Kloster. Die Kirche war demzufolge – wie in Engen und Stockach – ein schlichter, aber grosser Satteldachbau auf rechteckigem Grundriss. Die erste Kirche trug einen kleinen Dachreiter in der Dachmitte, bei der zweiten Kirche war er etwas nach Osten verrückt. Die Kirche stand parallel zur Strasse, das Konventgebäude unmittelbar südlich davon. An die Nordseite der Kirche, zur Obertorbrücke hin, wurde 1711/12 eine Totenkapelle für die Herren von Hornstein angebaut. Im 18. Jahrhundert lebten etwa 12 Patres und vier Laienbrüder im Kloster, insgesamt wurden in der Kirche etwa 70 Kapuziner bestattet.

1806 kam eine königliche-württembergische Kommission ins Kloster und konfiszierte alles, was noch irgendwie von Wert war. Die Radolfzeller Bürgerschaft und der Konstanzer Generalvikar von Wessenberg versuchten vergeblich, dies zu verhindern. 1810 fiel Radolfzell an Baden. Das Kapuzinerkloster erhielt noch eine Gnadenfrist, doch 1826 wurde es schliesslich aufgelöst, Kirche und Konventbauten wurden verkauft. Der neue Eigentümer, Bürgermeister Josef Anton Spachholz, liess den Konventbau abbrechen und die Kirche zum Wohnhaus umbauen. Später war hier die Gastwirtschaft «Zum Kloster» eingerichtet, ab 1897 ein Weingrosshandel. 1987 erwarb die Stadt Radolfzell das Gebäude, das heute das «Weltkloster Radolfzell», eine interreligiöse Begegnungsstätte, sowie Büros der Stadtverwaltung beherbergt.

Radolfzell, Kapelle St. Jakob (vor 1340-1865)

Ausserhalb der Stadtmauern, vor dem Obertor östlich der Stadt, stand spätestens seit 1340 eine der hl. Ursula und den 10'000 Jungfrauen geweihte Kapelle.¹⁵ Sie wurde auch «Kapelle auf Acker» genannt nach ihrem Standort auf dem Kelhofacker. Für einige Jahrzehnte gab es bei der Kapelle eine Klausen von Beginen, später Franziskaner-Tertiärinnen. Dieses Frauenklösterchen ging aber wohl schon im frühen 16. Jahrhundert wieder ein.

Mit ausschlaggebend dafür könnte gewesen sein, dass der viel zu klein gewordene und durch den Neubau des Radolfzeller Münsters noch weiter eingeschränkte Friedhof in der Stadt um 1505 vor die Mauern an die besagte Kapelle verlegt wurde. Wohl im Zuge eines weitgehenden Um- oder Neubaus 1558 erhielt die Kapelle das neue Patrozinium St. Jakobus. Die früheste Ansicht in dem um 1630 gezeichneten Vogelschaubild von Radolfzell und Umgebung zeigt diesen Zustand: einen schlichten Satteldachbau auf rechteckigem Grundriss mit kleinem, spitzbehelmtem Dachreiter. Die Kapelle war Teil der Friedhofummauerung, stand also nicht inmitten der Gräber. Auch Jakobuspilger suchten das kleine Gotteshaus auf.

15 Götz, a. a. 0.1967, S. 166-168; KB KN IV 1984, S. 89-90; Hofmann, Franz: Grabmale, Epitaphien und alte Friedhöfe im Kreis Konstanz. Singen (Hohentwiel) und Hilzingen 2015, S. 118-119



Radolfzell, Kapelle St. Wolfgang auf der Mettnau, Südostansicht, Ausschnitt aus der Vogelschau auf Radolfzell und Umgebung, um 1630
(Generallandesarchiv Karlsruhe, H-Radolfzell 3)

Radolfzell, Kapuzinerkloster vor dem Obertor, zweiter Bau (ab 1660), rechts dahinter die Kapelle St. Jakob, Südansicht, Ausschnitt aus dem sogenannten Hausherrenbild, Ölbild, 18. Jh. (Stadtmuseum Radolfzell, Foto: Christof Stadler, Radolfzell)

Nach dem 30-jährigen Krieg war das Seelen- oder Gottesackerkirchlein, wie die Jakobskapelle nun im Volksmund hiess, anscheinend nur noch eine Ruine. Um 1693 wurde sie von Bürgermeister Johann Müller und seinem Bruder, Kaplan Philipp Müller, in barocken Formen wiederaufgebaut und mit einer Stiftung ausgestattet. Unter anderem aus Platzgründen wurde der Friedhof um 1840 Richtung Mettnau verlegt. Der alte Jakobusfriedhof wurde 1865 geschlossen, die Kapelle abgebrochen – wohl im Zuge des Eisenbahnbaus und der geplanten Neubebauung dieses Bereichs vor der Stadtmauer (heute Jakobstrasse). 1878 wurde ein neuer grosser Friedhof weit ausserhalb der Stadt eröffnet (heute Alter Friedhof), der Friedhof auf der Mettnau wurde nicht mehr belegt. An seiner Stelle entstand 1906 das neue Krankenhaus (heute Hausherrenstrasse). So gibt es von den beiden Friedhöfen vor dem Obertor heute ebenso wie von der Jakobskapelle keine Spuren mehr.

Radolfzell, Kapelle St. Wolfgang (10. Jh.-1784)

Weit draussen vor dem Radolfzeller Obertor, schon ganz auf der Halbinsel Mettnau, stand eine weitere Kapelle, die dem hl. Wolfgang geweiht war.¹⁶ Der Legende zufolge soll dort im 10. Jahrhundert der hl. Wolfgang, später Bischof von Regensburg (972-994) geboren worden sein. Tatsächlich könnte dieses Kirchlein so früh gegründet worden sein, denn es gehörte, wie die ganze Mettnau, zum Kloster Reichenau.

¹⁶ Götz, a. a. O. 1967, S. 170; KB KN IV, 1984, S. 90



Randegger Urbar von 1761/62, Ausschnitt mit Südostansicht der Dreifaltigkeitskirche (Gottmadingen, Gemeindearchiv Randegg)

Von Radolfzell zur Wolfgangkapelle führte ein Kreuzweg, sie war demnach Ziel von Prozessionen und Wallfahrern. Ein neben ihr stehender Grenzstein markierte die Jurisdiktionsgrenze der Hochgerichtsbarkeit zwischen der österreichischen Landgrafschaft Nellenburg, also Radolfzell, und der Abtei Reichenau.

Die um 1630 angefertigte Vogelschau auf Radolfzell und Umgebung von Südosten zeigt diese Situation recht wirklichkeitsnah. Demnach war die Wolfgangkapelle – wie die näher bei der Stadt gelegene Jakobskapelle – ein schlichter Satteldachbau auf rechteckigem Grundriss mit spitzbehelmtem Dachreiter. Das kleine Kirchlein wurde 1784 abgebrochen.

Randegg (Gottmadingen), Kirche zur Hl. Dreifaltigkeit (1592-1826)

Ältestes Gotteshaus in Randegg war die Kapelle des 1214 erstmals erwähnten Schlosses; der Bau ist im Mauerring noch heute erhalten und dient nun als Ausstellungsraum für moderne Kunst. Auch eine der hl. Ottilie geweihten Kirche muss schon in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts erbaut worden sein. Sie war filial zur Pfarrkirche von Gailingen und spätestens seit der Zeit um 1400/1420 Ziel einer aufblühenden Wallfahrt zur hl. Ottilie.¹⁷

Der berühmte Gelehrte Hans von Schellenberg stiftete als Ortsherr ab 1583 nicht nur den sogenannten Ottilienaltar für das Büstenreliquiar in der Kirche, sondern auch ein Vesperebild für die 1592 von ihm wiedererrichtete Schlosskapelle. Und er stiftete ebenfalls 1592 einen Kirchenneubau für die dritte der Randegger Kaplaneien, die obere oder Dreifaltigkeitskirche, die an der Abzweigung nach Dörflingen stand (heute Grundstück Ottilien-

¹⁷ Hofmann, Franz: Ottilienwallfahrt und kirchliches Leben in Randegg. In: Kulturausschuss Randegg (Hg.): 800 Jahre Randegg. Gottmadingen-Randegg 2014, S. 102-113

Quelle).¹⁸ 1663 wurden die drei Kaplaneien zur selbstständigen Pfarrei vereinigt, die Ottilienkirche war nun Pfarrkirche.

Vor allem das Ottilienreliquiar in der Pfarrkirche, aber auch die Dreifaltigkeitskirche waren im 18. Jahrhundert Ziel von Prozessionen und von Wallfahrern aus der weiteren Umgegend. Das Urbar von 1761/62 überliefert nicht nur das damalige Aussehen der Ottilienkirche, wo der Friedhof lag, sondern auch von der Dreifaltigkeitskirche, die ein Saalbau mit dreiseitig geschlossenem Chor und seitlich angebautem Dachreiter war. Im Zuge der Wessenberg'schen Reformen wurden die Bittgänge und Wallfahrten ausserhalb der Gemarkung verboten, was für die Randegger Wallfahrten das Ende bedeutete. Nur zum Ottilienfest kommen bis heute Gläubige. Die Dreifaltigkeitskirche wurde 1826 profaniert und diente dann als Lagerraum, ab 1875 als Nebengebäude des Bad-Hotels (heute Ottilien-Quelle). In den 1960er Jahren wurde das Gebäude schliesslich abgebrochen.

Reichenau-Mittelzell, Pfarrkirche St Johann (um 958/972-1812)

Der Abbruch der Reichenauer Pfarrkirche St. Johann ist wahrlich ein schmerzlicher Verlust, der noch heute an dieser Stelle als bauliche Lücke deutlich wahrzunehmen ist. Die Reichenau besass nicht nur die drei heute allbekannten und vielbesuchten grossen Kirchen, namentlich: die Klosterkirche St. Maria und Markus, die eigentlich aus zwei Kirchen besteht, dem Marienmünster (ab 816) und der Markusbasilika an der Westseite (1048); St. Peter und Paul in Niederzell, die am Westende der Insel erbaute Begräbniskirche für Bischof Eginon von Verona (799, erneuert 1104); St. Georg in Oberzell, die eigens zur Verehrung einer Georgsreliquie an das Ostende der Insel gebaute Kirche (um 900, ausgemalt um 1000). Dazu gab es noch fast zwei Dutzend weitere Gotteshäuser, von grösseren Kirchenbauten bis hin zu kleinen Wegkapellen. Nicht nur der ummauerte Bezirk um Klosterkirche und Konvent in Mittelzell war das Kloster, sondern die ganze Insel war gleichsam heilige Klosterinsel – und ist dementsprechend als Ganzes im Jahr 2000 zum UNESCO-Welterbe erhoben worden.

Neben den Mönchen lebten auch Laien auf der Insel, die Verwalter, Bauern, Fischer oder Tagelöhner, die vor allem oberhalb des ummauerten Klosterbezirks um den Dorfplatz (Ergat) ihre Häuser hatten. Sinnfällig genau zwischen Klosterkirche und Dorfplatz stand die Pfarrkirche der Reichenauer, die vierte der grossen Kirchen, die auf älteren Ansichten der Insel immer heraussticht. Sie wurde bereits um 958/972 erbaut und war dem hl. Johannes geweiht.¹⁹

Grundriss und genaue Lage des ottonischen Baus sind nicht bekannt, eine archäologische Grabung gab es diesbezüglich noch nicht. Erst ab dem 17. Jahrhundert ist das Aussehen der Pfarrkirche St. Johann in historischen Ansichten gut dokumentiert. Demnach han-

18 KB KN III, 1979, S. 169; Hofmann, a. a. O. 2014, S. 107 und 110-111; zum Abbruch: mündliche Auskunft von Dieter Fleischmann. Randegger Ottilienquelle

19 Hecht, Josef: Der romanische Kirchenbau des Bodenseegebietes von seinen Anfängen bis zum Ausklingen. Basel 1928, S. 125-129 und Tafel 58-59; KB KN III, 1979, S. 654



Reichenau-Mittelzell, Pfarrkirche St. Johann (links) und Kirche St. Pelagius bei der Pfalz (rechts), Nordansicht, Ausschnitt aus der grossen Reichenauansicht von 1624 im Münster (Foto: Verfasser)

delte es sich um einen gotischen – oder gotisch umgebauten – Bau mit geräumigem dreischiffigem Langhaus sowie mit Altarraum und Turm an der Ostseite. Der hohe Turm war unten vielleicht noch romanisch, das Glockengeschoss und das Satteldach mit Stufengiebeln aber spätgotisch. Das Hauptportal lag offenbar an der Westseite, doch dürfte im täglichen Gebrauch der zum Dorf hin gelegene Südeingang genutzt worden sein, der über eine kleine Vorhalle verfügte.

Obwohl der Grundriss auf der Gemarkungskarte von 1707 überliefert ist, bleiben Details unklar und damit wichtige Fragen offen. So war der eingerückte Altarraum möglicherweise gerade geschlossen und von zwei schmalen Seitenkapellen flankiert; dann wäre der Turm nur östlich daran angebaut gewesen (so etwa Hecht 1928). Es könnte sich aber durchaus auch um eine Chorturmkirche gehandelt haben, das heisst, das Erdgeschoss des Turmes wäre dann zugleich der Altarraum gewesen. Die auf Ansichten gut erkennbare grosse Bogenöffnung im unteren Bereich des Turmes wäre so schlüssig als seitliches Chorfenster zu interpretieren. Auch beides ist möglich: eine ottonische, bzw. romanische Chorturmkirche, an die später ein grösserer gotischer Neubau samt Rechteckchor angebaut wurde.

Die Pfarrkirche stand wie üblich inmitten des Friedhofs. Hier, in und um die Kirche, wurden die weltlichen Einwohner der Reichenau bestattet, die Mönche, Konventualen, Äbte und hochgestellten Persönlichkeiten dagegen auf dem Mönchsfriedhof östlich des Münsterchors bzw. in der Klosterkirche selbst.

Das Kloster Reichenau wurde 1540 in das Hochstift Konstanz inkorporiert und 1757 aufgehoben. Nach Auflösung des Hochstifts im Zuge der Säkularisation 1803 fiel der Klosterbesitz an Baden. St. Peter und Paul war Pfarrkirche für Niederzell, St. Georg für Oberzell. In Mittelzell war die Klosterkirche ohne Funktion, aber als Baudenkmal weitaus bedeutender als die benachbarte Pfarrkirche St. Johann. So wurde letztere geopfert und die



Reichenau-Mittelzell, Pfarrkirche St. Johann (rechts) und Kirche St. Pelagius (Bildmitte), Südansicht, Ausschnitt aus dem Gemarkungsplan von 1707 (Generallandesarchiv Karlsruhe, H-Reichenau 1)

Klosterkirche zur Pfarrkirche von Mittelzell. Die Kirche St. Johann wurde 1809 exsekriert und 1812 abgebrochen.

Reichenau-Mittelzell, Kirche St. Pelagius (um 900-19. Jh.)

Der Klosterbereich war oben, zum Dorf und zur Pfalz hin, mit einer von zwei Gebäuden flankierten Tordurchfahrt abgegrenzt (heute oberer Beginn der Burgstrasse). Auf den bekannten historischen Ansichten von Mittelzell ist die Situation immer deutlich dargestellt. Östlich des Tores stand die Klosterbibliothek (heute Wohnhaus Burgstr. 2), westlich gegenüber die Kirche St. Pelagius (heute etwa die Garage des Wohnhauses Burgstr. 1).²⁰

Die Pelagiuskirche wurde vielleicht schon durch Abt Witigowo um 900 errichtet, also bald nachdem die Pelagiusreliquien nach Konstanz gekommen waren, und um 995 erstmals renoviert. 1224 wird sie als Stiftskirche für einen Propst und sechs Chorherren erwähnt. Das Stift ging wahrscheinlich nach der Inkorporation der Reichenau als Priorat in das Hochstift Konstanz 1540 ein. Obwohl im Mauerwerk noch weitgehend aus karolingischer oder ottonischer Zeit, wurde die Kirche wohl mit der endgültigen Auflösung des Klosters 1757 oder spätestens in der Zeit der Säkularisation geschlossen und im 19. Jahrhundert abgebrochen.

²⁰ Gruber, Otto: Die Kirchenbauten der Reichenau. In: Beyerle, Konrad (Hg.): Die Kultur der Abtei Reichenau. München 1925, S. 826-871, hier S. 830-832; KB KN III, 1979, S. 660; Zettler, Alfons: Die frühen Klosterbauten der Reichenau. Sigmaringen 1988, S. 150-155; Meyer, Fredy: Sankt Pelagius in Konstanz und Papst Gregor der Grosse in Petershausen. Diss. Universität Konstanz 1998, S. 66-89, insbesondere S. 81-84



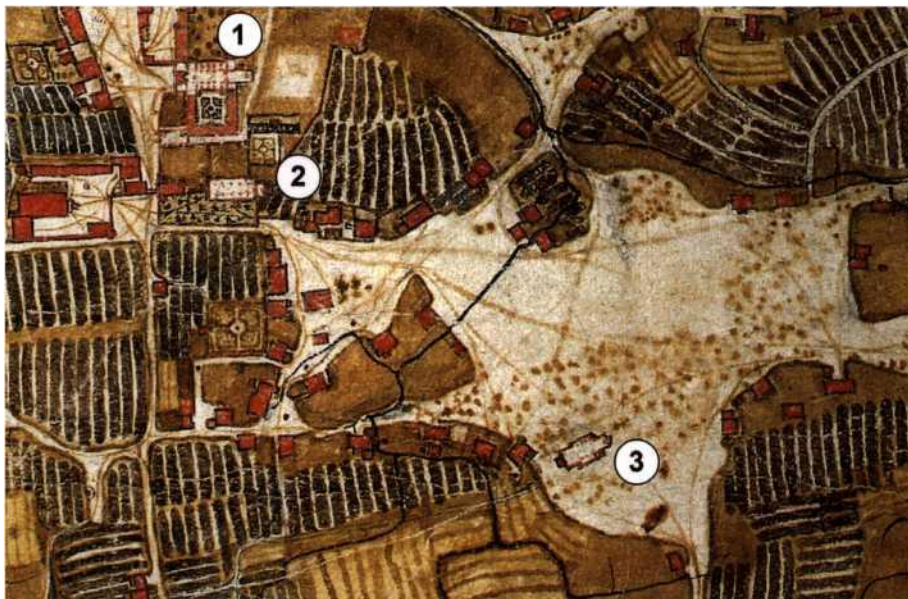
Reichenau-Mittelzell, Pfarrkirche St. Johann (links) und Kirche St. Pelagius (rechts), Nordwestansicht, Ausschnitt aus dem grossen Bild der Reliquienrückführung von 1738 im Münster (Foto: Verfasser)

Das Aussehen der Pelagiuskirche ist durch Grabungen und historische Ansichten gut dokumentiert: ein Satteldachbau auf rechteckigem Grundriss, auf das Dach war ein sehr kleiner offener Dachreiter für eine Glocke aufgesetzt. Doch gibt es Ungereimtheiten. Die Nordansicht auf dem Pirminbild von 1624 zeigt einen stattlichen Sakralbau mit grossem und massivem Dachaufbau in der Art eines romanischen Vierungsturms. Auf der Südansicht des Gemarkungsplans von 1707 wirkt die Kirche bzw. Kapelle dagegen viel kleiner und trägt nur noch den genannten, sehr kleinen Dachreiter. Der Bau wirkt aber noch sehr geschlossen, mit nur drei kleinen Fenstern an der Südseite. Die Nordansichten des 18. Jahrhunderts zeigen dagegen drei grosse Fenster an der Nordseite und zum Teil auch grosse Fenster an der Ostseite.

Demzufolge ist der Bau zwischen 1624 und 1707 barock überformt und dabei weitgehend verändert worden, vielleicht nach Beschädigungen im 30-jährigen Krieg. Möglicherweise blieben die Fenster an der nach aussen zum Dorf hin weisenden Südseite unverändert und wurden nur an der Nord- und Ostseite deutlich vergrössert. Nicht auszuschliessen ist aber, dass die Ansicht von 1624 stark idealisiert ist oder dass hier vielleicht sogar die Kirchen St. Pelagius und St. Adalbert (siehe unten) quasi zu einer Ansicht verschmolzen wurden.

Reichenau-Mittelzell, Kirche St. Adalbert (1049-1832)

Papst Leo IX. (1049-1054), der aus dem Elsass stammte, besuchte auf der Rückreise von der Mainzer Synode nach Rom im November 1049 Kloster Reichenau. Dort weihte erst am



Reichenau-Mittelzell, Ausschnitt aus dem Gemarkungsplan von 1707; 1: Klosterkirche, 2: Pfarrkirche St. Johann, 3: Kirche St. Adalbert (Generallandesarchiv Karlsruhe, H-Reichenau 1)

Fest des hl. Papstes Clemens (23. November) die am südöstlichen Rand des Bauerndorfes in Mittelzell errichtete Kirche St. Adalbert.²¹ Bauherr war demnach Abt Berno (reg. 1008-1048), der zur selben Zeit den monumentalen romanischen Westbau der Klosterkirche, die Markusbasilika, errichten liess. Spätestens 1142 war St. Adalbert, wie auch die Pelagiuskirche bei der ehemaligen Pfalz – eine Stiftskirche für einen Propst und bis zu sechs Kanoniker, und wie dort dürfte das Stift das Ende der eigenständigen Abtei Reichenau 1540 nicht überlebt haben. Wahrscheinlich im Zuge der Säkularisation wurde die Adalbertkirche profaniert und 1832 abgebrochen.

Der Gemarkungsplan der Insel Reichenau von 1707 überliefert den Grundriss der Kirche. Diese besass demnach ein dreischiffiges, vierjochiges Langhaus und einen eingezogenen Rechteckchor an der Ostseite. Das Langhaus wurde anscheinend später durch einen querrechteckigen Anbau nach Westen verlängert, dem wiederum eine kleine Vorhalle vorgesetzt war. Hecht (1928) rekonstruiert aus dem Grundriss von 1707 einen riesigen romanischen Sakralbau, in den Ausmassen vergleichbar St. Georg in Oberzell, noch dazu mit Ostquerhaus, massivem Vierungsturm, Rundapsis an der Ostseite und zweigeschossigem Westanbau. Das dürfte völlig übertrieben sein, denn eine von Johann Sebastian Dirr Anfang des 19. Jahrhunderts gezeichnete Ansicht von der Hochwart aus auf Mittelzell überliefert

²¹ Hecht, a. a. O. 1928, S. 129-131 und Tafel 60; KB KN III, 1979, S. 660; Maurer, a. a. O. 2016, S. 34



Reichenau, Blick von der Hochwart auf Mittelzell mit Klosterkirche, Pfarrkirche St. Johann (Bildmitte) und Kirche St. Adalbert (vorn). Zeichnung, Johann Sebastian Dirr, um 1800/1810, Ausschnitt (Stadtarchiv Überlingen)

das tatsächliche Aussehen der erst kurz zuvor profanierten Kirche. Wie St. Pelagius bei der Pfalz war auch St. Adalbert zu dieser Zeit ein schlichter Satteldachbau auf rechteckigem Grundriss mit kleinem Dachreiter. Einzig die Dreischiffigkeit ist ein Indiz, dass St. Adalbert in den Ausmassen grösser war als St. Pelagius.

Eigenartig ist, dass die Kirche St. Adalbert auf keiner einzigen der bekannten Reichenau-Ansichten abgebildet ist, auch nicht auf dem Pirminbild von 1624 oder dem Hl. Blut-Bild von 1738, obwohl sie auf beiden Ansichten eigentlich zu sehen sein müsste. Möglicherweise sind beide, St. Adalbert und St. Pelagius, auf dem Pirminbild zu einer Ansicht zusammengefasst worden (siehe oben). Vielleicht wurde auch St. Adalbert im 30-jährigen Krieg zerstört oder beschädigt und danach deutlich schlichter wiederhergestellt. Für eine genaue Rekonstruktion des Grundrisses und der Baugeschichte von St. Adalbert wäre eine archäologische Grabung nötig. Der Platz ist jedoch heute mit mehreren Wohnhäusern überbaut (Hochwartstr. 3/5, Obere Ergat 21/23).

Reichenau-Mittelzell, Kapelle St. Pirmin (987-19. Jh.) und andere

Als eine der zahlreichen grösseren und kleineren Kapellen auf der Klosterinsel Reichenau sei die Kapelle St. Pirmin aufgeführt. Sie war das erste Gotteshaus, das die – wie fast immer – von Allensbach aus über den See Ankommenden sahen, denn sie stand unmittelbar zwischen der seichten Bucht, wo die Boote anlandeten (heute die Wiese zwischen Burg- und



Oben: Reichenau-Mittelzell, ehemalige Kapelle St. Pirmin, Nordwestansicht (Foto: Verfasser)



Rechts: Schienen, ehemalige Michaelskapelle, Südwestansicht (Foto: Verfasser)

Haitostrasse), dem Wirtschaftshof des Klosters (heute Seniorenheim, Haitostr. 4-6) und der Klosterkirche. Geweiht wurde die dem Klostergründer Pirmin geweihte Kapelle schon 987, profaniert wurde sie wohl während der Säkularisation um 1800. Sie wurde zum Wohnhaus umgebaut und ist so immerhin noch als Gebäude erhalten geblieben (Haitostr. 2).

Wenigstens genannt seien weitere Kapellen auf der Insel, die alle trotz ihres zumeist sehr hohen Alters spätestens im 19. Jahrhundert abgebrochen oder umgenutzt waren: St. Kilian (948 erwähnt, 1606 abgebrochen); St. Erasmus und Heraklius bei der Pfalz (erbaut 973, abgebrochen 1838); St. Gallus (erwähnt 1142); St. Bartholomäus (erbaut 992); Unserer Lieben Frau, St. Lorenz und Allerheiligen auf dem Mönchsfriedhof (1034 gestiftet, 1561/71 abgebrochen); St. Gotthard (erwähnt 1257, neu geweiht 1316); St. Nikolaus (1284 erwähnt, gegen 1500 abgebrochen); St. Meinrad (1343 erwähnt, 1606 abgebrochen).²²

Schienen (Öhningen), Michaelskapelle (um 800-1810/32)

Sehr beeindruckend ist die ehemalige Propsteikirche in Schienen, ein um 860 begonnener Bau, der in romanischen Formen um 1020/40 fertiggestellt wurde. Sie ist die ehemalige Kirche eines im 9. Jahrhundert kurz aufblühenden Klosters, das bereits 909 in das Kloster Reichenau inkorporiert wurde und danach nur noch Reichenauer Propstei war.²³ Ausgangspunkt des mönchischen Lebens in Schienen waren Reliquien des hl. Genesius, die von Graf

²² Gruber, a. a. O. 1925, S. 830-832; KB KN III, 1979, S. 660

²³ KB KN III, 1979, S. 366-368; Maier, Georg: Die ehemalige Kapelle St. Michael und Mauritius in Schienen – 1*200 Jahre Übertragung der Genesius-Reliquien. In: HEGAU 57, 2000, S. 144-160; Röhm, Alexander: Graf Scrot und die Reliquientranslation nach Schienen im Frühjahr 801. In: HEGAU 70, 2013, S. 27^4-0; derselbe: Die geistliche Gemeinschaft in Schienen in karolingischer Zeit. In: HEGAU 72, 2015, S. 5-26; Hofmann, a. a. O. 2017, S. 89-92

Scrot von Florenz, einem Gefolgsmann Karls des Grossen, im Frühjahr 801 aus Treviso bei Venedig nach Schienen gebracht wurden. Scrot war als alemannischer Adliger auf dem Schienerberg begütert, wahrscheinlich ist die Schrotzburg nach ihm benannt.

Graf Scrot hat die Reliquien des frühchristlichen Märtyrers Genesisius wohl während des Romzugs Karls des Grossen anlässlich dessen Kaiserkrönung 800 erhalten. Auf Echtheit geprüft wurden sie in Treviso von Ratold, später Bischof von Verona und Gründer von Radolfzell. Als die Genesisius-Reliquien in Schienen ankamen, stand dort bereits eine Kirche («ecclesia»), die von den dortigen, in einer «cella» lebenden Mönchen vorbereitet worden war. Dies war aber nicht die erst später erbaute grosse Kirche, sondern die oberhalb davon stehende Kirche bzw. Kapelle St. Michael. Diese erste Klosterkirche bestand aus einem kleinen Rechteckraum mit eingezogenem, gerade geschlossenem Chor.

Später war natürlich die grosse Propsteikirche die wichtigere der beiden Gotteshäuser. Dennoch sollte sie abgebrochen werden, als sie im 16. Jahrhundert baufällig war. Nun hätte die kleine ältere Kapelle wieder den Anforderungen genügt. Das Gnadenbild soll aber dreimal wundersam wieder an seinen angestammten Platz in der Propsteikirche zurückgekehrt sein, so dass diese nun doch renoviert und erhalten wurde. Diese Legende, die als Hinweis auf die Verbundenheit der Schiener mit der Propsteikirche verstanden werden kann, ist auf zwei grossen Gemälden an der Langhaus-Südwand dokumentiert.

So ist die ehemalige Propsteikirche heute die Pfarrkirche von Schienen, während die alte Michaelskapelle während der Säkularisation 1810 aufgehoben wurde. Als Baudenkmal der Karolingerzeit sollte das Gebäude erhalten bleiben, wurde aber 1832 doch an einen Privatmann verkauft, der es zum Wohnhaus umbaute. Heute befinden sich in der ehemaligen Kapelle Ferienwohnungen und eine kleine Dokumentation zur Geschichte und Bedeutung des Baus (Am Kappelberg 3).

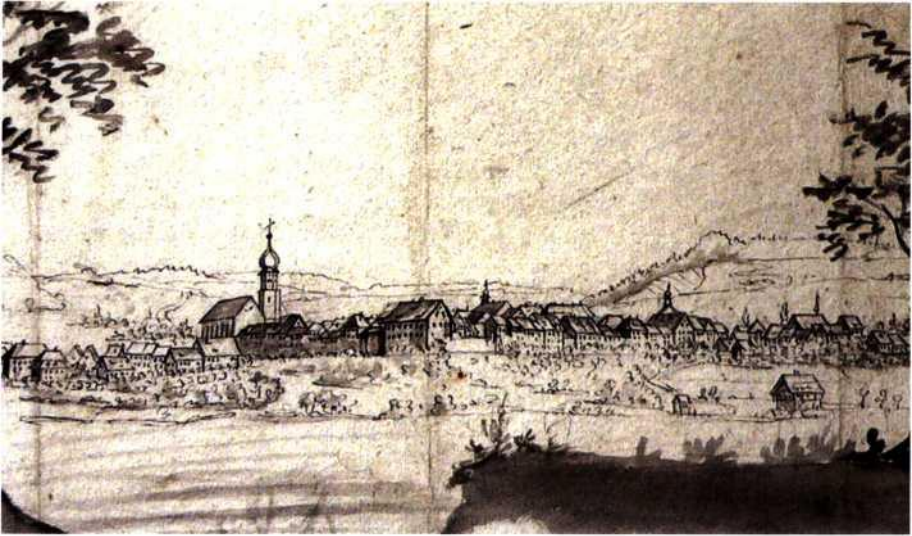
Stockach, Kapuzinerkloster, Kirche St. Michael (1725-1809)

Im Jahr 1700 gab es im Rat der Stadt erstmals die Überlegung, Kapuziner in Stockach anzusiedeln. Die fast vollständige Zerstörung der Stadt durch Kriegshandlungen im Mai 1704 verhinderte dies zunächst, erst 1719 kamen die ersten vier Kapuziner nach Stockach. Standort der Niederlassung war die alte Kapelle St. Michael, die vor dem Oberen Stadttor lag, wo die drei vielbefahrenen Landstrassen nach Tuttlingen, nach Messkirch-Sigmaringen und in den Linzgau abgingen (heute B 14, B 313, L 194).

Die wohl aus dem 17. Jh. stammende Kapelle war zu diesem Zeitpunkt baufällig, zumindest renovierungsbedürftig. 1722/23 erfolgte der Ausbau der Kapelle zur Klosterkirche St. Michael, die im Oktober 1723 geweiht wurde.²⁴ Die Hauptaufgabe der Kapuziner im

24 Barth, Jakob: Geschichte der Stadt Stockach im Hegau bis zum Jahr 1810. Stockach 1894, S. 381-385; Schmid, a. a. 0.1980, S. 86-88; Wagner, Hans: Aus Stockachs Vergangenheit. 2. Auflage Konstanz 1981, S. 124-128; KB KN IV, 1984, S. 440-441; Hofmann, Franz: Kapuzinerkloster Stockach – Geschichte.

In: www.kloester-bw.de, online ab 2011, aufgerufen am 7.6.2018



Stockach, Blick von der Loretokapelle auf die Stadt von Süden, ganz rechts das Kapuzinerkloster; Ausschnitt aus einer Zeichnung von Johann Sebastian Dirr, um 1800/1810 (Stadtarchiv Überlingen)

geistlichen Leben der Stadt war die Unterstützung des Pfarrers, etwa beim Spenden des Buss sakraments und in der Seelsorge. Die Kirche war – wie in Engen und Radolfzell – ein schlichter, aber durchaus stattlicher Satteldachbau auf rechteckigem Grundriss mit kleinem Dachreiter.

Nachdem Stockach 1806 an Württemberg gefallen war, kamen umgehend württembergische Beamte ins Kloster, um es in Besitz zu nehmen. Generalvikar von Wessenberg in Konstanz setzte sich vergebens für die Kapuziner ein, ebenso der Stockacher Stadtrat, der in einem Schreiben versicherte, die Patres seien für die Seelsorge in der Stadt unentbehrlich. Ungeachtet dessen verfügte König Friedrich 1809 die Auflösung des Klosters, die letzten Mönche wurden auf andere Bettelklöster in Württemberg verteilt. 1810 kam Stockach an Baden. Die neue Regierung richtete 1812 in der profanierten Kirche einen Kornspeicher und im Konvent eine Kellerei ein. 1836 verkaufte der Staat die Gebäude an zwei Unternehmer, die hier eine Zuckerrübenfabrik betrieben. Schon 1842 brannte die Fabrik bis auf die Grundmauern nieder und wurde nicht wieder aufgebaut (heute etwa Zozneggerstr. 6-10 und Weg Kapuzinervorstadt).

Volkertshausen, Alte Pfarrkirche St. Verena (1839-1974)

Die mittelalterliche, 1301 erstmals erwähnte Volkertshausener Pfarrkirche St. Verena stand seit jeher im Dorfkern, umgeben vom Friedhof (Kirchstrasse/Friedenstrasse).²⁵ Sie wurde, wie viele Kirchen im Hegau, mehrfach umgestaltet, vor allem in der Barockzeit,

²⁵ KB KN IV, 1984, S. 330; Hofmann, a. a. O. 2015, S. 162

doch war sie im frühen 19. Jahrhundert zu klein geworden. Ein klassizistischer Neubau ersetzte 1839 diese erste Kirche. Der Neubau, eine grosse Saalkirche mit Turm an der Eingangsfassade, ist klar gegliedert, seine rundbogigen Portale und Fenster wirken zurückhaltend und streng. In Architektur und Gliederung ganz ähnlich ist die 1835-1839 erbaute Pfarrkirche von Eigeltingen, ein Werk des Bezirksbaumeisters Ernst Adolph Oehl.

1972-74 entstand an anderer Stelle ein moderner Kirchenneubau in Stahlbetonbauweise (Mühlenstrasse). Die klassizistische Kirche wurde verkauft und diente bis 1989 als private Scheune und Lagerraum. Dann erwarb die Gemeinde das Gebäude, das seit 1999 nach Sanierung und Umbau für Kulturveranstaltungen genutzt wird (www.alte-kirche-volkertshausen.de). Der einstige Friedhof ist jetzt gepflastert und dient grösstenteils als Parkplatz.

*Weiler (Moos), Franziskanerinnenkloster Grünenberg, Kirche St. Anna
(vor 1282-1813)*

Auf dem Schienerberg oberhalb von Weiler stand im Mittelalter die Burg der im 12. und 13. Jahrhundert nachgewiesenen Herren von Grünenberg. Sie war noch um 1400 bewohnt, aber spätestens im 17. Jahrhundert eine Ruine. In dem abgelegenen Tal unterhalb der Burg entstand eine Einsiedlerklause, die 1282 erstmals erwähnt wird und zwischen 1301 und 1307 von zwei Einsiedlern bewohnt war. Ihnen folgten bald darauf Beginen, die sich um 1350 als Terziarinnen dem Franziskanerorden anschlossen.²⁶

Um 1400 starb in dem kleinen Kloster die Klausnerin Elsa, die in ihrer Tugendhaftigkeit vorbildlich war und als Heilige verehrt wurde. Sie wurde später selig gesprochen und ihr Grab, wo sich Wunder ereignet haben sollen, von Pilgern aus der Umgebung besucht. Ziel der Gläubigen war auch das «Kreuz der seligen Elsa», ein Kruzifix der Zeit um 1330, das als Gnadenbild verehrt wurde und vor dem die sei. Elsa immer gebetet hatte (heute in der Pfarrkirche Weiler).

Im Jahr 1614 wurde die Klosterkirche St. Anna vergrössert, 1631 das Grab der seligen Elsa geöffnet, damit die Gebeine an einem neuen Platz besser verehrt werden konnten. Die Kirche blieb von dem grossen Brand verschont, dem 1660 der Konventbau zum Opfer fiel. Das kleine Franziskanerinnenkloster war nicht sehr begütert, doch liess die finanzielle Situation 1732-35 einen Neubau zu. «Ganz von Stein neu aufgeführt» wurde eine barocke Vierflügelanlage, deren Nordostecke die neue Kirche bildete. Ein Relief auf dem Teller einer silbernen Lavabo-Garnitur, die wohl für den Neubau gestiftet wurde, überliefert eine

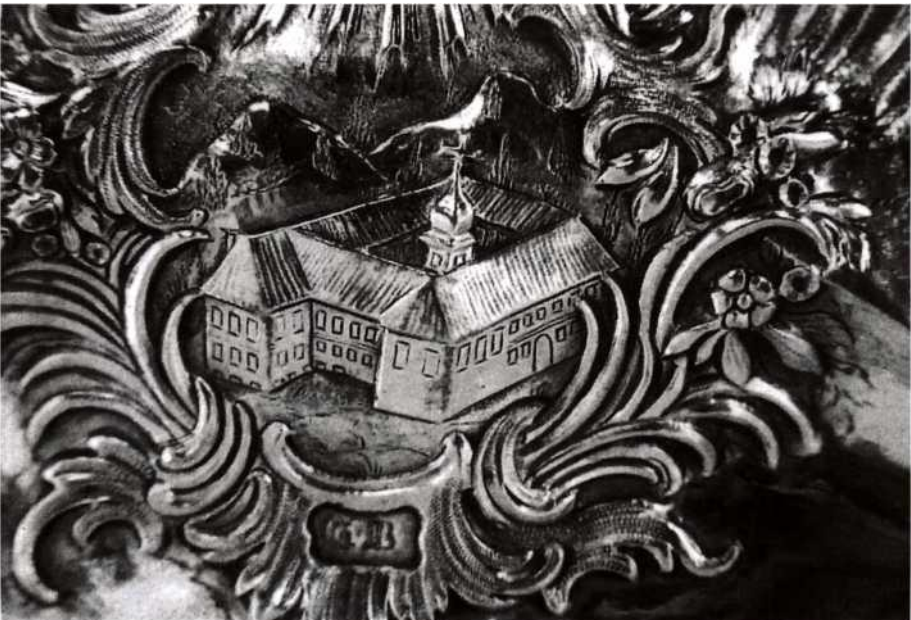
26 Götz, Franz: Grünenberg (Terziarinnen). In: Gatz, Johannes (Hg.): *Alemania Franciscana Antiqua. Ehemalige franziskanische Männer- und Frauenklöster im Bereich der Oberdeutschen oder Strassburger Franziskaner-Provinz mit Ausnahme von Bayern*. Band 16, Landshut 1971, S. 65-78; KB KN III, 1979, S. 332-333; Schmid, a. a. O. 1980, S. 89-91; Götz, Franz: *Burg und Kloster Grünenberg*. In: Kramer, Wolfgang: (Hg.): *Moos – Geschichte und Geschichten von Bankholzen, Iznang, Moos und Weiler*. Moos 1997, S. 165-172; Stege, Burkhard: *Zerfall und Auflösung des Klosters Grünenberg*. In: Kramer, a. a. O. 1997, S. 173-186; Hofmann, Franz: *Der Kruzifixus aus Kloster Grünenberg in der Pfarrkirche zu Weiler (um 1330)*. In: Kramer, a. a. O. 1997, S. 187-194



Volkertshausen, alte Kirche, Südwestansicht
(Foto: Verfasser)



Welschingen, Alte Kirche, Nordwestansicht mit roma-
nischem Turm (Foto: Verfasser)



Kloster Grüneberg, Nordostansicht auf dem Silberteller einer Lavabo-Garnitur aus Kloster Grüneberg,
um 1735, rechts vorn die Kirche (Pfarrei St. Bartholomäus, Rielasingen, Foto: Christof Stadler, Radolfzell)

recht genaue Nordostansicht. Die Kirche war ganz in den Baukörper integriert und von aussen nur an den an dieser Stelle grösseren Fenstern und am kleinen Dachreiter mit Zwiebelhelm zu erkennen. Innen handelte es sich um einen wohl eher schlichten, aber recht grossen und hohen Saalraum auf rechteckigem Grundriss.

Nicht zuletzt durch den Neubau gerieten die Grünenberger Schwestern immer mehr in wirtschaftliche Schwierigkeiten, obwohl die Gebeine der seligen Elsa und das Gnadenbild Ziel von Wallfahrern und Prozessionen war. Das Generalvikariat verfügte 1788 Sparmassnahmen und das Verbot der Aufnahme von Novizinnen. 1797 lebten nur noch sechs betagte Schwestern im Kloster. 1803 nahm der Deutsche Orden mit Sitz auf der Insel Mainau Grünenberg in Besitz, 1806 kam es an den badischen Staat, 1808 folgte die Auflösung des Klosters mit der Versteigerung aller Fahrnisse. Die letzten Schwestern durften dort noch bis 1813 zur Miete wohnen, dann wurde das Kloster endgültig geräumt und die Einrichtung verkauft. Auch die Kirchengenausstattung wurde verkauft bzw. kam in das «Depositorium» für Kunstgegenstände aus aufgehobenen Kirchen nach Konstanz. 1830 waren die Baulichkeiten restlos abgerissen, heute ist hier nur noch eine Wiese zu sehen, auf der ein 1895 aufgestelltes Kreuz an das ehemalige Kloster Grünenberg erinnert.

Welschingen (Engen), Alte Pfarrkirche St. Jakobus (12./13. Jh-1974)

Die alte Pfarrkirche St. Jakobus zu Welschingen ist hier, im Zusammenhang mit der Darstellung profanierter und verschwundener Kirchen, ein Sonderfall. Sie ist zwar profaniert, seit 1974 der Stahlbeton-Neubau in einem Wohngebiet fertiggestellt wurde (Hohenhewenstr. 10). Und sie sollte tatsächlich – immerhin abgesehen vom romanischen Turm – abgebrochen werden. Da das Landesdenkmalamt dann aber im Langhaus grossflächige gotische Wandmalereien entdeckte und sich somit auch das Langhaus als mittelalterlich herausstellte, sahen die Verantwortlichen von einem Abriss ab.

Seither steht die alte Welschinger Kirche gleichsam im Dornröschenschlaf an ihrem seit Jahrhunderten angestammten Platz (Turmstr. 40). Als wichtige Pilger- und Wallfahrtskirche war sie schon im Mittelalter von enormer Grösse und prächtig ausgestattet, obwohl die Erhebung zur Pfarrkirche erst 1519 erfolgte. Verschiedene, zum Teil gewagte Erweiterungspläne zwischen 1911 und 1929 blieben aus Finanzierungsgründen unverwirklicht. Doch erfolgte 1935 eine Umgestaltung des Inneren in einer eigenwilligen Mischung aus Expressionismus und verspätetem Jugendstil (Robert Jauch, Mimmehausen), die einen heftigen Kontrast zum mittelalterlichen Kirchenbau selbst bildet.²⁷

Die alte Welschinger Kirche ist also alles andere als verschwunden und auch nicht wirklich «profaniert», sondern noch ganz als Sakralraum und vollständig eingerichtetes Bau-

27 KB KN III, 1979, S. 73; Hotz, a. a. O. 1983, S. 309-314; Hofmann, Franz: Die alte Pfarrkirche St. Jakobus und die Wallfahrt zur «Schmerzhaften Muttergottes» von Welschingen. In: Kramer, Wolfgang (Hg.): Welschingen 1250 Jahre. Engen 2002, S. 35-58



Wiechs am Randen, alte Pfarrkirche St. Verena in Kirchstetten, Nordwestansicht, Ausschnitt aus einer Postkarte, vor 1911 (Kreisarchiv Konstanz, Bildsammlung Z 9)



Wiechs am Randen, bauliche Reste der alten Pfarrkirche St. Verena in Kirchstetten, Südansicht (Foto: Verfasser)

denkmal erlebbar. Mit nur geringem Aufwand könnte sie wieder für Gottesdienste nutzbar gemacht werden – zumal der Platz für die wie überall geschrumpfte Zahl der Kirchgänger allemal wieder ausreichend wäre.

Wiechs am Randen (Tengen), Alte Pfarrkirche St. Verena (vor 1275-1911)

Die alte Pfarrkirche des extrem langgezogenen Strassendorfs Wiechs am Randen stand ganz am östlichen Ende im Siedlungsteil Kirchstetten, das ursprünglich ein eigener Ort war.²⁸ Schon 1275 wird die Pfarrei St. Verena erstmals genannt, um 1459 entstand ein neuer, grosser Kirchenbau in gotischen Formen – eine geräumige Saalkirche mit eingezogenem, dreiseitig geschlossenem Chor. Die massigen Untergeschosse des an die Chornordwand angebauten Turmes wurden wohl vom Vorgängerbau übernommen.

Wie andernorts auch wurde die Wiechser Pfarrkirche mehrfach verändert, umgestaltet, vergrössert, barockisiert und restauriert, bis sie am 22. August 1911, wahrscheinlich ausgelöst durch Blitzschlag, vollständig niederbrannte. Das ganze Langhaus und die Obergeschosse des Turmes mussten abgetragen werden. Der Altarraum und das Untergeschoss des Turmes wurden hingegen zu einer Notkirche wiederhergestellt, die ab Januar 1912 benutzbar war. Nur die östlich an den Chor angebaute Sakristei hatte den Brand unbeschadet überstanden.

In dieser Notkirche hatten immerhin etwa 170 Menschen Platz, doch herrschte dann eine drangvolle Enge. Schon 1911 begannen die Planungen zu einer neuen, grossen Kirche, die an anderer Stelle stehen sollte: zentraler an der Hauptstrasse und explizit als bauliches Bindeglied zwischen den beiden ehemals eigenständigen Orten Wiechs und Kirchstetten. Die 1922 begonnene und erst 1936 vollendete neue Kirche war nicht mehr der hl. Verena, sondern – auf Wunsch des Hauptstifters – dem Herzen Jesu geweiht.

Der Friedhof liegt aber bis heute am ursprünglichen Platz, wo die alte Kirche St. Verena stand. Deren baulichen Reste, die 1912-36 genutzte Notkirche, wurden zur Friedhofskapelle umfunktioniert, die bis heute als solche genutzt wird (Brachwiesenweg 2).

28 KB KN IV, 1984, S. 797; Hofmann, Franz: Bau- und Kunstdenkmäler in Tengen und seinen Stadtteilen. In: Götz, Franz (Hg.): Tengen – Geschichte der Stadt und ihrer Ortschaften. Singen (Hohentwiel) 1991, S. 225-272, hier S. 268-269; Caldart, Heinz: Chronik der Pfarrei Wiechs am Randen (Kirchstetten). Hilzingen 1996, insbesondere S. 74-80

Stockach im Umbruch? – Erster Weltkrieg, Revolution und Neubeginn in einer südbadischen Kleinstadt

Von Johannes Waldschütz, Stockach

Wenn wir an ein Kriegsende und noch mehr an eine Revolution denken, dann verbinden wir damit einen Umbruch, vielleicht sogar einen Einschnitt in der alltäglichen Lebenswelt. Für die Jahre 1918/19 spricht ein trinationales «Netzwerk Museen» in Deutschland, Frankreich und der Schweiz nun von einer Zeitenwende und epochalen Zäsur, die Europa und das Grenzgebiet von Frankreich, der Schweiz und Deutschland «fundamental verändert» habe.¹ Insgesamt 30 von den Mitgliedern des Netzwerks organisierte Ausstellungen widmen sich derzeit Fragen des Umbruchs, etwa der Revolution 1918, dem Übergang Elsass-Lothringens an Frankreich oder dem Frauenwahlrecht.²

Auch das Stadtmuseum Stockach ist mit seiner Ausstellung «Stockach im Umbruch 1917-1923 – Erster Weltkrieg, Revolution und Neubeginn» (Juni 2018-Februar 2019) am Projekt beteiligt. Davon ausgehend widmet sich dieser Beitrag den Weltereignissen der Umbruchzeit und nimmt deren Auswirkungen auf Stockach in den Blick.³ Dafür wird zunächst das Augenmerk auf das letzte Kriegsjahr geworfen, bevor die unmittelbare Revolutionszeit im Herbst 1918 ausführlich vorgestellt wird. Ein abschliessender dritter Teil fragt anhand von drei Schlaglichtern, ob und wie sich in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Alltag Veränderungen beobachten lassen. Dabei wird der Blick nicht nur auf die Veränderungen zu richten sein. Jeder Umbruch, ja selbst jede Zeitenwende ist auch mit Kontinuitäten verbunden.

Das letzte Kriegsjahr in Stockach

Im November 1917 konnte man den Kanonendonner von der über 100 Kilometer und jenseits des Schwarzwalds gelegenen Westfront bis nach Stockach hören.⁴ Das «Stockacher

1 Möhring, Markus: Zeitenwende 1918/19. Eine epochale Zäsur, in: Zeitenwende / Le Tournant 1918, 1919. Begleitband zur Ausstellungsreihe des Netzwerks Museen und zur Überblicksausstellung im Dreiländermuseum (Lörracher Hefte 27), Lörrach 2018, S. 6-11, hier S. 6

2 Vgl. die Internetseite des Projekts: <https://www.dreilaendermuseum.eu/de/Netzwerk-Museen/1918-19-Zeitenwende> und Möhring, a. a. O. 2018, S. 130-160

3 Die Ausstellung und dieser Beitrag haben ausserordentlich profitiert von dem Standardwerk: Rathke, Hartmut: Stockach im Zeitalter der Weltkriege. Hegau-Bibliothek Bd. 123, Konstanz 2004.

4 Rathke, a. a. O. 2004, S. 68 und 72

Tagblatt» schrieb: «Zehn und zwanzig Abschnüsse in Bruchteilen von Sekunden, dazwischen der tiefe Ton schwerer und schwerster Geschütze vereinten sich zu einem stundenlang die Luft erschütternden höllischen Konzert, das die ganze Furchtbarkeit des Krieges lebhaft ahnen liess.»⁵ Ende 1917 war die anfängliche Begeisterung für den Krieg längst gewichen. War der erste Sonderzug im August 1914 noch mit Hurrarufen verabschiedet worden, waren die Siege in den ersten Kriegsjahren noch mit Läuten der Kirchenglocken, Flaggenschmuck, spontanen Umzügen und Kundgebungen der Schuljugend gefeiert worden, herrschte nun Erschrecken über die Furchtbarkeit und Grausamkeit des Krieges vor. Immer mehr Familien hatten Tote zu beklagen und in den Zeitungen waren täglich Todesanzeigen von Soldaten zu lesen.

Der erwähnte Zeitungsartikel rief denn auch die Stockacher auf, den «Helden draussen ihr schweres Los zu erleichtern» und ihnen mit einer Spende «eine kleine Weihnachtsfreude» zu bereiten. Gemeint war damit die seit Kriegsbeginn übliche Praxis, den Soldaten zu Weihnachten sogenannte Liebesgaben zu schicken. Die Antworten der dankbaren Soldaten haben sich in drei dicken Konvoluten im Stadtarchiv Stockach erhalten. Besonders aussagekräftig für die Situation Ende des Jahres 1917 ist das Schreiben des Soldaten Remig Gnädinger.⁶ Er freut sich nicht nur über das Geschenk, sondern dankt der Stadt explizit auch für die Unterstützung seiner Familie. Er verweist damit auf die «Kriegsunterstützungen» für die Miete und für den täglichen Bedarf, die die Stadt bedürftigen Angehörigen von Soldaten seit Kriegsbeginn ausbezahlt.⁷ Seit April 1917 wurden zusätzlich täglich 50-70 bedürftige Kinder mit Suppe versorgt. Die Stadt wendete 1917 für diese Massnahmen so hohe Beträge auf, dass sie den geplanten Bau von Gehwegen vorerst verschieben musste.

Im weiteren Verlauf des Briefs machte Remig Gnädinger in drastischen Worten seine Hoffnung auf ein baldiges Kriegsende deutlich: «Hoffentlich nimmt dieses Morden bald ein Ende. Denkt nur, wie es hier wohl aussieht. Kein Haus mehr ganz und erst die Felder und Wiesen: es sieht traurig aus.» Die Hoffnung auf das Kriegsende war bei Gnädinger mit dem festen Glauben an einen deutschen Sieg verbunden: «Wehe uns, wenn der Franzmann oder Engländer über den Rhein gekommen wären, wie hätten die wohl gehaust. Durch kommen sie nicht mehr, für das sorgt unsere Heeresleitung, auf diese dürfen wir vertrauen. [...] Wenn wir mit Russland jetzt Frieden bekommen und sie wollen noch keinen, der Franzmann und Engländer, dann sorgt Hindenburg durch ein besonderes Rezept [sic!] für sie, wenn sie nicht wollen, die Schufte.»

Mit der Hoffnung auf einen deutschen Sieg war Gnädinger nicht allein. Nach der Oktoberrevolution in Russland hatte das «Stockacher Tagblatt» von einem «Wendepunkt des Krieges» gesprochen und nach dem Friedensvertrag mit Russland schrieb die Zeitung am 21. April 1918: «Hindenburg und Siegfrieden! heisst jetzt das Feldgeschrei».⁸ Selbst im

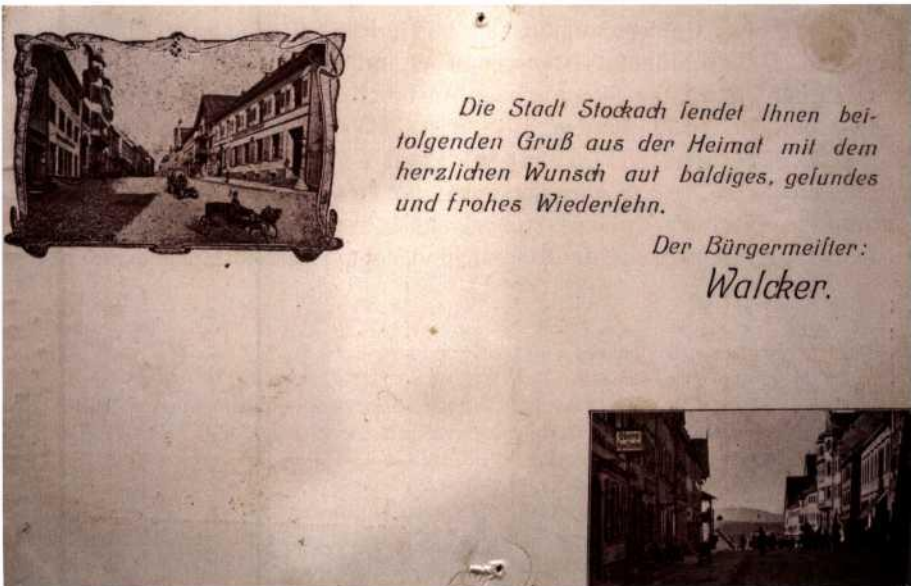
5 Stockacher Tagblatt vom 20.11.1917, S. 2-3

6 Stadtarchiv Stockach, Berner B. IX.108 c. Brief vom 21.12.1917

7 Vgl. dazu und zum Folgenden Rathke, a. a. O. 2004, S. 81-82



Die Stadt Stockach in der späten Kaiserzeit (Stadtarchiv Stockach, Bildarchiv Foto Hotz, GP 02_015)



Weihnachtsgruss der Stadt Stockach an die Soldaten 1917 (Stadtarchiv Stockach, Sammlung Erster Weltkrieg)

Sommer 1918, als das deutsche Heer immer mehr in die Defensive geriet, kündeten die Schlagzeilen der Lokalzeitungen fast nur von deutschen Siegen, die drohende Niederlage bildete sich in der Berichterstattung kaum ab.

Die Auswirkungen des Krieges an der «Heimatfront»

Der schon fast vier Jahre andauernde Krieg wirkte sich 1918 auch in immer drastischer Weise auf den Alltag der Bevölkerung aus. Bereits seit 1915 wurde die Lebensmittelabgabe vor allem von Mehl, Brot und Fleisch reguliert.⁹ Ab 1916 wurden Fleisch, Fett, Zucker, Eier und Butter gegen Lebensmittelkarten abgegeben, 1917 dann auch Teigwaren und Griess. Schokolade und Kakao waren schon längst nicht mehr zu haben, und auch bei Gemüse, Obst und Marmelade kam es zu Einschränkungen. Dazu kamen Reglementierungen von Seife, Petroleum, Leder und Stoffen. Landwirte und Selbstversorger wurden streng überwacht und hatten den allergrössten Teil von Eiern und Milch, aber auch der Ernte verschiedener Feldfrüchte direkt bei der Gemeinde bzw. dem Bezirksamt abzuliefern.¹⁰

Im Lauf des Krieges wurden die Einschränkung immer drastischer. So wurde im Mai 1918 die Mehlmenge erneut von 160 auf 120 Gramm pro Person und Woche herabgesetzt:¹¹ Mehlsuppe und Brot mussten künftig noch dünner ausfallen. Statt 800 Gramm Fleisch pro Person und Woche wie im April 1916 konnte man ab 12. August 1918 nur noch 150 Gramm Fleisch kaufen.¹² Zusätzlich wurde jede dritte Woche zur komplett fleischfreien Woche deklariert. Nahrhaften Ersatz gab es kaum, allenfalls Kartoffeln und Rüben.¹³ Aus Bucheckern und Obstkernen sollte ersatzweise Fett und Öl gewonnen werden.

Zur eklatanten Unterversorgung kam im Herbst 1918 die «Spanische Grippe», die in ganz Europa Millionen Menschenleben forderte. Zwar versuchten die badischen Behörden, die Bevölkerung nach Ausbruch der Grippewelle zu beruhigen, und versicherten am 11. Oktober 1918, dass der Verlauf der Grippe weniger drastisch als in den Jahren 1889/90 und 1891/92 sei, doch bereits am 12. Oktober wurden die Ferien um zwei Wochen verlängert, um eine Ausbreitung der Epidemie zu verhindern.¹⁴ Nachdem Anfang Oktober erstmals über Grippetote in der Zeitung berichtet wurde,¹⁵ häuften sich die Todesmeldungen und

8 Dazu und zum Folgenden Rathke., a. a. O. 2004, S. 70-71

9 Vgl. dazu und zum Folgenden Rathke, a. a. O. 2004, S. 72-78

10 Vgl. etwa Stadtarchiv Stockach, Espasingen IX. 1 mit Abgabelisten von u.a. Eiern und Milch aus Espasingen oder die Aufforderung zur Abgabe von Kartoffeln im Stockacher Anzeiger Nr. 58 vom 13.5.1918, S. 3 und Stockacher Tagblatt Nr. 158 vom 12.8.1918, S. 4

11 Stockacher Anzeiger Nr. 59 vom 22.5.1918, S. 3

12 Rathke, a. a. O. 2004, S. 76 und Stockacher Tagblatt Nr. 157 vom 10.8.1918, S. 4

13 Dazu und zum Folgenden Rathke, a. a. O. 2004, S. 77, vgl. auch Stockacher Tagblatt Nr. 200 vom 9.10.1918, S. 4

14 Stockacher Tagblatt Nr. 211 vom 11.10.1918, S. 2, und Nr. 212 vom 12.10.1918, S. 3

15 Vgl. etwa Stockacher Anzeiger Nr. 117 vom 4.10.1918, S. 3; Stockacher Tagblatt Nr. 198 vom 6.10.1918, S. 3; Nr. 200 vom 9.10.1918, S. 4; Nr. 212 vom 12.10.1918, S. 3 (2 Tote)



Lebensmittel- und Versorgungskarten aus den Jahren 1917 bis 1919
(Stadtarchiv Stockach, Sammlung Erster Weltkrieg)

Todesanzeigen in den nächsten Wochen, so dass das «Stockacher Tagblatt» am 31. Oktober beklagte: «Kein Tag ohne Beerdigung».

Auch wenn die «Spanische Grippe» in und um Stockach weniger schlimm grassierte als etwa in Radolfzell,¹⁶ veröffentlichten die Zeitungen mehrfach wöchentlich Rezepte gegen die Krankheit. In den zum Teil absurd anmutenden Vorschlägen spiegelt sich die Hilfslosigkeit gegenüber der tödlichen Epidemie: Mal wurde eine Behandlung mit Abführmittel und Aspirin empfohlen, ein anderes Mal homöopathische Mittel und wieder ein anderes Mal Hausmittel wie ein Teller rote Rüben oder ein heisses Fussbad, Lindenblütentee und ein halber Liter heisser Rotwein.¹⁷

Kriegsende und Revolution aus Stockacher Perspektive

Seitdem der badische Thronfolger Prinz Max von Baden am 4. Oktober 1918 zum Reichskanzler einer Regierung unter Einschluss der SPD ernannt wurde und die Regierungstätig-

- 16 Vgl. Stockacher Anzeiger Nr. 121 vom 14.10.1918, S. 3; Nr. 122 vom 16.10.1918, S. 3; Stockacher Tagblatt Nr. 206 vom 18.10.1918, S. 3
- 17 Beispiele für Rezepte gegen die Grippe: Stockacher Tagblatt Nr. 207 vom 19.10.1918, S. 3 (homöopathisches Mittel); Nr. 209 vom 22.10., S. 3; Nr. 211 vom 25.10., S. 3 (Abführmittel und Aspirin); Nr. 214 vom 29.10., S. 3; Nr. 216 vom 31.10., S. 3; Stockacher Anzeiger Nr. 131 vom 6.11., S. 3 (beide Hausmittel)

keit auf die «Herbeiführung des Friedens» ausrichtete, war in den Stockacher Zeitungen häufiger vom baldigen Frieden zu lesen. Dennoch wollten beide Stockacher Zeitungen, der katholische «Stockacher Anzeiger» und mehr noch das nationalliberale «Stockacher Tagblatt», keinen Frieden um jeden Preis. Zwar gab ein Leitartikel des «Stockacher Tagblatt» am 6. Oktober zu, dass «die Übermacht des Gegners an Menschen und Material allmählich fühlbarer» sei, doch beharrte der Redakteur darauf, dass Deutschland lediglich einen «Verteidigungskrieg» führe.¹⁸ Deshalb könne man sich strategisch zurückziehen und die Front in Belgien näher an die deutsche Grenze verschieben. Dann könne der Krieg kontrolliert weitergeführt werden und die Gegner zu einem vorteilhaften Frieden gezwungen werden.

Grosse Hoffnungen setzte man vor allem in den amerikanischen Präsidenten Wilson, von dem man sich einen Frieden ohne allzu grosse Gebietsabtretungen erhoffte.¹⁹ England und Frankreich dagegen porträtierte das «Stockacher Tagblatt» als Kriegstreiber und kritisierte «die masslose Wut, mit der die Kriegshetzer in Paris und London den Präsidenten Wilson anzutreiben suchen, durch unerfüllbare Bedingungen für Deutschland den Friedensschluss zu erschweren».²⁰ England, so berichtet ein Redakteur des «Stockacher Anzeiger», wolle «ganz Deutschland ausrotten [...], um sich bereichern zu können».²¹ Die Bevölkerung forderte man mit den Worten «Schliesst die Reihen» zu Einigkeit und Geschlossenheit auf und mahnte zur «Zurückstellung alles Trennenden, Verbannung alles Missmuts, Ausrichtung der Kleinmütigen».²²

Hatten die Stockacher Zeitungen Anfang 1917 noch einen «Siegfrieden» als erklärtes Ziel genannt, zielten sie jetzt auf einen «Rechtsfrieden» mit den gegnerischen Mächten ab. Dafür benötige es ein politisch einiges Deutschland, das sich hinter die Politik und die Soldaten stelle. Als Zeichen ihrer patriotischen Gesinnung sollten die Bürger Kriegsanleihen zeichnen, also dem Staat Kredit für die Weiterführung des Krieges geben. Noch in den letzten Kriegstagen fanden sich fast jeden Tag in den Stockacher Zeitungen grosse Anzeigen für Kriegsanleihen. Das «Stockacher Tagblatt» mahnte: «Wer will, dass es zum Frieden kommt, der zeichne nach seinem besten Vermögen. Und wer will, dass der Frieden möglichst gut wird, der zeichne erst recht Kriegsanleihen.»²³

Zu den reichsweit gesammelten 10,4 Milliarden Mark der 9. Kriegsanleihe trugen auch Kommunen, Banken und Privatpersonen aus Stockach und der Region bei. Die Stadt Stockach gab 20'000 Mark, Wahlwies 10'000 Mark und das kleine Raithaslach immerhin 3'000 Mark. Die Sparkasse Stockach zeichnete für sich und seine Anleger insgesamt 1628'800 Mark, der Vorschussverein (die spätere Volksbank) 650'000 Mark.²⁴ Nach vier

18 Stockacher Tagblatt Nr. 198 vom 6.10.1918, S. 2-3

19 Vgl. z.B. Stockacher Tagblatt Nr. 211 vom 25.10.1918 und Nr. 214 vom 29.10.1918

20 Stockacher Tagblatt Nr. 217 vom 2.11.1918

21 Stockacher Anzeiger Nr. 123 vom 18.10.1918, S. 3

22 Stockacher Tagblatt Nr. 208, S. 3

23 Stockacher Tagblatt Nr. 213 vom 28.10.1918

Kriegsjahren war die Friedenssehnsucht im Herbst 1918 gross und die militärische Situation des deutschen Heeres wurde immer schlechter. Zugleich hatten Kriegspropaganda und die nationalistische Berichterstattung in den Zeitungen die Stockacher Bevölkerung auf eine Niederlage und die daraus resultierenden Konsequenzen kaum vorbereitet. Bis kurz vor Ende des Krieges ging deshalb alles seinen gewohnten Gang.

Revolution in Stockach und die Gründung eines Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrats

Ein von der deutschen Admiralität Ende Oktober 1918 geplanter letzter grosser Angriff auf die britische Hochseeflotte wäre für viele der daran beteiligten 80'000 Matrosen einem «Himmelfahrtskommando» gleichgekommen. In Kiel weigerten sich deshalb Teile der Matrosen auszulaufen: Über diesen Kieler Matrosenaufstand und andere Keimzellen der Revolution schreibt die Stockacher Presse Anfang November auffallend zurückhaltend, teils sogar negativ. Der «Stockacher Anzeiger» berichtet über den Kieler Aufstand mit keinem Wort, weiss aber, dass in Berlin «revolutionäre Propaganda durch die diplomatische Vertretung der Sowjetunion» verteilt worden sei.²⁵ Das «Stockacher Tagblatt» spricht von «bedauerlichen Vorgängen» in Kiel und macht für den Tod von acht Demonstranten die vordrängende Menge und Schüsse aus den Reihen der meuternden Matrosen verantwortlich.²⁶

Wie ein Lauffeuer griff die Protestwelle auf das ganze Reich über. Am 6. November 1918 übernahmen Arbeiter und Soldaten in Hamburg und am 7. November in München die Macht. Am 9. November kam es in Berlin zu einem Generalstreik: Menschenmassen zogen mit roten Fahnen durch die Stadt und forderten die Abdankung des Kaisers. Reichskanzler Max von Baden gab diese daraufhin bekannt und trat selbst zurück. Im ganzen Land bildeten sich nun Arbeiter- und Soldatenräte, in Baden etwa in Mannheim, Karlsruhe und Freiburg, aber auch in kleineren Städten wie Rastatt, Lahr, Müllheim, Konstanz (9. November) oder Singen (11. November).²⁷ Damit war auch für den «Stockacher Anzeiger» klar, dass die «Arbeiterbewegung nicht mehr aufzuhalten» sei und die Revolution «einen glänzenden, fast unblutigen Sieg errungen» habe.²⁸

Revolutionäre führen keine Akten. Doch von Zeitzeugen und aus der Zeitung ist bekannt, dass die Revolution am 11. oder 12. November auch im kleinen Stockach ankam.

24 Stockacher Tagblatt Nr. 196 vom 4.10.1918, S. 3; Nr. 205 vom 16.10., S. 3; Nr. 221 vom 8.11., S. 3

25 Stockacher Anzeiger Nr. 132 vom 8.11.1918, S. 2

26 Stockacher Tagblatt Nr. 220 vom 6.11.1918. In der gleichen Ausgabe fordert die Zeitung aber auch statt dem bisherigen «Kastengeist» einen «Geist der Brüderlichkeit», der alle Bevölkerungsgruppen einbezieht.

27 Vgl. Schmidgall, Markus: Die Revolution 1918/19 in Baden. Karlsruhe 2012

(URL: <http://dx.doi.org/10.5445/KSP/1000024055>), bes. S. 100-115 und 149-183. Zu Rastatt vgl. Mors, Franz und Fieg, Oliver: Der Rastatter Arbeiter- und Soldatenrat, in: «Es lebe das Neue!»? Rastatt in der Weimarer Republik – Ein Stück Demokratieggeschichte, S. 53-57

28 Stockacher Anzeiger Nr. 133 vom 11.11.1918, S. 3

An einem der beiden Tage zogen 300 Personen von der am Bahnhof gelegenen Eisengießerei Fahr mit einer roten Fahne zum Marktplatz in die Oberstadt.²⁹ Neben Arbeiterinnen und Arbeitern aus den grossen Industriebetrieben Fahr und Schiesser waren auch Soldaten des Bezirkskommandos gekommen. Zum Umzug und zwischen den auf dem Marktplatz gehaltenen «revolutionären Reden» spielte die «Kratzer-Musik», die politisch weiter links stehende von zwei Vorläuferkapellen der Stockacher Stadtmusik.³⁰

Schliesslich gründete sich ein vierzehnköpfiger Arbeiter- und Soldatenrat. Der Rat verkündete in den Stockacher Zeitungen, dass er die «öffentliche Gewalt» übernommen habe, und bat die Bevölkerung, «absolute Ruhe» zu bewahren.³¹ Zugleich versprach er, die Ordnung zu halten: Ausschreitungen würden «unnachsichtlich» unterdrückt. Gegenüber den städtischen Behörden beanspruchte der Rat ein Weisungsrecht; diese hätten sich verpflichtet, «den Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates unbedingte Folge zu leisten».

Die Ankündigung schloss mit den Worten: «Wir erwarten, dass Männer der Stadt, die sich in den Dienst dieser grossen Sache stellen wollen, sich uns anschliessen.» Diese Hoffnung war nicht unbegründet. Schon bei der Gründung waren, neben vier Arbeitern, auch aus dem Bürgertum stammende Mitglieder im Arbeiterrat vertreten. Auch unter den sechs Mitgliedern des Soldatenrates gab es bürgerliche Mitglieder.³² Am 15. November bildete sich zusätzlich ein vierköpfiger Bezirksbauernrat, der dem Arbeiter- und Soldatenrat angegliedert wurde.³³ Dessen Mitglieder, nämlich die Bürgermeister von Orsingen (Kessing) und Stahringen (Hohl) sowie die Landwirte Reinhard Grundier aus Zizenhausen und Karl Hügle aus Wahlwies, waren in ihren Gemeinden verankert und revolutionärer Umtriebe unverdächtig.

Grundsätzlich schien der Stockacher Arbeiter- und Soldatenrat damit durchaus für bürgerliche Schichten offen. In seiner politischen Ausrichtung blieb er aber der Sozialdemokratie nahe. So verwundert es nicht, dass bereits am 17. November 1918 mit dem Vorsitzenden des Konstanzer Arbeiter- und Soldatenrates, Karl Grosshans (1881-1946), ein prominenter Sozialdemokrat aus der Region eine leidenschaftliche Rede für die Revolution hielt und darin zahlreiche sozialdemokratische Kernforderungen aufstellte: eine Arbeitslo-

29 Vgl. den wohl aus Augenzeugenschaft herrührenden Bericht bei Wagner, Hans: Aus Stockachs Vergangenheit. Hegau-Bibliothek, Bd. 11, Stockach 1967, S: 368 mit dem Datum 11. November. Die Proklamation des Rates zu seiner Gründung stammt vom 12. November, vgl. Stockacher Anzeiger Nr. 135 vom 15.11.1918, S. 3

30 Wagner, a. a. O. 1967, S. 368 sowie die Erinnerungen des Metzgers Bechler in: Rathke, Hartmut, und Dahloff, Rolf: Jahrhunderthälfte. Zeitzeugen aus dem Raum Stockach erinnern sich. Stockach o. J., S. 90

31 Vgl. dazu und zum Folgenden: Stockacher Anzeiger Nr. 135 vom 15.11.1918, S. 3, und Rathke, a. a. O. 2004, S. 96-97

32 Mitglieder des Arbeiterrats waren drei bei Fahr tätige Former (Walter, Ackermann Johann Schmid) und der Giesser Seelenbrand sowie Käseibesitzer Rigal, Ober-Justizsekretär Knapp, Verwaltungssekretär Schnarrenberger und Fotograf Albert Hesse. Im Soldatenrat sassen die Feldwebel Frank und Ritter, Unteroffizier Land, Gefreiter Adalbert Singer und die Landsturmmänner Hienerwadel und Lock.

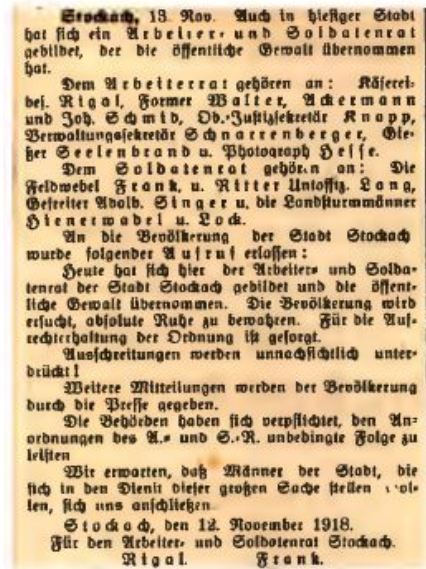
33 Vgl. Stockacher Tagblatt Nr. 226 vom 15.11.1918, S. 3

senunterstützung, die Abschaffung der Schulgelder, eine gerechtere Verteilung der Vermögen, ein allgemeines und gleiches Wahlrecht sowie die völlige Religionsfreiheit.³⁴

Wie aber stand das in Stockach vorherrschende liberale und katholische Bürgertum zur Revolution? Es scheint wohl vor allem überrascht und ein wenig verunsichert gewesen zu sein, wie ein Artikel im «Stockacher Tagblatt» eindrücklich zusammenfasst: «In den mittleren und kleinen Städten, den ‚stillen‘ Orten, die fern ab liegen von den Städten, in denen die Weltgeschichte gemacht wird, [...] dort ist die Revolution wie ein Blitzstrahl gekommen, unerwartet und auch unverspürt, ohne das Grollen und die Gärung der Bevölkerungs- und politischen Zentralen. Die Neuerung ist dort aber auch ruhiger aufgetreten, ohne leidige Begleiterscheinungen, und nur Erklärungen und Umzüge haben die Tatsachen verkündet. Dann war es in der Regel wieder still, der Druck der Erwartung und Sorge bewegte die Gemüter.»³⁵ Es mangle nicht unbedingt an Sicherheit, aber es herrsche eine «gedrückte Stimmung» vor, die auch die Umsätze der Geschäfte beschränke.

Während aus diesen Zeilen eine eher reservierte Stimmung gegenüber der Revolution klingt, ist ein Kommentar des katholischen «Stockacher Anzeiger» grundsätzlich positiv: Dort heisst es: «Ebenso wie alle nicht sozialdemokratischen Soldaten in dem Drange nach Befreiung aus der eisernen Faust des Militarismus sich der Revolution angeschlossen haben, ebenso sieht die überwältigende Mehrheit des Bürgertums in der Revolution die Morgenröte einer glücklicheren Zukunft.»³⁶

Zugleich kritisierte die Zeitung aber den örtlichen Arbeiter- und Soldatenrat, denn dieser wolle «keine von Bürgern und Beamten gewählte Vertretung [...] in den Arbeiter- und Soldatenrat» aufnehmen. Die Zeitung nimmt damit auf eine Versammlung Bezug, die am 22. November im Stockacher Gasthaus Germania stattfand und die am gleichen Tag anonym in beiden Stockacher Zeitungen beworben wurde. In der Anzeige heisst es, dass «der Mittelstand [...] unter der Last des Krieges wirtschaftlich am schwersten gelitten» habe und



Zeitungsnotiz über die Gründung des Arbeiter- und Soldatenrats in Stockach (Stockacher Anzeiger Nr. 135 vom 15.11.1918, S. 3)

34 Stockacher Tagblatt Nr. 229 vom 19.11.1918; Rathke, a. a. O. 2004, S. 97-98

35 Stockacher Tagblatt Nr. 228 vom 18.11.1918, S. 3

36 Stockacher Anzeiger Nr. 139 vom 25.11.1918

noch schwerere Zeiten drohen würden. Deshalb bedürfe es einer Vertretung seiner Interessen: «Bürger schliesst Euch zusammen.»³⁷

Dem Einberufer der Versammlung, Rechtsanwalt Dr. Bittler, ging es offenbar darum, einen Bürgerrat zu gründen, in dem das alte, in Stockach politisch dominierende liberale Bürgertum, «entweder für sich oder in Verbindung mit dem Arbeiter und Soldatenrat» seine Interessen wahren könne.³⁸ Damit stiess Bittler auf heftigen Widerstand des Arbeiter- und Soldatenrats. Dessen Vordenker, Rechtsanwalt Wielandt, warnte in der Versammlung des Mittelstands davor, dass ein Bürgerrat den Interessen des Arbeiter- und Soldatenrats zuwiderlaufen könne, weil dadurch «der Friede und die Ruhe nicht gewahrt bleiben» könnten.

Eine endgültige Position des Arbeiter- und Soldatenrats wurde am 26. November in einer öffentlichen Versammlung in der «Restauration Jäger» erarbeitet.³⁹ Die Räte seien «die Träger der Revolution, die Vertreter des revolutionierenden Teils der Bevölkerung und setzten sich logischerweise daher auch aus Angehörigen dieser Kreise zusammen. Die Revolution sei aber gemacht worden von den Soldaten und Arbeitern. Bis zu dem Zeitpunkte, da das Ergebnis der Revolution gesichert, d.h. in einer Verfassung niedergelegt sei, müsse der revolutionierende Teil der Bevölkerung, d.h. Arbeiter und Soldaten, das Heft in der Hand behalten.»⁴⁰ Einen eigenen Bürgerrat dürfe es deshalb nicht geben, wohl könne man aber bürgerliche Mitglieder in den Arbeiterrat aufnehmen, in Stockach seien diese sogar in der Mehrheit. Man betreibe keine Klassenherrschaft, «habe nicht gedroht, die Revolution auf die Strassen Stockachs zu tragen», und wolle mit der Bürgerschaft «in gleichem guten Einvernehmen wie bisher bleiben».

Die Revolution als politischer und gesellschaftlicher Umbruch? – Ein Zwischenfazit

Der Stockacher Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat verstand sich zwar als revolutionäres Gremium, er wollte aber alle Stockacher vertreten und mit den Behörden zusammenarbeiten. Im Vergleich zu anderen Räten in Deutschland kann er als «gemässigt» (Hartmut Rathke) gelten. Selbst das dem Rat skeptisch gegenüberstehende «Stockacher Tagblatt» verkündete, der Rat habe «in vortrefflichem Übereinkommen mit Bürgern und Behörden seine Aufgabe erfüllt» und den Bürgerfrieden gewahrt.⁴¹

Die zentralen Aufgaben des Rats lagen bei praktischen Fragen. So organisierte der Soldatenrat gemeinsam mit dem Bezirkskommando die Entlassung der Soldaten und die Abgabe von Waffen und Munition, sorgte sich um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ord-

37 Stockacher Anzeiger Nr. 138 vom 22.11.1918, S. 4, und Stockacher Tagblatt vom 22.11.1918, S. 4

38 Vgl. dazu und zum Folgenden Stockacher Tagblatt Nr. 225 vom 25.11.1918, S. 3. Zu Bürgerräten in Baden vgl. Schmidgall, a. a. 0.2012, S. 180-183, zur Entwicklung in Stockach Rathke, a. a. 0.2004, S. 98-100

39 Vgl. zu dieser Veranstaltung Stockacher Tagblatt Nr. 237 vom 30.11.1918, S. 2-3

40 Als Negativbeispiel führt Wielandt Waldkirch im Elztal an, wo der Arbeiter- und Soldatenrat in Wohlfahrtsausschuss umbenannt wurde und von Zentrumsvertretern dominiert wurde.

41 Stockacher Tagblatt Nr. 225 vom 25.11.1918, S. 3

nung, warnte vor dem Hamstern und Schmuggeln von Lebensmitteln, versuchte Wucherpreise für Lebensmittel zu vermeiden und nahm Beschwerden von Stadt und Landbevölkerung über ungerechte Lebensmittelverteilung entgegen.⁴² Anders als bei seiner Gründung angekündigt, scheint der Arbeiter- und Soldatenrat weder Bürgermeister Carl Walcker noch dem Gemeinderat Anordnungen gegeben zu haben. Letzterer hielt im November 1918 fast wöchentlich Sitzungen ab und beschäftigte sich unter anderem mit der Einquartierung von Soldaten und der Wohnungsnot.⁴³ Vielmehr scheinen beide Institutionen, der revolutionäre Rat und die städtische Verwaltung, durchaus zusammengearbeitet zu haben, um die unmittelbaren Herausforderungen der Nachkriegszeit in den Griff zu bekommen.

Nachdem Anfang Dezember 1918 noch eine grosse Versammlung der Bauern der Region mit 600 Teilnehmern stattgefunden hatte,⁴⁴ verlor der Rat bald an Bedeutung. Noch im Dezember traten wegen politischer Differenzen zunächst vier bürgerliche Mitglieder aus dem Arbeiterrat aus, anschliessend erklärte sich der Soldatenrat selbstständig. Die verbliebenen Mitglieder des Arbeiterrats veranstalteten 1919 noch soziale Aktivitäten, bevor sich der Rat nach den ersten Gemeindewahlen im Juni 1919 endgültig auflöste.

Die Revolution wurde von den Zeitgenossen als Umbruch wahrgenommen. Weil bis Kriegsende wenig über Friedenspläne und einen Wechsel von der Monarchie zur Republik diskutiert wurde, war der politische Umbruch insbesondere in einer Kleinstadt wie Stockach mit Unsicherheit verbunden. In dieser Situation dienten die Räte als Orte der Diskussion und hatten aufgrund ihrer gemässigten Ausrichtung in Stockach bis weit ins Bürgertum Sympathisanten. Je mehr allerdings die unmittelbaren Folgen des Kriegsendes bewältigt waren, je mehr deutlich wurde, dass ein parlamentarisches System mit allgemeinem und gleichem Wahlrecht eingerichtet würde, desto mehr verloren die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte an Anziehungskraft. Die politischen Diskussionen verschoben sich zurück in die politischen Parteien.

Ein epochaler Umbruch beschränkt sich nicht auf einen Aspekt, sondern betrifft verschiedene Lebensbereiche. Erst wenn Veränderungen auf politischer Ebene, im alltäglichen Leben der Menschen, in Wirtschaft, Arbeitswelt, Gesellschaft, in Bildung und Wissenschaft zusammenfallen, kann man von einer Zeitenwende sprechen. Ein solcher Umbruch sollte zudem nicht nur in den grossen Metropolen zu spüren sein, sondern auch in der Provinz. Es lohnt sich deshalb, am Stockacher Beispiel einige Lebensbereiche exemplarisch zu betrachten und davon ausgehend Umbrüche, aber auch Kontinuitäten nach 1918 darzustellen.

42 Stockacher Anzeiger Nr. 135 vom 15.11.1918, S. 3; Nr. 136 vom 18.11.1918; Nr. 137 vom 20.11.1918; Stockacher Tagblatt Nr. 226 vom 15.11.1918, S. 3; Nr. 231 vom 22.11.1918, S. 4

43 Stadtarchiv Stockach, Berner C, I/VIII.1, Ratsprotokolle 1918-1920

44 Vgl. dazu und zum Folgenden Rathke, a. a. O. 2004, S. 100-102

Politik – Parlamentarische Republik und Frauenwahlrecht

Mit dem Rücktritt des Kaisers am 9. November 1918 setzte ein Ringen um die künftige politische Organisation des Landes ein. Während in Berlin ein aus SPD und deren linker Abspaltung USPD bestehender «Rat der Volksbeauftragten» die Regierung übernahm, bildete sich in Baden eine breite, fast alle politischen Kräfte abbildende Regierung unter Führung der SPD. Der Grossherzog dankte am 22. November ab und zog sich auf Schloss Langenstein zurück. Schon am 5. Januar 1919 sollte ein verfassungsgebender badischer Landtag gewählt werden. Ein Rätssystem wie in Russland wurde in Stockach nie diskutiert. Die meisten badischen Arbeiterräte plädierten für einen «demokratischen Volksstaat auf der Grundlage einer demokratisch-parlamentarischen Ordnung», und auch der Stockacher Rechtsanwalt Wielandt sah die Parteien als zentrale Elemente der künftigen Willensbildung.⁴⁵

Im Januar 1919 besaßen Frauen in Deutschland erstmals das aktive und passive Wahlrecht. Für die SPD zog eine gebürtige Winterspürerin in den badischen Landtag ein:⁴⁶ Sophie Regenscheit, geborene Kaut, war Arbeiterin in Singen, schon seit 1913 SPD-Mitglied und engagierte sich in der Frauenbewegung. Im Landtag war Regenscheit eine von neun Frauen unter den insgesamt 107 Abgeordneten. Auch im 48-köpfigen Stockacher Bürgerausschuss waren fünf Frauen Mitglied.⁴⁷ In den politisch entscheidenden Gemeinderat zogen 1919 dagegen keine Frauen ein, ebenso wenig in den Gemeinderat von einem der heutigen Teilorte – eine Tatsache, die sich erst deutlich nach dem Zweiten Weltkrieg ändern sollte. Frauen durften nach 1918 zwar kandidieren und wählen, die politische Kultur änderte sich aber nur äusserst langsam.

Blickt man auf die Wahlergebnisse, so beklagte das nun der DDP nahestehende «Stockacher Tagblatt», dass «Frauen im Allgemeinen die politische Urteilskraft, die wir ihnen zugetraut hatten, nicht in hinreichendem Masse besaßen».⁴⁸ Zu viele von ihnen hätten mit dem Zentrum ausgerechnet jene Partei unterstützt, die stets die Anträge der Liberalen auf Einführung des Frauenwahlrechts abgelehnt hatte. In Stockach selbst lieferten sich DDP und Zentrum ein Kopf-an-Kopffrennen. Lagen bei der Landtagswahl die Liberalen knapp vorne (39,2% zu 36%), konnte bei der 14 Tage später stattfindenden Wahl zur deutschen Nationalversammlung das Zentrum mehr Stimmen gewinnen (35,7% zu 33,2%).⁴⁹ Die SPD landete mit 24,8% und 28,7% jeweils auf dem dritten Platz.

Obwohl die Liberalen in den folgenden Jahren in Stockach kontinuierlich an Zustimmung verloren, blieben sie durch Absprachen mit der SPD die kommunalpolitisch mass-

45 Schmidgall, a. a. O. 2012, S. 189; Stockacher Tagblatt Nr. 237 vom 30.11.1918, S. 3

46 Hochreuther, Ina: Südwestdeutsche Abgeordnete seit 1919. Stuttgart 1992, S. 63; vgl. auch den Beitrag von Sibylle Probst-Lunitz in diesem Jahrbuch

47 Rathke, a. a. O. 2004, S. 105

48 Stockacher Tagblatt Nr. 5 vom 8.1.1919, S. 3, und Nr. 1 vom 1.1.1919 mit einem Artikel des DDP-Vorsitzenden an die Frauen

49 Die Daten wurden dem Verfasser vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt.



Die SPD-Landtagsabgeordnete Sophie Regenscheit aus Singen (Stadtarchiv Singen, 700 Fotosammlung)



Programm der Begrüßungsfeier zu Ehren der heimgekehrten Soldaten
(Stadtmuseum Stockach, Leihgabe Hartmut Rathke)

gebliche Kraft, die bis 1933 den Bürgermeister stellte.⁵⁰ Im Raum Stockach zeigte sich bei den ersten Wahlen eine bunte politische Landschaft. Während in den meisten der heutigen Ortsteile das Zentrum vorne lag, konnte die SPD in Wahlwies knapp und in Zizenhausen deutlich stärkste Kraft werden. Während sich Zizenhausen im Lauf der Weimarer Republik zu einer Hochburg der KPD entwickelte, wurde Wahlwies in den frühen 1930er Jahren eine NSDAP-Hochburg.

Die Rückkehr der Soldaten und die Veränderung der Arbeitswelt

Weil Stockach Sitz des Bezirkskommandos war, mussten alle Soldaten der Region zwischen Konstanz und Donaueschingen nach Kriegsende hier ihre Entlassungspapiere abholen. Mehrere 10'000 Soldaten wurden in Stockach erwartet. Die Stadt richtete Massenquartiere ein, aber auch bei Privatpersonen wurden heimkehrende Soldaten untergebracht.⁵¹ In der Hauptstrasse wurde von der Stadt notdürftig Essen ausgegeben. Der Soldatenrat und das Bezirkskommando zogen die Kriegswaffen ein und entliessen die Soldaten nach einer ärztlichen Untersuchung in ihre Heimatorte.⁵²

⁵⁰ Vgl. Rathke, a. a. O. 2004, S. 124-140

⁵¹ Stockacher Tagblatt Nr. 228 vom 18.11.1918, S. 4

⁵² Stockacher Tagblatt Nr. 230 vom 20.11.1918, S. 3; Nr. 233 vom 23.11., S. 2; Nr. 234 vom 26.11., S. 3



Anzeige des Metzgermeisters Oswald Moll über die Wiedereröffnung seines Geschäfts (Stockacher Tagblatt Nr. 220 vom 6.11.1918.)

Die massenhafte Heimkehr der Soldaten löste auch Ängste aus. Am 15. November 1918 trat der Arbeiter- und Soldatenrat Befürchtungen entgegen, dass «eine Überflutung und Bedrohung des Bezirks durch von der Front in regelloser Ordnung heimkehrende Truppen eintreten würde».⁵³ Die Menschen befürchteten – so beklagt dies ein heimkehrender Soldat – dass «die Soldaten in Horden und Banden raubend und plündernd einfallen würden».⁵⁴ Letztlich überwog aber doch die Freude. Die Stadt war festlich geschmückt und bei den Stockacher Druckereien konnte man Willkommensplakate erstehen.⁵⁵ Am 9. Februar 1919 veranstaltete die Stadt eine Begrüßungsfeier im Gasthaus Adler-Post. Stadtmusik und Männerchor gestalteten das Programm. In seiner

Festrede stellte Kreisschulrat Dr. Ebner fest, dass Deutschland 1914 ein «blühendes Land» gewesen sei, heute aber «eine Ruine, arm und verlassen von aller Welt». Doch wenn man «Willen zur Tat» und Nächstenliebe zeige und den Eigennutz zurückstelle, könne man gemeinsam ein «neues Deutschland» aufbauen.⁵⁶ Diese Aufbauarbeit war allerdings Männerarbeit, denn die heimkehrenden Soldaten verdrängten die Frauen nach Kriegsende wieder aus dem Arbeitsleben. Bestand die Belegschaft der Stockacher Eisengiesserei Fahr im Jahr 1917 noch vor allem aus Frauen, wurden diese nach Kriegsende durch Männer ersetzt. Ähnliches lässt sich auch in anderen Berufen beobachten. Während der Kriegszeit hatte die Konstanzer Zahnärztin Wallenhorst wöchentlich Sprechstunde in Stockach gehalten, im November 1918 gaben dann die Dentisten Richard Engler und Fritz Müller bekannt, dass sie ihre Tätigkeit wieder aufnehmen würden.⁵⁷ «Aus dem Felde zurückgekehrt» praktizierten in Stockach auch wieder Ärzte, Tierärzte, Apotheker und Rechtsanwälte.

Lediglich in der Stockacher Niederlassung der Textilfirma Schiesser blieb der grösste Teil der Beschäftigten Frauen. Während die Zahl der Frauen im Berufsleben abnahm, stieg

53 Stockacher Anzeiger Nr. 135 vom 15.11.1918, S. 3

54 Stockacher Tagblatt Nr. 229 vom 19.11.1918, S. 2

55 Stockacher Tagblatt Nr. 228, vom 18.11.1918, S. 4

56 Stockacher Tagblatt Nr. 30 vom 11.2.1919, S. 2-3

57 Stockacher Tagblatt Nr. 218 vom 4.11.1918, S. 4; Stockacher Anzeiger Nr. 134 vom 13.11.1918, S. 3; Nr. 140 vom 27.11.1918, S. 4



Arbeiterinnen bei der Eisengiesserei Fahr, 1917 (Stadtarchiv Stockach, städtisches Bildarchiv)

dagegen die prozentuale Anzahl der Schülerinnen auf der Stockacher höheren Bürgerschule von 25% vor dem Krieg auf 40% im Jahr 1920.⁵⁸

Wirtschaft, Alltag und Ernährung und die Spaltung der Gesellschaft

Schon in den letzten Kriegstagen öffneten die ersten Geschäfte wieder. Am 6. November 1918 teilte der Stockacher Metzger Oswald Moll seinen «werten Kunden» per Anzeige mit, dass sein Geschäft ab dem 9. November wieder geöffnet habe.⁵⁹ Bauern inserierten den Verkauf von schlachtreifem Vieh.⁶⁰ Grundsätzlich blieb die Lebensmittelversorgung nach Kriegsende allerdings weiterhin reguliert. Zwar wurden die fleischlosen Wochen abgeschafft, viele Waren des täglichen Bedarfs konnten aber weiterhin nur gegen Lebensmittelkarten erworben werden.⁶¹ Erst im Lauf des Jahres 1919 normalisierte sich die Lebensmittelversorgung. Die Preise für Lebensmittel und Bekleidung waren allerdings hoch. Dies war insbesondere für die lokale Arbeiterschaft problematisch. Bei der Eisengiesserei Fahr herrschte 1919 und 1920 Kurzarbeit.⁶² Das politische Klima wurde rauer. Zwei Mal kam es zu Unruhen der Arbeiterschaft aus Stockach und Zizenhausen.

58 Waldschütz, Johannes: Als es mit der Schule aufwärts ging. In: Südkurier Stockach Nr. 217 vom 19.9.2018, S. 19

59 Stockacher Tagblatt Nr. 220 vom 6.11.1918, S. 4; Stockacher Anzeiger Nr. 132 vom 8.11.1918, S. 4

60 Stockacher Tagblatt Nr. 223 vom 11.11.1918, S. 4., Nr. 226 vom 15.11.1918

61 Bsw. Stockacher Tagblatt Nr. 220 vom 20.11.1918, S. 2; Stockacher Anzeiger Nr. 137 vom 20.11.1918, S. 3

62 Vgl. dazu und zum Folgenden Rathke, a. a. O. 2004, S. 106-115

«Staatsanwaltschaft Konstanz um energisches vorgehen gegen raedelsfuehrer in stockach ersuchen», telegraphierte der badische SPD-Innenminister Remmele am 13. Juni 1919 nach Konstanz.⁶³ Am selben Tag hatte er von Unruhen in Stockach erfahren: 270 Arbeiter und Arbeiterinnen seien mit einer roten Fahne vor das Rathaus gezogen und hätten die Absetzung von Bezirksoberrathmann Pfaff gefordert. Diesem wurde vorgeworfen, «kleine Leute», die schwarz Eier und Butter in die Stadt schmuggelten, hart zu bestrafen. Gegenüber einem korrupten Beamten sei er hingegen untätig geblieben. Der Unmut erklärt sich durch die finanzielle Lage der Arbeiterschaft. Die wegen Kurzarbeit um ein Drittel gekürzten Löhne reichten kaum aus, um die hohen Lebensmittelpreise zu bezahlen.

Eine Akte des Staatsarchivs Freiburg dokumentiert das kompromisslose Vorgehen des Innenministeriums: Es setzte Oberamtmann Pfaff wieder in den Dienst ein und liess am nächsten Tag in Stockach warnende Plakate anbringen.⁶⁴ Zwar wollte die Regierung die Vorwürfe prüfen, kündigte aber zugleich an, gegen die Urheber der Gewalttätigkeit vorzugehen. Die Unsicherheit blieb gross: «Gerücht über Bewaffnung. Lage ernst» schrieb Pfaff am 15. Juni per Bahntelegramm nach Konstanz.⁶⁵ Von dort wurde Militär nach Stockach gesendet, die Arbeiter verzichteten schliesslich auf ihre Forderung nach der Absetzung Pfaffs.

Als Vorsorge gegen weitere Unruhen liess das Ministerium eine Bürgermiliz gründen, der über 300 Stockacher unter Führung des Oberförsters Fischer angehörten.⁶⁶ Wohl um der Arbeiterschaft etwas entgegenzukommen, wurde Oberamtmann Pfaff am 1. Oktober nach zehn Jahren von seinem Posten abgelöst. Die Lebensmittelpreise aber blieben hoch. Als im Juli 1920 die Arbeitszeit bei Fahr auf 50% zurückgefahren wurde, kam es erneut zu Unruhen: Die Arbeiter zogen in die Oberstadt und plünderten die dortigen Geschäfte.⁶⁷ Erst als die Geschäftsinhaber sich bereiterklärten, Arbeitern 50% Rabatt einzuräumen, beruhigte sich die Situation.

Das gesellschaftliche Leben begann nach dem Krieg langsam Fahrt aufzunehmen: Konzerte und Theateraufführungen fanden statt, 1920 wurde in der «Adler-Post» ein Kino eröffnet.⁶⁸ Die Menschen organisierten sich in Stammtischen und Vereinen, insbesondere die Stockacher Turngemeinde und der Eintracht Chor hatten grossen Zulauf.⁶⁹ 1921 wurde erstmals seit 1914 wieder Fastnacht gefeiert. Die meisten Vereine und insbesondere die Fast-

63 Zum Folgenden: Staatsarchiv Freiburg, A 96/1 Nr. 6608

64 Ebenda

65 Ebenda

66 Vgl. Rathke, a. a. O. 2004, S. 108, und zur Unterstützung durch das Ministerium GLA Karlsruhe, 233/12474 und 233/12479, Bl. 62, 63, 72-74 und 82


67 Rathke, a. a. O. 2004, S. 110-115, und Staatsarchiv Freiburg A 96/1 Nr. 6609

68 Ausführlich Rathke, a. a. O. 2004, S. 146-150

69 Vgl. zwei einzigartige Protokollbücher von Stockacher Stammtischen, Stadtmuseum Stockach, Inv. 800 und 801; 125 Jahre TG Stockach (1862-1987), Stockach 1987; 175 Jahre Eintracht-Chor (1836-2011), Stockach 2011



Beschränkte Auswahl: der Gemüsestand von Oskar Hardmeier im Spätherbst 1918 (Stadtarchiv Stockach, Bildarchiv Foto Hotz, GP 06_068)

034	Landeskommissar wiener konstanz =
Telegramm Nr.	
Maßgenommen am 7. Ubr. 1919 von durch	<p>Telegraphie des  Deutschen Reichs.</p> <p>Amt Konstanz</p> <p>Erlebung Nr.</p>
Telegramm aus + s karlsruhebdn 35/34 13/6 9/20 s = Ab. den um Ubr.	
<p>staatsanwaltschaft konstanz um energisches vorgehen gegen raedelsfuehrer in stockach ersuchen amtsvorstand pfaff sofort wieder in dienst setzen gendarmerie und noetigenfalls militaer wird zur veruegung gestellt erledigung telegrafisch anzeigen inneres ministerium remmele</p> <p><i>Das gegenwärtige Verbot ist unverlegt P. H. 1919</i></p>	

Das Telegramm des badischen Innenministers Remmele an den Konstanzer Landeskommissär Wiener im Juni 1919 (Staatsarchiv Freiburg, A 96/1 Nr. 6608)

nacht blieben aber auf das Bürgertum beschränkt. Auch die Bürgerschule wurde fast nur von Angehörigen des Bürgertums besucht.⁷⁰

Die Kluft zwischen dem Bürgertum und der Arbeiterschaft vertiefte sich in Stockach in der unmittelbaren Nachkriegszeit gesellschaftlich und finanziell. Ganz geschlossen hat sich diese in der Weimarer Zeit nicht, die Fronten zwischen Arbeitern und Bürgertum entspannten sich aber mit der Besserung der wirtschaftlichen Lage. Voraussetzung dafür war die Versorgung Stockachs mit Elektrizität, die durch den Krieg verschoben wurde und am 8. Juli 1920 erfolgte. In den Folgejahren siedelten sich neue Wirtschaftsbetriebe in Stockach an: 1921 die Metallwarenfabrik, 1923 das Möbelhaus Schlosser und eine Holzwaren- und Spielzeugfabrik.⁷¹

Fazit

In vielen Bereichen bedeuteten Kriegsende und Revolution 1918 einen abrupten Umbruch: Die verlustreichen Kämpfe an West- und Ostfront hatten ein Ende gefunden. Die konstitutionelle Monarchie war von einer parlamentarischen Demokratie abgelöst worden. Statt eines überwachten politischen Lebens und den immer gleichen Erfolgsmeldungen und Treueschwüren fand nun eine offene Diskussion über die Zukunft statt. Auch die Rückkehr der Soldaten aus dem Krieg führte zu einem Umbruch, nämlich dem Wandel der Arbeitswelt. Dabei handelte es sich allerdings nur um eine Rückkehr zum Status der Vorkriegszeit.

Einen lange geforderten Umbruch für die Frauen stellte dagegen das Frauenwahlrecht dar. Es macht jedoch zugleich deutlich, dass ein Umbruch in der Gesetzgebung nicht zwangsläufig auch die politische Praxis veränderte. In den Parlamenten und Ministerien blieben noch lange – man könnte behaupten bis heute – die Männer dominant. In anderen Bereichen bedeuteten Revolution und Kriegsende keinen abrupten Umbruch, allenfalls eine allmähliche Veränderung. Die Versorgungslage besserte sich nach Kriegsende kaum: Im Herbst und Winter 1918 gab es weiterhin Lebensmittelkarten. Der mangelnde Wirtschaftsaufschwung führte in Stockach zu neuen Spannungen zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft.

Langsam wiedereinsetzende kulturelle Angebote, aber auch die ab 1921 wieder gefeierte Fastnacht nahmen vor allem die bürgerlichen Schichten wahr. Eine Zeitenwende findet selten an einem Tag statt, auch wenn wir das in der Retrospektive gerne so wahrnehmen. Vor allem werden Umbrüche weder von uns noch von den Zeitgenossen zwangsläufig positiv wahrgenommen. Als Beispiel dafür mag abschliessend jene «Frau aus dem Volk» stehen, die sich Ende November 1918 im «Stockacher Anzeiger» beschwerte, dass das deutsche Volk «an innerer Erweichung» zusammengebrochen sei und so das unbesiegte deutsche Heer besiegt habe – eine bemerkenswert frühe Vorwegnahme der sogenannten Dolchstoßlegende.⁷²

70 Waldschütz, a. a. O. 2018

71 Rathke, a. a. O. 2004, S. 142

72 Stockacher Anzeiger Nr. 138 vom 22.11.1918, S. 3

«Mutig nehmt Ihr das neue Recht an» – 100 Jahre Frauenwahlrecht¹

Von Sibylle Probst-Lunitz, Radolfzell

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – diese Forderungen der Französischen Revolution 1789 und die «Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte» galten, dem Zeitgeist folgend, nur für Männer. Deshalb verfasste 1791 die französische Schriftstellerin und Anhängerin der Revolution, Olympe des Gouges (1748-93), die «Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin», in der sie den Zugang der Frauen zu allen Stellen und öffentlichen Ämtern, ihre Mitwirkung an der Gesetzgebung sowie die völlige Gleichstellung von Mann und Frau postulierte. Olympe des Gouges wurde 1793 verhaftet, neben ihrem Eintreten für die Rechte der Frauen wurden ihr das Bekenntnis zur Monarchie sowie die Feindschaft gegen Maximilien de Robespierre zum Verhängnis. Nach einem kurzen Prozess verhängte man das Urteil, Olympe starb durch die Guillotine.

In Deutschland demonstrierten im Vormärz 1832 Frauen und Männer gemeinsam für die Einheit und Freiheit Deutschlands. Frauen sympathisierten und unterstützten die Ziele der Revolution von 1848/49, aber sie waren in der ersten deutschen Nationalversammlung nicht vertreten. Die vereinzelt vorgebrachten Forderungen nach dem Frauenwahlrecht blieben ungehört. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts setzten sich Frauen, die in den Frauenbewegungen engagiert waren, vermehrt dafür ein, dass sie wählen durften. Die Schriftstellerin Hedwig Dohm (1831-1919) forderte politische Rechte und das Stimmrecht für Frauen, ebenso die Lehrerin Helene Lange (1848-1930) in ihrer Schrift «Frauenwahlrecht», erschienen 1896.

Helene Lange gab 1893 die erste Ausgabe der Frauenzeitschrift «Die Frau» heraus. Ein Jahr später organisierten sich die bürgerlichen gemeinnützigen Frauenvereine unter der Dachorganisation «Bund Deutscher Frauenvereine», die sozialdemokratischen und die proletarischen Frauenvereine wurden nicht Mitglied in dieser Dachorganisation. 1902 gründete sich der «Deutsche Verband für Frauenstimmrecht», der das Frauenwahlrecht im Deutschen Reich forderte.

In ihrem Kampf um das Wahlrecht wurden die Frauen allein von den Sozialdemokraten unterstützt. August Bebel setzte sich dafür ein, und 1891 hatte die SPD auf ihrem Parteitag in Erfurt als erste Partei die Forderung nach einem allgemeinen¹ und gleichen Wahlrecht

¹ Die Ergebnisse dieses Beitrages beruhen ausschliesslich auf Recherchen in den Tageszeitungen des Hegau.

unabhängig vom Geschlecht erhoben.²1895 brachte die Partei einen entsprechenden Gesetzentwurf für das Frauenwahlrecht im Reichstag ein, der jedoch von den anderen Parteien abgelehnt wurde, es sollten noch mehrere folgen, die ebenso erfolglos blieben. Ein Grund für die ablehnende Haltung der bürgerlichen Parteien war die Furcht vor einem Stimmenzuwachs für die SPD. Hinzu kommt, dass die traditionelle Vorstellung von einer Gesellschaft, in der der Mann in der Öffentlichkeit wirken konnte, die Frau aber vor allem in der Familie, sich nach Ansicht der konservativ-bürgerlichen Kreise nicht ändern sollte.

Bis 1908 war es Frauen daher auch verboten, Mitglied in politischen Parteien zu sein. Nach dem preussischen Vereinsgesetz von 1870 war es den Frauen untersagt, in politische Vereine einzutreten und an den Versammlungen der Parteien teilzunehmen.³ Das Vereinsrecht im Grossherzogtum Baden erlaubte den Frauen eine Parteimitgliedschaft schon 1900, während dies in Preussen erst acht Jahre später der Fall war. Baden war auch das erste Land, das den Frauen ermöglichte, sich an einer Universität einzuschreiben.

Im März 1911 wurde zum ersten Mal der Internationale Frauentag in Deutschland, Dänemark, Österreich und in der Schweiz begangen. Hunderttausende Frauen forderten Gleichberechtigung, das Frauenwahlrecht sowie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für erwerbstätige Frauen. Clara Zetkin und Käthe Dunker waren die massgeblichen Initiatoreninnen des Internationalen Frauentages.

Der Erste Weltkrieg liess zunächst die Frauenfrage etwas in den Hintergrund treten. Die bürgerliche Frauenbewegung stand voll hinter den Kriegszielen Deutschlands, während die sozialistische den Krieg ablehnte. In der zweiten Hälfte des Ersten Weltkrieges wurde die Forderung nach einem Wahlrecht für Frauen wieder lauter und eindringlicher, denn inzwischen mussten die Frauen immer mehr die Aufgaben der Männer übernehmen, die sich im Krieg befanden oder schon gefallen waren. In den Fabriken, in der eigenen Landwirtschaft oder im Handwerksbetrieb, überall war der Einsatz der Frauen gefordert und unentbehrlich geworden.

Am 9. November 1918 rief Philipp Scheidemann in Berlin die Republik aus, Kaiser Wilhelm II. hatte abgedankt und ging nach Holland ins Exil. Mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes am 11. November in Compiègne war der Krieg beendet und die Niederlage Deutschlands besiegelt. In Baden bildete sich eine vorläufige Volksregierung und auch auf Landesebene konnten sich die monarchistischen Strukturen nicht länger halten. In Baden wurde die freie Volksrepublik proklamiert, Grossherzog Friedrich II. unterschrieb am 22. November auf Schloss Langenstein die Abdankungsurkunde.

Die rechtliche Grundlage für das Frauenwahlrecht legte am 12. November 1918 der Rat der Volksbeauftragten in einem Aufruf an das deutsche Volk. «Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht

2 Hochreuther, Ina: Frauen im Parlament. Südwestdeutsche Abgeordnete seit 1919. Stuttgart 2012, S. 45

3 www.100-jahre-frauenwahlrecht.de/100-jahre-frauenwahlrecht-geschichte/Stationen des Frauenwahlrechts. Aufgerufen am 16.7.2018



Das Plakat zum «Frauen-Tag» am 8.3.1914, auf dem vehement das Frauenwahlrecht gefordert wurde (links), sowie ein Plakat des Ausschusses der Frauenverbände Deutschlands von 1918, das die Frauen dazu auffordert, ihr neu erhaltenes Wahlrecht wahrzunehmen.

auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.»⁴ Ende November wurde das aktive und passive Wahlrecht für Männer und Frauen in die Verordnung über die Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung aufgenommen. Die Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung sollte am 19. Januar 1919 durchgeführt werden. In Baden konnten die Frauen schon etwas früher zur Wahl gehen, denn die provisorische Regierung Badens hatte die Wahlen zur badischen Nationalversammlung für den 5. Januar 1919 angesetzt.⁵

Somit blieb nicht mehr viel Zeit für einen langen Wahlkampf. Kandidatenlisten mussten aufgestellt, Wahlveranstaltungen und Wahlkundgebungen organisiert, die Wähler mobilisiert werden. Die konservativ ausgerichteten, der Zentrumsparterie nahestehenden Zeitungen im Hegau, die «Freie Stimme» und der «Hegauer Erzähler», «entdeckten» die Frauen und

4 [www.lpd-bw.de/100 Jahre Frauenwahlrecht](http://www.lpd-bw.de/100_Jahre_Frauenwahlrecht). Aufgerufen am 25.7.2018

5 In Europa hatte Finnland 1906 als erstes Land das Frauenwahlrecht eingeführt, 1913 folgte Norwegen, 1915 Dänemark und Island. 1918 führten neben Deutschland noch Österreich, Polen und Russland das Wahlrecht für Frauen ein.

versuchten auf vielfältige Weise diese davon zu überzeugen, das neu erlangte Wahlrecht auch auszuüben. In der «Freien Stimme» erschien vom 28. November 1918 bis zu den Reichstagswahlen im Januar 1919 regelmässig eine speziell für Frauen geschriebene «Wahlecke».

Begründet wurde die Einführung dieser «Wahlecke» mit dem hohen Frauenanteil in Baden, der schon vor dem Ersten Weltkrieg vorhanden war, und der sich während und nach dem Krieg durch den Tod vieler Männer noch verstärkt hatte. Folglich hätten die Frauen einen entscheidenden Einfluss auf die Wahl und deshalb müsse «also das älteste Mütterlein auf dem entlegensten Schwarzwaldhof in der hintersten Leibgedingkammer zur Wahl wie das vergessenste Dienstmädchen im Dachzimmer eines fünften oder sechsten Stockes der Grosse Stadt. Ihre Wahlthätigkeit vor der Wahl soll sich nicht so sehr in öffentlichen Versammlungen als in der stillen Werbetätigkeit von Person zu Person, von Haus zu Haus geltend machen», führte die Zeitung in ihrer ersten «Wahlecke» aus.⁶

Die ersten Wahlen zur badischen Nationalversammlung sah man als schicksalhaft für die Zukunft des Landes Baden. Die wichtigsten religiösen und sittlichen Interessen standen auf dem Spiel, «ja das Wohl und Wehe der katholischen Kirche, die katholische Erziehung der Kinder. Darum dürfen die katholischen Frauen, Witwen und Mädchen nicht bloss wählen, sondern es ist ihre hl. Pflicht, ihre religiöse Pflicht, es zu tun.»⁷ Die «Freie Stimme» war seit ihrer Gründung im Jahr 1865 vor allem das Presseorgan der Zentrumspartei und des Katholizismus, was erklärt, dass sie sich besonders an die katholischen Frauen wandte.

Die «Wahlecke» für Frauen beinhaltete bis zum Januar 1919 Fragen und Themen wie: Ist die Trennung von Kirche und Staat sinnvoll, wie funktioniert die gebundene Proporzwahl, die Warnung vor dem Bolschewismus, vor den Sozialdemokraten, Bitten um Spenden für den Wahlkampf, der viel Geld kostete. Sie kann als eine Art der politischen Aufklärung für Frauen im Sinne des Zentrums verstanden werden, verbunden mit permanenten Angriffen auf die Sozialdemokratie. Ende des Jahres 1918 gab es noch eine praktische Anleitung zum Wahltag selbst mit Hinweisen auf Wahllisten, die Öffnungszeiten der Wahlbüros sowie auf die Notwendigkeit des persönlichen Erscheinens.

Die Parteien und besonders die konservativen meinten, sich ständig rechtfertigen zu müssen, warum Frauen nun das Wahlrecht hatten. Sie wiesen auf den – bereits erwähnten – Frauenüberschuss in der Bevölkerung Badens hin, sie betonten die wichtige Rolle, die die Frauen während des Ersten Weltkriegs gespielt hatten, sei es in der Wirtschaft oder zu Hause in der Familie sowie ihre dadurch erworbenen Verdienste. Man brauchte die Frauen: Deutschland befand sich 1918/19 in einer desolaten Situation, der Krieg war verloren, er kostete etwa zwei Millionen Soldaten das Leben, es gab unzählige Verwundete und Kriegs-

⁶ Freie Stimme Nr. 276 vom 28.11.1918, StA Radolfzell

⁷ Ebenda



Wahlplakate der SPD und der DDP von 1919, die sich explizit an die Frauen wandten.

versehrte, eine neue Staatsform musste aufgebaut werden, die Versorgungslage war katastrophal, die Wirtschaft zusammengebrochen.

«Die Frau ist im neuen Deutschland vollberechtigte Staatsbürgerin geworden [...]. Unser Vaterland in seiner schwersten und traurigsten Zeit, die jetzt angebrochen ist, braucht die Frauen auch als Helferinnen im öffentlichen Leben. Die gewaltigen Aufgaben, die beim Neuaufbau des Reiches zu lösen sind, kann der Mann gar nicht ohne die Mitarbeit der Frau vollbringen, [...]. [Deshalb] wäre es für uns Männer gerade eine Schande, wenn wir diese Zukunftsaufgaben lösen wollten ohne die Hilfe der Frau», schrieb am 11. Dezember die «Freie Stimme». ⁸ Und sie führte weiter aus, 'es werde «sich zeigen, dass die Frau auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens, der Wohlfahrtspflege, der Gesetzgebung, der Sozialpolitik als gleichberechtigte Gehilfin des Mannes nützlich und erspriesslich mitarbeiten kann, und zwar ohne dadurch ihrem eigentlichen Beruf als Gattin und Mutter entfremdet zu werden».

Hier wird sehr deutlich, dass sich an der herkömmlichen Rollenverteilung nichts ändern sollte. Die Frauen durften sich im sozialen Bereich einbringen, allenfalls noch in der Gesetzgebung, ansonsten war ihr Platz in der Familie und an der Seite ihres Mannes. Mit der Einführung des Frauenwahlrechts ging keine Gleichberechtigung der Frau einher, das war vom Rat der Volksbeauftragten nicht beabsichtigt worden und entsprach der Auffassung bürgerlicher und konservativer Kreise. ⁹ Der Mann hatte nach wie vor das alleinige Ent-

⁸ Freie Stimme Nr. 287 vom 11.12.1918, StA Radolfzell

⁹ Hochreuther, a. a. O. 1992, S. 12-13

scheidungsrecht in der Ehe und Familie, nach wie vor konnte er seiner Frau verbieten zu arbeiten. Das Ehe- und Familienrecht aus der Kaiserzeit bestand weiter, erst das Gleichberechtigungsgesetz von 1957 passte das alte Ehe- und Familienrecht an das neue Grundgesetz von 1949 an und war ein entscheidender Schritt auf dem Weg der Gleichberechtigung.

Bei der liberalen Partei, der Deutschen Demokratischen Partei Deutschlands (DDP), hielt sich ebenfalls ein weitgehend konservativ geprägtes Frauenbild. Der Vorsitzende der DDP Stockach schrieb einen Beitrag mit dem Titel «Die Frau und die Politik» für das «Stockacher Tagblatt» vom 2. Januar 1919: «Wir wollen also nicht wie die Sozialdemokratie die gesamte Frauenwelt mit einem Schlag von heute auf morgen hineinpeitschen in das politische Gehege als willenslose Garde ohne Überzeugung und inneren gefestigten Standpunkt, sondern nach den seelischen Anlagen die Aufgaben verteilen und erst nach und nach an arteigenen Stoffen allmählich weitererziehen zu einem Menschentum, das auf eigenen Füßen steht, das nicht von Schlagworten und blutleeren Schemen lebt, sondern vom Geiste der Gerechtigkeit und Wahrheit. [...]. Wir wollen sein eine grosse Arbeitsgemeinschaft mit dem einen grossen Ziel: Rettung des Vaterlandes vor dem Untergang und vor der Knechtschaft [...]».

Der Autor war offenbar der Meinung die Frauen müssten erst noch erzogen werden, bevor sie Aufgaben in der Gesellschaft und Politik übernehmen konnten, und auch hier wird deutlich, wofür man sie brauchte: Sie sollten mit den Männern das Vaterland retten. Zu dieser Erziehung gehörte die richtige Zeitungslektüre: «Hier muss aber die Frau endlich mit der alten Gewohnheit, nur den Roman und das Vermischte zu lesen, brechen und auch den politischen Teil, den Leitartikel wahrnehmen und mit den Hausgenossen besprechen.»

Die DDP war in ihren Aufrufen an die Frauen zur Wahl viel zurückhaltender als das Zentrum. Im Zeitpunkt November 1918 bis Januar 1919 lassen sich in den «Singener Nachrichten, Demokratische Zeitung für das badische Oberland» nur wenige Artikel ausmachen, die die Frauen aufforderten, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Die Liberalen erwarteten von den Frauen mehr, als nur zur Wahl zu gehen: Sie forderten sie gleich dem Zentrum dazu auf, aktiv am Aufbau eines neuen Staates mitzuarbeiten. Die DDP, die in Singen eine Frauengruppe hatte, wandte sich mit folgenden Worten in einem Wahlauftritt an die zukünftigen Wählerinnen: «Ihr Frauen! In vierjähriger Not und Entbehrung habt Ihr für den alten Staat, in dem Ihr nichts zu sagen hattet, gearbeitet. Arbeitet jetzt mit uns für den neuen Staat, in dem Eure Rechte gesichert sind.»

Aufschlussreich ist der Artikel «An die Frauen!» in der Oberländer Zeitung vom 18. Januar 1919. Die Autorin, die ihren Namen nicht nennt, möchte ihren Geschlechtsgenossinnen einen Tag vor der Wahl noch eine Entscheidungshilfe geben. Dabei wird deutlich, dass sie als Frau auch ein sehr traditionelles und konservatives Frauenbild vertritt.¹⁰ «Wir wollen uns nicht in Gebiete hineindrängen, die uns wesensfremd sind. Aber davon sind wir

¹⁰ Oberländer Zeitung vom 18.9.1919, Hegau-Bibliothek Singen (Hohentwiel)

Frauen-Versammlung.

Sonntag, den 29. Dezember, nachmittags 3 Uhr

findet im

Kreuzsaale

eine

grosse Frauen-Versammlung

statt, in der als Redner sprechen werden:

Herr Pfarrer Wissler-Litzelstetten,

Frl. Bertha Philipp, Hauptlehrerin in Ueberlingen a. See.

Alle Frauen und Jungfrauen sind zur Teilnahme dringend eingeladen. Im Saale wird nicht gewirtet.

Das Wahlkomitee der Zentrumsparthei.

Freie Stimme 14. Jahrg.
Nr. 214

Große Frauenversammlung in Radolfzell.
Küchler Sonntag, 29. Dezember nachmittags 3 Uhr (Jahr in „Radolfzell“) bei der
große Frauen- und Jungfrauen-Versammlung.

Wir sind zur zehnjährig bedeutendsten Arbeit und Anstrengung berufen worden.
Wir wählen die besten Männer unter Berücksichtigung der Moralität und Vertretbarkeit
für die Interessen, besonders der Frauen, und werden sie dann
den besten zu zehnjähriger Tätigkeit.

Der Vorstand der Zentrumsparthei.

Zentrumsparthei.
Sonntag, 29. d. Monats, nachmittags halb 3 Uhr
statt in „Kreuzsaal“ in Gengen

Grosse

Wähler-Versammlung

Wir wählen am Montag Morgen 10 Uhr
Redner: Herr Schlossermeister Tränkle, Singen
Redner für die katholische Christenheit
Herr Reichstagsabgeordneter Ties, Radolfzell.

Alle Wählermänner aus Gengen und Umgebung, ganz besonders auch die Frauen
und Jungfrauen, sind zu zehnjähriger Tätigkeit herzlich eingeladen.

Der Vorstand der Zentrumsparthei.

Ankündigungen von «Frauen-Versammlungen» bzw. «ganz besonders auch an die Frauen und Jungfrauen» gerichteten Wahlveranstaltungen der Zentrumsparthei in der regionalen Presse: Freie Stimme Radolfzell vom 20.12.1918, Hegauer Erzähler vom 27.12.1918 und Singener Zeitung vom 28.12.1918 (Stadtarchiv Radolfzell, Hegau-Bibliothek Singen)

wohl alle überzeugt, dass auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge und des Erziehungswesens den Frauen die erste Stelle gebührt. Das sind Dinge, die durch Erfahrung und grösste Selbsthingabe erfasst und erfüllt sein müssen, in denen die Frau am besten zu Hause ist und folglich auch mehr leisten kann als der Mann.»

Auch Frauen waren der Meinung, ihre künftigen Aufgaben würden vor allem im sozialen Bereich liegen und entsprachen damit der Rolle, die ihnen die Männer in der neuen Staatsform und in der Gesellschaft zugestehen wollten. Forderungen nach Einflussnahme und Gestaltungsmöglichkeiten in allen Bereichen von Politik und Gesellschaft erhob die Autorin nicht, was unter den «wesensfremden Gebieten» zu verstehen ist, darüber liess sie ihre Leserinnen im Unklaren.

Elly Heuss-Knapp,¹¹ die sich als Kandidatin der DDP für die Wahlen zum Reichstag aufstellen liess, appellierte an ihre Geschlechtsgenossinnen: «Mutig nehmt Ihr das neue Recht an, das Euch zu Staatsbürgerinnen macht, die neue Pflicht, die nicht erschöpft ist mit einem Gang zur Wahlurne. Eine grosse Aufgabe heisst: den Frauengeist in der Politik wirksam zu machen».¹²

Die Sozialdemokratische Partei verfügte 1918/19 noch über kein eigenes Presseorgan im Hegau, die Zeitung «Volkswille» erschien erst ab 1920 in Singen. Sie wurde vom Verlagshaus Thurgauer-/Ekkehardstrasse herausgegeben und 1933 von den Nationalsozialisten verboten. Ein Blick in die in Karlsruhe erschienene Zeitung «Der Volksfreund, Tageszeitung für das werktätige Volk Badens» zeigt ebenfalls Aufrufe an die Frauen, die aber nicht sehr zahlreich waren. Am 31. Dezember 1918 ist zu lesen, «[...] wenn ihr die Menschheit befreien wollt von der furchtbaren Gefahr der Selbstvernichtung, dann gebt eure Stimme der Partei, die immer für die Versöhnung der Völker war [...], wenn ihr eure Söhne nicht verbluten und eure Töchter nicht verhungern lassen wollt, dann Wählerinnen und Wähler, stimmt für die Sozialdemokratie! «¹³ Mit diesen ziemlich drastischen Worten wandte sich die Partei an die Frauen, aber auch an die Männer.

Nicht nur mit Berichten und Artikeln in den verschiedenen Tageszeitungen versuchten die Parteien, die Frauen zu mobilisieren, sondern auch mit speziellen Wahlveranstaltungen. Am 22. Dezember 1918 fand eine «grosse Frauen- und Jungfrauenversammlung» im «Scheffelhof» in Radolfzell statt, zu der «alle Wählerinnen ohne Unterschied der Konfession nebst den Männern» von der Zentrumsparterie «freundlichst eingeladen» wurden. Die «Freie Stimme»¹⁴ war in ihrer Berichterstattung voll des Lobes über diese Frauenveranstaltung als eine der «schönsten Veranstaltungen, die das Zentrum je abgehalten hat». Kein

11 Elly Heuss-Knapp (1881-1952) war Lehrerin. Ihre Kandidatur 1919 war erfolglos, 1946 wurde sie für die FDP/DVP in den Landtag von Württemberg-Baden gewählt. 1950 gründete sie das Müttergenesungswerk.

12 Singener Nachrichten, Demokratische Zeitung für das badische Oberland Nr. 12 vom 15.1.1919, Hegau-Bibliothek Singen (Hohentwiel)

13 Volksfreund Karlsruhe Nr. 305 vom 31.12.1918, Badische Landesbibliothek; digitale Ausgabe: <https://digital.blb-karlsruhe.de>

14 Freie Stimme Nr. 298 vom 24.12.1918, StA Radolfzell

Zweites Blatt.

An die Frauen!

„Siehe ein kleines Feuer, wozu einen Wald anzusetzen an. In Sarajewo fiel der Funke dieses Weltbrandes, der vier Jahre lang ununterbrochen wütete. Krieg, Krieg, war die Losung allenthalben, und seine Begleiterscheinungen war Not, Hunger und Elend. Unzählige Werte wurden zerstört und Millionen Menschen hingebracht. Die Bestie im Menschen entwickelte sich ungehindert ins Maßlose. Es gab kein Halten mehr. Wer nicht für mich ist, ist gegen mich, und wird folglich totgeschlagen, verfolgt oder ruiniert, das war der Sinn des Ganzen, wenn es überhaupt einen Sinn hatte. Wir schauderten all dem Gesehen, aber wir waren ohnmächtig gegen das Widerwärtige und wußten ja selbst lange nicht, daß wir gegen Windmühlen kämpften. Nun ist das Ende da. Das Ende des Kampfes draußen. Aber nun beginnt der Kampf im Innern. Der Kampf um Sein und Nichtsein unseres ganzen Volkes. Wie viele von uns sind sich noch gar nicht bewußt, was davon abhängt, wenn wir nicht alle eifrig mitkämpfen. Daß gerade der Ausgang dieses Kampfes darüber entscheiden wird, ob sich als die Brennel der verflochten vier Jahre noch einmal wiederholen sollen oder nicht. Und wem muß wohl diese Entscheidung am meisten am Herzen liegen? Doch wohl uns Frauen! Wir Frauen haben doppelte Rechte und damit auch doppelte Pflichten, in diesem politischen Kampfe mitzuwirken. Von den vielen Millionen, die draußen auf den Schlachtfeldern verbluteten, war jeder einer Mutter Sohn. Ein in unendlicher Liebe und Sorge großgezogenes Kind. Und es gibt Mütter, die drei, vier oder gar fünf Söhne draußen liegen haben. Wer will die Tragik dieses Gedankens ermeßen? Sieht uns Frauen und Müttern dieser Toten, der heilige Schmerz um sie nun nicht das größte Recht mitzukämpfen? Rufen sie uns doch täglich zu: „Lasset uns nicht umsonst unser Leben geopfert haben!“ Schüßel für eure Kinder das kostbare Gut der wahren Menschlichkeit!“ Diese Mahnung unserer geliebten Toten gibt uns Frauen das erste Recht, und das zweite geben uns unsere Kinder. Es gibt Kinder, die durch Krieg und Seuche, väter- und mütterlose Waisen geworden, und alles dessen bedürftig sind, was des Kindes Leben licht und sonnig macht. Das sind die Ärmsten der Armen! Welche Mutter wählte nicht das Beste für ihr Kind? Sie sind das heranwachsende neue Deutschland. Das freie, starke Geschlecht, dem wir den Boden bereiten

sollen. Wer wolle da nicht freudig und mit allen Kräften mitwirken?

Es ist das erste Mal, daß wir mitwirken dürfen an der Neuordnung unseres Staatswesens, und wir wollen eifrig zugeben, daß wir völlig unvorbereitet vor dieser Aufgabe stehen und oft hilflose Neulinge sind auf politischem Gebiet. Aller Anfang ist schwer. Wir wollen aber den ehelichen Willen zeigen, das, was uns an positiver Erfahrung abgeht, durch willige Einnahme an den Ereignissen dieser Tage zu ersetzen. Dann muß sich von selbst jeder denkenden Frau die richtige Heterzeugung aufdrängen.

Wir wollen uns nicht in Gebiete hineinbringen, die uns wesenfremd sind. Aber davon sind wir wohl alle überzeugt, daß auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge und des Erziehungswesens den Frauen die erste Stelle gebührt. Das sind Dinge, die durch Erfahrung und größte Selbsthingabe erfaßt und erfüllt sein müssen, in denen die Frau am besten zu Hause ist und folglich dabei auch mehr leisten kann als der Mann.

Wie sollen wir nun wählen, liebe Frauen? Wenn wir die Ziele der verschiedenen Parteien genau verfolgen, so muß uns Frauen ganz klar werden, daß die Deutsche demokratische Partei in ihrem Programm gerade die Befehle erstrebt, die uns am nächsten liegen müssen. Ich greife nur einige Punkte heraus aus dem Antrag der demokratischen Partei: „Gleichheit vor dem Gesetz“, „Freiheit der Persönlichkeit“, „Freier Zugang zu allen Quellen der Bildung und allen Gütern der Kultur für das gesamte Volk“, „Bekämpfung der Wohnungsnot“, „Erfassung der Kriegsgewinne“, „Breitgehendste Verfolgung der Kriegsschädigten, der Kriegswitwen und Waisen“. Diese wenigen Punkte schon müssen uns Frauen sagen, daß eine Partei, die solche Ziele verfolgt, die unter ist. Daran zerstreife jede von uns morgen. Keine dieser zerstreife, denn jede einzelne Stimme ist wichtig. „Siehe ein kleines Feuer, wozu einen Wald anzusetzen an.“

Kampfesweise des Zentrums.

Bekanntlich wurde vor Beginn des Wahlkampfes auf einer Konferenz der oberbadischen Zeitungsvorleger und Redakteure auf Antrag des Redakteurs der Südbadischen Zeitung beschlossen, den Wahlkampf rein sachlich und unter Ausschaltung jeder persönlichen Kampfweise zu führen. Diese Abmachung wurde im allgemeinen eingehalten, sodaß sich diesmal der Wahlkampf in wesentlich anständigeren Formen vollzogen hat, als man dies bei früheren Wahlen gewohnt war. Lediglich den drei Zentrumsklättern des Seekreises, den „Konstanzer Nachrichten“, der „Freien Stimme und der „Südbadischen Zeit-

Aufruf «An die Frauen!» in der Oberländer Zeitung vom 18.1.1919 (Hegau-Bibliothek Singen)

Geringer als der Geistliche Rat Friedrich Werber begrüsste die Anwesenden, Maria Beyerle, Lehrerin aus Konstanz, die als Kandidatin für die Wahl zur badischen Nationalversammlung aufgestellt war, sprach «klassisch schön in den gewählten Ausdrücken fein», Pfarrer Nessler «sprach so schön über die Trennung von Kirche und Staat, dass einem das Herz aufging in Begeisterung», schwärmte der Berichterstatter. In der anschließenden Rede der Fabrikarbeiterin Maria Schmid aus Stockach ging es dann etwas weniger um Pathos als um die Frage, was nämlich das Zentrum für die arbeitenden Frauen getan hatte und zu tun gedachte. Maria Schmid stand wie Maria Beyerle auf der Kandidatenliste des Zentrums, sie auf Platz 15, Beyerle auf Platz drei.

Am 29. Dezember folgten etwa 400-500 Personen einer Einladung des Zentrums in den Saal des Gasthauses Lamm in Engen zu einer grossen Wählerversammlung. Neben dem Reichstagsabgeordneten Carl Diez aus Radolfzell sprach Handelslehrerin Schmid aus Pforzheim zu den Anwesenden, was ein absolutes Novum für die Partei war: «Etwas vollständig Neues war es, in einer Zentrumversammlung eine Frau am Rednerpult zu sehen», schrieb der «Hegauer Erzähler» über die Veranstaltung und lobte die Frauen, die so zahlreich zu der Veranstaltung gekommen waren. Die Rednerin Schmid zeichnete in ihrem Vortrag das konservative Bild der christlichen Frau und Mutter, die nun die Pflicht hatte, zur Wahl zu gehen, denn «nur so kann sie dazu beitragen, dass aus den Ruinen, die allenthalben uns umgeben, für unser badisches Volk und unser deutsches Vaterland neues Leben erblühe».

Am selben Tag gab es in Singen im Saal des Gasthauses Kreuz ebenfalls eine grosse Frauenversammlung des Zentrums. Zwei Tage vor der Wahl zur deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 lud das Zentrum noch einmal alle wahlberechtigten Frauen in Engen in das Hotel Hegau ein, eine «tüchtige» Rednerin aus Konstanz sollte auf der Frauenveranstaltung sprechen.

Die Deutsche Demokratische Volkspartei Badens lud Ende Dezember 1918 die Frauen zu einer Versammlung nach Konstanz in den «Burghof» ein. Im dicht besetzten Saal wurden Reden zum Thema «Die Frau und das öffentliche Leben» gehalten.

Mit dem neuen Wahlgesetz erhielten die Frauen das aktive und passive Wahlrecht. Jede Frau in Baden konnte sich nach vollendetem 25. Lebensjahr als Kandidatin für die Nationalversammlung und auch für den Gemeinderat aufstellen lassen. Am 30. Dezember 1918 veröffentlichte der «Hegauer Erzähler» die Kandidatenliste für die Wahlen zur badischen Nationalversammlung am 5. Januar 1919. Der Wahlkreis Konstanz umfasste die (Gross-)Kreise Konstanz, Villingen und Waldshut. Jede Partei konnte 18 Kandidaten aufstellen, wobei es wichtig war, die vorderen Plätze zu erhalten. Die Zentrumsparterie stellte zwei Frauen auf, die bereits erwähnte Maria Beyerle auf immerhin Platz drei und Maria Schmid auf den wenig aussichtsreichen Platz 15. Die SPD hatte drei Kandidatinnen: auf Platz 4 Sophie Regenscheit, Ehefrau und Arbeiterin aus Singen, auf Platz 8 Pauline Guthjahr, Witwe aus Konstanz, und auf Platz 17 Elise Reinbold, Ehefrau aus Singen. Für die DDP kandidierten Marie Schloss, Witwe aus Königsfeld und Ernestine Walther, Witwe aus Konstanz, auf den Plätzen 4 und 16.

Die Wahlen zur badischen Nationalversammlung am 5. Januar brachte im Wahlkreis Konstanz der Zentrumsparterie die meisten Sitze (39), gefolgt von den Sozialdemokraten (36) und der DDP (25). In Baden machten 88,1% der Wahlberechtigten, darunter viele Frauen, von ihrem neuen Wahlrecht Gebrauch – eine Wahlbeteiligung, die man sich heute sehr wünschen würde. Dennoch beklagte der «Hegauer Erzähler» nach der Wahl, dass die Wahlbeteiligung der Frauen auf dem Land noch zu wünschen liesse, was wohl auch an dem stürmischen und regnerischen Wetter des Wahltages gelegen habe, und er mahnte an, dass für die Wahl zur deutschen Nationalversammlung noch viel mehr Wahlberechtigte ihrer Pflicht nachkommen müssten.

Als weibliche Abgeordnete wurden Maria Beyerle und Sophie Regenscheit aus dem Wahlkreis Konstanz in die verfassungsgebende Nationalversammlung von Baden gewählt. Damit gehörten sie zu den insgesamt neun Frauen im badischen Parlament, die Zahl der männlichen Parlamentarier betrug 98. Vier Frauen waren für das Zentrum, vier für die Sozialdemokraten in der neuen Volksvertretung. Die DDP stellte mit Marianne Weber, Rechtshistorikerin und Ehefrau des Soziologen Max Weber, eine der bekanntesten Abgeordneten. Marianne Weber war bei der konstituierenden Sitzung des neuen Landtags am 15. Januar 1919 in Karlsruhe die erste weibliche Abgeordnete, die das Wort ergriff.

Die erste weibliche Abgeordnete aus Singen, Sophie Regenscheit,¹⁵ geboren 1893 in Winterspüren, arbeitete wie ihr erster Mann Karl Gustav bei Maggi. Sie schloss sich der SPD an und engagierte sich im Betrieb für die Belange der Frauen. Von 1919 bis 1921 gehörte sie dem badischen Landtag an, sie war bis 1934 bei Maggi tätig, unter den Nationalsozialisten verlor sie als «Doppelverdienerin» ihren Arbeitsplatz. Nach dem Tod ihres Mannes begann sie wieder zu arbeiten, später heiratete sie Stefan Speck. Sie verstarb 1969 in Singen.

Maria Beyerle,¹⁶ die für das Zentrum in den Landtag einzog, wurde 1882 in Konstanz geboren, ihr Vater war Rechtsanwalt und einflussreiches Mitglied des Zentrums. Maria wurde Lehrerin und begann früh, sich politisch zu engagieren. Sie war Stadträtin in Konstanz und von 1919 bis 1925 sowie von 1926 bis 1928 Abgeordnete. Nach dem Zweiten Weltkrieg war sie von 1947 bis 1952 Mitglied im badischen Landtag, dann zog sie sich aus dem politischen Leben zurück und widmete sich bis zu ihrem Tod 1968 sozial-karitativen Aufgaben.

Bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung 1919 konnten die Deutschen zum ersten Mal in der Geschichte in freien und allgemeinen Wahlen über ihre Staatsform selbst bestimmen. Pro Partei gab es nur eine Liste für ganz Baden. Das Zentrum



Maria Beyerle aus Konstanz (Zentrumspartei) wurde für den Wahlkreis Konstanz als eine von neun Frauen (gegenüber 98 Männern) am 5.1.1919 in die verfassungsgebende Nationalversammlung von Baden gewählt. (Foto: Generallandesarchiv Karlsruhe 231 Nr. 2937)

15 Kappes, Reinhold: Frauen und ihre Geschichte in Singen. In: Singener Jahrbuch 2010, S. 95-110, hier S. 105-106

16 Stellvertretend für die zahlreichen Veröffentlichungen über Maria Beyerle: Siebler, Clemens: Maria Anna Beyerle. In: Baden-Württembergische Biographien Band 1, S. 23-24

stellte eine Frau als Kandidatin auf, die SPD eine, die DDP zwei und die Deutsch-Nationale Volkspartei zwei. Keine der Frauen war aus dem Hegau, sondern aus Freiburg, Pforzheim, Mannheim, Rastatt, und keine der Kandidatinnen hatte einen aussichtsreichen vorderen Platz auf der Liste, folglich konnte keine einzige einen Sitz im neuen Parlament erringen.

In ihrer Ausgabe vom 24. Januar 1919 bedauert die «Freie Stimme», dass es nicht gelang, aus Baden eine Frau in den Reichstag zu schicken. Bei der Wahl zur deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 wurden von 300 Kandidatinnen 37 gewählt, das entsprach 8,7%. Die Mitgliederzahl in der deutschen Nationalversammlung betrug 423. Der Anteil an Frauen ging während der Weimarer Republik noch etwas zurück auf ungefähr 6%. Zum Vergleich: Im Bundestag beträgt die Frauenquote 2018 31%, im Landtag von Baden-Württemberg aktuell 25,9%. Die Wahlbeteiligung bei den Frauen lag bei den Wahlen am 19. Januar 1919 bei 82,3%.

Mit den bürgerlich-konservativen Parteien wählten die Frauen gerade die Parteien, die ihnen lange Zeit das Wahlrecht verwehrt hatten. Die SPD konnte nicht davon profitieren, dass sie die Frauen in ihren Forderungen unterstützt hatte. Woran lag es, dass nur wenige Frauen dieser Partei ihre Stimme gaben? Offenbar hatte die massive Wahlwerbung des Zentrums Früchte getragen, wie die «Singener Nachrichten» am 21. Januar 1919 bemerkten: «Das Zentrum hat diesmal wiederum eine Steigerung seiner Stimmen zu verzeichnen, die für das ganze Land etwa 4'000 beträgt. Diese sind zum grössten Teil wohl Frauenstimmen. Wenn man die Mittel kennt, mit denen die geborenen Zentrumsagitatoren in den letzten Tagen unter den Frauen gearbeitet haben, so ist der erzielte Erfolg sehr wohl zu verstehen.» Dazu kommt die religiöse Bindung: Die Rolle der christlichen Religion, vor allem der katholischen, darf nicht unterschätzt werden. Während der Weimarer Republik waren die christlich-konservativen Parteien diejenigen, die sich vor allem der Wählergunst der Frauen erfreuen konnten.

Das Jahr 1919 forderte die Wählerinnen und Wähler in besonderem Masse, im Mai und Juni hiess es schon wieder zur Wahlurne zu gehen, die Wahlen auf kommunaler Ebene standen an. Ein Blick auf die Städte Stockach, Radolfzell und Singen soll zeigen, ob es Frauen gelang, in Gemeinderat und Bürgerausschuss¹⁷ einzuziehen. Im neuen Gemeinderat von Stockach war keine Frau vertreten, lediglich im Bürgerausschuss sassen nun fünf Frauen: Luise Thomas (Frau eines Schmiedemeisters) und Maria Schmid (Fabrikarbeiterin) für das Zentrum, Berta Messmer und Paula Baumgartner (Ehefrau des Oberamtsrichters) für die DDP sowie Helene Struckat (Frau eines Formers) für die SPD.

Nicht viel besser war die Lage in Singen. Mit einem Aufruf in den «Singener Nachrichten» vom 21. Mai 1919 versuchte die DDP die Frauen davon zu überzeugen, sich kommunalpolitisch zu betätigen und sich zur Wahl aufstellen zu lassen. «Viel hängt von unseren Frauen ab. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, in welch weitem Mass wir die

17 Der Bürgerausschuss ist ein Kontrollorgan der Gemeinde, das u.a. die Gemeinderatsbeschlüsse bestätigt. Die Mitglieder werden auch als Gemeindeverordnete bezeichnet.



Emma Sanner (links) wurde 1919 als eine von sieben Frauen in den 60-köpfigen Singener Bürgerausschuss gewählt, Emilie Schneider (rechts) war die erste Frau im Hegau, die ein Gemeinderatsmandat erhielt – sie gehörte dem Radolfzeller Gemeinderat von 1919-1926 an. (Fotos: Privatbesitz)

Vertretung der Frauen im Stadtparlament wünschen. Hier ist das Hauptbetätigungsfeld der politisch mündig gewordenen Frau und wir dürfen daran erinnern, dass die demokratische Partei es gewesen ist, die schon wiederholt den Versuch gemacht hat, der Frau mindestens das Gemeindewahlrecht zu sichern. Darum erwarten wir von den Frauen in erster Linie, dass sie das Recht, das ihnen gegeben ist, als Pflicht betrachten und sich den Einfluss in der Gemeinde zu sichern suchen, den wir ihnen gesichert wissen wollen.»

Auf den Vorschlagslisten standen nur wenige Frauen, und der beste Platz, den eine Frau erhielt, war Platz sieben bei der Unabhängigen Sozialistischen Partei. Immerhin wurden sieben Frauen in den 60-köpfigen Bürgerausschuss gewählt: für die DDP Elsbeth Humpert (Ehefrau) und Erna Krämer (Ehefrau), für das Zentrum Johanna Nolle (Ehefrau), Luise Allweiler (Ehefrau) und Herta Greiser (privat), für die SPD Anna Kramer (Ehefrau) und Emma Sanner (Ehefrau).¹⁸ Bei den Gemeinderatswahlen im Juni schaffte es keine einzige Frau, einen Platz auf der Liste der Parteien zu erhalten. Folglich gab es auch keine Frau im Gemeinderat von Singen, einer Stadt, in der aufgrund der vielen grossen Industriebetriebe eine breite Arbeiterschicht vorhanden war.

18 Ausführlich zu Emma Sanner: Peter, Klaus Michael: Waisenmädchen, Dienstmädchen, Wanderarbeiterin, Mitbegründerin von Arbeitervereinen – Der Lebensweg von Emma Sanner, geb. Otto. In: HEGAU 66, 2009, S. 203-216

In Radolfzell gab es auf den Vorschlagslisten zum Bürgerausschuss 21 Kandidatinnen, von den 60 Mitgliedern des Gremiums waren dann vier weiblich: Ida Koch (Arbeiterin) für das Zentrum, Emilie Schneider und Maria Frey für die SPD sowie Sofie Böhler für die DDP. Bei der Gemeinderatswahl am 3. Juni konnte Emilie Schneider als einzige Frau einen Sitz im Rat erringen. Die SPD hatte als einzige Partei eine Frau auf der Kandidatenliste, und Emilie Schneider war die erste Frau im Hegau, die ein Gemeinderatsmandat erhielt.¹⁹ Sie arbeitete bei der Firma Schiesser und gehörte bis 1926 dem Radolfzeller Gemeinderat an.²⁰

Die «Freie Stimme» kommentiert in ihrer Ausgabe vom 4. Juni 1919 das Wahlergebnis: «Äusserlich zeigt der neue Gemeinderat zur Hälfte ein neues Gesicht, indem eine Frau und fünf neue Männer in das Kollegium eintreten.» Einen Tag später war zu lesen: «Die Gemeinderatswahlen sind getätigt, Bürgerausschuss und Gemeinderat haben ein gegen früher stark verändertes Aussehen erhalten. In beiden Kollegien sind Frauen eingezogen und diese werden den Nachweis erbringen, dass ihre öffentliche Betätigung für die Allgemeinheit von grossem Werte ist.» Offenbar mussten die Frauen erst noch unter Beweis stellen, dass ihre neue Aufgabe den Mitbürgern überhaupt von Nutzen ist. Bei den Männern ging man wohl selbstverständlich davon aus, so der Tenor des Artikels.

Die hohe Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum badischen Landtag und zum Reichstag war bei den Kommunalwahlen nicht mehr vorhanden. Etwa 60% der Wahlberechtigten übten ihr Stimmrecht aus, die Begeisterung zu Beginn des Jahres hatte nachgelassen.

In einer Zeit des politischen und gesellschaftlichen Umbruchs, der Instabilität, der grössten Not und schwerwiegender sozialer Probleme gewährte man Frauen das Wahlrecht. Man hatte erkannt, dass ohne sie der Neuanfang nicht gelingen konnte, man brauchte sie und konnte ihnen deswegen nicht länger die Möglichkeit vorenthalten, politisch aktiv zu sein. Die Frauen machten, wie gezeigt, von ihrem aktiven Wahlrecht regen Gebrauch, weniger gut war es jedoch um das passive Wahlrecht bestellt. Verhinderten die Männer, dass sie auf aussichtsreiche Listenplätze der Parteien kamen? Waren die Frauen nicht bereit und motiviert, sich wählen zu lassen und sich aktiv einzubringen?

Es gibt keine einfache Antwort darauf, bestimmt gab es Männer, die den Frauen ihre neuen Rechte nicht zugestehen wollten, aber man darf auch nicht vergessen, in welcher schwieriger Situation sich viele Frauen 1918/19 befanden. Die Männer waren im Krieg gefallen, die Frauen waren nun allein verantwortlich für Kinder, für die Landwirtschaft oder den Handwerksbetrieb. Sie mussten das Überleben der Familie sichern, und da blieben kaum Zeit und Kraft für politisches Engagement auf kommunaler Ebene.

19 Nach den jetzigen Erkenntnissen, nicht berücksichtigt ist die Stadt Konstanz.

20 Ausführlich zu Emilie Schneider bei Stadler, Christof: Erfra(e)ulich – Frauen in der Radolfzeller Stadtgeschichte. In: HEGAU 67, 2010, S. 5-40, hier S. 66 ff.

«Für ein völkisches Deutschland der soldatischen Auffassung» – Wie Archivalien Allensbach und seinen Bürgermeister Josef Mayer (1933-1945) darstellen

Von Marie-Elisabeth Rehn, Konstanz

Mit dem alljährlichen Flohmarkt in Konstanz fing alles an. Mein Zürcher Doktorvater, der Volkskundler Paul Hugger,¹ erwarb dort in den achtziger Jahren mehrere Schachteln voller Glasnegative, die er später aus Platzgründen der Schweizerischen Nationalbibliothek in Bern überliess. Dort fand ich auf seinen Rat hin in einer Sammlung, die vom Konstanzer Fotografen Joseph Fischer stammt, die Studioaufnahme eines SA-Mannes, der – mit allem Zierrat versehen, den der Nationalsozialismus für seine Anhänger vorsah – ernst und mit einer Spur von Misstrauen in die Kamera blickt.² Auf dem Negativrand ist der Name des Mannes notiert «Josef Mayer». Das Foto muss nach dem Beschriftungssystem des Ateliers Fischer 1937 entstanden sein. Erst der Konstanzer Historiker Lothar Burchardt konnte auf Anhieb diesen Josef Mayer als einstigen Allensbacher Bürgermeister identifizieren. Er resümiert über Josef Mayer: « [Er] bekleidete das Bürgermeisteramt bis zum Einmarsch der Franzosen mit Augenmass.»³

Zwei Routineanfragen erfolgten: Das Berlin Document Center konnte eine SA-Akte von Josef Mayer bieten,⁴ das Archiv des französischen Aussenministeriums in La Courneuve bei Paris schickte die Entnazifizierungsakte aus der Zeit der französischen Besetzung.⁵ Der Allensbacher Ortshistoriker Stefan Egenhofer von der Arbeitsgemeinschaft Allensbach (AGA) lieferte die Information, dass Josef Mayer Schüler am Jesuitengymnasium Stella Matutina in Feldkirch und am Heinrich-Suso-Gymnasium in Konstanz war.⁶ Unter ihm als

- 1 Paul Hugger (1930-2016) war Ordinarius für Volkskunde an der Universität Zürich. Mit Blick auf die Populärkultur der Städte und der Arbeiterschaft gab der leidenschaftliche Sammler in der Schriftenreihe «Das volkskundliche Taschenbuch» Tagebücher, Briefe und andere unveröffentlichte Originalzeugnisse heraus.
- 2 Bern, Schweizerische Nationalbibliothek (SchNB), Sammlung Paul Hugger, EAD-Hugg-712
- 3 Burchardt, Lothar: Die Zwischenkriegszeit. In: Egenhofer, Stefan Jos.; Kramer, Wolfgang; Welschinger, Richard (Hg.): Allensbach am Bodensee. Die Geschichte der Gemeinde von den Anfängen bis heute, Allensbach 2010, S. 123-164, hier S. 126 und 147
- 4 Bundesarchiv, Berlin Document Center (BDC), SA R 9361 III 568744
- 5 La Courneuve, Centre des Archives diplomatiques du ministère des Affaires étrangères, Archives de l'occupation française en Allemagne et en Autriche (CAA) BADE1595, 1BAD786 Entnazifizierungsakte Josef Mayer

Bürgermeister, so Egenhofer, wurde Allensbach zum «Musterdorf» und der Tourismus begann zu florieren. Josef Mayer gehörte als begeisterter Heimatkundler nach dem Krieg zum Gründerkreis der AGA. Und last not least fanden sich im Generallandesarchiv in Karlsruhe die Personalakten des Leutnants der Reserve Josef Mayer aus dem Ersten Weltkrieg.⁷

Es sei hier gleich vorausgeschickt: Josef Mayer war zwar «Alter Kämpfer» und trat am 1. März 1930 mit der Mitgliedsnummer 208628 in die NSDAP ein.⁸ Der Eintritt in die SA erfolgte am 1. September 1931. Die SA diente als schlagbereiter Saalschutz und übernahm ab 1933 Aufgaben der Hilfspolizei. Das Foto zeigt Josef Mayer als Sturmbannführer, also den Befehlshaber von etwa 400 Mann. Der Allensbacher hat jedoch während des «Dritten Reichs» keiner im Sinne des Nürnberger Tribunals «verbrecherischen Organisation» – wie etwa die SS – angehört und die Mitglieder der Spruchkammer stuften ihn 1948 als «minderbelastet» ein.

Der Weg zum «Einjährig-Freiwilligen»

Josef Mayer wurde als Sohn von Josef Mayer, der in Allensbach als Kaufmann und Halter der Poststelle tätig war, und Maria, geb. Weltin, am 9. Dezember 1886 geboren. Die Familie der Mutter lässt sich «an Hand der Ortschronik bis zum Jahre 1500 nachweisen» und stellt seit 1800 sechs Bürgermeister der Gemeinde.⁹

Laut Schülerverzeichnis besuchte Josef Mayer von 1897 bis 1902 die erste bis vierte Klasse der Deutschen Abteilung des Jesuitengymnasiums «Stella Matutina» in Feldkirch. Er war im 2. Pensionat (Bürgerliche) untergebracht.¹⁰ Hier wird der Schüler von der internationalen Atmosphäre des Gymnasiums profitiert haben, das gegen Ende des 19. Jahrhunderts seine Blütezeit erlebte. Ein ehemaliger Schüler beschreibt seine Erinnerungen an die Schule so: «Die Erziehungsmethode von damals? Lebendiger Verkehr mit Gott, vertrauensvolle Stellung zu Lehrern und Erziehern, kameradschaftliche Nivellierung und Abschleifung untereinander [...]. Duckmäusertum und Eitelkeiten fanden kein Daheim. Alles war Aufforderung zur Tat.»¹¹

Ein Weltkriegsteilnehmer beschreibt rückblickend die Rolle der Schule für den Frontsoldaten: «Ich weiss, was man mir in Feldkirch gegeben; denn in den schwersten Stunden war ich ruhig. Die geradezu furchtbaren Anstrengungen in Wasser, Schnee und Schlamm habe ich wie nichts überstanden, der Körper war abgehärtet und gewöhnt: ein glänzender Erfolg der Feldkircher körperlichen Erziehung. Tiefen Dank der Anstalt und ihren Lehrern.»¹²

6 Gespräch mit Stefan Jos. Egenhofer vom 17.1.2018; Heinrich-Suso-Gymnasium Konstanz. Schülerverzeichnis

7 Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA KA), 456 No.7793 Personalakten des Leutnants der Reserve Josef Mayer 8 BDC, R 9361 III 568744

9 CAA, 1BAD786, Bl. 89

10 Stella Matutina (Hg.): Verzeichnis der Zöglinge der Stella Matutina 1856-1906 [...]. Einsiedeln 1906

11 Stella Matutina (Hg.): 75 Jahre Stella Matutina. Festschrift Band III: Stellazeiten und Stellaleben geschildert von Zöglingen. Feldkirch 1931. S. 198

12 Stalla Matutina, a. a. O. 1931, S. 292

Von Drill und Übungen in unbedingtem Gehorsam ist in diesen Rückblicken nie die Rede. Trotzdem wird das Internatsleben für den späteren Soldaten Mayer eine gute Vorübung in Sachen Männerkameradschaft und Gewöhnung an den beengten Kasernenalltag geboten haben. Die Verbindung zu den Klassenkameraden in Feldkirch blieb jahrzehntelang erhalten. Gerne bestätigte einer der anderen Zöglinge, Georg Locher, einstiger Abgeordneter im Württembergischen Landtag aus Tettngang, dass er mit Josef Mayer zusammen ab 1912 einem Verein der ehemaligen Stellaner am Bodensee angehört hätte. Josef Mayer wurde zum Schriftführer gemacht, eine Rolle, die er später gerne in anderen Vereinen ebenfalls übernahm. Der Allensbacher hätte Jahr für Jahr die Treffen der Ehemaligen besucht, bis zur Auflösung des Gymnasiums im Jahr 1938.¹³

Da es nicht möglich war, das Feldkircher Gymnasium mit dem deutschen Abitur abzuschliessen, wechselte der Allensbacher auf das Heinrich-Suso-Gymnasium in Konstanz, das er nach Abschluss der Obersekunda mit 18 Jahren verliess. Die folgenden zwei Jahre verbrachte er für eine Ausbildung zum Kaufmann in München. Nach seiner Rückkehr nach Allensbach wurde er am 27. Februar 1915 als kriegsfreiwilliger unausgebildeter Landsturmmann eingezogen. Das vermutlich nicht unbeabsichtigte Ende der Schulzeit mit der Obersekunda machte Josef Mayer zum «Einjährig-Freiwilligen»:¹⁴ Laut Personalakte¹⁵ erfolgte nach kurzer Ausbildung die Beförderung zum Reserveoffizier am 21. September 1916, nachdem umständlich festgestellt worden war, dass der Vater in Allensbach über die finanziellen Mittel zur Ausrüstung des angehenden Offiziers verfügte.¹⁶

Als MG-Schütze, Zugführer und schliesslich Kompanieführer kam es zu mitgemachten Gefechten an der Ostfront, hauptsächlich bei Dünaburg, wo am 17. Dezember 1917 ab mittags 12 Uhr zur Waffenruhe mit anschliessendem Waffenstillstand aufgerufen wurde. Die Folgezeit bis zur Demobilisierung verbrachte Josef Mayer im Krankenstand. Rheumatische Beschwerden machten ihm zu schaffen. Am 4. September 1916 war ihm das Eiserner Kreuz II. Klasse verliehen worden. Auf der Studioaufnahme in der Uniform des SA-Sturmbannführers trägt er es zusammen mit der Hessischen Tapferkeitsmedaille und dem Frontkämpferehrenkreuz.

Nach der Demobilisierung wurde geheiratet. Josef Mayer ging mit der Estin Erika Silbernagel in Stettin am 15. November 1919 den Bund der Ehe ein.¹⁷ Erika Mayer wird in den späteren Selbstdarstellungen des Allensbachers nur selten eine Rolle spielen. In einer Verteidigungsschrift im Rahmen des Entnazifizierungsverfahrens heisst es ganz nebenbei: «Arbeit für die Gesamtheit und Rücksichtnahme auf mein Amt sind daran Schuld, dass ich mich der Familie und dem Geschäft nicht mehr so widmen konnte, wie ich es im eigenen

13 CAA, 1BAD786, Bl. 23, siehe auch Stella Matutina, a. a. O. 1931, S. 284

14 Wette, Wolfram: Militarismus in Deutschland. Geschichte einer kriegerischen Kultur. Frankfurt (Main) 2008, S. 60-64

15 GLA KA, 456 No. 7793

16 Nach Wette, a. a. O. 2008, S. 61, zwischen 2'000 und 3'000 RM

17 CAA, 1BAD786, Bl. 73

Interesse nach der inzwischen gesammelten trüben Erfahrungen[!] besser hätte tun sollen». ¹⁸

Die «Annalen» der Allensbacher NSDAP von 1919 bis 1943

Für die Dokumentation der Jahre von 1919 bis Ende 1943 liegt eine ganz besondere Quelle vor. Sie befindet sich mitten im Wust der Entnazifizierungsakte. ¹⁹ Als sich angesichts der Entlassung Josef Mayers im Jahr 1946 ein Sturm der Empörung erhob, sichtete Franz Waldemar Kirchheimer für die Kommission in Konstanz die Korrespondenz Josef Mayers, fand dabei die von Mayer verfassten «Annalen der NSDAP in Allensbach» und resümierte nach der Lektüre: «Demnach erscheint mir Mayer als ein überaus gefährlicher Nazi, der seine Verbindungen zu höchsten Funktionären hatte». ²⁰ In der Akte befindet sich eine Bestätigung Josef Mayers, den Bericht über die «Kampfzeit» in Allensbach ab 1919 selbst verfasst zu haben. ²¹

Die «Annalen» liegen in der Akte nur in einer eiligen und holprigen französischen Übersetzung vor und mussten für die vorliegende Arbeit ins Deutsche zurückübersetzt werden. Man muss im Auge behalten, dass sich so Fehler in die Darstellung der Ereignisse eingeschlichen haben, zumindest, was die Wortwahl angeht. Es wird zudem nicht deutlich, aus welcher Perspektive dieser Rückblick auf die Geschichte der NSDAP erfolgte. Man kann nur mutmassen, dass es sich um Jahresrückblicke handelt, die entstanden, indem der Bürgermeister und Parteiangehörige die Eintragungen in seinem Terminkalender sichtete. Möglicherweise entstanden die Berichte über die 1920er Jahre erst nach der «Machtergreifung» 1933, worauf ein kunstvoll aufgebauter erzählerischer Spannungsbogen hinweist. Es muss nicht nachdrücklich darauf hingewiesen werden, dass der Chronist grossen Wert darauf legte, seine Rolle für die Entwicklung des Dorfes und seine Stellung innerhalb der lokalen Parteiprominenz ins Zentrum seiner Erzählung zu setzen.

«Kurz vor Weihnachten 1918 kam ich von der Front zurück; ich war Leutnant in einer Maschinengewehrschützenkompanie. Während der Reise von Memel nach Giessen, d.h. quer durch ganz Deutschland, hatte ich schon mehr als genug von der Freiheit gesehen, als mir recht war, dass ich mir immer wieder sagte, angewidert von dem allen: ‚Ist dies das Deutschland, für das wir vier Jahre lang gegen die ganze Welt gekämpft haben, auf allen Schlachtfeldern, und für das so viele unserer Kameraden ihr Leben gelassen haben?‘ Ein einziger Gedanke beherrschte mich: Ein deutscher Soldat, der die Ehre liebt, kann und darf sich niemals mit einem System abfinden, das von Fremden aufgezwungen wurde. Aber fürs Erste hatte es den Anschein, dass alle guten Geister das Deutsche Volk verlassen hatten, denn sogar in den Kreisen der Korps der alten Offiziere gab es nicht wenige, die sich mit der Realität abfanden und die ihre ehrwürdigen Ideen über Bord geworfen hatten. In unserer

18 CAA, 1BAD786, Bl. 2

19 CAA, 1BAD786, Bl. 39-58

20 CAA, 1BAD786, Bl. 60

21 CAA, 1BAD786, Bl. 107



Seine SA-Uniform war Josef Mayer wichtig. Sowohl seine Beförderung zum Sturmführer (oben) als auch sein Aufstieg in den Rang des Sturmbannführers (unten) liess er im Atelier des Konstanzer Fotografen Josef Fischer ablichten. (Bern, Schweizerische Nationalbibliothek, Sammlung Paul Hugger)

Gegend vereinigte sich die rote Meute brüderlich mit der schwarzen Internationale und wurden immer frecher.»

Mit diesen Gemeinplätzen beginnt die Schilderung der Jahre nach dem Ersten Weltkrieg. Es erzählt ein Soldat, der mit den Möglichkeiten der gerade entstandenen Republik nicht einverstanden ist und für den die Ordnung des Kaiserreichs durch die Soldatenräte auf den Kopf gestellt worden war. Durch den Friedensvertrag von Versailles war das Heer auf eine Höchststärke von 100'000 Mann beschränkt worden, die allgemeine Wehrpflicht wurde verboten. Unruhen in Berlin führten 1919 dazu, dass zu ihrer Bekämpfung Minister Gustav Noske zur Bildung von Freiwilligenformationen, sogenannten «Freikorps», aufrief, die sich aus «jungen, vom mehrjährigen Frontdienst geprägten Offizieren und Unteroffizieren [rekrutierten], die ausser dem Kriegshandwerk bislang nichts gelernt hatten und die sich nun sträubten, die Uniform auszuziehen». Die Freikorps ermordeten in den Folgejahren mehr als 300 Deutsche, die aus ihrer Sicht den «inneren Feind» ausmachten.²²

In der Provinz entstanden Selbstschutz-Organisationen, die sich nach dem Freikorps-Muster gegen politisch Andersdenkende richteten. Der Allensbacher trat in die Organisation Escherich ein, betätigte sich in der Einwohnerwehr des Konstanzers Alfred Lütz und war aktiv im Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, so seine SA Personalakte.²³ Josef Mayer selbst reduziert in den «Annalen» den Beginn seiner Aktivitäten auf eine geheimnisumwitterte Begegnung im Jahr 1921. Ein Klassenkamerad aus Radolfzell suchte den Allensbacher in Begleitung eines Unbekannten auf und, nachdem man sich vorsichtig beschnuppert hatte, trug der Besucher sein Anliegen vor: Es sollte um den Kampf gegen das von den Siegermächten aufgezwungene Regime gehen und um daraus folgende «militärische Aufgaben».

«Ich musste nicht lange überlegen. Ich nahm an und ich freue mich noch heute darüber, dass ich auf meinen Soldateninstinkt gehört habe und mich um keinen bürgerlich geprägten Hinderungsgrund gekümmert habe. Meine Familie hatte alle möglichen Bedenken, aber die Zukunft zeigte dann, dass es hierfür keinen Grund gab.» Drei Allensbacher fuhren also zur als Ärzte-Tagung getarnten Gründungsversammlung im «Grünen Baum» in Moos, wo man sich überlegte, wie Waffen zu beschaffen und weitere Mitkämpfer, die keine «Partisanen, sondern gestandene Männer» sein sollten, zu rekrutieren sind. Gegen Mitternacht kehrten die frischgebackenen Freischärler mit dem Fahrrad nach Allensbach zurück – ganz subversiv ohne Licht.

Nach abendfüllender «Detailarbeit» konnten fünf brauchbare Allensbacher rekrutiert werden. Im Sommer luden die Fünf beim Sägewerk Bauer in Wollmatingen Kisten mit Waffen aus «unbekannter Quelle» auf den Strohwagen von Albert Keller. Die Kisten wurden im Abstellraum des Hauses von Josef Mayer versteckt und beim Auspacken zeigte sich, dass es sich um 30 Gewehre und Karabiner, ein schweres und ein leichtes 08/15-Maschinengewehr handelte und eine Menge Munition.

22 Wette, a. a. O. 2008, S. 138 ff.

23 BDC, SA R 9361 III 568744, Bl. 42

Ehefrau und Schwester halfen unter dem «Expertenblick» von Mayer beim Reinigen und Einfetten. Eine weitere Waffenlieferung wurde ohne dessen Wissen im Sommerhaus des demokratischen Exministers Dietrich versteckt. «Jetzt begann das wirkliche Training. Die theoretische Unterweisung beinhaltete Kurse im Kriegsspiel, das Kartenlesen etc. Die Geländeübungen wurden in der Regel nachts abgehalten und vor allem während der Urlaubszeit. Ich selbst führte die 3. Abteilung der 3. Kompanie des Freikorps Bodensee an.»

Zu bürgerkriegsähnlichen Kämpfen scheint es in Allensbach nicht gekommen zu sein. Man beschränkte sich darauf, einander zu beschimpfen, und es flogen Steine: «Es brauchte nicht lange, bis unsere Gegner bemerkten, dass wir anderer Meinung waren. Die Überwachung begann und die Nachtwachen beobachteten unser Kommen und Gehen. Gelegentlich kam es zu heftigen Wortwechseln und mehrere Male hat man uns mit Steinen beworfen. Aber die Schweine waren zu lasch, um uns Mann gegen Mann anzugreifen.»

Inzwischen war die Zahl der Allensbacher Mitglieder im Freikorps Bodensee auf 18 gestiegen. Ein Kleinkaliber-Schiessklub, den Josef Mayer gründete, sollte das «Training jener Kameraden perfektionieren, die nicht gedient» hatten. Dessen Vorsitzender war «schwarz wie ein Rabe» und «systemtreu», aber bereit, gegen «Schwarz-Rot-Gold und den Pazifismus» vorzugehen. Laut Josef Mayer stimmten bereits im Jahr 1924 seine 18 Kampfgenossen in Allensbach für die Nationalsozialisten. Ihnen standen 116 Stimmen für die Deutschnationalen gegenüber. Die Stimmen für das Zentrum erwähnte er gar nicht.

«Im Januar 1927 übernahm ich das Kommando des gesamten Freikorps Bodensee (Bataillonsstärke) mit drei Kompanien. Mein Gebiet umfasste die gesamte Bodenseeregion bis zur Donau im Norden, die Grenze zu Württemberg im Osten und eine Linie von Tuttlingen bis Bietlingen [vermutlich: Bietingen bei Gottmadingen] im Westen. Im September wurde ich zu einem Manöver von 8 Tagen aufgerufen. Das Areal für das Manöver lag zwischen Freudensstadt und Wildbad, hauptsächlich im Nagold-Tal. Während dieses Manövers, an dem auch Karl Baumann teilnahm, lernte ich den amtierenden Kultusminister Dr. Wacker kennen, der als Schiedsrichter fungierte. Wir kampierten [...] mitten im Wald in selbstgebauten Hütten aus Zweigen und Moos. Gekocht wurde auf der Gulaschkanone. Wir machten stramme Märsche von 35 bis 40 Kilometern in schwierigem Gelände.»

Laut Mayer endete das fröhliche Freikorpsstreiben im Januar 1929. Die «verjudeten Steuerhebel» der Republik hatten dafür gesorgt, dass sich unter dem Deckmantel der Freikorps keine Nationalsozialisten mehr verstecken durften. Auf einer Zusammenkunft in Konstanz besprach man, wie man am besten die Akten verschwinden lassen könnte. Erich Damm, der Namensgeber des Freikorps, war anwesend, verlas das Dekret der Auflösung und berichtete von seinen Plänen, als Landwirt nach Südamerika auszuwandern. Wenige Wochen später kam es im Scheffelhof in Radolfzell zu einem Abschiedessen für ihn. Josef Mayer ergriff das Wort und erklärte, «dass jetzt jeder Freikorpsmann, der etwas wert war, seine Tarnung abwerfen und sofort Mitglied der NSDAP werden sollte».

Elf Allensbacher folgten diesem Aufruf sofort. Sie wurden provisorisch in die Ortsgruppe der Konstanzer NSDAP aufgenommen: «Unter den alten Militärs in der Partei herrschte grosse Freude über den neuen Beitrag aus dem Freikorpslager. « Zum Bedauern Josef Mayer erreichte die Zahl der NSDAP-Mitglieder in Allensbach erst im Sommer 1930 die erforderlichen 20 Mitglieder für die Gründung einer Allensbacher Ortsgruppe.

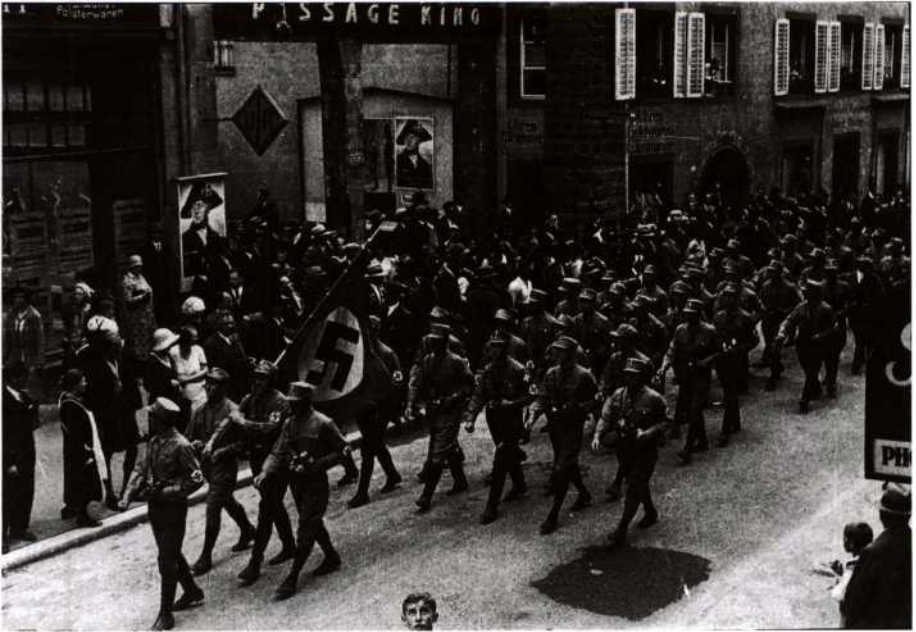
Es fiel sogar der NSDAP-Kreisleitung auf, dass sich Josef Mayer nicht für Ämter innerhalb der Partei interessierte, sondern sich mit aller Energie auf seine Führerrolle in der SA konzentrierte: «Trotz dem Widerspruch der politischen Leitung trat er in die SA über, da er dort ein militärisches Gebiet zu beackern fand, das ihm mehr am Herzen lag.»²⁴ Trotzdem hielt er bei der Allensbacher Parteilarbeit die Fäden in der Hand. Nach seinen Angaben sorgte er dafür, dass der erste Ortsgruppenleiter Adolf Egenhofer hiess: «Weil ich zu der Zeit mit dem Aufbau der SA beschäftigt war, konnte ich die Funktion des Ortsgruppenleiters nicht annehmen. Auf meinen Vorschlag hin wurde der Maurer Egenhofer zum Ortsgruppenleiter ernannt. Und ich übernahm den Schriftführerposten, da Egenhofer dazu nicht in der Lage war. Ich wählte Egenhofer auch noch aus einem anderen Grund: Während der vergangenen Jahre hatten alle meine Feinde, gleich welcher politischen Richtung, mir vorgeworfen, ich sei Reserveoffizier und würde deswegen die Arbeiter provozieren. Egenhofer als Handwerker, das war ein grossartiger Kumpel, den die Masse einfacher schlucken würde.»

Ein kleiner Nebenkriegsschauplatz war Anfang der 1930er Jahre der Versuch der Umwandlung des Dorffanfarezugs in einen Fanfarenzug der SA. Die «Ewiggestrigen» verweigerten dies und «mehr als ein Instrument trug glorreiche Narben der Steine, die entnervte Rote geworfen hatten,» so die «Annalen».

Erstmals wurden im Jahr 1930 zwei Nationalsozialisten in den fünfköpfigen Gemeinderat gewählt. Natürlich hielt sich Josef Mayer bei der Aufstellung der Liste wieder im Hintergrund: «Auf meinen Vorschlag hin stand Konrad Mahlbacher an der Spitze der Liste, zusammen mit Adolf Egenhofer. Unsere Kandidaten wurden gewählt – wir waren genauso erstaunt wie unsere Gegner.»

In seiner Chronik berichtete Josef Mayer nicht über die verschiedenen Wahlen der Folgejahre. Stolz resümierte er für die Zeit ab 1930: «Ich erspare mir die Details. Ich möchte einfach nur bemerken, dass meine Leser gut realisieren sollten, dass Allensbach, dieses kleine Dorf am Rande des Sees in Oberbaden, jedesmal vorneweg marschierte, wenn der Führer einen Aufruf machte, und dass unsere Männer in jedem Moment gegen einen Gegner kämpften, der mit Geld und überragenden Mitteln versehen war, und dass unser Kampf erfolglos erschien. In diesen Jahren wurde eine Kameradschaft geschmiedet, die sich mit der an der Front vergleichen lässt und die uns alles ertragen liess, was unsere Gegner anging.»

Der 30. Januar 1933, der Tag, an dem Adolf Hitler von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt wurde, wurde in Allensbach zum Festtag. Es fand ein Fackelzug durchs Dorf statt,



Die SA – auch Josef Mayer und seine Männer aus Allensbach – marschiert am Tage der Reichstagswahl am 5. März 1933 triumphierend durch Konstanz zum Bezirksamtsgebäude. (Kreisarchiv Konstanz, Bildsammlung Z9, NS-Album)

der zum Wasserturm am Höhrenberg führte, wo man am Lagerfeuer, «das bis in die Schweiz und die Berge des Hegau leuchtete», feierte. Anschliessend wurde im Gemeinderat der Vorschlag gemacht, den Wasserturm mit einem eisernen Hakenkreuz zu versehen und in «Hitlerhöhe» umzubenennen und den Gauleiter von Baden, Robert Wagner, zum Ehrenbürger der Gemeinde zu machen.

Auf den 30. Januar folgten schwere Einschränkungen der Presse- und Versammlungsfreiheit, dann der Reichstagsbrand. Die Bestätigung Hitlers durch die Wahl am 5. März 1933 feierten die Allensbacher in Konstanz mit: «Die Waffen kommen aus ihren Verstecken, und zum Klang des Horst Wessel Liedes fahren wir nach Konstanz – Radioübertragung der Feier in Karlsruhe – Marsch zum Bezirksamt, den ich befehle, der Sturmbannführer ist krank – Vor meinen 3-400 Mann marschieren wir im Triumph quer durch die Stadt bis zum Bezirksamt, das von der Menge gestürmt wird – Keinerlei Widerstand – Unter den mittleren und hohen Funktionären, die ein paar Tage zuvor mit Leichtigkeit einen SA-Mann zum Frühstück gefressen hätten, rührte sich keiner. Alle hatten sich mit der Wirklichkeit abgefunden und leckten uns die Stiefel. Auf mein Kommando ‚Zur Flaggenhissung stillgestanden!‘ entfaltete sich in der obersten Etage ganz frei und ganz oben das Hakenkreuz.»

Am 7. Mai besuchte Robert Wagner Allensbach, der Gauleiter, der 1940 mit der Deportation der badischen und pfälzischen Juden nach Gurs den ersten Probelauf für die späteren Züge nach Auschwitz organisieren wird. «So, Mayer, jetzt wärs so weit», begrüsst Wagner öffentlich den Allensbacher und «die gesamte Bevölkerung freute sich über den Besuch des Helden, der 1926 zum ersten Mal vor einem Publikum von sieben Personen im Restaurant Engel öffentlich die Grundsätze der Partei vortrug».

Bürgermeister des nationalsozialistischen «Musterdorfs»

Am 23. September 1933 wurde Josef Mayer Bürgermeister von Allensbach. Der bisherige Bürgermeister Keller war – so die Wortwahl Mayers – im Juni entlassen worden. Die NSDAP-Kreisleitung war involviert und der Innenminister ordnete eine Wahl des Kandidaten durch den Gemeinderat an. SA und Kreisleitung, so die Zusammenfassung in den «Annalen», mischten sich ein und «zum Abschluss hiess es: Mayer soll den Bürgermeisterposten annehmen». Ein auf drei Mitglieder reduzierter Gemeinderat (Adolf Egenhofer und Fritz Wagner waren abwesend) stimmte für den Kandidaten. Für den Reserveoffizier und SA-Mann Mayer war die Rolle des Bürgermeisters in seinem Heimatdorf die Krönung seiner Laufbahn.

«Punkt 8.30 Uhr zeigte der Gemeinderat Konrad Mahlbacher auf dem Fenster des Bürgermeisteramts der versammelten Menge das Ergebnis: Der Kaufmann und SA-Sturmführer Josef Mayer ist einstimmig von dem Gemeinderat zum Bürgermeister gewählt worden. Die Glocke im Hof des Bürgermeisteramts läutete und eine Kanone dröhnte über den See. Ich hörte das und für mich begann eine neue Ära der Arbeitsverantwortung. [Ich] akzeptierte die Wahl per Unterschrift – Versammlung aller Formationen und Vereine – Als

ich am Fenster erschien, erklang mein Lieblingsmarsch «Preussens Glorias unter dessen Klängen wir so oft ausrückten während der Kampfzeit [...]».

Stolz fasst der neue Allensbacher Bürgermeister in den «Annalen» seine Ziele zusammen: «Ihr habt als Bürgermeister keinen Diplomaten gewählt, sondern einen raubeinigen SA-Mann. Ich werde meine Pflichten so erfüllen, dass ich sie jeden Augenblick vor dem lieben Gott und meinem Führer rechtfertigen kann. Ich werde jeden Rat zur Kenntnis nehmen und erwägen, aber ich betone, dass ich es bin, der das letzte Wort hat.»

Hier zeigt sich, was später im Rahmen der Entnazifizierung immer wieder hervorgehoben wird: Josef Mayer ist ein «schwarzer Nazi», der sich nie gegen den «lieben Gott» und die katholische Kirche wenden wird.²⁵ Pfarrer Johann Fortenbacher ist deswegen mit Abstand der Anführer der Persilscheinschreiber in der Nachkriegszeit. Der neue Bürgermeister vergass nie seine katholischen Wurzeln und er war bei seinem Amtsantritt ausserdem so klug, die routinierte Rathausmannschaft nicht auszuwechseln, obwohl niemand im Rathaus der Partei angehörte.

Pünktlich begann der neue Bürgermeister sein Amt «am 25. September 1933 um 8 Uhr» im Allensbacher Rathaus. Im Telegrammstil, der typisch für die Allensbacher Chronisten werden wird,²⁶ schilderte der neue Hausherr das Programm für die nächsten Jahre, das zum Teil nicht ganz neu war, sondern seit den 1920er Jahren in der Schublade gelegen hatte: «Erledigung von Papierkram – der Gemeinsekretär Albert Schiess ist ein exzellenter Helfer – Erbschaft eines Schuldenbergs von 14'000 RM – Umwandlung des Dorfes in ein Touristenort – Projekt des Baues einer Badeanstalt [...] Gleichzeitig der Bau einer «romantischen Promenade» – Vergrösserung der Schule und Renovierung der Räume im Bürgermeisteramt.»

Am 10. Juni 1934 wurde das neue Strandbad eingeweiht. Der Innenminister war ange-reist. Inzwischen hatte man, was die Gestaltung von Feiern angeht, Routine: «Das Morgen-geläute und die Kanonenschläge reissen die Bewohner sehr früh aus den Betten. Um 9.30 Uhr sind die verschiedenen Formationen bereit. Punkt 10 Uhr erscheinen der Minister und sein Gefolge im Bürgermeisteramt – Ansprachen – Ehrentrunck aus einem Silberkelch.»

Die Organisation «Kraft durch Freude» (KdF) gehörte zur gleichgeschalteten Arbeit-nehmerorganisation der «Deutschen Arbeitsfront». Sie organisierte preisgünstige Erho-lungsreisen für Reisende mit schmalem Geldbeutel. Fünf Beherbergungsbetriebe und eine Reihe privater Vermieter begannen in Allensbach, dem malerischen Dorf am Bodensee, vom Fremdenverkehr zu profitieren, KdF-Verpflegungsgelder begannen zu fliessen. Im Jahr 1937 nahmen Gastwirte 31 159 RM ein, an Quartiersleute flossen 21282,75 RM.²⁷ 1934 kam der erste Zug mit 100 Urlaubern des KdF aus dem Rheinland in Allensbach an und

25 Beispielsweise CAA. 1BAD786, Bl. 23

26 Siehe Boltze, Julius: Allensbach Das Dorf am See. Ein Spiegel der Geschichte unseres Vaterlandes. Allensbach 1951; ders.: Altes und immer junges Allensbach am Bodensee. Landschaft Geschichte Volkskunde. Konstanz 1983

27 Boltze, a.a. 0.1983, S. 113

wurde «mit soviel Schwung wie Allensbacher überhaupt dazu fähig sind (Kanone, Fanfare, etc.)» empfangen. Mit der zügigen Bettenbelegung klappte es noch nicht so recht, aber Josef Mayer, der nicht nur Bürgermeister, sondern auch Vorsitzender im Tourismus-Verein war, hoffte darauf, dass bald Routine einkehren würde.

Das Jahr 1934 wurde für den Allensbacher Bürgermeister turbulent. Im Zuge der Gleichschaltung der diversen Gruppierungen aus der «Systemzeit» sollten die Mitglieder des «Stahlhelm» der SA einverleibt werden. Die SA, wie alle NS-Gliederungen, lebte von ihrer Hierarchie. Einzige Motivation für die Mitglieder war ein Aufstieg in einem militärisch geprägten Ranggefüge, in dem nicht Geld, sondern Orden und Abzeichen eine Rolle spielten. Der «Stahlhelm» hingegen war ein Sammelbecken für konservative ehemalige Frontsoldaten, die «Schwarzen», die sich mit dem revolutionär verbrämten «Sozialismus», den die NSDAP im Namen trug, zum Teil nicht abfinden wollten. SA-Sturmhauptführer Josef Mayer beobachtete mit Sorge, dass seine «Alten Kämpfer» aus der SA angesichts des Ansturms der mehr als doppelt so grossen Zahl von Stahlhelm-Angehörigen bei Beförderungen zu kurz kamen. Ausserdem befänden sich unter ihnen «eine ganze Anzahl bekannter Reaktionäre, die uns oftmals noch mehr zugesetzt hatten, wie [!] die KPD». Diese Einschätzung schickte Josef Mayer am 18. Juli direkt an die Oberste SA-Führung in München.²⁸

Diese Umgehung des Dienstweges wurde Sturmhauptführer Mayer Ende 1934 fast zum Verhängnis. Es kam zu einem SA-Sondergerichtsverfahren, bei dem die beteiligten SA-Führer unterschiedlicher Ränge einander vorsichtig bearbeiteten, um schliesslich als Hauptschuldigen Josef Mayer auszumachen. Die Stuttgarter urteilten: «Mayer macht den Eindruck eines nicht übermässig begabten Mannes, der mit ganzen Herzen der Bewegung anhängt, wahrscheinlich aber aus Verärgerung darüber, dass er nicht Standartenführer wurde, seinem Unmut durch die Beschwerdeschrift Luft machte.»²⁹ So war im Urteil vom 12. November 1934 die Rede von einem dauernden Ausschluss aus der SA.³⁰

Dieses Urteil rief Brigadesanitätsführer Dr. Montfort aus Radolfzell auf den Plan. In zwei Briefen schilderte er die Gefahren für die «Gesamtbewegung». «Es wäre ein Treppenzwisch, wenn unser bester Nationalsozialist und SA-Führer, der doch zugleich Bürgermeister von Allensbach ist, so in aller Öffentlichkeit blamiert und desavouiert dastehen müsste»: ³¹ «Was dann rote u. schwarze Gesellen in hartem Ringen nicht fertig brachten – an den Bankrott haben sie Mayer fast gebracht und sein Vater liegt als ihr Opfer unter der Erde – das bringst Du dann zum Ende, indem er von Dir zum Dank für seine 15jährige Tätigkeit für ein völkisches Deutschland der soldatischen Auffassung den Rest bekommt in Form des Ausschlusses aus der SA, ein Mann, der bisher nichts verbrochen hat, als dass er einer der eifrigsten, gewissenhaftesten und zuverlässigsten SA Kameraden war.»³²

28 BDC, SA R 9361 III 568744, Bl. 4-6

29 Ebenda, Bl. 22

30 Ebenda, Bl. 35

31 Ebenda, Bl. 36

32 Ebenda, Bl. 37

Am 14. Januar 1935 erging das abschliessende Urteil des Sondergerichts: «Als strafmildernd wird angenommen, dass die Eingabe [Mayers] aus Sorge um den Bestand der SA [...] geschah. Auf Grund der Unterlagen ist Ausschluss oder Entlassung nicht gegeben.» Josef Mayer durfte weiterhin seine SA-Uniform tragen, aus der aktiven SA trat er 1937 mit dem Rang eines Sturmbannführers der Standarte RI 14 aus. Die alten Beziehungen jedoch blieben bis nach dem Krieg erhalten, denn der einstige Führer der Standarte, Cäsar Graf von Beroldingen, gab am 26. April 1946 gerne Auskunft über diese Abschnitte der SA-Karriere Josef Mayers.³³

Beharrlich verfolgte Mayer das Tun einer Gruppierung mit dem Kürzel «NSFD-FB» in Allensbach. Er meldete am 2. Januar 1935 «diese Angelegenheit» der Kreisleitung, die prompt reagierte: «Am 3. Januar kamen mit dem ersten Zug 14 Gestapo-Männer an, die die Chefs dieser Bande aus den Betten holten, um sie im Rathaus zu vernehmen [...]. Alle Dokumente wurden beschlagnahmt und einer der Verräter, der einstige NSDAP-Ortsgruppenleiter und Gemeinderat Adolf Egenhofer, wurde in Schutzhaft genommen. Dieses Kapitel ist eines der dunkelsten in der Geschichte unserer Ortsgruppe. Unglücklicherweise sind zwei PG [...] auf die Seite des ewigen Feindes übergewechselt aus reinem Hass gegen mich und meine Kameraden und einfach deswegen, weil Egenhofer nicht zum Bürgermeister gewählt worden war. Jetzt, während mehrerer Wochen hat er Musse im Gefängnis über seine unehrlichen Intrigen nachzudenken. Die lokale Gruppe NSDFDB wurde verboten und aufgelöst.»

Jetzt kehrte im Rathaus Routine ein. Am 17. April 1935 erreichte der erste Zug der Saison den Ort mit KdF-Urlaubern aus der Umgebung von München. Der 1. Mai wurde mit der Maibaumsetzung gefeiert, dieses Fest trug seit 1933 deutlich den Stempel des neuen Regimes. Mit einer viel kritisierten Regelung des Versailler Friedensvertrag ging es zu Ende: Seit dem 1. März 1935 gehörte das Saarland wieder zum Reichsgebiet. Zur Feier der «Treue des saarländischen Volkes» wurde ein Saarländer für einen Gratisurlaub von vier Wochen nach Allensbach eingeladen.

Wieder einmal meldete sich hoher Besuch in Allensbach an. Am 11. Mai 1935 war der Reichsminister Hanns Kerri zu Besuch: «Feier wie üblich: Vortrag des Bürgermeisters von einer Dreiviertelstunde über die Geschichte des Orts seit 724 – Nachwort: einige Wochen später Besuch des Landrats. Der Reichsminister hätte in seinem Bericht besonders deutlich gemacht, wie gut die Verwaltung von Allensbach durch den SA-Sturmhauptführer Mayer funktioniere.»

In diesem Jahr konnte der Reserveoffizier Mayer begeistert melden, dass die ersten Soldaten der Reichswehr rekrutiert wurden: «Der 17. Juni 1935 ist ein wichtiges Datum. Der pflichtmässige Militärdienst wurde wieder eingeführt. Der Führer hat seinem deutschen Volk die Freiheit der Bewaffnung zurückgegeben. Erste Einberufung seit dem Ende des Krieges. – Ich habe persönlich die Einberufenen nach Konstanz gebracht. Fast alle sind diensttauglich.»

Am 24. September erfolgte die Vereidigung des Gemeinderats nach der neuen Gemeindeordnung. Die Räte waren nicht vom Volk gewählt, sondern ernannt worden: «Erster Beisitzer Konrad Mahlbacher, zweiter Beisitzer Fritz Wehrle; Gemeinderäte: Albert Brodmann, Metzger; Albert Keller, Landwirt und Gastwirt; Julius Mahlbacher, Landwirt und Maurer.»

Wieder wurde Allensbach zum Zentrum der gesamten Umgebung: 1935 wurde das Erntedankfest für den Bodanrück hier abgehalten. Im Umzug ging es zum Sportplatz. Dort machte die NS-Frauenschaft eine Runde um die Bahn, es folgten Gymnastikvorführungen: «Der Regen unterbrach das Fest, das in den Gaststätten des Dorfes fortgesetzt werden konnte.»

Während der Hauptversammlung der Ortsgruppe im Jahr 1936 kam es erneut zu einem Angriff auf den Allensbacher in Anwesenheit des Kreisleiters und Kreisgeschäftsführers: Ein letztes Aufflackern der Kontroverse «braun» gegen «schwarz» und gleichzeitig ein Angriff auf die Person Josef Mayers. Dessen Kommentar zu diesem «Querulanten», der zudem noch protestantischer Herkunft war: «Sei es wie es sei, ich weiss, dass ich jederzeit Rechnung ablegen kann über alle meine Handlungen, auch wenn der Tonfall, den ich dann annehme, nicht jedem gefällt. Ich habe den Ton des alten Kämpfers beibehalten und das neue Reich ist nicht mit Glacehandschuhen geschaffen worden.»

Am 29. März 1936 fanden «Reichstagswahlen» statt, denen in Allensbach eine grosse Kundgebung vorangegangen war. Es ging eigentlich nur um eine Bestätigung der Politik der neuen Machthaber und die erwies sich im Dorf als hundertprozentig – kein Wunder, wenn SA-Leute im Wahllokal herumstehen und jeder jeden kennt: «Ein grossartiger Tag in den Annalen von Allensbach, denn am 29. März war der Wahlraum geschmückt wie an einem Festtag. Die SA und andere Gliederungen der Partei eröffneten die Sitzung um Punkt 9 Uhr. Ich selbst leitete den Betrieb. Mittags hatte bereits mehr als die Hälfte der Bevölkerung abgestimmt. Gegen 16 Uhr war der letzte Wähler zur Urne geschritten. Die Kranken und Alten hatte man mit Lastwagen abgeholt. 765 Allensbacher haben gewählt und 765 haben durch ihre Wahl ihr Vertrauen in den Führer gezeigt.»

Weiter verging das Jahr 1936 im Telegrammstil: «Am 10. April Konvoi der KdF-Urlauber aus dem Saarland und der Pfalz. Am 19. April Umzug des Jungvolks der HJ – 23. April Revisionsrat in Konstanz – 1. Mai-Feier – Bau einer Mauer am Strandbad – Impfung der Kinder – Mehrere KdF-Züge, der eine aus Berlin, der andere aus Hamburg-Kiel – Anfang Juli ist Allensbach zum Musterdorf des Kreises erklärt worden, so wurde die Tatsache bestätigt, dass die in Allensbach getane Arbeit durch das III. Reich und Adolf Hitler anerkannt worden ist. – Am 1. August wurde mein Kampfgenosse Eugen Mayer zum Bürgermeister von der Reichenau ernannt. – 4. Oktober Erntedankfest – Feierliche Eröffnung der Kampagne des Winterhilfswerks 1936-37 [...]».

Am 8. Dezember wurde der 50. Geburtstag des Bürgermeisters gefeiert. Die Geschenke werden in den «Annalen» aufgezählt und auch die zahlreichen Briefe und Telegramme, «unter anderem ein Telegramm von Gauleiter Wagner».

Im April 1937 gesellte sich der Reichsminister und preussische Innenminister Frick zum Reigen der prominenten Besucher des «Musterdorfs»: «Standard-Zeremonie (Kanone, Fanfaren, Goldenes Buch, Ehrenbürgerurkunde, Vortrag, Beifall etc)». Von da an nahm ein Portrait des Reichsministers für «ewige Zeiten» einen Ehrenplatz im Rathaussaal ein. Vom 8. bis zum 14. August fuhren der Bürgermeister und Ratsherr Albert Keller gemeinsam zum Reichsparteitag in Nürnberg.

1938 machte nicht nur die Maul- und Klauenseuche den Allensbacher Bauern zu schaffen. Zwei prominente Allensbacher Künstler, der Maler Otto Marquard und der Bildhauer Max Einer, wurden als «ehemalige Kommunisten wegen Verrats» am 30. Juli von der Gestapo verhaftet und nach Stadelheim geschafft.³⁴ In den «Annalen» wurden diese Verhaftungen kommentarlos aufgeführt. Es wird nicht deutlich, wieso die Gestapo ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt eingriff und wer Anzeige erstattet hatte.

Das Jahr 1938 stand ganz im Zeichen des «Anschlusses der Ostmark». Am 10. April fand nachträglich ein Plebiszit zur Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich statt. Die Abstimmungsprozedur ist Punkt 14.45 Uhr beendet und Josef Mayer resümiert: 811 Wähler, 811 Ja-Stimmen. Im Sommer kam hoher Besuch aus dem österreichischen Vorarlberg. Den «neuen Kameraden» wurde gezeigt, «wie eine gut verwaltete Gemeinde aussieht, die der deutschen Ordnung folgt». Und die «Herren waren sehr erstaunt zu sehen, was man alles erreichen kann in einer Gemeinde, die wahrhaftig gemäss den nationalsozialistischen Prinzipien geführt wird.»

Bei der Jahreshauptversammlung des Verkehrsvereins Allensbach am 26. März 1939 im Gasthaus Bahnhof geht der Vorsitzende Josef Mayer in seinem Jahresrückblick auf das «Geburtsjahr Grossdeutschlands» ganz auf in der Rolle eines zufriedenen, aber strengen Vaters, der sich in alle Belange des «Musterdorfs» einmischt.³⁵ Jetzt müsse man auf dem «beschrifteten Weg mit noch mehr Energie weiterschreiten»: «Der Strom der Fremden, das zeigt sich von Jahr zu Jahr mehr, bevorzugt immer mehr trauliche Dorfidylle; dazu gehört aber nicht nur das Verschönern im Allgemeinen, sondern das Verbessern nach den Gesichtspunkten, die zur Landschaft und zur dörflichen Bauweise gehören.»

Reklameschilder sollten der Altmaterialsammlung zugeführt werden. Sie gehörten nicht ins Dorf. Hausfrauen wurden aufgerufen, «Blumentöpfe und Kästen vor die Fenster» zu stellen. Saubere Unterkünfte wären eine Selbstverständlichkeit. «Gastlichkeit muss mit Herz und Sinn geübt werden; sie darf aber nie den Eindruck devoter Untertänigkeit oder kriecherischer Unterwürfigkeit erwecken.» Statt zu «schwofen» und sich müssig herumzutreiben in der Hoffnung, «von einem Kavalier [...] angehimmelt zu werden», sollten die Dorfmadchen in Konstanz einen Servierkurs besuchen, damit sie den einheimischen Wirten als Bedienung unter die Arme greifen könnten. Und für die einheimischen Stammtisch-

34 Vgl. auch Burchardt, a. a. O. 2010, S. 129; Bosch, Manfred: «Ein Christ tötet nicht. Amen» – Der Pazifist und Friedensmaler Otto Marquard (1881-1969). In: HEGAU 71. 2014, S. 217-242

35 Gemeindearchiv Allensbach, C. Bücher III.7. Vortrag 1939 Verkehrsverein

gäste, «die ohne Mäckern und Stänkern nicht leben können», wäre der Winter ja noch lang genug. Sie sollten im Sommer still sein, denn «der Gast will sich zu Hause fühlen».

Die Organisation «Kraft durch Freude» hatte das Dorf inzwischen fest im Griff und die Allensbacher freuten sich über den Zuverdienst. Das Jahr 1939 begann – ganz entspannt ohne Touristen – mit einem «Musterdorfabend», den der KdF ausrichtete. In Friedrichshafen, so der Allensbacher Bürgermeister in den «Annalen», wurde der Interessenverband Deutscher Bodenseegemeinden in Sachen Tourismus gegründet. Zum Bedauern des sparsamen Bürgermeisters musste das Dorf mit 500 RM zur neuen Ausgestaltung des Kreisleitungsgebäudes in Konstanz beitragen. Die Musterung der Jahrgänge 1906 und 1907 findet in den «Annalen» genauso Erwähnung wie die erste örtliche Müllabfuhr, die ab dem 21. April 1939 künftig regelmässig alle drei Monate stattfinden sollte.

Was den von Hitler inszenierten Beginn des Zweiten Weltkriegs angeht, versuchte sich Josef Mayer in einem dramatischen Stimmungsbild der Tage zuvor: «Gegenwärtig ist die Stimmung zunehmend geladen. Während der Kinovorstellung am 25. August empfangen zahlreiche junge Männer im wehrfähigen Alter den Befehl, sich bei ihren Einheiten zu melden. Als alter Frontkämpfer war ich angenehm berührt von der Tatsache, dass es im Gegensatz zum anderen Weltkrieg keinen Enthusiasmus gab, sondern dass uns im Gegenteil alle Einberufenen mit grimmig entschlossenen Mienen verliessen. Seit dem Tag begann man, sich mit den Familien der Einberufenen zu befassen. Am Sonntag 27. August wurden vom Landratsamt die Lebensmittelkarten für die kommenden Wochen gebracht [...]. Um 21 Uhr war jede Familie im Besitz ihrer Karte und seit vorgestern kann niemand Lebensmittel ohne Karte beziehen. Grosse Freude herrschte unter jenen, die sich an die Komödie von 1914 bis 1918 erinnern, denn gegenwärtig haben diejenigen, die über eine grosse Geldbörse verfügen, nicht mehr die Möglichkeit, besser wegzukommen als die ärmeren unter den Mitbürgern.»

Kriegsalltag in Allensbach

Am 1. September erfolgte die öffentlich über Lautsprecher übertragene Rede des «Führers», der jeder schweigend zuhörte, so die «Annalen». Nach dem Eintritt der Franzosen und der Engländer in den Krieg heisse es, «Ruhe zu bewahren und der Regierung zu glauben, was eigentlich schon ganz natürlich geworden war nach den schweren Jahren der Kampfzeit».

Der «Blitzkrieg» weckte bei Mayer Erinnerungen an die an der Ostfront verbrachten Jahre im Ersten Weltkrieg: «Wir verfolgen aufmerksam die riesigen Erfolge unserer tapferen Wehrmacht in Polen, kaum ein Mann in Allensbach, der nicht am Kampf teilnimmt. Diese Tage der Kämpfe machten auf mich riesigen Eindruck, denn die Schlachtfelder, die in den Nachrichten genannt werden, erinnern mich an jene, auf denen ich kämpfte im Jahr 1915.»

Ab dem 11. September kamen Gäste besonderer Art in das Musterdorf. Es waren Evakuierte aus Weil am Rhein, denn die «Kampfzone» an der französischen Grenze wurde geräumt. Wieder rückte das Dorf ins Zentrum prominenten Interesses: «Am Sonntag, 15.

Oktober, besuchte Gauleiter Robert Wagner uns, der sehen wollte, wie die Probleme der Unterbringung und der Verpflegung der Evakuierten gelöst worden waren. Er fragte nach den ergriffenen Massnahmen und besuchte die Kücheneinrichtungen und den Saal im Löwen, wo die meisten der Evakuierten verpflegt wurden. Der Gauleiter dankte der gesamten Bevölkerung für das beispielhafte Willkommen der Flüchtlinge. Am 27. Oktober wurden sie weiter transportiert in Richtung Allgäu.»

Im November erfolgte die Musterung der Reserveoffiziere; der Chronist selbst wird «uk» gestellt: «Zu meiner grossen Freude erklärte man mich für diensttauglich, aber die Freude, noch einmal die graue Uniform tragen zu können, war von kurzer Dauer, denn einige Tage später teilte mir das Wehrbezirkskommando mit, dass man mich als Bürgermeister vorläufig als unabhkömmlich erklärt hatte.»

Am 3. März 1940 wurden 80 Männer eingezogen und das nicht ohne Grund: «Am 9. April erfuhr das Dorf von der überraschenden Nachricht des Einmarsches unserer Wehrmacht nach Dänemark und Norwegen. Jedermann freute sich darüber, dass der Führer so schnell die finsternen Pläne der Engländer und der Norweger konterkarierte [...].» Am 20. April wurden dem alten Kämpfer und zehn seiner Genossen die Bronzemedaille der Partei für die zehnjährige Parteizugehörigkeit verliehen, was abends im «Löwen» gefeiert wurde. Zugleich wurden Diplome für Metallspender übergeben. Dazu der Bürgermeister stolz: «21 Zentner nicht-eisenhaltiger Metalle. Unter den Spenden befanden sich Familienstücke von grossem Wert, die als symbolische Anerkennung für den Führer geopfert wurden.»

Überrücklich meldete der Allensbacher die Revanche für die Erniedrigung nach dem verlorenen Weltkrieg: «Am 14. Juni gegen Mittag vernahmen wir über das Radio die Nachricht, dass unsere Truppen in die französische Hauptstadt Paris einmarschierten. Ein grenzenloser Jubel brach überall aus. Dann folgten am 17. Juni die Aufforderung zur Kapitulation Frankreichs und am 21. und 22. Juni die Verhandlungen im Wald von Compiègne. Endlich am 25. Waffenstillstand. Der Krieg gegen Frankreich war zu Ende. Am Folgetag flatterten die Siegesfahnen, die den Menschen zeigten, dass der grösste Staatsmann aller Zeiten, unser Führer Adolf Hitler, auch der grösste Heerführer ist. In ein paar Wochen waren die französische Armee und die der Satelliten so geschlagen worden, dass sie sich in die Reihen der polnischen Alliierten einreihen konnten, die im September 1939 geschlagen wurden.»

Das zufriedene Resümee lautete in diesem Zusammenhang: «Während der folgenden Wochen erfuhren wir, dass kein einziger Allensbacher, der an den Schlachten teilgenommen hatte, beim Appell fehlte.» Im August konnte das Dorf ein Regiment begrüßen, das direkt von der Front kam und Oberst Vaterrodt war begeistert vom Empfang, so der Chronist: Seit Beifort sei das Regiment nicht auf solchen Beifall gestossen.

Eine Woche lang kamen im August 15 Mädchen von der Firma Stromeyer aus Konstanz, um als Erntehelferinnen zu arbeiten, eine ganz untypische Lösung für die Probleme der Landwirtschaft in diesem Kriegsjahr. Andernorts verwalteten die Arbeitsämter die grossen Scharen der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter, die die Männer, die an der

Front waren, ersetzen sollten.³⁶ Ein weiterer Eintrag in die «Annalen» für den August 1940 lässt den Schluss zu, dass Mayer in seinen Rückblicken gelegentlich die korrekte zeitliche Einordnung nicht gelang: «In der Nacht vom 18. zum 19. August überflogen uns zwei oder drei englische Flugzeuge, die nur Leuchtraketen abfeuerten. Aber in Gailingen warfen sie 34 Bomben ab, die keinen Schaden anrichteten, wir nehmen an, dass es sich um einen jüdischen Racheakt gehandelt hat, wegen der Hebräer, die aus dem Dorf verjagt worden waren.» Die letzten verbliebenen «Hebräer», also die jüdischen Männer, Frauen und Kinder, waren aber erst später, im Oktober 1940, nach Gurs deportiert worden.

Nach zahlreichen Pflichtterminen für den Bürgermeister hiess es schliesslich: «Das Jahr 1940 endete damit, dass kein einziger Allensbacher auf dem Felde der Ehre gefallen und verwundet worden war.»

Das Jahr 1941 begann wieder mit Kälte und Eis. Im Februar kam es zu einem Ereignis, von dem während der Entnazifizierung Josef Mayers immer wieder entlastend die Rede sein wird. Ein Zug mit kranken französischen Kriegsgefangenen hielt auf dem Allensbacher Bahnhof an. Er hätte im Rahmen eines Austausches von Kranken in die Schweiz weiterfahren sollen, aber «die Schweizer mit ihrer angeborenen Trägheit schafften es nicht, die Wagen, die für den Transport nötig waren, zusammenzustellen. Das Ergebnis: Während des mehrtägigen Aufenthalts starben sechs von [den Kranken], darunter ein Schwarzer. Sie wurden auf dem Allensbacher Friedhof begraben. Ich habe veranlasst, dass die sechs Gräber in einem Viereck angelegt wurden, mit einem Eichenkreuz darüber. Für die Unkosten kam das Reich auf.» Der ehemalige Soldat Josef Mayer hielt sich an die Genfer Konvention. Erleichtert wurde das dadurch, dass für das Dorf keine Kosten anfielen. Das «Reich» zahlte.

Der Terminkalender des Bürgermeisters im Jahr 1941 war voll. Schulung von Bürgermeistern im Elsass, Heldengedenktag, Assistenz bei der Prüfung neuer Rotkreuz-Helferinnen, Hauptversammlung der NSDAP, Silberhochzeit von Ortsgruppenleiter Mahlbacher, Führergeburtstag, Musterung des Jahrgangs 1923. Dann galten alle Gebete den tapferen deutschen Soldaten, denn «am 22. Juni mittags erfuhren wir, dass der Führer seine Soldaten in den Kampf mit dem grössten Feind geschickt hatte, Sowjetrussland. Wir wissen alle, dass wir mit einem Gegner zu tun haben, der eher einem Tier ähnelt als einem Menschen und der sich in 25 Jahren in einem unvorstellbaren Mass wiederbewaffnet hat.»

Der frühe Wintereinbruch erinnerte den alten Frontkämpfer Mayer an die eigenen in Russland verbrachten Winter. 2003 Kleidungsstücke kamen für die «Kleiderspende für die Truppen im Osten» zusammen und «als Weihnachtsgeschenk erhält jeder Soldat aus Allensbach einen Bon über 4 RM, den er nach Gutdünken verwerten kann». Das folgende Jahr 1942 begann wieder mit einer extremen Kältewelle. Der Unteroffizier Anton Ostermeier und der Soldat Josef Harder fielen im Februar auf dem «Felde der Ehre». Wieder erinnerte sich der Allensbacher an seine drei russischen Winter und remüsierte: «Wir [Da-

36 Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des «Ausländer-Einsatzes» in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Berlin (West) und Bonn 1985, S. 67 ff.

heimgebliebenen hingegen] dürfen jeden Abend in unsere Betten sinken und das Härteste vom Tag ist vergessen.»

In den Folgemonaten war der Terminkalender wieder voll. Ein Höhepunkt: Am 16. Juni wurden auf Anordnung der Regierung die drei grössten Glocken abgenommen und in die Giesserei geschickt: «Die Demontage erfolge ohne Schwierigkeiten unter der Leitung von Experten.» Dann fand eine für Mayer erwähnenswerte ungewöhnliche Feier statt: «Am 23. Juni Hochzeit nach nationalsozialistischen Riten». Alle Beteiligten, das Brautpaar und die Trauzeugen, gehörten zur lokalen Parteilite. Da durfte man sich nicht einmischen. Anders sein Verhalten beim Versuch eines Vaters, sein Kind als «gottgläubig» ungetauft ins Geburtenregister eintragen zu lassen. Der Bürgermeister wies diesen Versuch energisch zurück und bemerkte: «Mit solchen Sachen fangen wir hier nicht an.» Pfarrer Fortenbacher berichtete nach dem Krieg von diesem Vorfall.

Am 5. August wurde das Mandat des Bürgermeisters von Allensbach verlängert, obwohl «das Amt neu zur Wahl ausgeschrieben werden müsste». Dann gab es einen neuen Orden: «Der 21. Oktober wurde für mich ein Tag von grosser Bedeutung. Mir wurde vom Landrat Dr. Kaufmann das Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse verliehen.» Wenige Tage später kann man in den «Annalen» lesen: «Am 31. Oktober wurde der Tod des Korporals Martin Schiess im Kaukasus verkündet. Zwei seiner Brüder sind im letzten Weltkrieg gefallen.» Bei der Nennung der gefallenen Allensbacher in den «Annalen» erwies sich der Allensbacher Bürgermeister auffallend selektiv. Er nannte nur eine Handvoll der fast 30 Gefallenen, die für den Zeitraum 1940-43 tatsächlich zu beklagen waren.

Im November wurden Gäste ausserhalb der KdF-Routine begrüsst. «Es waren 14 verwundete Soldaten aus dem Raum Hannover, die sich in Allensbach erholen sollten. Die jüngeren und die älteren unserer Mädchen, verheiratet oder nicht, waren sehr ‚enthusiastisch‘ wegen unserer Gäste und bemühten sich darum, ihnen die Tage und die Nächte zu versüssen. Als sie abfuhren, gab es einige Tränen.» Soviel zu den «Kriegsschäden», wie sie sich konkret in Allensbach bemerkbar machten.

Am 10. Januar 1943 legte Bürgermeister Mayer im «Löwen» Rechenschaft ab über das während seiner Amtsführung Erreichte und zitiert in der Chronik wieder einmal stolz diejenigen, die seine Verdienste loben: «Der Landrat aus Konstanz war eingeladen. Er hielt eine Ansprache, in der er erklärte, dass nicht nur er meine Aktivitäten voll und ganz anerkannte, sondern auch alle Staats- und Parteidienststellen. Ein Streichorchester, organisiert von Ortsgruppenleiter Konrad Mahlbacher, umrahmte die Veranstaltung.» Dann heisst es mit den üblichen Schlagworten in den «Annalen» zum «totalen Krieg»: «Die Proklamation des Führers, die im Radio von Dr. Göbbels vorgetragen wurde, rief das Volk zum totalen Krieg und zeigte allen, dass nur eines zählte: Alle persönlichen Bedürfnisse beiseite lassen und alles tun, um ein siegreiches Kriegsende zu ermöglichen.»

Der Rathaussekretär Schiess wurde nach 25 Dienstjahren mit dem Silbernen «Treuendienst-Ehrenzeichen» belohnt. Luftschutz-Vorrichtungen wurden auf der «Hitlerhöhe» installiert. Wieder waren neben den üblichen KdF-Gästen auch noch 50 Verwundete eingela-

den. In der Nacht vom 20. auf den 21. Juni gab es Luftalarm: «Das Nachbardorf Liggingen wurde von einem Flugzeug angegriffen, das eine gewisse Anzahl von Häusern zerstörte und neun Personen tötete. Fast alle anderen Häuser wurden beschädigt. Anscheinend war in einem der Häuser ein Licht eingeschaltet.»³⁷

Als am 6. September eine grosse Anzahl von Flugzeugen Richtung Friedrichshafen das Dorf überflog, griff der Allensbacher Bürgermeister zu einer drastischen Massnahme, damit es gar nicht erst zu einer Panne bei der Verdunkelung wie in Liggingen kommen konnte. Er stellte im gesamten Dorf den Strom ab. Die Bombardierungen beschränkten sich auf die Region Friedrichshafen, stellte er hinterher erleichtert fest.

Die «Annalen» der NSDAP in Allensbach enden abrupt mit dem Rückblick auf das Jahr 1943: «Die besonderen Umstände lassen mich zurückblicken auf dieses Jahr 1943, das vierte Jahr des Krieges: Schlechte Ernte, wie wir es noch nie erlebt haben; nur das Getreide war mengenmässig fast ausreichend, genau wie das Obst. Der Tourismus erreichte in diesem Jahr seinen Höhepunkt: 48'000 Ankünfte. In der Hoffnung, dass das Jahr 1944 die Entscheidung bringt und damit den Endsieg der deutschen Truppen, grüssen wir unseren Führer und beten, dass der liebe Gott unseren Führer segnet und auch das ganze deutsche Volk.» Dieses jähe Ende der Chronik spricht Bände – die verlorene Schlacht um Stalingrad wird mit keinem Wort erwähnt.

Zum Entnazifizierungsverfahren von Josef Mayer

Es liegt erst wieder eine Beschreibung der Vorgänge in Allensbach für die wenigen Tage vor dem Einmarsch der französischen Truppen im April 1945 vor. In diesen Zeilen ist Josef Mayer nicht mehr der stolze Allensbach-Chronist, sondern er musste sich in seinem Entnazifizierungsverfahren für seine Rolle im Volkssturm verteidigen. Josef Mayer war am 1. Mai 1945 von den Franzosen verhaftet worden, nachdem er sich bei ihrem Einmarsch im Wald bei Kaltbrunn versteckt hatte.

«Wie meinerseits der Befehl zur Aufstellung des Volkssturms aufgefasst wurde und beurteilt, darüber können meine Familienangehörigen und einige wenige ganz vertraute Freunde Auskunft geben. Als alter Soldat des Krieges 14/18 habe ich diese Massnahme als ein Verbrechen am Volk beurteilt, da ich von vornherein überzeugt war, dass eine militärische Aktion unter den herrschenden Kriegsverhältnissen nur dazu führen können [!], noch viele ganz junge und alte Männer in Unglück zu stürzen. Trotzdem habe ich befehls-gemäss die Aufstellung und vorläufige Führung der Kompanie Allensbach übernommen und mit den Männern den Sonntagsdienst nach dem vorgeschriebenen Plan durchgeführt [...]. Als militärische Formation hielt ich den Volkssturm für völlig wertlos und habe deshalb am 22. April 1945, als ich durch den Beauftragten der Kreisleitung den Alarmbefehl hatte, davon

37 Klöckler, Jürgen: Ein nicht identifiziertes Ziel im strategischen Bombenkrieg – Der britische Luftangriff auf Liggingen vom 21. Juni 1943. In: HEGAU 71, 2014, S. 261-274

abgesehen, die Kompanie zu alarmieren, sondern habe lediglich die Zug- u. Gruppenführer hiervon verständigt und dann wieder nach Hause geschickt.

Dass die höhere Führung mit meinen Massnahmen nicht zufrieden war bzw. mir misstraute, geht daraus hervor, dass der Bürgermeister Eugen Maier von Reichenau als Kampfkommandant für Allensbach und Umgebung bestimmt worden war und ich weiter nichts mehr zu melden hatte. Als am 24./25. April 45 von diesem Kampfkommandanten Verteidigungsstellungen, mitten durch Allensbach und Allensbacher Gelände zu stellen, befohlen worden war, habe ich diesen Unsinn, der meiner Heimat bestimmt zum Verhängnis geworden wäre, hintertrieben und in der Nacht vom 25. zum 26. April 1945 die anwesenden Volkssturmmangehörigen aus Konstanz und Umgebung veranlasst, nach Hause zu gehen. Ich selbst bin mit den drei Allensbachern, die bei mir waren, in den Wald nördl. Kaltbrunn gegangen, nachdem ich vorher Waffen und Munition in den Mindelsee versenken liess [...]. Ich nehme für mich in Anspruch, unter eigener Lebensgefahr (das Aufhängen war mir schon in schärfster Form zugesagt worden) das Unglück der Zerstörung von Allensbach abgewendet zu haben.»³⁸

Drei Zeugen, darunter der treue Ratssekretär Schiess, bestätigten die Aktion am Mindelsee.³⁹ Nikolaus Mahlbacher, eines der drei Mitglieder der Mahlbacher-Familie, die vom Nachkriegsbürgermeister Mayer zu den Verfolgten des Nazi-Regimes gezählt wurden,⁴⁰ bezeugte am 2. August 1945 der «Militärregierung Konstanz»: «Im Frühjahr 1945 wurde ich infolge oppositioneller Haltung von der Gestapo verhaftet [...]. Obgleich der ehemalige Bürgermeister Mitglied der NSDAP war, hat er sich damals bei den zuständigen Stellen für meine Freilassung eingesetzt. Aus Dank bin ich deshalb gerne bereit, ihm zu bescheinigen, dass er die Interessen der Gemeinde und ihrer Einwohner stets vor die Interessen der Partei gestellt hat [...]. Den einzigen Vorwurf, den man ihm machen kann, ist, dass er, verführt durch gewissenlose Elemente, das Dorf nicht den anrückenden Franz. Truppen übergeben hat, sondern flüchtete».⁴¹

Nikolaus Mahlbacher reihte sich so in die Reihen jener, die im Rahmen des Entnazifizierungsverfahrens «zum Dank» für Josef Mayer Stellung nahmen, nur das Versteckspielen im Wald nahm er ihm übel. Den Franzosen ging es bei diesen Verfahren nicht um moralische, sondern um sicherheitspolitische Aspekte.⁴² Schon ab April 1945 gab es in Konstanz eine antifaschistische Arbeitsgemeinschaft, die Befragungen zum Verhalten einzelner Personen in der Vergangenheit abhielt.⁴³ So entstanden die «Persilscheine», die Leumunds-

38 CAA, 1BAD786, Bl. 1

39 CAA, 1BAD786, Bl. 37

40 Stadtarchiv Konstanz, Sammlung Otto Marquard

41 CAA, 1BAD786, Bl. 19

42 Möhler, Rainer: Politische Säuberung im Südwesten unter französischer Besatzung. Geschichtliche Landeskunde: 46. Stuttgart 1997, S. 175-192

43 Hachmeister, Lutz; Schleyer: eine deutsche Geschichte. München 2004, S. 229 ff.

zeugnisse, mit deren Hilfe die lokale NS-Prominenz sich von aller Schuld an der Verfolgung politischer Gegner weisszuwaschen versuchte.

Vor allem der Allensbacher Pfarrer Fortenbacher nannte zahlreiche Beispiele für das «gute und friedliche Verhältnis» zum Allensbacher Bürgermeister:⁴⁴ «Noch in der letzten Zeit wurde von der Kirchenbehörde festgestellt, dass Bürgermeister Mayer schon auf Jahre hinaus seine Kirchensteuer freiwillig vorausbezahlt hatte und die Überzahlung von 300 RM wieder zurückerhielt.»

Gegen den Kindergarten der Schwestern in Hegne wurde «fortwährend Sturm gelaufen», seine Aufhebung beantragt und sogar die Enteignung des dem Kloster Hegne gehörenden Gebäudes gefordert. «Mayer hat sich diesem ungerechten Befehl energisch widersetzt». Das gleiche Schicksal war auch der katholischen mit Schwestern von Hegne besetzten Krankenstation zudedacht, so der Pfarrer weiter. Auch dagegen legte Mayer ernste Verwarnung ein. Beide Einrichtungen hätten die vollste Zufriedenheit der ganzen Gemeinde. Die Haussammlungen zur Errichtung eines Maialtars in der Pfarrkirche sei immer vom Bürgermeister genehmigt worden, obwohl der «bis in die höchsten Reichsstellen in Berlin in massloser Weise bekämpft und verfolgt wurde». Auch die bereits erwähnte ehrenvolle Beerdigung der sechs französischen Kriegsgefangenen gehörte zu den Pluspunkten, die Josef Mayer auf seinem Konto sammelte.

Die anfänglichen Verwechslungen, so unter anderem mit dem Reichenauer Eugen Maier, werden die Ermittler verunsichert haben. Einer der wichtigsten Anklagepunkte, die Verhaftung des ehemaligen Kommunisten Badent, der während der Haft in Dachau umkam, konnte erst 1949 fallengelassen werden. Die Witwe konnte sich nicht mehr erinnern, ob der Mann, der in der Allensbacher Bahnhofsgaststätte die Gestapo auf den Plan rief, Mayer oder Maier hiess. Sie wusste ohnehin von den Umständen der Verhaftung nur vom Hörensagen.

Im Januar 1946 kam es zur ersten Entlassung Josef Mayers, der in Hüfingen bei Donaueschingen, einem einstigen Lager des Reichsarbeitsdienstes, interniert war. Unter den Mitgliedern der antifaschistischen Arbeitsgemeinschaft herrschte helle Aufregung:⁴⁵ «Es ist ein unmöglicher Zustand, dass ein Mann, der von sich selbst behauptet hat, er sei der erste Nationalsozialist des ganzen Bodenseegebietes, heute schon frei herumläuft.»

Ein Flugblatt wurde den Ermittlern vorgelegt:⁴⁶ «Achtung! Der Parteikampf beginnt. II. Neugründung der NSDAP. Gründungslokal: Waschküche in Steig No. 1». Das Flugblatt trug die Unterschrift Josef Mayers und eine spielerische Aufstellung der Sponsoren zeugt davon, dass sich die Verfasser des Aufrufs beim Basteln grossartig amüsiert hatten. Schnell gaben die Ermittler zu, dass es sich bei dem Flugblatt um ein «satirisches Dokument» handeln musste. Im Dachstock des Mayer'schen Anwesens überwachten jedoch einige Soldaten das Fernsprechnet, so die Warnung des Nachkriegsbürgermeisters in Allensbach: «Es

44 CAA, 1BAD786, u.a. Bl. 78

45 CAA, 1BAD786, Bl. 59

46 CAA, 1BAD786, Bl. 72

Achtung!

Der Parteikampf beginnt:

II. Neugründung der
 NSDAP

Gründungslokal:
 Waschküche in Stelzig No. 1

Das wiederbefreite Komitee

Josef Mayer

Joseph Ellensohn Herrn. Namurizzi

KARL WEIß, Schreiber
 Erich Mahlbacher, Standortführer
 FÄCKLE WALTER, KASSE
 44 SCHWIEGERSOHN DE Bg Matlbacher

Druckerei: STADLER ERNST
 Getränke: HÜBSCHLE
 Agents: ALBERT SOBIELE
 v. Sonder Kommando
 FRAUENSCHAFT

Im Januar 1946 fand man den Aufruf für eine «Neugründung der NSDAP» mit der gefälschten Unterschrift des einstigen Bürgermeisters. (La Coumeuve, Archives de l'occupation française en Allemagne et en Autriche BADE 1595, 1BAD786, Bl. 72)

besteht die Gefahr, falls die Antifaschisten etwas unternehmen, dass die Besetzung dies als Auflehnung gegen sie betrachtet [...]».⁴⁷

So wurde Josef Mayer nach wenigen Tagen erneut verhaftet und blieb, davon zeugt der Entlassungsschein, datiert auf den 26. März 1948, im Internierungslager Freiburg. Noch einmal liessen die Ermittler alle Persilscheine Revue passieren – handgeschrieben oder getippt, deutsch oder in beglaubigter Übersetzung, ergänzt durch viele Eingaben der Ehefrau, die sich um leibliche und seelische Schäden für den Inhaftierten sorgte und die sich ohne Mann im Haus in Allensbach nicht sicher fühlte.

Die Spruchkammer-Mitglieder, die schliesslich die Einstufung Josef Mayers als «Minderbelasteten» vornahmen, zeigten sich entspannter als die Ermittler der unmittelbaren Nachkriegszeit und waren überaus beeindruckt von der günstigen Stellungnahme des Nachkriegsbürgermeisters von Allensbach, der bezeugte, dass Mayer «oft den Mut zur eigenen Meinung gehabt und scharfe Massnahmen in toleranter Weise zur Ausführung brachte». Auch die Aussage des Ministers a. D. Dietrich, in der vorsichtig vom «korrekten Verhalten» des Bürgermeisters während der Nazizeit die Rede war, wurde ebenfalls ausschlaggebend für eine mildere Beurteilung. Besonders beeindruckt zeigte sich die Kommission von der Stellungnahme des Kreisrats und Kreisvorsitzenden der Demokratischen Partei des Kreises Konstanz, Hagmüller, vom 18. Dezember 1948: «Ob PG oder nicht PG, Bürgermeister Mayer behandelte alle Bürger ohne Unterschied korrekt und gerecht. 1933 wurde das Kreuz aus der Schule entfernt. Als ich (als Lehrer) ein neues kaufte und im Schulraum anbrachte, befürwortete dies Bürgermeister Mayer und übernahm die Kosten für das Kreuz. Er forderte mich auch nie auf, der Partei beizutreten [...]. Er zeichnete sich durch eine religiöse und politische Toleranz aus. Wenn Bürgermeister Mayer heute in Allensbach als Bürgermeisterkandidat aufgestellt würde, so würde er von einer überwiegenden Mehrheit gewählt werden [...]. Die Gestapo in Konstanz hat mir ausdrücklich erklärt, dass ich es nur den Erklärungen des Bürgermeisters in Allensbach zu verdanken hätte, dass ich nicht verhaftet und in ein KZ eingeliefert wurde.»⁴⁸

So konnte sich Josef Mayer im Jahr 1949 wieder im «Löwen» an den Stammtisch setzen und sich zusammen mit seinen Mitbürgern Gedanken über die Allensbacher Heimatkunde machen. Josef Mayer starb am 1. Mai 1950.

Nicht alle Allensbacher waren überzeugt von der Dorfidylle, zu der Josef Mayer als Bürgermeister des «Musterdorfs» wesentlich beigetragen hatte. Der aufmüpfige Kunstmaler Otto Marquard, der nach dem Krieg an der Hauptstrasse ein kleines Café eingerichtet hatte, wo sich die Dorfjugend den guten Kuchen von Elisabeth Marquard schmecken liess, hatte auf dem Tresen eine rote Fahne aufgestellt: Die Allensbacher sollten sehen, dass es auf der Welt auch andere Meinungen gab.⁴⁹

47 CAA, 1BAD786, Bl. 59

48 CAA, 1BAD786, Bl. 35

49 Mündliche Mitteilung Stefan Jos. Egenhofer

Auf den Spuren des Widerstandskämpfers Wilhelm Blanke (1904-1944) aus Emmishofen – Eine Portraitskizze

Von Helmut Arnold, Korntal-Münchingen

Die hier unternommene Spurensuche soll mit einem kurzen Blick auf das 1993 erschienene Buch «Das Torgau-Tabu» beginnen, das dem Themenkomplex Militärjustiz gewidmet ist. In ihrer Einführung machen die beiden Herausgeber eine zunächst etwas irritierende Feststellung: «Zugängen zu einer komplizierten Geschichte und ihren merkwürdigen Verschränkungen darf man sich nicht verschliessen. Zu den Verschränkungen gehört unter anderem, dass der auch in diesem Buch gewürdigte, lange vergessene Widerstandskämpfer Wilhelm Blanke auf sehr eigentümliche Weise in die deutschsprachige Literatur Eingang fand. In paradoxer Verkehrung hat die Tradition der Straflager den Namen eines Mannes tradiert, der sein Leben aufs Spiel setzte, um die Gewalt einer Unrechtsherrschaft zu brechen.»¹

Den in diesem Zitat anklingenden Resonanzen soll in der Folge nachgegangen werden. Sie führen zu der Leitfrage: Welche «merkwürdigen Verschränkungen» kennzeichnen den Lebensweg Wilhelm Blankes, der in den letzten vier Jahren seines Lebens von 1940-1944 im besetzten Frankreich als Wehrmachtsübersetzer und -dolmetscher in Paris tätig war?

Eine ganze Reihe von biographischen Daten über Blankes Leben wurde im Zusammenhang mit der im Mai 2017 erfolgten Stolpersteinverlegung in Konstanz zusammengestellt und zur Sprache gebracht.² Sie würdigen sein tragisches Ende, heben aber auch das vorbildliche politische Engagement Blankes für die Menschenrechte und eine europäische Zukunft in Frieden und Freiheit hervor. Es ist das Verdienst der Stolperstein-Initiative Konstanz, das eindrucksvolle Beispiel eines aus der Bodenseeregion stammenden Nazi-Gegners sichtbar zu machen, der bis zur letzten Konsequenz sein Leben aufs Spiel setzte und durch sein Handeln ganz praktisch der unmenschlichen und verbrecherischen Politik des NS-Machtapparates entgegentrat.

Über die bisherigen Recherchen hinaus will jedoch die hier gezeichnete Portraitskizze weitere wichtige Verbindungen und Verschränkungen im Leben von Wilhelm Blanke auf-

1 Haase, Norbert, und Oleschinski Brigitte (Hg.): Das Torgau-Tabu. Wehrmachtsstrafsystem – NKWD-Speziallager – DDR-Strafvollzug. Leipzig 1993, S. 21-22

2 Vgl. www.stolpersteine-konstanz.de

zeigen. Insbesondere soll versucht werden, das komplexe Pariser Milieu genauer zu erfassen, in dem Wilhelm Blanke sich über vier Jahre lang bewegte. Gezeichnet werden soll ein Portrait des in der Vichy-Zeit in Paris als Übersetzer tätigen Offiziers aus Konstanz, das die eigentümlichen und einmaligen Züge und Brüche eines engagierten Lebens verstehbar macht. Zugleich soll aber auch den vielfältigen historischen und literarischen Resonanzen nachgespürt werden, die Wilhelms Blankes Pariser Tätigkeit auslöste und die seiner Person ein unverwechselbares Profil verleihen.

Bedeutsam in dieser Hinsicht ist, dass zwei renommierte französische Schriftstellerinnen, Banine (Umm-el-Banine Assadoulaeff, 1905-1992) und Janine Bouissounouse (1903-1977), zum engeren Pariser Freundeskreis Blankes gehörten.³ In ihren noch vorzustellenden Werken dokumentierten und kommentierten sie seine Person und einen grossen Teil seiner Aktivitäten. Beide verblieben dabei allerdings nicht in der Rolle von quasi neutralen Zeitzeugen, sondern partizipierten an einem sozialen Netzwerk mit engen Bindungen an die im Entstehen und Wachsen begriffene Pariser Résistance. Auch Wilhelm schloss sich nach einer Phase des Kennenlernens und der Annäherung diesem Netzwerk an und entwickelte sich zu einem deutschen Widerstandskämpfer, der die Pariser Résistance aktiv förderte und mitgestaltete.

Vom Bodensee über Barcelona nach Paris

Wilhelm Blanke wurde am 29. Januar 1904 als viertes Kind des deutschen Verlegers und Buchhändlers Johannes Blanke in Emmishofen (heute Stadt Kreuzlingen, Thurgau) geboren. Er hatte sechs Geschwister. Da der Verlag in den Vorkriegsjahren florierte, sah sich Vater Johannes Blanke in der Lage, 1908 für seine sich vergrössernde Familie ein eigenes Haus zu bauen, das allen damaligen Standards einer gehobenen bürgerlichen Lebensweise entsprach. Als Architekt des Jugendstilhauses wurde der spätere Hamburger Baudirektor Fritz Schumacher gewonnen. Das von ihm geplante Anwesen in der Rosgartenstrasse in Emmishofen war als «Haus Luegisland» oder auch als «Villa Blanke» bekannt. Es hatte ein Dreivierteljahrhundert Bestand, bis es 1983 im Rahmen einer Luftschutzübung von der Schweizer Armee gesprengt wurde.

Zauberhafte Blicke eröffneten sich den Betrachtern vor allem aus den oberen Etagen in alle Richtungen.⁴ Wie seinen beiden jüngeren Geschwistern Grete und Martin bot sich auch Wilhelm während seiner Kindheit und Jugend oft die Gelegenheit, die benachbarte Stadt Konstanz mit ihrem steil in die Höhe ragenden Münsterturm aus der Entfernung in Augenschein zu nehmen.

In den Jahren bis zum Ersten Weltkrieg war die deutsch-schweizerische Grenze durch eine grosse Offenheit gekennzeichnet, die es dem 1893 gegründeten evangelischen Verlag Blanke und Hirsch erlaubte, weitverzweigte Geschäftsnetze beiderseits des Rheins, in der

3 Für die beiden Schriftstellerinnen werden in der Folge die Kurzformen Banine und Janine B. verwendet.

4 Möhl, Christoph: Fritz Blanke. Querdenker mit Herz. Zug 2011, S. 8



Haus Luegisland in Emmishofen (Foto: Familienarchiv Blanke)



Familie Blanke nach dem Tod des Vaters, um 1921 (Foto: Familienarchiv Blanke)

Schweiz und in dem von Bismarck geeinten Deutschen Reich aufzubauen. Die Titel von zwei Bestsellern seien an dieser Stelle vermerkt. Die Biografie «Graf Ferdinand von Zeppelin» hatte Alexander Vömel verfasst. Er war als Pfarrer in der «Unabhängigen Evangelischen Kirchengemeinde» in Emmishofen tätig, zu deren Mitgliedern auch die Familie Blanke zählte. 1916 erschien das Bändchen «Unser Volk in Waffen», das sich ebenfalls als ein Verkaufsschlager des Verlags erwies. In dem konservativ gesinnten deutsch-nationalen Milieu, dem sich die Familie Blanke zugehörig fühlte, hatte der Ausbruch des Ersten Weltkriegs zunächst eine gewisse Begeisterung ausgelöst. Sie wich einer grossen Ernüchterung, als im Frühjahr 1918 der erstgeborene Sohn Johannes kurz vor dem Abschluss des Gymnasiums dienstverpflichtet wurde und nur wenige Wochen später in Emmishofen die Nachricht seines Todes eintraf.

Seine Schulzeit führte Wilhelm über etliche Jahre hinweg täglich nach Konstanz, wo er die «Zeppelin-Oberrealschule mit Realgymnasium» besuchte.⁵ In der 1930 zur Hundertjahrfeier der Schule erschienenen Festschrift findet sich der Name Wilhelm Blanke in der Liste der Abiturienten des Jahrgangs 1921/22. Im gleichen Jahrgang ist Hans Venedey verzeichnet.⁶ Beide Klassenkameraden engagierten sich in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre im spanischen Bürgerkrieg auf der Seite der Republikaner. Die Frage, ob sie dort voneinander wussten oder vielleicht sogar in Kontakt miteinander standen, kann allerdings nach gegenwärtiger Quellenlage nicht beantwortet werden.

Als gesichert gelten kann jedoch, dass Wilhelm Blanke nach seiner Schulzeit eine kaufmännische Ausbildung einschlug. Dem biographischen Abriss in dem Buch «Das Torgau-Tabu» ist zu entnehmen, dass er nach seiner beruflichen Ausbildung längere Zeit als Fremdsprachenkorrespondent für die Farbwerke Hoechst in Frankreich arbeitete und später am spanischen Bürgerkrieg teilnahm. Ein im Juni 1940 in Köln aufgenommenes Foto zeigt Wilhelm Blanke in Uniform «kurz vor der Abfahrt nach Paris».⁷

Die Freundschaft mit Umm-el-Banine

Hitlers am 10. Mai 1940 überraschend begonnener «Blitzkrieg» hatte trotz erbitterter Gegenwehr auf französischem Territorium zur Auflösung der französischen Armee geführt. Ab dem 9. Juni besetzten deutsche Wehrmachtstruppen die französische Hauptstadt Paris. Eine Woche später, am 16. Juni 1940, löste der «Sieger von Verdun», Marschall Philippe Pétain, den bisherigen Regierungschef der Dritten Republik in Frankreich ab und trat für einen Waffenstillstand ein. Dieser wurde eine knappe Woche später im Wald von Compiègne unterzeichnet. Seine Bestimmungen sahen die Entwaffnung Frankreichs und seine Aufteilung in zwei Zonen vor, eine besetzte Zone im nördlichen Teil von Frankreich, die

⁵ Heute Alexander von Humboldt-Gymnasium am Schottenplatz

⁶ Festschrift zur Hundertjahrfeier der Zeppelin-Oberrealschule mit Realgymnasium. Konstanz 1930, S. 84

⁷ Haase/Oleschinsky, a. a. O. 1993, S. 118



Wilhelm Blanke, Passfoto, vor 1939
(Foto: Familienarchiv Blanke)



Wilhelm Blanke in Köln vor der Abreise nach Paris
(Foto: Familienarchiv Blanke)

auch die Hauptstadt Paris umfasste, sowie eine sogenannte «freie Zone» im südlichen Teil Frankreichs. Ausserdem wurde Frankreich die Zahlung hoher Besatzungskosten auferlegt.

Aus den verfügbaren Unterlagen ist der genaue Zeitpunkt nicht ersichtlich, an dem Wilhelm Blanke seine Tätigkeit in der im Hotel Majestic untergebrachten deutschen Wehrmachtskommandantur in Paris aufnahm. Immerhin ist bekannt, dass er sich in den ersten eineinhalb Jahren seiner Dolmetscher- und Übersetzertätigkeit regelmässig mit seinem Kollegen Harold von Loehr austauschte, der wie er als Sonderführer im Offiziersrang tätig war. Dieser berichtete in einem Brief vom 8. April 1946 an Wilhelm Blankes Braut Marianne Stamm: «Ihr Bräutigam und ich haben uns in dieser Zeit in Paris fast täglich über alle grundsätzlichen Themen unterhalten, und wir waren uns, insbesondere in der Ablehnung des verbrecherisch-wahnsinnigen Hitlerregimes, das fast der ganzen Welt Unglück gebracht und das deutsche Volk verführt und mit Schande bedeckt hat, einig.»⁸ Von Loehrs Zeilen lassen eine Gesinnungsfreundschaft aufschimmern, der ganz offensichtlich eine unverblühte Ablehnung der nationalsozialistischen Parteidiktatur und der von ihr begangenen Verbrechen zugrunde lag.

⁸ Brief von Harold von Loehr an Marianne Stamm vom 8.4.1946

Ab dem Frühsommer 1941 bahnte sich indes eine weitere Freundschaft an, die Wilhelm aus dem militärischen Milieu im Umkreis der Wehrmachtskommandantur herausführen sollte. Wiederum lassen es die vorliegenden Dokumente nicht zu, präzise Angaben über den Zeitpunkt ihrer Entstehung zu machen. Festgehalten werden kann, dass es in dieser Zeit zu einer Annäherung zwischen Blanke und der späteren Schriftstellerin Banine im russischen Emigrantenmilieu der französischen Hauptstadt gekommen ist. Die 1905 in Baku in eine reiche Ölmillionärsfamilie hineingeborene Banine hatte im Gefolge der bolschewistischen Revolution in Russland ihre Heimat Aserbaidschan verlassen und war im Jahr 1923 mit ihrer Familie nach Frankreich emigriert. In den kurz nach 1945 erschienenen Romanen «Jours Caucasiens» (Kaukasische Tage) und «Jours Parisiens» (Pariser Tage) hat Banine viele Einzelheiten aus ihrem eigenen Leben und dem ihrer Familie beschrieben.

Über den Beginn ihrer Freundschaft mit Wilhelm Blanke schreibt sie auf der ersten Seite ihres 1971 erschienenen Buches über Ernst Jünger: «Ich hatte ihn durch russische Emigranten kennengelernt, die ursprünglich weiss wie Schnee waren, die aber der Überfall ihres Landes zuerst röter, dann aber rot werden liess und sie schliesslich einem Patriotismus zuführte, der alle politischen Regime transzendierte: Zarismus oder Bolschewismus, eine Frage von Belang in diesem Moment? Hinter diesen Begriffen zeichnete sich das ewige Heilige Russland ab, das gegenwärtig erobert, zum Märtyrertum verurteilt wurde und von der Auslöschung bedroht war.»⁹

Mit ihrer Charakterisierung der in Paris lebenden russischen Emigranten bezog sich Banine auf einen der wichtigsten Einschnitte in der Geschichte des Zweiten Weltkriegs, auf den von Hitler am 22. Juni 1941 begonnenen Angriff auf die Sowjetunion. Hitlers erneuter Eroberungskrieg im Osten Europas machte viele der nach 1920 nach Westeuropa geflüchteten Zarenanhänger nun zu russischen Patrioten und mobilisierte ihre Bereitschaft, ihre frühere Heimat zu unterstützen und sich der damals überall in Frankreich entstehenden Bewegung anzuschliessen, die später unter dem Namen Résistance in die Geschichte einging.

Ein so komplexer Zusammenhang erschloss sich Banine im Sommer 1941 allerdings nicht schlagartig. Aus ihren weiteren Ausführungen geht hervor, wie schwierig es damals im besetzten Frankreich war, politisch informiert und orientiert zu sein. Rückblickend schreibt sie 30 Jahre später: «Ich wusste damals noch nicht, dass diese russischen Emigranten sich in der französischen Widerstandsbewegung engagierten; wie viele andere Leute wusste ich übrigens nicht, dass es eine solche in den Jahren 1941/42 überhaupt gab. Aber ich konnte nicht den tiefen Hass auf die Besatzer übersehen, den gewisse Einwohner Frankreichs manifestierten und den Wilhelm Blanke, Leutnant der Besatzungsarmee, offen mit ihnen teilte und der ihnen in der Kritik des Nazismus und manchmal sogar der Deutschen ganz allgemein in keiner Weise nachstand.»¹⁰

9 Banine: Portrait d'Ernst Jünger. Lettres, Textes et Rencontres. Paris 1971, S. 9. Übersetzung des Zitats (und auch aller noch folgenden Zitate aus den Werken Banines) aus dem Französischen durch H. Arnold

10 Ebenda, S. 10



Banine (Umm-el-Banine Assadoulaeff),
Kaukasische Tage, deutsche Neuedition 2008



Banine (Umm-el-Banine Assadoulaeff), 1924 in
Konstantinopel (aus Kaukasische Tage,
deutsche Neuedition 2008)

Banines Formulierungen erweisen sich in mehrfacher Hinsicht als erhellend. Der von ihr angesprochene «tiefe Hass auf die Besatzer» gewann offenbar ab dem Sommer 1941 eine neue Dynamik, die durch die jüngsten Etappen der nationalsozialistischen Besatzungs- und Eroberungspolitik in Osteuropa ausgelöst wurde. In Wilhelm Blanke begegnete ihr ein ganz aussergewöhnlicher Mensch, der für sie zunächst ein völliges Rätsel darstellte. Obwohl er ein Angehöriger der deutschen Besatzungsarmee war und eine deutsche Leutnantsuniform trug, schien er die wachsende Ablehnung der deutschen Besatzer durch die Pariser Bevölkerung zu teilen.

Ein kleines Buchgeschenk mit weitreichenden Folgen

Ein kleines, aber zweifellos ungewöhnliches Buchgeschenk im Sommer 1942 trug zur Vertiefung und Besiegelung der Freundschaft zwischen Wilhelm Blanke und Banine bei. Von dem damals schon renommierten Ernst Jünger waren 1942 zwei seiner autobiographischen Schriften in französischer Sprache erschienen. Für die zu diesem Zeitpunkt in Frankreich noch weitgehend unbekannt und noch nicht einmal 40-jährige Schriftstellerin¹¹ eröffnete

die Bekanntschaft mit Ernst Jünger eine ihr ganzes späteres Leben hindurch anhaltende kreative Schaffensperiode.

Wilhelm Blanke selber stand der Welt der Literatur eher distanziert gegenüber, wie seinem von Banine festgehaltenen Kommentar bei der Geschenkübergabe zu entnehmen ist: «Im Jahr 1942 schenkte er mir die französische Übersetzung von ‚Auf den Marmorklippen‘ und von ‚Gärten und Strassen‘ von Ernst Jünger. ‚Ein sehr bedeutender Schriftsteller‘ sagte mir Blanke mit wichtiger Miene. ‚Im Hotel Majestic begegne ich oft diesem perfekten preussischen Offizier‘; dies wurde in einem sarkastischen Ton vorgebracht.»¹²

In Blankes Kommentar bei der Geschenkübergabe schwingt eine leichte Ironie mit, die wohl eine generell skeptische Haltung gegenüber Poesie und Literatur ausdrückt, darüber hinaus aber auch eine unverhohlene Kritik am Preussentum des Autors erkennen lässt. Ernst Jünger und Wilhelm Blanke waren beide in der Kommandantur der Wehrmacht in Paris tätig, die im Hotel Majestic ihren Sitz hatte. Sie begegneten sich regelmässig an ihren dortigen Arbeitsplätzen, und Blanke kannte daher auch den von der preussischen Militärtradition geprägten Lebensstil des Hauptmanns Jünger.

Was sollte Banine von einem solchen Buchgeschenk halten? Ihre anfänglichen Leseindrücke schildert sie mit den folgenden Worten: «Mit wenig zärtlichen Gefühlen für die Eroberer begann ich, ein von einem lebenden Deutschen geschriebenes Buch zu lesen. Zwar war es noch erlaubt, die toten Schriftsteller oder authentische Widerstandskämpfer zu lesen, aber ein von der Zensur Hitlers zugelassenes Buch zu lesen, erschien als ein Verrat. Ich öffnete das Buch auch nur mit Vorbehalten und weil der Freund, der es mir gegeben hatte, darauf bestand.»¹³ Entgegen ihrer Erwartung wurde Banine jedoch durch ihre von Wilhelm empfohlene Lektüre in ihrer anfänglichen Skepsis nicht bestärkt. Das Gegenteil war der Fall. Als Ernst Jünger nach einer mehrmonatigen Versetzung in den Kaukasus im Februar 1943 nach Paris zurückkehrte, war dies der Beginn einer lebenslangen Schriftstellerfreundschaft,¹⁴ deren Verlauf sich in Jüngers Tagebuchnotizen verfolgen lässt.

Wie wichtig jedoch die von ihrem Freund Wilhelm Blanke erhaltenen Informationen für Banine in der Besatzungszeit waren, bezeugt sie so: «Durch ihn erfuhr ich vieles über das Leben im Majestic, und er war es auch, der mich über die Anwesenheit Jüngers in dieser schrecklichen Höhle informierte, in der, hinter den Kulissen, die Armee mit der Nazi-Partei einen Kampf führte, der später mit dem Attentat auf Hitler enden sollte.»¹⁵ Wilhelm Blankes Rolle erscheint hier als die eines überaus zuverlässigen und politisch integren Informanten. Die von ihm mitgeteilten wichtigen politischen Sachverhalte erlaubten es Banine,

11 Banine veröffentlichte im Jahr 1942 ihren ersten, im Kaukasus spielenden Roman «Nami».

12 Banine, a. a. O. 1971, S. 11

13 Banine: *Rencontres avec Ernst Jünger*. Paris 1951, S. 10-11

14 Das letzte, Ernst Jünger gewidmete Buch – Banine: *Ernst Jünger aux faces multiples*. Lausanne 1989 – erschien wenige Jahre vor ihrem Tod 1992.

15 Banine, a. a. O. 1951, S. 16

die real bestehenden Spannungen hinter der Fassade der Armee- und Parteipropaganda zu ermessen.

Die Tagebuchschreiberin Janine Bouissounouse aus Longjumeau

Die Tagebucheinträge von Janine B. erstrecken sich über den gesamten Zeitraum der deutschen Besetzung von Paris in den Jahren 1940-1944. Sie begannen am 15. Juli 1940 genau an dem Tag, an dem sich ein deutscher Feldwebel in ihrem Haus in Longjumeau einquartierte, in welchem sie zusammen mit ihrer Mutter wohnte. Der letzte Eintrag stammte vom 27. August 1944 und beginnt mit den Worten: «Seit vorgestern ist Louis da.»¹⁶ Louis de Villefosse, Janines Ehemann, war nach einer vierjährigen Abwesenheit wenige Tage nach der Befreiung von Paris wieder nach Hause zurückgekehrt. Ihr Tagebuch führte Janine B. nicht zuletzt deswegen, um nach seiner Rückkehr ihren nicht in Frankreich weilenden Ehemann zuverlässig über die Geschehnisse während der «Occupation», so die französische Bezeichnung für die Zeit der deutschen Besetzung, informieren zu können.

Wilhelms Bekanntschaft mit der französischen Journalistin, Historikerin und Schriftstellerin begann im Spätsommer 1941. Dank ihres Tagebuchs lässt sich die Geschichte ihrer Entstehung mit einiger Genauigkeit nachzeichnen. Unter dem 22. August 1941 ist der folgende Eintrag zu lesen: «B. [Banine], die nach Paris zurückgekehrt ist, erzählt mir, dass sie bei ihrem Schwager einen deutschen antinazistischen Offizier kennenlernte, der sie sehr interessiere. Er ist in der Schweiz aufgewachsen, ist viel gereist und kann sehr gut Französisch. [...] B. hätte gerne, dass ich ihn kennenlerne, aber ich zögere und bin misstrauisch. Ich halte mich noch bei ihr auf, als er telefoniert, um ihr anzukündigen, um die Pariser zu bestrafen, werde es verboten werden, nach 10 Uhr abends auszugehen (ein deutscher Offizier ist an der Metrostation Bastille getötet worden).»¹⁷

Janine B. hatte Banine schon vor Kriegsbeginn über Pariser Freunde kennengelernt. Während eines Besuches bei Banine meldete sich der «antinazistische Offizier» Wilhelm Blanke am Telefon. Die von dem deutschen Militärbefehlshaber Otto von Stülpnagel verhängte kollektive Strafmassnahme für die Ermordung des deutschen Offiziers sah ein nächtliches Ausgehverbot für die gesamte Pariser Bevölkerung vor. Am darauffolgenden Tag notierte Janine: «Die amtliche Anzeige wegen des getöteten Offiziers erscheint heute in den Zeitungen. Franzosen werden als Geiseln genommen und erschossen werden, falls eine ähnliche Geschichte sich wiederholt. Ihre Zahl richtet sich nach der Schwere des Vorgefallenen.»¹⁸

Schon bald siegte indes Janines Neugier über ihr Misstrauen. Eine gute Woche später wiederholte Banine ihren Vorschlag eines Treffens, das dann eine weitere Woche später bei ihr stattfand. Janine hielt in ihrem Tagebuch fest: «Bei B. habe ich den Antinazi-Deut-

16 Bouissounouse, Janine: *Maison occupée*. Paris 1946, S. 349. Übersetzung (auch aller folgenden Zitate aus den Werken von Janine Bouissounouse) durch H. Arnold

17 Ebenda, S.173-174

18 Ebenda, S.174

schen getroffen. Natürlich höre ich mehr zu, als dass ich rede. Und ich sage mir, während ich ihm zuhöre, dass es sich um einen Provokateur handeln muss. Er ist ein Typ von ungefähr 40 Jahren, etwas schwerfällig, auf keinen Fall dumm, aber nicht für zwei Sous intellektuell; ein guter Beobachter und neugierig, über politische Dinge weiss er Bescheid.»¹⁹

Das nächste Zusammentreffen kam ein paar Tage später auf den ausdrücklichen Wunsch Wilhelms zustande. Janine fiel auf, wie ungezwungen und freimütig er seine Ansichten vorzutragen begann. So äusserte er sich voller Verachtung über den deutschen Botschafter in Paris, Otto Abetz, dessen häufige Einladungen zu Festlichkeiten oder kulturellen Veranstaltungen er stets ablehne. Seine Verachtung erstreckte sich jedoch auch auf die französischen Kollaborateure, die seiner Meinung nach auf deutscher Seite gleichermassen von Nazi-Anhängern wie auch von Nazi-Gegnern geteilt werde. Janines Tagebucheintrag vom 18. September 1941 schliesst mit einer Art Fazit, an dessen Ende ein dickes Fragezeichen steht: «All dies ist sehr hübsch und voller unvorhergesehener Überraschungen, aber was hat es auf sich, mit diesem Wilhelm B.?»²⁰

Im letzten Quartal des Jahres 1941 fanden noch einige weitere Zusammenkünfte bei Banine statt, die es Janine B. ermöglichten, Wilhelms Ansichten und Einstellungen detaillierter kennenzulernen. Einen Tag nach Hitlers Rede vom 8. Oktober, in der dieser die deutsche Moskau-Offensive ankündigte, traf sie wiederum auf Wilhelm. Abends notiert sie in ihr Tagebuch: «Hitlers Rede hält er für einen peinlichen Rechtfertigungsversuch. Er [Hitler] gibt zu, es mit der stärksten Armee der Welt zu tun zu haben und muss alles tun, um das deutsche Volk dazu zu bringen, diesen unpopulären Krieg zu akzeptieren, den die Militärs für aussichtslos halten.»²¹

Das andere aktuelle Thema des Monats Oktober, das in der französischen Öffentlichkeit die allergrössten Wellen schlug, wurde in den Zusammenkünften dieser Zeit bei Banine offenbar nicht berührt. Im Tagebucheintrag vom 25. Oktober fand es seinen lakonischen Niederschlag in der bedeutungsschweren Formulierung: «Eine einzige Frage, die zur Besserenheit wird: Die Erschiessungen von Nantes. 50 Personen wurden exekutiert, weil ein deutscher Oberst getötet wurde. Weitere 50 Geiseln werden fusiliert werden, wenn man den oder die ‚Schuldigen‘ nicht findet. 15 Millionen werden dem geboten, der zu ihrer Festnahme verhilft.»²² An der Frage der Geiselschiessungen schieden sich auch die Geister auf deutscher Seite. Insbesondere lagen die Vorstellungen des «Führers» und die des bis zu seinem Rücktritt im Februar 1942 zuständigen Wehrmachtskommandanten Otto von Stülpnagel weit auseinander.²³ Dass auch Wilhelm Blanke über dieses Thema gut informiert war, soll bei der Lektüre eines späteren Tagebucheintrags noch zur Sprache kommen.

19 Ebenda, S.177-178

20 Ebenda, S. 179

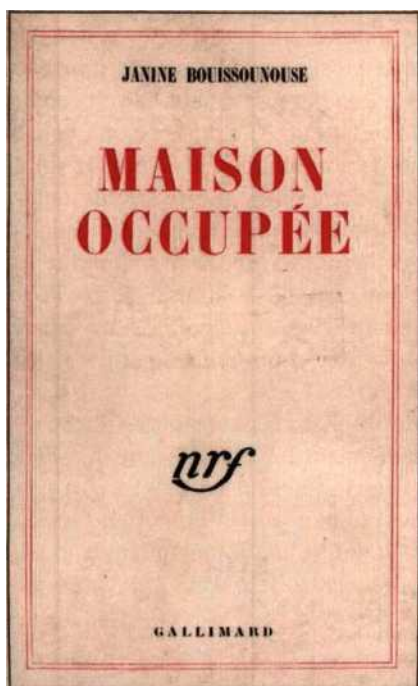
21 Ebenda, S. 182

22 Ebenda, S. 183

23 Eine detaillierte Darstellung dieses Konfliktes bei Bargatzky, Walter: Hotel Majestic. Ein Deutscher im besetzten Paris. Freiburg (Breisgau) 1987, S. 83-92



Janine Bouissounouse inmitten von Filmschaffenden in den 1930er Jahren, Ausschnitt
(Foto: Sammlung Cinémathèque Suisse)



Janine Bouissounouse, *Maison Occupée* (Besetztes Haus), Paris 1946

Deutsche Nazigegner kritisieren den Krieg gegen die Sowjetunion

Janines Tagebucheintragungen wurden in ihrer Gesamtheit erstmals im März 1946 bei dem bekannten französischen Verlag Gallimard publiziert. Der 350 Seiten umfassende Band mit dem Titel «Maison occupée» (dt.: Besetztes Haus) signalisiert seinen potentiellen Lesern einen engen Bezug auf die vier Jahre der deutschen Besetzung Frankreichs von 1940-1944. Bemerkenswert ist, dass ein Vorabdruck mit ausgewählten Auszügen jedoch schon zwei Monate vorher in der von Jean-Paul Sartre herausgegebenen Monatszeitschrift «Les Temps Modernes» gelesen werden konnte. Der treffende Titel des entsprechenden Artikels lautete «Trois Allemands contre l'Allemagne».²⁴

Bei einem der drei porträtierten Deutschen handelte es sich um Wilhelm Blanke. Die Leser begegnen ihm, ohne seinen vollständigen Namen zu erfahren, gleich im ersten Abschnitt. Abkürzungen und Deckname waren in den Jahren der Besetzung weit verbreitet. Als eine Art elementarer Sicherheitsvorkehrung schützten sie die sich hinter ihnen verbergenden Individuen vor unangekündigten Durchsuchungen oder noch weitergehenden repressiven Massnahmen der deutschen und französischen Sicherheitsdienste.

Janines Artikel beginnt mit dem Tagebucheintrag vom 25. Februar 1942, der die folgende Lagebeurteilung wiedergibt: «Wilhelm B. spricht lange über die allgemeine Lage, die er für die Deutschen als sehr ernst einschätzt. Sie können gegen die Russen nicht gewinnen, die sehr überlegene Reserven an Menschen und an Material besitzen. Wenn die Frühlingsoffensive sie bis hinter Moskau und Leningrad führt, wird sich die Lage wegen der Nachschubschwierigkeiten nur noch mehr verschlechtern; hinter dem Ural werden die Russen weiterkämpfen (die Annahme einer Übergabe muss ausgeschlossen werden); der kommende Winter wird noch härter und mörderischer sein. „Es geht nicht darum, ein Land zu erobern, sondern einen Kontinent“.²⁵

Erkennbar wird hier, wie nachdrücklich Wilhelm Blanke die Selbstüberschätzung der deutschen Obersten Heeresführung mit Hitler an der Spitze brandmarkte und mit soliden Argumenten untermauerte. Seine französische ZuhörerIn am 25. Februar 1942 in Paris dürfte sehr aufmerksam registriert haben, wie minimal die Chance eines siegreichen Endes des mutwillig gegen die Sowjetunion begonnenen Krieges von aufgeklärter deutscher Seite eingeschätzt wurde.

Mit seiner nachdrücklichen Verurteilung des Eroberungskrieges gegen die Sowjetunion stiess Wilhelm Blanke allerdings auch bei einem Teil der Offiziere, mit denen er im Hotel Majestic zusammenarbeitete, auf Verständnis und Zustimmung. Am Jahresende 1941 war die Kunde von Massenerschüssen in den eroberten Gebieten durch den Kriegsverwaltungsrat Knoke im Stab der Militärkommandantur in Paris bekanntgeworden. Sein ebenfalls im Stab eingesetzter Kollege Walter Bargatzky hielt in einer Jahrzehnte später publi-

24 Bouissounouse, Janine: Trois Allemands contre l'Allemagne. In: Les Temps Modernes, 1. Jg., Nr. 4 vom 1.1.1946, S. 690-712

25 Ebenda, S. 690

zierten autobiographischen Schrift diesen Moment fest: «Von da an gibt es auch im ‚Majestic‘ kein Nichtwissen mehr.»²⁶

Nur am Rande soll hier erwähnt werden, dass der neue Chef im Hotel Majestic, General Carl-Heinrich von Stülpnagel, der als Nachfolger seines Veters am 20. Februar 1942 den Posten des Militärbefehlshabers in Frankreich übernommen hatte, zu den entschlossensten Mitgliedern der Widerstandsbewegung gegen Hitler gehörte und nach dem 20. Juli 1944 seine aktive Teilnahme an der gescheiterten Verschwörung gegen Hitler mit seinem Leben bezahlte.

Beginn einer spannungsreichen Zusammenarbeit

Der positiv verlaufende Prozess des gegenseitigen Kennenlernens führte dazu, dass Janine B. sich allmählich sicher fühlte, in der einen oder anderen Angelegenheit Wilhelms Dienste in Anspruch zu nehmen. Ein Beispiel findet sich in dem oben erwähnten Eintrag vom 25. Februar 1942. Festnahmen durch die französische Polizei oder die Gestapo, oft aufgrund von Denunziationen, waren im Regime von Vichy alltägliche Vorgänge, deren Zahl mit dem allmählichen Aufbau der verschiedenen Widerstandsgruppen wuchs. Ein aktueller Fall beschäftigte Janine offenbar an diesem Tag und liess sie sich an Wilhelm wenden. Sie notiert: «Ich frage ihn, ob er in Erfahrung bringen kann, wo sich ein festgenommener Franzose aufhält. Er verspricht mir, sich darüber zu informieren. Und spricht in diesem Zusammenhang von Denunziationen, die jeden Tag im Hotel Majestic ankommen. Er selbst zerstört alle anonymen Briefe, die in seine Hände gelangen; eine beträchtliche Anzahl solcher Briefe wird ihm vorgelegt, um sie zu klassifizieren. Er zeigt mir einen dieser Briefe, den er in der Tasche hat.»²⁷

Diese im Tagebuch festgehaltene Szene erscheint in doppelter Hinsicht bemerkenswert. Wilhelm bekannte sich ohne Umschweife und Ausflüchte dazu, seine Möglichkeiten der Informationsbeschaffung zu nutzen, um in einem konkreten Festnahmefall wichtige Nachrichten in Erfahrung zu bringen. Von sich aus kam er darüber hinaus auf das Thema der Denunziation zu sprechen, das ihn in seinem Arbeitsalltag in der Wehrmachtskommandantur immer wieder beschäftigte. Dabei gab seine Entschiedenheit, anonyme Schreiben von Denunzianten zu vernichten, klar und deutlich zu erkennen, wem seine Sympathien in solchen Auseinandersetzungen galten.

Wenige Wochen später erreichte Janine B. die Nachricht von zwei Festnahmen, die sie in ganz besonderem Masse betroffen machte. Einer der beiden Festgenommenen war Georges Politzer, einer ihrer früheren Philosophieprofessoren an der Sorbonne, an dessen Seminaren sie als Zwanzigjährige teilgenommen hatte. Zwei Monate später war in der Öffentlichkeit noch immer nicht bekannt, was aus Politzer geworden war. Janine B. wandte sich in dieser immer unerträglicher werdenden Situation der Ungewissheit an Wilhelm Blanke.

26 Bargatzky, a. a. O. 1987, S. 103

27 Bouissounouse, a. a. O. 1946, S. 192-193

In ihrem Tagebuch hält sie am 5. Juni 1942 fest: «Soeben habe ich mich endlich dazu entschlossen zu tun, was ich schon seit acht Tagen machen wollte: da ich wusste, dass sich Wilhelm B. gegen 1 Uhr in seinem Hotel ausruhen würde, bevor er sich ins Majestic begab, habe ich ihm telefoniert. Ich hatte ihn gleich am Apparat, und ich habe ihm gesagt, ich wolle ihn so bald wie möglich sprechen. Er antwortete mir, um 7 Uhr sei er an der Station Saint-Germain-des-Prés. Er ist dort ungefähr zur selben Zeit wie ich angekommen, mit dem Fahrrad und natürlich in Zivil. Ich sagte ihm, dass ich wissen wolle, ob es stimmte, dass ein gewisser Politzer füsiliert worden sei. Er versprach mir, sich darüber zu informieren und riet mir, ihn am Telefon nicht mit seinem Namen zu verlangen. Es gibt zwei, die diesen Namen tragen und man könnte sie verwechseln; besser sei es, die Zimmernummer zu nennen. ,Und melden Sie sich nicht unter Ihrem Namen. Sagen Sie, im Auftrag von Madame, von Madame..., warum nicht von Madame Lambert?’ Ich solle ihn am Montag oder Dienstag anrufen. Er werde mir die Auskunft geben.»²⁸

Bei einem telefonisch vereinbarten Treffen vier Tage später am selben Ort erfuhr Janine von Wilhelm die traurige Wahrheit: Georges Politzer und der mit ihm festgenommene Jacques Solomon waren beide erschossen worden. Die beiden Erschiessungen durch den deutschen Sicherheitsdienst waren bereits am 23. Mai 1942 in der Festung Mont-Valérien erfolgt. Beide waren aktive Widerstandskämpfer und Mitglieder der französischen kommunistischen Partei gewesen. Ihre Hinrichtung markierte einen gewissen Wendepunkt der deutschen Besatzungspolitik, den Bargatzky so beschreibt: «Ab Juni 1942 wird die Ära des ,Höheren SS- und Polizeiführers’ beginnen, künftig wird dieser es sein, der die ,Sühne-massnahmen’ verhängt, nicht mehr das als zu weich geltende , Majestic’.»²⁹

Ein hoher SS-Dienstgrad, Dr. Knochen, war nunmehr für die Überwachung der weltanschaulichen Gegner der Nationalsozialisten-Juden, Kommunisten, Freimaurer, Emigranten – zuständig. Im «Majestic» wusste man, dass nordöstlich von Paris das Übergangslager Drancy eingerichtet worden war. Im Juli 1942 kam es erstmals zu spektakulären Massenverhaftungen französischer Juden. Nächtliche Razzien der französischen Polizei wurden auch in der Hauptstadt Paris durchgeführt. Janine B. hält am 17. Juli in ihrem Tagebuch fest: «In diesem Moment erfahren wir, dass man ab Mittwoch Paris ,gereinigt’ habe. Die Polizei, unterstützt von der Gestapo, leert die Wohnungen der Juden, nimmt, voneinander getrennt, die Männer und die Frauen mit. Sogar die Kranken werden abgeführt.»³⁰

Die Tragödie der Geiseler Schiebungen: Ein Blick hinter die Fassade

Mehrere weitere Treffen, oft an der Metrostation Saint-Germain-des-Prés, fanden in den darauffolgenden Monaten statt. Wilhelm Blanke übergab bei diesen Gelegenheiten Janine B. unauffällig von ihm zusammengestellte Listen mit den Daten von Festgenommenen.

28 Ebenda, S. 205-206

29 Bargatzky, a. a. O. 1987, S. 94

30 Bouissounouse, a. a. O. 1946, S. 219

Diese Listen waren so eng zusammengefaltet, dass sie in einer Streichholzschachtel Platz fanden. Im Falle einer Durchsuchung durch die französische Polizei oder die Gestapo bestand so eine gewisse Chance, diese Kontrolle unbeschadet zu überstehen. Janine leitete solche geheimen Nachrichten an Kontaktleute weiter, die ihrerseits wiederum Beziehungen zu den verschiedenen Widerstandsgruppen unterhielten oder in Verbindung mit London standen.

Einen vergleichsweise ungewöhnlichen Verlauf nahm eine Mitte Mai 1943 erfolgte Begegnung. Nach der Übergabe einer vorbereiteten «Streichholzschachtel» kam Wilhelm von sich aus auf die Haltung des deutschen Wehrmachtsschiffskapitäns in der Frage der Geislerschiessungen im Herbst 1941 zu sprechen. Seine Schilderung von etwa anderthalb Jahren zurückliegenden Verhandlungen zwischen seinem früheren Chef Otto von Stülpnagel und dem damaligen Industrieminister Pierre Pucheu hält Janine in ihrem Tagebucheintrag vom 18. Mai 1943 detailliert fest: «Dann vertraut er mir an, dass er Übersetzer bei der Begegnung Pucheu-Stülpnagel war, in deren Verlauf Pucheu die Hinrichtung von Péri und Sampaix forderte. Pucheu hat lange darauf bestehen müssen, dass Stülpnagel ihn empfinde. Das Treffen hat im Majestic stattgefunden. Pucheu hat damit begonnen, sich für die ihm erwiesene Ehre zu bedanken, dann hat er dargelegt, die Verurteilung von Péri und Sampaix zu sechs Jahren Zuchthaus wäre ungenügend und beinhalte grosse Nachteile. Stülpnagel hat ihn gebeten, seine Gedanken zu präzisieren. Pucheu antwortete, Péri und Sampaix würden, solange sie am Leben seien, einen Geist der Rebellion und der Hoffnung verkörpern. Stülpnagel gab zu verstehen, dass dem keinerlei Bedeutung zukäme. Pucheu hat daraufhin den Gedanken entwickelt, sie würden überall Komplizen finden und es könnte ihnen gelingen zu entfliehen. Stülpnagel schien skeptisch. Pucheu griff auf andere Argumente zurück: seiner Ansicht nach wäre es nötig, ein Exempel zu statuieren, um die Kommunisten auszuschalten, die zu den gefürchtetsten und zu den aktivsten Elementen der Résistance gehörten (er hat nicht dieses Wort verwendet, sondern eine Entsprechung). Stülpnagel zögerte. Er entgegnete, er halte die Hinrichtung von Péri und Sampaix für eine schlechte Politik, die Gefahr laufe, der Kollaboration zu schaden.»³¹

Hinter den verschiedenen eingenommenen Positionen, den Argumenten pro und kontra Erschiessungen, den verschiedenen sich dahinter abzeichnenden Wertorientierungen, den unterschiedlichen strategischen Vorteilen, die geltend gemacht werden, zeichnete sich eine überaus komplexe politische Gesamtsituation ab. Wilhelm Blankes Einbindung in den Stab des Militärbefehlshabers in Frankreich, vor allem aber seine Tätigkeit als Übersetzer brachten es mit sich, dass er zu der kleinen Gruppe von Privilegierten gehörte, die einen umfassenden Überblick über das tragische Kriegsgeschehen dieser Jahre besaßen.

Janine B. hörte Wilhelm konzentriert zu, verzichtete aber in der Folge auf weitere Notizen, nachdem ihr Gegenüber ein ungewöhnliches Veto eingelegt hatte. Über den weiteren Verlauf dieser Begegnung hält sie fest: «Wilhelm, der mich ein paar Stichpunkte notieren

sieht, bemerkt zu mir: ‚Ich bitte Sie, was ich Ihnen soeben sagte, nicht an die hiesigen Zeitungen weiterzuleiten‘ (natürlich die im Untergrund erscheinenden) und er fährt fort: ‚Wenn Sie registriert würden, wäre es die Katastrophe. Falls Sie übrigens mit diesen Zeitungen zusammenarbeiten, so sagen Sie mir Bescheid und lassen Sie uns aufhören mit dem, was wir zusammen machens›³²

Wilhelms Veto kam dem Ziehen einer roten Linie für die Fortführung der bisherigen, positiv verlaufenen und auf Vertrauen basierenden Zusammenarbeit gleich. Seine oft spürbar werdende hohe Wertschätzung Janines galt gleichermassen einer guten Freundin und einer einfühlsamen ZuhörerIn, die dazu bereit und fähig war, seine eigenen inneren Spannungen mitzuempfinden und zu teilen. Sie war nicht übertragbar auf eine Mitarbeiterin einer der zahlreichen Untergrundblätter, die Wilhelm mehrmals am Tag nach ihrem Erscheinen auf seinem Schreibtisch in seinem Büro vorfand.

«Man ist sich einig. Wir werden in der nächsten Woche beginnen.»

Im folgenden Jahr, dem letzten der deutschen Besetzung Frankreichs, nahm die Zusammenarbeit zwischen Wilhelm Blanke und Janine B. an Umfang und Intensität zu. Eine befreundete Pariser Familie hatte Janine mit einem «Neffen» bekannt gemacht, der angeblich zu den Fallschirmjägern gehörte und der Jacques genannt wurde. Bevor es zu einer ersten persönlichen Begegnung kam, musste Janine die auf beiden Seiten bestehenden Vorbehalte abbauen. Das Ergebnis und den Verlauf ihrer Unterredung mit Wilhelm hält sie in ihrem Tagebuch fest: «Nach eingehendem Nachdenken und Erwägen der Risiken ist er fest dazu entschlossen, aber er empfiehlt mir, niemandem, nicht einmal B., die leiseste Andeutung darüber zu machen. Er sieht voraus, Jacques könnte ihm Geld anbieten, was er ablehnt: ‚Ich brauche es nicht. Ich handle aus Überzeugung und weil ich nach dem Krieg frei bleiben möchte. In Anbetracht der Gefahren, denen ich mich aussetze, wäre jede Summe, die man mir geben könnte, zu gering. Ich ziehe es vor, der Gebende zu sein.›³³

Für das erste gemeinsame Treffen am Abend des 9. Juli 1943 hatte Jacques in dem in der Nähe der Seine gelegenen Restaurant «Vert-Galant» im oberen Stock einen abgelegenen Nebenraum reservieren lassen. Janine beschreibt in ihrem Tagebuch die ganz eigenartige Atmosphäre dieses Abends: «Wir befanden uns in einer Art Zelle mit niederer Decke, von der aus man die Seine sehen konnte. Der Wirt kam. Wilhelm bewunderte die alten Häuser, die als Farbflecke zwischen den Bäumen erschienen. Jacques wählte sorgfältig die Weine aus. Die Gerichte wurden aufgetragen. Wir haben gegessen. Wir haben getrunken. Wir haben das hervorragende Mahl genossen und uns dabei lebhaft unterhalten, wie man das immer beim Einnehmen eines ausgezeichneten Mahls tut. [...] Während des Nachtischs berichtete Wilhelm von seinem Besuch als Übersetzer in Fresnes, dem letzten Verhör von kommunistischen Jugendlichen, die zum Tode verurteilt worden waren. Er erklärt, dass sie

³² Ebenda, S. 257

³³ Ebenda, S. 267

wegen ihrer Ruhe, ihrer Disziplin und wegen ihres so einfachen, aber erhabenen Mutes die Bewunderung des Offiziers, den er begleitete, erregten. [...] Jacques hört aufmerksam zu und spricht wenig. Wilhelm sagt, die Moral im Majestic sei sehr tief gesunken, niemand glaube mehr an den Sieg. Er legt dar, welche Dienste er erweisen kann. Man ist sich einig. Wir werden in der nächsten Woche beginnen.»³⁴

Als Ergebnis der im Restaurant «Vert-Galant» getroffenen Absprache lässt sich festhalten, dass Wilhelm an diesem Abend aus freien Stücken seine Bereitschaft erklärte, mit Jacques und seiner Widerstandsgruppe zusammenzuarbeiten. Welche konkreten «Dienste» ergaben sich nun aus dieser Vereinbarung? Eine sachdienliche Antwort hinterlässt die über 70-jährige Janine B. in ihrem 1977 erschienenen Buch «La Nuit d'Autun». Sie charakterisiert darin Wilhelms Rolle eines authentischen deutschen Widerstandskämpfers mit den folgenden Worten: «Ich beschränke mich auf die Aussage, dass Blankes Engagement darin bestand, wichtige Ziele für Bombardierungen (Fabriken, Flugzeughallen) zusammenzustellen, Passierscheine mit dem Stempel des Hotels Majestic zu beschaffen, eine Reihe von Häftlingen des Gefängnisses von Fresnes vermittelt einer perfekt imitierten Unterschrift freizubekommen und später, im Moment der Landung der Alliierten, Lastwagen zu organisieren.»³⁵ Die von Janine B. aufgezählte Liste spricht für sich. Zudem lässt die Vielfältigkeit der aufgeführten Aktivitäten vermuten, dass realiter die von Wilhelm Blanke erbrachten «Dienste» noch mancherlei weitere Unterstützungsaktivitäten einschlossen.³⁶

*In Erwartung der Befreiung von Paris:
«Es kann nur noch sechs Wochen dauern.»*

In beiden Kriegslagern wurden ab dem vierten Kriegswinter 1943/44 Strategien und konkrete Pläne entworfen, die um die Möglichkeit einer alliierten Landung im Norden oder Westen Frankreichs kreisten. In der NS-Propaganda spielte die Vorstellung von der angeblichen Uneinnehmbarkeit des sogenannten Westwalls eine massgebliche Rolle. Nach einer Begegnung mit Wilhelm am 29. April 1944 notierte Janine zu diesem Thema: «Wilhelm [...] ist sicher, dass die Landung erfolgreich sein wird, und sei es auch nur, weil die Deutschen nicht in der Lage sind, ihre Truppen zu transportieren. Sie benötigten 50'000 Lastwagen, aber sie besitzen davon kaum 5'000. Alle Eisenbahnlinien sind abgeschnitten. Sie können daher ihre Truppen und ihr Material nicht an den Punkt transportieren, den die Alliierten auswählen werden. Der Atlantikwall existiert nur in der Einbildung.»³⁷ Mit den von ihm angeführten handfesten Argumenten entlarvte Wilhelm die selbstherrliche Position der

34 Ebenda, S. 269

35 Bouissounouse, Janine: La Nuit d'Autun. Le temps des illusions. Paris 1977, S. 125

36 Auch über dreissig Jahre nach Kriegsende lehnte es Janine B. immer noch ab, die genaue Identität von «Jacques» anzugeben. Sie nennt ihn aber in ihrem Alterswerk einen «jungen Gaullisten», der als Verbindungsmann zwischen London und einer französischen Widerstandsgruppe gearbeitet habe (ebenda, S. 125).

37 Bouissounouse, a. a. O. 1946, S. 303

NS-Propaganda. Ihre Richtigkeit sollte sich fünf Wochen später am 6. Juni 1944, dem Tag der alliierten Landung in der Normandie, erweisen.

Zwei Tage nach der alliierten Landung in der Normandie, am 8. Juni 1944, kam es zu einem erneuten Treffen zwischen Janine und Wilhelm. Beide hatten nicht die leiseste Ahnung davon, dass es die letzte freie persönliche Begegnung ihres Lebens war. In Janines Eintrag vom 8. Juni ist erstmals ein verhaltener Optimismus spürbar, den dieses Mal auch Wilhelm trotz der gebotenen Geschäftigkeit zu teilen schien. Sie notierte: «Ich schaue bei Wilhelm vorbei, der mit grösster Dringlichkeit eine Begegnung mit Jacques vereinbaren will, wegen der Lastwagen. Er sagt: ‚Die Wehrmacht ist materialmässig zu unterlegen und zu unbeweglich. Es kann nur noch sechs Wochen dauerns Er hätte es gerne, dass wir alles möglichst schnell abwickeln, um ‚zur anderen Seite wechseln‘ zu können. Er hat hier nichts mehr zu tun, alles ist vorbereitet im Hinblick auf die Abreise. Er bittet mich um die Erlaubnis, am Sonntag Bücher und Kleider nach L. zu bringen, die er ‚nachher‘ wiederhaben möchte.»³⁸ Die erfreuliche Aussicht, in wenigen Wochen sein riskantes Doppelleben als Armeedolmetscher und heimlicher Widerstandskämpfer beenden zu können, liess Wilhelm nun auch an ganz praktischer Vorbereitungen für die Zeit «nachher» denken und an Janine B. die Bitte richten, für einige Zeit liebe private Habseligkeiten in ihrem Haus in Longjumeau deponieren zu können.

Aus etwas anders gelagerten Motiven sah Janine B. den bevorstehenden Wochen mit wachsender Spannung und Unruhe entgegen, denen gleichwohl ebenfalls ein optimistischer Grundtenor innewohnte. In ihrem Eintrag vom 9. Juni hält sie für ihre künftigen Leser und die Nachwelt fest: «Paris ist immer noch ruhig und lässt sich seine Ungeduld nicht anmerken. Gestern Abend war ich im Konzert Mengelberg, für das mir Wilhelm eine Karte gegeben hatte, und ich habe zerstreut die Pastorale gehört, während ich daran dachte, dass in 200 Kilometer Entfernung gekämpft wurde, dass sich Louis vielleicht in Frankreich befand.»³⁹ Für Janine war der Gedanke omnipräsent, dass der entscheidende Kampf für die Befreiung Frankreichs und seiner Hauptstadt Paris bereits in vollem Gange war.

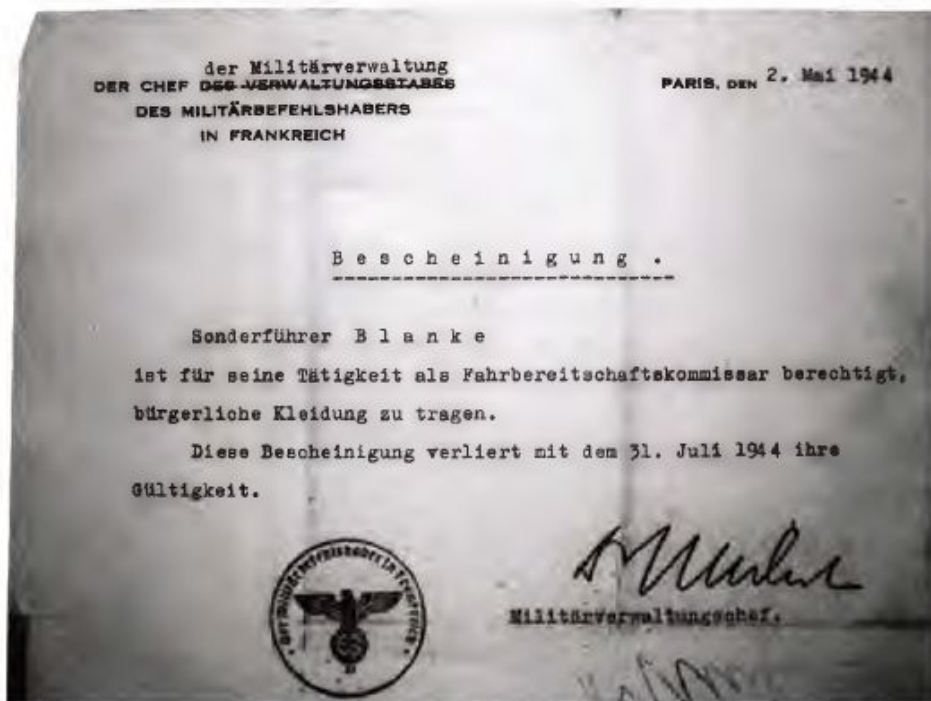
Vor dem Kriegsgericht im Hotel Continental am 21. Juli 1944

Sechs Wochen später befand sich Paris immer noch in der Hand der deutschen Besatzer. Am 20. Juli 1944 fand im «Führerhauptquartier» ein Attentats- und Umsturzversuch gegen Adolf Hitler statt. Zu seinen Hauptverantwortlichen zählte der französische Militärkommandant von Paris Carl-Heinrich von Stülpnagel. Obwohl in Paris alle Weisungen der Aufständischen zunächst befolgt und umgesetzt wurden, scheiterte der «Aufstand der Generale»⁴⁰ aus Gründen, auf die hier nicht einzugehen ist.

38 Ebenda, S. 305

39 Ebenda, S.305-306

40 Die hier verwendete Formulierung nimmt Bezug auf das lesenswerte Buch von Schramm, Wilhelm von: Aufstand der Generale. Der 20. Juli 1944 in Paris. München 1977



Bescheinigung der Militärverwaltung für Wilhelm Blanke vom 2.5.1944 (Familienarchiv Blanke)

Janine B. konnte nach der oben geschilderten Begegnung keine Verbindung mehr mit Wilhelm Blanke aufnehmen. Nach den vorliegenden Quellen wurde dieser am 10. Juni infolge einer Denunziation vom Sicherheitsdienst festgenommen und in dem ihm wohlbekannten Gefängnis Fresnes in Haft genommen. Mehrmals wurde er in den folgenden Wochen zu Verhören in das Gestapo-Hauptquartier in der Rue des Saussaies transportiert – einmal zusammen mit einem bisher nicht genannten «Mittäter», der zwei Tage nach Wilhelm ebenfalls festgenommen und im Gefängnis Fresnes untergebracht worden war. Der aus dem exilrussischen Milieu stammende Ingenieur Igor Krivochéine war einer der Kontaktmänner Wilhelms in den zurückliegenden Monaten gewesen. Über den gemeinsamen Transport berichtet er: «Im Verlauf der Untersuchung sah ich Wilhelm zweimal: ein erstes Mal von weitem im Gang des Gestapobüros, und das zweite Mal, als wir beide aus dem Gefängnis von Fresnes in die Rue des Saussaies gebracht wurden; wir saßen beide auf dem Rücksitz eines Gestapowagens, und wir waren an den Händen an dasselbe Paar Handschellen gefesselt. Ich konnte mit ihm Blicke austauschen, aber kein Wort. Er hatte (im Gegensatz zu mir) keinerlei Spuren von Misshandlungen oder Gewaltanwendung, sondern war völlig ruhig und gefasst.»⁴¹

41 Brief von Igor Krivochéine an Verwandte Wilhelms vom 2.8.1982

Welchen Verlauf nahm das Verhör der beiden «Täter» in der Rue des Saussaies, die sich aus NS-Sicht offenkundig des Landesverrats und der Zusammenarbeit mit der französischen Résistance schuldig gemacht hatten? Eine Antwort auf diese Frage lässt sich dem Werk Lew Kopelews entnehmen. Dieser lernte Krivochéine nach 1947 in einem stalinistischen Arbeitslager in der Sowjetunion kennen und beschreibt den von ihm geschätzten Mithäftling mit folgenden Worten: «Er war ein Sohn des zaristischen Ministers im Stolypin-Kabinett, Zögling des Pagencorps, hatte während des Bürgerkriegs bei Denikin und Wrangell als Offizier gedient und war dann nach Frankreich emigriert. Dort hatte er Elektrotechnik studiert und war Ingenieur geworden. 1940 ging er zur Résistance und wurde 1944 von der Gestapo geschnappt. [...] Er hatte alle Folterungen, mit denen die Pariser Gestapo ihn auszeichnete – darunter auch das Eisbad –, ausgehalten; sein ‚Mittäter‘, der Deutsche Wilhelm Blanke, hatte ihn aufopferungsvoll und klug in die bescheidene Rolle des unbedeutenden Mittelsmannes geschoben. Der Deutsche wurde erschossen, Krivochéine zu 15 Jahren KZ verurteilt.»⁴²

Die entscheidende Kriegsgerichtsverhandlung fand genau einen Tag nach dem gescheiterten Umsturzversuch am 21. Juli 1944 im Pariser Hotel Continental statt. Eine Woche zuvor war der dem Militärstab angehörende Kriegssgerichtsrat Dr. Knoke zu Wilhelms Pflichtverteidiger ernannt worden. In dessen Brief an Wilhelms älteren Bruder Fritz Blanke erfahren Wilhelms Geschwister erst einige Jahre später Näheres über den Prozessverlauf und Wilhelms Hauptmotiv. Dazu wird in Dr. Knokes Brief u.a. ausgeführt: «Er glaubte im Rahmen seiner Möglichkeiten zum politischen und militärischen Sturz des nationalsozialistischen Regimes beitragen zu müssen. Er hatte Verbindung zu französischen Widerstandskreise, denen er in vollem Bewusstsein der Tragweite Abschriften von ihm zugänglichen geheimen Lageberichten der Militärverwaltung in die Hände spielte. [...] Der Termin am 21.7.44 verlief in jeder Weise würdig. Ihr Bruder war bemüht, einen klaren und konsequenten Eindruck zu hinterlassen.»⁴³

Mit einer Verspätung von zwei Wochen erfuhr Janine B. die Nachricht von Wilhelms Verurteilung. Am 4. August 1944 hält sie in ihrem Tagebuch fest: «Ich habe heute von Friedrich erfahren, dass Wilhelm nach einer Denunziation festgenommen und zum Tode verurteilt worden ist. Er ist im Hotel Continental verurteilt worden und jemand, der dem Prozess beiwohnte, hat gesagt, dass er eine exemplarische Haltung gezeigt habe. Nachdem er den Urteilsspruch gehört hatte, habe er erklärt, dass er nichts bedauere und nichts anzufügen habe, dass er als ein sein Vaterland liebender Deutscher sein grösstes Opfer erbracht habe, als er aus Hass gegen das NS-Regime sich entschlossen hatte, für eine ausländische Macht zu arbeiten.»⁴⁴ «Friedrich» war der Deckname für einen der drei miteinander befreundeten deutschen Nazigegner, die von Janine B. in dem oben erwähnten Artikel «Trois

42 Kopelew, Lew: Tröste meine Trauer. Autobiographie 1947-1954. 3. Auflage München 1986, S. 169

43 Brief von Amtsgerichtsrat Dr. Knoke an Fritz Blanke vom 6.4.1949

44 Bouissounouse, a. a. O. 1946, S. 342-343

Familie Schilling, Kaufhaus, Sonden bei Ulm / Donau (138)

Janz von Herzje grüße ich alle Lieben in Blaufelden,
 Sonden, Leipolden, Konstantz, Künzlingen & Jänich sowie andwärts. Sie werden
 von Gedanken mit Liebe in Ehren halten dürfen, das wird man schon
 persönlich ganz Ausdruck bringen. Sie, meine einzigen, liebsten & langjam-
 genden Meinungen gilt meine stärkste & langjährige Verehrung. Mögen
 sich alle Menschen finden, die Sie und nun zu Liebe. Deine ewige Liebe
 Liane & Güte mir gegenseitig verzeihen. Dein Heize. Dein Wilhelm. 10. VIII. 1944

Abschiedsbrief Wilhelm Blankes vom 10.8.1944 (Familienarchiv Blanke)



Deutsche Gefangene vor dem Hotel Majestic am 25.8.1944

Allemands contre l'Allemagne» vorgestellt wurden. Zunächst hatte er sein Wissen Janine bewusst vorenthalten, weil auch sie beide sich mehrmals Verhören bei der Gestapo hatten unterziehen müssen.

Noch ein allerletztes Mal sollte Janine B. für einen kurzen Moment am folgenden Tag Wilhelm zu Gesicht bekommen. Ihr Eintrag vom 5. August 1944 lautet: «Es ist unwahrscheinlich, es ist verrückt, aber es ist wahr. Als ich vorher beim Gefängnis Cherche-Midi vorbeikam, um zu Marie-Jeanne zu gehen, habe ich Wilhelm an einem der Fenster des letzten Stockes bemerkt. Ich habe ihn trotz seiner Magerkeit und seiner geschorenen Haare, trotz des Dämmerlichts genau wiedererkannt. Und wäre ich mir nicht sicher gewesen, hätte mir seine abrupte Art, sich vom Gitterfenster wegzudrehen und sich ins Innere zu begeben, den Beweis geliefert, dass er es war. Er musste geglaubt haben, dass ich nur zufällig vorbeikam und wollte mich durch sein Bleiben nicht in Gefahr bringen, mich durch ein Zeichen zu kompromittieren.»⁴⁵ Offenbar war Wilhelm Blanke kurz vor seinem Rücktransport nach Deutschland noch in das Pariser Gefängnis Cherche-Midi verlegt worden.

In seinem am 10. August 1944 verfassten Abschiedsbrief an seine Verwandten in Deutschland schreibt Wilhelm Blanke im letzten Absatz: «Ganz von Herzen grüsse ich alle Lieben in Blaufelden, Senden, Litzelstetten, Konstanz, Kreuzlingen u. Zürich sowie anderswo. Sie werden mein Andenken mit Liebe in Ehre halten dürfen; das wird man ihnen persönlich zum Ausdruck bringen. Dir, meiner einzigen, liebsten u. herzensguten Marianne gilt meine stärkste u. herzlichste Umarmung. Mögen sich liebe Menschen finden, die Dir und mir zu Liebe Deine unendliche Treue u. Güte mir gegenüber vergelten. Dein Herzi. Euer Wilhelm. 10.VIII.1944.»⁴⁶

Am 7. Dezember 1944 endete das Leben des 1904 in Emmishofen geborenen Widerstandskämpfers Wilhelm Blanke mit der Vollstreckung des am 21. Juli ergangenen Todesurteils in der deutschen Justizanstalt Brandenburg-Görden. Auf einer Transportliste der im August 1944 geräumten Pariser Militärgefängnisse mit dem an der Elbe gelegenen Zielort Torgau findet sich sein Name, durchgestrichen und mit der Anmerkung «tot» versehen.⁴⁷ Die aufgezeigten Spuren, die das wundersame und ganz einzigartige Leben Wilhelms hinterlassen hat, haben Banine, Janine Bouissounouse und Lew Kopelew in der Welt der Literatur festgehalten. Ihre Stimmen vereinen sich zu einem Chor, der laut und hell das Andenken an Wilhelm «mit Liebe in Ehre» erklingen lässt und so seine Lebendigkeit bezeugt.⁴⁸

45 Ebenda, S. 343

46 Abschiedsbrief Wilhelms an seine Verwandten vom 10.8.1944

47 Haase/Oleschinsky, a. a. O. 1993, S. 118

48 Der Autor dankt herzlich Frau Möhl-Blanke in Sulgen für die grosszügige Überlassung von Bildern und Dokumenten aus dem Familienarchiv Blanke.

«Die Ausschaffung ist zurzeit nicht tunlich» – Die Flucht des Samson Schönhaus von Berlin nach Stein am Rhein im Oktober 1943 und seine Ankunft im «Paradies» (Schweiz)

Von Reiner Ruft, Rielasingen-Worblingen

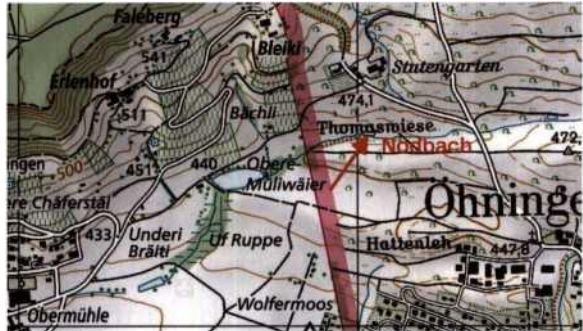
In der von Franco Battel¹ zusammengestellten Liste von 321 Jüdinnen und Juden, die zwischen dem 1. Januar 1938 und dem 8. Mai 1945 die Schweiz über die grüne Grenze des Kantons Schaffhausen erreichten, fällt Samson Schönhaus trotz der Anonymisierung des Nachnamens leicht auf, denn selbst als jüdischer Vorname ist «Samson» eher selten. Und somit ist die auf S. 346 von Battels Werk genannte Person «Name: S., Vorname: Samson, Geburtsjahr 1922, Fluchtdatum: 4.10.1943, Ort des Grenzübertritts: Stein a.Rh., Herkunft: Berlin» mit Sicherheit derselbe, der im Jahr 2004 das autobiographische Buch «Der Passfälscher»² veröffentlicht hat und diese Publikation 2010 um den Folgeband «Der Passfälscher im Paradies»³ ergänzte. In der Sparte «Weiterreise» steht bei Battel für Samson S. ein Fragezeichen, während bei vielen anderen jüdischen Flüchtlingen USA, Neuseeland, Israel angegeben ist – auch die Angabe «in CH geblieben» kommt vor.

Erst im Alter von 82 Jahren (und 61 Jahre nach den geschilderten Ereignissen) hat Samson Schönhaus über seine erfolgreiche Flucht geschrieben, mit 88 Jahren publizierte er den Folgeband, fünf Jahre vor seinem Tod im Jahr 2015. «Der Passfälscher» ist ein spannendes geschriebenes Buch, das auch ins Englische, Spanische, Holländische, Polnische und Tschechische übersetzt wurde. Schönhaus lebte die ganze Zeit seit 1943 als Grafiker in und bei Basel in der Schweiz. Die Tatsache, dass Franco Battel Schönhaus' Verbleib nicht herausfinden konnte, Schönhaus' eigenes sehr langes Warten bis zur Publikation seiner Erinnerungen und die Existenz eines umfangreichen Dossiers über Samson Schönhaus im Bun-

1 Battel, Franco: «Wo es hell ist, dort ist die Schweiz» – Flüchtlinge und Fluchthilfe an der Schaffhauser Grenze zur Zeit des Nationalsozialismus. Zürich 2001; weitere Listen verzeichnen 155 jüdische Flüchtlinge, die ausgewiesen oder «ausgeschafft» wurden, und 48, deren Einreisegesuch abgelehnt wurde.

2 Schönhaus, Cioma (Samson): Der Passfälscher – Die unglaubliche Geschichte eines jungen Grafikers, der im Untergrund gegen die Nazis kämpfte. Frankfurt (Main) 2006

3 Schönhaus, Cioma (Samson): Der Passfälscher im Paradies – Das Ende einer unglaublichen Odyssee. Frauenfeld 2010



Oben: Fluchtweg von Samson Schönhaus: Ab Strasse Stutengarten-Ohningen wadete er durch den Nödbach. (Quelle: Swisstopo)

Links: Samson Schönhaus im Jahr 1943 (Bundesarchiv Bern)

desarchiv Bern⁴ haben mich neugierig gemacht. Gab es da irgendein Geheimnis, das es noch zu lüften galt?

Um es vorweg zu nehmen: Das Dossier im Schweizer Bundesarchiv enthält nichts, was im Widerspruch zu Schönhaus' eigener Schilderung steht. Es belegt aber, dass die ersten Jahre in der Schweiz für Schönhaus schwierig waren, dass Schönhaus lange mit der Einstufung als Flüchtling leben musste, der im Prinzip «auszuschaffen» wäre. Der Beschluss der Polizeibehörde des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements vom 10. November 1943 zur Internierung des Flüchtlings Samson Schönhaus im Arbeitslager Lostorf enthält die Formulierung: «Die Ausschaffung ist zurzeit nicht tunlich.»

Die über den Rhein nach Norden hinausragenden Gebietsvorsprünge der Schweiz bei Stein am Rhein und Schaffhausen hatten auch während des «Dritten Reiches» eine offene «grüne Grenze», die zwar patrouilliert wurde, aber nicht durch Stacheldraht oder Grenzbefestigungen gesichert war.⁵ Insofern war die Situation eine völlig andere als zwischen der DDR und Westdeutschland. Eine massive Flucht der deutschen Bevölkerung über die offe-

4 Das Dossier hat die Signatur E4264#1985/196#22584* SCHOENHAUS, SAMSON, 28.09.1922,1943-1955, und enthält über 100 Dokumente.

5 Es gab gewisse Ausnahmen. So war der Spiesshof durch einen Stacheldrahtverhau abgesperrt, der durch Schweizer Zöllner am 22.4.1945 geöffnet wurde, als der Singener stellvertretende Bürgermeister Bäder und der Feuerwehrkommandant Kellhofer dort eintrafen, um über die kampflose Übergabe Singens an die Franzosen zu verhandeln; vgl. Ragenbass, Otto: Trotz Stacheldraht. 1939-1945 – Grenzland am Bodensee und Hochrhein in schwerer Zeit. Konstanz 1985, S. 91. 1944 soll es bei Rielasingen einen 3 km langen Zaun gegeben haben. Allerdings ist die Grenze zwischen Rielasingen und der Schweiz mindestens doppelt so lang; vgl. Probst, Sibylle, und Streit, Gertrud: Arlen – Geschichte eines Hegausdorfes. Singen (Hohentwiel) 1988, S. 129. Nach Schwerensz, Jizchak: Die versteckte Gruppe. Ein jüdischer Lehrer erinnert sich an Deutschland. Berlin 1988, S. 161, war die Grenzlinie südlich der Randenbahn bis 22 Uhr beleuchtet. Allerdings kann es sich dabei auch um die Beleuchtung von Barzheim, einem Schweizer Ort unmittelbar an der Grenze, gehandelt haben.



Der Nödbach an der Stelle, wo Samson Schönhaus das Bachbett betrat, um in die Schweiz zu waten.
(Foto: Verfasser)

ne Grenze in die Schweiz war selbst in den schlimmsten Kriegsjahren nicht zu befürchten.

Zu verhindern war freilich (aus deutscher Sicht) die Flucht von Kriegsgefangenen aus der deutschen Kriegsgefangenschaft, von Zwangsarbeitern und von Juden. Besonders zahlreich waren die französischen Kriegsgefangenen, die es aus dem Raum Singen, wo sie in der Landwirtschaft oder in der Singener Industrie gearbeitet hatten, über die Grenze schafften: zwischen dem 14. Oktober 1939 und dem 5. Oktober 1944 waren es 2'544, also durchschnittlich ein bis zwei pro Tag.⁶ Viele von ihnen hatten wohl mit der Zeit hinreichende Kenntnisse über den Grenzverlauf erlangt. Manche wurden von den Bauernfamilien, wo sie arbeiteten, vielleicht sogar heimlich oder indirekt ermutigt, über die «grüne Grenze» zu gehen, und über den Grenzverlauf beraten. Die Schweiz liess diese französischen Kriegsgefangenen in die unbesetzte Vichy-Zone von Frankreich passieren.

Für die von anderswoher in Deutschland nach Singen angereisten Personen, die den Weg in die Schweiz finden wollten, stellte sich die Situation völlig anders dar. Für sie war das Problem: Wo genau war die Grenze? Wie weit und in welche Richtung musste man gehen? Wie erkannte man die Grenze ausserhalb der offiziellen Grenzübergangsstellen (die natürlich nicht für den Grenzübertritt in Frage kamen, da dort intensiv kontrolliert wurde)? Von der Markierung der Grenze durch grosse Grenzsteine hatten die Angereisten keine Ahnung; und selbst wenn sie sie entdeckten, wie der französische Offizier Pierre Mairesse-

⁶ Battel, a. a. O. 2001, S. 52

⁷ Chancellor, Henry: Colditz – The Definitive History. London 2001, S. 55-58

Lebrun auf dem Schienerberg,⁷ konnten sie sie nicht deuten, weil sie mit den Beschriftungen GB (Grossherzogtum Baden) und CS (Canton Schaffhausen) nichts anzufangen wussten.

Angesichts der Unsichtbarkeit bzw. der schweren Lokalisierbarkeit der Grenze waren insbesondere die in Singen ankommenden Juden auf Hilfe angewiesen. Etliche wussten auf Grund des Fluchthilfenetzwerkes um Luise Meier (Berlin), an wen sie sich in oder bei Singen wenden konnten, um den Weg über die Grenze gezeigt zu bekommen. Namentlich das Ehepaar Höfler in Gottmadingen spielte dabei eine wichtige Rolle.⁸ Jizchak Schwersenz kam im Februar 1944 aus Berlin nach Singen und wurde von Bauern, die ihn in Singen abholten und mit ihm die Randenbahn bis Beuren am Ried fuhren, bei Büsslingen/Hofen SH über die Grenze gelotst. Das dafür fällige Entgelt betrug 6'000 RM, das er jedoch in Kleidern und Wertgegenständen bezahlen konnte. Die Flucht wurde 1986 mit dem aus Palästina angereisten Jizchak Schwersenz rekonstruiert und verfilmt.⁹

Besonders bekannt ist der Fall der Berliner Jüdin Käthe Lasker, die sich in ihrer Ratlosigkeit, wie sie über die Grenze kommen könnte, an den Singener Stadtpfarrer August Ruf wandte. Dieser vermittelte ihr den Kontakt mit Eugen Weiler, den Pfarrer von Wiechs am Randen, der sie am 21. Mai 1942 an die Grenze beim Ferienhaus Büthenhardt führte. Durch eine Indiskretion eines Schweizer Grenzwächters gegenüber seinem deutschen «Kollegen» kam es wenig später zur Verhaftung und Deportation von Eugen Weiler ins KZ Dachau und im Oktober 1943 zur gerichtlichen Verurteilung von August Ruf.¹⁰

Eine relativ kleine Gruppe von alliierten Offizieren, die aus dem Hochsicherheits-Kriegsgefangenenlager Colditz in Sachsen fliehen konnten, wussten bei ihrer Ankunft in Singen genau, welchen Weg sie in die Schweiz zugehen hatten, nämlich die sogenannte «Singen Route»; sie waren auf keinerlei fremde Hilfe angewiesen.¹¹

Und auch Samson Schönhaus schaffte es ganz alleine. Genau wie die alliierten Offiziere hatte er gefälschte, echt aussehende Papiere und verfügte über genaue Ortskenntnisse. In Berlin hatte er sich nämlich in einem Geschäft für Landkarten problemlos Messstischblätter für die Grenzregion bei Singen besorgen können.

8 Düring, Marten: Verdeckte soziale Netzwerke im Nationalsozialismus. Die Entstehung und Arbeitsweise von Berliner Hilfsnetzwerken für verfolgte Juden. Berlin, 2015, S. 90 ff, sowie Frei, Alfred Georg: Als Grenzen tödlich waren. Fluchthilfe aus dem ‚Dritten Reich. In: Allmende 34/35, 1992, S. 116-129. Eine ausführliche Schilderung eines Grenzübertritts mit Hilfe von Ehepaar Höfler findet sich in Strauss, Lotte: Über den grünen Hügel – Erinnerungen an Deutschland. Berlin 1997, S. 155-168. Eine weitere in Strauss, Herbert A.: Über dem Abgrund – Eine jüdische Jugend in Deutschland 1918-1943. Berlin 1999, S. 333-335.

9 Jizchak Schwersenz hat selbst seine Flucht geschildert, vgl. ders., a. a. O. 1988, S. 154-166.

10 Eine relativ ausführliche Darstellung des Falles Käthe Lasker findet sich in Kappes, Reinhold: «... Und in Singen gab es keine Juden?» Eine Dokumentation. Sigmaringen 1991, S. 82 ff. Das Dossier Käthe Lasker im Schweizer Bundesarchiv Bern hat die Signatur E4264#1985/196#3148* LASKER-MEYER, KATHARINA (KAETHE SARA). 13.12.1889. 1942-1949

11 Siehe dazu Ruft, Reiner: «The Singen Route» – Fluchtwege alliierter Offiziere über Singen in die Schweiz. In: HEGAU 73, 2016, S. 263-278

VIII. Ausreisemöglichkeit

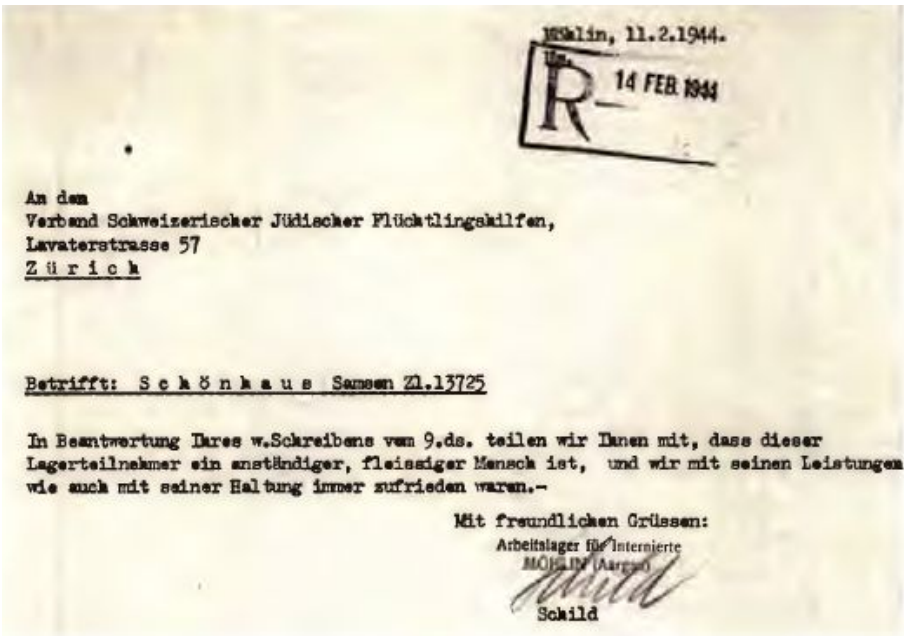
VIII. Possibilité d'émigration

1. Aus welchen Gründen haben Sie Ihren Heimatstaat verlassen und können nicht dorthin zurückkehren?
 Pour quels motifs avez-vous quitté votre Etat d'origine et pourquoi ne pouvez-vous pas y retourner?

a) Glauben Sie wegen politischer Tätigkeit oder politischer Gesinnung verfolgt zu sein?
 Croyez-vous être poursuivi à raison de votre activité ou de vos idées politiques?

WEIL ICH AUS POLITISCHEN GRÜNDEN NACH POLEN
 DEPORTIERT, D. H. UMGEBRACHT, WERDEN SOLLTE.

Der Fragebogen, auf dem Schönhaus zwei Tage nach Ankunft in der Schweiz den Grund für seine Flucht angab. (Bundesarchiv Bern)



Zeugnis für Schönhaus vom Februar 1944, «dass dieser Lagerteilnehmer ein anständiger, fleissiger Mensch ist». (Bundesarchiv Bern)

«Schräg gegenüber vom Preussischen Staatstheater am Gendarmenmarkt fällt mir ein Geschäft auf. Im Schaufenster liegen Landkarten. Ich stelle mein Fahrrad neben die Tür und gehe in den Laden. Auf einer Leiter steht der Verkäufer vor einem grossen Regal mit vielen Fächern. Vor der Verkaufstheke warten die Kunden in einer langen Schlange. Jedes Fach hat eine Nummer. An der Wand hängen drei grosse Deutschlandkarten. Die Karten sind quadriert und nummeriert. 1:25'000 steht auf der einen und auf den anderen 1:50'000 und 1:100'000.



Samson Schönhaus im Jahr 1948

Die in der Warteschlange haben sich die Nummern der von ihnen gewünschten Karten notiert. Und wer an der Reihe ist, ruft dem Mann auf der Leiter seine Nummer laut zu. Von oben herab tönt es zurück: ‚Ist da, ist da, ist da.‘ Und wer die Nummern raufgerufen hat, kann seine Landkarten entgegennehmen. Dann wird an der Kasse bezahlt. Das ist alles. Ich komme dran. Ich rufe alle Planquadratnummern der Generalstabskarten 1:25'000 rund um die Schweizer Grenze auf. Und, als das gut geht, verlange ich noch die Nummern der Strassenkarten 1:100'000 von Berlin bis zur Schweizer Grenze. Von oben tönt es herab wie bei den anderen: ‚Ist da, ist da, ist da.‘¹²

So entschied sich das Schicksal von Samson Schönhaus in einem Landkartengeschäft am Berliner Gendarmenmarkt, denn eine der von ihm erworbenen Karten lieferte

ihm die nötige Ortskenntnis über Verhältnisse an der Grenze zwischen Öhningen und Stein am Rhein.

Er durchquerte ganz Deutschland von Berlin bis in den Hegau mit dem Fahrrad, und nachdem er in Öhningen am Stuttgarter Hof (heute: Stutengarten) vorgespochen hatte und einem deutschen Grenzposten seinen gefälschten deutschen Wehrpass gezeigt hatte, entdeckte er auf dem Weg hinunter ins Dorf den Bach, von dem er auf Grund seines Kartens Studiums wusste, dass er in die Schweiz floss und dort in einen Weiher mündete. Er watete ihn entlang und kam so in die Freiheit.

Die ganze Geschichte enthält noch mehr Details und ist komplizierter, als in diesem Resümee in Kürze dargestellt werden kann. Die Lektüre des gesamten Buches sei wärmstens empfohlen.

Für die lustige Anekdote, wonach ein Schweizer Grenzsoldat am 4. Oktober 1943 morgens Samson Schönhaus in seiner Haftzelle aufsuchte und um eine Korrektur der Zeitangabe für den Grenzübertritt auf eine spätere Uhrzeit, als im Protokoll vermerkt, bat (da er, der Grenzsoldat, am Vortag bis 18 Uhr Dienst hatte),¹³ findet sich im Berner Archivmaterial kein Beleg. Zwei Tage nach Schönhaus' Ankunft in der Schweiz musste er in Schaffhausen einen umfangreichen Fragebogen ausfüllen und machte darin zu den Gründen seiner Flucht die Angabe: «Weil ich aus politischen Gründen nach Polen deportiert, d.h. umgebracht, werden sollte.»

Ebenso wie Jizchak Schwersenz, der erst im Februar 1944 erfolgreich in die Schweiz floh, war Samson Schönhaus bewusst, dass die Schweiz durchaus auch Juden nach

12 Schönhaus, a. a. O. 2006, S. 202-203

13 Schönhaus, a. a. O. 2010, S. 10

5. Sofern Sie nicht nach Deutschland/Österreich zurückkehren wollen: Wohin beabsichtigen Sie weiterzuwandern?

NACH BEENDIGUNG MEINER BERUFS-AUSBILDUNG HABE ICH DIE
MÖGLICHKEIT NACH U.S.A. ODER NEW-ZEALAND, AUSZUWANDERN

Was haben Sie bisher hierfür unternommen?

MICH MIT MEINEM VETTER IN U.S.A. UND MEINEN FREUNDEN
IN NEW-ZEALAND, IN VERBINDUNG GESETZT.

Datum: 6. SEPT. 1945

Unterschrift: SAMSON SCHÖNHAUS

Ausschnitt aus dem Fragebogen, den Schönhaus nach Kriegsende ausfüllen musste. (Bundesarchiv Bern)

ICH VERLIESS AM 6. 9. 1943. BERLIN, MIT DEM VELO,
UM IN DIE SCHWEIZ ZU GELANGEN.
AM 3. 9. 1943. ERREICHTE ICH, WIDER ALLES ERWARTEN
VOLLKOMMEN DURCHNÄST BEI STEIN AM RHEIN SCHWEIZERBODEN.

SAMSON SCHÖNHAUS

Ausschnitt aus einem Lebenslauf, der mit Schönhaus' Flucht in die Schweiz endet. (Bundesarchiv Bern)

Deutschland zurückschickte.¹⁴ Dieser Gefahr wollte er mit seiner Formulierung unmissverständlich entgegenreten.

Ein halbes Jahr später ist Schönhaus «Lagerteilnehmer» im Arbeitslager für Internierte in Möhlin (Aargau). Dort wird ihm das Zeugnis ausgestellt, «dass dieser Lagerteilnehmer ein anständiger, fleissiger Mensch ist, und wir mit seinen Leistungen wie auch mit seiner Haltung immer zufrieden waren».

Kaum war der Krieg vorbei, da wollte die Schweiz im August 1945 von Schönhaus wissen, ob er denn nicht wieder nach Deutschland zurückkehren wolle. In Frage 5 wird «weitergebohrt»: Wenn schon eine Rückkehr nach Deutschland nicht in Frage kommt, wohin soll es denn dann gehen? Schönhaus antwortet: «Nach Beendigung meiner Berufsausbildung habe ich die Möglichkeit, nach den U.S.A, oder New-Zealand auszuwandern.» Was

14 Laut Battel, a. a. O. 2001, S. 349-353, gab es zwischen dem 1.1.1938 und dem 8.5.1945 insgesamt 155 Fälle von Juden, die an der Grenze zurückgewiesen oder «ausgeschafft» wurden, wobei der späteste Fall am 4.4.1943 bei Barga war (die 19-jährige Gisela L.-M.).

er dafür unternommen habe? Schönhaus: «mich mit meinem Vetter in U.S.A, und meinen Freunden in New-Zealand in Verbindung gesetzt». Eine Frage, ob die befragte Person in der Schweiz bleiben will, sucht man in dem Formular vergeblich.

Fast drei Jahre später, also 1948, bekommt Schönhaus eine auf dreieinhalb Monate befristete «Toleranzbewilligung». Die Aufnahme einer Arbeit ohne vorherige behördliche Genehmigung wird ihm untersagt.

Um für 14 Tage zu einem Studienaufenthalt nach Italien reisen zu können, beantragt Schönhaus im September 1948 einen «Identitäts- oder Nansen Ausweis oder einen Reise-Ausweis gemäss Abkommen vom 15. Oktober 1946». Im Beantragungsformular wird gefragt: «Warum kehren Sie nicht in Ihren Heimatstaat oder letzten Aufenthaltsstaat zurück?» Seine Antwort lautet: «Weil mich mit Deutschland nur noch schreckliche Erinnerungen verbinden.»

Nochmals vier Jahre später beantragt Schönhaus im Juni 1952 einen «Pass für Ausländer» und benötigt dafür ein polizeiliches Führungszeugnis («Auszug aus dem Strafregister»). Aus dem Formular geht hervor, dass er verheiratet ist, aber der Name seiner Frau fehlt.

1955, also 12 Jahre nach seinem Eintreffen in der Schweiz, beantragt er abermals einen Pass für Ausländer. Dann endlich, am 13. Dezember 1956, wird er zum «Baslerbürger» und damit wohl auch zum Schweizer, auch wenn ein Dokument vom 19. Dezember 1956 ihn immer noch «staatenlos» bezeichnet.

Das letzte Dokument im Dossier des Bundesarchivs Bern ist aus dem Jahr 1958 und belegt, dass er aus Deutschland eine «Wiedergutmachungszahlung» von 6'708 Franken bekommen hat. Das Dossier enthält einen undatierten, im Lager Möhlin (Aargau) geschriebenen Lebenslauf, der mit Samson Schönhaus' Ankunft in der Schweiz endet. Dabei verwendet er schon Schweizer Vokabular («Velo»), verschreibt sich aber bei den Daten, denn er legt seine Ankunft in der Schweiz zeitlich vor seine Abfahrt aus Berlin: «Ich verliess am 6.9.1943 Berlin, mit dem Velo, um in die Schweiz zu gelangen. Am 3.9.1943 erreichte ich, wider alles Erwarten, vollkommen durchnässt bei Stein am Rhein Schweizerboden.»

Die «Funkmessstelle Lori» – Eine Kriegsgeschichte aus dem nordöstlichen Hegau

Von Christian H. Freitag, Hohenfels

Kaum einem Benutzer der Landstrasse 194 von Hohenfels nach Pfullendorf dürfte das bei Ruhestetten gelegene Feldgrab aus dem Zweiten Weltkrieg auffallen: eine kleine Waldlichtung am Strassenrand, ein Karree mit etwas Bepflanzung, ein Stahlhelm und ein schlichtes Steinkreuz.

Die Inschrift auf dem Kreuz lautet: «Die Offiziere Ferdinand Pledl, geboren am 12. Juli 1913, und Rudolf Friebus, geboren am 18. Mai 1920, fielen am 22. IV. 1945. Sie wurden hier zur ewigen Ruhe gebettet.» Doch was waren die Umstände, die noch so kurz vor Kriegsende zum Tod dieser beiden Männer führten? Hierüber soll im Folgenden berichtet werden.

Luftkrieg

Ende 1941 traten die Vereinigten Staaten in den Zweiten Weltkrieg ein. In der Folge nahmen die alliierten Luftangriffe auf Deutschland und die von ihm besetzten Gebiete erheblich zu. Amerikanische und britische Bomberverbände flogen immer heftiger werdende Tages- und Nachtangriffe auf Städte und Industrieanlagen. Ab Mitte 1943 wurde auch die Stadt Friedrichshafen, wo bedeutende Waffenfabriken und Zulieferbetriebe (wie die Dornier-, die Zeppelin- und die Maybachwerke) konzentriert waren, zu einem wichtigen Ziel des strategischen Luftkriegs.¹

In den ersten Kriegsjahren war es der deutschen Seite noch als ausreichend erschienen, die eigenen und gegnerischen Flugbewegungen durch sogenannte Flugwachen optisch und akustisch zu verfolgen, um so einen Überblick über die jeweilige «Luftlage» zu haben. Angesichts der ab Mitte 1942 intensiver werdenden Bombardements durch die Alliierten sah man sich jedoch gezwungen, den Auf- und Ausbau eines effizienten Flak- und Radarsystems zu forcieren.

Aufgabe dieses sich über grosse Teile von West- und Mitteleuropa erstreckenden Flugabwehrnetzes war es, mit Hilfe von neuentwickelten Flugmessgeräten die anfliegenden Bomber in ihren Bewegungen zu beobachten, um so Abwehrjäger gezielt an die gegnerischen Maschinen heranführen zu können («Jägerleitradar»). Gleichzeitig wurden die ermittelten Messwerte an die jeweiligen Flak-Einheiten in der Region weitergegeben («Feuerleitradar»).

1 Hug-Biegelmann, Raimund: Friedrichshafen im Luftkrieg 1939-1945. Friedrichshafen 2003; Willbold, Hans: Der Luftkrieg zwischen Donau und Bodensee. Bad Buchau 2009

In diesem Zusammenhang ist der Bau und Betrieb einer solchen Funkmessstelle im Hohener Land im nordöstlichen Hegau zu sehen, die bei der Beobachtung und für die Sicherung des strategisch bedeutsamen Bodenseeraums eine wesentliche Rolle spielte.²

Lori

Schon mit Kriegsbeginn 1939 war hier eine der erwähnten Flugwachen eingerichtet worden, die den sich vom 715 m hohen Josenberg bei Kalkofen bietenden Weitblick zur Luft- raumbeobachtung nutzte.

Im Frühjahr 1942 begannen nur wenige hundert Meter weiter westlich des Josenbergs an der Kreisstrasse zwischen Kalkofen und Deutwang die Arbeiten zum Bau einer Radarstellung – ohne dass die Grundstückseigner vorab informiert worden wären. Die Stellung war als Teil des sogenannten «Kammhuber-Riegels» gedacht, eines grosse Teile West- und Mitteleuropas umfassenden Luftverteidigungssystems.

Der Standort dieser Radarstation war von den Planern der Luftwaffe geschickt gewählt worden. Zum einen lag er in einer der bevorzugten Einflugschneisen alliierter Verbände, zum anderen gab es nach Westen hin eine leichte Bodenwelle im Gelände. Dies entsprach genau den technischen Vorgaben für eine optimale Positionierung von Funkmessgeräten: «Die Anlage ist nach Möglichkeit in einer leichten Bodensenke oder an einem leicht geneigten Hang aufzustellen. [...] Im Gegensatz zur Aufstellung auf ebenem Gelände hat dies den Vorteil geringerer Anstrahlung der Bodennahziele.»³

Insgesamt lagen also günstige Bedingungen vor, um von hier aus Flugzeuge im umgebenden Luftraum zu beobachten und die ermittelten Angaben, vor allem über Flughöhe und Flugrichtung, an den zentralen Luftgefechtsstand für Süddeutschland, die Leitstelle «Mino-taurus» in München-Schleissheim, weiterzuleiten.

Unter strikter Geheimhaltung errichtete die Firma Bertazon & Kurz aus Stetten am kalten Markt zunächst mehrere Baracken als Wohnunterkünfte für die Bedienungsmannschaften, für Küche, Lagerraum und Kantine sowie für die Diensträume der Nachrichten-zentrale. Zudem wurden eine Brunnenanlage, ein Hochbehälter, eine Kläranlage und ein Kohlebunker angelegt sowie eine Transformatorenstation und eine Telefonzentrale installiert. Das Areal wurde mit einem Drahtzaun eingezäunt und durch eine Wache gesichert.

Riesen

Mit einigem Abstand zu den Gebäuden wurden auf Betonsockeln in den errechneten Positionen vier Radaranlagen installiert: je zwei «Freyja»- und «Würzburg-Riesen»-Geräte – letztere von modernster Bauart mit einem Antennendurchmesser von über sieben Metern. Die Geräte ermöglichten es, durch ein komplexes Zusammenwirken die der Stellung zuge-

2 Trenkle, Fritz: Die deutschen Funkmessverfahren bis 1945. Heidelberg 1987

3 Zit. aus dem Werkstattbuch für das Funkmessgerät «Würzburg Riese»: Technische Merkblätter E01-6g/1944



Soldatengrab bei Ruhstetten (Foto: Verfasser)

ordnete «Luftverteidigungszone nordwestlicher Bodenseeraum» weiträumig zu überwachen.⁴

Ein Grossscheinwerfer mit eigenem Stromgenerator diente zur Unterstützung der in diesem Raum operierenden Nachtjagdmaschinen. Zur Eigenverteidigung war eine 20 mm-Flak, ein Deckungsgraben sowie Splitterschutzwälle für Gerät und Gebäude vorhanden.

Besetzt war die Stellung, die ab Fertigstellung unter dem Tarnnamen «Lori» operierte,⁵ mit etwa 20 speziell ausgebildeten Angehörigen des Luftnachrichtenregiments 227 sowie 40 sogenannten Luftwaffenhelferinnen. Die Anlage wurde im Schichtbetrieb rund um die Uhr einsatzbereit gehalten. Zwei PKW und ein LKW stellten Mobilität und Versorgung sicher. Zusätzlich wurde ein Pferdegespann bereitgehalten, das auf dem nahegelegenen Leute-Hof untergebracht war.

4 Zur Technik und Taktik deutscher Luftabwehrmassnahmen siehe Bauer, Arthur O.: Deckname «Würzburg». Ein Beitrag zur Erhellung der Geschichte des geheimnisumwitterten deutschen Radargeräts 1937-1945. Herten 1966, sowie Overy, Richard: The Bombing War. Europe 1939-1945. London 2013, besonders S. 275, 332 und 363

5 Warum und von wem der weibliche Kosenamen «Lori» als Stationskennung gewählt wurde, ist nicht mehr festzustellen. Die Namen anderer Stellungen waren in der Regel wesentlich prosaischer, z.B. Laubfrosch, Stachelschwein, Hornisse u. ä.; vgl. hierzu die Stationenkarte in Bauer, a. a. O. 1966, S. 127

Alltag

Ungeachtet aller offiziell verordneten Geheimhaltung, trotz mehrerer an der Stellung aufgestellter Warningschilder sowie einer zusätzlichen Wache an der Kreisstrasse kam es mit der Zeit natürlich doch zu Kontakten zwischen dem «Lori»-Personal und der Zivilbevölkerung.

So wurde die Stellung zum einen von den umliegenden Dörfern und Höfen mit Dienstleistungen und Grundnahrungsmitteln versorgt, zum anderen wanderten z.B. die Abfälle aus der Kantine in die Mägen von Kalkofer Schweinen. Gern tauschten Soldaten auch Marketerwaren gegen Milch und Obst der Bauern. Ausserhalb der Dienst- und Alarmzeiten nutzten die Kinder vom Leute-Hof das neben ihrem Wohnhaus auf einem Drehgestell montierte Radargerät als Karussell.

Die Ortsansässigen erhielten nach einiger Zeit sogar Zutritt zu den Veranstaltungen der Truppenbetreuung, wobei die Filmvorführungen im Esssaal ganz besonderen Zuspruch fanden.⁶ Auch mag sich hier manch' Herz zu Herz gefunden haben...

Bomben

Die in der Stellung eingesetzten Geräte wurden regelmässig dem neuesten Stand der Technik angepasst, insbesondere auch, um Störversuchen der Alliierten entgegenzuwirken, die u.a. durch den Abwurf von reflektierenden Staniolstreifen die Radargeräte zu irritieren und Messungen zu behindern suchten.

Ab Sommer 1943 kam es vermehrt zu Luftangriffen auf Friedrichshafen. Bis Februar 1945 wurden 11 Grossangriffe, darunter auch verheerende, die Zivilbevölkerung treffende Flächenbombardements registriert. Die Bomberpulks, die zunächst von Flugplätzen in Grossbritannien, später auch aus Italien kamen, flogen meistens über Messkirch aus nordwestlicher oder über Stockach aus westlicher Richtung ein.

Die Stellung «Lori», die dabei vielfach überflogen wurde, spielte eine bedeutende Rolle bei der Koordinierung der Flugabwehr im Bodenseeraum. Der Einsatz immer grösserer alliierter Bomberströme einerseits und die auf deutscher Seite immer drückender werdenden Material- und Personalengpässe andererseits führten allerdings in den letzten Kriegsmonaten dazu, dass «Lori» die eher passive, aber durchaus effektive Funktion eines Frühwarnsystems bei drohenden Luftangriffen zukam. Hierfür dürften vor allem die zwei «Würzburg-Riesen», die ja sehr weitreichende Parabolspiegel besaßen, besonders geeignet und hilfreich gewesen sein.

Früher oder später musste «Lori» natürlich ins Visier der alliierten Luftaufklärung geraten. Dies legen mehrere offensichtlich auf die Stellung fokussierte Fotos der USAAF na-

6 Nach Auskunft des Bundesarchivs/Militärarchivs in Freiburg (Breisgau) ist kein die Stellung «Lori» betreffendes Schriftgut erhalten geblieben (Schreiben MA 5-2004 / D-4691). Die hier gemachten Angaben basieren auf Zeitzeugenaussagen und Aufzeichnungen, die der Kalkofer Altbürgermeister Richard Haidlauf in den Jahren 1992/93 zusammengetragen hat (Manuskript im Archiv d. Verf.). Teile dieses Materials wurden veröffentlicht in: Kalkofen und Hohenfels – eine ortsgeschichtliche Sammlung. Hohenfels 2000, S. 183-185. Ergänzende Befragungen wurden durch den Verfasser im Jahre 2017 durchgeführt.

Geheim!

Werkstattbuch Nr. 069 *	FuSE 65 Allgemeine Angaben	E 02-2
----------------------------	-------------------------------	--------

XI/43

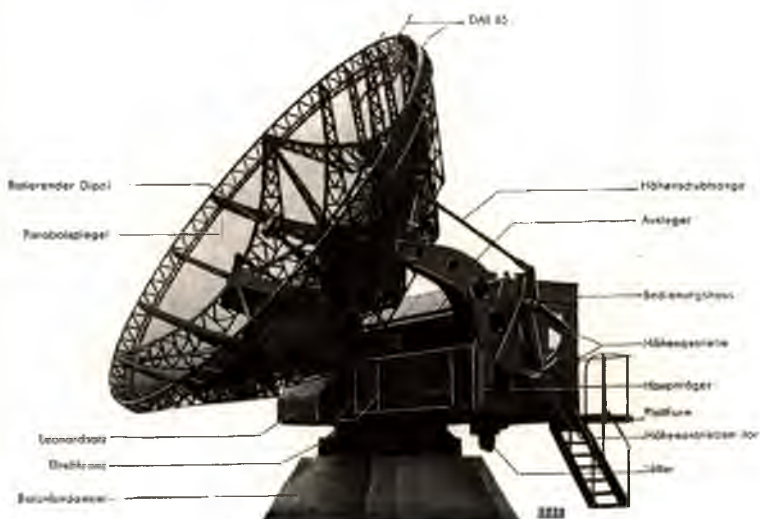
Anwendung

Funk-Meßgerät für Entfernungsmessung, Höhen- und Seitenpeilung (Feinpeilung) mit gegenüber FuSE 62 auf etwa das Doppelte erhöhter Reichweite. Ortsfeste Anlage.

Fahrbare Anlage FuSE 65 E s. Blatt E 02-11.

Schaltung

- Hochfrequenzanlage ähnlich wie FuSE 62 geschaltet. Zwei E-Meßbereiche, durch Frequenzteiler In 20 333 umschaltbar.
- Seitenantrieb des Drehstandes und Kippantrieb des Parabolspiegels motorisch. Näheres hierüber s. Blatt F 051-1.
- Drehfeld-Gebereinrichtung (SAM) zur kontinuierlichen Weitergabe der Meßwerte
- Fernsprechanlage.



Seitenansicht des Funk-Meßgerätes FuSE 65
(Parabolspiegel etwas angehoben)

he.⁷ Die Aufmerksamkeit alliierter Stellen wurde wohl auch zusätzlich noch dadurch auf die Region gelenkt, dass Ende 1944 beim US-Geheimdienst («Office of Strategie Services») zwei Informantenberichte eingingen, in denen von einer Fertigungsstätte für Waffenteile und Flugzeugkomponenten in der Nähe von Liggersdorf/Ratzenweiler/Mindersdorf die Rede war.⁸

Ob die vereinzelt Luftangriffe in der Gegend nun gezielte, vielleicht auch speziell für die Stellung «Lori» bestimmte Bombenabwürfe waren, oder ob es sich hierbei nur um Notabwürfe aus angeschossenen bzw. vom Kurs abgekommenen Bombern handelte, lässt sich rückblickend nicht mit Sicherheit sagen.⁹

Tote

Nach Überquerung des Rheins rückten im Frühjahr 1945 alliierte Truppen immer schneller in Südwestdeutschland vor. Am 21. April überschritten französische Einheiten die Donau zwischen Donaueschingen und Tuttlingen und erreichten Stockach. Von einem durchgehenden Frontverlauf, gar einer geschlossenen Kampflinie konnte inzwischen nicht mehr gesprochen werden. Deutsche Truppenreste lieferten sich mit den Alliierten allenfalls noch hinhaltende Rückzugsgefechte.

Auch in der Stellung «Lori» war jetzt klar, dass das Ende unmittelbar bevorstand. Eine Evakuierung der Apparaturen und der Ausrüstung – so wie es vorher bei anderen Anlagen des «Kammhuber-Riegels» noch praktiziert worden war – kam unter den prekären Umständen nicht mehr in Frage. Freilich sollten die hochmodernen Geräte ebenso wie militärisch vertrauliches Schriftgut natürlich nicht in die Hände der bald zu erwartenden Alliierten fallen.

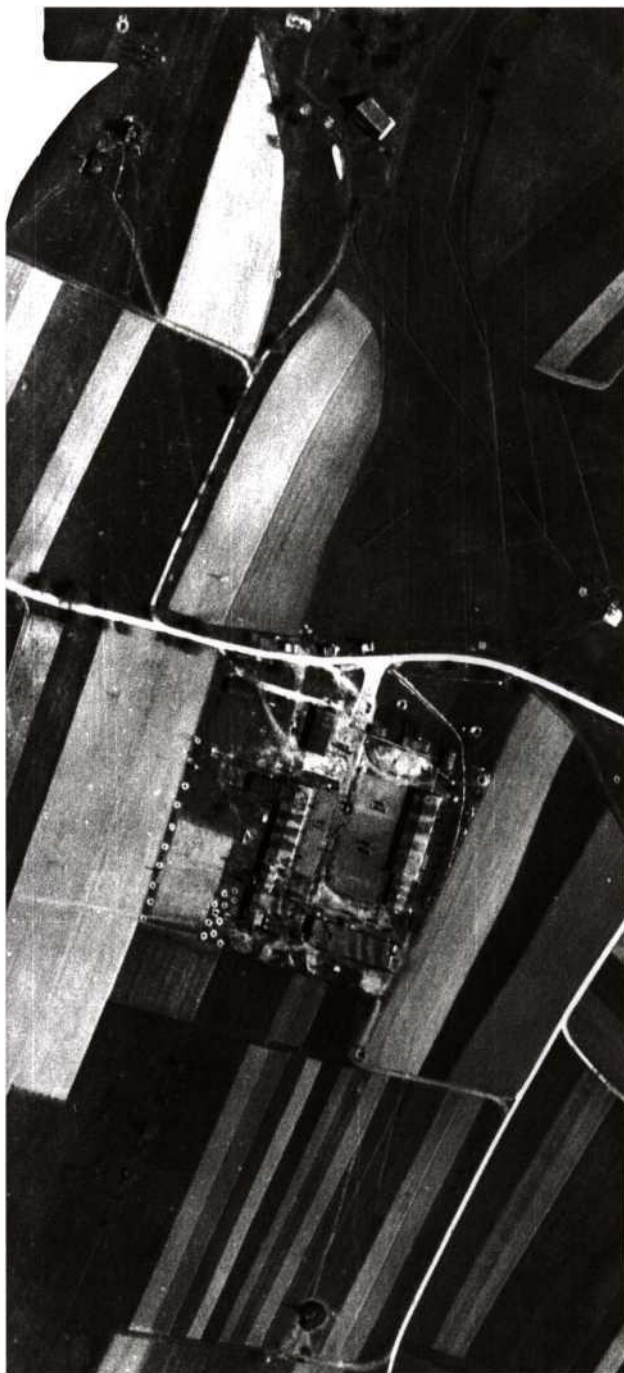
Am Vormittag des 22. April erschienen, per Motorrad aus Ulm kommend, zwei Soldaten im Offiziersrang in der Stellung: Leutnant Rudolf Friebus und der «Technische Inspektor» Ferdinand Pledl. Die beiden hatten den Auftrag, eine kontrollierte Zerstörung der Stellung in die Wege zu leiten. Das Vorhaben kam an diesem Tag allerdings nicht zur Ausführung – aus welchen Gründen auch immer. Jedenfalls machten sich Friebus und Pledl gegen 14 Uhr auf den Rückweg nach Ulm. Sie befuhren zunächst die damalige Landstrasse 457 (heute L 194) in Richtung Pfullendorf.

Was sie in Anbetracht der unübersichtlichen militärischen Lage nicht wissen konnten: Etwa 5 km von der Stellung entfernt waren gerade zu diesem Zeitpunkt, als die beiden Offiziere sich dem Weiler Ruhestetten näherten, etwa 15 Mann einer französischen Einheit, aus nordwestlicher Richtung von Sentenhart herkommend, bis an die Landstrasse 457 vorgestossen. Hinter einer Kurve hatten sie mit ihrem Panzerfahrzeug die Strasse gesperrt –

7 vgL die entsprechende Abbildung in diesem Beitrag. Zwei weitere alliierte Luftbilder, auf denen die Stellung gut zu erkennen ist, in: Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Q/36, Bü 188, Nr. 3052 u. 3053

8 siehe die diesbezüglichen Berichte in: National Archives (London), AIR 51/229/2458 (Liggersdorf) sowie AIR 51/229/2677 (Ratzenweiler/ Mindersdorf)

9 zu Bombenabwürfen im Hohenfelser Land siehe: Staatsarchiv Sigmaringen, Ho 199, Nr. 67 sowie Willbold, a. a. O. 2009, S. 250. Was es mit den beiden Meldungen über angebliche Waffenproduktion auf sich hatte, ist unklar. Weitere Hinweise bzw. Belege aus anderen Quellen liessen sich nicht ermitteln.



Alliierte Luftaufnahme der Stellung «Lori», ca. April 1945; gut zu erkennen die hufeisenförmig angeordneten Barackenbauten (Dächer mit Tarnanstrich) sowie eine Vielzahl von Ein-Mann-Deckungslöchern zum Schutz der Mannschaften vor Luftangriffen bzw. Tieffliegerbeschuss. In einigerem Abstand zum Lager sind oben und unten zwei der Radaranlagen zu erkennen. Abdruck mit Genehmigung des Landesamts für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg, 03.2017 (Az.: 2851.3-A/984)

ihre Vermutung war, dass sich in dem nahegelegenen Waldstück Einheiten der Waffen-SS verborgen hielten.

Angesichts der Strassensperre versuchten Friebus und Pledl, zu Fuss über die Felder zu fliehen. Sie wurden angerufen und zum Stehenbleiben aufgefordert, was sie allerdings nicht befolgten. Daraufhin eröffneten die französischen Soldaten das Feuer. Beide Männer wurden auf der Stelle getötet. Die in unmittelbarer Nähe wohnende Familie Keller wurde Zeuge dieser Ereignisse.¹⁰ Die Kellers veranlassten die Beisetzung der beiden Gefallenen in einem Feldgrab nahe der Stelle, wo sie erschossen worden waren.

In den folgenden Jahren übernahm die Familie Keller, später dann die benachbarte Familie Bohler die Pflege der Grabstelle, die zunächst nur mit einem schlichten Birkenkreuz markiert war. 1958 wurde das Grab durch ein Natursteinkreuz gekennzeichnet und mit Granitplatten eingefasst. Diese Massnahmen wurden durch das Regierungspräsidium Tübingen und den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge veranlasst und finanziert.¹¹ Seit 2012 wird die Grabstätte im Rahmen einer Patenschaft von der «Reservistenkameradschaft Oberer Linzgau» erhalten und gepflegt.

Sprengung

Doch zurück zum April 1945. In der Stellung «Lori» musste man nun stündlich mit dem Erscheinen französischer Truppen rechnen. In den frühen Morgenstunden des 23. April entschloss man sich schliesslich, so wie vorgesehen, alle technischen und baulichen Anlagen zu sprengen und die Reste in Brand zu stecken.

Eine Zeitzeugin, die das Geschehen von Schloss Hohenfels aus verfolgte, berichtete später: «In der Nacht [...] fing ein wahnsinniges Donnern und Krachen an, der ganze Himmel war rot, so dass wir annehmen mussten: jetzt werden wir erobert. Bald aber erfuhren wir durch eine telefonische Meldung, dass es sich nur um Sprengungen der bei Liggersdorf gelegenen Stellung handele. Am nächsten Tag erfuhren wir, dass man grosse Mengen von Lebensmitteln, Fleisch- und Fischkonserven, Speck und Würsten in die Luft gesprengt hatte!»¹²

Das männliche «Lori»-Personal zog nach der Sprengung in Richtung Allgäu ab, die meisten Nachrichtenhelferinnen suchten ein Unterkommen auf den benachbarten Höfen oder in den Dörfern. Obwohl die Stellung nun in Schutt und Asche lag, holten in den folgenden Tagen beherzte Anwohner noch allerlei Brauchbares aus den Trümmern – nach fünf Mangeljahren des Krieges war manches, das sich aus den Überresten bergen liess, hochwillkommen.

¹⁰ ein ausführlicher Bericht zu diesen Vorgängen in: Mitteilungsblatt der Gemeinde Wald, Jahrgang 1990, Nr. 17

¹¹ Staatsarchiv Sigmaringen, Wü 42, T97, Nr. 87

¹² Zitiert aus einem Bericht der Salemer Lehrerin Irmgard Baum: «Die ersten Wochen nach Kriegsende» (Manuskript im Archiv des Verfassers)



Bodenfunde am ehemaligen Standort der Stellung «Lori» (Foto: Verfasser)

Einmarsch

Am Nachmittag des 24. April rückte eine französische Panzereinheit aus Stockach über die Kalkofer Steige kommend in Kalkofen ein. Noch tags zuvor hatten SS-Angehörige aus Radolfzell in Stockach ein Massaker unter den dort befindlichen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern (unter ihnen auch Franzosen) angerichtet. Das Wissen um diese Kriegsverbrechen führte zu einer tiefen Verbitterung und Gereiztheit unter den französischen Soldaten, «die auf alles schossen, was irgendwie verdächtig war» – so der Kalkofer Alt-Bürgermeister Richard Haidlauf später in einem Bericht.¹³ In dieser angespannten Situation wurde beim Einmarsch in Kalkofen bedauerlicherweise ein unbeteiligter Zivilist angeschossen, der kurze Zeit später seinen Verletzungen erlag.

Reste

Die französischen Truppen interessierten sich offenbar nicht weiter für die Reste von «Lori» – sie liessen sie buchstäblich links liegen und setzten ihren Vormarsch in Richtung Pfullendorf fort.

¹³ Kalkofen und Hohenfels, a. a. O. 2000, S. 183

In den Nachkriegsjahren versuchten die Besitzer der betroffenen Grundstücke mehr schlecht als recht, auf ihren Feldern die Trümmer von «Lori» zu beseitigen, um die Flächen wieder landwirtschaftlich nutzen zu können. Von staatlicher Seite wurden sie hierbei nicht unterstützt oder hierfür entschädigt. Einer der Betroffenen, Landwirt Leute, verstand es allerdings wenigstens in einer Hinsicht, aus der Not eine Tugend zu machen, indem er den auf seinem Feld stehengebliebenen Hochbehälter über viele Jahre als Rübenlager umnutzte.

Ab den 1960er Jahren schliesslich wurden auf Initiative des Amtes für Verteidigungslasten in Freiburg (Breisgau) nach und nach auch die letzten im Gelände verbliebenen Betonsockel und Fundamente gesprengt. Der dabei anfallende Schutt wurde weitgehend für den Wegebau in der Nähe verwendet.

Quasi als Glücksfall für die Grundstückseigner erwies es sich später, dass die Rohrleitung der Bodensee-Wasserversorgung von Sipplingen in den Raum Stuttgart genau durch das ehemalige «Lori»-Gelände führte, sodass im Rahmen der Trassierungsarbeiten auch letzte dort noch vorhandene Überreste beseitigt werden mussten. Von der Stellung «Lori» blieb also praktisch nichts – ausser etlichen Steinbrocken, Scherben und Schrottteilen, die heute noch im Gelände herumliegen.

Als steinerner Zeuge hält das Soldatengrab bei Ruhestetten die Erinnerung wach an eine Kriegsgeschichte, die sich vor nunmehr über 70 Jahren am Rande des Hegau ereignete.

Die UNRRA in Gailingen und ihre Lager für jüdische Displaced Persons in der Nachkriegszeit

Von Reinhold Adler, Ummendorf-Fischbach

«Da Gailingen sehr nazistisch eingestellt war, musste das Dorf für die französische Armee viele Beschlagnahmen erdulden und nun ist es sehr arm.»¹ Ein derart einsichtiges Urteil eines Vertreters der United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA) im Juni 1946 über seinen Einsatzort im französischen Besatzungsgebiet am Hochrhein ist für die damalige Zeit zumindest ungewöhnlich. Es stammt von D. P. Godwin, dem vermutlich ersten stellvertretenden UNRRA-Direktor des Teams 676 Konstanz, der ab Mai 1946 für die Betreuung jüdischer «Displaced Persons» (DPs) in Gailingen zuständig wurde.

Gailingen, ein Ort mit damals rund 1'500 Einwohnern am Hochrhein, konnte auf eine bis ins 17. Jahrhundert zurückreichende Geschichte seines jüdischen Bevölkerungsteils zurückblicken, der von 1870 bis 1884 sogar den Bürgermeister stellte. Die letzten verbliebenen jüdischen Gailinger wurden am 22. Oktober 1940 in das Lager Gurs nach Südfrankreich deportiert und später fast alle in Auschwitz umgebracht. In den Jahren davor waren jüdische Gailinger infolge des aufkommenden Nationalsozialismus durch die Bevölkerung diskriminiert und gedemütigt worden.²

Im Gegensatz zur US-Zone stellt die Geschichte jüdischer DPs in der französischen Besatzungszone (FBZ) noch ein Desiderat dar.³ Die Geschichte des jüdischen Lebens in Gailingen nach dem Krieg lässt sich heute anhand verschiedener Quellen nachvollziehen, die dem Erforscher der Gailinger Nachkriegsgeschichte, Detlef Girres, vor 18 Jahren noch nicht zugänglich waren. Er berief sich vor allem auf die Akten des Gemeindearchivs Gailingen.⁴ Heute stehen die Akten des UNRRA-Teams 676 Gailingen im United Nations Ar-

- 1 United Nations Archives and Records Management Center New York (UNARMC): S-0421-0038-0004 Part D, p. 19-20: M. D. Godwin, Deputy Directeur, Gailingen, an M. J. Bauche, Directeur Team 676 Constance vom 13.6.1946. Alle wörtlich zitierten Texte wurden vom Autor aus dem Englischen oder Französischen übersetzt
- 2 <http://www.alemannia-judaica.de/gailingen.htm> [Zugriff 20.8.2017]; Friedrich, Eckhardt, und Schmieder, Dagmar (Hg.): Die Gailingerjuden. Schriftenreihe des Arbeitskreises Regionalgeschichte e.V. Nr. 3. Konstanz 1981
- 3 Vgl. Kotek, Joël, und Rogoulat, Pierre: Das Jahrhundert der Lager. Gefangenschaft, Zwangsarbeit, Vernichtung. Berlin und München 2001. Hier findet sich auf S. 450 eine Karte ausschliesslich mit Lagern für jüdische DPs 1945 in der amerikanischen und britischen Zone.
- 4 Girres, Detlef: 100 Jahre Friedrichsheim in Gailingen. In: HEGAU 57, 2000, S. 224-233; ders.: «Noch einmal blühte in Gailingen jüdisches Leben auf» – UNRRA-Lager als Kibbuzim zwischen 1945 und 1950. In: HEGAU 57, 2000, S. 234-241

chives and Records Management Center in New York (UNARMC) oder der Wiener Library in digitalisierter Form zur Verfügung. Das ist auch der Fall mit den Akten der jüdischen Gemeinde Kreuzlingen, die sich im Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich (AFZ) befinden. Die folgenden Ausführungen stützen sich hauptsächlich auf diese Akten.

Die Anfänge der jüdischen Nachkriegskolonie in Gailingen

Die Anfänge der jüdischen Nachkriegskolonie in Gailingen liegen weitgehend im Dunkeln. In Konstanz und Umgebung sollen sich im Sommer 1945 über 3'000 «Displaced Persons» (DPs) meist französischer Herkunft aufgehalten haben, überwiegend ehemalige Häftlinge der Konzentrationslager Buchenwald und Dachau, die hofften, über die Schweiz repatriert zu werden. Undatierte Dokumente der französischen Militärbehörden sprechen von 2'700 und 535 DPs in Konstanz im Jahre 1945.⁵ Unter ihnen befanden sich auch osteuropäische Juden, darunter Überlebende der Todesmärsche aus den Lagern des Unternehmens «Wüste» im Raum Balingen/Spaichingen, die in Oberschwaben befreit worden waren.

Um jüdische DPs kümmerte sich die französische Besatzungsmacht in Konstanz und Umgebung in der ersten Zeit nach der Besetzung überhaupt nicht. Sie nach ihrer nationalen Herkunft in Lagern zusammenzuführen, gelang nicht, denn sie fürchteten den Antisemitismus ihrer Landsleute. Deshalb blieben sie weitgehend sich selbst überlassen und hatten unter sich auch keinen Zusammenhalt, bis sich Anfang Juni 1945 einige, die sich als «heimatlose Juden vom Konzentrationslager in Konstanz» bezeichneten, an den Verband jüdischer Flüchtlingshilfen in Zürich wandten und mit folgenden Worten um Hilfe baten: «Mit uns befasst sich hier niemand. Alle anderen Staatsangehörigen Kameraden sind schon längst nach ihrer Heimat zurückgefahren, wir dagegen sind hier wie Kinder ohne Vater, um welche sich niemand kümmert, laufen die Strasse hin und her und such[en] irgendwelche Hilfe. Nach Polen wollen wir nicht zurückkehren, weil dort ist keine unsere Heimat, [sic!]⁶

Der Befehlshaber der 1. Französischen Armee, General Lattre de Tassigny, liess einige Tausend französische Häftlinge aus Konzentrationslagern in Bayern und Österreich im Mai 1945 zur Erholung auf die von der Bevölkerung evakuierten Bodenseeinseln Reichenau und Mainau bringen.⁷ In Gailingen brachten die Franzosen damals 90 jüdische Personen unter. Der Ort war aufgrund des alliierten Militärgesetzes vom 8. März 1945 im Mai 1945

5 United States Holocaust Memorial Museum Washington (USHMM): Sign. RG-67.034M/1996.A.0342

6 Archiv für Zeitgeschichte der ETH Zürich (AFZ): IB Jüd. Gem. Kreuzlingen Nr. 149: Heimatlose Juden vom Konzentrationslager in Konstanz, Bodensee, Bodanplatz, Hotel Hirschen an Schweizer Verband Jüd. Flüchtlingshilfen in Zürich vom 2.6.1945

7 Moser, Arnulf: «Inseln der Glückseligkeit». Die Reichenau und die Mainau als Erholungsorte für französische KZ-Häftlinge 1945. In: Allmende Nr. 38/39, 13. Jg. 1997, S. 203-215, hier S. 206; siehe auch: Arbeitskreis für Regionalgeschichte Bodensee e.V (Hg.): Die Reichenau im Sommer 1945. Erholung für KZ-Häftlinge aus Dachau. Evakuierung der Einwohner. 2. Auflage, Konstanz 2015



Gailingen (hinten) und Schloss Rheinburg (vorn) im Sommer 1932 (Kreisarchiv Konstanz, Bildsammlung Z9)

als militärische Vorsichtsmaßnahme von der Bevölkerung einige Monate geräumt worden, um die Grenze zur Schweiz zu begradigen.⁸

Die erste Hilfe für jüdische DPs im Bodenseeraum kam aus der Schweiz, vor allem aus Kreuzlingen. Am Emmishofer Zoll sprach der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Kreuzlingen, Robert Wieler, schon Anfang Mai 1945 mit den damals noch mit ihren KZ-Anzügen bekleideten jüdischen DPs auf der Konstanzer Seite. Aus der puren Notwendigkeit, die Hilfsaktionen der verschiedenen jüdischen Organisationen zu bündeln, entstand gegen Ende des Jahres 1945 die Idee, eine Zentralstelle zu schaffen. Sämtliche jüdischen Organisationen in der Schweiz beteiligten sich an der Auslandshilfe des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (S.I.G.) und seiner Kommission «Hilfe und Aufbau» (HuA). Die Geschäftsstelle des S.I.G. in Zürich übernahm die Funktion einer zentralen Beschaffungs- und Verteilungsstelle.⁹ Erwin Isaac¹⁰ aus Diessenhofen kümmerte sich um die jüdischen DPs im benachbarten Gailingen. Die jüdischen Hilfsorganisationen des Ameri-

8 Arbeitskreis für Regionalgeschichte, a. a. O. 2015, S. 14

9 AFZ: IB Jüd. Gem. Kreuzlingen Nr. 119: Jüd. Flüchtlingshilfe St. Gallen (L. Weisbord) an S.I.G. Zürich betr. Kommission «Hilfe und Aufbau» vom 20.11.1945

10 Erwin Isaac war Franzose und Kriegsteilnehmer von 1939-1940, danach war er im Widerstand tätig und lebte nach dem Krieg in der Schweiz. Siehe UNARMC: 0421-0038-0006 Part A, p. 10-11: Erwin Isaac, Hilfe und Aufbau, Diessenhofen, an General Laffon, G.M. Baden-Baden vom 10.3.1947

can Joint Distribution Committee (AJDC) und der britischen Jewish Relief Unit (JRU) entsandten ihre Vertreter erst später in die FBZ.

Hachschara Friedrichsheim

Im Oktober 1945 erkundigte sich Nathan Rosenberger vom Oberrat der Israeliten Badens in Freiburg beim Bürgermeister in Gailingen nach dem Friedrichsheim, einem 1898 errichteten jüdischen «Asyl- und Siechenheim», das seit 1931 als «Jüdisches Altersheim» geführt worden war. Im August 1941 hatte die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland die Immobilie an die Reichsfinanzverwaltung zwangsweise abzutreten. Während des Krieges wurde das mit zwölf grossen, neun kleinen und fünf Mansardenzimmern sowie den nötigen Wirtschaftsräumen ausgestattete Haus als Erholungsheim und ab 1944 als Marinelazarett genutzt. Nach Kriegsende wollten die Franzosen das Haus mit Juden aus den Konzentrationslagern belegen. Das Lazarett wurde zum 1. September 1945 aufgelöst. Die Franzosen hatten das gesamte Inventar als Kriegsbeute weggeführt. Zum Zeitpunkt der Anfrage hatte es eine Kapazität von bis zu 33 Räumen, war aber nur teilweise belegt.

Zunächst bestand die Idee, die etwa 500 badischen und pfälzischen Juden, die Krieg und Nazizeit in Südfrankreich überlebt hatten, in Gailingen anzusiedeln. 1945 befanden sich etwa 200 von ihnen im Lager Masseube (Département Gers), etwa weitere 100 waren in verschiedenen Dörfern in diesem Département untergebracht, und 150 weitere wurden in verschiedenen Hospizen, u.a. in Romans (Département Drôme), betreut. Sie schlossen sich in einem Komitee zusammen.¹¹ Dazu gehörte auch der einstige Vorsitzende des badischen Oberrats, Dr. Julius Ellenbogen (1878-1961). Robert Wielerers ursprüngliche Vorstellung, diese Juden aus Frankreich in die Schweiz zu holen, scheiterte am Widerstand des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds. Vom Plan, Gailingen als Aufnahmeort für aus Frankreich zurückkehrende badische Juden einzurichten, rückte Nathan Rosenberger in Freiburg ebenfalls bald ab.¹²

Am 7. September 1945 beauftragte der Biberacher UNRRA-Chef Denis Schütterle einen Bewohner des Kibbuz Jordanbad, Chaim Prussak,¹³ zur UNRRA nach Rottweil zu reisen, um mit deren Unterstützung in Gailingen eine Hachschara, das heisst eine landwirtschaftliche oder handwerkliche Ausbildungsstätte, aufzubauen, die auf die Auswanderung

11 AFZ: IB Jüd. Gem. Kreuzlingen Nr. 149: Comité des Réfugiés Juifs d'origine Allemande/Victime du Nazisme Paris, gez. Kurt Kornicke, Präsident, an Isr. Kultusgem. Kreuzlingen vom 28.7.1945

12 AFZ: IB Jüd. Gem. Kreuzlingen Nr. 149: S.I.G. Zürich an Robert Wieler vom 15.10.1945; Wieler an S.I.G. Zürich vom 25.3.1946; UNARMC 0421-0038-0006 Part B, p. 19-20: Schwartz, Général des Division, Délégué Supérieur du G.M. pour le Pays de Bade, Freiburg, an Administrateur Général Adjoint pour le G.M.Z.F.O. (Cabinet) vom 10.12.1945

13 Prussak oder Prusak, Chaim, geb. am 2.5.1912 vermutlich im polnischen Strzemieszyce Wielkie, Woiwodschaft Schlesien, kann im August 1945 sowohl im polnischen Lager Laucherthal als auch in Konstanz nachgewiesen werden, wo er angibt aus dem KZ Auschwitz gekommen zu sein. Er wurde auch im November 1945 und im März 1946 in den Listen jüdischer Überlebender in Konstanz verzeichnet. Vgl. ITS Bad Arolsen Inv. Nr. 851.pdf; 464.pdf; 271.pdf; Siehe auch: <http://search.ancestry.com.au> zum Stichwort Chaim Prussak [Zugriff 28.1.2016]

nach Palästina vorbereiten sollte.¹⁴ Die Einrichtung wurde schliesslich im Friedrichsheim im Beisein von Vertretern der Besatzungsmacht, Mitgliedern Schweizer Hilfsorganisationen und Delegierten der jüdischen Komitees in der FBZ am 17./18. November 1945¹⁵ feierlich eingeweiht. Träger war das Jüdische Komitee Konstanz.

Aufgenommen wurden rund 80 junge Leute. Die Belegung sollte noch auf 150 steigen. Die Verpflegungslage war anfangs aus verschiedenen Gründen in Gailingen schwierig. Einmal mussten sich die jungen Leute selbst versorgen. Dann waren die Lebensmittel-Rationen der französischen Intendantur für die jungen Leute viel zu klein. Probleme gab es aber auch, weil jüdische Hilfsorganisationen der Schweiz und jüdische Militärrabbiner Wert darauf legten, dass eine koschere Küche gepflegt wurde, was in vielen Fällen dem Interesse der DP's nicht entsprach.¹⁶

Die Hachschara Gailingen bestand zeitweise zu einem gewissen Teil aus Buchenwald-Jugendlichen, die empfindlich auf die Erwartungen verschiedener jüdischer Organisationen reagierten und wenig Verständnis dafür hatten, dass beispielsweise die HIJEFS¹⁷ nur Leute verpflegte, die rituell lebten.¹⁸ Die Not zwang die an sich säkulare Gemeinschaft der Hachschara-Mitglieder, koscher zu leben. Krankheiten wegen einseitiger Ernährung traten auf. Erwin Isaac stand auf dem Standpunkt: «Man [muss] bei aller Wahrung religiöser Interessen in erster Linie darauf schauen, dass die Leute, die Schweres durchmachten, nicht hungern.»¹⁹



Hachscharah in Gailingen (Ehemaliges Friedrichsheim)

Foto der Hachschara Gailingen anlässlich der Einweihung 1945 (Israelitisches Wochenblatt Nr. 47 vom 23.11.1945)

14 UNARMC: 3.0.11.1.3.57: Team 209 Détachement de Jordanbad Biberach Avis aux camps: D. Schütterle, Directeur Biberach an M. Chabannes, Directeur UNRRA Team 211 Rottweil, vom 7.9.1945

15 Girres, a. a. O. 2000, nennt in seinen Ausführungen den 16.12.1945 als Einweihungsdatum.

16 AFZ: IB Jüd. Gem. Kreuzlingen Nr. 119: Jüd. Flüchtlingshilfe St. Gallen an HuA Zürich vom 20.11.1945; Isr. Wochenblatt Nr. 47 vom 23.11.1945

17 Schweizer Hilfsverein für jüdische Flüchtlinge im Ausland

18 AFZ: IB Jüd. Gem. Kreuzlingen Nr. 118: Protokoll des Koordinations-Komitees für das Grenzgebiet vom 17.2. und 27.2.1946

19 Ebenda, Protokoll des Koordinations-Komitees für das Grenzgebiet vom 17.2.1946

Weil Gailingen etwas abseits lag und sich auf der anderen Rheinseite das schweizerische Diessenhofen befand, konnten schweizerische Organisationen die Hachscharabald erheblich leichter versorgen. Wieler bezeichnete Gailingen in dieser Hinsicht als Eldorado.²⁰ Es war insbesondere Erwin Isaac aus dem benachbarten Diessenhofen zu verdanken, dass ab Februar 1946 in Gailingen mit Hilfe des ORT,²¹ einer Schwesternorganisation der OSE,²² eine Damenschneiderei, eine Schuhmacherei und eine Elektriker-Werkstatt eingerichtet werden konnten.

Am 27. Dezember 1945 befanden sich in Gailingen 87 jüdische DPs, darunter etwa 37 Frauen bzw. junge Mädchen. Altersmässig setzte sich diese Gruppe wie folgt zusammen:

Altersgruppe	Anzahl	%-Anteil
Unter 20	19	21,8%
21-25	35	40,3%
26-30	15	17,2%
31-35	9	10,3%
36-40	4	4,6%
41-50	4	4,6%
Über 50	1	1,2%
Gesamt	87	100,0%

Damit lag der Altersdurchschnitt bei 25,6 Jahren. Fast zwei Drittel aller DPs waren jünger als 25 Jahre. Der Jüngste war 17, der Älteste war Jahrgang 1895, also 51 Jahre alt.²³

Bei einem Besuch im Dezember 1945 erhielt Robert Wieler von der Kommission «Hilfe und Aufbau» einen denkbar schlechten Eindruck von dieser Hachschara. Das «Haus macht einen sehr schlecht geführten Eindruck und es herrscht – um nicht mehr zu sagen – grosse Unordnung», stellte er fest. Die wenigen guten Elemente unter den Jugendlichen vermochten sich nicht durchzusetzen. Die Bezeichnung Hachschara-Kibbutz hielt er für nicht berechtigt. Die jungen Leute schienen demoralisiert.

20 AFZ: IB Jüd. Gem. Kreuzlingen Nr. 120: Wieler an S.I.G. Zürich vom 7.1.1946

21 ORT: «Obschtschestwo Rasprostranjenja Truda» oder «Organization through Rehabilitation and Training» genannt, hatte ihre Wurzeln im zaristischen Russland. Sie war nach dem Krieg in 78 DP-Lagern mit Rehabilitationsprogrammen aktiv und verhalf somit 85'000 Menschen zu einem neuen Start ins Leben. Siehe: http://en.wikipedia.org/wiki/World_ORT [Zugriff 21.12.2012]

22 OSE: «Oeuvre de Secours aux enfants (OSE)» ist eine 1912 in St. Petersburg gegründete humanitäre jüdische Organisation, die vor und während des Zweiten Weltkriegs vor allem in Frankreich jüdische Kinder rettete und sich in der Nachkriegszeit um sie kümmerte.

Siehe: https://de.wikipedia.org/wiki/%C5%92uvre_de_secours_aux_enfants [Zugriff 3.9.2017]

23 ITS Bad Arolsen Inv. Nr. 244.pdf: Liste von Juden in Gailingen vom 5.3.1946; Inv. Nr. 418.pdf: Liste der sich am 27.12.1945 in Gailingen befindlichen jüdischen Personen



Gailingen, Friedrichsheim, bis 1940 jüdisches Altenheim (Foto: Franz Hofmann, Konstanz)

Es gab fast jeden Abend Tanz. Am 22. Dezember fanden sieben Trauungen statt und es gab ein Hochzeitsessen für 200 Personen, an dem auch zehn Gäste aus dem benachbarten schweizerischen Diessenhofen teilnahmen. Was Wieler gar nicht gefiel, war die Beschäftigung von jungen deutschen Mädchen in der Küche, wo doch 80 arbeitsfähige junge Leute zur Hachschara gehörten. Er meinte, die wirklich Arbeitswilligen sollten von den «organisierenden Elementen» getrennt werden. Sonst sei eine Besserung unmöglich. Das Verhalten der Bewohner führte auch zu Spannungen zwischen der Heimleitung und dem jüdischen Militärggeistlichen Robert Monheit, der keine Geldzuschüsse gewährte, wenn keine ko- schere Küche geführt wurde.²⁴

²⁴ AFZ: IB Jüd. Gem. Kreuzlingen Nr. 119: Wieler an S.I.G. Zürich vom 25.12.1945

Vorbereitung auf Palästina

Am 22. Januar 1946 waren in Gailingen 78 polnische und litauische Juden registriert, und zwar 53 Männer und 25 Frauen,²⁵ die von der französischen Intendantur gepflegt wurden. Erwartet wurden weitere 100-150 Personen aus Polen. Vom 5. März 1946 liegt eine Liste mit den Namen von 87 Juden in Gailingen vor. Nun weigerte sich die Militärregierung, die Zuzügler in den ersten zwei Monaten mit Geld zum Lebensmittelunterhalt zu versorgen.²⁶

Der Grund dafür dürfte in der hohen Mobilität der jüdischen DPs zu suchen sein. Im Verlauf des Jahres 1946 kam es nämlich für die französische Besatzungsmacht, die ihre Zone hermetisch abzuriegeln suchte, zu einem überraschenden Phänomen. Aus ost- und südosteuropäischen Staaten im Herrschaftsbereich der Sowjetunion flohen jüdische Personen über Österreich in die französische Zone, und zwar in der Hoffnung, über Frankreich oder Italien nach Palästina Weiterreisen zu können.²⁷ Meistens handelte es sich um enttäuschte repatriierte DPs, die in Polen oder im Baltikum keine Verwandten mehr angetroffen hatten und ihr Eigentum entweder im Krieg zerstört oder von Fremden besetzt vorfanden. Manche hatten die nationalsozialistische Verfolgung im Untergrund überlebt oder kehrten aus der UdSSR zurück, wohin sie bei Kriegsbeginn geflohen und von den Sowjets nach Sibirien deportiert worden waren. In Kielce in Polen kam es im Juli 1946 sogar zu pogromartigen Ausschreitungen gegen Juden. Die Folge war eine Welle von überwiegend jugendlichen Nachkriegsflüchtlingen, die von den Franzosen als «infiltrés» bezeichnet wurden, weil sie die Grenzen der Besatzungszonen illegal überquert hatten.

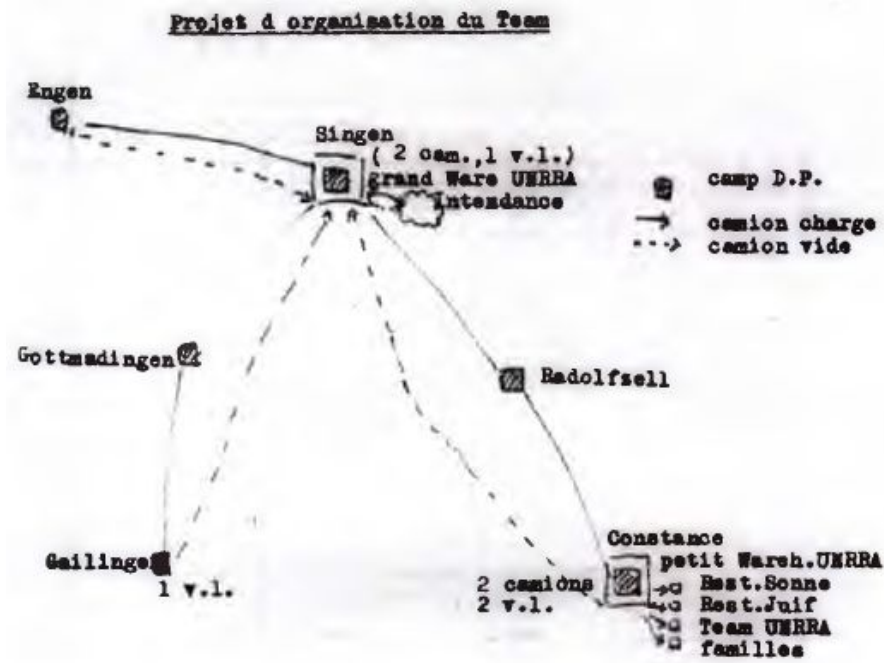
Das etwas abseits liegende Gailingen bot sich als Durchgangsstation für diesen Personenkreis geradezu an. Die jüdische Fluchthilfeorganisation Brichah, die Jewish Agency for Palestine und auch die amerikanische Hilfsorganisation AJDC, kurz Joint genannt, unterstützten diese Leute.

So entstanden im Laufe der Zeit in Gailingen vier Einrichtungen, die zwar als «camps» bzw. «Lager» bezeichnet wurden, sich aber in Form von Kibbuzim organisierten und deshalb weitgehend selbst verwalteten. Im Unterschied zur US-Zone waren derartige Einrichtungen in der FBZ nicht von Stacheldraht umgeben. Es handelt sich um die Hachschara unter der Leitung von Hermann Rubinov im Friedrichsheim, den Kibbuz Dror (Freiheit) im Schloss Rheinburg unter Chaim Prussak, den Kibbuz Moledeth (Heimat) im einstigen Jüdischen Krankenhaus an der Büsinger Strasse unter Jakob Grunsberg und den Kibbuz der Haganah (Verteidigung) unter Joel Reichenberg im ehemaligen Jüdischen Schulhaus.

25 Zentrum für Antisemitismus-Forschung TU Berlin (ZfA): Schwarz Papers 45/514: Statistik vom 22.1.1946

26 ITS Archives Bad Arolsen, Inv. Nr. 244: Liste von Juden in Gailingen vom 5.3.1946; AFZ: IB Jüd. Gem. Kreuzlingen Nr. 118: Protokoll des Koordinations-Komitees für das Grenzgebiet vom 30.1.1946

27 Siehe: Albrich, Thomas: Exodus durch Österreich. Die jüdischen Flüchtlinge 1935-1948. Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte Bd. 1, Innsbruck 1987



Organisationsplan für das UNRRA-Team 676 Konstanz vom 18.4.1946 mit den Verteilungswegen für Versorgungsgüter aus den Warenlagern der UNRRA und der französischen Intendantur in Singen und Konstanz (UNARMC New York)

Chaim Prussak war demnach nicht nur massgebend bei der Einrichtung des Friedrichsheim als Hachschara, er eröffnete auch im Schloss Rheinburg den Kibbutz Dror.²⁸ Auch dieser war als landwirtschaftliche Ausbildungsstätte konzipiert. Jedes Mitglied ging einer Arbeit nach. Allerdings befand sich das Gebäude in einem schlechten Zustand und war nicht heizbar. Die hygienischen und sanitären Verhältnisse hielt der AJDC-Vertreter Henri Laufer, der in Konstanz residierte, im November 1946 nicht für zufriedenstellend. Im November 1946 lebten dort 102 und im Februar 1947 nur noch 71 Mitglieder.

Der Kibbutz Moledeth hatte anfänglich 36 Mitglieder, die unter Gina Gutgold vor allem eine landwirtschaftliche Ausbildung und Hauswirtschaftsunterricht erhielten. Die Belegung sank aber im Mai 1947 auf 20 Personen. Im ehemaligen Schul- und Gemeindehaus der Gai-

²⁸ Zur Geschichte von Schloss Rheinburg siehe <http://www.rheinburg.de/Seiten/geschichte.html> [Zugriff 12.12.2012]; Girres, Detlef: «Noch einmal blühte in Gailingen jüdisches Leben auf». UNRRA-Lager als Kibbutzim zwischen 1945 und 1950, Manuskript, o. J. (vor 2000), überlassen vom Verein für jüdische Geschichte Gailingen, S. 5

linger Juden eröffnete 1946 der Kibbuz Haganah.²⁹ Dessen Leiter Joel Reichenberg hatte schon Mitte Juni 1946 den Antrag gestellt, aus dem Lager Leipzig in der US-Zone den ungarischen Kibbuz No'Ham oder Nochern mit rund 200 jüdischen Kindern im Alter von 4-18 Jahren und 60 erwachsenen Begleitern nach Gailingen zu bringen. 38 Erwachsene dieser Gruppe befanden sich damals bereits als Angehörige des Kibbuz Haganah in Gailingen. Ob diese Gruppe tatsächlich nach Gailingen kam, ist nirgends nachgewiesen. Aber der UNRRA-Vertreter Godwin bemerkte wiederholt Massenabreisen jugendlicher DP's aus Gailingen, weshalb seine Belegungslisten nie stimmten.³⁰

Das Friedrichsheim erwies sich jedoch als die jüdische Einrichtung in Gailingen, die in der Nachkriegszeit am längsten Bestand haben sollte.

Das erste UNRRA Team in Gailingen

Die UNRRA war eigentlich gegründet worden, um die Massen an Menschen, die sich infolge der Kriegseignisse ausserhalb ihres ursprünglichen Heimatstaats aufhalten mussten, wieder zu repatriieren. Die Mehrzahl der Juden, die sich bei Kriegsende in dieser Situation befanden, lehnte aber aus naheliegenden Gründen eine Rückführung in die von den Sowjets besetzten osteuropäischen Staaten ab, aus denen sie deportiert worden waren. Deshalb richtete die UNRRA, deren Hauptquartier in der FBZ sich in Haslach im Kinzigtal befand, erst relativ spät ihre Aufmerksamkeit auf diese Gruppe.

Aus den benutzten Unterlagen geht nicht eindeutig hervor, welches Team für Gailingen zuerst zuständig war. Möglicherweise handelte es sich um das Team 592.³¹ Das UNRRA-Team 676 Konstanz mit dem Détachement Gailingen übernahm die Kibbuzim in Gailingen nicht vor Mai 1946. Der geschäftsführende Direktor der UNRRA in Konstanz, J. Bauche, stellte Mitte April 1946 einen Organisationsplan für sein Team zusammen, aus dem die vorgesehenen Versorgungswege hervorgehen.³²

Mit der Betreuung in Gailingen war zunächst ein Capitaine de Héricourt beauftragt, der vermutlich der P.D.R. angehörte, einer der französischen Armee angegliederten Organisation, die für Personnes Déplacées et Réfugiés, also für Verschleppte und Flüchtlinge, zuständig war.³³ Anfang Mai 1946 trat der Brite D. P. Godwin sein Amt als Stellvertretender Direktor des UNRRA-Teams 676 an, das als Détachement der UNRRA in Konstanz geführt wurde. Die Zustände, die er vorfand, müssen ziemlich chaotisch gewesen sein. Wenigstens verlangte J. Bauche, Direktor des UNRRA-Teams 676 Konstanz, Anfang Juni 1946 von ihm, «angesichts der Schwierigkeiten aller Art, die es in Gailingen mit dem schon vor An-

29 AFZ: IB Jüd. Gem. Kreuzlingen Nr. 121: Wieler an S.I.G. Zürich vom 13.11.1946

30 UNARMC: 0421-0038-0006 Part B, p. 2: Reichenberg, Kibbuz No'Ham Gailingen vom 12.6.1946; 0421-0038-0004 Part C, p. 80-82: Godwin an UNRRA-Direktion in Haslach vom 12.8.1946 und p. 63: Frances R. Leavitt, UNRRA-Welfare Officer in Gailingen an UNRRA-Direktion in Haslach vom 3.9.1946

31 Girres nennt in seinen Ausführungen dieses Team.

32 UNARMC: 0421-0038-0005 Part C, p. 6: J. Bauche, UNRRA Acting Director Konstanz, Organisationsplan vom 18.4.1946

33 UNARMC: 0421-0038-0007 Part B, p. 79: De Moutier an Forstmeister von Radolfzell vom 2.5.1946



Schloss Rheinburg bei Gailingen in der Nachkriegszeit (Foto: Privatbesitz)

kunft der UNRRA geschaffenen jüdischen Lager gibt, und angesichts der Hemmnisse, die es wegen der gelegentlichen Meinungsunterschiede der Delegierten gibt, [...] energische Massnahmen zu ergreifen, damit in diesem Dorf ein UNRRA-Lager geschaffen wird, in dem Sie unter meiner Obhut der verantwortliche Leiter sind».

Dazu gehörte der endgültige Aufbau einer Organisationsstruktur mit Wohnungen für die UNRRA-Bediensteten, Kantine, Büro und Telefonanschluss ebenso wie das Anlegen einer Kartei und eines diebstahlsicheren Lebensmittellagers. DPs durften hinfort keine Anträge mehr direkt an die französischen Militärbehörden stellen. Doch ohne Zusammenarbeit mit den jüdischen Leitern der einzelnen Kibbuzim war diese Umstellung schwerlich möglich.³⁴

Eine der ersten Massnahmen Godwins bestand darin, die französischen Militärbehörden zu ersuchen, den zwischen dem Kibbuz Dror und Madame Egli von Opel geschlossenen Mietvertrag für den Kibbuz Rheinburg zu verändern, weil das Gebäude in einem bedauernden Zustand und der Mietpreis übermässig hoch war.³⁵

34 UNARMC: 0421-0038-0005 Part B, p. 74-75: J. Bauche, UNRRA-Direktor Konstanz an Godwin vom 6.6.1946

35 UNARMC: 0421-0038-0004 Part D, p. 30: Godwin an UNRRA-Direktor Konstanz vom 3.6.1946

Godwin scheint ein gutes Verhältnis zur einheimischen Bevölkerung unterhalten zu haben. Wenigstens stellte er mehrere Einheimische als Arbeitskräfte im Dienste der UNRRA an, die dadurch naturgemäss in den Genuss besserer Lebensmittelrationen kamen. Bis in den August 1946 beschäftigte er sogar einen Fahrer, der seine Mitgliedschaft in der SS verschwiegen hatte und verabschiedete ihn dann mit der Bemerkung: «Wir bedauern, Ihnen diesen Bescheid geben zu müssen.»³⁶

Godwin unterhielt sein Büro abseits der Kibbuzim in der Villa Schreiber, um gewissen Reibungen zwischen ihnen entgegenzutreten. Sein Verhältnis zu den jüdischen DP's beschrieb er als sehr delikates. Da sie teilweise über bedeutende Geldmittel verfügten, hatten sie sich eine gewisse Unabhängigkeit zur Gewohnheit gemacht, was dazu führte, dass er viel Mühe hatte, manche Situation wieder gerade zu biegen. Er fühlte sich eher als Vermittler und nicht als Direktor. Seine wichtigste Aufgabe sah er darin, «das gegenseitige Verständnis zwischen den Einwohnern, den DP's und der UNRRA zu entwickeln».³⁷

Dabei dürfte Godwin streng durchgegriffen und versucht haben, durch strikte Kooperation mit dem Bürgermeisteramt eine Verbesserung der Lage der jüdischen DP's durchzusetzen. Insbesondere dürfte er sich an folgender Anordnung seines Vorgesetzten in Konstanz orientiert haben, der ihm darlegte, «dass wir nach den Statuten der UNRRA keine politische, religiöse oder sonstige Strömung begünstigen dürfen, vor allem keine Auswanderung ausserhalb der offiziellen Kanäle des Generaldirektors unserer Organisation. Ich weiss, dass, was diesen letzten Punkt anbelangt, in ihrem Lager ein Sachverhalt existiert, gegen den anzukämpfen, ohne die Menschenrechte zu verletzen, schwierig sein wird, aber ich muss auf diesem Punkt bestehen, denn die UNRRA darf unter keinen Umständen an dieser Kampagne teilnehmen und sie nur in der Masse kontrollieren, wie die Sache machbar ist.»³⁸

Weniger verständnisvoll als gegenüber den Einheimischen erwies sich Godwin gegenüber seiner Mitarbeiterin Margarete Rubens, die ihre Arbeit in Gailingen ebenfalls Anfang Mai 1946 begann. Sie gehörte als Freiwillige der britisch-jüdischen Hilfsorganisation Jewish Relief Unit an, deren Hauptquartier sich in Eilshausen bei Herford in der britischen Besatzungszone befand. Leider gibt es weder Hinweise auf ihr Alter noch auf ihre Qualifikationen oder ihre Nationalität.³⁹

Die Aufgabe von Margarete Rubens bestand darin, sich mit den jungen Leuten im dortigen Kibbuz und dem jüdischen Personal zu beschäftigen. Sie erteilte Englisch-Unterricht, hatte gelegentlich mit Auswanderungsfragen zu tun und verteilte die Zuwendungen der jüdischen Hilfsorganisationen. Am 24. Mai 1946 schrieb sie an ihre vorgesetzte Stelle: «Die allgemeine Meinung ist hier anscheinend, dass wir sehr gebraucht werden. Man hat anscheinend das Gefühl, dass jemand in Haslach stationiert und dass ein Beziehungsnetz in

36 UNARMC: 0421-0038-0004 Part C, p. 67: Godwin an AOK Singen vom 30.8.1946; ebenda p. 68 vom 28.8.1946; ebenda Part D, p. 34: Godwin an den Bürgermeister von Gailingen vom 5.6.1946

37 UNARMC: 0421-0038-0004 Part D, p. 19-20: Godwin an UNRRA-Direktor Konstanz vom 13.06.1946

38 UNARMC: 0421-0038-0005 Part B, p. 74-75: J. Bauche, UNRRA-Direktor Konstanz an Godwin vom 6.6.1946

39 Wiener Library: HA5-4/6: Personnel and volunteers Correspondence and lists, p. 40

der Zone geschaffen werden sollte, um eine Lösung der verschiedenen jüdischen Probleme, die hier auftreten, zu erleichtern. Das UNRRA-Personal hat nicht die Zeit, sich mit den einzelnen Fällen zu befassen, und man hat das Gefühl, dass es für die jüdische Bevölkerung in der französischen Zone höchste Zeit ist, von irgendjemandem besucht zu werden, der die anglo-jüdische Gemeinde repräsentiert. Es gibt vermutlich eine ganze Menge zu tun für uns in rein moralischer Hinsicht.»⁴⁰

Offensichtlich gelang ihr es nicht, zur Zufriedenheit ihres UNRRA-Team-Chefs Godwin zu arbeiten. Er schrieb ihr bereits nach zweimonatiger Tätigkeit eine Abmahnung, weil sie ihren Schützlingen geholfen hatte, unter Umgehung der zuständigen Repatriierungsagenturen und des District Welfare Departments in Ebingen Briefe ins Ausland und nach Deutschland zu schreiben. Das galt als Verstoss gegen die Team-Disziplin. Im Juli 1946 empfand sie die Zusammenarbeit mit dem dortigen UNRRA-Team noch als überaus kooperativ und entgegenkommend. Allerdings konstatierte sie auch, dass die meisten Menschen in dieser Gegend ein grosses Bedürfnis nach einer Form von Häuslichkeit hatten, an der es hier besonders fehlte.⁴¹

Schon Mitte August 1946 schied sie aus, nachdem ihr Godwin vorgeworfen hatte, versucht zu haben, «sich bei den DP's beliebt zu machen». In ihr Arbeitszeugnis schrieb er: «Obwohl es Miss Rubens selbst sehr bedauert, das Team verlassen zu müssen, besteht der Eindruck, dass ihre Potenziale im Interesse ihrer persönlichen Einstellung wie auch hinsichtlich ihrer beruflichen Leistung in einer anderen Umgebung besser genutzt werden könnten.»⁴²

Grund für die reservierte Haltung, die D. P. Godwin in Gailingen gegenüber den jüdischen DP's an den Tag legte, dürfte in seiner Unzufriedenheit mit dem ständigen Wechsel in der Lagerbelegung zu suchen sein. Denn Gailingen war zu einem Transit-Lager für die «Aliah Beth» geworden, d.h. für die heimliche Emigration nach Palästina, dem britischen Mandatsgebiet, das für eine legale Zuwanderung jüdischer Nachkriegsflüchtlinge verschlossen war.

Ein neues UNRRA-Team

Die Stelle der Margarete Rubens nahm zur vollen Zufriedenheit aller Beteiligten die französische Schwester Ruth Lambert ein. Godwin wurde im September 1946 durch Denis Schütterle abgelöst, ein 1896 in Strassburg geborener elsässischer Jude. Ruth Lambert, Jahrgang 1914, stammte aus Thionville in Lothringen. Sie war Lehrerin in Strassburg und während des Krieges 1941-42 als freiwillige Sozial-Assistentin und OSE-Mitarbeiterin im Lager Gurs und danach im Widerstand tätig.⁴³ Im November 1946 reiste sie bereits ganz

40 Wiener Library: HA5-6/8/51/2: JCRA Volunteers' New Letter No. 18, June/July 1946

41 Wiener Library: 52/14: Undatierte Notiz vom Juli 1946 /AS/PC Note/Filing Stevn

42 UNARMC 0421-0038-0005 Part B, p. 79: J. Rozale, District Employment Officer, UNRRA H. Q. Ebingen an UNRRA-Director Konstanz vom 5.5.1946; 0421-0038-0004 Part C, p. 6 bzw. p. 74: Godwin, UNRRA-Director Gailingen vom 10.7.1946 bzw. 19.8.1946

43 Hazan, Katy, und Weill, Georges: Salomon, André. Une femme de lumière. Collection Témoignages de la Shoah, Le Manuscrit, Paris 2011, S. 39, 129 Anm. 1

unerwartet nach Frankreich ab, wo sie vermutlich in Toulouse als AJDC-OSE-Vertreterin weiterhin mit der Betreuung durchreisender jüdischer DPs betraut war.⁴⁴

Dieses neue Team ging in mehrfacher Hinsicht ganz anders auf die spezifischen Probleme der jüdischen DPs in Gailingen ein, als dies vorher der Fall war, vermutlich aber nicht immer zur Freude der einheimischen Bevölkerung.

Als erstes kümmerte sich Schütterle um die Medikamentenzufuhr aus der nahen Schweiz. Bald wurden den jüdischen DPs keine Arzt- und Krankenhausbehandlungen mehr bezahlt, wenn sie ohne Genehmigung durch die UNRRA ärztliche Hilfe aufgesucht hatten. Alle anfallenden Rechnungen wurden dem Bürgermeisteramt zur Bezahlung angewiesen.⁴⁵ Dann setzte er sich dafür ein, dass jüdische DPs einer sinnvollen Beschäftigung im Interesse ihrer eigenen Lager nachgingen. Es gab einen 34 Mann starken Holzfäller-Trupp, DPs begleiteten Lebensmitteltransporte der UNRRA und seit 1. November 1946 standen 21 jüdische DPs in den verschiedenen Kibbuzim als Lehrer, Sekretäre oder Lagerleiter, Magaziniere, Küchenchefs und Küchenhilfen im Dienste der UNRRA, neben einem einzigen deutschen Angestellten als Hausverwalter. Monatlich stellte Schütterle dafür dem Bürgermeisteramt Gailingen Lohnkosten von 2200 RM als Besatzungskosten in Rechnung.⁴⁶

Das Betreten der Lager durch Aussenstehende ohne Genehmigung des UNRRA-Chefs wurde untersagt. Schütterle liess Mobiliar und Haushaltsgegenstände beschlagnahmen oder herstellen, um endlich das bereits seit Mai 1946 beschlagnahmte Haus in der Obergailinger Strasse 4 als Büro und zur Beherbergung für UNRRA-Mitarbeiter nutzen zu können.⁴⁷ Ebenso verfügte er die Instandsetzung der Häuser Uhlmann und Rothschild, um eine Kinderkrippe und eine Unterkunft für weitere junge DPs einzurichten. Schliesslich waren im Friedrichsheim bereits fünf Kinder geboren worden und weitere zehn Geburten standen unmittelbar bevor. Ein weiteres UNRRA-Büro wurde in der Rheinstrasse 14 eingerichtet. Die dort wohnende Familie musste sich auf zwei Zimmer beschränken. Verschiedene Gebäude waren schon seit Mai 1946 von der UNRRA beschlagnahmt: Am Strandweg 2 gab es ein Erholungsheim mit 10 Betten für jüdische DPs, in der Rheinholdenstrasse 2 wurde ein Ärztehaus installiert und das Gebäude in der Rheinstrasse 32 diente als Schule und Foyer.⁴⁸

44 UNARMC: 0421-0038-0004 Part C, p. 43: Schütterle an Sûreté Singen vom 21.9.1946

45 UNARMC: 0421-0038-0004 Part C, p. 49-50: Schütterle an Capt. Baud, Chef des Zolls in Singen, zur Kenntnis Capt. Camus vom 21.9.1946; p. 40: Schütterle an Mlle. G. Loustalot, Assisant Field Supervisor Südost Baden in Unterhuldigen vom 27.9.1946; UNARMC: 0421-0038-0006 Part A, p. 51: Bekanntmachung Schütterle vom 3.3.1947

46 UNARMC: 0421-0038-0004 Part B, p. 51: Lohnliste des Départements Gailingen vom 22.1.1946

47 Ebenda, Part C, p. 53: Schütterle an Col. Degliame, Délégué du District Constance vom 21.9.1946

48 Ebenda, Part D, p. 19-20: Godwin an den UNRRA-Direktor Konstanz vom 13.6.1946; Part C, p. 39: Schütterle an Col. Synget, Militärregierung Konstanz, vom 27.9.1946 sowie p. 35: Beschlagnahmungsschein der UNRRA Konstanz für Schütterle vom 30.9.1946



Mitglieder des UNRRA-Teams 676 Gailingen und jüdischer Hilfsorganisationen im November 1946 vor dem Haus der UNRRA-Direktors Schütterle. Von oben links nach unten rechts: Erwin Isaac, Vertreter der Kommission «Hilfe und Aufbau», Diessenhofen; Albert Patteroni, Fahrer des OSE-Zahnarzt-Teams; Fr. G. Loustalot, UNRRA-Assistent Field Supervisor für Südost-Baden; Dr. Deligdisz, UNRRA-Arzt, Gailingen; Denis Schütterle, Direktor UNRRA Gailingen; Fr. Ruth Lambert, AJDC-OSE; Frau Schütterle; Fr. V. Bagge, UNRRA Welfare Officer; A. Szenkier, Dentist des OSE-Zahnarzt-Teams (Foto: Yad Vashem)

Eine ausgesprochene Altlast aus der Ära Godwin, mit der Schütterle konfrontiert wurde, resultierte aus der Umstellung der Verantwortung für die Lager von der P.D.R. zur UNRRA. Es handelte sich um eine seit Juni 1946 noch offene Telefonrechnung aus dem Friedrichsheim in Höhe von 2'177,64 RM, die das Postamt Singen im Oktober anmahnte und die Schütterle, wie es sein Vorgänger gehandhabt hatte, an den Bürgermeister zur Bezahlung anwies. Bis Mai 1946 hatte der Telefonapparat offiziellen P.D.R.-Dienstgesprächen gedient, die als Besatzungskosten vom Landratsamt zu bezahlen waren. Danach benützten die jüdischen DPs dieses Telefon für dringende Gespräche mit München oder Stuttgart in der US-Zone, denn dort, wo jüdisches Leben viel aktiver war als in der FBZ, lebten oftmals nicht nur Bekannte und Verwandte, dort erfuhr man unter Umständen auch etwas über den Verbleib der eigenen Familienmitglieder oder konnte etwas über mögliche Emigrationschancen ins westliche Ausland erfahren. Doch die UNRRA in Konstanz wie auch die deutschen Kommunalbehörden stuften diese Gespräche als rein privat ein und verweigerten aus diesem Grunde die Bezahlung. Anscheinend hatte Godwin den Lagerdelegierten des Friedrichsheims von dieser Lage benachrichtigt. Schütterle fand jedoch in den übernommenen Akten keinen Hinweis darauf vor, weshalb ihn sein Vorgesetzter von der UNRRA Konstanz riet, «sich vor dem Ränkespiel dieses DPs in Acht zunehmen, der, indem er annimmt, Sie würden die Angelegenheit ignorieren, seine Zustimmung» verweigern würde, die Telefonanrufe selbst zu bezahlen. Telefonrechnungen wurden nur anerkannt, wenn sie von Schütterle und vom UNRRA-Vorgesetzten in Konstanz unterzeichnet waren.

Schütterle selbst bestand jedoch auf einer Revision der damaligen Entscheidung, weil der Apparat im Friedrichsheim auch der Verbindung zu ihm als UNRRA-Vertreter wichtig war und dem Kontakt zu anderen Lagern in Gailingen diene. Er hielt es ausserdem nicht für schlimm, wenn die jüdischen DPs in Gailingen über diesen Apparat Gespräche mit den Jüdischen Komitees führten, die inzwischen in Konstanz, München und Stuttgart entstanden waren: «Man darf die geografische Lage und den Mangel an Hilfsmitteln in Gailingen, die oftmals einen Anruf nach aussen nötig machen, nicht vergessen. Es handelt sich nach meinem Verständnis weder um eine Überlebensfrage, die man mit Strenge behandeln müsste, noch um eine Schuld gegenüber einem Dritten oder um eine Angelegenheit zum Nachteil des französischen Wirtschaftsprogramms. Es handelt sich einzig und allein um eine kleine Mühe, die man vom Postpersonal zugunsten jener Personen verlangen kann, die sich nicht aus beliebigen Gründen in Deutschland in dieser Lage befinden, sondern weil Deutschland ein wenig daran Schuld trägt. Im Übrigen handelt es sich um einen öffentlichen Dienst Deutschlands und zur Zahlung durch den Landrat an die Post bedarf es nur eines Schreibens. Die Lager sollen lieber das Geld, über das sie verfügen, zum Kauf von Gemüse und anderen Lebensmitteln benutzen.»⁴⁹ Schliesslich einigte man sich im März 1947 dahingehend, dass das Bürgermeisteramt bzw. das Landratsamt alle über Schütterle

49 UNARMC: 0421-0038-0004 Part B, p. 24-25: Schütterle an den UNRRA-Direktor in Konstanz vom 26.12.1946

eingehenden Rechnungen für Dienstgespräche über den P.D.R.-Offizier Lieutenant Fritsch in Konstanz abzurechnen hatten.⁵⁰

Nun ist es nicht so, dass Schütterle dem Treiben der jugendlichen DP's kritiklos zugesehen hätte. Als im Januar 1947 in dem vom Kibbutz Haganah verlassenen einstigen jüdischen Schulhaus eine Hochzeit gefeiert worden war, stellte er anschliessend fest, dass Säle, Gänge und Treppen in einem trostlosen Zustand hinterlassen wurden. «Ich kann nicht begreifen», schrieb er dem Leiter des dafür verantwortlichen Kibbutz Moledeth, «dass ein Kibbutz, der sich in vielen anderen Sachen ganz lobenswert hervortut, sich eine solche Schande zuschulden kommen lässt.» Als derjenige, der die gesamte Lebensmittelverteilung kontrollierte, war er natürlich auch in der Lage ultimative Forderungen zu stellen.⁵¹

Ähnliche Auseinandersetzungen mit französischen Dienststellen ergaben sich durch den Wunsch einiger jüdischer DP's, an hohen jüdischen Feiertagen im benachbarten schweizerischen Diessenhofen die Synagoge besuchen zu dürfen. Zu diesem Zweck mussten jedes Mal Passierscheine beantragt werden.⁵² Ab Oktober 1946 und vor allem nach der illegalen Abreise jugendlicher DP's aus dem Kibbutz der Haganah im November 1946 aus Gailingen verschärften die französischen Behörden die Reisebestimmungen derart, dass solche Anträge trotz Befürwortung durch die Militärregierung in Konstanz von der nunmehr zuständigen Sûreté-Behörde im entfernten Freiburg stets abgelehnt wurden.

Wer als DP aus der FBZ ausreisen wollte, um besuchsweise in eine andere Besatzungszone oder in ein anderes Land zu reisen oder gar auszuwandern, der hatte einen Passierschein-Antrag zu stellen, der vom zuständigen UNRRA-Direktor befürwortet dem P.D.R.-Chef auf Kreisebene vorgelegt werden musste. Bei der Sûreté-Dienststelle des Kreises wurden Auskünfte über den Antragsteller eingeholt und dem Antrag beigefügt. Im Fall der Auswanderung musste das Visum des zuständigen Konsulats vorliegen. Alles zusammen ging nun der P.D.R.-Direktion bei der Militärregierung der Zone zur endgültigen Entscheidung zu, die in bestimmten Fällen nur auf Ministerialebene getroffen werden durfte. Im Fall eines positiven Entscheids der höchsten Stelle durfte der Passierschein dem Antragsteller nicht direkt zugestellt werden. Vielmehr durchlief das Papier wieder dieselben Dienststellen auf Bezirks- und Kreisebene, die jeweils wieder ihren Sichtvermerk anbringen mussten, bis schliesslich der zuständige UNRRA-Team-Chef das Papier dem Ausreisewilligen übergeben durfte.⁵³

In seiner Beschwerde gegenüber der in Unteruhldingen residierenden Vorgesetzten schrieb Schütterle über diese Praxis: «Die derzeit geltende Regelung wurde für die Bewoh-

50 UNARMC: 0421-0038-0007 Part A, p. 30: Postamt Singen an UNRRA Gailingen vom 24.2.1947 mit Vermerk vom 18.3.47

51 UNARMC: 0421-0038-0004 Part A, p. 72: Schütterle an Chawer Cadek, Madrij Kibbutz Moledeth vom 24.1.1947

52 Ebenda, Part C. p. 44: Schütterle an Sûreté Singen vom 27.9.1946

53 UNARMC: 0421-0038-0007 Part B, p. 2-6: Laffon, G.M. Baden-Baden an die Délégués Supérieurs vom 2.10.1946

ner Gailingens, d.h. für Deutsche, eingeführt. Nun darf man aber nicht vergessen, dass unsere DPs keine Deutschen, sondern Opfer und Überlebende deutscher Menschenfeindlichkeit sind. Ist es deshalb nicht zumindest schockierend, um nicht skandalös zu sagen, diesen zu verweigern, was man jenen zugestand? Es ist untragbar, dass man irgendwelchen Personen verweigert, über die Grenze zu gehen, denen man, weil sie DPs sind, anlässlich eines religiösen Festes alle Sicherheitsgarantien zukommen lässt, während die Deutschen häufig Tageskarten bekommen können und selbst Dauerkarten zur Arbeit in der Schweiz erhalten. Diese Leute haben das Recht, jeden Tag 500 g aller Art schweizerischer Handelswaren mitzubringen, die unsere Leute entbehren müssen. [...] Ich verhehle Ihnen nicht, dass die Verweigerung für die Purim-Festtage, die ich an höherer Stelle vorbrachte, viel Verbitterung in unseren Lagern ausgelöst hat und von der Israelitischen Gemeinde der Schweiz streng verurteilt wurde.»⁵⁴

Auch der Interzonenverkehr wurde von den Franzosen so systematisch eingeschränkt, dass sich sogar Erwin Isaac von der schweizerischen Organisation Hilfe und Aufbau (HuA) veranlasst sah, seine Beschwerde direkt General Laffon von der Militärregierung in Baden-Baden vorzutragen. Zahlreiche ehemals wichtige und weniger wichtige Parteigenossen, selbst notorische Antisemiten, die sich während des Hitler-Regimes aktiv an der Verfolgung von Juden und Antifaschisten beteiligt hätten, dürften die Zonengrenzen passieren. Deutschen lege man in dieser Hinsicht weniger Schwierigkeiten auf, weshalb sich diese ziemlich leicht nach München, Stuttgart, Frankfurt oder sonst wohin begeben könnten, während jüdischen DPs einfach erklärt würde, dass ihre Anträge ohne Angabe von Gründen abgelehnt seien, wo sie doch nichts anderes wünschten, als abzureisen und Deutschland zu verlassen.⁵⁵

Dazu benötigten sie aber Unterlagen, die nur bei ausländischen Konsulaten in der US-Zone zu erhalten waren. Die französischen Restriktionen führten in dringenden Fällen dazu, dass Termine verfielen und die Bittsteller genötigt waren, einen weiteren Antrag zu stellen. Schütterle schrieb: «Es ist offensichtlich, dass sie nicht sechs Monate warten können, bis die «zuständige Dienststelle» sich ihres Falles annimmt.» Die Folge war, dass jüdische DPs versuchten, über die grüne Grenze in die US-Zone zu gelangen, wobei sie häufig geschnappt wurden. Weiter führte Schütterle aus: «Ich wage sogar zu sagen, es ist nicht die Regel, dass viele Personen es trotz Widerwillens gewagt haben, über die grüne Grenze zu gehen, aber der Grund für ihre Reise war einfach zwingend. Es ist traurig zu sehen, dass die Behörden, die lauthals den Respekt vor ihren Vorschriften reklamieren, selbst die besten Leute dazu bringen, eine illegale Lösung anzustreben.»

Und dann berichtete er von einem seiner Lagermitglieder, dem es nach langer Zeit gelungen war, die Zustimmung der Sûreté in Freiburg für einen Passierschein in die US-Zone

54 UNARMC: 0421-0038-0006 Part A, p. 7-9: Schütterle an Loustalot, Field Supervisor de la Region Bade Sud-Est vom 12.3.1947

55 Ebenda, p. 10-11: Erwin Isaac, Hilfe und Aufbau, Diessenhofen, an General Laffon, Militärregierung Baden-Baden vom 10.3.1947

zu erhalten. Weil darauf aber noch ein Stempel einer Behörde fehlte, wurde er auf seiner Reise von den Amerikanern aufgegriffen und drei Tage eingesperrt. Bei seiner Rückkehr nach Gailingen verkündete er zur Freude seiner Leidensgenossen, wie gut es ihm in dieser Zeit gegangen sei: Er habe nie eine Chance gehabt, auf legale Weise in die US-Zone zu gelangen. Nun sei er ein einziges Mal mit regulären Papieren gereist und prompt sei er durch die Amerikaner drei Tage lang durchgefüttert worden.⁵⁶ Etwas Besseres hätte ihm damals angesichts der Unterversorgung in der FBZ gar nicht passieren können.

Letztlich änderte alles Lamentieren an der restriktiven Praxis der französischen Besatzungsmacht nichts. Die offizielle französische Politik hinderte jüdische DP's daran, über die US-Zone leichter nach den USA oder Palästina ausreisen zu können. Inoffiziell sah es dagegen etwas anders aus.⁵⁷

Illegale Emigration

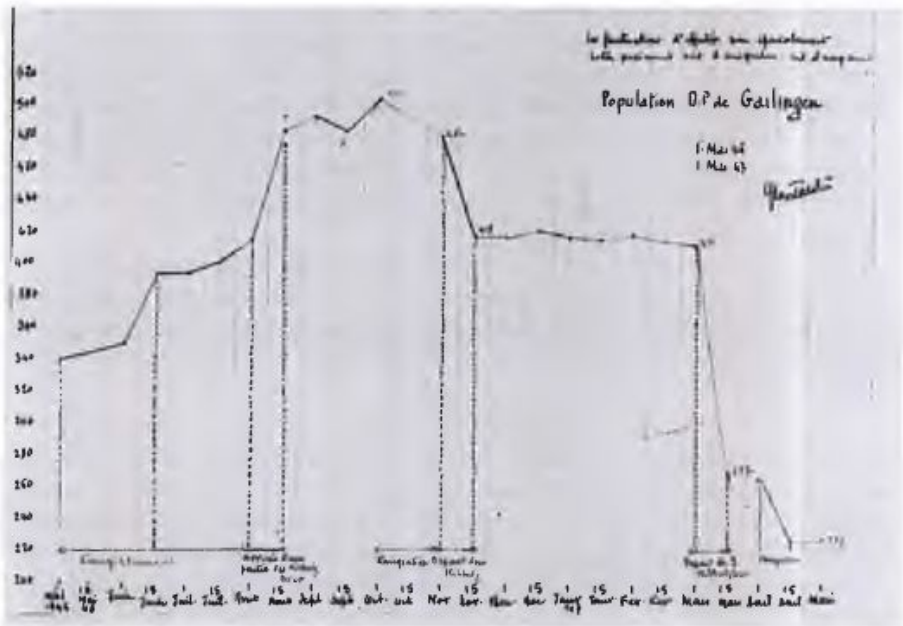
Die zwischen Januar 1946 und 1948 in diversen Quellen vorliegenden offiziellen Statistiken der Lagerbelegung in Gailingen beziehen sich in der Regel auf die Anzahl der DP's, die gegenüber den vorgesetzten UNRRA-Stellen, den französischen Militärbehörden oder den Hilfsorganisationen als Bezugsberechtigte für Lebensmittel genannt wurden. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit kann man sagen, dass diese Angaben in Gailingen nie der Wirklichkeit entsprachen. In der gesamten südlichen französischen Besatzungszone (FBZ) kam es im November 1946 und im Februar 1947 zu illegalen Abwanderungswellen aus jüdischen DP-Lagern.

Die jungen Leute des Kibbuz Haganah verschwanden überraschend am 2. November 1946 und nahmen dabei sowohl die Werkzeuge der für sie eingerichteten Werkstatt als auch die Werkstatt-Kasse mit. Im Februar 1947 ist von der möglichen Ankunft von 45 neuen DP's die Rede, die im alten Haganah-Zentrum untergebracht werden könnten. Vermutlich reiste diese Gruppe aber sehr schnell nach Koblenz und von dort nach Frankreich weiter.

In der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1947 verschwanden alle 89 Mitglieder des Kibbuz Dror aus Rheinburg spurlos unter dem Vorwand, mit einem Lastwagen ins Kino nach Konstanz und auf eine Hochzeit nach Konstanz-Egg fahren zu wollen, wo sich ebenfalls ein Kibbuz Dror befand. Dabei verschwand auch die Kasse der dort eingerichteten Schusterwerkstatt. Im Nachhinein gelang es sogar, die Fluchtroute zu rekonstruieren. Danach tauchten schon am Morgen des 26. Februar 18 Lastwagen im Konstanzer Lager Egg auf. Dieser Konvoi wurde auf der Rückreise am 28. Februar zwischen Überlingen und Meersburg gesichtet. Die Lastwagen hatten vermutlich in Gailingen und Egg insgesamt 142 DP's abgeholt, um sie mit der Fähre nach Meersburg und schliesslich nach Ulm⁵⁸ in die US-

56 UNARMC: 0421-0038-0004 Part A, p. 54-55: Schütterle, UNRRA-Direktor in Gailingen, an Mlle. G. Loutalot, Assistant Field Supervisor de la Région Bade Sud-Est, Unteruhldingen, vom 6.2.1947

57 Zur französischen Politik siehe: Maspero, Julia: La politique française à l'égard de l'émigration juive polonaise de l'immédiat après-guerre. In: Bulletin du Centre de recherche français à Jérusalem 22/2011



Fluktuation der DPs in Gailingen 1946-1947 (UNARMC New York)

Zone zu bringen, von wo aus die Weiterreise Richtung Palästina leichter zu organisieren war.⁵⁹

Aus den Belegungsstatistiken geht nicht hervor, dass «illegale» Emigranten in Kleingruppen nach Gailingen gebracht wurden, wo sie versorgt und medizinisch betreut wurden, bis sie den Befehl zur Weiterreise erhielten. Es war jedoch die Aufgabe des UNRRA-Arzt Dr. Kurland, die durchreisenden Jugendlichen auf die Strapazen der Reise nach Palästina vorzubereiten. Dazu gehörten gesundheitliche Überprüfungen, Impfungen sowie die Versorgung mit Medikamenten, die von der UNRRA nicht geliefert wurden. Da die DP dem zuständigen UNRRA-Arzt nicht trauten, setzte er in der Person von Dr. Wolf Deligidisz einen Kollegen aus der Gruppe der Displaced Persons für diese Aufgabe ein. Nach Dr.

58 Vgl. Wiener Library: HA 5-6/8/73: Jewish Relief News Letter, January 1947, wo Dixi Heim, der JRU-Vertreter im Jordanbad bei Biberach, darauf hinweist, dass es in Ulm eine grosse jüdische Bevölkerung gab, meistens Polen und einige Ungarn und Rumänen, die kürzlich aus Österreich angekommen waren.

59 UNARMC: 0421-0038-0004 Part C, p. 80-82: Godwin an UNRRA-Direktion in Haslach vom 12.8.1946; p. 63: Frances R. Leavitt, UNRRA-Welfare Officer in Gailingen an UNRRA-Direktion in Haslach vom 3.9.1946; 0421-0038-0005 Part B, p. 59: Schütterle an UNRRA-Direktion Konstanz vom 18.11.1946; 0421-0038-0006 Part A, p. 24-25: Handschriftliche Aufzeichnung Herr Weiss vom 27.2.1947; 0421-0038-0005 Part A, p. 21: Schütterle an UNRRA-Direktion Konstanz vom 3.3.1947 und p. 93: UNRRA Field Supervision No. 2 vom 4.3.1947; 0421-0038-0006 Part A, p. 6: G. Loustalot, UNRRA Assistant Field Supervisor, Unteruhldingen, an UNRRA-Direktion Konstanz und Gailingen (handschriftl. Vermerk) vom 15.3.1947

Kurlands Beobachtung betrug die tatsächliche Belegung ständig über 300 Personen.⁶⁰

Datum	Friedrichsheim	Dror	Mole-deth	Ha-ga-nah	Sonst.	Män-ner	Frau-en	Kin-der	Ges.
22.01.1946									78
01.07.1946									276
10.06.1946									260
12.07.1946	101	88	47	46	1	165	104	12	283
30.07.1946	102	96	37	46	1	165	104	12	282
19.09.1946	89	100	35	45	9	161	101	16	278
19.11.1946	98	102	36	48					284
24.11.1946	98								148
28.02.1947	88	0	36	0					124
01.04.1947	100	0	20	0					120
31.05.1947	104	0	20	0					124
31.07.1947	100	0	21	0					121
01.01.1948	102	0	20	0					124

Offizielle Statistik der jüdischen DPs in Gailingen 1946-1948⁶¹

Nach Feststellung von Mlle. G. Loustalot, die in Unteruhldingen als UNRRA-Assistent Field Supervisor für Südost-Baden residierte, sah die tatsächliche Entwicklung der Belegungszahlen in Gailingen ganz anders aus. Die wirklichen Verhältnisse in Gailingen blieben der Besatzungsmacht nicht verborgen. Daraus kann geschlossen werden, dass bestimmte Kreise innerhalb der UNRRA, des französischen Militärs, der Polizei und vor allem jüdischer Hilfsorganisationen die Emigrationsvorhaben jüdischer DPs durchaus unterstützten. Schliesslich befand sich die Europazentrale des AJDC in Paris. Ausserdem wies

60 AJDC Archive: [G45-54 GR_030_0551.pdf](#): Dr. L. Kurland an Dr. M. Kaplan, Medical Director Germany, AJDC München vom 10.1.1947

61 ZfA: Schwarz Papers 45/514: DP-Statistik vom 22.1.1946, 19.11.46, 1.4.1947; H. Laufer an AJDC Section Education München vom 24.11.1946; Nachrichten des Jüd. Zentralkomitees Konstanz Nr. 1 vom Okt. 1946; Girres, a. a. O. vor 2000, S. 7-8.; Königseder, Angelika, und Wetzler, Juliane: Lebensmut im Wartesaal. Die jüdischen DPs im Nachkriegsdeutschland, Frankfurt 2004, S. 267; Wiener Library: 1407/9: JRU Report No. 1 vom 10.6.1946; AJDC Archive: [NY_AR45-54_00028_00191.pdf](#): Boris Sapir an Jeanette Robbins vom 26.1.1954; [G45-54 GR_022_0642.pdf](#): Jewish population in the US Zone of Germany as of July 31, 1947; [NY_45-54_00032_0736.pdf](#): Statistik vom 1.1.1948; AJR Information 10/1948, S. 7; UNARMC: 0421-0038-00001-8: Div. Belegungsmeldungen

Frankreich eine Reihe von einflussreichen jüdischen Organisationen auf, die in der Lage waren, Reisen und Aufenthalte von DP's zeitweise zu finanzieren. Voraussetzung war jedoch, dass die Emigranten Frankreich in absehbarer Zeit verliessen, damit sie den innerfranzösischen Arbeitsmarkt nicht belasteten.

Loustalots graphischer Darstellung kann die Fluktuation der DP-Bevölkerung Gailingens zwischen dem 1. Mai 1946 und dem 1. Mai 1947 entnommen werden. Danach betrug die Belegung Anfang Mai 1946 bereits etwa 340 DP's. Die Anzahl stieg danach kontinuierlich bis zum 15. Juni 1946 auf 390 und bis zum 1. August auf 410. Mit der Ankunft weiterer DP's des Kibbutz Dror im Schloss Rheinburg stieg die Anzahl der DP's bis 15. August sogar auf 480 Personen. In den ersten Septembertagen wurde mit 490 Personen ein erster Höhepunkt erreicht. Bis zum 15. September sanken die Zahlen wieder auf 480 Personen. Am 1. Oktober 1946 war mit 509 Personen der absolute Höhepunkt erreicht. Von da ab ging die Anzahl der DP's in Gailingen aufgrund der Abwanderung zurück. Am 1. November wurden nur noch 480 Personen verzeichnet. Bis Mitte November schrumpfte die Anzahl der DP's wegen der Abreise des Kibbutz auf 418 Personen, ein Stand der durch Aufnahme und Abwanderung bis zum 1. März 1947 fast gleichblieb.

Wie erwähnt, verschwanden aus Gailingen im Februar 1947 die Mitglieder des Kibbutz Dror aus der Rheinburg.⁶² Henri Laufer vom «Joint» betonte in seinem Bericht vom 28. April 1947, wie die französischen Militärbehörden durch die Tatsache in Unruhe versetzt wurden, dass sich die Abreise der jüdischen Jugendlichen innerhalb von wenigen Stunden vollzogen hatte, was ohne Mithilfe von aussen kaum möglich gewesen sein konnte. Laufer musste sich direkt an die Militärregierung in Baden-Baden wenden, um die örtlichen Behörden zu besänftigen.

In seinem Bericht an den World Jewish Congress in New York schrieb der Sekretär des Zentralkomitees der befreiten Juden in Konstanz Ende 1947 stolz, dass fast alle der rund 3'500 befreiten Juden in der FBZ nach Palästina abgereist seien. Leider seien viele nun auf Zypern interniert oder würden wie die «Exodus»-Emigranten in britischen Lagern in Deutschland festgehalten.⁶³ Die Abreise von zwei Kibbutzim senkte die Zahl der in Gailingen lebenden jüdischen DP's rapide auf 257, wegen der ständig stattfindenden Abwanderung ab 15. April 1947 waren es dann nur noch 227.⁶⁴

Die Versorgung

Versorgt wurden die jüdischen DP's in Gailingen zunächst durch die französische Intendantur. Weil die spärlichen Rationen für die durch Lagerhaft geschwächten jungen Personen nicht ausreichten, beschafften nach und nach jüdische Hilfsorganisationen zusätzliche Le-

62 Namensliste der abgereisten Mitglieder des Kibbutz Dror aus Gailingen siehe UNARMC: 0421-0038-0007 Part A. p. 69, vom 4.3.1947

63 AFZ: IB Jüd. Gem. Kreuzlingen Nr. 150: Unbekannt (vermutl. Sekretär des ZK Konstanz) an Dr. J. Schwarzbart, World Jewish Congress, New York, vom 17.12.1947

64 UNARMC: Monographs DP-FR 12, S 1021-0085-07 Displaced Persons (French Zone) Jewish Infiltration and the Gailingen camp by G. Loustalot

bensmittel und Kleidungsstücke, bis ab Mai 1946 auch die UNRRA zuständig wurde.

Im Winter 1946/47 gelangte die Versorgung in der gesamten französischen Besatzungszone auf einen absoluten Tiefpunkt. Auch das UNRRA-Team 676 in Konstanz durchlief eine schwierige Phase. Es herrschte akuter Treibstoffmangel, weshalb sich weder die französische Besatzungsmacht noch die UNRRA in der Lage sahen, die wenigen Versorgungsmittel, die noch zur Verteilung kamen, per Lastwagen in dem ausgedehnten Zuständigkeitsbereich zuzustellen. Es fehlte an allem, auch an Kohle. Ausserdem war das System der Freigabescheine für Lebensmittel so kompliziert, dass die Versorgung der DP's nicht mehr auf dem angestrebten Niveau möglich war. Der zuständige P.D.R.-Offizier war keine Hilfe.⁶⁵

Ohne Dollars oder Schweizer Franken konnte sich keine jüdische Gemeinde in der FBZ versorgen, vor allem nachdem sich die auf der Durchreise nach Palästina befindenden Nachkriegsflüchtlinge zeitweise in den Kibbuzim aufhielten. Diese hatten kein Anrecht auf offizielle Versorgung. Der Kibbuz Gailingen brauchte schon im Frühjahr 1946 monatlich 1'500 Schweizer Franken.⁶⁶ Ohne Schwarzmarktgeschäfte ging es nicht. Ausserdem sorgten schweizerische Hilfsorganisationen für zusätzliche Rationen.

Menge für zwei Monate	Lebensmittel	Tagesmenge pro Pers. (Belegung ca.80 Pers.)	ca. Kcal/Tag
350 kg	Fisch	ca. 72 g	96
200 kg	Zucker	ca. 40 g	163
150 kg	Kaffee	ca. 30 g	0
100 kg	Salz	ca. 20 g	0
200 kg	Butter	ca. 40 g	297
300 kg	Nudeln	ca. 61 g	86
450 kg	Erbsen	ca. 92 g	77
250 kg	Konfitüre	ca. 51 g	132
250 kg	Käse	ca. 51 g	194
70 kg	Kakao	ca. 14 g	55
Gesamt Kcal			1'100

Zusatzversorgung für jüdische DP's in Gailingen durch schweizerische Organisationen 1946⁶⁷

65 UNARMC: 0421-0038-0005 Part B, p. 2-5: UNRRA Directeur Bauche, Konstanz, an UNRRA Gailingen vom 10.1.1947

66 AFZ: IB Kreuzlingen Nr. 118: Protokoll des Koordinations-Komitees für das Grenzgebiet vom 17.2.1946

67 Bei der Kalorienzahl kann es sich nur um Schätzungen handeln, weil die genaue Beschaffenheit der Lebensmittel und die Mehlmenge unbekannt sind. Die Tagessätze dürften pro Person weit geringer ausgefallen sein, wenn man davon ausgeht, dass häufig wesentlich mehr Personen zu versorgen waren.

Dazu kamen noch 40 Säcke Mehl, deren Gewicht leider unbekannt ist, und monatliche Verwaltungskosten von 10'000 RM, die von der Kommission «Hilfe und Aufbau» getragen wurden.⁶⁸

Die Bedürfnisse der durchreisenden Juden in den Kibbuzim waren auf Dauer nur schlecht abzuschätzen, weil sich die Belegungszahlen ständig änderten. Eifersüchteleien und Gerüchte über ungerechte Verteilung von Zuschüssen wurden laut. Deshalb ging die Kommission «Hilfe und Aufbau» ab Frühjahr 1946 dazu über, ihre finanziellen Zuwendungen von der Kopfzahl in den jüdischen Zentren abhängig zu machen. Kibbuzim, in denen Durchreisende untergebracht wurden, rechnete sie 50% der Belegungsstärke hinzu.

Auch das AJDC beteiligte sich in der FBZ mit monatlich 20'000 bis 25'000 RM. Somit zahlte der Joint in der FBZ durchschnittlich 12 RM pro Gemeindeglied, aber 18 RM pro Kibbuz-Mitglied aus.⁶⁹ Im März 1947, als die inoffizielle Belegung der Kibbuzim in Gailingen auf etwas mehr als 200 Personen gesunken war, verbesserte sich die Versorgungssituation der Zurückgebliebenen auch dank der reichlichen Lieferungen des AJDC aus München ganz erheblich.

Amerikanische Zigaretten (4000 Stück)	Marmelade (24 Dosen)
Kaffee (21 kg)	Fleisch (40 Dosen)
Kondensmilch (90 Dosen)	Sardinen (144 Dosen)
Kompott (48 Dosen)	Graupen (1 Sack)
Käse (500 Pakete)	div. Sorten Mazothmehl (825 engl. Pfund / 270 kg)
Zucker (21 Dosen)	Wein (100 Liter)

Zusatzversorgung durch das AJDC München für das Friedrichsheim in Gailingen im März 1947

Nach der Abreise der Kibbuz-Mitglieder in Gailingen registrierte der UNRRA-Chef Schütterle mehrfach Restbestände an Lebensmitteln und bat den zuständigen Versorgungs-offizier der UNRRA in Konstanz um entsprechende Reduzierung der nächsten Lieferung.⁷⁰

68 AFZ: IB Jüd. Gem. Kreuzlingen Nr. 120: Wieler an S.I.G. Zürich vom 3.2.1946

69 AFZ: IB Jüd. Gem. Kreuzlingen Nr. 149. Handschriftl. Notiz betr. Statistik und Geldverteilungen (vermutl. Wieler), undatiert (Mai 1946); Nr. 121: Wieler an S.I.G. Zürich vom 10.12.1946; Nr. 118: Besprechung über Hilfsmassnahmen in der FBZ Deutschlands vom 27.12.1946

70 UNARMC: 0421-0038-0004 Part A, p. 33: Schütterle an UNRRA-Direktion Konstanz vom 4.3.1947 und p. 12: Schütterle an Service Supply UNRRA Konstanz vom 5.4.1947

Wenn man die manchmal enormen Lebensmittelmengen anschaut, die der UNRRA-Chef Schütterle in Gailingen über die lokalen Handwerksbetriebe für die Lager bezog und über das Bürgermeisteramt abrechnete, bekommt man den Eindruck von einer ausgesprochen grosszügigen Versorgung der jüdischen DPs. Im Vergleich mit derjenigen der einheimischen Bevölkerung mag das grösstenteils auch zutreffend gewesen sein. Die Milchgenossenschaft Gailingen lieferte den Kibbuzim täglich 122 l Milch.⁷¹ Die dortige Bäckerei Müller verarbeitete allein für die Lager monatlich 20-22 Doppelzentner Mehl, das damals nicht einfach zu besorgen war, zumal der Bäcker auch die nötigen Brennstoffe brauchte, um das Brot zu backen.⁷²

Laut Freigabeschein der UNRRA konnten die Lagerbewohner von der Brauerei Bilger in Gottmadingen rund 12'000 l Bier beziehen. Davon sollten zwischen dem 23. Januar 1947 und Anfang Februar allein 3'000 l abgeholt werden, was aber nur ging, wenn die dafür nötigen Fässer bereitgestellt wurden. Nicht nur die Fässer, sondern auch die Verpackungen, wie Mehlsäcke, Holzkisten oder Flaschen waren rar geworden, weshalb der Versorgungsservice Güter nur abgeben konnte, wenn Verpackungsgüter zurückgegeben wurden.⁷³ Umgerechnet auf die über 400 Personen starke Lagerbelegschaft ergeben sich jedoch keineswegs besonders grosse Mengen. Dennoch kam es angesichts der damaligen allgemeinen Versorgungsmisere immer wieder zu unerfreulichen Auseinandersetzungen zwischen Einheimischen und jüdischen DPs.

Antisemitismus

Bereits Anfang 1946 wurde die Einrichtung einer Hachschara in Gailingen von der einheimischen Bevölkerung und ihrem Bürgermeister nicht gut aufgenommen. Sie legten eine äusserst feindliche Haltung zutage. In einem Schreiben des Centre Israélite Hachschara Gailingen an die Kommission «Hilfe und Aufbau» beklagten sich die jüdischen DPs, dass sie «von Zeit zu Zeit von der deutschen Bevölkerung in Gailingen, unter Anführung des Bürgermeisters, verfolgt» würden. Der Bürgermeister rufe gegen die Juden auf. Bei einer öffentlichen Versammlung fielen Ausdrücke wie «Judengesindel» oder «Steinigt die Juden». Im März 1946 kam es zu antisemitischen Schmierereien am israelitischen Gemeindefeuerhaus.⁷⁴ Als die Besatzungsmacht in Gailingen Beschlagnahmungen vornahm, sah sich das Bürgermeisteramt veranlasst, die einheimische Bevölkerung zu ersuchen, sich gegenüber den Angestellten der UNRRA «höflichst zu verhalten.»

71 UNARMC: 0421-0038-0004 Part C, p. 61: Mitteilung der Milchgenossenschaft Gailingen vom 4.9.1946

72 Ebenda, Part B, p. 12: Schütterle an das Kreiswirtschaftsamt Konstanz vom 4.1.1947

73 UNARMC: 0421-0038-0006 Part B, p. 32: Mitteilung der Brauerei Bilger, Gottmadingen, an die UNRRA Gailingen vom 23.1.1947; UNARMC: 0421-0038-0005 Part C, p. 29: Hausmitteilung der UNRRA-Direktion Konstanz vom 15.2.1947

74 AFZ: IB Jüd. Gem. Kreuzlingen Nr. 146; Nr. 120: Schreiben des Centre Israélite Hachschara Gailingen (Rabinoff) an HuA Zürich, ohne Datum (23.2.1946); Nr. 118: Protokoll des Koordinations-Komitees für das Grenzgebiet vom 17.2.1946

Wie woanders auch gab es bei Tanzveranstaltungen im Gasthof Hirschen in Gailingen gegenseitige Rempelen jüdischer Lagermitglieder mit einheimischen Jugendlichen oder jungen Männern, die aus der Gefangenschaft zurückgekehrt waren. Franzosen, Gailinger und jüdische DPs stritten sich bei der Wahl einer Tanzpartnerin. Jüdische DPs zogen manchmal durch die Strassen Gailingens und drängten die Einheimischen vom Gehsteig oder von der Strasse. Diese wehrten sich. Es kam zu Handgemenge und Schlägereien.⁷⁵

Gailinger Zeitzeugen zufolge gab es aber auch vielfältige Kontakte zwischen Einheimischen und DPs, die für die verschiedensten Dienstleistungen mit Lebensmitteln bezahlten, nach der Währungsreform auch mit Bargeld. Für die lokalen Handwerkerbetriebe schufen die Kibbuzim Arbeit. In den Akten Schütterles haben sich für die Zeit von September 1946 bis März 1947 Zahlungsanweisungen in Höhe von etwa 25'000 RM erhalten, die überwiegend an das Bürgermeisteramt gerichtet waren. Es handelte sich um Rechnungen für ärztliche oder zahnärztliche Behandlungen und Krankenhausaufenthalte der jüdischen DPs. Das Postamt, das Krankenhaus und die AOK Singen, verschiedene regionale Transportunternehmen, eine Holzhandlung, die Milchgenossenschaft Gailingen, diverse örtliche Handwerker und sonstige Geschäftsleute, die Ottilienquelle Randegg, die Brauerei Bilger in Gottmadingen, ein Mühl- und ein Sägewerk in Rielasingen und natürlich die Gemeindeverwaltung Gailingen selbst und verschiedene Hausbesitzer stellten ihre Rechnungen. Ob alle, wie vorgesehen, über das Landratsamt, das Besatzungskosten abrechnete, auch bezahlt wurden, bevor die UNRRA im Frühjahr 1947 das Feld räumte, geht aus den Unterlagen nicht hervor.

Die Schliessung des Friedrichsheims

Ende März 1947 gab die UNRRA die in Gailingen beschlagnahmten Gebäude wieder frei. Mietzahlungen wurden ab 1. April eingestellt. Die letzten Zahlungsanweisungen Schütterles für den Abtransport eines Archivschrankes und von Karteikästen datierten vom 14. Juli 1947.⁷⁶ Die UNRRA zog sich aus den Besatzungszonen in Deutschland zurück und übergab ihre Aufgabe der Betreuung von DPs der französischen P.D.R. und der UNRRA-Nachfolgeorganisation, der International Refugee Organisation (IRO), deren Hauptquartier in der FBZ in Neuenbürg im Schwarzwald lag.

Nach der Auflösung der Kibbuzim Haganah, Dror und Moledeth bestand ab März 1947 nur noch das Friedrichsheim. Es wurde nun vom Jüdischen Zentralkomitee in Konstanz verwaltet und von Max Hilfstein geleitet, der sich schon Anfang 1947 in Gailingen als Fri-

75 Girres, a. a. O. vor 2000, S. 7, 9 und 13

76 UNARMC: 0421-0038-0004 Part A, p. 3: Schütterle an UNRRA-Direktion Konstanz vom 14.7.1947; p. 17 und 19: Schütterle an Bürgermeisteramt Gailingen vom 29. und 30.3.1947



Antisemitische Schmierereien in Gailingen, März 1946 (AFZ IB Jüd. Gem. Kreuzlingen Nr. 146)

seur niedergelassen hatte.⁷⁷ Bis zum Mai 1947 stieg die Belegungszahl im Friedrichsheim auf 104, um bis Juli 1947 wieder auf 100 zu sinken.

Die bis dahin noch nicht ausgewanderten jüdischen DPs mussten sich nun wirtschaftlich neu orientieren. Ab Mitte 1947 gelang es den jüdischen Hilfsorganisationen zusammen mit der Besatzungsmacht nach und nach durchzusetzen, dass jüdische DPs auch in deutschen Unternehmen Arbeit aufnahmen, sonst erhielten sie keine Zuwendungen mehr. Ausnahmen gab es für ältere und behinderte Menschen sowie für Studenten. Die Hilfe der Schweizer beschränkte sich im Jahre 1948 zunehmend auf Bargeldzahlungen zur Förderung kultureller Angelegenheiten.⁷⁸

Die Währungsreform im Juni 1948 hatte die Lage grundlegend verändert. Der Handel der jüdischen DPs ging stark zurück. Es gab nur noch legale Verdienstmöglichkeiten. Zwar herrschte Bargeldmangel, doch nach kurzer Stagnation verstanden es die jüdischen DPs, sich neue Einkommensquellen zu erschliessen. Die Mehrzahl von ihnen kam nun ohne Unterstützung aus. Dennoch verlangten fast alle nach Joint-Unterstützungen, auch wenn sie nach Meinung von Robert Wieler nicht im Geringsten darauf angewiesen waren.⁷⁹

Robert Wieler meldete im Juli 1948 auch Bedenken gegen die Teilnahme von jüdischen Kindern aus Gailingen an einem Erholungsprogramm des AJDC-Vertreters Henri Laufer an, weil deren Eltern, auch wenn sie nur ein einziges Zimmer bewohnten, über so viel Geldmittel verfügten, dass sie sich Dienstmädchen leisten konnten.⁸⁰ Zur allgemeinen Lage äusserte er sich: «Diese ist – grosso modo – nicht unbefriedigend. Es wird z.T. sehr viel Geld verdient, vor allem in den Grenzorten, in Gailingen, was immerhin hervorgehoben werden soll, auf genossenschaftlicher Basis.»⁸¹ Zum Jahresanfang 1950 reiste der letzte jüdische Bewohner ab, um auszuwandern. Die Kreisverwaltung Konstanz erwarb das Friedrichsheim und eröffnete ein mittelständisches Altersheim für 65 Heimplätze.⁸²

Aus dem Angebot von Burton E Lamfrom aus Beverly Hills in Kalifornien im Jahr 1951, dem AJDC ein ihm vererbtes Haus in Gailingen als Waisen- oder Altersheim zu stiften, wurde nichts, weil es in der FBZ damals zu wenige jüdische Waisen gab und keine Aussicht bestand, dass die grossen Einrichtungen in der US-Zone Waisen abgaben. Ausserdem gab es in der FBZ genügend Altersheime.⁸³

77 Girres, a. a. O. vor 2000, S. 11-12; UNARMC: 0421-0038-0004 Part A, p. 2: Attestation Schütterle vom 14.4. 1947

78 AFZ: IB Jüd. Gem. Kreuzlingen Nr. 124: Wieler an S.I.G. Zürich vom 28.9.1948

79 Ebenda, Wieler an S.I.G. Zürich vom 22.6. und 13.9.1948

80 Ebenda, HuA (Wieler) an Henri Laufer vom 23.7.1948

81 Ebenda, Wieler an S.I.G. Zürich vom 9.2.1948

82 Girres, a. a. O. 2000, S. 230-231

83 AJDC Archive: [G45-54_GR_004_0444.pdf](#): H. Katzki, AJDC Paris, an S. Haber, AJDC München vom 9.2. 1951; ID 205 68 43 Folder: Germany (US Zone) Desintegration of German operations 1948-49

Resümee

Die Geschichte der UNRRA und ihrer Lager in Gailingen zeigt nur einen kleinen Ausschnitt des damaligen Lebens jüdischer DP's in der französischen Besatzungszone (FBZ). Gailingen war bei Weitem nicht der einzige Ort in der FBZ, in dem jüdische DP's und Nachkriegsflüchtlinge nach Krieg und Verfolgung eine gewisse Zeit zu leben hatten. In der südlichen FBZ lebten jüdische DP's auch noch in Konstanz, dem Lager Konstanz-Egg, im Jordanbad bei Biberach, in Saugau, Freiburg, Ravensburg und Lindau sowie verstreut in verschiedenen kleineren Ortschaften.

Sicherlich bildete die FBZ mit ihren etwas mehr als 2'000 offiziell gemeldeten jüdischen DP's – das waren nur etwa 6% aller DP's in der FBZ – nicht das Zentrum jüdischen Lebens im Nachkriegsdeutschland. In der britischen Besatzungszone stellten zwischen Ende 1946 und Juni 1947 rund 12'000 jüdische DP's etwa 4,5% aller dortigen DP's. In der US-Zone suchten demgegenüber rund 120'000 Juden Zuflucht. Sie machten immerhin bis zu 35% aller Verschleppten in dieser Zone aus. Insgesamt wurden in den drei westlichen Zonen Deutschlands in dieser Zeit zwischen 6,4 und 6,9 Millionen DP's gezählt, von denen etwa 20% Juden waren.⁸⁴

Somit war Frankreich mit dem Problem der verschleppten jüdischen Personen zwar – relativ gesehen – stärker belastet als Grossbritannien. Aber angesichts der geringen Zahlen scheinen die Vorgänge in der französischen Zone doch ziemlich unbedeutend zu sein. Wie viele jüdische Flüchtlinge in der Nachkriegszeit allerdings wirklich durch Gailinger Lager in Richtung Frankreich und Palästina geschleust wurden, ist nicht bekannt.

War die Geschichte der Kibbuzim in Gailingen deshalb nur eine Randnotiz der Zeitgeschichte? Das ist keineswegs der Fall. Was Gailingen auszeichnet, ist, dass sich dort anhand der verwendeten Akten exemplarisch nachweisen lässt, in welchem Zwiespalt sich die französische Besatzungspolitik hinsichtlich jüdischer Auswanderungswilliger befand. Die Franzosen hatten ein elementares Interesse daran, in der eigenen Besatzungszone so wenig Menschen wie möglich versorgen zu müssen. Voraussetzung dafür waren strenge Grenzkontrollen und die Verhinderung von Schwarzmarktgeschäften.

Die Franzosen hatten aber auch ein wirtschaftliches Interesse an ihrer Zone und dazu benötigten sie Arbeitskräfte, zum Wiederaufbau Frankreichs und der Wirtschaft in ihrer Besatzungszone, aus der sie sich versorgten. Dieser durfte nicht durch Juden belastet werden, deren Bestreben nur darin bestand, nach Palästina auszuwandern. Gleichzeitig musste aussenpolitisch Rücksicht auf die anderen westlichen Siegermächte genommen werden. Die USA unterstützten die Auswanderung der Juden nach Palästina, Grossbritannien sperrte sein Mandatsgebiet.⁸⁵ Eine offizielle Unterstützung der jüdischen Transitreisenden

84 Wiener Library: HA 20-4/2: Displaced Persons on hand in Assembly Centers 12.12.1946; 9.1.1947; 11.1.1947; 30.4.1947; 14.6.1947

85 Rinke, Andreas: Le grand retour. Die französischen Displaced Person-Politik (1944-1951). Frankfurt (Main) 2002, S. 315-332

verbot sich so von selbst. Es ist also kein Wunder, dass sich sowohl freundliche und als auch restriktive Haltungen gegenüber jüdischen DPs in der Art und Weise widerspiegelten, wie verschiedene französische Dienststellen mit diesen Menschen umgingen.

Ähnliches gilt interessanterweise auch für die UNRRA, die zunächst gehalten war, auf spezifisch jüdische Bedürfnisse überhaupt nicht einzugehen. Doch auch hier zeigt sich, dass es vom Personal abhing, ob die Interessen jüdischer DPs in der FBZ beeinträchtigt oder gefördert wurden. Dass britische UNRRA-Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den von den Franzosen eingerichteten Lagern für jüdische DPs eine andere Einstellung zu Tage legten als französische mit jüdischem Hintergrund, wird gerade am Beispiel Gailingen offenkundig. So gesehen ist Gailingen ein Beispiel dafür, dass nicht nur die USA, sondern auch Frankreich hier einen gewissen, wenn auch vergleichsweise bescheidenen Beitrag zur Entstehung des jenes Staates leistete, der damals Ziel vieler jüdischer DPs war, nämlich Israel.

Besatzungskinder der französischen Armee in Konstanz (1945-1961)

Von Arnulf Moser, Konstanz

Beziehungen zwischen Besatzungssoldaten und Frauen der besetzten Gebiete sind eine Begleiterscheinung des Zweiten Weltkriegs und der unmittelbaren Nachkriegszeit. Man denke an die deutschen Soldaten in Frankreich oder Norwegen, man denke an die Soldaten der Alliierten in Deutschland nach 1945. Diese Kontakte umfassen die ganze Bandbreite der menschlichen Beziehungen, sie reichen von echten Liebesbeziehungen über eher geschäftsmässige Beziehungen, also Perlonstrümpfe, Zigaretten und Lebensmittel gegen sexuelle Dienstleistungen bis hin zu Prostitution und Vergewaltigung.

Exakte Zahlen gibt es nicht, die Schätzungen gehen oft weit auseinander. Es werden hier die folgenden Zahlen verwendet, die in der aktuellen wissenschaftlichen Literatur zu finden sind. Gerade in den letzten Jahren sind wichtige neue Publikationen zum Thema erschienen.¹ Man rechnete 1956 für die drei westlichen Besatzungszonen mit etwa 70'000 Besatzungskindern, das waren aber nur Kinder, die noch unter Amtsvormundschaft standen. Für die russische Zone gibt es Schätzungen mit etwa 100'000 Besatzungskindern. Bei der französischen Zone geht man von 20'000 Besatzungskindern aus, von denen ca. 17'000 aktenmässig erfasst sind.

Für die französischen Soldaten gab es kein Fraternisierungsverbot wie bei den anderen Besatzungsmächten, allenfalls Warnungen vor den Deutschen, die auch die Frauen einschlossen. So heisst es in einem Merkblatt für die Soldaten der französischen Armee: «Französische Soldaten, seid misstrauisch gegen Deutsche, welche behaupten, dein Freund zu sein, deutsche Frauen, welche dir zulächeln. Sie bereiten vielleicht dein Verderben vor [...]».²

Die Besatzungskinder als Gruppe unserer Bevölkerung sind schwierig zu fassen oder zu ermitteln. Sicher, es gab die Auffälligen, die farbigen Besatzungskinder, vor allem bei den Amerikanern. Aber auch die anderen Unauffälligen bildeten eine besondere Gruppe,

- 1 Kleinau, Elke, und Mochmann, Ingvill C. (Hg.): Kinder des Zweiten Weltkriegs: Stigmatisierung, Ausgrenzung, Bewältigungsstrategien. Frankfurt (Main) 2016; Kleinau, Elke: Besatzungskinder in Deutschland nach 1945. Bildungs- und Differenzenerfahrungen. In: Zeitschrift für Pädagogik 62, 2016, S. 224-240; Stelzl-Marx, Barbara, und Satjukow, Silke (Hg.): Besatzungskinder. Die Nachkommen alliierter Soldaten in Österreich und Deutschland. Wien 2015; Satjukow, Silke, und Gries, Rainer: «Bankerte» – Besatzungskinder in Deutschland nach 1945. Frankfurt (Main) 2015
- 2 Wolfer, Jürgen: Ein hartes Stück Zeitgeschichte: Kriegsende und französische Besatzungszeit im mittleren Schwarzwald. Hamburg 2012, S. 210; «Kinder des Feindes». In: Spiegel Nr. 52 vom 22.12.2006

die Demütigungen, Schikanen und seelischen Verletzungen ausgesetzt war. Sie erlitten Traumatisierungen und Identitätskrisen. Sie waren unehelich, Kinder des Feindes und wussten meistens nicht, wer ihr Vater war. Aber auch die Mütter der Besatzungskinder wurden diffamiert. Sie waren ein Symbol der Niederlage, eine Störung der Nachkriegsgesellschaft, eine Verletzung der Ehre des Volkes und vor allem bei farbigen Kindern eine Verletzung des NS-Menschenbildes.

Vergewaltigung und Abtreibung

Man geht davon aus, dass bei den drei westlichen Besatzungsmächten 5% der Besatzungskinder aus Vergewaltigungen hervorgegangen sind, bei den Amerikanern und vor allem bei den Engländern eher weniger, bei den Franzosen eher mehr. Selbst bei den Amerikanern geht man inzwischen von an die 10'000 Vergewaltigungen aus. Da die meisten Vergewaltigungen in der Zeit unmittelbar nach den letzten Kampfhandlungen erfolgten, ist dies das erste Thema, das sich 1945/46 gar nicht vom Thema Besatzungskinder trennen lässt. Es ist ein besonders schwer zu fassendes Faktum, eine hohe Dunkelziffer, die Scham, das Verbrechen anzuzeigen, die Machtlosigkeit der deutschen Polizei, der Schutz der Soldaten durch ihre Armee, das Problem der Beweisbarkeit. Die Kölner Silvesternacht 2015/16 hat gezeigt, dass schon am nächsten Tag die Beweislage sehr dürftig war, weil die deutsche Polizei die Vorfälle nicht ernst genommen hat und weil die Frauen im Dunkeln nicht viel gesehen haben.

Schwerpunkte waren Freudenstadt und Stuttgart. Zu Konstanz existieren höchst unterschiedliche Zahlen, die weit auseinanderdriften. In den Tagesberichten der Konstanzer Polizei zwischen Mai und Oktober 1945 tauchen zwei Anzeigen wegen Vergewaltigung auf. Anfang Juli zeigt eine Hausfrau aus der Zogelmannstrasse an, dass sie am 26. Mai in ihrer Wohnung von einem französischen Soldaten («Neger») vergewaltigt worden sei. Und am 18. Oktober zeigt eine Frau aus der Hindenburgstrasse an, sie sei am 17. September im Wald beim Pilzesammeln von einem französischen Soldaten (Marokkaner) vergewaltigt worden.³ Beiden Fällen ist gemeinsam, und das wird ein weiteres Thema sein, dass die Frauen erst mehrere Wochen nach der Tat zur Polizei gehen, wenn sie gemerkt haben, dass sie schwanger sind. Und dann gibt es die Angaben von Miriam Gebhardt, die ein erfolgreiches Buch über Vergewaltigungen 1945 geschrieben hat. Sie liefert für den Raum Konstanz die übertriebene Zahl von 385 Vergewaltigungen und stützt sich dabei auf eine wenig zuverlässige französische Quelle, den Journalisten Marc Hillel.⁴

3 Moser, Arnulf: Vom königlichen Garnisons-Lazarett zur Arbeiterwohlfahrt. Die wechselvolle Geschichte des Gebäudekomplexes Friedrichstrasse 21 in Konstanz von 1882 bis heute. Konstanz 2013, S. 37-41; Stadtarchiv Konstanz (StA KN), S II 4104

4 Gebhardt, Miriam: Als die Soldaten kamen. Die Vergewaltigungen deutscher Frauen am Ende des Zweiten Weltkriegs. München 2015, S. 230; Hillel, Marc: L'Occupation française en Allemagne (1945-1949). Paris 1983, S. 111; Kral, Silke: Vergewaltigungen «Nach dem Krieg». Blitzlichter zu einem Tabuthema in der Grenzstadt Lörrach. In: Badische Heimat 75, 1995, S. 229-240; Serger, Bernd u.a. (Hg.): Südbaden unter Hakenkreuz und Trikolore. Zeitzeugen berichten über das Kriegsende und die französische Besetzung 1945. Freiburg (Breisgau) 2006, S. 311-317

Wer weiss es besser? Die Konstanzer Ärzte. Die Justiz in Deutschland funktionierte nicht mehr, das Abtreibungsverbot war de facto vorübergehend aufgehoben. In dieser Situation wandte sich der Konstanzer Ärzteverein Anfang August 1945 an den Landeskommissär für die Landkreise Waldshut, Villingen und Konstanz, Dr. Marcel Nordmann, das ist die Zwischeninstanz zwischen Landkreis und Freiburger Landesregierung. Es sollten Plakate ausgehängt werden, dass Frauen nach Vergewaltigung nur dann mit Abtreibung rechnen könnten, wenn sie sich innerhalb von drei Tagen bei der Polizei und innerhalb von acht Tagen bei einem Arzt gemeldet hätten. Nordmann lehnte dies ab, weil er eine «zu grosse Beunruhigung in der Öffentlichkeit» befürchtete. Ausserdem hätte die französische Besatzung wohl niemals solche Plakate genehmigt, aus denen die Disziplinlosigkeit der Truppe offensichtlich geworden wäre.

Darauffhin stellte der Konstanzer Ärzteverein für den Frauenarzt Dr. Kurt Welsch von der Frauenklinik in der Friedrichstrasse Richtlinien auf, wie er vorgehen solle. Das Konstanzer Verfahren wird inzwischen schon in der wissenschaftlichen Literatur zum Kriegsende behandelt. Die Richtlinien für eine Abtreibung nach Vergewaltigung durch Soldaten lauten: 1. Das Vorliegen einer Schwangerschaft muss erwiesen sein. 2. Es muss erwiesen sein, dass dieser Schwangerschaft ein Vergewaltigungsakt vorausgegangen ist. 3. Der Entwicklungsstand der Schwangerschaft muss mit dem Datum des Vergewaltigungsvorganges übereinstimmen. 4. Die Schwangere muss den Antrag auf Unterbrechung der Schwangerschaft stellen. Die Akte der badischen Justizbehörden in Freiburg zu diesem Vorgehen hat die Überschrift «Angriffe auf die Volksgesundheit, hier: Schwangerschaftsunterbrechung».⁵

Was ist der Hintergrund dieses neuen Umgangs mit Abtreibung? Es ist die Erinnerung an die sogenannte «Schwarze Schmach», die die Ärzte antreibt. Gemeint sind die farbigen Besatzungskinder, die die französischen Kolonialtruppen 1919/20 im besetzten Rheinland hinterlassen haben. Diese wurden im «Dritten Reich» eingesammelt und zwangssterilisiert, etwa 400. Das Auswärtige Amt hatte Bedenken gegen diese Methode geäussert und vorgeschlagen, die jungen Leute entweder nach Geschlechtern getrennt in Arbeitslagern unterzubringen oder aber sie in die italienischen Kolonien in Afrika zu deportieren. Einer dieser sogenannten «Rheinlandbastarde» wurde in Singen durch das Konstanzer Gesundheitsamt zwangssterilisiert.⁶

Man befürchtete in Konstanz eine Welle von farbigen Besatzungskindern nach Vergewaltigung durch Kolonialsoldaten. Die Franzosen hatten algerisch/marokkanische Einheiten über den Rhein mitgeführt, die bereits 1944 in Italien durch Ausschreitungen gegen die

5 Staatsarchiv Freiburg (StA FR), A 96/1 (Landeskommissär Konstanz), Nr. 1073 (Medizinalsachen 1945), C 20/1 (Badisches Justizministerium), Nr. 528; Kreisarchiv Konstanz, GeneraliaXIX (Militär- und Kriegssachen), Nr. 33 (Meldungen über die durch Besatzungstruppen verursachten Zwischenfälle)

6 Martin, Peter: Die Kampagne gegen die «Schwarze Schmach» als Ausdruck konservativer Visionen vom Untergang des Abendlandes. In: Höpp, Gerhard (Hg.): Fremde Erfahrungen. Asiaten und Afrikaner in Deutschland, Österreich und der Schweiz bis 1945. Berlin 1996, S. 211-228; Moser, Arnulf: «Zigeuner» und «negroide Bastarde» – Zwangssterilisationen aus rassistischen Gründen beim Gesundheitsamt Konstanz 1933-1945. In: HEGAU 69, 2012, S. 204-206

Zivilbevölkerung aufgefallen waren. Immerhin wurden zwischen 26. April und 6. Mai 1945 in Süddeutschland mindestens 11 nordafrikanische Soldaten wegen Vergewaltigung standrechtlich erschossen, um die Disziplin wieder in Griff zu bekommen. Dagegen hatten die Franzosen die schwarzen Truppen im Elsass zurückgelassen, weil sie sich im Winterkrieg 1944/45 in den Vogesen nicht bewährt hatten. Sie wurden durch neue französische Einheiten und Résistance-Gruppen ersetzt («Blanchissement»). Aber es gab schwarze Soldaten in den regulären Einheiten, und es gab vietnamesische Einheiten. Über diese berichtet die in Konstanz erscheinende Tageszeitung «Nouvelles de France» im Januar 1947, dass das 2. Indochinesische Marschbataillon, also mehrere hundert Männer, in Konstanz das Tet-Fest (Neujahrsfest) feierte und dazu das französische Militär eingeladen hatte zu Feuerwerk, asiatischem Essen und Ball.⁷

Das Problem für Welsch war, dass die Frauen immer erst zu ihm kamen, wenn sie merkten, dass sie schwanger waren, und ihm von Vergewaltigung durch farbige Soldaten vor sechs Wochen berichteten. Welsch wandte viel Zeit und Mühe auf, um über Rathäuser, Pfarrämter und Polizei die Glaubwürdigkeit der Frauen zu überprüfen. Die Berichte der katholischen Geistlichen in Südbaden an die erzbischöfliche Zentrale in Freiburg sind im Sommer 1945 ohnehin eine wichtige Quelle zu diesem Thema. Offensichtlich landeten auch solche intimen Delikte bei diesen Vertrauenspersonen des jeweiligen Ortes. Das Zwischenergebnis von Mitte August 1945 sieht bei Welsch so aus: 115 Anträge auf Abtreibung wegen Vergewaltigung durch Soldaten, bei 28 hat er eine Abtreibung durchgeführt, also 25%. Dabei war er in drei Fällen von den Frauen angelogen worden, deren Schwangerschaft war schon so weit fortgeschritten, dass sie schon vor Ankunft der Franzosen eingetreten sein muss. Ihm war klar, dass er einigen wegen mangelnder Glaubwürdigkeit abgewiesenen Frauen auch Unrecht getan hatte und dass diese Frauen nun Kinder zur Welt bringen würden, deren Väter «fast ausschliesslich Angehörige farbiger Völker sind». Sein Fazit: «Das Schlagwort von der ‚schwarzen Schmach‘ erhält eine neue und zweifellos berechtigte Grundlage.»

Der französische General André-Claude Chevillon, Kommandeur einer algerischen Division, im April 1945 Militärkommandant in Stuttgart, dann bis Mitte Mai in Konstanz, kannte die Zahlen von Welsch vom August 1945. Er schrieb am 1. September an General Marie-Pierre Koenig, den Nachfolger von General Jean de Lattre de Tassigny, jetzt französischer Oberkommandierender in Baden-Baden: «Da die deutschen Frauen die Möglichkeit gehabt haben, in den Krankenhäusern legal eine Abtreibung zu erreichen, wenn sie durch einen farbigen Soldaten schwanger wurden, müssen ihre Erklärungen mit Vorsicht betrachtet werden, denn die Frauen konnten auch geneigt sein, die eingeborenen Soldaten zu bela-

7 Recham, Belkacem: Les musulmans algériens dans l'armée française. Paris 1996, S. 265-272. Zu den vietnamesischen Soldaten in Konstanz: Burchardt, Lothar (Hg.): Aufregende Tage und Wochen. Das Tagebuch des Konstanzer Lehrers Herbert Holzer aus den Jahren 1945-1948. Konstanz 2010, S. 152, 161, 165, 168, 177, 192 und 207; Nouvelles de France vom 24.1.1947 (Archiv des Südkurier Konstanz)

sten, um sich in den Augen ihrer Angehörigen zu rechtfertigen.» Chevillon hatte eine kritische Ansicht von den deutschen Frauen. Er sprach von der «Leichtigkeit, mit der die deutschen Frauen sich prostituieren, sogar und vielleicht vor allem bei den eingeborenen Soldaten, die bei ihnen eine besonders schmeichelhafte Reputation zu geniessen scheinen, was die auf sie bezogene verallgemeinerte Anwendung von Gewaltmassnahmen wirklich unnötig macht.»⁸

Ähnliche Töne kommen aus der katholischen Ecke in Konstanz. Die Vorsitzende des örtlichen Katholischen Fürsorgevereins für Frauen, Mädchen und Kinder (heute Sozialdienst katholischer Frauen), die ehemalige Lehrerin und Landtagsabgeordnete des Zentrums, Maria Beyerle, stellte fest: «Im Gefolge des äusseren Zusammenbruchs wurde auch die Aushöhlung der geistigen und moralischen Lebensgrundlagen im würdelosen Gebaren unserer Frauen und Mädchen recht offenbar.» Und: «Die Verwahrlosung und geschlechtliche Haltlosigkeit unserer Mädchen ist so gross, dass sie in vielen Fällen nicht erst verführt werden, sondern sich selbst dem Mann entgegen werfen.» Auch die Eltern der jungen Frauen werden kritisiert: «Die Tatsache, dass die Ausländer besser imstande sind, Mutter und Kind am Lebensnötigen zu versorgen, begründet eine weitgehende Nachsicht von Seiten der Eltern der Kindesmütter, so dass schon von Haus aus der sittliche Halt fehlt und ebenso die Unterscheidung von Erlaubtem und Unerlaubtem subjektiv dann nicht mehr empfunden wird.»⁹

Der Schriftsteller Albert Camus reiste im Juni 1945 durch die französische Zone und schrieb anschliessend in der Zeitung «Combat» über idyllische Landschaften, blühende Kinder und französische Soldaten, die wie selbstverständlich mit ihren deutschen Freundinnen promenierten. Und der Konstanzener Lehrer Herbert Holzer notierte bereits am 2. Juni 1945 in seinem Tagebuch: «Ulzig sind die Pärchen von französischen Soldaten und deutschen Mädchen, wenn sie sich zu unterhalten versuchen. ‚Isch nischt kann sagen usw.‘ sagt zum Beispiel er. ‚Du lernst nicht Deutschs sie«. Oder am 22. Juni im Zusammenhang mit Kriegsverletzten: «Sie tun einem sehr leid, besonders angesichts der Tatsache, dass eine sehr grosse Zahl der Mädchen entweder ihren Franzosen schon haben oder sichtlich nach einem Ausschau halten.»¹⁰

Justiz und Gesundheitsamt im Herbst 1945

Mitte Oktober 1945 kam die Justiz in der französischen Zone wieder in Gang. Jetzt galt auch in Konstanz wieder die Rechtslage wie vor 1933, also Abtreibung nur bei medizinischer Indikation. Welsch und der neue Leiter des Gesundheitsamtes Dr. Erich Haisch mussten sich beim neuen Konstanzener Landgerichtspräsidenten Kaspar Deufel rechtfertigen.

8 Übersetzt aus: Notin, Jean-Christophe: Les vaincus seront les vainqueurs. La France en Allemagne. Paris 2004, S.384-385

9 Moser, Arnulf: Von der Fürsorge zum Sozialdienst – Der Konstanzener Sozialdienst katholischer Frauen im gesellschaftlichen Wandel (1908-2008). In: Frauen bewegen Konstanz. 100 Jahre Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Konstanz. Konstanz 2008. S. 29

10 Camus, Albert: Oeuvres complètes, Bd. 2. Paris 2006, S. 628-630. Burchardt, a. a. O. 2010, S. 30 und 68

Welsch sprach von 250 Fällen. Fälle heisst, es waren etwa 250 Frauen gekommen, die schwanger waren und erklärten, sie seien vor sechs bis acht Wochen von einem farbigen Soldaten vergewaltigt worden. Er hatte bei 63 Frauen eine Abtreibung durchgeführt, also bei etwa 25% der Anträge. Die anderen Frauen hat er wegen mangelnder Glaubwürdigkeit weggeschickt. Es gab aber kein Strafverfahren gegen die beiden, sondern eine Abmahnung. Welsch musste zudem einräumen, dass das Konstanzer Verfahren unbefriedigend bzw. unzulänglich war, weil bei einer einzigen Person die Ermittlung des Wahrheitsgehaltes der Anzeige, die Entscheidung über und die Durchführung der Schwangerschaftsunterbrechung lagen.¹¹

Das Freiburger Verfahren

Die deutschen Bischöfe haben in ihrem ersten gemeinsamen Hirtenbrief nach dem Krieg vom 23. August 1945 das Thema behandelt und Abtreibungen nach Vergewaltigung verurteilt. In Freiburg liefen die Dinge auch anders als in Konstanz. In einer ersten «Schockphase» mit Vergewaltigungen bis zum 15. Mai wurden anschliessende Abtreibungen von den Freiburger Frauenärzten toleriert. Nach einem von der Militärregierung bei dem Juristen Prof. Dr. Adolf Schönke bestellten Gutachten zur Schwangerschaftsunterbrechung nach Vergewaltigung setzten die Franzosen Ende Juni für Freiburg eine Kommission ein, bestehend aus dem Leiter des Gesundheitsamtes, Obermedizinalrat Dr. Alfred Pfunder, dem kommissarischen Direktor der Universitäts-Frauenklinik, Prof. Dr. Hermann Franken, und dem Direktor der Universitäts-Psychiatrie, Prof. Dr. Kurt Beringer. Franken war wegen seiner katholischen Haltung im «Dritten Reich» in seiner akademischen Karriere gebremst worden, Beringer war ein Gegner der «Euthanasie» gewesen.

Diese Kommission sollte über das Vorliegen von medizinischen Indikationen entscheiden, wobei Vergewaltigung allenfalls im Zusammenhang mit Suizidabsichten als medizinische Indikation gelten konnte. Es kam zu Missverständnissen. Der Andrang von Frauen war auch deshalb so gross, weil viele Leute, auch Ärzte, der Ansicht waren, die Kommission würde Vergewaltigung durch Besatzungssoldaten als medizinische Indikation einstufen. Anfang Oktober beschwerte sich Dr. Pfunder beim Innenministerium in Karlsruhe (inzwischen amerikanische Zone), die Ärzte würden ihnen Frauen schicken nur mit einem Zettel «Vergewaltigung» oder gar nur mit mündlicher Überweisung.

Bis November hatte die Kommission 158 schwangere Frauen begutachtet. 32 Fälle waren für die Kommission eindeutig keine Vergewaltigungen, 45 Fälle waren zweifelhaft. In 80 Fällen ging sie von Vergewaltigung aus. Als Täter nannten die Frauen 46 Mal Marokkaner, neun Mal Franzosen, sechs Mal Polen. Genehmigt wurden von der Kommission drei Abtreibungen mit internistischer Indikation und 35 mit psychiatrischer Indikation (Depression mit Suizidgedanken, Bilanzselbstmord). In mehreren Fällen stellte sich nach der Abtreibung heraus, dass die Frau falsche Angaben über den Zeitpunkt der Schwangerschaft gemacht hatte.

¹¹ StA FR, C 20/1, Nr. 528; Satjukow/Gries, a. a. O. 2015, S. 53-55

An den
 Herrn Landrat
 -Abtlg. I a-
 Konstanz

Die übersandten Akten betreffs Notzuchtverbrechen bei der ledigen Fabrikarbeiterin Fanny [REDACTED], werden in der Anlage wieder zurückgegeben. Nachdem die ordentlichen Gerichte in Deutschland ihre Tätigkeit wieder aufgenommen haben, wird das bisher von der Ärzteschaft auf eigene Verantwortung ausgeübte Verfahren einer Schwangerschaftsunterbrechung nach erwiesener Notzucht eingestellt. Bis zu einer gesetzlichen Regelung durch die Badische-oder Militärregierung besteht keine Möglichkeit, eine Schwangerschaftsunterbrechung wegen Notzucht vorzunehmen. In der Frage des weiteren Schicksals der unerwünschten Kinder sind die werdenden Mütter gegebenenfalls an caritative Institute zu verweisen.

Konstanz, den 20. November 1945
 Der Leiter des Gesundheitsamtes:
 Dr. Haisch

Der Leiter des Konstanzer Gesundheitsamtes Dr. Haisch an den Landrat über Schwangerschaftsunterbrechung nach Vergewaltigung, 20.11.1945 (Kreisarchiv Konstanz, Gen. XIX, Militär- und Kriegssachen, Bd. 33)

Nach der Wiederherstellung der deutschen Justiz setzte die Militärregierung Anfang November in Freiburg wieder die Gutachterstelle der Ärztekammer ein, wie sie schon im «Dritten Reich» bestanden hatte. Es kam zum Konflikt mit Prof. Franken von der Frauenklinik. Die Gutachterstelle hatte mehrmals bei Vergewaltigungen psychiatrische Indikation bescheinigt, weigerte sich aber, Prof. Franken die Unterlagen zu zeigen, worauf er die Durchführung der Abtreibung verweigerte.¹²

Kommissionen ab 1946

In den Formulierungen von Dr. Haisch in Konstanz nach der Wiedereröffnung der Gerichte lässt sich erkennen, dass er die «radikale Abhilfe», also Abtreibung nach Vergewaltigung durch Soldaten, weiterhin gerne fortgesetzt hätte. Denn er befürchtete nun eine Welle von «halbfarbigen Besatzungskindern» mit rechtlichen Ansprüchen gegen die Mutter, was man deutschen Familien nicht zumuten könne, und die nun dem Staate zur Last fallen würden.

12 Löhr, Wolfgang: Hirtenbriefe und Ansprachen zu Gesellschaft und Politik 1945-1949.2. Auflage, Würzburg 1986, S. 40¹-3; Franken, Hermann: Schwangerschaft nach Notzucht anlässlich der Besetzung von Süd-West-Baden 1945. Probleme für Arzt, Staat und Gesellschaft. Entwurf zu einer Denkschrift, masch. sehr., 98 Seiten, o. J. (Januar 1946), S. 22-24 und 36 (Erzbischöfliches Archiv Freiburg, Nachlass Conrad Gröber, Nr. Nb 8/68); Kopp, Nadine: Die Medizinische Fakultät Freiburg 1945 bis 1969/70. Entwicklungslinien und Protagonisten im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit. Frankfurt 2015, S. 91-92. Leven, Karl-Heinz: «Erhaltung und Förderung der Volkskraft». Die Freiburger Medizinische Fakultät im Zweiten Weltkrieg. In: Martin, Bernd (Hg.): 550 Jahre Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Bd. 3. Freiburg (Breisgau) 2007, S. 462-463

Noch im Januar 1946 schrieb Haisch an den Landgerichtspräsidenten: «Wenn das Vorliegen eines Herzfehlers oder einer Tuberkulose als hinreichender Grund für eine Schwangerschaftsunterbrechung angesehen wird, entspricht es ärztlichem Denken, auch die schweren seelischen Schäden, die durch eine Vergewaltigung ausgelöst werden, in Rechnung zu stellen [...]»

Aber dieser Zug war abgefahren. Also blieb nur: «Soweit hier bekannt ist, ist die Zahl der Vergewaltigungsdelikte kaum im Abnehmen. Eine gesetzliche Entlastung der betroffenen Opfer durch Übernahme der geborenen Kinder in öffentliche Heime und Entbindung der Mütter von den sich für sie über das ganze Leben erstreckenden Mutterpflichten wäre zweifellos der Weg, der unserer ethischen Anschauung am meisten gerecht würde.» Allerdings ergab sich aus einer Stellungnahme des Konstanzer Jugendamtes vom Januar 1946, dass bislang noch keine schwangere Frau sich gemeldet hätte, um die Übergabe des erwarteten Besatzungskindes anzukündigen.¹³

Mit einem Erlass vom 18. Dezember 1945 versuchte der Chef der deutschen Justizverwaltung in der französischen Zone Badens, Dr. Paul Zürcher, ein einheitliches Verfahren herbeizuführen. Zunächst wurde klargestellt, dass Vergewaltigung keine Indikation für eine Schwangerschaftsunterbrechung sei: «Eugenische (auch nach Schändungsakten durch Rassenfremde), soziale und ethische Indikationen sind keine Rechtfertigungsgründe einer Unterbrechung der Schwangerschaft.»

Ab Januar 1946 führte die Justizverwaltung für die Entscheidung einer Schwangerschaftsunterbrechung eine zentrale Kommission in Freiburg ein, bestehend aus dem Leiter des Gesundheitsamtes der Region, in der die Frau wohnte, sowie Prof. Beringer von der Freiburger Psychiatrie und Prof. Franken von der Freiburger Frauenklinik. Der Psychiater Prof. Beringer protestierte schon am 19. Januar beim Innenministerium und bei der Justizverwaltung gegen diese zentrale Einrichtung und forderte die Einrichtung regionaler Kommissionen, die die örtlichen Gegebenheiten besser überprüfen könnten. Das Verfahren funktionierte tatsächlich nicht, weil aus ganz Südbaden Frauen nach Freiburg fuhren, um beim Direktor der Frauenklinik die Abtreibung zu beantragen. Dieser war gar nicht in der Lage, jedes Mal den Hintergrund des Antrags auszuforschen, und beschwerte sich ebenfalls bei Dr. Zürcher.

Daraufhin wurden ab Februar fünf regionale Kommissionen eingerichtet mit dem Leiter des Gesundheitsamtes, einem Frauenarzt und einem Psychiater oder Tbc-Arzt. Im Bericht der Konstanzer Kommission über das erste Halbjahr 1946 ging es um sieben Anträge auf Schwangerschaftsunterbrechung, von denen vier genehmigt und drei abgelehnt wurden, darunter die Anträge wegen Vergewaltigung. Es gab in diesen Fällen Kritik von aussen, weil die öffentliche Meinung nicht mit dem Gesetzgeber übereinstimme. Doch selbst wenn die Abtreibung gebilligt worden wäre, ein Erlass der Militärregierung vom Juli 1946 verlangte jetzt für eine Abtreibung nach Vergewaltigung durch einen französischen Soldaten

¹³ StA FR, A 96/1, Nr. 4251 (Gesundheitsamt Konstanz); StA KN, S XII (Fürsorge- und Jugendamt), Nr. 316

die Genehmigung durch die Militärregierung. Diese Verfahren zogen sich hin, so dass in den meisten Fällen die Fristen überschritten waren.

Dr. Haisch vom Gesundheitsamt kommentierte 1946 das Konstanzer Verfahren so: Im Grunde entscheide der Psychiater, weil in der Kommission der Frauenarzt und der Leiter des Gesundheitsamtes sich gegenseitig blockieren würden. Der eine (Welsch) denke katholisch, der andere (Haisch) sozial. Bis 1952, bis zur Gründung des Südweststaates, hat diese Kommission alle Anträge auf Schwangerschaftsunterbrechung wegen Vergewaltigung abgelehnt.¹⁴

Liste der Konstanzer Besatzungskinder von 1946

Kommen wir jetzt zu den Besatzungskindern in Konstanz. Das erste wird am 16. Januar 1946 geboren, Mutter Hausgehilfin, Vater Chauffeur bei der Armee. Für das erste Halbjahr 1946 existiert eine Liste mit 30 Namen und Daten, die das Amtsgericht an die Justizbehörden in Freiburg geschickt hat.¹⁵ Die meisten Kinder sind bei der Mutter, ein paar Kinder sind im Kinderheim Nazareth des katholischen Fürsorgevereins in der Säntisstrasse. Das könnte auch bedeuten, dass sie zur Adoption freigegeben wurden.

Die Zahl der unehelichen Geburten ist nach Kriegsende zunächst insgesamt sehr hoch. In deutschen Familien geht es drunter und drüber. Flucht, Evakuierung, unvollständige Familien, neue Beziehungen in Abwesenheit der Männer und natürlich die Besatzung wirken sich aus. Wir haben in Konstanz nach den wöchentlichen Meldungen des Standesamtes an das Einwohnermeldeamt im Jahre 1946 bei 739 Geburten einen Anteil der unehelichen Geburten von 221, also etwa 30%, darunter sind etwa 90 Besatzungskinder, das sind 40% der unehelichen Kinder, eine ähnliche Zahl wie in Freiburg. Im Jahre 1947 haben wir bei 767 Geburten einen unehelichen Anteil von 151, also etwa 20%, davon wieder etwa 90 Besatzungskinder, das sind immerhin 60%. Und 1948 sind es bei 794 Geburten 174 uneheliche, also etwa 22%, davon etwa 65 Besatzungskinder, das sind immer noch 37%. Zum Vergleich: In Baden lag 1928 der Anteil der unehelichen Geburten bei 11,5%, im Deutschen Reich 1938 bei 6,45%. Die Statistik schlüsselt in den Jahren ab 1945 auch noch nach ortsansässigen und ortsfremden Geburten auf.¹⁶

Bei 19 Besatzungskindern des ersten Halbjahres 1946 ist der Name des Soldaten angegeben, bei elf heisst es beim Vater: unbekannter Franzose oder vermutlich französischer Soldat. Sollten das alles vielleicht Vergewaltigungen gewesen sein? Aber das muss nicht so sein. In diese Rubrik fallen nämlich auch marokkanische und vermutlich auch vietnamesische Kindesväter. So gab es auf der Insel Reichenau fünf Besatzungskinder mit marokkanischen Vätern, alle fünf Fälle keine Vergewaltigungen, da die Familienverhältnisse zum

14 StA FR, C 20/1, Nr. 528; Franken, a. a. O. 1946

15 StA FR, C20/1, Nr. 114

16 StA KN, S II 9591, 17878, 17887, 21359, 21370. Meldungen des Standesamtes an das Einwohnermeldeamt

Teil bekannt sind. Von diesen fünf stehen drei auf dieser ersten Liste, davon ein Fall mit Namen des Kindesvaters und zwei mit Vater unbekannter Soldat.

Man kann dieses Namensproblem ja auch nachvollziehen. Der marokkanische Soldat ist längst an einen anderen Ort versetzt, nach neun Monaten kann die junge Frau nicht den vollständigen arabischen Namen wiedergeben, den sie vielleicht nie wusste. Vielleicht hatte sie einen Vornamen oder ein Kürzel, vielleicht konnte der marokkanische Soldat seinen Namen mit lateinischen Buchstaben gar nicht schreiben. Vielleicht konnte er überhaupt nicht schreiben. Auch beim Katholischen Fürsorgeverein für Frauen, Mädchen und Kinder (heute Sozialdienst katholischer Frauen), dessen Protokolle für eine Chronik des Vereins eingesehen werden konnten, gibt es den Fall, dass eine junge Mutter den Namen des französischen Soldaten nicht nennen kann. Aber es gibt in den Akten des Vereins keinen Fall von Betreuung nach Vergewaltigung oder bei Schwangerschaft nach Vergewaltigung.

Wenn man sich die Berufe der 30 Mütter in dieser Liste von 1946 anschaut, so findet man zwölf Hausgehilfinnen, zwei Näherinnen, zwei Verkäuferinnen, zwei Kinderpflegerinnen, dann Posthelferin, Lageristin, Arbeiterin, Buffetfräulein und eine verheiratete Hausfrau. Sind die Besatzungskinder ein Unterschichtenphänomen? Es ist klar, wenn eine junge Hausgehilfin eine Beschäftigung in einer französischen Kantine oder einem von Franzosen frequentierten Lokal findet, dann hat sie zwangsläufig viel mehr Kontakte zu französischen Soldaten als eine Frau aus bürgerlichen Familien, bei denen vielleicht zwei Offiziere im Haus einquartiert werden. Als einzige Besatzungsmacht haben die Franzosen nicht nur ganze Häuser, z.B. im Konstanzer «Musikerviertel», oder ganze Strassenzüge wie die Zepelinstrasse requiriert, sondern auch Soldaten, vor allem Offiziere, direkt bei den Deutschen untergebracht. Auch in diesem bürgerlichen Umfeld gibt es Besatzungskinder.

Nicht in der Statistik der Besatzungskinder finden wir Kinder von Frauen, die sich gegenüber dem Jugendamt weigern, den Vater anzugeben, und Besatzungskinder von verheirateten Frauen, sei es nach Vergewaltigung oder aus ausserehelicher Beziehung. Dazu ein konkreter Fall eines Ehepaars aus Konstanz. Der Mann befand sich in russischer Gefangenschaft, die Frau arbeitete als Schneiderin für französische Familien. Sie hatte ein Verhältnis mit einem vietnamesischen Soldaten und bekam 1947 ein Kind von ihm. In der Geburtsurkunde steht: Mutter Frau X., Vater Herr X., zurzeit in russischer Gefangenschaft. Da die Ehelichkeit des Kindes bei der Geburt nicht angefochten wurde, war die Urkunde zunächst gültig. Jetzt kommt der Mann aus Russland zurück und akzeptiert das Kind. Die Ehelichkeit des Kindes wurde wieder nicht angefochten, also bleibt die Geburtsurkunde gültig bis heute. Dieses Kind taucht natürlich in keiner Statistik der Besatzungskinder auf. In einem anderen Fall in Konstanz war ein vietnamesischer Offizier in einer Familie in der Altstadt einquartiert. Der Ehemann war in Gefangenschaft, die Frau bekommt ein Kind von dem Offizier. Der Ehemann kommt zurück und akzeptiert das Kind, das von da an in geordneten Verhältnissen aufwächst.

Die Informationen über die jährlichen Zahlen oder eine Gesamtzahl der Besatzungskinder in Konstanz bis 1949 oder 1955 kommen aus verschiedenen Quellen. Das Stadtarchiv

besitzt die Meldungen des Standesamtes an das Einwohnermeldeamt für diese Jahre. Da sind alle Geburten aufgeführt. Bei den ehelichen Geburten wird nur der Mann aufgeführt, die Frau scheint nicht so wichtig. Deswegen sind auch in den Konstanzer Adressbüchern dieser Jahre bei Ehepaaren nur die Männer aufgeführt. Bei den unehelichen Geburten wird die Mutter aufgeführt. Das Standesamt hat damals bei unehelichen Geburten nicht nach dem Kindesvater gefragt, der nach dem damaligen Recht mit dem Kind nicht verwandt war.

Erst wenn eine rechtliche Änderung erfolgte, z.B. die förmliche Anerkennung der Kindschaft durch den Vater, eine Namensänderung oder die nachträgliche Heirat der Eltern mit Ehelichkeitserklärung für das Kind, dann wurden diese Änderungen mit Hand auf den Rand des jeweiligen Blattes im Geburtenregister eingetragen. Es wäre also durchaus möglich, die Fälle zu ermitteln, wo die Eltern des unehelichen Besatzungskindes später noch geheiratet haben, was als Zeichen einer guten Beziehung zu werten ist. Freiwillige Vaterschaftsanerkennungen erfolgten meist dann, wenn ernsthafte Heiratsabsichten bestanden. Auf diese Weise waren schon für 1946 etliche Fälle zu finden, wo französische oder vietnamesische Soldaten das Kind anerkannt haben oder später, noch bis 1951, die Kindesmutter geheiratet haben. Das sind eher die Sonderfälle. Die Normalfälle im Jahr 1946 sehen wohl so aus, dass der Soldat zum Zeitpunkt der Geburt schon längst versetzt ist bzw. dass der Soldat sich nicht um die Frau und das Kind kümmert.

Aus der förmlichen Anerkennung des Kindes durch einen französischen Soldaten folgte aber keine Unterhaltspflicht. Nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 4 vom 20. Oktober 1945 waren deutsche Gerichte für Verfahren gegen alliierte Soldaten nicht zuständig. Der vom Landeskommisär zum Staatssekretär im Badischen Innenministerium aufgestiegene Dr. Marcel Nordmann teilte den Standesbeamten aber im Sommer 1947 mit: «Uneheliche Kinder mit französischem Vater und deutscher Mutter besitzen ausser ihrer deutschen Staatsangehörigkeit nach französischem Recht auch die französische Staatsangehörigkeit, wenn die Anerkennung des Vaters vor derjenigen der Mutter oder gleichzeitig erfolgt.» Diese Bekanntmachung stellte auch klar, dass Heiraten zwischen französischen Zivilpersonen und Deutschen oder Ausländern nur vor deutschen Standesbeamten geschlossen werden könnten.¹⁷

Vornamen

Zu den Geburten gibt es eine interessante Feststellung. Es kommt immer wieder vor, dass Besatzungskinder französische Vornamen bekommen oder deutsche und französische oder sogar deutsche und vietnamesische oder arabische. Die Kinder heissen dann mit Vornamen Marcel Pierre oder Georgette Micheline oder Lai Nguyen Rainer oder René Abdelhadi oder Uwe Jaques oder Moritz Maurice oder Margitta Hi-Huan. Man hat das als Zeichen für eine

17 Regierungsblatt der Landesregierung Baden (später: Badisches Gesetz- und Verordnungsblatt), Nr. 26 vom 19.7.1947; weitere Bestimmungen: Südkurier vom 28.6. und 13.8.1946

gute Beziehung gewertet oder aber als Ausdruck dafür, dass sich deutsche Frauen in diesen Notzeiten von einer solchen Beziehung viel versprochen haben.

Heiraten

Es fällt auf, dass in den Registern des Standesamtes für 1946 immerhin in 15 Fällen von Heiratsplänen die Rede ist. Eine Heirat ist im September 1946 schon vollzogen, eine im Mai 1947 genehmigt. Dabei waren Heiraten zwischen deutschen Frauen und französischen Soldaten zunächst verboten und wurden noch lange bürokratisch behindert. Es waren auch Heiraten mit vietnamesischen Männern geplant. Man kann davon ausgehen, dass die deutschen Frauen nicht in die französische Kolonie Indochina (Vietnam, Laos, Kambodscha) auswandern wollten, sondern dass es sich um Vietnamesen handelte, die aus Frankreich kamen und wieder nach Frankreich zurückgingen. Für das Jahr 1947 sieht es schon etwa anders aus. 30 Kinder werden vom vietnamesischen Vater anerkannt, in sieben Fällen kommt es zur Heirat, manchmal erst Jahre später. Von den französischen Vätern werden 13 Kinder anerkannt, es folgen drei Heiraten.

Mehr Klarheit bringen die wöchentlichen Meldungen des Standesamtes an das Einwohnermeldeamt. Bei den Eheschliessungen des Jahres 1946 finden sich 13 Männer mit französischem Namen, vier Vietnamesen und ein Marokkaner. Letzterer ist der Vater des ersten Konstanzer Besatzungskindes vom Januar und heiratet im November die deutsche Frau. Nur bei zwei Vietnamesen ist die militärische Zuordnung eindeutig. Im Juli heiraten ein Student und Leutnant bzw. ein Journalist und Leutnant. Auch Kraftfahrer und Mechaniker wird man der Armee zuordnen können, Berufe wie Funktionär, Buchhalter, Koch, Kontrolleur, Ingenieur, Dekorateur wohl eher der Militärverwaltung. Bei den Eheschliessungen von 1947 finden wir 17 Männer mit französischem Namen, die eine deutsche Frau heiraten, stets mit ihren zivilen Berufen, meistens Handwerker oder Angestellte. Vielleicht heiraten sie nach der Entlassung aus der Armee.

Mündelverzeichnisse

Die entscheidende Quelle für die Zahl der Besatzungskinder sind die Mündelverzeichnisse des Konstanzer Jugendamtes aus dieser Zeit. Hier werden alle unehelichen Geburten aufgeführt mit Angaben zur Betreuung oder Vormundschaft und mit Angaben zum Kindesvater, ausser wenn diese verweigert wird. Es finden sich Formulierungen wie «kann keine Angaben machen» oder «vermutlich französischer Soldat». Die Listen enthalten auch Besatzungskinder, die nicht in Konstanz geboren sind, deren Mutter aber in Konstanz wohnt oder nach der Geburt zugezogen ist. Und sie enthalten Namen von in Konstanz geborenen Besatzungskindern, die an andere Jugendämter nach Umzug weitergemeldet werden.

Aus den Listen ergibt sich auch, wie viele Besatzungskinder bzw. uneheliche Kinder allgemein nicht bei der Mutter bleiben, sondern in den Kinderheimen St. Elisabeth oder Nazareth untergebracht werden, d.h. wohl zur Adoption freigegeben wurden. Der Konstan-

französisch	Stadtjugendamt Konstanz	Gilbert [redacted] Franzose	am 9.10.46 an das Frau. Rotz Büro abgegeben
Im Hinterkeim Magarett. Hübner	Stadtjugendamt Konstanz	[redacted] Georg	
bei der Kindermutter	Stadtjugendamt Konstanz		In Kindertagesheim Kittler abgegeben d. 7.47
l. d. Kinnin in deren Eltern im St. Georgen/Konstanz	Stadtjugendamt Konstanz	Franzose / (Mutterhand)	aufgegeben
vord. Kind im Hinterkeim im Konstanz	Stadtjugendamt Konstanz	Karshauer	abge. an Mutterjugendamt Kittler
l. d. Kinnin	Stadtjugendamt Konstanz	Peter [redacted] (Franzose)	am 9.1.47 an den Frau. Rotz Büro
soll in Frankreich ab- gegeben werden.	Stadtjugendamt Konstanz	[redacted] (Indochinesische)	

Mündelverzeichnis des Stadtjugendamtes Konstanz, September 1946, mit Angaben zum Aufenthaltsort des unehelichen Kindes, zum Kindesvater und dem weiteren Verbleib des Kindes (Stadtarchiv Konstanz, S XII, Band 5)

zer «Südkurier» veröffentlichte in diesen Jahren in der Weihnachtszeit regelmässig Fotos von Kleinkindern aus diesen Heimen, damit sie vielleicht zu Weihnachten adoptiert würden.

Für 1946 finden wir in Konstanz ca. 90 Besatzungskinder, davon 62 mit französischem, neun mit nordafrikanischem und 19 mit indochinesischem Vater. In fünf Fällen ist Vergewaltigung angegeben. Im Jahr 1947 sind es wieder 90 Besatzungskinder, nun aber 46 mit französischem und 40 mit vietnamesischem Vater. 1948 haben die Vietnamesen mit 40 Kindern die Franzosen mit 24 Kindern bereits übertroffen, Nordafrikaner spielen keine grosse Rolle. Ab 1949 gehen die Zahlen langsam zurück. In diesem Jahr findet man zuletzt vietnamesische Väter.

Der «Südkurier» meldet im Oktober 1949 eine ähnliche Zahl an vietnamesischen Vätern. Von deren Kindern seien neun im Kinderheim, die übrigen bei der Mutter. Diese Kleinkinder seien sehr anfällig für Erkältungskrankheiten. Da die Väter erst seit Kurzem in Europa seien, könne es «mehrere Generationen dauern, bis der an anderes Klima gewöhnte Körper Abwehrstoffe gegen die neuen Einflüsse gebildet hat». Der «Südkurier» beschreibt auch einen Fall, wo der vietnamesische Vater in Bordeaux beim Weinbau eine Stelle gefunden hat und jetzt zurückgekommen ist, um nach einjähriger Trennung und vielen bürokratischen Schwierigkeiten seine deutsche Ehefrau mit zwei Kindern abzuholen.¹⁸

Von 1946 bis 1949 kommt man in Konstanz auf etwa 280 Besatzungskinder, als deren Väter 155 Franzosen, 15 Algerier/Marokkaner und 110 Vietnamesen. Bis zum Frühjahr 1955, also den Pariser Verträgen mit neuem Truppenvertrag, sind es dann in Konstanz seit 1946 ca. 380 Besatzungskinder, als deren Väter 250 Franzosen, 16 Algerier/Marokkaner, 110 Vietnamesen. Bei den Akten des Konstanzer Sozial- und Jugendamtes im Stadtarchiv sind die Meldungen von unehelichen Kindern mit französischen Vätern an die Militärregierung nur für die Zeit von Ende 1951 bis Ende 1954 auffindbar. Das heisst, selbst nach Gründung der Bundesrepublik bis zu den Pariser Verträgen mussten diese Kinder den Franzosen noch gemeldet werden. Erst dann, mit der völligen Souveränität der Bundesrepublik, wurde die Dienststelle «Direction des Personnes Déplacées» in Herrenalb im November 1954 aufgelöst. Das waren im genannten Zeitraum immerhin noch 60 Fälle mit französischem Vater, dieser manchmal ohne Namen, und zahlreiche Fälle mit aktuellem Aufenthaltsort Indochina. Das Stadtjugendamt hatte im Mai 1955 unter 1'200 Amtsmündeln noch 160 von Franzosen stammende Kinder zu betreuen.¹⁹

Weitere Informationen zu Konstanz ergeben sich aus den Akten des Katholischen Fürsorgevereins für Frauen, Mädchen und Kinder (heute Sozialdienst katholischer Frauen). 1946 betreute er 20 Besatzungskinder bzw. überprüfte einmal die familiären Verhältnisse, 1947 betreute er 35 in diesem Jahr geborene Besatzungskinder. Auffallend sind zwei Dinge. Von den 55 Kindern haben 26 einen vietnamesischen Vater. Ganz offensichtlich, das wird auch in anderen Publikationen bestätigt, waren die Vietnamesen bei deutschen Frauen sehr beliebt, ganz im Gegensatz zu den Marokkanern oder Algeriern, die eher gefürchtet und verhasst waren. Vielleicht spielt hier auch eine Rolle, dass viele Vietnamesen katholisch waren. Beim Standesamt taucht 1947 ein einziger algerischer Soldat auf, um eine Vaterschaft anzuerkennen.

Der Journalist Marc Hillel hat Erinnerungen des französischen Bezirksdelegierten (Gouverneur) Marcel Degliame, in Konstanz von Ende November 1945 bis Februar 1948, zur Situation im katholischen Vinzentius-Krankenhaus aus einem Gespräch von 1982 wiedergegeben, die die Problematik eher verharmlosen und verklären: «Eines Tages kommt die Schwester Oberin und verlangt mich zu sprechen. Ich führe sie in mein Büro, und sie erklärt mir in einem ziemlich verärgerten Tonfall: ‚Herr Gouverneur [...] Folgendes. Es pas-

18 StA KN, S XII, Mündelverzeichnisse, Bände 5 und 6; Südkurier Konstanz vom 8.10.1949 und 18.3.1950

19 StA KN, S XII, Nr. 423, Bd. II, und Nr. 1113; Südkurier vom 29.5.1955

Fr a n z ö s i s c h e r K o m m a n d i e r e n d e r i n D e u t s c h l a n d

M i l i t ä r r e g i e r u n g
 der Französischen Besatzungszone Bezirk: Konstanz-Stadt
Generaldirektion für Verwaltungs- Kreis: ---
angelegenheiten Gemeinde: ---
Direktion der verschleppten Personen Nr. ..2
 Suchbüros der franz.Zone Datum: 31. 1. 1952

U n t e r s u c h u n g s - A n t r a g

(Kind)

Name des Kindes: [REDACTED]
 Vorname: Elisabeth Geburtsdatum: 27. 12. 1951
 Geburtsurkunde: --- vorgelegt: --- vorzulegen: ---
 Mutter: Name [REDACTED] Vornamen: Gisela
 Adresse: Konstanz, Hasenstr. 53
 Staatsangehörigkeit: deutsch
 Beruf: Hausgehilfin
 Religion: evang.
 Vater: Name Pierre [REDACTED]
 Anschrift: [REDACTED]
 Staatsangehörigkeit Franzose
 Beruf: Soldat
 Religion: kath.
 Wenn das Kind nicht mit seinem Vater oder mit seiner Mutter lebt,
 Name der Person, die sich darum kümmert:
Kinderheim St. Elisabeth
 (Grad der Verwandtschaft, wenn vorhanden:)
 Anschrift: Konstanz, Südklostr. 8
 Körperlicher Zustand des Kindes: gut
 Frühere Krankheiten: ---

sieren absolut schreckliche Dinge in unserer Stadt Konstanz. Im letzten Monat und allein in unserer Entbindungsanstalt sind 90 kleine Indochinesen geboren worden mit indochinesischem Vater, Herr Gouverneur, und deutscher Mutter! ‘ Ich versuche sie zu beruhigen und erwidere ihr: ‚Mutter Oberin, das wird wunderbar sein, diese Rassenmischung. Alle diese Kinder werden herrlich sein [...]’ Sie schneidet mir das Wort ab: ‚Und das ist noch nicht alles, mein Herr. Es gibt die Senegalesen, die Marokkaner, die schöne Männer sind und die noch mehr Unheil anrichten als die Indochinesen!’»²⁰

Dagegen erläutern die kurzen Betreuungsprotokolle beim Sozialdienst katholischer Frauen präzise so manche schwierige soziale Situation der Kindesmutter: «Der Kindesvater ist Franzose und war bei der Besatzungsgruppe. Er wurde entlassen und kehrte nach Frankreich zurück. Nach Angabe des Mädchens ist dem Franzosen nicht bekannt, dass die Beziehungen Folgen hatten.» Oder: «Der Vater des Mädchens duldet nicht, dass die Tochter mit dem Kind in seinem Haushalt nach seiner Rückkehr von einer Reise weiter verbleibt.» Oder: «Der Kindesvater, Franzose, ist in Algier, wo seine Eltern wohnen. Das Mädchen steht in Verbindung mit ihm, und er hat ihr die Heirat versprochen.» Oder: «Die Witwe X hat ein uneheliches Kind geboren. Der Ehemann ist im Krieg im Januar 42 gefallen. Die ehelichen Kinder im Alter von 6-13 Jahren befinden sich im Haushalt der Mutter. Der Kindesvater, Indochinese, ist bei der Besatzungsgruppe hier und unterstützt Frau X.»

Oder: «Das Mädchen ist Hausgehilfin beim französischen Kommandanten auf der Reichenau [...]. Der Kindesvater, Franzose, will von dem Mädchen nichts mehr wissen. Die Eltern sind über das Verhalten der Tochter unglücklich.» Oder: «Das Mädchen wohnt mit dem Kind im Haushalt der Mutter, die für die Tochter und das Kind sorgt. Der Kindesvater, französischer Offizier, nimmt sich des Kindes und der Mutter fürsorglich an, und das Mädchen hofft auf eine Heirat mit ihm.» Oder: «Die uneheliche Mutter ist in Stellung bei einem französischen Capitaine und hat das Kind bei sich. Das Mädchen wurde wegen Übertretung der Sperrstunde festgenommen und von dem Kindesvater, Franzose, verführt. Es hat sich mit ihm eingelassen. Der Name von ihm ist ihr nicht recht bekannt. Die Sorge um das Kind hat sie allein zu tragen. In 14 Tagen wechselt die französische Familie ihren Wohnsitz mit Mainz, und sie und das Kind verziehen mit.»

Oder: «Frau X hat ein uneheliches Kind geboren. Sie hat 3 eheliche Kinder. Der Ehemann ist im Krieg gefallen. Die Sorge um die Ernährung hätte sie zu dem Kindesvater, Indochinese, geführt. Er ist nach auswärts versetzt und ist Frau X. noch sehr zugetan.» Oder: «Das Kind ist bei der Mutter, die in einem Zimmer wohnt. Das Mädchen arbeitet seit März stundenweise bei der französischen Grossverteilungsstelle [...]. Der Kindesvater, französischer Oberleutnant und Kriminal-Chef hier, wurde nach Marokko versetzt und ist zurzeit

20 Übersetzt aus Hillel, a. a. O. 1983, S. 115-116; Archiv des Fürsorgevereins katholischer Frauen in Konstanz

nicht erreichbar. Er hat dem Mädchen verschwiegen, dass er verheiratet ist und 2 Kinder hat. Er gab an, dass er mit seiner Frau in Scheidung lebt.»

Enfants abandonnés oder «Retour en France»

Doch bei einem Kind der genannten Konstanzer Liste von 1946 steht dabei: «Mündel ist der Besatzungsbehörde zur Unterbringung überlassen.» Um das zu verstehen, muss man zeitlich etwas zurückgehen. Schon General de Gaulle hatte im Mai 1945 angesprochen, man wolle alle in Deutschland lebenden Kinder mit ausländischem Elternteil nach Frankreich holen, sozusagen zur Auffrischung der französischen Gesellschaft. Konkret wurde dieses Projekt im Dezember. Am 6. Dezember 1945 kam ein Erlass des französischen Oberkommandierenden in Baden-Baden, General Marie-Pierre Koenig, heraus. Die Gemeindebehörden mussten alle Kinder unter 16 Jahren melden, die seit dem 1. Oktober 1938 in Deutschland lebten oder geboren wurden mit einem Elternteil aus Staaten der soeben gegründeten Vereinten Nationen, also keine Schweizer oder Österreicher. Am 6. Dezember gab es noch gar keine Besatzungskinder, die kamen erst ab Januar 1946 auf die Welt.

Was bedeutet das Datum 1. Oktober 1938? Es ist die Zeit nach dem Münchner Abkommen vom 29. September 1938, denn anschliessend beginnen die Gebietserweiterungen Deutschlands über Österreich hinaus. Man konnte also elsässische oder lothringische Kinder, die im Krieg aus irgendeinem Grund nach Deutschland gebracht worden waren, zurückholen, es ging auch um Kinder von ausländischen Zivil- und Zwangsarbeitern in Deutschland. In Konstanz sind 1944 und bis Mai 1945 zwölf Kinder mit französischem Elternteil geboren worden. Diese Listen von 1938 bis 1945 sind interessant für die Geschichte der ausländischen Arbeitskräfte im Krieg in der Stadt. Und den französischen Zivilarbeitern war der Kontakt mit deutschen Frauen ja nicht verboten. Mancher französische Zivilarbeiter hat 1945 seine deutsche Partnerin mit nach Frankreich genommen. Diese hatten es nicht leicht dort.

Dem französischen Stadtkommandanten im Hotel Krone in Konstanz war die Korrespondenz zwischen Gesundheitsamt und Jugendamt wegen zu erwartender farbiger Besatzungskinder offensichtlich bekannt geworden. Er rief am 19. März 1946 beim Jugendamt an, das Gespräch wurde protokolliert. Er erklärte dem Jugendamt, sie sollten sich keine Sorgen machen, der französische Staat werde sich um diese Kinder kümmern, die Mütter könnten bei ihm, Zimmer 7, Anträge stellen. Dass die Franzosen Ende März 1946 nach der Geburt der ersten Besatzungskinder diesen Erlass vom Dezember erneuert haben, war bekannt.²¹ Als einzige Besatzungsmacht verlangten die Franzosen von den Gemeindebehörden bzw. den Amtsgerichten Auskunft über Geburten von Besatzungskindern und eine Angabe, ob die Mutter das Kind behalten wolle. Aber dass hieraus ein Adoptionsprogramm in

21 Ordre aux Autorités allemandes. Additif Nr. 3 à l'ordre du 6.12.1945, Baden-Baden, 21.3.1946; StA FR, C 20/1, Nr. 114; StA KN, S XII, Nr. 447

Richtung Frankreich («Retour en France») organisiert wurde, ist erst vor wenigen Jahren durch Freigabe von französischen Akten in Paris bekannt geworden.²²

Es gab ab 1946 drei mögliche Vorgehensweisen bei Besatzungskindern: 1. Die Privatisierung. Das Kind bleibt bei der Mutter oder den Grosseltern. 2. Die Hospitalisierung. Das Kind kommt in ein Heim. 3. Die Überführung in das Land der Väter. Bei den Deutschen ging insbesondere in der amerikanischen Zone gegenüber farbigen Kindern die Stimmung längere Zeit in die Richtung, diese Kinder müssten in das Land ihrer Väter «exportiert» werden. Der deutsche Familienminister Wuermeling hat sich noch Mitte der 1950er Jahre für die Auswanderung der Besatzungskinder ausgesprochen.

Wenn die Mutter in der französischen Zone das Kind freigab, landete dieses zunächst in einem deutschen Kinderheim oder aber direkt in einem französischen Kinderheim in der Besatzungszone, nämlich Tübingen, Bad Dürkheim und vor allem Nordrach bei Gengenbach, sogenannte «pouponnières». Die Mutter musste unterschreiben, dass sie den Kontakt zu ihrem Kind völlig abbreche. Mit einer einzigen Unterschrift auf einem kleinen Formular hebte die Mutter das deutsche Sorge- und Vormundschaftsrecht aus. Denn sobald das Kind in französischen Händen war, konnte der Amtsvormund nicht mehr tätig werden, was vom Gesetz her gar nicht vorgesehen war.

Die Mutter hatte zwei Monate Bedenkzeit für einen Widerruf. Es gab Vertreter der Besatzungsverwaltung, die bis zum Wochenbett im Krankenhaus vordrangen, um nach dem Kind zu fragen, und es gab Mütter, die keine Angaben über den Vater machten aus Angst, die Franzosen würden ihnen das Kind wegnehmen. Die zuständige französische Behörde hiess «Service des Personnes Déplacées» (Direktion der verschleppten Personen), was eigentlich besser für ausländische Zivilarbeiter oder KZ-Häftlinge als für deutsche Säuglinge passt. Aber es ging ja um deren Rückführung in das Land der Väter.

In Konstanz gab es fünf solche Fälle, in denen eine Mutter ihr Kind den französischen Behörden übergab. Einer der Fälle taucht auch in den Protokollen des Katholischen Fürsorgevereins (heute So^zialdienst katholischer Frauen) auf. Das 18-jährige Mädchen war Hausgehilfin beim Kinderheim Nazareth, wurde wegen Diebstahl entlassen, arbeitete dann als Hilfe bei den Franzosen und stellte sich auf eigene Füsse. Der Aufenthalt des französischen Kindesvaters war unbekannt. Im Protokoll des Fürsorgevereins steht: «Bei dem näch-

22 Gries, Rainer: Les Enfants d'Etat – Kinder des Staates: Retour en France? Das Repatriierungsprogramm für die Nachkommen französischer Besatzungssoldaten in Deutschland nach 1945. In: Kleinau/Mochmann, a. a. O. 2016, S. 49-71; ders.: Les enfants d'Etat. Französische Besatzungskinder in Deutschland. In: Stelzl-Marx/Satjukow, a. a. O. 2015, S. 380-410; ders.: «Retour en France»? – Die Wege der französischen Besatzungskinder nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Dahmen, Ute u.a.: Wege in ein neues Leben. Die Nachkriegszeit. Ubstadt-Weiher 2017, S. 81-99; Denéchère, Yves: Des adoptions d'Etat: les enfants de l'occupation française en Allemagne, 1945-1952. In: Revue d'histoire moderne et contemporaine 57, 2010, S. 159-179; StA FR C 20/1, Nr. 328, Nr. 392

Konstanz, den 19. März 1946

Die Stadtkommandantur - Hotel Krone - teilt fernmündlich mit:

Auf Grund eines neuen Gesetzes der frz. Militärregierung übernimmt der franz. Staat solche außereheliche Kinder, deren Müttern Deutsche sind und die Kinder selbst nicht behalten wollen und als Vater Angehörige der franz. Besatzungsmacht in Anspruch genommen werden (Franzosen, Marokaner etc.).

Diesbezügliche Anträge sind von seiten der Kindesmütter bei der Stadtkommandantur - Hotel Krone, Zimmer 7 - zu stellen.

aufgenommen:

M. Schiller

Der französische Stadtkommandant in Konstanz an das Stadtjugendamt über Adoptionen nach Frankreich, 19.3.1946 (Stadtarchiv Konstanz, S XII, Stadtjugendamt, Nr. 316)

sten Transport, der von Tübingen ausgeht, kommt das Kind durch die französische Fürsorge nach Frankreich.»²³

Im Archiv des französischen Aussenministeriums in Paris, wo das früher in Colmar untergebrachte Besatzungsarchiv heute lagert, finden sich etwa 17'000 Dossiers von deutschen Besatzungskindern der französischen Zone. Etwa 10% der deutschen Mütter haben ihr Kind aufgegeben, weniger als von den Franzosen erwartet. Etwa 1'500 bis 2'000 dieser «enfants abandonnés» wurden also durch die französischen Heime geschleust. Das wichtigste ist Nordrach bei Gengenbach, das ehemalige jüdische Sanatorium Rothschild, im Krieg beschlagnahmt für den Verein Lebensborn. Jetzt bei den Franzosen war das Heim üppig mit Personal und Lebensmitteln ausgestattet.

Für die Franzosen waren Gewicht und Gesundheitszustand der deutschen Kinder wichtig. Die französische Ärztin in Nordrach betrieb eine rigorose Selektion, was zu heftiger Kritik aus Paris führte, wo man grosse Lieferungen an Kleinkindern erwartete. Kleinkinder, die unterentwickelt oder krank waren, wurden an ein deutsches Jugendamt zurückgeschickt mit der Begründung, die französische Abstammung sei nicht klar erwiesen.²⁴

Die geeigneten Kinder wurden nach Frankreich gebracht, erhielten neue Vornamen und die französische Staatsbürgerschaft. In den neuen Geburtsurkunden stimmten nur noch Geburtsdatum und -ort. Über mehrere Organisationen wurden diese Kinder aus prekären deut-

23 StA KN, SXII, Nr. 1113

24 Satjukow/Gries, a. a. O. 2015, S. 136-140

schen Verhältnissen in gut bürgerliche Kreise in Frankreich adoptiert. Man schätzt, dass etwa 1'000 bis 1'500 deutsche Besatzungskinder auf diese Weise nach Frankreich gelangten. Die meisten Kinder kamen zu Ehepaaren. Aber auch Witwen, deren Mann im KZ umgekommen war, konnten ein solches Kind adoptieren, sozusagen eine «politische Wiedergutmachung».

Wenn der Kindesvater Marokkaner war, konnte es auch vorkommen, dass getaufte deutsche Kinder in muslimischen Familien in Marokko landeten. Oder wenn der Vater schwarz war, dass das deutsche Besatzungskind in den überseeischen Departements auf den Antillen landete. Das Programm «Retour en France» gab es auch in Vorarlberg. Dort konnten die Kinder im Kloster Riedenberg bei Bregenz abgegeben werden.²⁵

Bei dem Adoptionsprojekt «Retour en France» für die «enfants abandonnés» hat man die französischen Väter, soweit sie bekannt waren, gar nicht einbezogen. Man ging stillschweigend davon aus, dass diese in Frankreich sowieso verheiratet waren und nicht behelligt werden wollten. Natürlich haben diese Männer ihren bereits existierenden oder späteren Ehefrauen nicht unbedingt erzählt, dass sie in Deutschland auch schon Kinder in die Welt gesetzt hatten. Auf jeden Fall blieb bei diesen deutschen Kindern das deutsche Recht auf der Strecke.

Umgang mit deutschen und französischen Behörden

Man kann das Bild auch einmal umdrehen und die bis zu 200'000 Kindern erwähnen, die die deutschen Soldaten in Frankreich hinterlassen haben. Sie hatten als «enfants de boches» oder «enfants maudits» zunächst, wie auch ihre Mütter, einen schweren Stand. Der französische Aussenminister Bernard Kouchner hat im April 2008 bei einem Besuch in Berlin das Problem dieser Kinder angesprochen sowie von zehntausenden von Kindern, die von französischen Zivilarbeitern in Deutschland bis 1945 hinterlassen wurden. Er sprach von einer Anerkennung des Leids dieser Kinder: «Frankreich und Deutschland haben sich bis jetzt taub gestellt angesichts des Leids der letzten unschuldigen und unangemessenen Opfer eines Konflikts, den sie nicht einmal gekannt haben.» Und: «Niemand in Frankreich und Deutschland solle seine Ursprünge verstecken müssen unter dem Vorwand, dass sie sich auf der anderen Seite des Rheins befinden.»²⁶

Die Suche nach dem deutschen Vater dieser französischen Kinder wird aber nicht so erschwert wie umgekehrt, sie läuft z.B. über die Deutsche Wehrmachtauskunftsstelle

25 Huber, Renate: «Als Mann hätte er mich interessiert, als Mann...» Beziehungen von Vorarlberger Frauen zu französischen Besatzungssoldaten auf der Basis lebensgeschichtlicher Interviews. In: Montfort 49, 1997, S. 177-196; dies.: Französische und marokkanische Besatzungskinder in Vorarlberg. Historisches Phänomen und diskursiver Nachhall. In: Stelzl-Marx/Satjukow, a. a. O. 2015, S. 355-379; Lechhab, Hamid: Marokkanische Besatzungskinder in Vorarlberg nach 1945. In: Sauer, Walter (Hg.): Von Soliman zu Omofuma: afrikanische Diaspora in Österreich, 17.-20. Jahrhundert. Innsbruck 2007, S. 177-188

26 Le Monde vom 26.4.2008. Zu den Kindern deutscher Soldaten in Frankreich: «Die verwundeten Kinder der Soldaten», Süddeutsche Zeitung vom 19.2.2009

WAST in Berlin. Doch von den Problemen der Nachkriegs-Besatzungskinder in Deutschland und von der Blockade der französischen Behörden hat der Aussenminister nicht gesprochen. Nach wie vor befürchtet man offensichtlich in Frankreich, dass hier Personen auftauchen könnten, die den ehelichen Frieden stören und womöglich noch Erbensprüche stellen könnten. Deutsche Behörden, Polizei oder Gerichte, konnten nach 1945 nicht gegen Soldaten der Alliierten vorgehen, auch nicht, wenn es um Vaterschaftsanerkennung oder Unterhalt ging. Mit dem Deutschlandvertrag von 1952 und dem Besatzungsstatut konnte man theoretisch vor einem deutschen Gericht gegen Soldaten vorgehen, wenn sie sich auf deutschem Boden befanden. Dem konnten sie sich natürlich leicht durch Versetzung entziehen.

Die Schwierigkeiten hängen auch damit zusammen, dass das französische Familienrecht ganz andere Prinzipien hat als das deutsche. Es geht von dem römischen Grundsatz aus: «Pater semper incertus est», der Kindesvater ist immer ungewiss. Im Code Civil von Napoleon, der im 19. Jahrhundert auch in Baden gegolten hat, steht der berühmte Artikel Nr. 340: «La recherche de la paternité est interdite», die Suche nach dem Kindesvater ist verboten. Zum Schutz einer bestehenden Ehe sind Nachforschungen nach dem Kindesvater durch nicht anerkannte uneheliche Abkömmlinge verboten. Es wird klar unterschieden zwischen einem vom Vater anerkannten und einem nicht anerkannten unehelichen Kind. Ein Erlass des Badischen Justizministeriums vom 4. Februar 1948 empfahl den deutschen Müttern, die offizielle Anerkennung des Kindes vorzunehmen, um der eventuellen Anerkennung durch den französischen Vater zuvorzukommen.²⁷

Beim Archiv der französischen Besatzungszeit im Archiv des französischen Aussenministeriums in La Courneuve bei Paris kann man als Berechtigter durchaus nachfragen und erfährt dann, ob der Name des Kindesvaters in der Akte steht oder nicht, aber wohl kaum etwas über dessen Herkunft oder späteres Schicksal. Die Suche geht dann erst richtig los. Und dann gibt es das Centre des Archives du Personnel Militaire in Pau in Südwestfrankreich mit den Personalakten der Soldaten aus der damaligen Zeit. Bei einer konkreten Anfrage kann ein 70-jähriges Besatzungskind den Namen des Soldaten, für den es allerdings mehrere Schreibweisen gibt, und die Truppe des Kindesvaters angeben. Das Archiv liefert die richtige Schreibweise des Namens und bestätigt die Truppe, teilt aber im Übrigen mit, dass es für Familienforschung nicht zuständig sei.

Natürlich verfügt dieses Archiv über weitere Informationen, wann und wo der Soldat geboren ist, wann er entlassen worden ist oder ob er in Indochina oder Algerien gefallen ist. Es ist schwer begreiflich, wie 70 Jahre nach Kriegsende französische Behörden nach wie vor Nachforschungen nach den Kindesvätern blockieren bei zwei Staaten, die miteinander befreundet und verbündet sind.

Ende des Projekts der «enfants abandonnés» (1949)

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 änderten sich die Beziehungen zwischen Besatzern und Besetzten. Es war den Franzosen klar, dass das Adoptionsprogramm Richtung Frankreich nicht fortgesetzt werden konnte. Die Kinderheime auf deutschem Boden wurden geschlossen. Allerdings konnten deutsche Mütter zunächst weiterhin ihre Kinder dem französischen Staat vermachen. Die Kinder kamen dann in die Militärkrankenhäuser von Trier und Freiburg. Es stellt sich aber heraus, dass vor allem zurückgebliebene oder kranke Kleinkinder den Franzosen übergeben wurden, so dass das Programm eingestellt wurde.

Bei den französischen Behörden gab es Überlegungen, ob man das Adoptionsprogramm nicht nachträglich durch die deutsche Regierung absegnen lassen sollte. Der französische Hochkommissar in Deutschland, André François-Poncet, warnte aber vor diesem Schritt. Man müsse davon ausgehen, dass diesen Kindern die deutsche Staatsangehörigkeit gar nicht entzogen werden konnte und ein Schritt an die Öffentlichkeit zu einem Skandal führen könnte, bei dem die Franzosen an den Pranger gestellt würden. Dann würden nämlich nicht die 10% Mütter kommen, die ihr Kind aufgegeben hätten, sondern die 90% Mütter, die ihr Kind behalten hätten und fragten: Wo bleibt der Kindesvater, wo bleibt der Unterhalt?

François-Poncet schlug vor, bei den deutschen Behörden, also vor allem den Jugendämtern, nachzufragen, ob man nicht die Akten dieser Kinder bekommen könnte, damit bei den Franzosen alle Unterlagen zusammen wären. Das haben die deutschen Behörden, die nie gross nach dem Schicksal dieser Kinder gefragt haben, bereitwillig gemacht. Ergebnis: Es gibt heute in Deutschland, abgesehen vom Geburtseintrag beim Standesamt, keine Spur mehr von diesen deutschen Kindern. Als die Bundesrepublik nach den Pariser Verträgen 1955 wieder souverän geworden war, hat das Justizministerium von Baden-Württemberg bei den französischen Behörden angefragt, was aus diesen deutschen Kindern geworden sei. Es kam nie eine Antwort.

Schuleintritt 1952

Im Frühjahr 1952 kamen die ersten Besatzungskinder in die Schule. Aus dem familiären Umfeld gerieten sie in die Öffentlichkeit. Mitschüler, ältere Schüler, Lehrer, Eltern wurden aufmerksam. Ältere Schüler ohne Vater konnten sagen: «Mein Vater ist gefallen, er war Landwirt.» Dann war alles klar. Aber diese Kinder kannten ihren Vater meistens nicht, und das in einer Gesellschaft, in der die Familie durch den Mann und seinen Beruf definiert war. Hinzu kommt in der Nachkriegsgesellschaft das Erbe von zwölf Jahren Rassismus, den die Mischlingskinder zu spüren bekommen. Das Kultusministerium des neuen Bundeslandes Baden-Württemberg forderte in einem Erlass über farbige Mischlingskinder vom 28. Oktober 1952 die Schüler auf, «das Gefühl natürlicher Kameradschaft unter den Schülern zu pflegen» und «aufdringliche Neugier oder Hänseleien» zu unterlassen. Den Lehrern empfahl das Ministerium die schön bebilderte Broschüre des Münchner Pädagogen Alfons Si-

mon («Maxi, unser Negerbub»), herausgegeben von der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit.²⁸

Am 4. November 1953 berichtete der Konstanzer «Südkurier» unter dem Titel «Rassenvorurteile schwanden auf der Schulbank. Erwachsene könnten von den Schulkindern lernen» über eine Umfrage, die das Oberschulamt Stuttgart im Regierungsbezirk Nordwürttemberg (amerikanische Zone) über die schulische Eingliederung von Mischlingskindern durchgeführt hatte. Diese gelang «im Allgemeinen ohne besondere Schwierigkeiten». Die Mischlingskinder wurden von den Mitschülern kameradschaftlich aufgenommen, eher von den Knaben als von den Mädchen, und die Studie lobte «Aufgeschlossenheit und pädagogische Einfühlungsvermögen der Lehrer».

Dieser Zeitungsbericht veranlasste das Oberschulamt Freiburg am Jahresende, ebenfalls eine solche Umfrage bei den Schulämtern durchzuführen. Diese Berichte der Schulämter in Südbaden sind fast durchweg positiv. An den Konstanzer Volksschulen waren Anfang 1954 insgesamt 33 Mischlingskinder eingeschult, auf der Reichenau drei. Es ist die Rede von «temperamentvollen» Nordafrikanern und «ruhigen, verträglichen» Vietnamesen.

Im Herbst 1955 machte das Bundesinnenministerium eine Umfrage über Mischlingskinder in der Schule und schickte einen Fragebogen an die Kultusministerkonferenz bzw. hier an das Kultusministerium von Baden-Württemberg und bat um Auskünfte über allgemeine Auffälligkeiten, Erziehungsschwierigkeiten, soziale Eingliederung, geistig-sittliche-religiöse Entwicklungsfähigkeit, besondere Begabungen oder Veranlagungen, schulische Leistungen und Zukunftsprognosen. Die Anfrage ging von da über die Oberschulämter an die Schulämter. Es kamen nun sowohl positive wie negative Rückmeldungen, sogar Vorschläge einer Übersiedlung dieser Schüler nach Frankreich oder Nordafrika.

Von den acht Konstanzer Volksschulen äusserten sich nur die Haidelmooschule negativ und die Mädchenschule Zoffingen gemischt. Die Haidelmoos-Schule bemängelte einen wenig ausgeglichenen, turbulenten Charakter, Mangel an Pflichtgefühl, Fleiss und Sauber-



Aus: Alfons Simon: Maxi, unser Negerbub, Bremen 1952 (Literaturempfehlung des Kultusministeriums für die Lehrer in Baden-Württemberg, Kultus und Unterricht 1/1952, S. 25)

keit, begrenzte Entfaltungsmöglichkeiten, lockere sittliche und religiöse Bindungen und befürchtete eine schwierige Einordnung in die deutsche Gesellschaftsordnung. Besonders negative Wertungen kamen vom Pestalozzi-Kinderdorf Wahlwies und vom Schulamt Röttenbach. Zu Wahlwies schreibt das Schulamt Stockach: «Die Entwicklungsfähigkeit ist bei allen gering, in jeder Hinsicht [...]. Geistige Interessen hat keines von allen sechs, manuelle Geschicklichkeiten zeigen zwei Negermädchen. Das indische Kind ist schulisch mittelmässig, ein Negermädchen steht knapp über dem Sitzenbleiben, die anderen vier sind geistig minderwertig. Es wird kaum möglich sein, diese Schüler auch nur als einfachste Arbeiter in den Wirtschaftsprozess einzugliedern.»

Das Schulamt Röttenbach im Schwarzwald schreibt: «Die geistige Entwicklung wird immer von ihrem starken Triebleben beeinflusst sein, so dass selbständige geistige Leistungen wahrscheinlich nicht zu erwarten sind. Auch in der sittlichen Entwicklung wird das starke Triebleben eine grosse Rolle spielen. Die sind freier und hemmungsloser als ihre Alterskameraden.» Aber die meisten Schulen äusserten sich positiv bzw. in der Richtung, dass sie sich von den anderen Kindern nicht unterscheiden würden. Die Zusammenfassung des Oberschulamts Freiburg für das Kultusministerium geht in die gleiche Richtung.

Bemerkenswert ist in den Berichten, dass zahlreiche Mischlingskinder in geregelten Verhältnissen lebten, einen Stiefvater hatten, die Mutter also nach der Geburt des Besatzungskindes noch eine Ehe eingehen konnte. Wenn sie dann auch noch zu Hause und nicht berufstätig war, galten die Sozialchancen des Kindes als besonders hoch. Als schwierig wird die Lage der alleinstehenden Mutter mit Mischlingskind eingeschätzt. Das Schlusswort des Oberschulamts sieht so aus: «Voraussetzung für die Entwicklung der farbigen Mischlingskinder in Deutschland ohne auffällige Schwierigkeiten ist deshalb eine weitgehende Aufklärung der Öffentlichkeit. Wenn die Erwachsenen eine verständige Verhaltensweise zeigen, können die Mischlingskinder ihren Weg in das Leben gehen wie andere Kinder. Es stehen ihnen dann je nach ihrer Veranlagung alle Möglichkeiten der Berufsausbildung offen. Mit Rücksicht auf die sozialen Verhältnisse der meisten Mischlingskinder müssen ausreichende materielle Erziehungshilfen bereitgestellt werden.»²⁹

Pariser Verträge von 1955, Truppenvertrag

Nach 1955 mit dem Truppenvertrag, dem überarbeiteten Deutschlandvertrag von 1952, war es für Jugendämter und Amtsgerichte einfacher, gegen französische Soldaten wegen Unterhalt vorzugehen. Das Stadtjugendamt Konstanz äusserte sich im Juli 1956 noch optimistisch: «Bis jetzt haben wir nicht den Eindruck, dass die französischen Behörden die nach dem Truppenvertrag mögliche Heranziehung der Kindesväter böswillig erschweren.» Das Amt hatte 1956 noch 175 Amtsmündel mit französischem Vater zu betreuen. Die Fälle mit französischen Vätern gingen jetzt zurück. Klagen auf Unterhalt betrafen nur den Zeitraum nach dem 5. Mai 1955. Häufig fehlte jedoch die Anschrift des Soldaten, und man konnte

nur gegen Soldaten vorgehen, die in Deutschland stationiert waren. Die Stadt plante sogar einen Musterprozess. Sie führte 1956 neun Verfahren, von denen drei erfolgreich waren. Deutsche Rechtstitel konnten aber nicht in Frankreich vollstreckt werden. Verfahren in Frankreich selber führten zu nichts. Das liegt auch daran, dass Verfahren von ledigen Müttern gegen Väter, die das Kind nicht anerkannt hatten, dort nicht üblich sind, weil die staatliche Unterstützung für das Kind grosszügig ist.

Bereits im Februar 1957 äusserte sich das Stadtjugendamt gegenüber dem Regierungspräsidium eher pessimistisch: «Es fällt auf, dass die Zahl der Angehörigen der französischen Streitkräfte, die als aussereheliche Väter angesehen werden, in den letzten Jahren erheblich abgenommen hat. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass seit den Kampfhandlungen in Indochina und Nordafrika grössere Kontingente von französischen Truppen von hier abgezogen wurden. Eine nicht unwesentliche Rolle dürfte aber auch die immer mehr bekannt werdende Erfahrung spielen, dass sich die Angehörigen französischer Streitkräfte im Allgemeinen nur wenig um aussereheliche Vaterschaft und Unterhaltungspflicht kümmern.»

Im Oktober 1958 beschwerte sich das Stadtjugendamt dann beim Regierungspräsidium: «Die hiesigen französischen Militärstellen sind leider nur teilweise behilflich bei Feststellung der Anschriften von Soldaten, die zu Unterhaltszahlungen in Anspruch genommen werden sollen. Schwierigkeiten entstehen hauptsächlich dann, wenn die neue Anschrift des Versetzten mitgeteilt werden soll, weil im Zusammenhang mit den Kampfhandlungen in Nordafrika entweder ganze Einheiten verlegt werden und die Anschrift aus militärischen Gründen nicht mitgeteilt wird.» Und im November 1960 schrieb die Stadt an das Regierungspräsidium: «In der Regel sind die Mitglieder der Streitkräfte, gegen die in Unterhaltssachen vorgegangen werden sollte, aus dem Bundesgebiet so rechtzeitig versetzt worden, dass Pfändungsmassnahmen hier nicht getroffen werden konnten.» Zuständig war in Baden-Baden die «Direction des Affaires Judiciaires».³⁰

Entschädigung von Opfern der Besatzungszeit, 1955/1956

Durch eine Verordnung des Bundesfinanzministeriums konnten ab 1955 Personen entschädigt werden, die durch die Besatzungsmächte geschädigt worden waren. Der Zeitrahmen für den Schaden galt ab 1. August 1945 bis 1955. Wie man auf dieses Datum 1. August 1945 gekommen ist, ist nicht ganz klar. Frauen, die durch Vergewaltigung ein Kind bekommen hatten, gingen zunächst also leer aus, weil die meisten Vergewaltigungen vor dem 1. August 1945 stattgefunden haben. Durch einen besonderen Erlass wurden sie schliesslich auch noch einbezogen. Es gingen ca. 5'800 Anträge von betroffenen Frauen ein. Dabei ging es um höheren Unterhalt für das Kind, um medizinische Kosten und Schmerzensgeld für die Frau. Die Beweislast lag bei den Frauen. Zehn Jahre nach der Tat mussten sie vor einem Entschädigungsgericht ausführlichst die Geschehnisse von damals vortragen und um ihre

Glaubwürdigkeit kämpfen. In ganz Baden-Württemberg ging man 1955 von 471 Besatzungskindern aus, die aus einer Vergewaltigung hervorgegangen waren, davon für Südbaden 106. Beim Entschädigungsgericht Freiburg gingen etwa 200 Anträge ein.³¹ Die meisten wurden abgelehnt.

Drei Frauen aus Konstanz kamen für eine Entschädigung in Frage. Die eine war eine Flüchtlingsfrau, die von einem russischen Soldaten vergewaltigt worden war, das hat hier nicht interessiert. Eine weitere Frau gab keine Rückmeldung. Die dritte hatte bereits nach der Geburt 1948 die Tat dem Jugendamt gemeldet und jetzt eine eidesstattliche Erklärung abgegeben. Sie lautet: «Im Sommer 1947 war ich als Putzfrau bei einer französischen Dienststelle in einem Haus in der Mainaustrasse in Konstanz, in welchem sich jetzt das Park-Café befindet, beschäftigt. Eines Abends Ende Juli 1947 war ich erst spät um 23 Uhr mit meiner Arbeit fertig. Ich begab mich auf den Heimweg über die Gustav-Schwab-Strasse in Richtung Petershauser Bahnhof. Vorbei an der Jägerkaserne. In der Höhe dieser Kaserne wurde ich in gebrochenem Deutsch von einem französischen Soldaten angesprochen. Er fragte mich, ob ich spazieren ginge. Ich habe ihm abgewunken und gab ihm zu verstehen, dass ich nichts von ihm wissen wollte. Daraufhin hat er mich am Arm gepackt und hinter eine kleine Werkstätte gegenüber der Kaserne gezerrt, wo er mich gewaltsam auf die Wiese legte und mich zur Ausübung des Geschlechtsverkehrs zwang. Ich war körperlich derart schwach und kränklich, dass ich mich nicht wehren konnte. Am Rufen hat er mich dadurch verhindert, dass er mir den Mund zuhielt. Es wohnte auch niemand in der unmittelbaren Nähe, abgesehen von französischen Soldaten in der Kaserne. Nachdem dieses vorgefallen war, ist der Soldat weggelaufen, und ich bin nach Hause gelaufen. Durch diesen gewaltsamen Verkehr ist das am [...] 1948 in Konstanz geborene Kind X. erzeugt worden. Ich versichere ausdrücklich, dass ich in der Zeit vom 21.6.1947 bis 20.10.47 mit keinem anderen Manne Geschlechtsverkehr hatte.» Der Antrag wurde abgelehnt, weil nicht ausreichend bewiesen. Wäre der Antrag anerkannt worden, hätte die Mutter statt 20 DM Pflegegeld 50 DM bekommen.³²

Dazu kommt ein weiterer schräger Fall aus Konstanz. Eine Frau kommt zu Dr. Welsch, weil sie nach Vergewaltigung durch einen Soldaten im Mai 1945 schwanger geworden ist. Welsch untersucht sie und schickt sie weg, weil sie nicht schwanger sei. Als sie das nächste Mal wieder in die Sprechstunde kommt, ist die Schwangerschaft schon so weit fortgeschritten, dass ein Abbruch nicht mehr möglich ist. Sie beantragt 1956 Entschädigung. Die zuständige Fürsorgerin bescheinigt ihr für das Entschädigungsgericht guten Leumund und Glaubwürdigkeit. Das Gericht bittet dann Dr. Welsch um eine Stellungnahme. Dieser er-

31 Dazu ausführlich Gebhardt, a. a. O. 2015, S. 225-234; StA KN, S XII, Nr. 1113; Satjukow, Silke: «Besatzungskinder». Nachkommen deutscher Frauen und alliierter Soldaten seit 1945. In: Geschichte und Gesellschaft 37, 2011, S. 559-591

32 StA KN, S XII, Nr. 1113; StA FR, F 110/1, Nr. 130

Tabelle 2 Uneheliche Besatzungskinder in Baden-Württemberg nach Regierungsbezirken und Abstammung

Regierungsbezirke / Land	Herkunftsbezirke				Nach Zugehörigkeit des Vaters zu einer der ehemaligen Besatzungsmächte					
	insgesamt	vH	deutscher Herkunft		USA		Frankreich		Sonstige	
			Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH
Nordwürttemberg	3 264	25,6	355	7,9	2 782	85,2	213	6,5	269	8,3
Nordbaden	3 913	21,2	489	12,5	3 325	83,7	237	6,2	402	10,1
Südbaden	3 227	25,4	436	13,5	66	2,0	2 887	89,5	218	6,5
Südwestfalen-Hohenzollern	2 383	17,8	226	9,5	109	4,6	1 939	81,4	216	9,2
Baden-Württemberg	13 729	100	1 346	16,6	6 273	45,8	5 236	41,1	1 330	9,6

Statistik der unehelichen Besatzungskinder in Baden-Württemberg 1945-1954 (Statistische Monatshefte Baden-Württemberg 4/1956, S. 38)

klärt, dass sich in seinen Unterlagen kein Hinweis auf eine Vergewaltigung findet. Also wird der Antrag der Frau abgelehnt.³³

Berufsausbildung ab 1960

Im Frühjahr 1960 traten die ersten Besatzungskinder nach achtjähriger Volksschulzeit in das Berufsleben über. Da muss es in Deutschland einige Probleme gegeben haben. Die Bundesregierung und die Industrie- und Handelskammern riefen danach die Verantwortlichen auf, der beruflichen und gesellschaftlichen Isolierung insbesondere der farbigen Besatzungskinder entgegenzuwirken. Es sollte auch verhindert werden, dass etwa farbige Besatzungskinder als «Sarotti-Männchen» im Zirkus auftreten oder zum Verkauf von «Mohrenköpfen» oder «Negerküssen» eingesetzt würden. Das Regierungspräsidium bildete regionale Kommissionen aus Vertretern der Kammern, der Arbeitsämter, der freien Wohlfahrtsverbände und der Schulämter, die spätestens im Januar 1961 die Arbeitsvermittlung oder Berufsausbildung der Mischlingskinder bis zur Schulentlassung an Ostern klären sollten.

In Konstanz hatte es im Frühjahr 1960 mit sechs farbigen Besatzungskindern keine Vermittlungsprobleme gegeben. Im Frühjahr 1961 gingen aus den Konstanzer Volksschulen 21 farbige Mischlingskinder ab. Die meisten fanden eine Lehrstelle, vier wollten in der Handelsschule weitermachen, einige schwächer begabte Mädchen wollten direkt in die Fabrikarbeit. Nach der Sitzung im Januar äusserte sich das Stadtjugendamt positiv beim Landesjugendamt in Freiburg: «Zusammenfassend können wir sagen, dass die Rassenzugehörigkeit die Unterbringung der Kinder in keiner Weise erschwert hat. Wie bei den übrigen Kindern war einzig und allein die Frage der Begabung ausschlaggebend für das Finden eines geeigneten Berufes.»

Das Arbeitsamt Konstanz formulierte im September 1962 differenzierter über die Erfahrungen mit diesen Jugendlichen: «Auch die schulisch brauchbaren Mischlingskinder waren von sich aus bemüht, den Anforderungen, die an sie gestellt waren, zu genügen. Soweit es sich um unbegabte Mischlingskinder [...] handelt, besonders solche aus ungeordneten Familienverhältnissen, kam schon vereinzelt Klagen. Es waren insbesondere die früh entwickelten Mädchen, die durch das versagende Elternhaus keinen Halt fanden.» In Süd-

baden waren bei 3'227 unehelichen Besatzungskindern von 1945 bis 1954 13,5% farbiger Abstammung.³⁴

Nach und nach hat dann doch ein Wandel im Umgang mit den Besatzungskindern und im Denken stattgefunden. Heute weithin bekannt ist der deutsche Fussballer Jerome Boateng – man weiss, dass er gut spielen kann, aber dass ihn laut AfD niemand als Nachbarn haben möchte. Aber als 1974 der erste farbige Deutsche in der Fussballnationalmannschaft auftauchte, Erwin Kostedde, war das damals noch eine Sensation. Er stammte von einem unbekanntem amerikanischen Soldaten in Münster ab. Als Kind wurde er als «Kohleneimer» oder «kleiner Mohr» verspottet, jetzt war er der «braune Bomber» oder die «schwarze Perle». Das klingt positiv, ist aber immer noch kein normaler Umgang. In seinen besten Zeiten verdiente er 500'000 DM im Jahr. Als er Mitte 40 war, war alles Geld weg.³⁵

Die Besatzungskinder waren lange kein Thema für die Forschung. Es war schwierig, sie zu finden, und es war schwierig, ihre Lebensgeschichte zu erfahren. Erst in den letzten Jahren sind Forschungsprojekte entstanden unter Beteiligung von Medizinern und Psychologen. Vielleicht ist es auch kein Zufall, dass einige dieser Projekte an Universitäten der neuen Bundesländer laufen, also gerade da, wo Besatzungskinder bis zur Wiedervereinigung ein Tabuthema waren.³⁶

34 StA KN., S XII, Nr. 1599; Südkurier vom 25.6.1959; Oelrich, Waldemar: Die unehelichen Besatzungskinder der Jahrgänge 1945 bis 1954 in Baden-Württemberg. In: Statistische Monatshefte Baden-Württemberg 4, 1956, S. 38-39

35 Südkurier vom 15.1.2015

36 Glaesmer, Heide u.a.: Die Kinder des Zweiten Weltkriegs in Deutschland. Ein Rahmenmodell für die psychosoziale Forschung. In: Trauma und Gewalt 6, 2012, S. 318-328. Kleinau, Elke, und Mochmann, Ingvill C.: Wehrmachts- und Besatzungskinder: zwischen Stigmatisierung und Integration. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 65, Nr. 16-17, 2015, S. 34^0; Assmann, Anna-Lena u.a.: Stigmatisierungserfahrungen deutscher Besatzungskinder des Zweiten Weltkrieges. In: Trauma und Gewalt 9, 2015, S. 294-303; Kaiser, Marie u.a.: Aufwachsen als Besatzungskind des Zweiten Weltkrieges in Deutschland – Hintergründe und Vorgehen einer Befragung deutscher Besatzungskinder. In: Zeitschrift für psychosomatische Medizin und Psychotherapie 61, 2015, S. 191-205

Ins DM-Zeitalter – Die Währungsreform im Hegau und am See

Von Hildegard Bibby, Konstanz

Der 18. Juni 1948 ist ein heisser Tag. In Konstanz sind noch viele Menschen unterwegs, als sich gegen 19.45 Uhr von Süden eine dunkle Wolke in Windeseile nähert. Es folgt heftiger Regen und innerhalb weniger Minuten zieht ein Orkan über die Stadt hinweg, der viel Unheil anrichtet. Das Wasser steht in der Altstadt zum Teil einen halben Meter hoch, heruntergefallene Dachziegel, Glasscherben und entwurzelte Bäume bedecken die Strassen, ganze Stadtviertel sind ohne Licht, es herrscht Chaos.

Während Konstanz vom Unwetter schwer getroffen wird, bleibt der Hegau an diesem Tag weitgehend verschont. Dafür hat ein Unwetter wenige Tage zuvor, am 15. Juni, hier unterschiedlich schwer gewütet. Manche Gemeinden auf dem Bodanrück und am Untersee kamen glimpflich davon, in Güttingen sind jedoch starke Schäden besonders an Bäumen, Rebbergen, Getreidefeldern und Gemüsegärten zu verzeichnen. Der «Südkurier» berichtet, dass im Gebiet der «Schanz» zwischen Güttingen und Stahringen am nächsten Morgen noch ein bis zwei Meter lange Eisflächen vom Hagel lagen.¹ Sind diese Unwetter als Omen zu deuten, als Vorzeichen des Kommenden? Viele befürchteten es, niemand wusste Genaues, man war angespannt, erwartungsvoll, aber auch ängstlich.

1948 – was für ein Jahr?

Das Jahr 1948 begann zunächst für viele so, wie das alte aufgehört hat, mit Hunger und Entbehrungen. Die Lederzuteilungen für Schuhsohlen betrug sieben Gramm pro Person. Damit konnten von 100 Kunden nur 28 mit einer Neubesohlung ihrer Schuhe rechnen. In Stockach musste der Durchschnittsverbraucher im Januar 1948 mit 50 g zugeteilter Butter zurechtkommen. In Singen blieb die Ernährungslage schlecht. Zwar war die Kalorienzahl von 925 des Jahres 1947 auf 1480 gestiegen und die 1947/48 gestartete Kartoffelversorgung zufriedenstellend, aber die Qualität der Lebensmittel, wie z.B. Brot, liess zu wünschen übrig. Hinzu kamen die Ablieferungen – Lebensmittel und Tiere – an die französische Militärregierung.²

1 Südkurier vom 18.6.1948, Ausgabe Radolfzell

2 Panzer, Britta: «Draussen rennen die Leute nach ein paar Knochen und stehen eine Stunde an...» Singener Alltag unter französischer Besatzung. In: Singen Jahrbuch 2017, S. 17-18

Sowohl Erwachsene als auch Schulkinder litten an «geistigen Mangelercheinungen», Ursache sollten die fehlenden Kalorien sein. Viele Ladengeschäfte hatten mit behördlicher Genehmigung wegen Warenmangel sowie Energieeinsparung geschlossen.³

Wolfram Dufner, in Konstanz geboren und nach seinem Studium als Diplomat im Auswärtigen Dienst tätig, ist 1947/1948 Student in Freiburg und erinnert sich: «Die Adventszeit kam, ich litt an Hungerödemen und wurde im Krankenhaus von Wolfach durch eine Operation von ihnen befreit. Das mit Kartoffelmehl angereicherte Brot war dehnbar wie Kaugummi. Ich tauschte eine Schachtel Schweizer Streichhölzer gegen einen Weihnachtsbaum, eine alte Pelzstola meiner Mutter gegen einen Volksempfänger, da der frühere an die Besatzungsmacht abgeliefert werden musste. So ertönte doch Musik auf der Studentenbude zum schweren Jahresbeginn 1948.»⁴

Während der Student sowohl einen Weihnachtsbaum als auch musikalische Unterhaltung organisieren konnte und damit wohl ganz glücklich war, fiel Weihnachten 1947 in Stockach sehr karg aus. Lokalredakteur Walter Zinsmeier schreibt am 23. Dezember 1947: «Auch wir zwischen Bodensee und Donau können die dritte Nachkriegsweihnacht nicht wie früher feiern: Zahllose Eltern können ihren Kindern keinen Gabentisch bereiten. Dort, wo die Kleinen einst mit glänzenden Augen in den hell strahlenden Lichtenbaum schauten, da brennt heute kaum ein Kerzchen.»⁵ Im Februar 1948 wurde André Noël neuer Gouverneur für den Kreis Konstanz. Mit ihm verbesserten sich die Beziehungen zu den Deutschen nachhaltig. Das Ende der «harten» französischen Besatzungspolitik war nun gekommen. Noël verfolgte einen neuen Kurs. Er setzte, anders als sein Vorgänger Marcel Degliame, weniger auf Distanz und strikte Befehle, sondern auf Vertrauen zu seinen Untergebenen, auf zwischenmenschliche Kontakte und Zusammenarbeit.

Die zuständigen französischen Besatzungsstellen erlaubten es den Konstanzern, am «Schmotzigen», dem 5. Februar 1948, nach neunjähriger Pause wieder den traditionellen Hemdglonkerumzug abzuhalten. Im Frühjahr 1948 konnte ein erstes deutsches Bodenseeschiff, die «Hohentwiel», in strahlendem Weiss seinen Kurs fahren, nachdem die Schiffe in den ersten Nachkriegsjahren noch die dunkle Tarnfarbe trugen. Auf der Reichenau feierte man im April die 900-Jahr-Feier des Münsters. Es war am 24. April 1048 geweiht worden.

Und dann kam der Juni 1948

Schon seit Beginn des Jahres 1948 gab es Diskussionen um eine Währungsreform: Kommt sie, wenn ja, wann, und wie wird sie aussehen? Im späteren Frühjahr verdichteten sich die Gerüchte und Nervosität machte sich breit. Anfang Juni erhielten die Gemeinden dann In-

3 Siehe dazu: Das geschah in Konstanz 1945-1966. Zwei Jahrzehnte Zeitgeschichte. Konstanz 1967, S. 97

4 Dufner, Wolfram: Frühe Wegweisungen. Chronik einer alemannischen Jugend 1926-1950. Frankfurt (Main) 1997. S. 182-183

5 Zitiert nach: Rathke, Hartmut: Stockach im Zeitalter der Weltkriege. Konstanz 2004, S. 333

formationsmaterial zur bevorstehenden Umstellung von der alten Reichsmark auf eine neue Währung.

Zu den Gerüchten über den möglichen Termin äussert sich ein Zeitzeuge aus Radolfzell: «Das war im Mai 1948, da kam ein Mann, [...] der hatte den Kiosk betrieben am alten Bahnhof. Er sagte [zu uns Buben, H.B.]: ‚Es geht nicht mehr lange, dann geht es euch wunderbar, dann habt ihr das Paradies. Dann könnt ihr alles wieder haben, was es gibt.‘ Dabei hat er an die Währungsreform gedacht, das war für uns ein Fremdwort. Ich habe gesagt: ‚Der spinnt doch, wo nimmt der das her?‘ Der wusste bereits schon, dass was im Werden ist, dass im Juni 1948 oder wann es war, die Währungsumstellung kommt. Das hat der Mann gesagt, etwa 6 Wochen zuvor, hat er uns das erklärt und uns den Mund wässrig gemacht. Das waren alles Fremdwörter für uns: ‚Ihr habt Bananen, ihr habt Orangen.‘ Es war so, wie der Mann es gesagt hatte.»⁶

Die Stimmung war angespannt. Die Bevölkerung versuchte in einer Art Hektik, alte Schulden zu begleichen und Sachwerte mit den alten Geldscheinen zu kaufen, aber auch Geld zurückzulegen. Im «Südkurier», Lokalausgabe Radolfzell, liest man am 15. Juni: «Die Geldinstitute verzeichneten in den letzten Monaten weit über dem Durchschnitt liegende Einzahlungen. Das lässt darauf schliessen, dass die Bevölkerung mehrheitlich darauf vertraut, dass die einbezahlten Beträge zumindest nicht schlechter behandelt werden als die zuhause aufbewahrten Bargeldbestände.» Dem zu erwartenden grossen Andrang an den Schaltern der Kreditinstitute könne durch Einzahlung der nicht benötigten Gelder vor der Währungsreform entgegengewirkt werden. Es liege im persönlichen Interesse, alles ungenutzte Geld schon jetzt bei seiner Bank einzuzahlen.⁷ Die Presse sprach von einem wahren «Währungsfieber». In den Stockacher Geschäften und Banken ging es hoch her, man wollte auf Vorrat kaufen und noch möglichst viel Erspartes in eine vermeintliche Sicherheit bringen.

Der Konstanzer Zeichenlehrer Herbert Holzer spürte die besondere Atmosphäre in den Tagen unmittelbar vor dem Ereignis: «Da schon gestern bekannt wurde, dass die Sache heute in Kraft treten würde, bemächtigte sich der Leute eine unglaubliche Nervosität. Jeder glaubte, noch hundert Sachen erledigen zu müssen, und in der Stadt war ein Getümmel wie vor dem Einmarsch der Franzosen.»⁸

Die Presse berichtet am 18. Juni, dass der Termin für die Währungsreform nicht mehr aufgeschoben werden konnte, nachdem die Versuche der französischen Regierung gescheitert waren, die Sowjetunion dazu zu bewegen, sich an der Regelung der deutschen Frage im Sinne des Potsdamer Abkommens zu beteiligen. Mit dem Tag X, so der «Südkurier», sei eine Devisenmauer zwischen Ost und West zu befürchten und damit ein weiterer Schritt zur Teilung Deutschlands unternommen. Gleichwohl könne es nach jahrelanger Diskussion

6 Aus: Projekt «Zeitzeuginnen 1930-1950», Interview 26, unveröffentlicht, Stadtarchiv Radolfzell

7 Südkurier vom 15.6.1948. Ausgabe Radolfzell

8 Burchardt, Lothar (Hg.): Aufregende Tage und Wochen. Das Tagebuch des Konstanzer Lehrers Herbert Holzer aus den Jahren 1945-1948. Konstanz 2010, S. 224

über das Für und Wider ohne eine Geldreform nicht mehr weitergehen, auch wenn damit Risiken wie die Devisenmauer verbunden seien.⁹ Am 19. Juni wird im Leitartikel des «Südkurier» auf zwei Seiten das «Erste Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens» abgedruckt, am 27. Juni das «Dritte Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens».

Wie war das mit dem Geld vor der Währungsreform, womit hat man bezahlt?

Nach Kriegsende durften keine deutschen Geldnoten mehr gedruckt werden. Als Zahlungsmittel waren nun illegal nachgemachte Reichsbanknoten im Umlauf, woraufhin die Militärregierung in Baden-Baden schon im August 1945 eine Zurückziehung des «Notgeldes» forderte. Ab 1946 wurden diese Banknoten dann wie Falschgeld behandelt.

Der Verfall der deutschen Währung war vor allem durch die Versorgungsmisere und den Schwarzmarkt bedingt. Es war nur eine Frage der Zeit bis zu einer Währungsreform. Die eigentliche Reform war eine rein alliierte Angelegenheit, kein deutscher Finanzminister kannte den genauen Tag.

Am 20. Juni 1948 wurde in allen drei Westzonen die Währungsreform verkündet. Mit diesem Tag trat die Deutsche Mark an die Stelle der Reichsmark. Jeder Bewohner der drei Westzonen erhielt zunächst eine Kopfquote von 40 DM in neuen Scheinen und zwei Monate später zusätzlich 20 DM. Alte Schulden wurden im Verhältnis zehn zu eins abgewertet, Sparkonten im Verhältnis 100 RM zu 6,50 DM umgestellt. Schuldner wurden damit von 90% ihrer Verbindlichkeiten befreit, während die Masse der vielen kleinen Sparer sich ungerecht behandelt und betrogen fühlte. Löhne, Gehälter, Mieten, Pachtzinsen und Renten wurden im Verhältnis eins zu eins ausbezahlt. Die Verlierer blieben die unteren und mittleren Schichten der Bevölkerung. Ihr angespartes Geld war nun fast gänzlich entwertet. Auch die Städte und Gemeinden machten ein Verlustgeschäft. Die Stadtkasse Radolfzell verlor durch die Währungsreform 2,5 Millionen RM, in Stockach waren es eine Million RM.

Das Umtauschverhältnis zwischen altem und neuem Geld werde «hart» sein, bestätigte der Präsident der Landeszentralbank von Baden, Pfeleiderer. Diese Massnahmen seien aber nötig, um den Geldüberhang zu beseitigen, der zuletzt auf etwa 180 Milliarden RM geschätzt wurde.¹⁰

Wie erlebten die Menschen den «Tag X» und die erste Zeit danach?

Herbert Holzer schreibt in seinem Tagebuch: «Heute ist ein äusserst wichtiger Tag. Die schon lange mit Spannung erwartete Währungsreform ist Tatsache geworden.»¹¹ Dieser «äusserst wichtige Tag» war der schon genannte und bekannte 20. Juni, ein Sonntag. Französische Militärlaster hatten in der Nacht zuvor die neuen Banknoten von Baden-Baden, dem Sitz der Militärregierung, nach Konstanz gebracht, um sie im westlichen Bodenseegebiet zu verteilen. Das Gebiet war in Bezirke eingeteilt und für jeden Bezirk stand ein Wa-

9 Südkurier vom 18.6.1948. Ausgabe Radolfzell

10 Südkurier vom 22.6.1948. Ausgabe Radolfzell

11 Burchardt, a. a. O. 2010, S. 224



Dieser Geldschein wird bis auf Widerruf bei allen Landeskassen zum Nennwert in Zahlung genommen.



Die 1947 gedruckten 5-Pfg.- und 10-Pfg.-Scheine hatten nur provisorischen Charakter und durften nach der Währungsreform mit einem Zehntel ihres Nominalwertes noch einige Zeit im Umlauf bleiben.

gen bereit. In ihm saßen der Transportleiter, französische und deutsche Gendarmerie sowie Angestellte und Beamte des Landratsamtes als Begleitpersonal. So kam das neue Geld auf die dafür eingerichteten Umtauschstellen.

Die Bevölkerung im Hegau und am Bodensee durfte nun die Scheine in Empfang nehmen. Münzen waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorhanden. Als Übergangslösung konnten die umlaufenden alten Münzen und Kleingeldnoten bzw. Kleingeldscheine mit einem Zehntel ihres Nominalwertes im Umlauf bleiben. Die 50-Pfennig-Münzen gelangten nach der Prägung zwischen November 1948 und 1950 in Umlauf, die 1-, 2- und 5-DM-Münzen 1950/51. Die D-Mark wurde zunächst von der Bank deutscher Länder, ab 1957 von der Deutschen Bundesbank herausgegeben.

Herbert Holzer berichtet, dass er auf der für ihn zuständigen Ausgabestelle, dem «Wirtslokal des Salzberg», etwa eineinhalb Stunden anstehen musste, um sein Kopfgeld von 40 DM in Empfang nehmen zu können. Das Geld war zunächst knapp, alle wollten ihre «Kopfquote» ausbezahlt haben. Auch wenn immer wieder behauptet wird, dass sich die Regale in den Geschäften «über Nacht» mit Waren füllten, konnte nur der beliebig einkaufen, der das nötige Geld besaß.

Dieses «Knapphalten» der neuen Währung war eine bewusste Entscheidung der alliierten Reformplaner, denn nur eine knappe Währung hatte die Aussicht auf Stabilität. So kam

es, dass die Löhne und Gehälter im Verhältnis eins zu eins umgestellt, die Spar- und Bankkonten hingegen nur minimal aufgewertet wurden. Damit sollte der Kaufkraftüberhang der Jahre vor der Währungsreform weichen und wieder einem ausgeglichenen Verhältnis zwischen Geld und Gütermenge Platz machen.

Franz Schäfer aus Konstanz erinnert sich: «Mein Vater brachte 40 Deutsche Mark Kopfgeld mit nach Hause, neue Scheine. Die Menschen drückten sie staunend und orakelnd in den Händen. Der Zwangsumtausch leitete die grosse Wende ein.» Er sieht im Rückblick die Währungsreform als Zäsur: «Das alles verändernde Ereignis im Jahre 1948 war die Währungsreform. Die Zauberformel hiess 10 zu 1. Meine Oma hatte in Friedenszeiten für ihren Enkel 1'000 RM gespart. Nun blieben 100 DM übrig. Altguthaben wurden später noch einmal aufgewertet. Da reichte das Geld immerhin für einen ersten Anzug des Jungmannes. Zuerst hatte also jeder Trizonesier [Deutscher, der in einer der drei Westzonen lebte] nur sein Kopfgeld von 40 DM in der Tasche. Von da an ging's, wie man so schön sagt, bergauf. Die Schaufenster füllten sich, und die Zeit des Hungerleidens war rasch beendet.»¹² Dies ist eine subjektive Erinnerung, denn dass dem tatsächlich im Sommer 1948 noch nicht so war, ist weiter oben schon dargelegt worden.

Unmittelbar nach dem 20. Juni wurden eine Reihe von Verbrauchsgütern von der Bewirtschaftung befreit: Haushaltsgeräte, Herde, Elektrogeräte, Nähmaschinen, Kinderwagen etc. Auch Schreib- und Rechenmaschinen, Vervielfältigungsapparate und Radios wurden aus der Bewirtschaftung herausgenommen. Für die Landwirtschaft waren es «Kleisenwaren» wie Sensen, Hacken, Kartoffelkörbe, Giesskannen, Hufeisen und Nägel.¹³ Mit der Währungsreform entfielen die Bewirtschaftung und fast alle Preisvorschriften. Die Schwarzmarktpreise für Lebensmittel sanken und pendelten sich allmählich ein.

Der «Südkurier» titelte in der Ausgabe vom 25. Juni seinen Artikel: «Sparsamkeit muss oberstes Prinzip sein.» Das gelte für Verwaltung, Geschäfte und Private. Alle nicht unbedingt notwendigen Anschaffungen sollten zurückgestellt werden. Die Meisten wüssten jedoch, dass es gilt, «die Mark und den Pfennig mehrmals in der Hand herum zu drehen, ehe man einen Einkauf tätigt oder sich ein Vergnügen leistet».

Wie kommt es, dass die Schaufenster zwar nicht auf Anhieb voll waren, sie sich aber doch nach und nach füllten? Der Handel war auf den «Tag X» insofern vorbereitet, als er schon im Voraus mehr produzierte, als auf den Markt kam. Diese noch aus den Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegsjahren erfolgreich praktizierte Taktik, Waren als Tauschobjekte in der Hinterhand zu halten, wirkte sich nun auf das Warenangebot aus.

Eine Zeitzeugin aus Radolfzell antwortet auf die Frage, ob sie bestimmte Erinnerungen an die Währungsreform habe und wo plötzlich über Nacht alles zu erhalten war. «Natur-

12 Schäfer, Franz: Petershauser Kindertage zwischen Vor und Nachkriegszeit. In: Delphin-Kreis (Hg.): Das Delphin-Buch 5 – Rund um Konstanz ... und dort selbst. Konstanz 1997, S. 144

13 Südkurier vom 22.6.1948, Ausgabe Radolfzell

Merkblatt

Wer Anspruch auf die 2. Rate des Kopfbetrages hat, darf diese nur dann bei der Kartenstelle erheben, wenn er

kein Altgeld (Altgeldnoten oder Altgeldguthaben)

bei einer Bank oder bei seinem Arbeitgeber mit Vordruck A angemeldet oder abgeliefert hat.

Wer einen solchen Vordruck abgegeben hatte, erhält die 2. Rate des Kopfbetrages für sich und die Mitglieder seiner Familie von seiner Abwicklungsbank gutgeschrieben. Wenn er versucht, sie ausserdem noch bei der Kartenstelle zu erheben, so macht er sich des Betruges und der Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung schuldig.

Die Finanzämter, die von den Banken alle 2. Ausfertigungen der Vordrucke A erhalten, sind angewiesen, die Listen der Kartenstellen über die Auszahlung der 2. Rate der Kopfquote daraufhin zu überprüfen, ob sich darunter Personen befinden, für die ein Vordruck A abgegeben worden ist.

lich, das war ganz toll. Ich stand vor den Läden und versuchte, auch so einen schönen Pullover zu kriegen wie meine Freundin.» An einer anderen Stelle auf die Frage, wie sie die Währungsreform erlebt habe, sagt sie, dass es ihrem Vater mit seinem Elektrogeschäft nach der Geldumstellung nicht mehr so gut ging, da er mit den «Grossen» wie Grundig nicht konkurrieren konnte: «Aber sonst war es natürlich positiv. Wir verloren allerdings auch Geld, weil wir Stapel von 10-[Reichs-] Mark-Scheinen gar nicht einlösten [...]. Man konnte auch nicht beliebig tauschen. Das war ja gar nicht so. Es war ja alles beschränkt, zum Teil blieben auch die Konten gesperrt.»¹⁴

Was hat man sich von dem neuen Geld gekauft und gegönnt?

Die Kaufwilligen mussten sich zunächst zurückhalten, denn niemand besass unmittelbar DM-Reserven. Man kaufte das Allernötigste oder das, wovon man glaubte, es haben zu müssen, so wie die Radolfzellerin, die 1948 in Freiburg studierte: «Ja, ich habe das erste Geld von der Währungsreform zum Kauf eines Buches benutzt.» Das war der Studentin, die ansonsten ganz bescheiden «meistens von Brot und Milch» lebte, wichtig, ihr Bildungshunger hatte Vorrang vor dem «Magenhunger».¹⁵

Für Kinder galten ganz andere Kriterien. Die Stockacher Lokalausgabe des «Südkurier» berichtet am 9. September 1948: «Seit zwei Tagen drücken sich die Kinder an dem Schaufenster eines Geschäftes in der Oberstadt die Näschen platt, denn was es dort zu sehen gibt, ist für sie ebenso neu und unbekannt wie Südfrüchte und Schokolade. Aber auch mancher Erwachsene bleibt stehen und bewundert die elektrisch angetriebene Märklin-Eisenbahn mit modernem Bahnhof [...] und allen Schikanen. Wer möchte da nicht jung sein – und Geld haben?»¹⁶

Jung sein, eine Beziehung eingehen, heiraten wollen: «Mein Mann und ich haben unser Angebot bezahlt mit der Kopfquote.» Auf die Frage, ob es stimme, dass über Nacht die Schaufenster voll waren, antwortet die Befragte aus Radolfzell: «Nein, so war es nicht. Ich meine, es kamen schon in den nächsten 14 Tagen bis vier Wochen Dinge ans Licht, die man schon lange nicht mehr gesehen hatte. Also mit dem ‚über Nacht‘ das stimmt also wirklich nicht und das waren auch meistens nicht so kostbare Dinge, die da ans Licht gekommen wären [...]. Ich kann mich erinnern, ich habe für meinen Mann, der ja ein Jahr vorher aus Kriegsgefangenschaft gekommen ist, ein Hemd gekauft. Das war natürlich wunderbar, aber es hat ja auch unheimlich viel Geld gekostet.»¹⁷ Die Preisbeispiele aus Stockach belegen, was «unheimlich viel Geld» heisst: Ein Paar Schuhe kosteten im Sommer 1948 ein Monatsgehalt, ein Anzug mehr als ein Jahresgehalt – Heiraten war teuer in diesen Tagen!

14 Projekt «Zeitzeuginnen 1930-1950», Stadtarchiv Radolfzell. Siehe dazu: Stadt Radolfzell (Hg.): «Das ist mir in Erinnerung geblieben» – Zeitzeuginnen 1930-1950. Band 1 der Schriftenreihe zur Geschichte der Stadt Radolfzell am Bodensee. Konstanz 2015, S. 13-14; Hier zitiert aus Interview 27

15 Projekt «Zeitzeuginnen 1930-1950», hier zitiert aus Interview 8a

16 Zitiert nach Rathke, a. a. O. 2004, S. 337

17 Projekt «Zeitzeuginnen 1930-1950», hier zitiert aus Interview 30



Das neue Geld – die D-Mark

Hingegen konnte man im Juli in Stockach wieder ohne Vorbestellung oder Lebensmittelkarte Wein trinken und im August erhielt jeder Stockacher ein Pfund Tomaten. Es herrschte Geldknappheit bei gutem Warenangebot. Alle Zeitzeugen bestätigen, dass es nach der Währungsreform «besser» war: «Besser. Schlagartig besser. Nur hatte man kein Geld. Ich war immer eine sehr sparsame Frau und habe gedacht, ich spare und wenn der Krieg zu Ende ist, dann habe ich genug. Und dann war mein Geld futsch und ich hatte vierzig Mark. Da stand ich da. Und dann ging die Pacht zu Ende und ich kriegte ein Stück Land aus der Pacht und eine Kuh. Und ich hatte vierzig Mark. Also das war alles sehr schwierig, aber ich habe damit angefangen zu wirtschaften.»¹⁸ Die Zeitzeugin und ihre Familie bewirtschafteten ein grosses Hofgut bei Radolfzell. Sie selbst war Witwe mit vier Kindern.

Dass einerseits zwar alles besser, gleichzeitig aber die strukturellen Probleme die gleichen waren wie vor dem 20. Juni, bestätigt Wolfram Dufner: «Der Alltag war auch nach der Währungsreform schwierig, der existentielle Horizont des Einzelnen einfach und überschaubar. Man dachte mit Hingabe an die tägliche Not des Nachbarn, der weiteren Familie, es gab viel Hilfsbereitschaft unter den Menschen.»¹⁹

In Konstanz blieb die Lage auf dem Arbeitsmarkt prekär, die Zahl der Arbeitslosen stieg bis zum Winter 1948/49 weiter an. Die Stadt selbst, vor allem aber karitative Organisationen und Privatleute, halfen den Bedürftigen über den Winter. Der ausgewanderte William Graf liess seiner Vaterstadt Konstanz zahlreiche Spenden zukommen, in Radolfzell sorgte die Ostschweizerische Grenzlandhilfe dafür, dass vor allem Kinder weiterhin an Schulspeisungen teilnehmen und mit Schuhen und Kleidung versorgt werden konnten.

Auch die Stadt Singen hatte 1948 die Schulspeisung wieder aufgenommen. Hier spürte man die Folgen der Währungsreform – etwa rasante Preissteigerungen, mit der sich die 1946 gegründete IG Metall Singen konfrontiert sah – deutlich. Die Gewerkschafter sorgten in Schulungen und durch Unterstützung ihrer Mitglieder in den Lohn- und Akkordkommissionen nach der Währungsreform für bessere Löhne und Gehälter. Gegen die Preistreiberi und für Lohnerhöhungen organisierte die örtliche IG Metall im September 1948 eine Protestveranstaltung, die erste Versammlung dieser Art nach 1945.²⁰

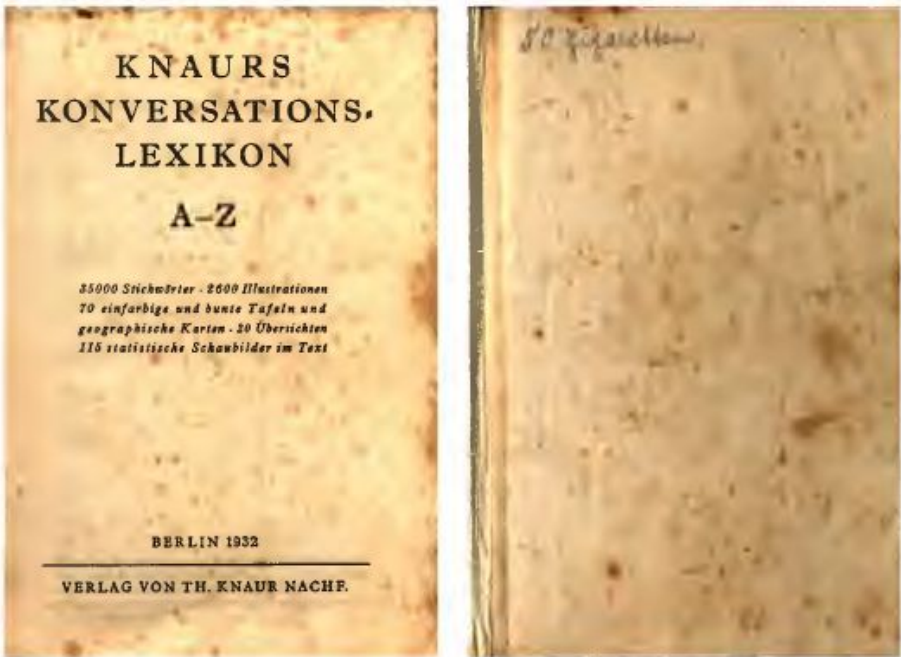
Waren alle gleich unmittelbar nach dem 20. Juni?

Eine Zeitzeugin aus Radolfzell, zu dieser Zeit Schülerin in Konstanz und 18 Jahre alt, reflektiert: «Sehr schön war, dass wir alle gleich waren. Vorher war man schon gleicher als heute und gleicher als vorher [...]. Wir waren alle gleich schlecht gekleidet, ich hatte sicher mehr zu essen als die anderen und gab auch mal was ab, aber so im Allgemeinen waren wir schön gleich. Mir wäre es lieber, es wäre wieder so.

¹⁸ Ebenda, hier zitiert aus Interview 25

¹⁹ Dufner, a. a. O. 1997, S. 186

²⁰ Panzer, a. a. O. 2017, S. 35-36



Das Knaurs Konversationslexikon musste vor der Währungsreform in der «ZigarettenWährung» bezahlt werden; es kostete 50 Zigaretten. (Privatbesitz, Foto: Tobias Baur, Stadtarchiv Radolfzell)

Dieser positive Effekt von der allgemeinen Armut, da würde ich mir ein Stück zurück wünschen.»²¹

Diese erinnerte «Gleichheit» ist sicher subjektiv geprägt und als solche bei der Zeitzeugin im Gedächtnis verhaftet. Tatsächlich war diese «Gleichheit» eine relative, eine persönliche Momentaufnahme. Die ärmsten Schichten der Bevölkerung waren hart getroffen. Die Lage der Arbeitslosen, der Kriegsversehrten und Heimkehrer, der Flüchtlinge und sonst wie in Not Geratenen blieb nach wie vor prekär, sie konnten nicht vom wirtschaftlichen Aufbruch profitieren. Alles in allem hatte die Mehrheit der Bevölkerung jedoch Vertrauen in die neue Währung.

Aus Stockach liegen Berichte des französischen Kreisdelegierten vor. Im Herbst 1948 wird die Lage aus französischer Sicht so eingeschätzt: Die Währungsreform habe glückliche und weniger glückliche Konsequenzen gehabt. Als glücklich werden der Antriebe in Handel und Industrie, die gute Ernte und verbesserte Lebensmittelzuteilungen bezeichnet. Die weniger glücklichen Auswirkungen sind nach Einschätzung des Kreisdelegierten die nun gestiegene Armut der Mehrzahl der Bevölkerung, hervorgerufen unter anderem durch

²¹ Projekt «Zeitzeuginnen 1930-1950», hier zitiert aus Interview 27

die gestiegenen Lebenshaltungskosten, und der Aderlass der Geldbesitzer, den vor allem die Arbeiterklasse zu spüren bekommen habe.²²

Vom Schwarzmarkt zum Schmuggel

Die Kaufzurückhaltung der Bevölkerung hatte zur Folge, dass der Handel bisher gehortete Waren nun anbot, um nicht darauf sitzenzubleiben. Daraufhin sanken die Schwarzmarktpreise, der Schwarzmarkt spielte nun eine immer geringere Rolle. Aus Konstanz ist zu beobachten, dass an seine Stelle nun wieder der Schmuggel trat, den es seit dem Ersten Weltkrieg gab. Geschmuggelt wurden Genussmittel, schwer zu beschaffende Medikamente, teure Gebrauchsgegenstände und – ganz neu – Rauschgift.

Der hohe Frankenkurs sank. Vor der Währungsreform, im Frühjahr 1948, lag er noch bei etwa 80 RM, wenige Tage nach dem 20. Juni war er schon nur noch bei 7-8 DM und am 30. Juni lag eine DM bei 1,32 Schweizer Franken. Damit fand die im Grenzbereich – vor allem in Konstanz – verbreitete «Zigarettenwährung» ihr Ende. Offensichtlich profitierte man in der Bodenseeregion noch von einer anderen Situation. Franz Schäfer aus Konstanz erinnert sich: «Nach der Währungsreform fuhren die Schiffe wieder nach Bregenz. Dort galten die alten Zehner, die bei uns nur noch 1 Pfennig wert waren, noch voll als Zehner, und bei seinen Pausen konnte Vater für 40 Zehner eine Tafel Schokolade kaufen. Man kann sich denken, mit welchem Eifer wir die Zehner zusammensammelten.»²³ Franz Schäfers Vater arbeitete als Maschinist bei der Bodensee-Schifffahrt. Nach der ersten Währungsreform vom 30. November 1945 wurde in Österreich wieder der Schilling als Zahlungsmittel eingeführt, eine weitere Währungsreform fand 1947 statt. Die Reichspfennig-Kleinmünzen waren aber in Österreich weiterhin gültig, weil dort noch keine neuen Münzen geprägt werden konnten.

Entspannung in Sicht?

In Allensbach beschloss der Gemeinderat schon zwei Monate nach der Währungsreform, das nun nicht mehr benötigte Wirtschaftsamt aufzulösen, kurze Zeit später war auch die Lebensmittelrationierung aufgehoben. Allensbach gab sich noch in weiterer Hinsicht optimistisch: Man wollte den Tourismus wieder ankurbeln. Dazu wurden 1948 Massnahmen ergriffen, indem man das Strandbad in Ordnung brachte und Bänke am See aufstellte sowie Werbemassnahmen zur Hebung des Fremdenverkehrs ins Auge fasste.²⁴

Ab Juli 1948 konnte man in Radolfzell wieder zweimal wöchentlich auf dem Markt einkaufen und am 21. August 1948 wurde der Personenverkehr zwischen den drei westlichen Besatzungszonen freigegeben. Der bisher bestehende Passierscheinzwang fiel weg.

22 Rathke, a. a. O. 2004, S. 337

23 Schäfer, a. a. O. 1997, S. 141

24 Burchardt, Lothar: Die Zwischenkriegszeit. In: Egenhofer, Stefan Josef et al. (Hg.): Allensbach am Bodensee. Die Geschichte der Gemeinde von den Anfängen bis heute. Allensbach 2010, S. 160

Auch in Singen spürte man nun die Besserung. Die Kartoffeln mussten ab Herbst 1948 nicht mehr rationiert werden, die Hungersnot sollte 1949 weitgehend überwunden sein.

Die Währungsreform hatte aber auch Nachteile: Durch die Preisfreigabe stiegen, wie schon angesprochen, die Preise. Weil die Waren, die man bisher nicht hatte, so begehrt waren, wurden sie nun teurer. Eine Folge davon war, dass die Kunden zu Ratenkäufen verlockt wurden. Wegen des grossen Nachholbedarfs an Gebrauchsgütern erfreute sich der Ratenkauf grosser Beliebtheit. Vor der Verlockung zum Ratenkauf herrschte jedoch eher das Gefühl der «Leere im Portemonnaie», wie das folgende Gedicht «Ins DM-Zeitalter» von Rudolf Winkler zeigt, das im «Südkurier» abgedruckt wurde:

Die Quote

Nun ist uns der Kopf verquotet
Und die Reichsmark ausgebootet.
Doch man fühlt sich nicht recht stark
Mit der neuen Deutschen Mark,
Weil man statt des Überhanges
Spürt ein ungemütlich banges
Angstgefühl der Leere jäh
Im Kunstlederportemonnaie,
Denn sehr spärlich sind die Noten
Nach den kopfverteilten Quoten.
An der alten Fülle war
Aber auch kein gutes Haar;
Statt im Geld herumzuwühlen,
Möchte man dort lieber fühlen,
Dass man für des Geldes Wert
Kaufen kann, was man begehrt.
Sieht man auch nicht voller Geigen
Sich den Himmel niederneigen –
Eins ist sicher: Es gefällt
Jedermann das neue Geld,
Wenn es als der Zukunft Bote
Bringt vom Aufbau eine Quote!²⁵

1948 – ein besonderes Jahr?

Im Jahr 1948 fielen wichtige Entscheidungen über das weitere politische Schicksal Deutschlands. So forderten die westlichen Militärgouverneure Anfang Juli 1948 in den «Frankfurter Dokumenten» die Bildung eines westdeutschen Staates, einen Monat später fanden erste Verhandlungen der drei südwestdeutschen Regierungschefs über die Bildung

²⁵ Südkurier vom 25.6.1948, Ausgabe Radolfzell

eines «Südweststaates» statt. Anfang September 1948 trat in Bonn der Parlamentarische Rat zusammen, um über ein vorläufiges «Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland» zu beraten. Am 23. Mai 1949 trat dieses Grundgesetz schliesslich in Kraft.

Im November 1948 fanden die zweiten Kommunalwahlen seit Kriegsende statt. Zur Wahl standen die schon von 1946 bekannten Parteien, in Konstanz kandidierten noch die «Unabhängigen Sozialisten». Die BCSV hiess nun CDU, die Sozialdemokraten durften wieder das Wort «Deutsch» in ihrem Parteinamen tragen und die Umbenennung der bisherigen Demokratischen Partei in Freie Demokratische Partei stand bevor. Die Wahlbeteiligung in der ersten politischen Aufbruchsstimmung war hoch, nahm aber bei den folgenden Wahlen ab. So gingen in Konstanz bei der Kommunalwahl 1948 nur noch 58,4% der Wahlberechtigten zur Urne, zwei Jahre zuvor waren es noch beinahe 80% gewesen. Stärkste Parteien blieben die CDU und die SPD, die Kommunisten verloren ab 1948 überall Sitze. Diese Stimmenverluste müssen im Zusammenhang mit dem «Kalten Krieg» und der Situation in der «Ostzone» gesehen werden, vor allem spielte die Berliner Blockade beim Wahlverhalten eine ausschlaggebende Rolle.

Ende 1948 war, wie schon dargelegt, die schlimmste Hungerzeit vorbei: Die französische Zone hat mit knapp 1'900 Kalorien den Anschluss an die amerikanisch-englische Bizone erreicht. Nach der Währungsreform verzichtet der «Südkurier» ab Herbst 1948 auf seine bislang regelmässig erschienene Spalte «Rund um den Brotkorb». Die DM ist ein Symbol des Wiederaufstiegs von Deutschland nach 1945, Bestandteil des deutschen Wirtschaftswunders und Voraussetzung für die Soziale Marktwirtschaft. Sie wurde nach dem US-Dollar im Laufe der Zeit zur zweitwichtigsten Handelswährung der Welt und spielte bei der Wiedervereinigung im Jahr 1990 eine wichtige Rolle. Die ostdeutsche Bevölkerung wollte die starke DM statt der «schwachen» DDR-Mark. Für die Menschen aus Ostdeutschland galt: Wiedervereinigung nur mit der Westwährung.

Im Juni 2018, 70 Jahre nach diesem grossen Ereignis, bezahlen wir mit Euro beim Bäcker, die DM ist seit der Umstellung auf die europäische Währung mit Jahresbeginn 2002 Geschichte.

«...wer Kultur besitzt hat Hemmungen». Der Kulturpsychologe Julius Bahle (1903-1986) – Eine biographische Skizze

Von Manfred Bosch, Konstanz

Die Reihe der Persönlichkeiten, die sich nach 1933 aus innerem Dissens mit den politischen Verhältnissen auf die Höri zurückzog, wird von Künstlern dominiert. Dass sich unter ihnen mit Julius Bahle auch ein Kulturpsychologe von Rang befand, dessen Werk und Lebensleistung insbesondere mit der Erforschung des künstlerischen Schaffensprozesses verbunden ist, geht indes aus kaum einer der einschlägigen Darstellungen hervor.¹ Eine Beschäftigung mit Julius Bahle erscheint daher umso legitimer, als sein Name selbst dem regionalen Gedächtnis weitgehend entglitten ist und seine wissenschaftlichen Leistungen fast völlig in Vergessenheit geraten sind.

Bahle, am 9. Januar 1903 in Tettang als Sohn eines Hauptlehrers geboren, neigte früh zur Musik und lernte autodidaktisch Klavier spielen. Anlässlich seines Abiturs an der Oberrealschule Ravensburg gab er Musik als Studienwunsch an. Wegen des frühen Todes seines Vaters, der aufgrund eines Behandlungsfehlers an einer Sepsis starb, entschied er sich jedoch für einen sozial gesicherten Beruf und begann 1922 ein Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Technischen Hochschule München; nebenher belegte er philosophische Vorlesungen an der Ludwig-Maximilians-Universität. Nach vier Semestern wechselte er an die Handelshochschule Mannheim, wo er 1925 die kaufmännische Diplomprüfung und die Diplom-Handelslehrerprüfung ablegte.

Weitere drei Semester Psychologie und Philosophie in Heidelberg erlaubten es ihm, sich seinem ursprünglichen Berufsziel anzunähern. Als Mitarbeiter am Institut für Psychologie und Pädagogik der Handelshochschule Mannheim promovierte Bahle 1929 mit einer Arbeit über die «Psychologie des musikalischen Gestaltens. Eine Untersuchung über das Komponieren auf experimenteller und historischer Basis». Wissenschaftlich betreut wurde die mit «Magna cum laude» bewertete und 1930 in der Akademischen Verlagsbuchhandlung Leipzig erschienene Dissertation von Professor Otto Selz, einem führenden Vertreter der Denkpsychologie.

1 So sucht man den Namen Bahles beispielsweise in Andrea Hofmanns «Künstler auf der Höri» (1989) vergebens, obschon das Buch sich nicht allein auf bildende Künstler beschränkt und der Untertitel «Zuflucht am Bodensee in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts» auf Bahle wie auf wenige sonst passt; selbst im Jahrbuch HEGAU sucht man vergeblich einen Nachruf.

Das Motiv für die Themenwahl seiner Doktorarbeit hatte einen konkreten biographischen Bezug. Bahle beschrieb ihn später so: «Das tiefste und nachhaltigste musikalische Erlebnis vermittelten mir die letzten Beethovenschen Streichquartette während meiner Münchner Studienzeit.» Seine Ergriffenheit sei so tief gewesen, dass er sich «fragen musste: Kann eine Musik von solcher Erhabenheit und Grösse «Menschenwerl» sein oder ist sie eine unmittelbare «Offenbarung des Göttlichem durch das ‚Medium‘ des Künstlers?»² Bei der Beantwortung dieser Frage hatte ihn die zu Rate gezogene ästhetische und kunstwissenschaftliche Literatur völlig allein gelassen. Erst das Studium der Psychologie sollte ihm tastende Schritte in die «geheimnisumwobene Welt des Kunstschaffens»³ ermöglichen.

Den Schlüssel dazu gab ihm eine Kombination von empirischem Vorgehen und einfühelndem Verstehen an die Hand, wie sie im Titel seiner Dissertation angedeutet ist. Ihr empirischer Teil bestand aus der Befragung ausgewählter Komponisten, denen er zugleich verschiedene Arbeitsaufgaben stellte, wie etwa die, nach einem musikalischen Ausdruck für menschliche Grundstimmungen zu suchen. Als grundlegendes Resultat seiner Untersuchung erwies sich, dass Wille, Fleiss und Ausdauer für den Kompositionsakt entscheidende Faktoren sind und Inspiration «weitgehend [als] Resultat aktiver Suchprozesse»⁴ gelten muss.

Die Ergebnisse seiner Dissertation veranlassten Bahle, seit 1929 Assistent von Otto Selz, zu weiterer Systematisierung seines Ansatzes. Die Voraussetzungen hierzu schuf ein Forschungsstipendium der «Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft», das Bahle neben Otto Selz auch Karl Jaspers verdankte und das ihm die Arbeit an seiner Habilitationsschrift erlaubte. Bahle reichte sie unter dem Titel «Der musikalische Schaffensprozess. Psychologie der schöpferischen Erlebnis- und Antriebsformen» im Januar 1935 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena ein.

Kern seiner Arbeit war diesmal ein «Fernexperiment»: «Ich übersandte an 32 zeitgenössische Komponisten verschiedener Länder acht Gedichte mit der Bitte, nach Belieben eines derselben zu vertonen. Ausserdem liess ich den Komponisten die Freiheit, einen selbst aufgefundenen Text zu vertonen oder mir ihre Schaffenserfahrungen über ein in Arbeit befindliches Werk mitzuteilen. Zur weiteren methodischen Sicherung der Ergebnisse wurden den Künstlern noch eine ‚Anleitung zur Selbstbeobachtung‘ und ein spezieller ‚Fragebogen‘ übersandt. Ferner ergänzte ich dieses Fernexperiment durch schriftliche Rückfragen, persönliche Unterredungen und durch jahrelanges Studium des gesamten Schaffens einzelner dieser Künstler. Neben diesen zeitgenössischen Schaffensberichten wurde ein umfassendes historisches Quellenmaterial verarbeitet. Dazu dienten hauptsächlich Briefe,

2 Bahle, Julius: *Eingebung und Tat im musikalischen Schaffen*. 2. unveränderte Auflage Hemmenhofen 1982, S. VII

3 Ebenda, S. VII

4 Lück, Helmut E.: *Die psychologische Hintertreppe. Die bedeutenden Psychologinnen und Psychologen in Leben und Werk*. Freiburg (Breisgau), Basel, Wien 2016, S. 271



Julius Bahle um 1930 (Foto: privat)



Julius Bahle: Der musikalische Schaffensprozess. Christiani-Verlag Konstanz, 1947

Autobiographien, Biographien und Skizzenbücher der grössten Meister der europäischen Musikgeschichte aus drei Jahrhunderten.»⁵

Zwar erreichten Bahle auch scherzhaft-spöttische Rückläufe, in denen sich Beethoven und Schubert, Brahms und Wagner zur Mitarbeit bereit erklärten, doch die Antworten der beteiligten 32 Komponisten – unter ihnen Walter Braunfels, Arthur Honegger, Gian Francesco Malipiero, Carl Orff und Arnold Schönberg – bestätigten die Ergebnisse von Bahles Dissertation eindrucksvoll: Entscheidend war für fast alle Befragten die zielgerichtete Arbeit, bei der «Einfälle» oder «Inspiration» eher die Rolle «glücklicher Momente» spielten. Zusätzlich gelang Bahle eine weitere Ausdifferenzierung von Fragen und Ergebnissen musikalisch-kompositorischer Schaffenspraxis.

Aus einem Vortrag Ernst Kreneks, den er Jahre später im amerikanischen Exil hielt, wissen wir, dass Bahles Befragung einzelne Komponisten auch fernerhin zur Selbstbeobachtung anstiftete: «Ich [...] gewann ein so grosses Interesse an der Arbeit, dass ich später fortfuhr, für mich selbst Beobachtungen zu machen [...]. Die wirklichen Gedanken kommen, wenn der Komponist seinen Geist auf eine bestimmte Sache einstellt. Diese Tatsache, die gewöhnlich übersehen wird, schliesst einige sehr kennzeichnende Vorgänge ein, die der

⁵ Bahle, a. a. O. 1982, S. X

Inspiration vorangehen und sie vorbereiten. Diese Vorgänge können von verschiedenem Charakter sein, je nach den verschiedenen Entwicklungsstadien, die B[ahle] aufgestellt hat.»⁶

Bahles Habilitationsschrift fand bei Musikwissenschaftlern und Psychologen Beachtung und erhielt sowohl in deutschen als auch internationalen Fachzeitschriften viel positive Resonanz. Sich selber konnte Bahle zugutehalten, dass damit der «musikalische Schaffensprozess erstmals mit Hilfe einer streng empirischen Methode aus dem mystischen, spekulativen und vermögenspsychologischen Stadium in das strukturpsychologische und gesetzeswissenschaftliche überführt»⁷ worden sei.

Eine weitere, vertiefende Durchdringung dieses Themenkomplexes unternahm Bahle mit «Eingebung und Tat im musikalischen Schaffen. Ein Beitrag zur Psychologie der Entwicklungs- und Schaffungsgesetze schöpferischer Menschen». Der Band erschien 1939 und basierte auf zahlreichen Vorträgen, die Bahle auf internationalen Psychologenkongressen gehalten hatte – so unter anderem in Kopenhagen (1932), Leipzig (1933), Tübingen (1934), Jena (1936) und Paris (1937). Hier gelang Bahle eine weitgreifende theoretische Auswertung seiner Befunde, um noch mehr Licht in vorgeblich unerklärliche Prozesse rund um das musikalische Schaffen zu bringen.

Dass er sich bereits in seiner Vorbemerkung zu «Eingebung und Tat» gegen den Vorwurf wehrte, durch seine Forschungen zu einer «Entzauberung der Welt» beizutragen oder gar das «mephistophelische Ziel» zu verfolgen, «der Musik ihren Wert zu nehmen»,⁸ lässt erkennen, dass Bahles Forschungen nicht auf ungeteiltes Echo stiessen. Der Rätsel blieben noch genug, argumentierte er gegen solche Einwände und hielt es für ein «Zeichen von Flachheit, wenn an Stelle der Klarheit die Unklarheit und Verschwommenheit als Attribute des Unergründlichen oder als Zeichen der Tiefe» angesehen würden.⁹ Und er schloss die Frage an: «[...] wer könnte eine ‚Gefahr‘, eine ‚Zersetzung‘ oder gar eine ‚Entzauberung‘ darin erblicken, falls eine Psychologie des Kunstschaffens hinter den scheinbar unkontrollierbaren und mystischen Schaffensvorgängen ein ebenso streng determiniertes und gesetzmässiges Geschehen entdecken würde, wie der Astronom hinter dem chaotischen Lichtermeer des Himmels?»¹⁰

Die Machtergreifung der Nationalsozialisten hatte auch in Bahles Biographie tiefe Einschnitte hinterlassen. Bereits 1933 war Professor Otto Selz aus rassistischen Gründen vom Dienst beurlaubt und 1934 nach Schliessung der Handelshochschule in den Ruhestand versetzt worden, womit auch Bahles Stelle entfallen war. Selz war es noch gelungen, seinen bisherigen Assistenten dem Leiter des Psychologischen Instituts der Universität Jena, Professor Friedrich Sander, zu empfehlen. Dieser, bereits Mitglied der NSDAP, erwartete frei-

6 Krenek, Ernst: Über die Inspiration. In Bahle, Julius (Hg.): Produktivität und seelische Gesundheit. Schöpferische Psychosynthese als Psychotherapie. Gaienhofen 1978, S. 30-36

7 Bahle, Julius: Der musikalische Schaffensprozess. Psychologie der schöpferischen Erlebnis- und Antriebsformen. 3. unveränderte Auflage Hemmenhofen 1981, S. IX

8 Bahle, a. a. O. 1982, S. VIII

9 Ebenda, S. XI

10 Ebenda, S. XI



Ein «Stolperstein» vor dem Wohnhaus von Otto Selz in der Renzstrasse in Mannheim (Foto: Wikimedia Commons, John Uhlrich)



Professor Otto Selz (1881-1943), um 1930

lich, dass sich Bahle auch ohne Parteimitgliedschaft «auf den Boden der Bewegung»¹¹ stelle. Bahle war jedoch bereits als Student Mitglied der SPD geworden und verweigerte die Teilnahme an einem «NS-Schulungslager», das Voraussetzung seiner weiteren akademischen Karriere gewesen wäre. Sein Interesse war auf unabhängige und freie Forschung ausgerichtet, die er unter nationalsozialistischen Bedingungen nicht erwarten konnte, und so verliess er nach Verleihung des Dr. phil. habil, im Herbst 1936 Jena.

Nunmehr «Privatgelehrter ohne Einkommen»,¹² hielt Bahle weiterhin Kontakt zu seinem Lehrer und Förderer, unterhielt eine rege Korrespondenz mit ihm und suchte Selz vergebens zur Auswanderung zu überreden. Dieser wollte seine Gefährdung nicht einsehen, da er doch «niemand etwas getan» habe. Bei den reichsweiten Pogromen im November 1938 verhaftet, sollte dem Juden Selz zwar noch die Auswanderung in die Niederlande gelingen, doch nach dem Einmarsch deutscher Truppen wurde er ins KZ Westerbork verschleppt und von dort 1943 nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.¹³ In Vorlesungen und Vorträgen, die er dank dem Entgegenkommen wohlwollender Kollegen an der Universität Amsterdam noch halten konnte, hatte er mehrfach auf die Arbeiten Bahles auf-

11 Brief Sander an Bahle vom 12. März 1934, zit. nach Lück, Helmut E., und Herrmann, Theo: Albert Wellek und Julius Bahle: Zwei Psychologen der Nachkriegszeit im Streit um eine Professur in Mainz. In: Mack, Wolfgang; Lück, Helmut E.; Renner, Karl-Heinz; Wolfradt, Uwe (Hgg.): Behaviorismus und Erkenntnistheorie im psychologisch-historischen Kontext. Frankfurt (Main) 2014, S. 167

12 Spruchkammerakten, Staatsarchiv Freiburg (StAF), Sign. D 180/2 Nr. 35035

13 Strauss, Herbert A., und Röder, Werner: International Biographical Dictionary of Central European Emigrés 1933-1945, Vol. II München 1999, S. 1074

merksam gemacht. Dieser hatte ein Bild seines verehrten Lehrers lebenslang über dem Schreibtisch hängen.

Aufgrund seiner Distanz zum Nationalsozialismus lebte auch Julius Bahle nicht ungefährdet. Mit seiner empirischen Methode, die er unter der Ägide eines jüdischen Wissenschaftlers erarbeitet hatte, der Zusammenarbeit mit später teilweise verfeimten bzw. als «entartet» geltenden Komponisten und der Berufung auf Musikschriftsteller, von denen einige als jüdisch inkriminiert wurden, zog er ohnehin das Misstrauen gegnerischer Kreise auf sich. Bahle selbst sprach von einem «Vernichtungskampf, der teils durch die indirekte Methode des Totschweigens, teils durch die direkte Methode des Angriffs sein Ziel verfolgte».¹⁴ Der direkte Kampf, so Bahle weiter, sei in unsachlicher und gehässiger Form von einem «der grössten und unerschrockensten geistigen Vorkämpfer des Nationalsozialismus», Hans Pfitzner, «und seiner schriftstellernden Clique» in den amtlichen Organen des «Dritten Reiches» geführt worden.

Auslöser der Kontroverse mit Pfitzner war ein längerer Beitrag Bahles in der «Frankfurter Zeitung» vom 18. September 1935 gewesen, in dem er unter dem wenig glücklichen, indes nicht von ihm selbst stammenden Titel «Wie wird komponiert?» seine empirisch-induktive Forschungsmethode erläutert und auch gegen Pfitzners Stellung bezogen hatte. Der Komponist, der sich Bahles Enquete ausdrücklich verweigert hatte, weil er Inspiration schlechthin konstitutiv für jede Kunst hielt, griff diesen daraufhin in polemischer Weise im NSDAP-Parteiblatt «Völkischer Beobachter» an und forderte die Partei vergeblich zu einem Vorgehen gegen den unbequemen Kritiker und die «unrühmlich bekannte Frankfurter Zeitung»¹⁵ auf.

Mit diesem Verständnis, dass grosse Musik allein autonomer, reflexionsfreier Intuition entspringe, war der Komponist von «Palestrina» in seiner masslosen Selbstüberschätzung nicht zum ersten Mal in den Ring getreten. 1917 hatte er gegen Ferruccio Busoni seine Chimäre der «Futuristengefahr» in Stellung gebracht, 1919 polemisierte er gegen Paul Bekkers Begriff «Neue Musik» – Pfitzner: «Neue Ästhetik der musikalischen Impotenz» – und nach dem Ersten Weltkrieg brach er, damals noch mit Thomas Mann befreundet, eine Lanze für das «Deutschtum», dessen Niedergang er einerseits unbarmherzigen Feindmächten, andererseits der Indifferenz der Deutschen selbst zuschrieb.

Nun suchte der bekennende Antisemit, Angehörige des NS-Reichskultursenats und später in die Liste der «Gottbegnadeten» Aufgenommene seinen Kontrahenten herabzusetzen, bezeichnete ihn als jemand, der «höchst wahrscheinlich in seinem Leben nie einen Takt komponiert hat»¹⁶ und sprach ihm jegliche Kompetenz und Berechtigung zu Äusserungen in der Sache ab. Schlimmer noch: In «Die Musik», dem amtlichen Organ der NS-Kulturgemeinde, erschien ein anonymer Beitrag mit dem Titel «Ein Mann namens Bahle», welcher

14 Bahle, a.a.O. 1981, S. XI

15 Vaget, Hans Rudolf: Seelenzauber. Thomas Mann und die Musik. Frankfurt (Main) 2006, S. 230

16 Zit. nach Bahle, Julius: Der geniale Mensch und Hans Pfitzner. Hemmenhofen o. J. [1974], S. 95

Krona, 2. Juni
1946

Sehr geehrter Herr Dr. Bahle,

Über Selz kann ich mir ungünstiges schreiben. Ich habe ihn 3-mal aus den Händen der Gestapo herausgerissen. Dann haben wir ihm empfohlen sich bei bek. Familien zu verstecken, aber das hat er nicht gewollt. Er war stets überzeugt, dass man ihn schließlich nicht kann tun. Endlich hat man ihn doch verschleppt (vor 2 1/2 Jahren) und seitdem haben wir von ihm nichts gehört. Man hat mir versprochen, dass er nach Böhmen geht, ich bin aber fest davon überzeugt, dass man ihn sofort nach Auschwitz gebracht hat und dort getötet.

Bahle erkundigte sich nach dem Krieg bei dem renommierten Amsterdamer Psychologieprofessor Géza Révész nach dem Verbleib von seinem Lehrer Otto Selz. Die Antwort ist erhalten: „Sehr geehrter Herr Bahle, über Selz kann ich nur Ungünstiges schreiben. Ich habe ihn 3-mal aus den Händen der Gestapo herausgerissen. Dann haben wir ihm empfohlen, sich bei bek. Familien zu verstecken, aber das hat er nicht gewollt. Er war stets überzeugt, dass man ihm schliesslich nichts kann tun. Endlich hat man ihn doch verschleppt (vor 2 Jahren) und seitdem haben wir von ihm nichts gehört. Man hat mir versprochen, dass er nach Böhmen geht, ich bin aber fest davon überzeugt, dass man ihn sofort nach Auschwitz gebracht hat und dort getötet.“ (Nachlass Bahle des Psychologiegeschichtlichen Forschungsarchivs der FernUniversität Hagen)

«im Jahre IV der nationalsozialistischen Revolution die Stirn» besitze, den «grössten lebenden Meister der deutschen Musik»¹⁷ zu kritisieren.

Die Fehde artete in ein regelrechtes Kesseltreiben gegen Bahle aus, in das Pfitzner mit Hilfe seiner publizistischen Hausmacht auch staatliche Stellen einzubeziehen suchte. Die Folge war, dass sich beide Seiten in einer unerquicklichen Auseinandersetzung regelrecht ineinander verbissen, wobei sachliche Argumente mehr und mehr in den Hintergrund traten. Pfitzner warf in seinem Buch «Über musikalische Inspiration» (1940) Bahle vor, «der Musik die Inspiration nehmen [zu wollen], die doch das A und O aller Musik ist.¹⁸ In besag-

17 Zit. nach Busch, Sabine: Hans Pfitzner und der Nationalsozialismus. Stuttgart und Weimar 2001, S. 324

ter Publikation findet sich auch das auf den Tod des jüdischen Musikschriftstellers Paul Bekker Bezug nehmende Zitat aus Richard Wagners «Siegfried», das indes niemand anderem als Bahle zugeordnet war: «Sein Tod grämt mich doch schier, da viel üblere Schächer unerschlagen noch leben.»¹⁹

Bahle hatte damals seine Zelte in Jena längst abgebrochen und versuchte, sein Leben von der Höri aus neu auszurichten. Zum 1. Januar 1936 hatte er zusammen mit seiner Frau Irmgard (eigtl. Irmengard) geb. Scherr (1901-1981), die er im Jahr seiner Promotion geheiratet hatte, seinen Wohnsitz in Hemmenhofen angemeldet,²⁰ wo er seine wissenschaftliche Arbeit «unter den düftigsten wirtschaftlichen Verhältnissen»²¹ abschloss. In Hemmenhofen hatte Bahles Mutter 1928 ein Haus gebaut, das nun zum ersten festen Domizil am See wurde. Ohne ihre finanzielle Unterstützung hätte das junge Paar kaum überleben können, zumal Bahle zu Zugeständnissen an das Regime nicht bereit war. So lehnte er beispielsweise die Teilnahme an Psychologischen Kongressen in Deutschland nach 1936 mit der Begründung ab, «nicht in charakterloser Form über ‚Charakter‘ sprechen»²² zu können.

Dieselbe Verweigerungshaltung legte Bahle Ende 1940 an den Tag, als er bei den I.G. Farben-Werken entlassen wurde, wohin er im Juli 1938 durch Professor Géza Révész als wissenschaftlicher Berater empfohlen worden war. Dem Rauswurf vorangegangen war eine Unterredung mit Direktor Dr. Duisberg, deren entscheidenden Passus Bahle in seinem «Politischen Lebenslauf» so wiedergegeben hat: «Duisberg: ‚Endlich eine Regierung ohne Hemmungen!‘ Ich: ‚Ja, eine Regierung ohne Hemmungen, aber auch ohne Kultur; denn wer Kultur besitzt hat Hemmungen!‘ Duisberg: ‚Sie scheinen einer von vorgestern zu sein!‘ Ich: ‚Nein, aber von übermorgen!‘»²³

Mit seiner Kündigung bei I.G. Farben hatte Bahle seine «uk»-Stellung verloren und wurde eingezogen. Von Februar 1941 bis zur Auflösung seiner Dienststelle Mitte 1942 war er in Stuttgart als Heerespsychologe im Rang eines Kriegsverwaltungsrats tätig. Hier erklärte er nach eigenen Angaben «in hunderten von Fällen nur solche Offiziersbewerber für geeignet» von denen er feststellte, «dass sie den Nationalsozialismus ablehnten oder ihm kritisch gegenüberstanden». Und Bahle ergänzt: wegen seiner Äusserung, «dass Hitler den Krieg begonnen habe und ihn auch verlieren werde, sollte ich vors Kriegsergericht gestellt

18 Pfitzner, Hans: Über musikalische Inspiration. Berlin 1940, S. 14

19 Zit. nach Lück, a. a. O. 2016, S. 274

20 Freundliche Mitteilung Stefanie Hirt, Einwohnermeldeamt Gaienhofen

21 StAF, Sign. D 180/2 Nr. 35035

22 Bahle, Julius: Politischer Lebenslauf. In: StAF, Sign. D 180/2 Nr. 35035. Von einem zeitweisen Ausweichen in die Schweiz, das Hanspeter W. Dvorak erwähnt, ist in Bahles «Politischem Lebenslauf» vom 10. Mai 1945 keine Rede. Vgl. Dvorak, Hanspeter W.: Schöpferische Psychosynthese und Logotherapie. Julius Bahle (1903-1986) und Viktor Frankl (1905-1997): Eine Gegenüberstellung zweier Psychotherapiemethoden. Wiesbaden 2018, S. 16

23 Bahle, Julius: Politischer Lebenslauf. In: StAF, Sign. D 180/2 Nr. 35035. Es kann sich dabei nicht um den 1935 verstorbenen Aufsichtsratsvorsitzenden Carl Duisberg gehandelt haben, sondern um einen Direktor gleichen Nachnamens.



Das Sommerhaus in Hemmenhofen, das Julius Bahle ab 1936 bewohnte und das er 1952 zum grossen Wohnhaus umbauen liess. (Foto: privat)

werden, was nur durch das Eingreifen des Generals von Detten verhindert wurde.»²⁴ Der familiären Überlieferung nach trug Bahle ein Skalpell mit sich, mit dem er sich selbst gerichtet hätte, wenn es zum Äussersten gekommen wäre. Nach dem Zeugnis des Sohnes Manfred Bahle wurde es zuhause noch lange «wie eine Reliquie» aufbewahrt.²⁵

Nach der Auflösung der heerespsychologischen Stelle verzichtete Bahle auf weitere Verwendung als Kriegsverwaltungsrat und nahm vom 1. Juni 1942 bis Kriegsende beim Arbeitsamt Konstanz eine Stelle als Berufsberater für Jugendliche und Kriegsversehrte an. Neben dem sozialen Wirken bot diese untergeordnete Stelle in gewissem Rahmen Möglichkeiten, durch Berufslenkung «gegen Krieg und Partei» zu arbeiten, indem er «jegliche Zusammenarbeit mit den Parteistellen» mied und «keine Jugendliche[n] in Heer und Partei» vermittelte.²⁶

Bei der Entnazifizierung hatte Bahle im obligatorischen Fragebogen ausser unfreiwilligen Mitgliedschaften in der «Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt» und der «Deutschen Arbeitsfront» keine weiteren Angaben zu machen, sodass er politisch als unbelastet galt und seinem «Verbleiben im Dienst» nichts im Wege stand.²⁷ Doch Bahle bewegten andere

24 Ebenda

25 Manfred Bahle, Hemmenhofen, im Gespräch mit dem Verfasser, 10.8.2018

26 Bahle, Julius: Politischer Lebenslauf. In: StAF, Sign. D 180/2 Nr. 35035

27 Bestätigung der Reinigungskommission des Badischen Arbeitsministeriums, 20.8.1946. In: StAF, Sign. D 180/2 Nr. 35035

Pläne. Ihm schwebte eine «Kulturpsychologische Arbeitsgemeinschaft» vor, die zur Keimzelle eines künftigen Forschungsinstituts werden sollte.

Daneben unternahm er «nach Jahren des Schweigens und Weiterarbeitens»²⁸ erste Schritte an die Öffentlichkeit: Bereits 1946 hielt er eine Reihe von Vorträgen, darunter an der Ulmer Volkshochschule (vh) über «Die psychologischen Wurzeln des Nationalsozialismus» und einen weiteren mit dem Titel «Der Machtmensch und die Kultur». In Tübingen war ihm der Festvortrag «Der geniale Mensch» zugeordnet,²⁹ in dem er vor dem Hintergrund der Perversion historischer Grösse im «Dritten Reich» Massstäbe für wahre humane Grösse zurückzugewinnen suchte.

Parallel dazu liefen Versuche zur Rückkehr ins akademische Leben, die Bahle jedoch missglückte. 1946 hatte er sich begründete Hoffnungen auf einen Lehrstuhl für Psychologie an der neu gegründeten Universität Mainz machen können, gegen seinen einzigen Konkurrenten, den Musikpsychologen Albert Wellek, jedoch den Kürzeren gezogen.³⁰ Auch die Hoffnung auf eine Professur an der Universität Marburg zerschlug sich, wo er einige Jahre im Status eines Assistenten lehrte. So zog sich Bahle schliesslich nach Hemmenhofen zurück. Das Leben der Familie sicherten Aufträge aus der Industrie und Gutachten für das Arbeitsamt, und neben seiner Tätigkeit als Autor und Referent wandte er sich seit Mitte der 1950er Jahre dem Auf- und Ausbau seiner psychotherapeutischen Praxis zu.

Mit der Geburt der Kinder Juana (1940) und Manfred (1944) war das am obersten Ortsrand von Hemmenhofen erbaute Sommerhaus zu klein geworden, sodass die Familie für ein paar Jahre nach Gaienhofen ausgewichen war, während derer es von 1948 bis 1952 Curth Georg Becker und seiner Familie als Wohnsitz und Atelier diente.³¹ Nun, zu Beginn der 1950er Jahre, reklamierte Julius Bahle das bescheidene Anwesen wieder für sich und baute es aus. Dazu zählten auch zwei Pensionszimmer für Patienten, mit denen Bahle bei drei- bis vierwöchiger Behandlungsdauer bis zu zwei Sitzungen pro Tag arbeitete; weitere Patienten wurden in nahegelegenen Pensionen untergebracht. Als Methode bediente sich Bahle der von ihm entwickelten «Schöpferischen Psychosynthese», deren Grundzüge er 1955 in seinem gleichnamigen Buch darlegte. Bahle wandte sie vor allem auf Erkrankungen wie Angstneurosen, Depressionen, Manien und teilweise auch auf Schizophrenie an.

«Schöpferische Psychosynthese» verstand Bahle als Gegensatz zur Psychoanalyse: Dabei blieb er nicht bei der Aufdeckung bzw. beim Einsichtigmachen des verdrängten, in der Theorie Sigmund Freuds seiner Ansicht nach überbewerteten Trieblebens stehen, sondern strebte eine «aktive Geistestherapie» an, die «die gesunde Persönlichkeitsstruktur wiederherstellt, steigert und dadurch die krankhaften Züge entwertet oder im Rahmen des Gesunden produktiv verwertet, um zu einer harmonischen Erneuerung der Gesamtpersönlichkeit zu kommen».

28 Bahle, a. a. O. 1974, S. 10

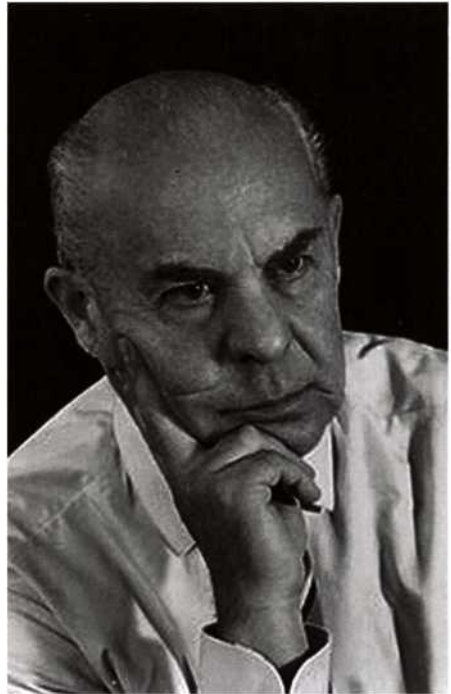
29 Der Redetext ist abgedruckt in Bahle, a. a. O. 1974, S. 11-27

30 Vgl. hierzu Lück/Herrmann, a. a. O. 2014, S. 162-185

31 Berner, Herbert, und Schuhmacher, Klaus: Curth Georg Becker 1904-1972. Konstanz 1978, S. 115



Julius Bahle: Hans Pfitzner und der geniale Mensch



Julius Bahle 1968 (Foto: privat)

Das Ziel der schöpferischen Psychosynthese, für die der Begriff des «Wertebewusstseins» zentral ist, lässt sich mit Bahle so zusammenfassen: «Mache den Menschen im Rahmen seiner psychischen Möglichkeiten schöpferisch, und er wird seelisch gesund sein. Dabei ist es nicht erforderlich, dass das Schöpferische in einem Werkschaffen besteht. Es gibt auch eine schöpferische Aufmerksamkeit oder einen schöpferischen Lebensstil [...]»³² Wegen dieses ganzheitlichen Menschenbildes erscheint Bahles therapeutischer Ansatz heute wieder aktuell. Manfred Bahle, der selbst den Weg zur Psychologie einschlug, nennt seinen Vater als Therapeut brillant, wenn er auch in späteren Jahren bei seinem Ansatz stehen geblieben sei und den Anschluss an neue Entwicklungen versäumt habe.

In den 1960er Jahren entschloss sich Bahle, an die stecken gebliebene publizistische Arbeit der unmittelbaren Nachkriegszeit wieder anzuknüpfen. Damals waren die Voraussetzungen für Publikationen günstig gewesen. So hatte der Konstanzer Verlag Christiani 1947 eine zweite verbesserte Auflage von «Der musikalische Schaffensprozess» herausgebracht, und im November desselben Jahres hatte Bahle mit dem Südverlag Konstanz zwei

³² Zit. nach Dvorak, a. a. O. 2018, S. 50

Verträge abschliessen können: Ein Buch galt Hans Pfitzner, das andere Franz Grillparzer.³³ Beide Titel hätten innerhalb der Reihe «Schriften der internationalen Kulturpsychologischen Forschungsgemeinschaft» erscheinen sollen, die über Pläne indes nicht hinauskam.

Für das Buch über Pfitzner war dann der Verlag Curt Weller in den Vertrag eingetreten, der es 1948 unter dem Titel «Hans Pfitzner und der geniale Mensch» herausbrachte. Der Erscheinungstermin – im Jahr der Währungsreform – war freilich denkbar ungünstig gewesen: Nun galt alle Kaufkraft den lange entbehrten Konsumgütern mit der Folge, dass zahlreiche Verlage Konkurs anmelden mussten – darunter auch Curt Weller. Dem Pfitzner-Buch war so eine anhaltende Wirkung versagt geblieben.

Umso willkommener mussten dem Autor Stimmen prominenter Leser sein, allen voran Hermann Hesse, Theodor W. Adorno und Thomas Mann. Aus Montagnola erreichte den «Hochgeschätzten Herr[n] Dr. Bahle» eine Dankkarte für das «Pfitznerbüchlein». Eigentlich sei «der dumm-böse alte Gnom, den Sie darin zur Strecke bringen, des Aufwandes nicht wert. Aber es ist doch immer noch mit der Mentalität zu rechnen, deren Sprecher u. Nutzniesser er war. Hochachtungsvoll HHesse.»³⁴

Auch aus Kalifornien hatten Julius Bahle anerkennende Schreiben erreicht. Adorno schien das Buch «aus dem Herzen geschrieben», und Thomas Mann urteilte: «Ihr Buch ist gut und wichtig. Ich bin neugierig, wie lange in Deutschland noch solche mutige[n] Bücher erscheinen werden.»³⁵ Bekannt war den beiden das Schaffen Bahles freilich schon länger. Als Thomas Mann im Frühjahr 1943 die Arbeit an seinem «Doktor Faustus» aufgenommen hatte, erforderte diese höchst kunstvolle Verbindung von Musik-, Kultur- und Epochenkritik ausgedehnte musikwissenschaftliche Studien. Als wichtigster Berater diente dem Autor neben Arnold Schönberg Theodor W. Adorno, der sich bei Mann mit einem Exemplar von Bahles «Eingebung und Tat im musikalischen Schaffen» einführte.

Der Mann-Forscher Hans Rudolf Veget urteilt, es deute alles darauf hin, dass die Lektüre von Bahles Buch dem Autor geholfen habe, «das Dilemma seines modernen Faust auf den Punkt zu bringen, nämlich die Frage der Inspiration».³⁶ Mann hat die Beschäftigung mit «Eingebung und Tat» in seinem Tagebuch denn auch vermerkt,³⁷ und wie berechtigt die Einschätzung Vegets ist, mag eine Stelle aus «Doktor Faustus» belegen: «Nimm gleich einmal den Einfall, was ihr so nennt, was ihr seit hun dert oder zweihundert Jahren so nennt,

33 Vgl. hierzu Bosch, Manfred: Zeit der schönen Not. Die Anfangsjahre des Südverlag in Konstanz 1945 bis 1952. Konstanz 2009, S. 371 und 375. Vorausgegangen war im Rahmen einer Serie über NS-belastete Persönlichkeiten Bahles Artikel «Hans Pfitzner – ein politischer Komponist» im Südkurier vom 29.3.1946.

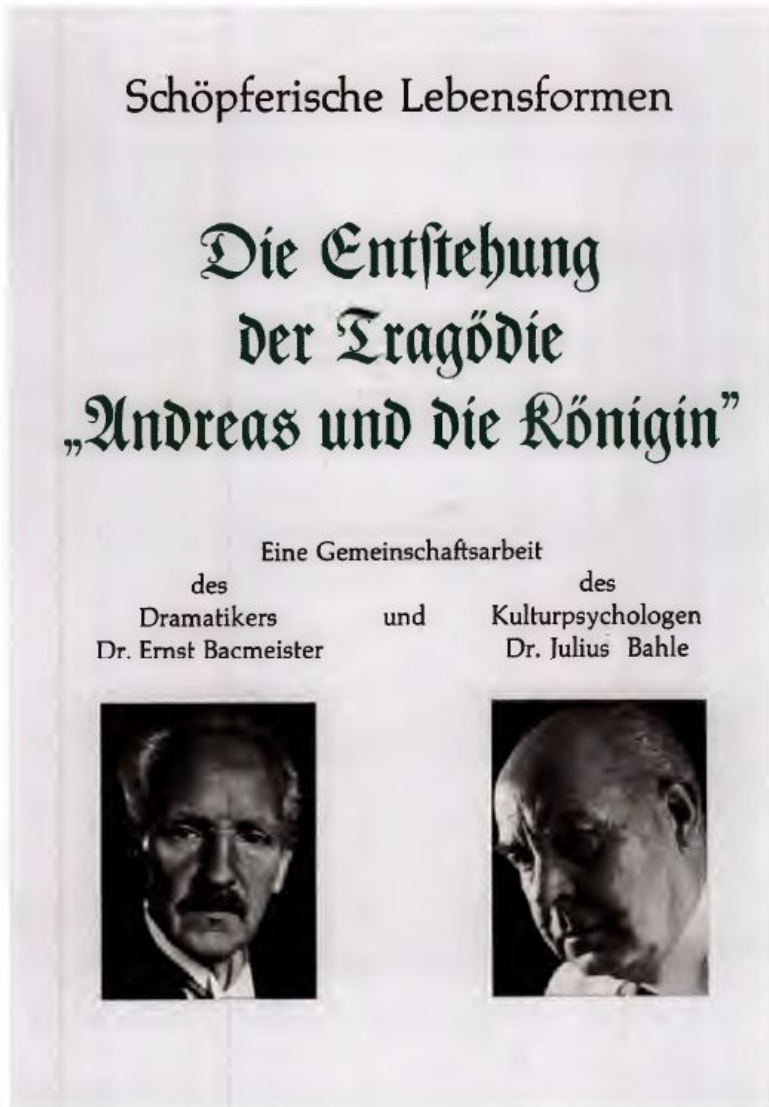
34 Karte im Nachlass Bahle des Psychologiegeschichtlichen Forschungsarchivs (PGFA) der Fern-Universität Hagen, Bestand 30-VIII; Datum teilweise unleserlich

35 Zit. nach Bahle, a. a. O. 1974, Umschlaginnenseite

36 Veget, a. a. O. 2006, S. 231

37 Vgl. den Kommentarband zu «Doktor Faustus» innerhalb der Grossen kommentierten Frankfurter Ausgabe, Bd. 10.2. Frankfurt (Main) 2007, S. 562. Dort heisst es: «Thomas Mann hat zahlreiche Stellen markiert».

Schöpferische Lebensformen



Ein gemeinsames Buch von Ernst Bacmeister und Julius Bahle, herausgegeben 1976 in der Reihe „Schöpferische Lebensformen“

– denn früher gab’s die Kategorie ja gar nicht, so wenig wie musikalisches Eigentumsrecht und all das», bekommt Leverkühn zu hören, und mit Bezug auf Richard Strauss heisst es weiter: «Der Einfall also, eine Sache von drei, vier Takten, nicht wahr, mehr nicht. Alles übrige ist Elaboration, ist Sitzfleisch.»³⁸ Die Mann’sche Formulierung lässt sich nachgerade als verkürzte Quintessenz eines wichtigen Ergebnisses von Bahle bezeichnen; der Autor hat den Namen seines Gewährsmanns im Nachwort zum «Doktor Faustus» denn auch eigens erwähnt.

Diese Anerkennung von prominenter Seite lag inzwischen mehr als ein Jahrzehnt zurück. Zu Beginn der 1960er Jahre aber musste sich Bahle fragen, was von seiner wissenschaftlichen Arbeit einmal bleiben würde. Seine frühen Buchpublikationen vor 1945 waren durch Nationalsozialismus und Krieg um eine fortdauernde Wirkung gebracht und drohten ins Abseits der akademischen Aufmerksamkeit zu geraten, sodass der Gedanke nahe lag, die grundlegenden Titel zum schöpferischen Prozess der Öffentlichkeit wieder zugänglich zu machen und sie durch neue Veröffentlichungen mit weitergehenden Fragestellungen zu ergänzen.

Doch ob Bahle gut beraten war, diese Absicht im kulturbetriebsfernen Hemmenhofen durch Gründung eines eigenen Verlags anzugehen? Über die Nachteile fehlender Anbindung ans Sortiment kann er sich jedenfalls ebenso wenig im Klaren gewesen sein wie über die Fülle der verlegerischen Arbeiten – begonnen bei Satz und Layout, Buchgestaltung und Werbung bis hin zum Versand. Die Publikationen seines «Kulturpsychologischen Verlags» zeichneten sich denn auch durch schlichte Aufmachung aus, hatten eher Broschürencharakter und trugen schon von ihrem Äusseren her das Signum eines Selbstverlags, dessen Absatzmöglichkeiten Bahle im Übrigen völlig überschätzte. Seine Hoffnungen erfüllten sich wohl nur mit dem ersten selbstverlegten Titel «Keine Angst vor dem Sterben» (1963). Hier die Titel in chronologischer Folge:

Keine Angst vor dem Sterben. Zur Psychologie des angstfreien und schönen Sterbens, 1963.

Ängste und ihre Überwindung, 1972.

Psychologisches Schlafrezept. Vom Verfasser auf Schallplatte gesprochen, 1973.

Psychologische Menschenbehandlung. Ratschläge für Vorgesetzte, 1975.

Psychologische Erzeugung und Heilung von Depressionen und Manien. Vom Wesen geistig-seelischer Erkrankungen und ihrer Heilung durch psychosynthetische Behandlung, 1976.

Produktivität und seelische Gesundheit. Schöpferische Psychosynthese als Psychotherapie, 1976.

Produktive Menschenbehandlung. Psychologische Ratschläge für alle Vorgesetzten, 1976.

38 Mann, Thomas: Doktor Faustus. Frankfurt (Main) 2007, S. 346. Manns Formulierung geht auf Bahle, a. a. O. 1982, S. 201 zurück, wo Richard Strauss wie folgt zitiert wird: «Der melodische Einfall erstreckt sich in der Regel auf 2-4 Takte. Die weiteren Takte sind das Ergebnis einer sehr zielbewussten Arbeit.»

Eingebung und Tat im musikalischen Schaffen. Ein Beitrag zur Psychologie der Entwicklungs- und Schaffensgesetze schöpferischer Menschen. Überarbeitete und gekürzte Ausgabe, 1982.

Ausserdem erschienen in der Schriftenreihe «Schöpferische Lebensformen»:

Der geniale Mensch und Hans Pfitzner. Eine psychologische Kulturkritik, 1974. (Nachdruck von Hans Pfitzner und der geniale Mensch, Konstanz 1948).

Das schöpferische Entwicklungsgesetz im Leben Goethes. Eine gesetzeswissenschaftliche Psychographie, 1974.

Franz Grillparzer als Inspirationstypus. Werdegang, Schaffensweise, Menschentum, 1975.

Friedrich Hebbel als Arbeitstypus. Werdegang, Schaffensweise, Menschentum, 1975.

Die Entstehung der Tragödie «Andreas und die Königin». Eine Gemeinschaftsarbeit des Dramatikers Dr. Ernst Bacmeister und des Kulturpsychologen Dr. Julius Bahle, 1976.

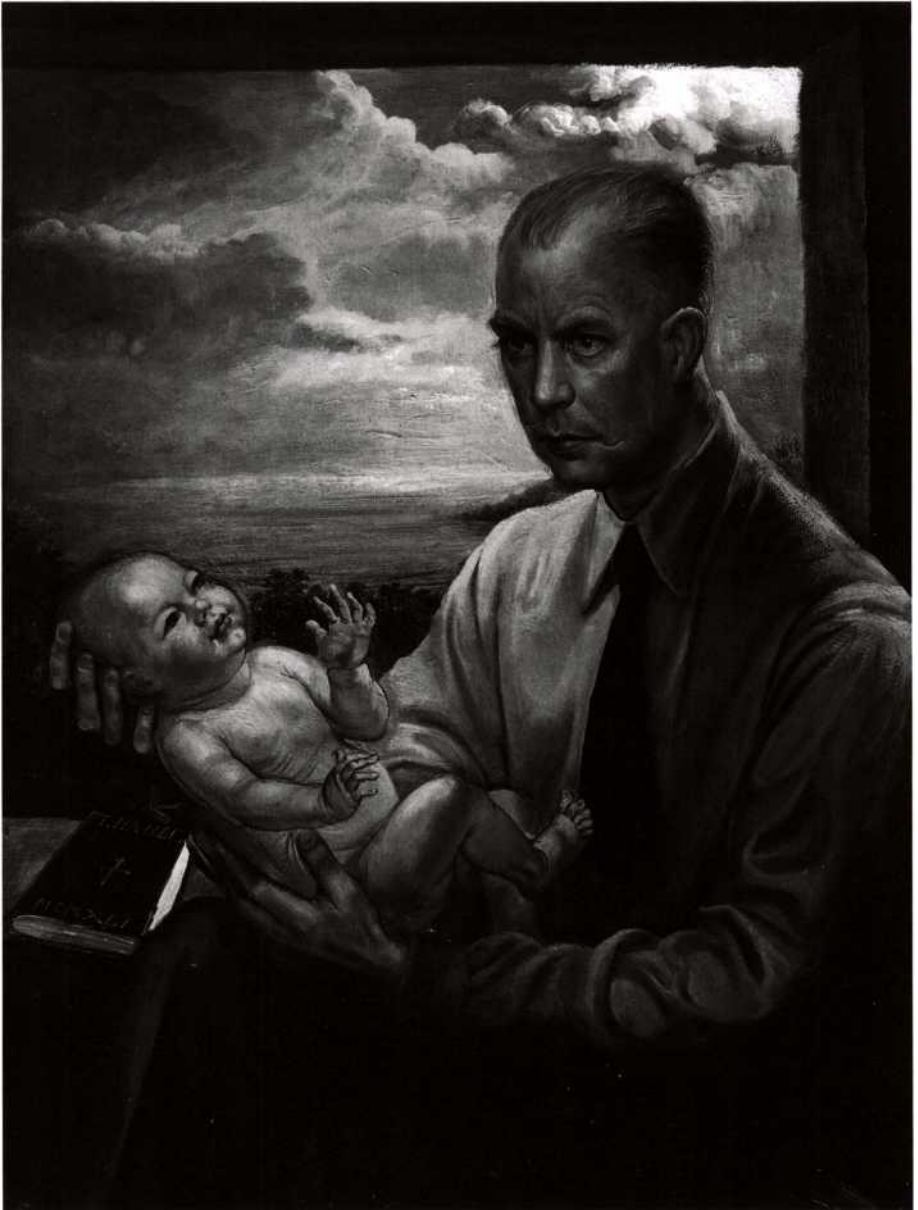
Die aktive Phase des «Kulturpsychologischen Verlags», in dem ausschliesslich Bahles eigene Schriften erschienen bzw. neu aufgelegt wurden, betrug rund zwei Jahrzehnte. Wie die Auflistung zeigt, überwiegen die Titel zu therapeutischen und lebenspraktischen Themen (Angstbewältigung, seelische Gesundheit, Depressionsbekämpfung sowie Menschenbehandlung oder Umgang mit dem Tod) die Darstellungen zum Komplex künstlerisch-musikalischen Schaffens. Trotz des Schwerpunkts des Programms auf lebenspraktischen Fragen blieb vielen dieser Schriften die erhoffte Resonanz versagt. Am Ende musste sich Bahle sogar zur kostenlosen Abgabe von Restauflagen an Institute, Kliniken und öffentliche Bibliotheken entschliessen. Der Wunsch und der Glaube an die Wirkung seiner Bücher hielten jedoch bis zum Schluss vor.

Unsere Lebensskizze wäre unvollständig, würde man Bahle und seine Familie nicht zur Künstlerlandschaft Höri in Beziehung setzen. Neben Anneliese und Curth Georg Becker, von denen bereits die Rede war, gab es Kontakte zu Siddi und Erich Heckel sowie zu Gertraud Herzger von Harlessem, die sich mit ihrem Mann 1946 in Hemmenhofen niedergelassen hatte. Zeitweise recht intensiv war die Freundschaft zur Familie Dix; sowohl Irmgard als auch Julius Bahle hat Otto Dix in eindrucksvollen grossformatigen Ölstudien verewigt. Beziehungen bestanden auch zu der Lyrikerin Mara Liesegang und der Schauspielerin Anne Andresen, deren Hemmenhofer Sommerhaus insbesondere in der Nazizeit zu einem kulturellen Refugium geworden war, in dem auch die Pianistin Maria Proelss und ihre Freundin Hanni Rocco verkehrten.³⁹ Beide entdeckten ihre bildnerische Begabung spät – Proelss unter Anleitung von Otto Dix, Rocco erst nach dem Tod ihrer Freundin.

39 Vgl. hierzu Andresen, Anne: Hanni und Bobi. In: Bott, Marie-Luise; Bauermeister, Volker; Bischoff, Helmut (Hg.): Hanni Rocco. Schaukästen und Bilder. Katalogbuch zur Gedenkausstellung Städtische Galerie Freiburg. Freiburg (Breisgau) 1992, S. 39-45



Otto Dix: Irmgard Bahle, 1940 (Privatbesitz, © VG Bild-Kunst 2018)



Otto Dix: Julius Bahle mit Tochter Juana, 1941 (Privatbesitz, © VG Bild-Kunst 2018)

Was Julius Bahle betraf, so erwies sich wohl keine Bekanntschaft dauerhafter als die zu Ernst Bacmeister, dessen 1913 uraufgeführter Tragödie «Andreas und die Königin» er eine eigene Darstellung widmete. Wie schon bei seinem musikalischen «Fernexperiment», wie auch bei der in der unmittelbaren Nachkriegszeit entstandenen Reihe «Schöpferische Lebensformen», in denen Bahle seine Inspirationsgesetze auf das Gebiet der Literatur übertrug und in seinen Schriften über Goethe, Grillparzer und Hebbel näher ausführte, spürte er nun im Falle Bacmeisters den lebensgeschichtlichen Voraussetzungen zur Entstehung jenes Dramas nach. Dazu bedurfte es eines Künstlers, «der sich über seinen Entwicklungsgang und seine Schaffensweise laufend Rechenschaft abgelegt hat» und der nun bereit war, sein «in Briefen und Tagebüchern vorgegebenes Material [...] unter meinen entwicklungs- und schaffenspsychologischen Fragestellungen geordnet darzubieten.»⁴⁰ Dazu bot ein Gedankenaustausch mit dem in Wangen lebenden Dichter Gelegenheit; er zog sich über 25 Jahre hin.

Mit Blick auf den ersten selbstverlegten Titel von 1963 bleibt nachzutragen, dass Bahle auch als Pionier der Sterbeforschung gelten kann. Wie seine musikalischen Forschungen beruht auch «Keine Angst vor dem Sterben» auf einem Initialerlebnis – dem Tod der Mutter im Jahr 1948. Diesmal gewann Bahle sein Material durch Befragungen katholischer Ordensschwester und anhand von Berichten über Nahtoderfahrungen. Er selbst starb am 3. September 1986 in den Armen seines Sohnes an Herzversagen in Hemmenhofen. Dort wurde er unter grosser Anteilnahme der Bevölkerung bestattet. Bahle war im Ort beliebt gewesen, zumal er viele Einheimische kostenlos behandelt hatte.

Bis zuletzt war es seine Sorge gewesen, dass sein Lebenswerk in Vergessenheit geraten könnte. Eine wissenschaftliche Sichtung und Würdigung seiner Arbeiten setzte erst lange nach seinem Tod ein. Verdienste um die Würdigung von Bahles Lebensleistung hat sich vor allem Professor Helmut E. Lück erworben, der anlässlich eines Symposiums zum 70. Todestag von Otto Selz 2013 in Mannheim postulierte: «Heute ist der Zeitpunkt gekommen, die Ideen und Befunde von Bahle erneut zu prüfen und zu bewerten.»⁴¹

Voraussetzung hierfür bietet der vom Psychologiegeschichtlichen Forschungsarchiv (PGFA) der FernUniversität Hagen übernommene Nachlass, und hier sowohl die musikpsychologischen Arbeiten Bahles wie auch seine Leistungen auf dem Gebiet der Psychotherapie. Diesem Aspekt seines Wirkens widmet sich die jüngst erschienene Studie «Schöpferische Psychosynthese und Logotherapie» von Hanspeter W. Dvorak, die Bahles Therapiemethode mit derjenigen Viktor Frankls kontrastiert.⁴²

40 Bahle, Julius, und Bacmeister, Ernst: Die Entstehung der Tragödie «Andreas und die Königin». Eine Gemeinschaftsarbeit. Gaienhofen o. J. [1976], S. 10

41 <https://reichert-verlag.de/media>, aufgerufen am 15.8.2018

42 Dvorak, a. a. 0.2018

Wehrmacht – Französische Besatzung – Studenten: Konstanzer Umbruchzeiten am Beispiel der Chérisy-Kaserne

Von Patrick Wiesenbacher, Konstanz

Die Chérisy-Kaserne: Militarisierung im Spiegel nationalsozialistischer Aufrüstung (1936-1945)

Mit der Einführung des Vierjahresplans im Jahr 1936 wollte Adolf Hitler unter den Gesichtspunkten der wirtschaftlichen Autarkie und militärischen Aufrüstung das Deutsche Reich auf einen kommenden Krieg vorbereiten. Auch in Konstanz waren die Auswirkungen spürbar. Bereits zwei Jahre zuvor wurde unter dem Leitspruch «zur ökonomischen Förderung und Wohle aller» am 1. August 1934 die selbstständige Gemeinde Wollmatingen mit ihrer Fläche von 1711 ha nach Konstanz (jetzt insgesamt 2994 ha) eingemeindet. Auf dem Gewann Elberfeld des alten Wollmatinger Ortsteils Fürstenberg sollte eine neue Kaserne entstehen.¹ Den Zuschlag für das neue Kasernenprojekt, das sich mit vier Millionen RM zu einem Grossprojekt entwickelte, bekam Konstanz, weil es sich verpflichtete, gemeindeeigene Motorboote, Schiffe und Fährschiffe für Übungen der Truppe zur Verfügung zu stellen. Gegen eine weitere Zusicherung, dass beim Bau Konstanzer Unternehmen bevorzugt werden sollten, überliess die Stadt dem Reich das Baugelände von 8 ha kostenlos und übernahm auch die Erschliessungskosten.²

Der NS-Oberbürgermeister Albert Herrmann betrachtete das Bauvorhaben als persönlichen Sieg und überbrachte in einem Brief an den Standortältesten seine Glückwünsche: «Ich möchte diesen Anlass nicht vorübergehen lassen, ohne die Verbundenheit zwischen der Verwaltung der Stadt und der Garnison der Stadt zu bekunden. Zu diesem Zweck würde ich gern für die Ausschmückung eines in Betracht kommenden Raumes in den neuen Gebäuden einen kleinen Beitrag leisten.»³ Bei der Schenkung handelte sich um mehrere

1 Meschenmoser, Rainer: So entstand Ergatshausen. Die städtebauliche Entwicklung des Konstanzer Quartiers und seiner näheren Umgebung. In: Delphin-Kreis (Hg.): DelphinBuch 1. Von Stadtteilen, Baulichkeiten und Originalen aus Konstanz und der Schweizer Nachbarschaft. Konstanz 1986, S. 91-120, hier S. 102-103

2 Burchardt, Lothar et al.: Konstanz im 20. Jahrhundert. Die Jahre 1914 bis 1945. Konstanz 1990, S. 296

3 Stadtarchiv Konstanz (StA KN), S II 3790

Wandbilder zur Dekoration der Kasernenräume. Als Motiv wählte Herrmann bewusst Szenen der «heroischen» Vergangenheit der deutschen Geschichte.

Einer modernen Betrachtung kann der beidseitig einvernehmlich geschlossene Vertrag vom 14. Oktober 1935 nicht standhalten. Konstanz verpflichtete sich zur unentgeltlichen Abgabe von 8 ha Land und musste für Leitungen von Gas, Wasser und Strom sorgen. Neue Zufahrten zur Kaserne mussten angelegt und gepflegt werden. Zudem wurde das Reich von sämtlichen Anliegerbeiträgen sowie künftigen Lasten befreit. Trotz der Zusicherung, Konstanzer Bauunternehmer zu bevorzugen, waren es hauptsächlich auswärtige Grossfirmen, die am Bau der Kaserne beteiligt waren.⁴ Konstanz hatte zu keiner Zeit vom Grossprojekt profitiert und musste sich dem Vertrag, der mehr von einem Diktat hatte, fügen. Oberbürgermeister Albert Herrmanns Versuche einer Sympathisierung und persönlicher Profilierung erscheinen in der Retrospektive als Farce.

Nach zähen Verhandlungen mit dem Generalkommando in Stuttgart wurde der Baubeginn auf den Februar 1936 festgelegt und sollte im April des folgenden Jahres zum Abschluss kommen. Das Tempo der im Vierjahresplan festgelegten Aufrüstung jedoch überforderte Konstanz, da sich mit dem gleichzeitigen Bau der Radolfzeller SS-Kaserne «Germania» der Arbeitermangel auf dem Bausektor zunehmend verschärfte. Das zuständige Arbeitsamt warb in seiner Not in ganz Baden um 1'300 Bauarbeiter, worunter sich mindestens 700 Fachleute befinden sollten.

Unter strengen Auflagen des Oberbaurats Frei vom Generalkommando V in Stuttgart durften zukünftige Arbeitskräfte nur über das Arbeitsamt Konstanz bezogen werden. Ausserdem galt unter Gefängnisandrohung striktes Einstellungsverbot für landwirtschaftliche Kräfte, und es durften Jugendliche unter 25 Jahren nur mit Genehmigung herangezogen werden. Ab dem 1. März 1936 bedurften alle Beschäftigten eines Arbeitsbuches und konnten bei Arbeitsverweigerung sofort mit einer Sperrfrist von zehn Wochen mit anschliessender ärztlicher Untersuchung bestraft werden. Das Arbeitsamt stand in der Pflicht, bei Mangel an Arbeitskräften sofort Mitteilung an das Generalkommando Stuttgart zu machen.⁵

Um die Arbeitsmoral und politische Gesinnung der Bauarbeiter überwachen zu können, wurden fünf Bauunternehmen verpflichtet, Gestapobeamte einzustellen. Natürlich waren diese Beamten keine Fachleute und arbeiteten merklich weniger, was dazu führte, dass ihre wahre Identität bekannt werden konnte. Ein Beamter, der sich als Maurer ausgab, zeigte sich als dermassen unfähig, da er trotz seiner kräftigen Statur nicht fähig war, angemessene Arbeit zu verrichten. Er flog auf und wurde nach Hause geschickt.

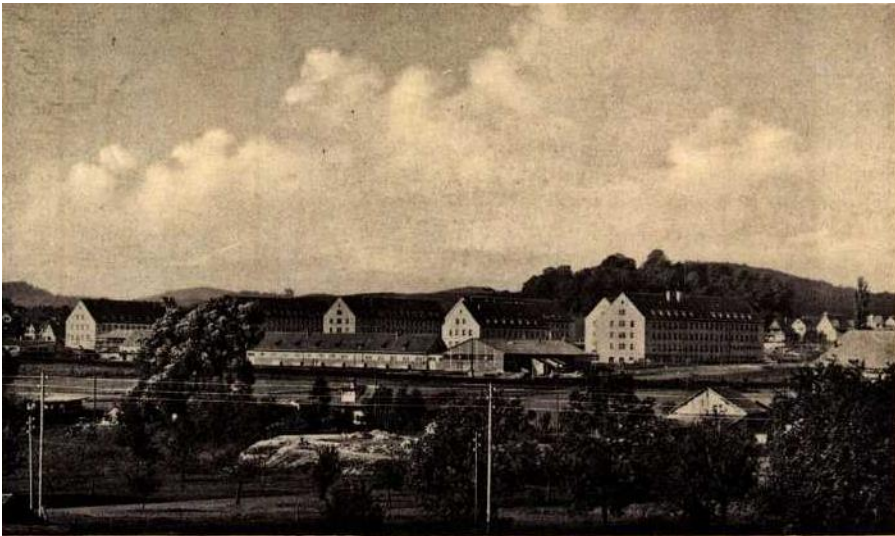
Doch gab es auch Unstimmigkeiten unter den Arbeitern. Eine Gruppe Mannheimer behauptete, dass ihnen 84 Pfg Stundenlohn versprochen wurde und stattdessen nur 63 Pfg ausgezahlt würde. Weil dies für Unruhe unter den Arbeitern sorgte, wurden sie entlassen. Weniger harmlos traf es eine Gruppe aus zwölf Arbeitern, die wegen Lohnunterschieden

4 Südkurier Nr. 214 vom 17.9.1981

5 StA KN, S II 9249



Bewachte Einfahrt zur Chérisy-Kaserne, Postkarte, 1937 (Stadtarchiv Konstanz)



Konstanz – Chérisy-Kasernen

Panorama-Ansicht der Chérisy-Kaserne, Postkarte, Datum unbekannt (Stadtarchiv Konstanz, Sammlung Meyer)

die Arbeit niederlegten und sich auf den Heimweg machten. Sie wurden von der Gestapo verhaftet und in ein Konzentrationslager geschickt.⁶ Um die strengen Auflagen und den zeitlichen Druck der Forderungen des Reiches zu erfüllen, wurde Tag und Nacht in drei Schichten gearbeitet.

Am Vormittag des 7. Januar 1937 war es soweit: Die neue Kaserne konnte feierlich von der stationierten Garnison des 3. Bataillons des Infanterie-Regiments 14 eingeweiht werden. Als zukünftiger Kasernenname wurde Chérisy gewählt. Dabei handelt es sich um ein kleines Dorf in der nordfranzösischen Region Centre-Val de Loire. Dort konnte das Konstanzer 6. Badische Infanterie-Regiment 114 im April 1917 einen Durchbruch der Engländer verhindern und den Frontabschnitt stabil halten.⁷

Während der Eröffnungsfeier waren der Landrat und NSDAP-Kreisleiter Engelhardt, Oberbürgermeister Herrmann und die Generäle Groeneveld und von Rotberg sowie viele Veteranen des 114er Regiments anwesend. Um 11 Uhr schritt Oberst Clössner die Linien ab und begrüßte die Gäste. General Groeneveld führte in seinem Begrüßungswort aus: «Diese neue Kaserne ist der südlichste wehrhafte Wall unseres Reiches. An dieser Stätte geht die Jugend unseres Volkes in eine körperliche und geistige Schule, die sich zum Segen unseres Volkes gestalten wird.»⁸

Oberbürgermeister Albert Herrmann schloss sich an und erinnerte an die «grossen» Leistungen der Konstanzer gegen die Schweden im 30-jährigen Krieg und gegen die Feinde im Ersten Weltkrieg. Die Rheintürme stünden als Symbol grossen Konstanzer Militäreigentes. Abschliessend wandte sich der Standortkommandant Oberstleutnant Pflugbeil an die Besucher und dankte seinen Vorrednern: «Die Chérisy-Kaserne wird für alle Zeiten an eine glanzvolle Waffentat des 6. Badischen Infanterieregiments erinnern, die jungen Soldaten werden sich bemühen, diesem grossen Vorbild nachzustreben.»⁹ Die Rede des Oberstleutnants wirkte schon damals nur allzu makaber, da ein Sieg in einer grossen Niederlage eines sinnlosen und verlorenen Krieges, aus dem viele Konstanzer nicht mehr zu ihren Familien heimkehrten, als Vorbild gelten sollte.

Ein besonderer Blickpunkt des Kasernenareals war der steinerne Soldat am einst streng bewachten Kaserneneingang, der bis in die heutige Zeit Anlass für Diskussionen bietet. Einsam steht der Soldat, vom Konstanzer Bildhauer Paul Diesch aus Muschelkalk gefertigt, in Mantel und Helm, eine Fahne umklammernd, auf deren Spitze ein Reichsadler mit Hakenkreuz zu sehen war, auf einer steinernen Stele in 10 m Höhe. Als Modell für den Soldaten stand der damals 23-jährige Tuttlinger Walter Huber. Er hatte sich einst freiwillig für den Wehrdienst gemeldet, um von einer verkürzten Dienstzeit zu profitieren. Die Machtergreifung der Nationalsozialisten machte ihm jedoch einen Strich durch die Rechnung, und

6 Deutschlandberichte der SoPaDe 1937, S. 332

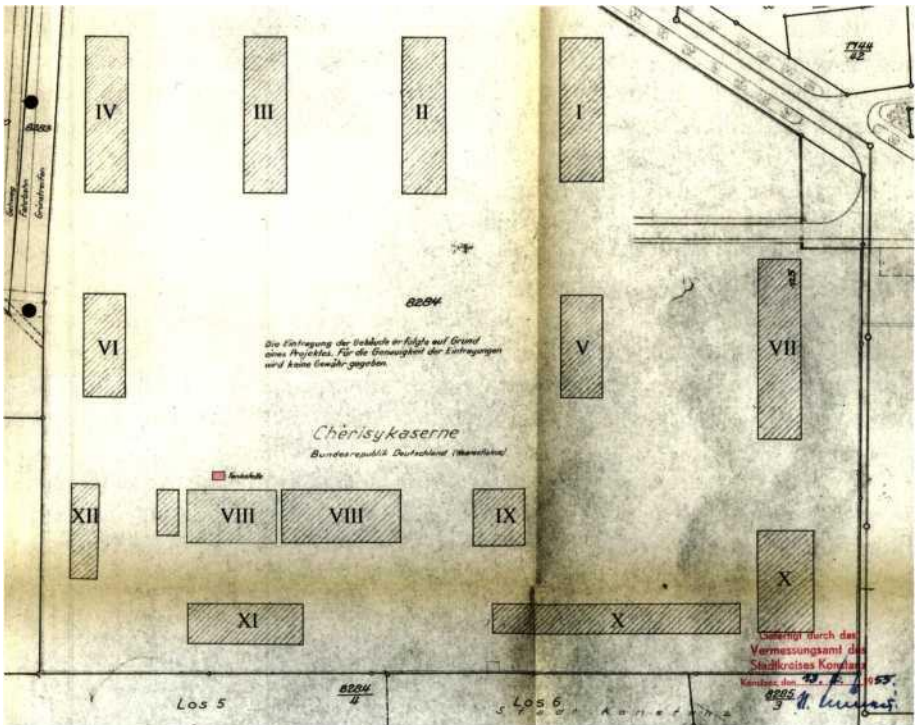
7 Burchardt, a. a. O. 1990, S. 297

8 Bodensee-Rundschau vom 8.1.1937

9 Ebenda



Eines der von Oberbürgermeister Albert Herrmann gestifteten Wandgemälde, 1937 (Stadtarchiv Konstanz)



Lageplan des Chérisy-Areals, 1955. (I) MG-Kompaniequartier; (II-IV) Schützen-Kompaniequartier; (V+VI) Wirtschaftsgebäude; (VII) Offiziers- und Stabshaus; (VIII) Exerzierhaus; (IX) Waffenmeisterei; (X) Reitstall; (XI) Fahrzeughalle; (XII) Krankenflügel (Stadtarchiv Konstanz)

er war gezwungen, sich weiter zu verpflichten. Mit einer Grösse von 1,82 m und blondem Haar wurde er zum Modellstehen abkommandiert.¹⁰

Zur Fertigstellung des Kunstwerks schrieb die «Konstanzer Zeitung» am 11. März 1938 in zeittypischem NS-Pathos: «Der Fahnenträger an der Chérisykaserne versinnbildlicht die zukunftsbedeutsamen Entscheidungen des Führers an den Märztagen 1936, in welchen Adolf Hitler die düsteren Wolken von Versailles mit dem blanken Schwert der Ehre durchstieß und damit seinem Volke und der Welt den Weg zur Freiheit und zum Frieden zeigte.»¹¹

Die Zukunft führte in die grösste Katastrophe der Menschheit. Walter Huber jedoch lernte in seiner Einsatzzeit alle Fronten kennen und überlebte den Krieg. Bezeichnenderweise heiratete er nach dem Krieg eine Pariserin, später war er in Tuttlingen Stadtrat der FDP und baute als Kaufmann einen VW-Grosshandel im westlichen Bodenseeraum auf.

Quartier Bonaparte: Die französische Zeit (1945-1977)

Am 24. und 25. April 1945 trafen sich im Restaurant Trompeterschlossle in der Nähe des Tägerwiler Zolls französische, deutsche und schweizerische Offiziere auf Schweizer Boden zu Geheimverhandlungen. Man einigte sich auf eine kampflose Übergabe der Stadt Konstanz, die zugleich zur offenen Stadt erklärt wurde. Mit der kampflosen Besetzung durch französische Truppen am 26. April begann die Nachkriegszeit für die Konstanzer Einwohner.¹² Panzer rollten durch die Strassen, Militärparaden demonstrierten die Stärke der Besatzer und die Trikolore zierte die offiziellen Gebäude der Stadt. Die «Délégation de district» übernahm die Verwaltung der Stadt.

Besonders die ersten Monate waren von Willkür, Requirierungen und Übergriffen durch französische Soldaten geprägt. Das Verhältnis zur Einwohnerschaft war denkbar schlecht. 8'000 Soldaten belegten 22% des Konstanzer Wohnraums.¹³ Im Juni 1945 erfolgte der Einzug der französischen Armee in die Chérisy-Kaserne, die in Quartier Bonaparte umbenannt wurde. In der Konstanzer Bevölkerung konnte sich die Namensänderung jedoch nie durchsetzen und Chérisy blieb weiterhin im Sprachgebrauch. Die Besatzungsmacht nahm dies den Deutschen nicht übel. Schliesslich waren es die Engländer, die 1917 bei ihrem Angriff gescheitert waren und nicht Franzosen.¹⁴

Innerhalb der französischen Garnison herrschte Strenge. Eine Annäherung an Deutsche war offiziell verboten. Die Soldaten bekamen wenig Ausgang und nur geringen Sold. Der Aufenthalt im Offizierscasino am Seerhein war ein beliebter Zeitvertreib nach Dienstschluss.

10 Südkurier vom 13.11.1991

11 Bodensee-Rundschau vom 11.3.1938

12 Frey, Daniela, und Hirt, Claus-Dieter: Französische Spuren in Konstanz. Ein Streifzug durch die Jahrhunderte. Konstanz 2011, S. 97

13 Ebenda, S. 99

14 Südkurier Nr. 161 vom 17.7.1982



Bewachte Einfahrt zum Quartier Bonaparte, Postkarte, 1963 (Stadtarchiv Konstanz, Sammlung Halves)

Als Beispiel, wie die französische Besatzungsregierung mit der Konstanzer Stadtverwaltung interagierte, zeigt eine Begebenheit aus dem Jahr 1950. Damals forderte am 16. Januar das Commissariat de Constance die Bereitstellung einer Pump-Tank-Station mit Mindestkapazität von 40'000 l für das 12. Artillerie Regiment, das im Quartier Bonaparte stationiert war.¹⁵ Die Station sollte bis zum 1. Februar in der Kaserne installiert werden, sonst drohte die Besatzungsverwaltung, eigenhändig zu handeln und Zwangsrequisierungen vorzunehmen.

Wie sehr die Stadt Konstanz unter Druck stand, zeigt ein Brief des Bürgermeisters an das zuständige Requisitions-Amt Konstanz: «Da mit Rücksicht auf die Tatsache, dass am 1. Februar Tankraum von ca. 40'000 Liter für die Artillerie schon disponibel sein soll, höchste Eile geboten ist, bittet das Commissariat darum, die Stadtverwaltung möge die fraglichen Treibstofffirmen umgehend zu einer Sitzung einladen, damit die endgültige Lösung beraten und sogleich festgelegt wird. Das Commissariat betonte, dass bei einer Nichtlösung eben von französischer Seite aus verfügt werden müsse.»¹⁶

Nur wenige Tankstellen verfügten über eine derartig grosse Kapazität und gleichzeitig war die Versorgung mit Treibstoff für die Bedürfnisse der Bevölkerung knapp. Vier Tank-

15 StA KN, S IIa 3568

16 Ebenda

stellen kamen für die Erfüllung der französischen Anfrage in Betracht: die Tankanlage Gradmann in der Schneckenburgstrasse, die Tankanlage Bernd Heiss am Döbeleplatz und die beiden Tankanlagen Stromeyer in der Schiller- und Weiherhofstrasse. Oberbürgermeister Franz Knapp lud die Betreiber zu einer Sitzung ein, um schnellstmöglich eine Lösung zu finden. Bernd Heiss drohte der Stadt mit einer Klage und forderte für einen möglichen Verdienstausfall eine monatliche Ratenzahlung von 2'500 DM. Auch der Tankstellenbesitzer Gradmann zeigte sich nicht kompromissbereit. Er verlangte, von einer Requirierung abzusehen, und drohte das Treffen scheitern zu lassen.

Letztendlich brachte Stromeyer die Rettung. Erbat die Stadt, bei Hermann Schläfferer, einer Spezialfirma für Tankanlagen in Freiburg im Breisgau, anzufragen und eine Tankstation zu bestellen. Nachdem ein Fristaufschub mit der französischen Verwaltung erreicht werden konnte, kaufte die Stadt Konstanz am 21. Februar 1950 für 3'382,40 DM eine neue Zapfanlage. Nach erfolgreicher Installation wurde die Anlage am 11. März dem französischen Artillerie Regiment 12 offiziell übergeben. Die Arbeiten übernahmen die Stadtwerke Konstanz. Zur Deckung der Anschaffungskosten von 5'000 DM wurde eine monatliche Miete von 150 DM ab dem 1. März 1950 vereinbart, die Zapfsäule blieb damit im Eigentum der Stadt.¹⁷ Somit konnte die städtische Verwaltung eine Zwangsrequirierung abwenden und Unmut in der Bevölkerung vorbeugen.

Die Episode war jedoch noch nicht vorbei. Nachdem im März 1954 bereits 6'400 DM Miete gezahlt wurden und die Anschaffungskosten der Tankstelle mehr als gedeckt waren, versuchte die Stadt Konstanz, die Miete weiterhin bei 150 DM aufrecht zu erhalten und von einer Aussetzung abzusehen. Der Stadtrechtsrat erhob Einspruch und es durften keine weiteren Mieteinnahmen aus der Tankstelle in der Chérisy-Kaserne bezogen werden. Am 31. Januar 1956 hob das Commissariat de Constance den Anspruch zur Beschlagnahme einer Tankstelle endgültig auf.¹⁸

Das Zusammenleben zwischen Konstanzer Bürgern und französischen Besatzern war von einigen skurrilen Momenten geprägt. So geriet ein junger Konstanzer nach durchzechter Nacht in eine Prügelei mit französischen Soldaten. Der örtlichen Polizeiwache gab er Folgendes zu Protokoll: «Am 30.9.1957 ging ich gegen 20.00 Uhr von zu Hause weg und machte einen Spaziergang durch die Stadt. Gegen 20.15 Uhr begab ich mich in die Bierstube ‚Bambi‘ in der Brückengasse. Dort trank ich 5 Glas Bier. Anschliessend ging ich in die «Konstanzer Weinstube», wo ich noch 4 Glas Bier trank. Gegen 0:30 Uhr verliess ich das Lokal und wollte mich nach Hause begeben, damit mich meine Mutter nicht heimgehen sehen sollte, machte ich einen Umweg und kam dabei an die Ecke ‚Inselgasse-Rheingasse‘, wo ich drei französische Soldaten auf mich zukommen sah. Ich rief diesen einige italienische Worte zu, deren Sinn mir nicht genau bekannt war. Daraufhin kam zuerst ein franz.

17 Südkurier Nr. 41 vom 6.4.1950

18 StA KN, S IIa 3568



Abzug des französischen 12. Artillerie Regiments aus der Chérisy-Kaserne in Anwesenheit von Oberbürgermeister Bruno Helmle, 1977 (Stadtarchiv Konstanz)

Soldat auf mich zu und schrie mich auf Französisch an, wobei er gleichzeitig auf mich einschlug. [-]»¹⁹

Im März 1950 warfen Unbekannte, als sie die Petershauser Strasse durchquerten, Steine auf die Ziegel des Quartier Driant (Klosterkaserne). Die französische Verwaltung witterte einen Anschlag auf die Besatzungsmacht und veranlasste Drohplakate aufzuhängen. Erst später stellte sich heraus, dass kleine Kinder beim Spielen die Dachziegel als Zielscheibe verwendeten.²⁰

Die Quellenlage über die Chérisy-Kaserne unter französischer Besatzung ist sehr spärlich. Nur wenige Akten aus dieser Zeit liegen heute im Konstanzer Stadtarchiv, da die Besatzungsmacht nicht der deutschen Verwaltung unterworfen war. Der Grossteil des Quellenbestandes befindet sich heute im Archiv des «Ministère des Affaires étrangères et européennes – Direction des Archives» in La Courneuve bei Paris.

Die Fürstenberg-Kaserne: Die evangelische Studentengemeinde e.V. (ESG) und die Zukunft des Chérisy-Areals (1978-1986)

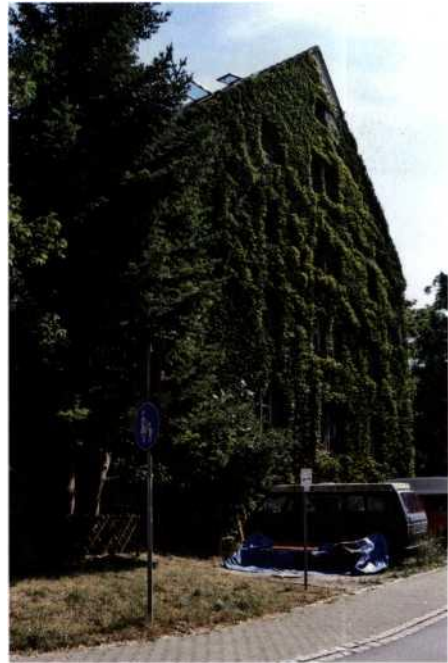
Mit dem Abzug der letzten französischen Truppen im Jahr 1977 stand die Stadt Konstanz vor neuen Herausforderungen. Die Chérisy-Kaserne befand sich offiziell unter der Verwal-

¹⁹ StA KN, S XI 4039

²⁰ Ebenda



Der Soldat am Kaserneneingang auf seinem hohen Sockel ist bis heute ein Streitobjekt – einige Bewohner des Chérisy-Areals fordern seine Zerstörung. (Foto: Franz Hofmann, Konstanz)



Mit Efeu begrünte Fassade, ein typisches Merkmal der heutigen Kasernengebäude (Foto: Franz Hofmann, Konstanz)

tung des Verteidigungsministeriums in Bonn. Die Bundeswehr beabsichtigte in den sieben Blöcken des Kasernenareals eine umfassende Sanierung. Ein 600 Mann starkes Sanitätszentrum sollte für 22 Millionen DM geschaffen werden. Auch die Stationierung von Kettenfahrzeugen war im Gespräch, scheiterte jedoch am Widerstand der Stadt. Der anvisierte Baubeginn im Jahr 1984 konnte nicht realisiert werden, da Zahlungsschwierigkeiten die Pläne der Bundeswehr verhinderten.

Es war eine weitere Namensänderung der Kaserne geplant:²¹ Fürstenberg-Kaserne sollte das Chérisy-Areal zukünftig heißen, doch konnte sich auch diese Bezeichnung im Volksmund nicht durchsetzen und die Bundeswehr sah sich zu einer Rückbenennung in Chérisy-Kaserne gezwungen. Der «Südkurier» bezog Stellung: «Wenn die Bundeswehr fragt, wo sich die Fürstenberg-Kaserne befindet, dann lautet die Antwort: Die haben wir hier nicht, da müssen Sie nach Donaueschingen.»²²

Nachdem das Projekt der Bundeswehr nicht realisierbar war, zeigte eine andere Gruppe Interesse an den leerstehenden und heruntergekommenen Kasernenbauten. Im Jahr 1979

²¹ StA KN, S IIa 1514

²² Südkurier Nr. 161 vom 17.7.1982



Ein Bioladen mit Café im Wohnblock I, beliebter Treffpunkt der Bewohner des Chérisy-Areals
(Foto: Franz Hofmann, Konstanz)

waren 4'912 Studenten an der Universität Konstanz eingeschrieben, 1981 waren es bereits 6'062. Die Stadt konnte den zuziehenden Studenten nicht genügend Wohnraum anbieten und es mussten neue Lösungen gefunden werden.²³ Der Mangel an Wohnraum einerseits und die nicht mehr genutzten Kasernen in Konstanz andererseits gaben der Evangelischen Studentengemeinde e.V. (ESG) die Möglichkeit zu handeln. In einem grossen Selbsthilfe-projekt konnte sie im November 1981 mit den Umbauarbeiten am ersten Wohnblock der Chérisy-Kaserne beginnen.

Das Bonner Verteidigungsministerium vermietete, bis 1992 befristet, stückweise das Areal, für das es zunächst keinen eigenen Gebrauch hatte, an zivile Einrichtungen. In den Kasernen fehlte es an allem. Es gab keine funktionierende Heizung, keine elektronischen Anlagen, undichte Türen und Fenster und nicht einmal eine funktionierende Kanalisation.²⁴ Dennoch gelang es nach viermonatigem Umbau, den ersten Block (Gebäude I) für 64 Bewohner bewohnbar zu machen. Je eine Hälfte der Stockwerke wurde zu einer WG organisiert. Die Miete betrug 120 DM.

Am 2. Juni 1982 folgte der Antrag auf die Schaffung von Wohnungen im zweiten Block (Gebäude II) für einkommensschwache Personen mit 72 Wohnplätzen und schliesslich auch

²³ Konstanzer Anzeiger vom 22.4.1982

²⁴ Südkurier Nr. 189 vom 19.8.1981

im dritten und vierten Wohnblock (Gebäude III+IV). Am 14. März 1984 gab das Amt für Wohnungswesen seine Zustimmung zum Ausbau der Dachgeschosse, um weitere 36 neue Wohnplätze zu schaffen. Bis in die 1990er Jahre wurden alle vier Hauptgebäude (Gebäude I-IV) renoviert und boten Platz für 330 Bewohner. Auch die Nebengebäude konnten erfolgreich vermietet werden. Ein eigenes Kino «Zebra», ein Kindergarten, der Kulturladen, Vereinsheime und Gewerbebetriebe rundeten das Bild des Chérisy-Areals ab.²⁵

Wie konnte diese Erfolgsgeschichte finanziell und baulich überhaupt bestehen? In einer ersten Kalkulation im Jahr 1979 musste das ESG noch vor den Zahlen kapitulieren: 1'200 DM pro m² Umbaukosten für 10'500 m² Nutzfläche ergaben über 12 Millionen DM Unkosten. So musste eine neue Lösung gefunden werden, um die Kosten so gering wie möglich zu halten und weiterhin einen Mietpreis bei fünf DM pro m² zu erreichen. 1985, nach Beendigung der Umbauarbeiten, vermeldete die Studentengemeinde, die Gebäude ohne Mehrkosten zu 4,10 DM pro m² saniert zu haben. Möglich wurde dies durch beispielloses Recycling. Alle am Ort vorhandenen Materialien wurden einer Umnutzung unterzogen. Abbruchmaterialien und Umbauten, die zu Abfall erklärt wurden, konnten zu neuer Wertigkeit aufgefrischt werden. Aus Glas- und Holzbruchstücken wurden neue Türen und Fenster gezimmert. Auch suchten die Studenten umliegende Handwerksbetriebe auf, um gebrauchte oder weggeworfene Gegenstände, wie Badewannen wieder nutzbar zu machen.²⁶

Über eine Million DM gab die Evangelische Studentengemeinde e.V. für ihre eigene Baufirma aus. Dabei beteiligte sich die Stadt mit knapp 700'000 DM Kreditbürgschaft und einem weiteren Zuschuss von 90'000 DM.²⁷ Alle Arbeiter der studentischen Baufirma bekamen den gleichen Lohn von 10,50 DM in der Stunde (Der Mindestlohn im Baugewerbe betrug damals 8,50 DM). In allen Bautrupps kamen Psychatriepatienten und Arbeitssuchende zum Einsatz. Feste Arbeitszeiten gab es keine, jeder half so viel mit, wie er wollte. Oberste Regel der Studentengemeinde lautete: Jeder kann mithelfen, alle erhalten den gleichen Lohn und niemand fliegt raus. Der ESG-Vorsitzende Dieter Bellmann kommentierte den Erfolg folgendermassen: «Dass ausgerechnet diese Menschen solch grundlegende Werte wie preisgünstigen Wohnraum produzieren, Werte, die bereitzustellen die Wirtschaft nicht mehr in der Lage ist, dass macht die eigentliche Bedeutung solcher Projekte als Selbstverteidigungsprojekte der Arbeitslosen aus.»²⁸

Die zukünftigen Mieter halfen nicht nur mit, sie verwalteten sich auch selbst. Im Alltag wurde die Instandhaltung und Pflege der Grünanlagen von acht Hausmeistern geregelt. Aus dieser Selbstverwaltung entwickelten sich auch Gemeinschaftsaktivitäten wie das bereits genannte Kino «Zebra» oder der Kulturladen.

25 StA KN, S IIa 1514

26 Tagesanzeiger-Magazin Zürich vom 7.12.1985

27 Südkurier Nr. 284 vom 10.12.1982

28 Tagesanzeiger-Magazin Zürich vom 7.12.1985



Der ehemalige Exerzierplatz, heute Seniorenresidenz und Sozialzentrum der AWO
(Foto: Franz Hofmann, Konstanz)



Altes trifft auf Neues, viele Bewohner fürchten um einen Verlust ihrer Wohnatmosphäre – rechts der ehemalige Offiziersbau der Kaserne, der heute die unterschiedlichsten kulturellen und gewerblichen Einrichtungen beherbergt, links das riesige moderne Studentenwohnheim eines privaten Investors.
(Foto: Franz Hofmann, Konstanz).



Ein weiteres modernes Studentenwohnheim eines privaten Investors (Foto: Franz Hofmann, Konstanz)

Das Verteidigungsministerium in Bonn machte es der Evangelischen Studentengemeinde e.V zur Auflage, den geschaffenen Wohnraum zu 90% an Studenten zu vermieten, damit bei einem potentiellen Auszug 1992 weniger bürokratische Hürden zu nehmen seien. Die Förderungsrichtlinien des Landes Baden-Württemberg standen dem entgegen und gaben vor, dass mindestens ein Drittel des Wohnraumes an Behinderte, kinderreiche Familien und alleinerziehende Mütter gehen soll.²⁹ Die Zehnjahresfrist der Bundeswehr hat das Objekt jeder «normalen» Verwertung entzogen und so ein Experimentierfeld in Gang gebracht, das in dieser Form einzigartig in Konstanz bleibt.

Ausblick und Fazit

In einem grossen Ideenwettbewerb der 1990er Jahre ging die Entwicklung des Chérisy-Areals weiter. 500 neue Wohnungen für Studenten und Geringverdiener sollten geschaffen werden unter Erhaltung von möglichst viel Grünfläche. Das südliche Gebiet galt lange Zeit als ungenutzt und wurde 1993 von der finanziell klammen Stadt Konstanz schrittweise an Investoren verkauft. Am 1. Dezember 1993 vollzog die Städtische Wohnungsbaugesellschaft mbH Konstanz (WOBAK) den ersten Spatenstich für den ersten grossen Wohnblock. Drei Jahre später folgte das Studierendenwerk «Seezeit» mit weiteren Wohnheimen für 220 Wohnungen. Auf dem Exerzierplatz liess die Arbeiterwohlfahrt (AWO) im Jahr 1997 eine betreute Seniorenanlage bauen. Auch der Spar- und Bauverein Konstanz (SBK) errichtete im Süden des Areals acht Häuser mit 64 Wohnungen.

Die Bebauung verdichtete sich, viele Grünflächen mussten weichen. 2015 wurde das bisher letzte Studentenwohnheim eines privaten Investors fertiggestellt. Die Bewohner der Chérisy fürchteten wegen der zunehmenden Bebauung um den Verlust ihrer besonderen Wohnatmosphäre und Lebensqualität, weshalb es mehrmals zu Protesten gegen die geplanten Baumassnahmen kam. Im November 1994 verübten Unbekannte in der Nacht einen Brandanschlag gegen einen Radbagger auf dem Gelände. Ein weiterer Bewohner übte unmittelbar Selbstjustiz am Konstanzer Bürgermeister Ralf-Joachim Fischer, indem er am helllichten Tage, mit einer Motorsäge bewaffnet, dessen Apfelbäume im Garten fällte.³⁰ Rache für die gefälltten Bäume des Chérisy-Areals!

Die Geschichte der Chérisy-Kaserne ist eine Geschichte der Umbrüche. Die Zeitspanne zwischen nationalsozialistischem Rüstungswahn und alternativen Studenten- und Wohngemeinschaften beträgt weniger als 50 Jahre. In dieser Zeit wechselten Nationalitäten und politische Gesinnungen der Bewohner von einem Extrem ins andere. Doch das Areal verlor weder seine Ursprünglichkeit noch seinen bis heute andauernden Charme.

²⁹ Ebenda

³⁰ Südkurier vom 8.11.1994

Vorträge und Miscellen

Die Wallfahrtskapelle und Verehrung der Vierzehn Nothelfer in Raithaslach-Schweingruben

Von Fredy Meyer, Stockach-Wahlwies

Biegt man am Vorderschweingrubenhof in die von alten Obstbäumen gesäumte Verbindungsstrasse nach Hecheln ein, so gelangt man zuerst zum Hinterschweingrubenhof und kurz darauf in einer Linkskurve rechter Hand zu der auf einer sanft ansteigenden Wiese stehenden Nothelferkapelle. Das heutige Kirchlein wurde im Jahre 1911 anstelle eines älteren Gebäudes im Stil der Neugotik erbaut. Es ist ein kleines, aber feines Kapellenheiligtum, das die Talaaue weithin überschaubar ist.

Der rechteckige Innenraum ist nur ca. 6 qm gross. Er wird von zwei Holzbänken flankiert und durch zwei kleine Spitzbogenfenster erhellt. Das Satteldach ist von Biberschwanzziegeln gedeckt. Wenn man das Heiligtum durch den spitzbogenförmigen Eingang betritt, fällt der Blick sofort auf das Gnadenbild, das auf der Stirnseite in einem schreinähnlichen Rahmen mit schräg vorspringendem Dach angebracht ist.

Als das baufällig gewordene Kirchlein vor einiger Zeit bei einem schweren Wolkenbruch in sich zusammenbrach, wurde es unter teilweiser Verwendung des alten Baumaterials und der weitgehend unbeschädigten Innenausstattung von Maurermeister Gebhard Jäger und vielen ehrenamtlichen Helfern in dessen Werkstatt in Raithaslach wieder aufgebaut und anschliessend als Rohbau mit einem Tieflader zu seinem ursprünglichen Standort transloziert. Grossen Anteil am Wiederaufbau hat die Familie Hönig in Mühligen, zu deren Hof die Nothelferkapelle gehört. Sie hat den Wiederaufbau des Kleinods als Initiator und Bauherr grosszügig unterstützt. Am Dreifaltigkeitssonntag, dem 12. Juni 2017, wurde die Kapelle im Rahmen eines von über 300 Wallfahrern besuchten Gottesdienstes bei strahlendem Sonnenschein vom Pfarrer der Seelsorgeeinheit Stockach, Michael Lienhard, feierlich geweiht.

Die Geschichte des unweit der alten Strasse zwischen Stockach und Tuttlingen gelegenen Weilers ist relativ gut dokumentiert. Er wird erstmals in einer Urkunde Papst Lucius III. (1181-1185) vom 4. März 1185 als Besitz des Klosters Salem erwähnt¹ und unterstand der Grangie Münchhof, die auch für die Höfe Hirschlanden, Homberg und Brieholz zu-

1 Vgl. Codex Diplomaticus Salemitanus. Urkundenbuch der Cistercienserabtei Salem, hg. v. Friedrich von Weech, Bd. I (1134-1266). Karlsruhe 1883, S.54, Nr.34: «Ex donatione Burchardj et uxoris eius et filiorum Suinisgroubi». Am 11.11.1294 wird der Besitz von Papst Cölestin III. (1191-1198) erneut bestätigt. Ebenda, S.82, Nr.54: «Item predium unum in Suingrouen».

ständig war.² In der frühen Neuzeit wurde der Besitz von der Obervogtei in Stockach und von 1785/87 bis zum Ende des Alten Reiches vom Obervogteiamt Münchhöf verwaltet.

Schon im späten Mittelalter dürfte der Weiler nicht nur aus einem grossen Hofgut, sondern durch Teilung aus mindestens zwei Höfen bestanden haben. 1504 ist nämlich von einem Hof namens Unterschweingruben und 1617 von Oberschweingruben die Rede, die mit den beiden heutigen Höfen «Vordere und Hintere Schweingruben» identisch sind. Der Hinterschweingrubenhof hatte 1737 eine Wirtschaftsfläche von rund 150 Jauchert (= 72,60 ha), die auf die drei Ösche Hicken Ösch, Weideösch und Grauwaldösch verteilt waren. Die unteren Schweingruben gehörten nicht Kloster Salem, sondern der Landgrafschaft Nellenburg und waren nicht nach Raithaslach, sondern nach Mühlingen eingepfarrt.

Das Ende des Alten Reiches bedeutete auch für das Leben auf den Schweingrubenhöfen eine wichtige Zäsur. Durch die Säkularisation von 1803/04 wurde die Reichsabtei Salem aufgehoben, der Klosterbesitz kam als Entschädigung für die linksrheinischen Gebietsverluste an die Prinzen Friedrich und Ludwig von Baden. Damit fand eine weit über 600-jährige Tradition ein jähes Ende. 1826 wurde die Standesherrschaft Münchhöf mit dem dazugehörigen Hinterschweingrubenhof von der Witwe des Markgrafen Friedrich von Baden (1756-1817) für 160'000 fl an ihren Schwager, Ludwig von Baden, als Privateigentum verkauft.³ Er vereinigte die Besitzungen mit dem Gräflich Langenstein'schen Stammgut, das er ebenfalls 1826 erworben hatte.

Neuer Besitzer von Hinterschweingruben war nun Grossherzog Ludwig von Baden. Er vererbte ihn 1830 seinem Sohn, Graf Ludwig von Langenstein, und von diesem wurde er, da er keinen männlichen Nachkommen hatte, 1872 an den Sohn seiner Schwester, Graf Wilhelm Douglas den Älteren, vererbt.⁴ 2007 trat nach 200 Jahren ein weiterer Besitzwechsel ein. In diesem Jahr verkaufte Axel Graf Douglas den Hinterschweingrubenhof an Christoph Hönig, der damit seinen bereits bestehenden Geflügelhof erweitern konnte. Seitdem ist die Kapelle im Besitz der Familie Hönig.

Über die Geschichte der zum Hofgut Hinterschweingruben gehörenden Kapelle und Wallfahrt haben wir leider nur wenige und dazu sehr spärliche Informationen. Nach dem ältesten Zeugnis, einem Situationsplan in einer Bauakte der Gräflich von Langenstein'-

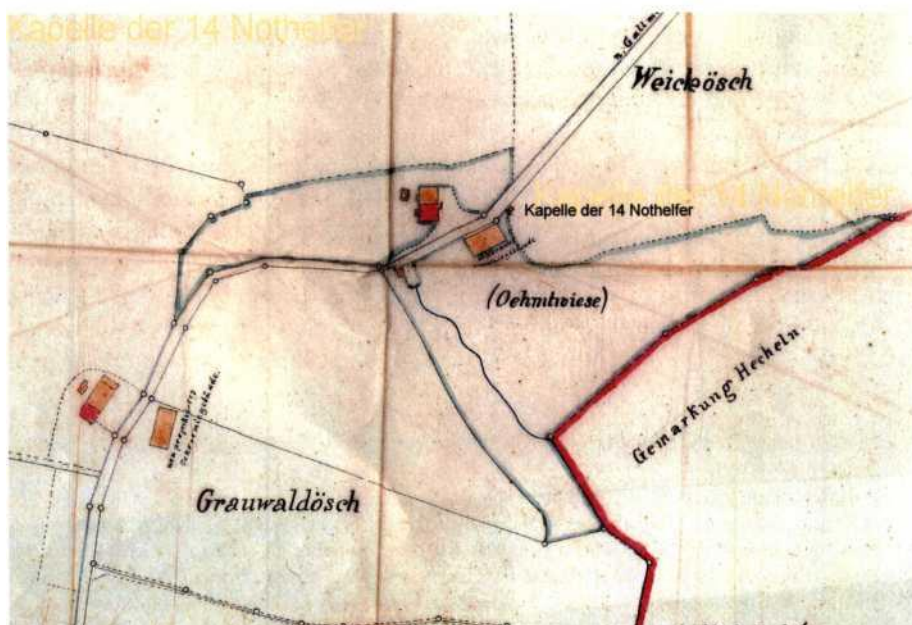
2 Zur Grangie Münchhöf und Geschichte des damit eng verbundenen Ortes Raithaslach siehe Kramer, Wolfgang: Von der ersten Urkunde und der alten Geschichte Raithaslachs. In: Raithaslach 1155-2005. Ein Streifzug durch die Geschichte. Hegau-Bibliothek Bd. 125. Stockach 2005, S.9-16

3 Vgl. Götz, Franz, und Beck, Alois: Schloss und Herrschaft Langenstein im Hegau. Hegau-Bibliothek Bd. 22. Singen (Hohentwiel) 1972, S. 264-266. Zur Ortsgeschichte von Schweingruben siehe auch den Überblick von Meinrad Schaab in: Der Landkreis Konstanz. Amtliche Kreisbeschreibung (KB KN), Bd. IV. Sigmaringen 1984. S.570

4 Ebenda



Weihe der Kapelle der Vierzehn Nothelfer in Schweingruben (Foto: Siegfried Kempter)



Situationsplan des Hofes Schweingruben von 1879 mit der Kapelle der Vierzehn Nothelfer (Gräflich Douglas'sches Archiv Langenstein, Foto: Verfasser)

schen Domänen-Administration von 1879,⁵ steht sie in unmittelbarer Nähe zu der in der Strassenkurve gelegenen Hofanlage, neben einem vor 1879 abgebrannten Ökonomiegebäude und den Hofgebäuden auf der anderen Strassenseite, die später abgebrochen wurden.

Die frühesten Nachrichten stammen entgegen allen Erwartungen und Nachforschungen in den Archiven nicht etwa aus dem Mittelalter oder der Barockzeit, sondern aus dem Anfang des 20. Jahrhunderts. Sie sind ab 1903 in den Bauakten der Pfarrei Raithaslach⁶ und des Gräflich Douglas'schen Archivs Langenstein überliefert, da die Kapelle wegen Baufällichkeit dringend renoviert werden musste.

Der Befund ist zunächst enttäuschend, da sich damit die Datierung der Entstehung des kleinen Gotteshauses und der Nothelferwallfahrt als äusserst schwierig erweist. In der Pfarrei Raithaslach, zu der Schweingruben gehört, war man zwar der Meinung, dass «die Kapelle schon seit Jahrhunderten das Ziel vieler katholischer Wallfahrer war».⁷ Ungeklärt ist damit aber, ob die Anfänge der Wallfahrt schon im Mittelalter, in der frühen Neuzeit oder noch später zu datieren sind.

Die Besitzverhältnisse, die Zugehörigkeit zum Hinteren Schweingrubenhof, berechtigen zu der Annahme, dass das kleine Gotteshaus ebenso wie die schon vor 1514 belegte St. Otmarkapelle auf dem Madachhof und die in einem Kalender der Pfarrei Raithaslach von ca. 1500 genannte Kapelle des hl. Nikolaus in Münchhöf als Ort der Andacht und des Gebets für die den Hof bewirtschaftenden Laienbrüder oder Lehenbauern noch im Mittelalter entstand. In die Zeit des ausgehenden Mittelalters verweist auch das Andachtsbild, das – wenn es für die Kapelle bestimmt war – wie durch ein Wunder die Stürme der Zeit, selbst den Dreissigjährigen Krieg und die schweren Kämpfe im Grauen Wald während der Schlacht bei Liptingen am 25. März 1799 fast unbeschadet Überstand.

In der heutigen Kapelle ist allerdings nur die Gipskopie aus der Kunstwerkstatt der Gebrüder Mezger in Überlingen zu sehen. Das Original befindet sich schon seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts in der Schlosskapelle zu Langenstein. Es handelt sich um ein 1530 vermutlich im Auftrag des Klosters Salem entstandenes spätgotisches Holzrelief mit der Darstellung der Krönung Mariens, das dem sogenannten Meister von Zell am Andelsbach zugeschrieben wird.⁸ Derselbe Künstler hat ganz in der Nähe, in Gallmannsweil, in der Pfarrkirche der hl. Barbara, noch drei weitere bedeutende Kunstwerke hinterlassen, nämlich eine sehr schöne Madonna mit dem Jesuskind im rechten Seitenaltar und die Skulptu-

5 Gräflich Douglas'sches Archiv Langenstein (GDAL), Nr. 2376: Bauarbeiten auf dem Hofgut Schweingruben (1855-1915)

6 Pfarrarchiv Raithaslach, Bauwesen. Kirchenbaulichkeit. Kapelle in Schweingruben

7 So Pfarrer Armbruster in einem Brief an die gräfliche Herrschaft in Langenstein vom 9.10.1908

8 Vgl. Ginter, Hermann: Die christliche Kunst der drei Bezirke Stockach, Messkirch und Pfullendorf. In: Busse, Hermann Eris: Badische Heimat. Zwischen Bodensee und Donau. Stockach-Messkirch-Pfullendorf. Freiburg (Breisgau) 1934, S. 110-154, hier S. 117-118; Beck, Alois: Künstler und Kunsthandwerkerin Langenstein und Orsingen. In: HEGAU 13,1962, S. 61-98, hier S. 86; Thöne, Friedrich: Vom Bodensee zum Rheinfl. Kunst- und Geschichtsstätten im Landkreis Konstanz und den Schweizer Kantonen Schaffhausen, Zürich, Thurgau. Sigmaringen 1976; S. 76; Götz/Beck, a. a. O. 1972, S. 294



Marienkrönung in Verbindung mit dem Motiv der Schutzmantelmadonna. Holzrelief vom Meister des Andelsbacher Altars (um 1530) aus der Kapelle der Vierzehn Nothelfer in Schweingruben, heute in der Kapelle von Schloss Langenstein (Foto: Franz Hofmann, Konstanz)

ren der hl. Antonius Eremita und Johannes Evangelist auf dem Hochaltar der dortigen Kirche.

Auf dem aus Lindenholz geschnitzten Bild aus der Nothelferkapelle thront die bereits gekrönte Gottesmutter majestätisch mit nach innen gerichtetem Blick und über der Brust gefalteten Händen zwischen Gottvater und Christus, die die rechte Hand zum Segengruss erheben, während sie mit der Linken die Weltkugel umfassen. Die Szene wird von einer Schar Engel und Heiligen flankiert. Unter dem reich gefalteten Saum des Marienmantels knien die Vertreter der geistlichen und weltlichen Stände: links ein Papst, Kardinal, Bischof und Mönch, rechts ein Kaiser, Fürst, Bürger und Bauer.⁹ Von den Heiligen sind nur Johannes der Täufer (Fellgewand, Kreuzstab und Taufschale), Petrus (Schlüssel), Barbara (Kelch), Odilia (Augen) und Maria Magdalena (Salbgefäß) zu identifizieren. Die Komposition der Schnitzarbeit stellt eine stilistische Verbindung der Marienkrönung mit dem Motiv der Schutzmantelmadonna dar.

Auch die allgemeine Kultentwicklung schliesst nicht von vornherein aus, dass sich in Schweingruben schon Ende des Mittelalters eine Nothelferkapelle befand. Nach der Erscheinung der Heiligen in der Vision eines Schäfers der oberfränkischen Zisterzienserabtei Langheim bei der heutigen Basilika Vierzehnheiligen 1445/45 breitete sich die Verehrung der Auxiliatoren in Windeseile im gesamten deutschen Sakralraum aus. Allein aus dem Gebiet des ehemaligen Bistums Konstanz sind vom 15. bis 20. Jahrhundert über 140 Kultstätten belegt. Die ersten, allerdings noch vereinzelt Kultzeugnisse aus dem Bodenseegebiet stammen aus Sigmaringen (1480), dem Kloster Weingarten (1487), Überlingen (um 1490), Langrickenbach, Kanton Thurgau (1520) und Konstanz (2. Hälfte 16. Jh.). Zahlreich dagegen sind sie schon zu dieser Zeit in der inneren Schweiz.

Das 18. Jahrhundert verzeichnet einen starken Aufschwung der Nothelferverehrung, der auch die Region am westlichen Bodensee, im Hegau und in der näheren Umgebung von Schweingruben, erfasst. Bei den Kulthinweisen handelt es sich um ein grosses Ölgemälde der Vierzehn Nothelfer aus dem Jahre 1721 in der Pfarrkirche St. Ulrich in Nenzingen, um die Halbfiguren der Frankenthaler Heiligen im Chorraum der Loretokapelle in Stockach (1725) und die Nothelfermedaillons am Sebastiansaltar der ehemaligen Stiftskirche der Augustinerchorherren St. Peter und Paul und Hippolyt in Öhningen (1750), ferner um die Figuren der Vierzehn Nothelfer in der Bauernkapelle des hl. Leonhard in Wahlwies und um die von Pilgern aus ganz Schwaben, den angrenzenden Ländern, besonders aber aus der Landgrafschaft Nellenburg besuchte Wallfahrtskirche Maria Hilf auf dem Welschenberg bei Mühlheim an der Donau. Diese wurde im Jahre 1661 ausser Maria und weiteren Heiligen auch den Vierzehn Nothelfern geweiht. Im Kontext dieser Kultentwicklung könnte die

9 Vgl. Otto, G.: Die Ulmer Plastik der Spätgotik. Reutlingen 1927, S.237, Abb. 241; Meisterwerke der Plastik aus Privatsammlungen im Bodenseegebiet, Katalog der Ausstellung in Bregenz-Künstlerhaus, Palais Thurn und Taxis vom 1.7.-30.9.1967, S. 91 und Abb. 36

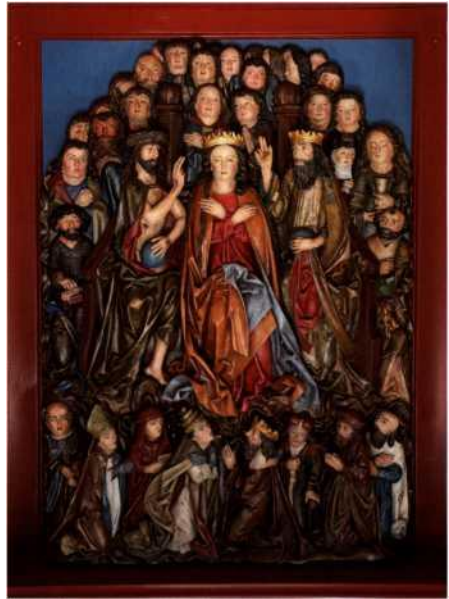
Wallfahrt zu den Vierzehn Nothelfern in Schweingruben auch in der Barockzeit entstanden sein.

Bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts schweigen die Quellen. Erst in einem Schreiben der Douglas'schen Verwaltung in Karlsruhe an das Pfarramt Raithaslach vom 20. August 1903 tritt sie ins Licht der Geschichte und wird die Kapelle wegen Baufälligkeit erstmals erwähnt. In dem sich bis 1911 hinziehenden Briefwechsel zwischen der Gräflichen Herrschaft und dem kath. Pfarramt Raithaslach stehen Fragen des Eigentumsrechts, der Baupflicht, der Renovationskosten und der «besseren Aufbewahrung» des Altarbildes im Mittelpunkt.

In einem Schreiben der gräflichen Verwaltung vom 21. Dezember 1906 an den Bauführer H. Martin heisst es dazu: «In der bezeichneten Kapelle soll sich ein geschnitztes Altarbild aus dem 15. bis 16. Jahrhundert befinden, darstellend die

Gottesmutter aller Stände. Das Dachwerk der Kapelle soll schadhaft sein. Sie werden hiermit beauftragt, gelegentlich der Vornahme der Baureparaturen auf Schweingruben auch über die nötige Herstellung der Kapelle einen Vorschlag aufzustellen und anher zu berichten, ob besagtes Bild von derart künstlerischem Werte ist, dass die Frage einer besseren Aufbewahrung zu erwägen wäre.»¹⁰

Die Überprüfung des Eigentumsrechts erbrachte, dass die Kapelle in kirchlicher Hinsicht der Pfarrei Raithaslach angehört, aber «unstreitbar» Eigentum der gräflichen Herrschaft in Langenstein ist.¹¹ Der am 9. Oktober 1908 vorgelegte Kostenvoranschlag belief sich auf 180 M.¹² Die Renovation der Kapelle wurde im Sommer 1909 durchgeführt und von der Bevölkerung mit grosser Sorge um den Verbleib des Altarbildes verfolgt, da das Gerücht kursierte, «dass das ehrwürdige Bild nicht mehr zurückkehren, sondern nur durch eine einfache Copie ersetzt werden solle».¹³



Heutiges Altarbild der Vierzehn Nothelfer, Kopie der Gebrüder Mezger/Überlingen von 1911 in der Nothelferkapelle von Schweingruben (Foto: Siegfried Kempfer)

10 GDAL, Langenstein, Hofgut Schweingruben. Bauwesen, 1906-1913

11 GDAL, Langenstein, Schweingruben. Bauwesen. Betr.: Bauliche Herstellungen auf dem Maiergut Schweingut, 1855-1915

12 Ebenda

13 Pfarrarchiv Raithaslach, Rubrik 9. Kirchenbaulichkeit. Bete c) Kapelle auf dem Hofgut Schweingruben, 1833-1911. Schreiben Pfarrer Wilhelm Armbrusters an die Gräfl. Herrschaft vom 23.11.1910

Aus diesem Grund hob Pfarrer Armbruster in seinem Schreiben vom 23. November 1909 an die gräfliche Herrschaft die grosse religiöse Bedeutung des Altarbildes und die lange, lebendige Tradition der Wallfahrt zu den Vierzehn Nothelfern in Schweingruben im Frömmigkeitsleben der Bevölkerung hervor: «Jene Kapelle war schon seit Jahrhunderten das Ziel vieler katholischer Wallfahrer besonders zur Sommerzeit. Das uralte Kunstbild wurde von den Gläubigen sub titul 14 Nothelfer hoch verehrt. Wie nun Euer Hochgeboren an der Wiederaufbauung dieser Kapelle viel gelegen war, um diese alte Volkstradition nicht zu zerstören, so sind wir auch überzeugt, dass ihre Sorge auch auf die Ausschmückung (Decoration) bedacht sein wird. Denn in diesem Zustand war es noch nicht gebrauchsfähig. Nicht weniger glauben wir, dass das alte Kunstbild, das so hochverehrt wurde, welches aber eine glorificatio Mariae bedeutet, durch die Güte Eurer Hochgeboren wieder an seinen Platz kommt in verschönerter Form, wofür wir Eurer Hoheit besonders zum Dank verpflichtet wären.»¹⁴

Das Original verblieb trotz dieser Eingabe auf Langenstein. Es befindet sich seitdem in der Schlosskapelle und wurde durch die oben genannte Gipskopie aus der Überlinger Werkstatt der Gebrüder Mezger ersetzt.

Am 16. Juli 1911 konnte die Benedizierung der Kapelle vollzogen werden, worüber Pfarrer Armbruster in der Pfarrchronik einen kleinen Bericht hinterlassen hat: «Am Freitag, dem 16. Juli, nachmittags, 3 Uhr, wurde auf den Schweingruben die neu erstellte Kapelle 14 Nothelfer von dem Ortspfarrer Armbruster unter Assistenz der Pfarrherrn von Liptingen, Gallmannsweil, Heudorf, Mahlspüren feierlich benediziert. Zuerst war Rosenkranz, dann Predigt über die vierfache Not der Versuchung, der Sünde, der Liebe und des Todes. Hierauf das Tedeum. 200 Pilger waren zugegen. Es war ein religiöses Volksfest im wahrsten Sinne des Wortes. Graf Douglas, der dazu den Rohbau erstellen liess, sandte ein Telegramm.»¹⁵

Nach der Weihe wird es wieder still um das kleine Heiligtum, obwohl man sich gut vorstellen kann, dass die Kapelle während des Ersten und Zweiten Weltkrieges Ziel vieler Wallfahrer war, die Marié und die Vierzehn Heiligen um Hilfe in grosser persönlicher Not, vor allem aber für ü^e im Felde stehenden Familienangehörigen angerufen haben. Aus den Unterlagen des Pfarrarchivs Raithaslach, vor allem aus den Verkündbüchern, aber auch aus den Akten der anderen Archive geht leider nicht hervor, ob die Pfarrgemeinde eine Prozession nach Schweingruben oder einen Wallfahrtsgottesdienst an der Kapelle abgehalten hat.

Erst 1951 wird in der Presse von einem Wallfahrtsgottesdienst in Schweingruben am Dreifaltigkeitstag berichtet. Er fand nachmittags um halb drei Uhr statt. Seitdem wird jedes Jahr das Fest der Hl. Dreifaltigkeit von der Pfarrgemeinde Raithaslach und nun auch von der Seelsorgeeinheit Stockach mit einem feierlichen Gottesdienst in der Nothelferkapelle begangen.

14 Ebenda

15 Pfarrarchiv Raithaslach

Carl Diez (1877-1969) zum 140. Geburtstag¹

Von Erwin Teufel, Spaichingen

Über Carl Diez zu sprechen, das ist ein reines Vergnügen, denn er war ein unkomplizierter Mensch und eine grosse Persönlichkeit. Ich habe ihn persönlich leider nie kennengelernt, dafür waren wir altersmässig zu weit auseinander.

Carl Diez gehört für mich zu den grossen Gestalten der Weimarer Republik. Wir ehren heute zu seinem 140. Geburtstag einen grossen Sohn unserer Heimat und unseres Landes. Es ehrt Ihren Bundestagsabgeordneten und unseren Bezirksvorsitzenden der CDU, Andreas Jung, dass er zum 140. Geburtstag zu dieser Gedenkstunde eingeladen hat.

Carl Diez wurde in der Bodenseegemeinde Öhningen als Sohn eines Schneidermeisters geboren und er ist unter einfachen Verhältnissen aufgewachsen. In Öhningen ging er in die damals siebenklassige Volksschule. Er hätte gerne studiert, aber die bescheidenen Einkommensverhältnisse seines Elternhauses reichten dafür nicht aus. Es gab damals auch noch keine technische Hochschule (Fachhochschule) in Konstanz und keine Universität Konstanz, an der er von zu Hause aus hätte studieren können.

So besuchte er, wie viele seiner Altersgenossen, die sogenannte Winterschule in Radolfzell. Sie war für Söhne in der Landwirtschaft eingerichtet, so dass sie acht bis neun Monate im Jahr in der elterlichen Landwirtschaft arbeiten konnten und in den Wintermonaten morgens und abends im Stall helfen und tagsüber die Winterschule beim Landwirtschaftsamt Radolfzell besuchen konnten.

Carl Diez wurde Landwirtschaftsmeister und war als Verwalter auf Hofgütern in Bayern, in Hessen-Nassau und in Württemberg tätig. Er heiratete 1902 in Radolfzell Stefanie Vogler. Ich verneige mich vor dieser Frau, denn sie hat ihm 12 Kinder geboren.

Einer der Söhne war Theopont Diez, der spätere langjährige Oberbürgermeister der Stadt Singen am Hohentwiel. Man beachte den Vornamen, den ihm die Eltern bei der Taufe gaben: Theopont. Er besteht aus dem griechischen Wort «theos», Gott, und dem lateinischen Wort «pons, pontis», die Brücke. Theopont: Die Brücke zu Gott. Der Name ist mir ein Leben lang im Gedächtnis geblieben, aber kein zweites Mal begnet.

¹ Leicht überarbeiteter Vortrag, gehalten von Ministerpräsident a.D. Erwin Teufel am 20. Juli 2017 in Radolfzell anlässlich des 140. Geburtstags von Carl Diez.

Theopont Diez habe ich mehrfach getroffen, als ich in jungen Jahren Bürgermeister der Stadt Spaichingen war. Auch im Arbeitskreis Kommunalpolitik der CDU-Landtagsfraktion zur Kreisreform 1971/72. Theopont Diez war Landtagsabgeordneter für den Hegau seit Gründung des Landes Baden-Württemberg 1952, zuerst in der verfassungsgebenden Landesversammlung und dann im ersten Landtag von Baden-Württemberg, dem er bis 1972 angehörte. 1972 schied er aus, im selben Jahr wurde ich erstmals in den Landtag gewählt.

Carl Diez übernahm bald nach der Heirat den selbstständigen Betrieb seines Schwiegervaters, eine Anlaufstelle des Transportgewerbes in Radolfzell. Wenig später hat ihn der Radolfzeller Münsterpfarrer Friedrich Werber für die Mitgliedschaft und Mitarbeit in der Zentrumsparlei gewonnen.

1912 wurde er bei der Reichstagswahl für den Wahlkreis Konstanz in den Deutschen Reichstag gewählt. Er holte das Mandat von den Nationalliberalen. Obwohl er Reichstagsabgeordneter war, nahm er ab 1914 am Ersten Weltkrieg teil. Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs war das Kaiserreich zu Ende. An diesem Ende gab es grosse revolutionäre Aufstände in Berlin und Widerstand in vielen Städten, aber der SPD-Reichstagsabgeordnete Philipp Scheidemann rief vom Fenster des Reichstags die Republik aus. Sie kam zustande und Carl Diez wurde Abgeordneter in der Deutschen Nationalversammlung von Weimar zur Erarbeitung einer demokratischen Verfassung. Das war eine grosse Auszeichnung für Carl Diez und eine grosse Aufgabe.

In den vielen Wahlen der Weimarer Republik ist Carl Diez einschliesslich der letzten einigermassen freien Wahl im März 1933 in seinem Wahlkreis Konstanz wiedergewählt worden. Seine grosse Stunde und zugleich eine der grössten Herausforderungen seines Lebens kam im März 1933 mit dem sogenannten Ermächtigungsgesetz, das die Nationalsozialisten im Reichstag zur Abstimmung brachten. Die Nationalsozialisten wurden 1933 zur stärksten Partei. Sie hatten aber im Reichstag keine absolute Mehrheit. Für das Ermächtigungsgesetz, das die nationalsozialistische Führung einbrachte, wurde das Zentrum dringend gebraucht, weil klar war, dass die Kommunisten und Sozialdemokraten gegen das Ermächtigungsgesetz stimmen.

In der Zentrumsparlei kam es zu einer grossen Auseinandersetzung. Der Fraktionsvorsitzende, Prälat Kaas, setzte eine Mehrheit durch und anschliessend einen Beschluss für einen Fraktionszwang zur Zustimmung der Minderheit. Für viele war dieser Fraktionszwang eine grosse Zumutung. Aber sie fügten sich ihm schliesslich und stimmten für das Ermächtigungsgesetz. Es gab einen einzigen Abgeordneten in der ganzen Zentrumsfraktion, der nicht zustimmte und der Abstimmung im Reichstag fernblieb. Dieser mutige Mann war Carl Diez. Er folgte seinem Gewissen. Wenig später wurde der Reichstag aufgelöst. Carl Diez war kein Abgeordneter mehr. Er wurde aus dem Zug heraus verhaftet und kam erstmals in das Gefängnis Radolfzell.

Geblichen ist eine Freundschaft mit dem Zentrumsabgeordneten im Reichstag Matthias Erzberger aus Buttenhausen bei Münsingen. Erzberger war auch eineinhalb Jahre Reichsfinanzminister und brachte die bis zum heutigen Tag einzige grundlegende Steuerreform in Deutschland zustande. Schon 1917 war Erzberger als Reichstagsabgeordneter der Initiator



Carl Diez 1897 als Gutsverwalter in Württemberg
(Foto: privat)



Carl Diez 1911 als Reichstagsabgeordneter
(Stadtarchiv Singen)



Carl Diez besucht 1967 seine ehem. Zelle im Gefängnis Radolfzell vor dessen Abriss (Stadtarchiv Radolfzell)

einer Friedensresolution zur Beendigung des Ersten Weltkriegs im Reichstag gewesen. Damit hatte er sich Todfeinde geschaffen.

Im August 1921 verbrachte Matthias Erzberger einige Tage Erholungsurlaub in Bad Griesbach im Schwarzwald. Dort besuchte ihn sein Freund Carl Diez. Beide wanderten ein Stück Richtung Kniebis. Dort wurden sie von zwei jungen Männern überholt. Diese begegneten ihnen ein zweites Mal. Einer von ihnen erschoss am 26. August 1921 Matthias Erzberger.

Weil Carl Diez mit einem Schirm auf den zweiten Mann einschlug, wurde auch auf ihn geschossen. Ein Schuss zertrümmerte seinen linken Arm und ein zweiter blieb in der linken Lunge stecken, bis er am nächsten Tag im Krankenhaus operativ entfernt wurde. Carl Diez überlebte nach längerem Krankenhausaufenthalt das Attentat. Er überlebte auch das «Dritte Reich». Noch zweimal war er im Gefängnis.

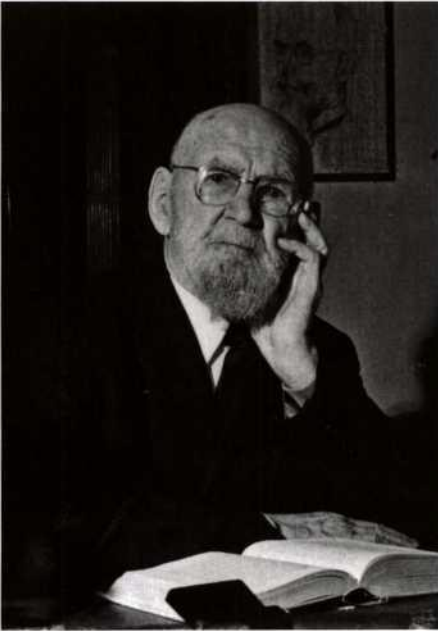
Carl Diez war ein mutiger Mann. Während des Zweiten Weltkriegs stand er im Kontakt zur Widerstandsgruppe um den Leipziger Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler. Wie gefährlich das war, erfuhren der ehemalige Staatspräsident von Württemberg Eugen Bolz und der aus dem Oberland stammende Karlsruher Rechtsanwalt Reinhold Frank. Die Telefonnummer von Bolz stand in einem Büchlein von Goerdeler. Das führte zu seiner Verhaftung und späteren Ermordung.

1943 besuchte Carl Diez die Sitzung einer Widerstandsgruppe in Stuttgart. Die Gestapo überwachte ihn und entzog ihm alle Ämter. Vom 28. Juni bis 19. Juli 1944 war er mit seiner Tochter Jolanda im Gefängnis in Konstanz, angeblich wegen des Abhörens ausländischer Sender. Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 wurde Carl Diez erneut verhaftet. Er sollte in das berüchtigte Konzentrationslager Dachau kommen. Nur der schwer verwundete Sohn Theopont Diez konnte dies noch verhindern.

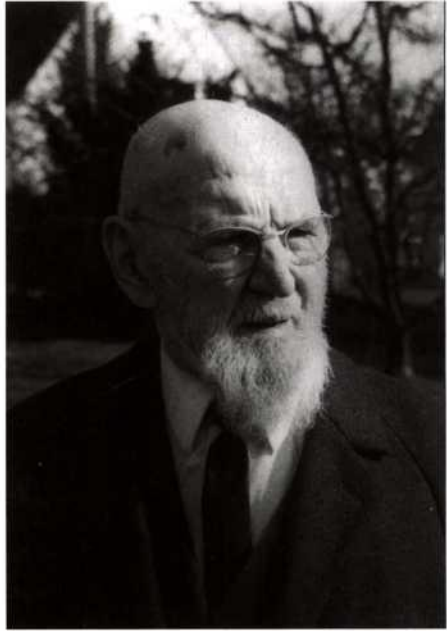
Carl Diez hat ein Leben lang viele ehrenamtliche Aufgaben übernommen. Er war vor der Zeit des Nationalsozialismus im Verwaltungsrat des Badischen Genossenschaftsverbandes und des Badischen Bauernverbandes. Er war Vorsitzender des Obstbauverbandes Bodensee-Hegau-Oberschwaben. Er ist Mitbegründer des Milchwerks Radolfzell. Er war Präsident des Verbandes des Deutschen Transportgewerbes.

Im Deutschen Reichstag hat er sich im Rahmen des Branntwein-Monopols auch für die Erhaltung der Brennrechte für Kleinbrenner eingesetzt. Carl Diez war Präsident des Katholischen Männerwerks Baden. In alle diese Funktionen wurde er gewählt und berufen. Er nahm sie ehrenamtlich wahr neben den Pflichten für seine Familie und seinen Beruf und neben der Betreuung des Wahlkreises Konstanz und neben der Tätigkeit als Mitglied des Reichstags in Berlin. Alle politischen und berufspolitischen Tätigkeiten endeten mit dem Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft 1933.

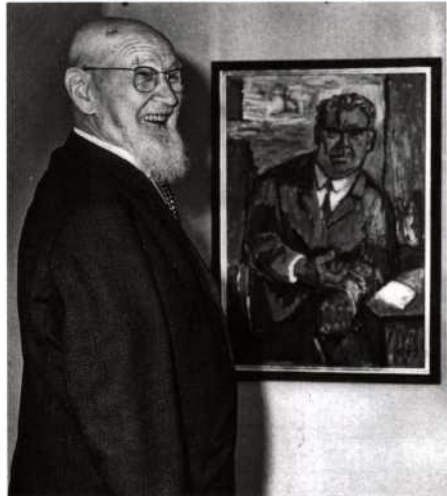
Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs übernahm Carl Diez in der schwierigen Zeit der französischen Besatzung von Südbaden erneut Verantwortung. Anfang 1946 wurde er in den Gemeinderat von Radolfzell gewählt. Im März 1946 war er im Freiburger Kaufhaus Mitbegründer der Badisch-Christlich-Sozialen Volkspartei, die später in CDU umgetauft wurde. Er wurde im ersten Kabinett des Staatspräsidenten Leo Wohleb 1946 in der franzö-



Carl Diez in den 1960er Jahren (Stadtarchiv Singen)



Carl Diez mit seinem Sohn Theopont, stehend Kreisarchivar Dr. Franz Götz (Stadtarchiv Singen)



Carl Diez vor einem von Otto Dix 1963 gemalten Portrait seines Sohnes Theopont, Oberbürgermeister von Singen (Stadtarchiv Singen)

sischen Besatzungszeit mit dem Titel Ministerialdirektor Badischer Landwirtschafts- und Ernährungsminister. Es war die schwierigste und undankbarste Aufgabe.

Nach wenigen Monaten Amtszeit widersetzte er sich einer von der Besatzungsmacht angeordneten zu hohen Abgabepflicht der Bauern für ihre landwirtschaftlichen Produkte. Er trat 1947 aus Protest zurück. Die französische Besatzungsmacht war über ihn so verärgert, dass sie ihm alle weiteren Ämter in der französischen Besatzungszone verboten hat.

Das gab Carl Diez die Möglichkeit, sich wiederum ehrenamtlich in den Berufsverbänden zu engagieren. Er war nach dem Krieg Mitbegründer und Mitherausgeber des «Südkurier» in Konstanz. Im neu gegründeten Badischen Bauernverband, im Bereich der landwirtschaftlichen Genossenschaften, im Bereich des genossenschaftlichen Bankensystems, in vielen Verbänden seiner Heimat am Bodensee, im Hegau und in Oberschwaben – wo er war, wurden ihm Führungsaufgaben anvertraut, wo er war, hat er Verantwortung übernommen.

Wie schon in der Weimarer Republik hat er sich in der Nachkriegszeit im Land Baden (gleich Südbaden) für die Bildung eines Südweststaates eingesetzt. In dieser Frage war er völlig anderer Meinung als der damalige Staatspräsident Leo Wohleb und die Mehrheit in Südbaden.

Die junge Bundesrepublik Deutschland verlieh ihm das Grosse Bundesverdienstkreuz. Die grösste Ehre aber war für ihn die Ehrenbürgerwürde seiner Heimatgemeinde Öhningen.

Carl Diez war eine herausragende Persönlichkeit. Er liebte seine Heimat. Er schöpfte Kraft aus seinem christlichen Glauben. Er war ein gläubiger Mensch, ein Mann, der betete und der eine persönliche Gottesbeziehung hatte. Er war trotz seiner vielen öffentlichen Aufgaben ein guter Ehemann und Familienvater.

Mit der Ablehnung von Hitlers Ermächtigungsgesetz hat sich Carl Diez ein Denkmal gesetzt. An der Seite von Matthias Erzberger wäre er 1921 fast zum Märtyrer geworden. Gottes Segen hat ihn uns erhalten und ihn zum Vorbild des Wiederaufbaus in der Nachkriegszeit gemacht. Er ging voran und riss andere mit sich.

Der Hegau-Preis 2018 für Manfred Sailer¹

Von Wolfgang Kramer, Engen

Ja, es ist höchste Zeit, dass Manfred Sailer für sein Engagement um die Kunst im Hegau gewürdigt wird. Darauf habe ich lange gewartet. Nein, es ist klar, er bekommt den Hegau-Preis nicht für seine unbestritten grossen Verdienste als ehemaliger Bürgermeister von Engen, als der erfolgreiche und einfallsreiche Sanierer seiner Stadt und der Finanzen seiner Stadt. Doch kann man sich den Hegau ohne das trefflich sanierte Engen – ein Vorzeigeprojekt der baden-württembergischen Denkmalpflege – überhaupt noch vorstellen? Ist Engen nicht der strahlende Türöffner in den Hegau geworden? Manfred Sailer hat das Fundament gegründet und die Latte für alle Dorf- und Stadtsanierungen sehr hochgelegt. Keiner seiner Bürgermeisterkollegen will es zugeben, doch an Engen muss er sich im Hegau orientieren.

Manfred Sailer hätte sich, wie viele seiner Bürgermeisterkollegen nach einigen Amtsperioden als Stadtoberhaupt, guten Gewissens über das Geschaffene zurückziehen und im wohlverdienten Ruhestand die hohe Pension verzehren können – mit Reisen, mit Angeln, mit dem Sammeln von Kunst und allen möglichen Absonderlichkeiten, die in seinem Haus lagern, und mit Spazierenfahren in Oldtimern. Doch er ist einen anderen Weg gegangen. Er hat weitergemacht, hat sich eingebracht auf einem ganz speziellen Feld, das ihm seine lieb gewonnenen Bürgermeisterkollegen gerne überlassen haben: der Kunst.

Mit Kunst hatte er natürlich schon in Engen zu tun, das ist dort für jedermann sichtbar. Dort gibt es einen Skulpturenpfad und moderne Brunnen, die das schöne Städtchen schmücken und einen gewollten, gut überlegten Kontrast zu der anheimelnden Atmosphäre Engens mit seinen ach so gemütlichen Ecken und schnuckligen Winkeln bilden. Doch er hat mehr getan, als Kunst anerkannter Künstler aufzustellen. Denn er hat auch dafür gesorgt, dass sein Engen mit der Stubengesellschaft einen lebendigen und tatkräftigen Kunstverein und ein Kunstmuseum erhalten hat, dessen qualitätsvolle Ausstellungen zeitweise bundesweite Aufmerksamkeit erregen. Doch, wie gesagt, wegen seiner Bürgermeistertätigkeit bekommt er den Hegau-Preis nicht. Manfred Sailer bekommt den Hegau-Preis für sein ehrenamtliches Engagement für die Kunst im Hegau.

Am Anfang dieser neuen nachbürgermeisterlichen Lebensphase als Kunstmanager stand das grosse Kunstprojekt der Landesgartenschau 2000 in Singen: «Hier. Da und Dort».

1 Laudatio anlässlich der Verleihung des Hegau-Preises der Gemeinde Steisslingen an Manfred Sailer am 11. Oktober 2018 im Herrentorkel in Steisslingen

Es ist sein Projekt. Er hat als Bevollmächtigter der «Gartenschau Gesellschaft» für das Rechnungswesen und für das Kunstprojekt die Kontakte zu Personen geknüpft wie Jean-Christophe Ammann, die wiederum international renommierte Künstler dazu bewegen konnten, in der süddeutschen Provinz an einer Gartenschau mitzumachen. Landesgartenschau, das war bis zur Singener Ausgabe ein Synonym für akkurat gezogene, präzise beharkte und bunt bepflanzte Blumenbeete, für bodenständigen Frohsinn im Festzelt und symphonisch sich versuchender Blasmusik. Gewiss, das gab es auch in Singen, doch daneben die zeitgenössische Kunst. Die wurde jedoch nicht zwischen Blumenrabatten und Obstbaumreihen platziert, sondern im Stadtbild von Singen, und nicht für ein halbes Jahr, sondern dauerhaft. Das ist das Besondere, das Neue, das zu Manfred Sailer passt: Neue Wege beschreiten und dabei auch gerne etwas provozieren.

Manfred Sailer hat das Geld für das Kunstprojekt besorgt. Selbst die Gärtner konnte er davon überzeugen, dem Kunstprojekt im Aufsichtsrat zuzustimmen. So reiste er, der Geldbeschaffer, zur berühmten-berühmten Witwe von Willy Brandt, Brigitte Seebacher-Brandt, die bei der Deutschen Bank in Frankfurt das Geld für die Kunst verwaltete, und eiste bei ihr eine sechsstellige Summe für die Kunst der Singener Landesgartenschau los. Das Bemerkenswerte an dieser Sache war, dass Manfred Sailer die bundesweit berühmte Frau gar nicht erkannte und nicht wusste, mit wem er es zu tun hatte.

Unser Kunstmanager Manfred Sailer ist auch ein Manager des Geldes. Bei der Landesgartenschau in Singen schaffte er es, dass die Gartenschau unterm Hohentwiel im Gegensatz zu den Gartenschauen anderswo ohne Defizit abschliessen konnte. Das Kunstprojekt der Landesgartenschau hat die Industrie-, Arbeiter- und Kunststadt Singen geprägt und aufgewertet – bis heute: am Rathaus, bei der Feuerwehr, auf dem Maggi-Turm, in der Freiheitsstrasse, in der Südstadt. An zwei Dutzend Standorten stehen Kunstwerke von hoher bis höchster Qualität – welche baden-württembergische Mittelstadt hat solche Werke aufzuweisen!

Mit diesem Kunstprojekt hat Manfred Sailer seinen Ruf als Fachmann für moderne Kunst begründet. Dabei ist er Autodidakt und kein studierter Kunsthistoriker, er ist Bürgermeister gewesen und ist es im Kern auch immer geblieben. Er besitzt eine gewisse Bodenhaftung, die ein guter Bürgermeister trotz aller Pläne und Visionen haben muss. Damit meine ich einen Realitätssinn, der Kunst und deren dauerhafte Positionierung in der Gesellschaft erst möglich macht. Kunst hat für Manfred Sailer einen öffentlichen Auftrag. Sie ist nicht schmückendes Beiwerk, um eine Stadt aufzuhübschen. Kunst soll anregen, zum Nachdenken über Zeit und Raum animieren. Deshalb hat er sich vor allem nicht für die Kunst eingesetzt, die in privaten Sammlungen oder luxuriösen Eigenheimen dahinvegetiert, sondern für die Kunst im öffentlichen Raum, auf Strassen und Plätzen, in Museen und Galerien. Für ihn ist der öffentliche Raum vornehmlich ein Kunstraum.

Manfred Sailer ist ein Freund der Kunst und der Künstler/innen, aber er ist auch einer, der immer Wege weiss, die begangen werden können und müssen, um Kunst zu begründen und besser zu gründen. Deshalb sitzt er in einigen bedeutenden Gremien der Kunst, die die



Der Preisträger Manfred Sailer bei seiner Rede anlässlich der Verleihung des Hegau-Preises der Gemeinde Steisslingen am 11. Oktober 2018
(Foto: Franz Hofmann, Konstanz)



Der Laudator Wolfgang Kramer zeigt das legendäre «Täschchen», mit dem Manfred Sailer in Stuttgart um die nötigen finanziellen Mittel zur Sanierung der Engener Altstadt ersuchte. (Foto: Franz Hofmann, Konstanz)

Kunstlandschaft am Bodensee aufzuweisen hat. Von Anfang an, seit 2003 ist er Vorsitzender des Kuratoriums der Kunststiftung Landkreis Konstanz, seit vielen Jahren ebenso Vorsitzender des Stiftungsrats der Südwestdeutschen Kunststiftung und damit des hochgelobten und vielbesuchten MAC in Singen. Er ist Vorsitzender des Bodensee Kulturraum e.V., der versucht, die reichhaltigen Kunstlandschaften rund um den Bodensee über die Grenzen hinweg zu vernetzen.

Die «Bodensee Kunstwege» sind das grosse Projekt des Vereins, dem Manfred Sailer vorsteht. Über ein halbes Dutzend Landkreise hinweg hat dieser Verein es geschafft – dank seines rührigen Kurators Gunar Seitz – die Kunst im öffentlichen Raum mit modernen Instrumenten zu vernetzen und sie so mehr in das Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken. Nur mit Manfred Sailers überaus findigen Art, Geld aufzutreiben, konnte das grossartige Projekt «Bodensee Kunstwege» angelegt und kann es immer weiter ausgebaut werden.

All diese hochlöblichen Institutionen – hinzu kommen u.a. noch die Akademie Berlinen und die Rotary Clubs –, bei denen Manfred Sailer ganz vorne steht und Verantwortung übernimmt, können ihre wichtigen Projekte nur durchführen, weil Manfred Sailer ihnen hilft, an das Geld zu kommen, weil er weiss, wie man private, halböffentliche und öffentliche Personen und Institutionen überzeugen kann, dass sie bei einem solchen Projekt mitmachen müssen. Er ist ein Meister des Geldbeschaffens. Im Hegau und weit darüber hinaus geht die Fama, dass er das Geld für die Sanierung seines heruntergekommenen Städtchens Engen vor allem dadurch bekommen haben soll, indem er sich als bemitleidenswerten Bür-

germeister eines armen Städtchens darstellte: Im schlichten schwarzen Anzug mit einem gotterbärmlich abgeschabten Aktentäschchen unterm Arm soll er das Mitleid der Ministerialen in Stuttgart erregt haben. Die hätten dann – so einem armen Mann muss geholfen werden – Mildtätigkeit walten und Geld nach Engen fließen lassen.

Ich konnte vierzig Jahre lang die kommunalpolitische Szene beobachten und kenne die vielen Geschichten der Bürgermeister und Landräte, die sie über ihr Tun erzählen – da ist oftmals viel Ausschmückung und wenig Wahrheitsgehalt. Was ist wahr an dieser Sailer-Geschichte mit dem Täschchen? Ich kann Ihnen versichern, diese Geschichte ist wahr und sogar noch wahrer, als ich dachte. Denn das abgetragene, mitleiderregende Täschchen gibt es wirklich. Das Bemerkenswerte ist: Es gehörte dem Engener Bürgermeister gar nicht, er hatte es für diesen Zweck eigens ausgeliehen.

Manfred Sailer steht mittlerweile in der zweiten Hälfte seines achten Lebensjahrzehnts. Man sieht es ihm nicht an. Er ist vielbeschäftigt, in vielen Funktionen und er füllt diese mit der ganzen Potenz seiner Persönlichkeit, seines Wissens und seiner Fähigkeiten aus. Ich hatte das Vergnügen, seine Vorgehensweise beim Verhandeln in den letzten anderthalb Jahrzehnten mit Genuss zu beobachten. Wie macht er das? Er steht ruhig da, betrachtet die Szene und hört genau zu, wenn andere sich ereifern und ihr Pulver verschiessen. Erlahmt das Ringen der Anderen um Argumente und um eine Entscheidung, dann packt er seine Chance am Schopfe und zieht wohlvorbereitet und geschickt einen Vorschlag – aus welchem Täschchen auch immer – hervor, den er den mittlerweile ermatteten Diskutanten unterbreitet. Seine Taktik ist wohlüberlegt, selten impulsiv, meist überzeugend, häufig mit einem Schuss Visionärem.

Woher hat Manfred Sailer diese Taktik? Woher dieses geschickte Vorgehen in Verhandlungen? Woher die Fähigkeit zur genauen Einschätzung seines Gegenübers? Manfred Sailer ist als Kind einer kleinen Minderheit in einer gänzlich anders gearteten Mehrheitsgesellschaft aufgewachsen. Der Vater war Lokomotivführer in Tübingen, und als unerlaubter Beifahrer auf dem Tender der Lokomotive hat der kleine Manfred die Welt erkundet – durchs Neckartal nach Reutlingen, durchs Ammertal nach Herrenberg. In Tübingen gibt es mehr Lokomotivführer als Katholiken. Landrat Hämmerle sagte einmal, die Sailers seien die einzigen Katholiken in Tübingen gewesen. In Tübingen ist die Kaderschmiede der evangelischen Pfarrer in Württemberg, die das Land prägten und immer noch prägen. Ein zielbewusstes, selbstbewusstes Vorgehen, weil sie meinen, von jemandem Höheren berufen zu sein, zeichnet die Württemberger aus und macht sie für uns Badener sooo sympathisch!

Wer sich als Mitglied einer solch kleinen Minderheit der Katholiken unter der Mehrheit der Evangelischen württembergischer Prägung behaupten muss, der kann in jeder Verhandlung seine Ziele erreichen. Diese frühkindlichen Erfahrungen haben, wie jeden, Manfred Sailer geprägt und in ihm sein einmaliges Verhandlungsgeschick wachsen lassen. Er kann sein Gegenüber einschätzen. Er kann diesem Gegenüber vermitteln, dass die Förderung eines Kunstprojekts, die Finanzierung des Ankaufs eines Bildes oder welches Sponsoring

auch immer, dem Gegenüber genauso viel bringen wird wie Manfred Sailer und der Institution, die er vertritt. Wer ihn bei diesen Gesprächen erlebt, dieses geschmeidige Eingehen auf den Verhandlungspartner, diese zu Herzen gehende Darstellung der eigenen bescheidenen Position (siehe das Täschchen), dieses konsequente Herausarbeiten einer Win-Win-Situation für beide Seiten, der muss vor diesem einmaligen Verhandler den Hut ziehen.

Solche Männer und Frauen brauchen das Land und der Hegau ganz besonders. Leute, die sich aus kühler Überlegung heraus begeistern können, die sich einsetzen, Verantwortung übernehmen wollen und sich durchsetzen können für diese Kulturlandschaft Hegau. Das MAC, die Südwestdeutsche Kunststiftung, die Kunststiftung Landkreis Konstanz, der Verein Bodensee Kulturraum und seit dem Frühjahr auch der Hegau-Geschichtsverein – alles Institutionen, die im und für den Hegau wirken, alle sind froh, dass bei ihnen eine Persönlichkeit an massgeblicher Stelle dabei ist, die so tatkräftig, ideenreich und durchsetzungsfähig für diese Kulturlandschaft agiert.

Manfred Sailer ist begeisterungsfähig und auch lernfähig. Seine Frau Ingrid ist ihm eine konstruktiv-kritische Begleiterin und Unterstützerin. Er, der grosse Überzeuger, lässt sich überzeugen, wenn er eine Sache gut findet, und kann, obwohl er mal allmächtiger Bürgermeister gewesen war, noch dazulernen. So sieht er auch die Bedrohungen für diese Kulturlandschaft Hegau, die leichtfertig immer mehr zugebaut wird und ihren Charakter und ihre Schönheit zu verlieren droht. Diese Landschaft braucht dringend solche Männer und Frauen wie Manfred Sailer – heute mehr denn je. Deshalb hat er den Hegau-Preis der Gemeinde Steisslingen hoch verdient.

Es war höchste Zeit, dass sein ehrenamtliches Engagement für die Kunst und die Kultur im Hegau damit öffentlich und offiziell anerkannt und gewürdigt wird.

Buchbesprechungen

Overlack, Anne: «Ich will als ein ganzer Mann und wahrhaft Deutscher zurückkehren, mit reinem Gewissen.» Die Kriegstagebücher des Nathan Wolf aus den Jahren 1914 bis 1917. Bankholzen 2014, 117 Seiten. Hegau-Bibliothek Band 162 «Glaubensgenossen! In schicksalsernster Stunde ruft das Vaterland seine Söhne unter die Fahnen. Dass jeder deutsche Jude zu den Opfern an Gut und Blut bereit ist, ist selbstverständlich. Wir rufen Euch auf, über das Mass der Pflicht hinaus Eure Kräfte dem Vaterlande zu widmen», lautete der Ausruf des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens am 1. August 1914.¹ Mit der Reichsgründung 1870/71 und dem Eintreten der neuen Reichsverfassung waren Juden zu gleichgestellten deutschen Bürgern geworden. Sie haben Werte, politische Orientierungen und Bildungsideale übernommen und wurden zu einem Teil des Bürgertums. Mit dem Ausbruch des Grossen Krieges versuchten sie, durch ihre Teilnahme einen Weg in die Gesellschaft zu finden, sich als deutsche Bürger zu beweisen, letztendlich «Deutsch» zu werden, aber das Judentum nicht aufzugeben. Über 100'000 Juden dienten in der deutschen Armee, mehr als 10'000 waren Freiwillige.²

Das Tagebuch des jüdischen Arztes Nathan Wolf ist exemplarisch für den Wunsch der deutschen Juden nach der vollständigen Gleichstellung mit anderen Gruppen im deutschen Bürgertum. Nathan Wolf wurde im Jahr 1882 in Wangen auf der Höri geboren. Er machte 1902 sein Abitur und studierte Medizin an der Universität München. Nach seinem erfolgreichen Abschluss 1909 war er in verschiedenen bayrischen Kliniken als Arzt tätig. Mit Ausbruch des Krieges wurde er als stellvertretender Chefarzt des Garnisons-Lazarett Müllheim-Baden an die Westfront versetzt. Als Erster seiner Heimatregion wurde ihm das Eiserne Kreuz zweiter Klasse verliehen. Vor Verdun erhielt er die höchste badische Auszeichnung, das Ritterkreuz mit Schwertern und einem Handschreiben des Grossherzogs von Baden. Nathan Wolf erlebte das Kriegsgeschehen aus nächster Nähe. Bis zum Kriegsende kämpfte er an vorderster Front. Er gehörte zu den Mitbegründern des Hegau-Geschichtsvereins und starb im Jahr 1970.

Nathan Wolf schrieb Tagebuch über seine Erlebnisse während des Krieges. In drei Bänden beschrieb er akribisch und als leidenschaftlicher Patriot das Erlebte im Weltkrieg. Der erste Band behandelt den Zeitraum vom Mobilmachungstag des 2. August 1914 bis zum 30. Dezember 1915. Der zweite Band ging in den 30er Jahren verloren. Im dritten Band schildert Nathan Wolf die Geschehnisse des 2. März 1917 bis zum 26. September 1917.

Anne Overlack hat sich an die Herausgabe und Kommentierung der überlieferten Tagebücher gemacht. Dabei gibt sie der Leserschaft zunächst eine kurze Einführung über die Person Nathan Wolf und die Entstehungsgeschichte von dessen Tagebüchern. Diese moderne Publikation ist dabei nicht als vollständige chronologisch aufgebaute Quellenausgabe zu verstehen, sondern gliedert sich in aus-

1 <http://sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/cm/periodical/titleinfo/3229156> (aufgerufen am 01.06.2018).

2 Jacob Rosenthal: Die Ehre des jüdischen Soldaten. Die Juden zähltung im Ersten Weltkrieg und ihre Folgen. Frankfurt (Main) 2007, S. 97-98

gesuchte thematische Schwerpunkte. Darunter befinden sich Kapitel wie zum Beispiel «Als Arzt im Krieg», «Schlachtbeschreibung vom 19.8.1914», «Erhalt des Eisernen Kreuzes», «Die jüdische Identität» oder «Frauen im Kriegstagebuch». Den einzelnen Kapiteln geht ein knapper Einführungstext zum Oberthema voran, dem mit Datum versehene ausgewählte Passagen aus dem Tagebuch folgen. Fotos und Fussnoten tragen zur Veranschaulichung bei.

Die bewusste selektive Auswahl der Passagen aus dem Tagebuch kann nur kurze Momente aus den Erfahrungen des Arztes schildern und kein vollständiges Bild von den Kriegserlebnissen des Nathan Wolf geben. Dadurch wird eine logische Rückverfolgung seiner Handlungen und Denkweisen der Leserschaft erschwert. Trotz einiger Wünsche, die man an die Bearbeiterin hätte, ist dies ein wichtiges und wertvolles Buch zur Geschichte der Juden im Hegau und am Bodensee im 20. Jahrhundert und es sollte gerade im Jahr der hundertsten Wiederkehr des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs eine breite Leserschaft in unserer Region finden. Das gut gestaltete Buch wird zudem aufgewertet, wenn nicht gedelt durch ein Vorwort der bekannten Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann, die durch ihre Arbeiten zur Erinnerungskultur sehr bekannt geworden ist.

Patrick Wiesenbacher

*Bihrer, Andreas; Fouquet, Gerhard: **Bischofsstadt ohne Bischof? Präsenz, Interaktion und Hoforganisation in bischöflichen Städten des Mittelalters (1300-1600).***

Verlag Thorbecke, Ostfildern 2017, 395 Seiten

Der Sammelband ging aus einer Tagung mit gleichnamigem Titel hervor, die vom 17.-19. September 2015 an der Universität Kiel stattfand. Organisiert wurde sie von der Abteilung Mittelalterliche Geschichte und Historische Hilfswissenschaften am Historischen Seminar der Universität. Ziel von Tagung und Sammelband war die Untersuchung der Position von Bischöfen in ihren Kathedralstädten im Spätmittelalter und zu Beginn der Frühen Neuzeit.

In einer ausführlichen Einleitung erläutert Andreas Bihrer aktuelle Forschungsperspektiven. Lange war es allgemeiner Konsens in der Forschung, dass alle Bischöfe im Laufe des Mittelalters aus ihren Kathedralstädten verdrängt wurden und sich die Städte von ihnen unabhängig machten. Es ist das Ziel fünf neuer Forschungsfelder, diese veraltete These neu aufzurollen und kritisch zu hinterfragen. Dazu zählen neue Fallstudien zu Bischofsstädten, bei denen in früherer Zeit häufig nur südliche Städte des Reiches untersucht wurden. Auch sollen Anregungen aus Forschungsarbeiten zur Frühen Neuzeit helfen, das Spektrum der Bischofssitze zu erweitern. Neuere Arbeiten zur symbolischen Kommunikation zeigten auf, dass Bischöfe nach ihrem Auszug immer noch durch ihren geistlichen und weniger politischen Einfluss Präsenz in der Stadt zeigen konnten. In der Hof- und Residenzforschung wird unter den Begriffen der Koexistenz und Integration das Verhältnis zwischen Bischofsresidenz und Bürgerschaft untersucht. Im letzten Forschungsfeld steht die neuere Kulturgeschichte im Vordergrund. Mehrfachverbindungen städtischer Führungsgruppen, Hofparteien und Bischöfe stadtbürgerlicher Herkunft bilden die Schwerpunkte.

Das erste Kapitel trägt den Oberbegriff «Präsenz». Dabei geht es um die Frage nach der medialen Dimension der Kommunikation zwischen Bischof und Bürgergemeinde um Vorrecht und Vorrang in der Stadt. Im ersten Aufsatz behandelt Gerrit J. Schenk die Spielräume der Macht. Anhand zweier Fallbeispiele – der Prozession des Bischofs von Strassburg 1523 und der fehlgeschlagenen Huldigung König Maximilians I. in Worms 1494 – kommt er zu dem Schluss, dass Bischöfe nicht dauerhaft und körperlich, aber durch Personengruppen, Bauwerke und Performanzen im öffentlichen Raum präsent liebten und dies für sich nutzen konnten. Im zweiten Beitrag widmet sich Gerald Schwedler der aku-

stischen Raummarkierung. Er untersucht die Bedeutung der Rathausglocke in den spätmittelalterlichen Auseinandersetzungen zwischen Bürgerschaft und Bischof am Beispiel Passau und kommt zu dem Schluss, dass die Bedeutung und der Einsatz der Glocke zunehmend auf weltliche Dinge gewichtet waren. Wie zum Beispiel auf die Einberufung des Rates oder den Ruf zu den Waffen. Die Glocke wurde in Passau durch Nutzung des Rates zu einem Symbol der Unabhängigkeit gegenüber dem Bischof.

Oliver Plessow konzentriert sich auf die Bistumsgeschichtsschreibung und den Bezug zur Stadt. Er stellt dabei die regionale und lokalfokussierte Historiographie an den Kathedralorten im Norden des Reiches in den Mittelpunkt. Eine Trennung zwischen Stadt und Bistum ist in den Quellen nicht nachweisbar. Bischöfe wurden aus der Geschichtsschreibung nicht verdrängt, da ihr Amt als zeitgliederndes Element verwendet wurde. Im letzten Beitrag des ersten Kapitels untersucht Martina Stercken die Vergegenwärtigung von Präsenz. In der Darstellung des St. Galler Fürstabs Ulrich Rösch und dessen Residenzen in Verdians Grösserer Chronik der Äbte (verfasst 1529-31) wird die Stadt St. Gallen als selbstbewusste Gegnerin einer Negativedarstellung des Fürstabs gegenübergestellt. Das meinungsbildende Geschichtswerk muss im Spiegel der jungen Reformation auf die negative jüngere Vergangenheit verstanden werden.

Das zweite Kapitel befasst sich mit dem Oberbegriff «Interaktion». Es fokussiert die Handlungsfelder und Beziehungsgeflechte in der Stadt. Sven Rabeier analysiert in seinem Beitrag die Interaktionen zwischen König, Bischof und Kathedralstadt um 1300. Am Beispiel dreier feierlicher Herrschaftsakte in Worms und Speyer wies er nach, dass trotz Zurückhaltung der Bischöfe deren Präsenz durch religiöse und kulturelle Einflussnahme nicht zu leugnen sei. Im zweiten Aufsatz widmen sich Christina Lutter und Elisabeth Gruber den Beziehungen zwischen österreichischen Herzögen und ihren Bischöfen. Es gab ein enges Beziehungsgeflecht zwischen weltlicher und geistlicher Instanz durch die besondere Lage der bischöflichen Güter im Herzogtum und durch den Bau von Prestigebauten der weltlichen Landesherren.

Anja Vosshill untersucht die Verlegung der bischöflichen Residenz ausserhalb der Stadt Lübeck. Aufgrund der bürgerlichen Herkunft der Lübecker Bischöfe gab es dennoch kaum eine Distanz zwischen Stadt und Bischof. Im vierten Beitrag nimmt Michel Pauly die Spitalverwaltung in den Blick. In den Städten Strassburg, Mainz, Marseille, Speyer und Metz kam es zu einer Verdrängung des Bischofs aus der Verwaltung der Armenfürsorge. Pauly macht dies insbesondere an wirtschaftlichen Gründen fest. Im letzten Aufsatz des zweiten Kapitels untersucht Sabine Reichert die Verbindung des Osnabrücker Ratsherrn Ertwin Ertmann zum Bischof und dessen Verwaltung. Sie stellt fest, dass die Verbindung der gemeinsamen Interessensfelder zu einer engen Interaktion führte.

Das letzte Kapitel trägt den Namen «Hoforganisation». Es legt den Fokus auf die Kompetenzen, Rollen und Interessen der bischöflichen Amtsträger, wobei besonders auf rechts-, sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Zugänge zurückgegriffen wird. Im ersten Beitrag untersucht Christian Hesse am Beispiel der Stadt Basel im 15. Jahrhundert die Integration von reichsstädtischen Eliten in die landesherrliche Verwaltung. Ein gegenteiliger Effekt tritt in der Hochstiftsverwaltung auf. Dort halten sich die bürgerlichen Eliten auf Distanz. Thomas Wetzstein fokussiert sich auf die städtische Autonomie und die bischöfliche Jurisdiktion. Er betrachtet die empirische Untersuchbarkeit der Jurisdiktion am Beispiel von Konstanz und Eichstätt und kommt zu dem Ergebnis, dass eine empirische Analyse wegen grosser Überlieferungslücken nicht möglich sei. Im letzten Aufsatz des Sammelbandes macht es sich Gerhard Fouquet zur Aufgabe, die wirtschaftliche Perspektive der bischöflichen Herrschaft in den Vordergrund zu stellen. Der Speyrer Bischof Matthias Ramung versuchte, durch Beziehungen zur Stadt die Schuldenlast seines Bistums zu verringern, indem er sich bei Reformen an der Politik der Stadt orientierte.

In einem Schlusswort fasst Stephan Selzer die Inhalte der dem Band vorausgegangenem Tagung nochmal zusammen. Der Sammelband bietet eine intensiv ausgearbeitete Forschungsarbeit mit viel-

versprechenden Themenfeldern von renommierten Historikern. Die Erschliessung neuer Forschungsfelder lässt eine neue Sicht auf die spätmittelalterliche Urbanität und vormoderne Kirchengeschichte zu. Der Knappheit des Buches geschuldet, können hier nur Fallbeispiele untersucht werden, wodurch der Sammelband für zukünftige Projekte reichlich Spielraum lässt. Als erste Einführung bietet der Sammelband einen Denkanstoss für ein komplexes Thema. Der Untersuchungsraum müsste auf Kathedralstädte im Nord- und Südosten erweitert werden, dann wäre gar eine Neubewertung der frühesten Reformationszeit möglich.

Patrick Wiesenbacher

*Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hg.): **Tambora. Ein Vulkan verändert Südwestdeutschland.** Verlag Regionalkultur, Ubstadt-Weiher 2017, 128 Seiten*

Dieses kleine, handliche Buch mit Beiträgen von fünf Mitautoren (Thomas Schnabel, Peter Schneider, Stephan Dabbert, Ulrich Fellmeth und Thorsten Wehber) ist eines der vielen Ergebnisse des Kooperationsprojekts 2015 zum 200. Jahrestag des Ausbruchs des Vulkans Tambora in Indonesien. Schwerpunkt­mässig wird beschrieben, wie das damalige Königreich Württemberg als kleiner Staat auf dieses globale Ereignis reagiert hat und welche der damaligen Massnahmen bis heute nachwirken. Das Jahr 1816 ist als das Jahr ohne Sommer mit dürrtiger Ernte, einem stark verdunkelten Himmel, extrem schlechtem Wetter mit massiert starken Regenfällen und sprunghaft angestiegener Teuerung in die Geschichte eingegangen.

Beim Tambora-Ausbruch im April 1815 handelt es sich um den grössten Vulkanausbruch in historischer Zeit. Die Lavaströme breiteten sich um den Vulkan bis zu 20 Kilometer aus, der Auswurf wird auf 100 bis 150 km³ geschätzt. Für diese Dimension hätte sich hier zur besseren Vorstellung ein Vergleich mit dem «Schwäbischen Meer» angeboten, dessen Wasservolumen bei mittlerem Pegelstand ca. 48 km³ beträgt. Durch die Eruption schrumpfte der Berg um etwa 1'500 Höhenmeter. Mindestens 10'000 Menschen in Vulkannähe verloren ihr Leben. Noch Jahre später erschien der Himmel über Europa im gelb-orangen «Flanellsonnenschein», wie ihn William Turner oft auf seinen Gemälden dargestellt hat und was später noch die Impressionisten beeinflusste. Zum Vergleich: Der in der Nähe 1883 ausgebrochene Vulkan Krakatau erreichte lediglich ein Fünftel an Auswurfmasse.

Als Glücksfall wird betont, dass zu jener Zeit nicht mehr der despotische König Friedrich (gest. 1816) das Land Württemberg regierte, sondern das sozial eingestellte Königspaar Wilhelm I. und Katharina Pawlowna. Beide erkannten die bestehenden wirtschaftlichen Mängel und die zugespitzte Not, deren Ursachen damals in Europa völlig unbekannt waren und die zu einer grossen Hungersnot mit Massenauswanderung führten. Nach der Einrichtung von Suppenküchen und der Steuerung der Getreideimporte und -exporte mittels Zollpolitik leiteten sie eine Reihe von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Massnahmen ein, die zum Teil bis heute nachwirken: Gründung eines Wohltätigkeitsvereins, Übergang von der Dreifelder- zur Fruchtwechselwirtschaft, Entwicklung neuer Agrartechniken, Errichtung von Versuchsgütern für die landwirtschaftliche Forschung, Eröffnung des ersten landwirtschaftlichen Hauptfestes in Cannstatt – das jetzige Volksfest auf dem Wasen –, Gründung der Württembergischen Sparkasse in Stuttgart, aus der später die BW-Bank wurde, und schliesslich die Gründung der landwirtschaftlichen Akademie in Schloss Hohenheim.

In zahlreichen Skizzen und Diagrammen werden für den betreffenden Zeitraum die Temperaturabweichungen, die Schwankungen der Getreide- und Lebensmittelpreise, die Zunahme der landwirtschaftlichen Produktivität nach den Reformen Wilhelms I. und Katharinas, die Bevölkerungsentwicklung und die Gründung von Spar- und Leihkassen aufgezeigt. Diese Skizzen liessen sich noch um eine weitere ergänzen, auf der die meteorologischen Auswirkungen in Europa dargestellt wären. Südwest-

deutschland und Frankreich waren durch diese Naturkatastrophe besonders stark betroffen. Mehrere Seiten nimmt die Entwicklung des Sparkassenwesens in Württemberg ein, insbesondere mit Bezug zur Industrialisierung. Der Gedanke des vorsorglichen Sparens errang zu jener Zeit Breitenwirkung. Etliche Fotos und Portraits erläutern die Texte und lockern sie auf.

Nach neueren Erkenntnissen soll der Vulkanausbruch nicht der einzige Grund für den kühlen Sommer 1816 gewesen sein, sondern ein bereits 1812 eingetretenes globales Klimaphänomen sei durch den Vulkanausbruch noch verstärkt worden.

Hans-Dieter Kuhn

Vereinsnachrichten

*Protokoll der 62. Mitgliederversammlung des Hegau-Geschichtsvereins
am Samstag, dem 17. Februar 2018, in der Stadhalle Singen*

I. Mitgliederversammlung

1. Begrüssung durch den Präsidenten

Der Präsident des Hegau-Geschichtsvereins (HGV), Wilderich Graf von und zu Bodman, heisst zu Beginn der 62. Mitgliederversammlung alle Anwesenden herzlich willkommen und begrüsst insbesondere Oberbürgermeister Bernd Häusler als Vertreter der Stadt Singen. Er dankt der Stadt für die vielfältige Unterstützung des HGV. Durch Erheben von ihren Plätzen gedenken der Präsident und die Anwesenden der seit der letzten Hauptversammlung verstorbenen Mitglieder: Fritz Egger, Gottmadingen; Regine Förster, Kelkheim; Horst Hecker, St. Georgen; Emil Mundhaas, Konstanz; Dr. Joachim Oexle, Singen; Wolfgang Pözl, Singen; Otto Riedmüller, Mühlhausen-Ehingen; Urs Roesch, Diessenhofen; Thilde Rothfelder, Tengen; Sophie Stitz, Stockach; Anna Marie Widmer, Überlingen.

2. Grusswort von Oberbürgermeister Bernd Häusler

Der Oberbürgermeister der Stadt Singen, Bernd Häusler, wendet sich mit einem Grusswort an die Anwesenden. Er betont, dass der HGV ein Verein ist, der in Singen gegründet wurde, der aber den grössten Teil seiner Mitglieder ausserhalb der Stadt hat. Das untermauere die Rolle Singens als «Hauptstadt» des Hegau. Der scheidende Präsident, Wilderich Graf von und zu Bodman, sei der ideale Präsident für den Hegau-Geschichtsverein gewesen, tief in dieser Landschaft, ihrer Geschichte und ihrer Kultur verwurzelt. Schon der Name «Bodman» stehe für jahrhundertlanges Wirken im und für den Hegau. Aber auch Graf Bodman selbst habe vieles für die Geschichtslandschaft Hegau getan. Er habe Publikationen angeregt, Vorträge gehalten, sich für erhaltenswerte Denkmale eingesetzt und nicht zuletzt historische Gebäude seiner Familie in Bodman, in Langenrain, auf dem Frauenberg und anderswo mustergültig sanieren und restaurieren lassen. Der Oberbürgermeister dankt Graf Bodman, ganz besonders auch für seine langjährige Tätigkeit im Präsidentenamt des HGV. Auf den HGV sei die Stadt Singen stolz und werde ihn auch in Zukunft unterstützen.

3. Geschäftsbericht des 1. Vorsitzenden

«Denkmalpflege – Heimatpflege» war das Jahresthema 2017. Beides tut Not, und der HGV hat versucht, diesem Bedürfnis gerecht zu werden. In verschiedenen Veranstaltungen wurden die Leistungen der Denkmalpflege im Hegau gewürdigt, und, wenn nötig, wurde auch deutlich darauf hingewiesen, wo es nicht so erfolgreich verlief.

52 Veranstaltungen sind in den beiden Programm-Flyern aufgeführt. 52 Mal hat der HGV Mitglieder und Nicht-Mitglieder zu Veranstaltungen gelockt, die 52 Mal etwas Neues zur Geschichte des Hegau erfahren haben und ihren Kenntnisstand über diese Landschaft und ihre Geschichte erweitern konnten. Der grosse Umfang des Programms wird im Verein und von anderen Geschichtsvereinen immer wieder lobend und bewundernd erwähnt. Dabei ist dieser Umfang immer wieder Gegenstand von Diskussionen im HGV: «Muss es denn immer so viel sein? Geht Euch nicht mal die Luft aus? Andere kommen doch aus mit weniger aus.» Ich meine, dass der HGV diesen Umfang beibehalten kann und auch muss, solange eine Nachfrage nach dem Programm besteht – und die ist immer feststellbar.

Um nur einige Punkte aus dem Programm 2017 hervorzuheben: Ein wichtiges Thema war auch für den HGV die Reformation. In vier Veranstaltungen, einem Vortrag im März zum Thema «Der Hegau in der Reformationszeit», einer Spurensuche nach der Folgen der Reformation in der Region – in Storzeln, in Schleithem, dem «Rom der Wiedertäufer», in der Herrnhuter Brüdergemeine Königsfeld und in Ober- und Unterbaldingen –, in einem Symposium im Oktober in Hilzingen und dem Vortrag von Prof. Christel Köhle-Hezinger zum Thema «Typisch evangelisch, typisch katholisch» hat der HGV die Reformation in der Region und deren Folgen vorgestellt.

Nicht ganz so reformatorisch, aber wunderschön war die Sonderfahrt mit dem Schiff nach Stein am Rhein, während der in vier Vorträgen von renommierten Historikern die Flucht von Papst Johannes XXIII. vom Konstanzer Konzil nachgezeichnet wurde. Nahrhaft war dieser Ausflug auch, weil der gastgebende Kanton Schaffhausen die Teilnehmer überraschend reich bewirtete.

Der Informationsnachmittag fand anlässlich des 750-jährigen Stadtjubiläums in Radolfzell in der Stadtbibliothek statt, wo Gelegenheit bestand, die beiden «Schiesser»-Ausstellungen zu besuchen. Radolfzell war auch der Ort, wo nach einem famosen Orgelkonzert im Münster das Jahrbuch HEGAU 2017 vor einer grossen Schar von Mitgliedern und Gästen vorgestellt wurde. Gedankt sei nochmals Christof Stadler für seinen eindrücklichen Vortrag und seinen Beitrag im Jahrbuch über seine Stadt und die Veränderungen, die Radolfzell in den letzten 200 Jahren am Baubestand erfahren musste.

Die Zweitagesfahrt des HGV führte nach Heidelberg, Mannheim und Schwetzingen zu Baudenkmalen in der Kurpfalz, die Holger Starzmann wieder auf seine unnachahmliche Art erläuterte. Zu zwei Ausstellungseröffnungen wurden die HGV-Mitglieder eingeladen: «50 Jahre Kreisarchäologie» im Archäologischen Landesmuseum Konstanz und «Denk-

malschutz – Heimatpflege im Landkreis Konstanz» im Landratsamt, die unter den Besuchern zu regen Diskussionen führte, was die Denkmalpflege im Landkreis zu leisten im Stande war, und wo es ihr nicht gelang, Denkmale zu retten.

Ein Höhepunkt im Vereinsjahr war der 14. Dezember, an dem das lang vorbereitete und noch länger angekündigte Buch von Franz Hofmann über «Kunstschätze des Frühmittelalters und der Romanik am westlichen Bodensee» im wunderschönen Refektorium des ehemaligen Klosters auf der Reichenau vorgestellt wurde. Das Programm 2017 schloss der HGV mit einer lehrreichen Exkursion nach Stuttgart ab, wo die klassische Moderne des Werkbundes mit der Weissenhof-Siedlung der 1920er Jahre und als Gegenentwurf die Gebäude der Kochenhof-Siedlung der 1930er Jahre im Mittelpunkt standen.

Weitere Stationen des Programmjahres waren: die Führung von Thomas Schaad mit dem Arbeitskreis Denkmalpflege im Oktober zur vom Abriss bedrohten Alten Säge in Aach mit ca. 70 Teilnehmern und im Mai durch das Wohn- und Amtshaus von Casimir Blaicher in Meersburg; der Besuch mit Prof. Rainer Luick mit dem Arbeitskreis Kulturlandschaft auf dem Öko-Hof der Familie Müller in Kaltbrunn; der Vortrag von Prof. Luick «Wilde Wälder in Europa», zu dem ca. 100 Personen ins Rathaus Singen kamen; die Fahrt mit Dr. Meyer auf den Spuren der Nellenburger; die Führung mit Dr. Hofmann in Ermatingen; der Tag des offenen Denkmals zum Thema «Macht und Pracht»; der Vortrag von Dr. Jürgen Glocker in der Bibliothek des Schlosses Langenstein über den Porträtmaler Winterhalter; der Vortrag von Prof. Andermann im Schnetztor über Baden; die Krippenfahrt nach Schloss Glatt mit Ulrich Scheller und den grossen Kuchenstücken im Café.

Archäologisches gab es natürlich auch wieder, wie die Fahrt von Dr. Haid zum Römerbad in Hüfingen und zum Silberbergwerk in Haslach, daneben mehrere Wanderungen und Vorträge zu Ausgrabungen an Fundstätten aller archäologischen Epochen. Gedankt sei den eifrigen Burgenforschern Uwe Frank, Rudi Martin und Ralf Schrage, die unermüdlich immer neue Burgen, Burgruinen und Burgstellen erkunden und einem stets wissbegierigen Publikum erläutern. Der neue Stockacher Museums- und Archivleiter Johannes Waldschütz ist gleich von Anfang an voll in die Schuhe von Dr. Yvonne Istas geschlüpft und hat ein interessantes Programm des Arbeitskreises Landeskunde/Landesgeschichte Stockach vorgelegt.

Neben dem Jahrbuch HEGAU 2017 zum Thema «Denkmalpflege und Heimatpflege im Hegau» sind in der Reihe «Hegau-Bibliothek» erschienen: Hildegard Bibby und Katharina Maier: Radolfzell am Bodensee. Die Chronik (Bd. 175); Gemeinde Büsingen: Büsingen am Hochrhein – Milch zweier Mütter. 50 Jahre Staatsvertrag (Bd. 176); Cosima Bellersen Quirini: 100 besondere Orte im Hegau (Bd. 177); Stadtarchiv Singen: 70 Jahre Theresienkapelle. Gefangenschaft, Zwangsarbeit und Gottesdienst (Bd. 178); Franz Hofmann: Frühmittelalter und Romanik am westlichen Bodensee (Bd. 179); Gemeinde Steisslingen: Steisslingen – das Buch von Steisslingern für Steisslinger (Bd. 180).

Der HGV will künftig intensiver mit den Mitgliedern in Kontakt sein und hat beschlossen, dies mit «facebook» zu tun. Karsten Meyer wird die «facebook»-Seite einrichten und

betreuen. Die Mitglieder sind aufgefordert, diese Möglichkeit zu nutzen, um dem Vorstand und der Welt ihre Meinung über das Programm, ihre Ideen und Vorschläge mitzuteilen.

Der HGV hat nun 1128 Mitglieder samt Tauschpartnern und Abonnenten, das sind drei mehr als ein Jahr zuvor. In einer Zeit, in der alle Vereine, gleich welcher Art, einen sinkenden Mitgliederstand zu verzeichnen haben, macht das schon etwas stolz.

Auch 2017 hat der HGV die Geschichtspristräger der Abschlussklassen an allen Gymnasien und einigen Realschulen im Kreis Konstanz mit einem Buchpreis und einer kostenlosen einjährigen Mitgliedschaft im HGV bedacht. Die Preisträger kommen wieder aus dem ganzen Hegau: Moritz Arnold, Konstanz (Marianum Hegne); Lisa Braun, Singen (Hegau-Gymnasium Singen); Anna Edmaier, Jestetten (Friedrich Wöhler-Gymnasium, Singen); Cristian Florea, Radolfzell (Gerhard Thielke-Realschule, Radolfzell); Jacob Kolb, Singen (Zeppelin-Realschule Singen); Maria-Raphaela Künzli, Jestetten (Hohentwiel-Gewerbeschule, Technische Oberschule, Singen); Niklas Lochmann, Singen (Ten Brink-Schule, Rielasingen-Worblingen); Maren Majewski, Singen (VHS Konstanz-Singen, Berufliches Abendgymnasium, Singen); Anneke Mayer, Konstanz (Geschwister Scholl Gymnasium, Konstanz); Ines Mecking, Konstanz (Alexander von Humboldt-Gymnasium, Konstanz); Christian Roesler, Eigeltingen (Hohentwiel-Gewerbeschule, Technisches Gymnasium, Singen); Sophia Rose, Engen (Gymnasium Engen); Robin Bodo Schmidt, Singen (Robert Gerwig-Schule, Singen); Luisa Stroppel, Mühlingen (Nellenburg-Gymnasium, Stockach); Patricia Sugg, Radolfzell (Friedrich Hecker-Gymnasium, Radolfzell); Valentina Szalay, Engen (Hegau-Gymnasium, Singen); Marisa Isa Vrdoljak, Konstanz (Wessenberg-Schule, Wirtschaftsgymnasium, Konstanz); Anselm Wesner, Konstanz (Heinrich Suso-Gymnasium, Konstanz).

Über Wochen hinweg wurde im Sommer im Hegau über den geplanten Bau von zwei Windrädern auf dem Kirnberg bei Steisslingen diskutiert. Der HGV und der Schwarzwaldverein sowie eine Initiative sahen in der Errichtung solcher Windradanlagen im zentralen Hegau einen nicht verantwortbaren Eingriff in das Landschaftsbild des Hegau, das in den letzten Jahren viele grosse Eingriffe hinnehmen musste: Gewächshäuser, die besser nach Spanien gehören, Biogasanlagen, die einfach von der Landwirtschaft in die freie Landschaft gesetzt werden können, Fotovoltaik-Anlagen, die hektarweit die Landschaft beeinträchtigen. Angesichts auch der prognostizierten geringen Windhöflichkeit auf dem Kirnberg war die ablehnende Haltung auch schon aus wirtschaftlichen Gründen gerechtfertigt, stecken doch hinter dem Investor die Stadtwerke der Hegaugemeinden.

Es sei nochmals betont: Der HGV ist nicht gegen Windräder, aber bitte nur dort, wo zum einen Wind in ausreichender Stärke vorhanden ist, und zum andern, wo sie ein von vielen Eingriffen bedrohtes Landschaftsbild nicht noch mehr beschädigen. An dieser Stelle wurde schon mehrfach auf die Sorgen um die Landschaft aufmerksam gemacht, die die Verantwortlichen eines Vereins haben, bei dem auch der Schutz dieser Hegau-Landschaft laut Satzung zum Vereinszweck gehört.

In den letzten Wochen kam endlich eine Diskussion über den Land- oder besser Landschaftsverbrauch im Hegau in Gang. Aus Verantwortung für künftige Generationen, an die wir eine intakte Landschaft übergeben müssen, muss diesem ungezügelter Verbrauch von Land für Wohn- und vor allem Gewerbebebauung Einhalt geboten werden. Vor ein paar Jahren wurden wir hierfür noch belächelt, nun endlich ist dieses Thema bei den Verantwortlichen, den Bürgermeisterinnen und den Gemeinderäten angekommen und wird dort diskutiert. Es darf nicht sein, dass unsere wertvolle Kulturlandschaft für immer verschwindet, weil es einfacher ist, Bauland auszuweisen, als nach Alternativen wie Verdichtung, ausgefeilten Geschosswohnungsbau oder neuen Wohnformen zu suchen.

Am Schluss sei wieder all jenen gedankt, ohne die ein Verein wie der HGV nicht funktionieren würde: an erster Stelle den Mitgliedern des Vorstands für ihre Ideen und ihre Tatkraft bei deren Umsetzung, den Mitgliedern des Redaktions- und Programmausschusses und des diskussionsfreudigen Beirats, die die Arbeit des Vorstands fruchtbar begleiten; den Damen in der Geschäftsstelle, Frau Stotz und Frau Beschle, für ihre umsichtige und engagierte Arbeit – sie sind die wichtigen Kontaktpersonen zu den Mitgliedern, den Referenten und Führern, ohne die kein so grosses Veranstaltungsprogramm durchzuführen wäre; den Damen des eifrigen und ideenreichen Cateringteams; Herrn Wieser von der Hegau-Bibliothek, der nicht nur den Autoren des Jahrbuchs HEGAU, sondern vielen Lesern dieser bedeutenden regionalgeschichtlichen Bibliothek überaus kenntnisreich und hilfsbereit zur Seite steht; natürlich der Stadt Singen für die vielfältige Unterstützung und nicht zuletzt den Mitgliedern, die die Arbeit des Vorstands durch rege Teilnahme an den Vorträgen, Führungen und Exkursionen honorieren.

4. Kassenbericht des Schatzmeisters

Die Einnahmen für das Kalenderjahr 2017 setzten sich folgendermassen zusammen: Mitgliedsbeiträge 28'821,85 €; Zuschüsse des Landes 5'000,00 €; Spenden 1'510,45 €; Zinserträge 0,81 €; Erlöse aus Buchverkäufen 5'911,78 €; Erlöse aus Exkursionen 14'030,58 €; Erlöse aus kulturellen Veranstaltungen 2'304,09 €. Die Gesamteinnahmen 2017 betragen damit 57'579,56 €.

Die Ausgaben im Kalenderjahr 2017 setzten sich folgendermassen zusammen: Herstellung des Jahrbuchs HEGAU 2017 insgesamt 21'561,74 €; Herstellung des «Kunstschätze»-Bandes «Frühmittelalter und Romanik» 13'447,14 €; Aufwand für sonstige Veröffentlichungen 100,00 €; Kauf von Büchern 1'293,55 €; Aufwand für Exkursionen 11'901,41 €; Aufwand für Versammlungen und sonstige kulturelle Veranstaltungen 7'600,95 €; sonstige Kosten ideeller Bereich 500,00 €; allgemeine Bürokosten 843,33 €; Porto, Telefon, Frachten 3'246,49 €; Versicherungen 546,77 €; Bankgebühren Deutschland 76,84 €; Bankgebühren Schweiz 60,56 €; Beiträge für Mitgliedschaften 162,00 €; Internet-Auftritt 443,96 €; für 2016 angefallene Umsatzsteuer 80,70 €; Künstlersozialkasse -525,44 € (Rückzahlung). Die Gesamtausgaben 2017 betragen damit 61'340,00 €

Der HGV hat somit 2017 einen Verlust von 3'760,44 € zu verzeichnen, der vor allem von der Herstellung des Romanik-Buches herrührt. Der Verkauf dieses Buches begann aber erst Ende 2017, hier sind für 2018 entsprechend grössere Einnahmen zu erwarten.

Der Kassenbestand zum 31. Dezember 2017: Barkasse 1'118,15 €; Sparkasse Hegau-Bodensee Girokonto 3'605,19 €; Sparkasse Hegau-Bodensee Online Festgeld 68'007,79 €; Schaffhauser Kantonalbank 26,13 €; Forderungen 366,14 €. Der Verein ist damit weiterhin wirtschaftlich gesund und steht auf einer soliden finanziellen Basis. Die Herausgabe des nächsten Jahrbuchs sowie die anderen Aktivitäten sind gesichert.

5. Bericht der Kassenprüfer

Der 1. Vorsitzende dankt Schatzmeister Bernd Eisenhardt für den vorzüglichen Kassenbericht und die solide Kassenführung. Die Kassenprüfung 2017 wurde durch Hans-Dieter Kuhn und Roland Frank vorgenommen. Herr Kuhn referiert die Ergebnisse: Buchführung und Belegwesen des HGV seien geordnet. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2017 vermittele ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der finanziellen Lage des HGV. Der HGV stehe wirtschaftlich auf solidem Boden. Herr Kuhn empfiehlt der Mitgliederversammlung, den Jahresabschluss 2017 festzustellen und hierfür dem Schatzmeister und dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

6. Aussprache über TOP 3-5

Hierzu gibt es keine Wortmeldungen.

7. Entlastung des Vorstands

Der Oberbürgermeister der Stadt Singen, Bernd Häusler, beantragt die Entlastung des Schatzmeisters und des übrigen Vorstands, die per Handzeichen ohne Gegenstimme – bei Enthaltung der Vorstandsmitglieder – erteilt wird.

8. Ehrung des scheidenden Präsidenten des HGV, Wilderich Graf von und zu Bodman

Der 1. Vorsitzende teilt der Mitgliederversammlung mit, dass Graf Bodman, dessen Amtszeit endet, nicht mehr zur Wiederwahl stehen möchte. «Umbruchzeiten» heisst der Themenschwerpunkt 2018. In der Tat, es sind Umbruchzeiten, denn nach gemeinsamen und, das darf man sicherlich sagen, erfolgreichen 26 Jahren tritt Graf Bodman als Präsident des HGV in den wohlverdienten Ruhestand. Er war ein Glücksfall für den Verein. Sein Interesse an der Geschichte, sein grosses Verständnis für historische Verbindungen und Bezüge sind beim Chef einer Familie, nach der der Bodensee benannt ist, eigentlich zu erwarten, aber nicht in diesem Ausmass. Er hat den Verein nicht nur befruchtet und vieles angeregt, sondern hat auch die Vereinsarbeit erleichtert und manches möglich gemacht. Der Vorstand dankt Graf Bodman für das Vierteljahrhundert Präsidenschaft für den Hegau-Geschichtsverein ganz herzlich.

Als Überraschung spielt die Musikkapelle Bodman auf, die ohne Wissen des Präsidenten hinter dem Vorhang gewartet hat. Der Präsident dankt der Kapelle und dankt dem Vorstand für die gelungene Überraschung. Dann verliest der 1. Vorsitzende eine Laudatio auf den Präsidenten, die der Ehrenvorsitzende des HGV, Dr. Franz Götz verfasst hat, der krankheitshalber daran gehindert ist, die Laudatio selbst vorzutragen.

«Wilderich Graf von und zu Bodman wurde am 28. März 1992 erstmals zum Präsidenten des HGV gewählt, als Nachfolger von Dr. Herbert Berner. Dreimal wurde er in seinem Amt bestätigt. Bevor er 1992 das Präsidentenamt übernahm, war er zehn Jahre lang 2. Vorsitzender des HGV. Als Träger des Ortsnamens Bodman, nach dem der Bodensee benannt wurde, als Majoratsherr der ältesten Adelsfamilie am Bodensee war er als Präsident eine Zierde des HGV. In der Person des Grafen Wilderich von und zu Bodman hatte der grosse, aktive und hoch geschätzte Verein eine adäquate Repräsentanz. Souverän leitete er Sitzungen und Versammlungen, seine Reden und Ansprachen waren eloquent und historisch fundiert. Seine Tätigkeit erschöpfte sich jedoch nicht in der routinierten Erledigung repräsentativer Aufgaben. Er wirkte immer auch durch seine Anregungen und Vorschläge an der Bestimmung von Weg und Richtung des HGV mit.

Genau wissen wir es nicht, aber wahrscheinlich sitzt die Familie von Bodman schon tausend Jahre am Bodensee, urkundlich nachweisbar seit der Mitte des 12. Jahrhunderts. Graf Wilderich fühlte sich dieser langen Tradition immer verpflichtet und übernahm wie viele seiner Vorfahren zu Nutz und Frommen seiner Mitmenschen zahlreiche Mandate und Ehrenämter in Kirche, Staat und Vereinen. Der Diplom-Agraringenieur kümmerte sich um seinen Landwirtschaftsbetrieb, den Obst- und Weinbau und um die Pflege seines Waldes. Daneben spielten Engagements in politischen und kirchlichen Ämtern eine grosse Rolle, als Gemeinderat und Kreisrat und als Mitglied und Vorsitzender des Diözesanrats der Erzdiözese Freiburg.

Vor allem die aussergewöhnlichen Leistungen ‚unseres‘ Grafen auf den Gebieten der Landeskunde, der Erschliessung historischer Quellen und der nachhaltigen Unterstützung regionaler Geschichtsforschung, der Kunstgeschichte und der Denkmalpflege erhielten 2003 sichtbare Anerkennung durch die Verleihung des Hegau-Preises der Gemeinde Steisslingen. Ein solch hochkarätiger Präsident gereichte dem HGV stets zu höchstem Ruhm.

Bei all den vielen Diensten lebt der nunmehr 81-Jährige persönlich bescheiden, bietet nichts für den Klatsch in der Regenbogenpresse, weiss, dass die Worte ‚Adel‘ und ‚edel‘ sinnverwandt sind und dass man mit diesen beiden Worten nicht nur Vornehmheit, sondern auch edle Gesinnung verbindet. Auf einer Wappenscheibe des Ritters Hans Konrad von Bodman aus dem Jahr 1590 steht die Spruchweisheit ‚Unflätig ist nit hübsch‘. Dieses Motto gilt uneingeschränkt auch für den Grafen Wilderich von und zu Bodman, dem alle Mitglieder des HGV noch einmal ganz herzlich für seinen jahrzehntelangen Einsatz im Bemühen um die Erweiterung der Geschichtskennntnisse und die Stärkung des Geschichtsbewusstseins danken wollen. Er möge uns noch möglichst lange erhalten bleiben. Ad multos annos!»

Nach der Laudatio fragt der 1. Vorsitzende die Anwesenden gemäss Satzung, ob Graf Bodman die Ehrenpräsidentschaft des HGV verliehen werden soll. Per Handzeichen wird dem einstimmig zugestimmt. Graf Bodman ist damit nach Dr. Herbert Berner der zweite Ehrenpräsident des HGV, ein Amt, mit dem keine Pflichten, sondern nur Rechte verbunden sind. Nach einem weiteren Musikstück der Musikkapelle Bodman überreicht der 1. Vorsitzende dem scheidenden Präsidenten einen gerahmten, grossen Abzug einer historischen Luftaufnahme von Bodman.

9. Wahl des Präsidenten

Der 1. Vorsitzende schlägt Manfred Sailer, den früheren langjährigen Bürgermeister der Stadt Engen, als Präsidenten des HGV vor. Auf die Frage, ob es weitere Kandidaten gibt, gibt es keine Meldungen. Aus dem Publikum wird gewünscht, dass sich Manfred Sailer kurz vorstellt, was dieser gerne erfüllt. Er referiert seine Tätigkeit als Bürgermeister in Engen, danach als Verantwortlicher für Finanzen und Kunst bei der Landesgartenschau in Singen und derzeit als Vorsitzender des Vereins Bodensee Kulturraum, der für das Projekt Bodensee-KunstWege verantwortlich zeichnet.

Anschliessend wird Manfred Sailer in einer offenen Abstimmung mit einer Gegenstimme zum neuen Präsidenten des HGV gewählt. Er nimmt das Amt an, dankt in einer kurzen Ansprache für seine Wahl, dankt Graf Bodman für sein langjähriges Engagement und gratuliert ihm zur Ernennung zum Ehrenpräsidenten. Es sei im Schloss Bodman gewesen, wo er bei der Berührung einer Urkunde aus dem 12. Jh. die Verpflichtung gespürt habe, die eine solch lange Geschichte auch bedeute. Obwohl gebürtiger Württemberger und nur der ersten drei Strophen des Badnerlieds mächtig, sei er doch geprägt von den vielen Jahren im Hegau.

10. Berufung von neuen Beiräten

Der 1. Vorsitzende teilt mit, dass zwei neue Beiräte berufen werden sollen: Dr. Michael Kitzing, Historiker in Singen, der von Dr. Meyer die Leitung des AK Hegau übernommen hat, und Johannes Waldschütz, neuer Leiter des Stadtmuseums und Stadtarchivs in Stockach, der nach Dr. Ista dem AK Landeskunde/Landesgeschichte vorsteht. Der 1. Vorsitzende fragt die Anwesenden, ob es dagegen Einwände gibt. Das ist nicht der Fall.

11. Kurzberichte aus den Arbeitskreisen

Dr. Michael Kitzing stellt für den Arbeitskreis Hegau die für 2018 geplanten Veranstaltungen und Projekte vor. Thomas Schaad für den AK Denkmalpflege, Prof. Dr. Rainer Luick für den AK Kulturlandschaft, Johannes Waldschütz für den AK Landeskunde/Landesgeschichte und Dr. Michael Losse für den Nellenburger Kreis sind nicht anwesend, so dass es keine Berichte aus diesen Arbeitskreisen gibt.

12. Mitteilungen und Anträge, Verschiedenes

Der 1. Vorsitzende stellt die Herren Kuhn und Frank als Kassenprüfer für das Jahr 2018 zur Wahl, der die Mitgliederversammlung einstimmig – bei Enthaltung der bei den Betroffenen

– zustimmt. Er dankt insbesondere der 2. Vorsitzenden, die den Auftritt der Musikkapelle Bodman als Überraschung für den scheidenden Präsidenten organisiert hat. Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, dankt der 1. Vorsitzende den Anwesenden und schliesst die Mitgliederversammlung.

II. Öffentlicher Vortrag für Mitglieder und Gäste

Der neue Ehrenpräsident des HGV, Wilderich Graf von und zu Bodman, begrüsst zu Beginn des öffentlichen Teils der Versammlung die Anwesenden. Zum Thema «Umbruchzeiten» referiert Dr. Markus Schmidgall, Archivar am Vorarlberger Landesarchiv in Bregenz, zum Thema «Die Revolution 1918/19 in Baden». Im Jahr 2018 jähren sich viele historische Ereignisse, die zu Umbrüchen geführt haben. Gegen Ende des Ersten Weltkriegs kam es in vielen deutschen Ländern zu revolutionären Bewegungen, die den Thronverzicht der Regenten verlangten und zu republikanischen Verfassungen führten. Der Referent hat sich intensiv mit den revolutionären Erhebungen in Baden beschäftigt, in deren Folge der badische Grossherzog auf Schloss Langenstein im Hegau seinen Thronverzicht unterschrieb.

Dr. Franz Hofmann (Schriftführer)

Reihe «Hegau-Bibliothek»

Viele, vor allem ältere Publikationen der Reihe sind bereits vergriffen. Informationen zu Preisen oder zu Möglichkeiten des Erwerbs sind bei der Geschäftsstelle des Hegau-Geschichtsvereins, Hohgarten 2, 78224 Singen (Hohentwiel), Telefon (07731) 85-239, zu erhalten.

Die vollständige Liste der Reihe «Hegau-Bibliothek» ist auf der Homepage www.hegau-geschichtsverein.de unter «Publikationen» zu finden.

- Bd. 144 Fredy Meyer: Der Erfinder Karl Friedrich Gegauf – Seine Familie und sein Lebenswerk Bernina. 36 S., 2010
- Bd. 145 Hans-Dieter Kuhn: Die Plansprachen Volapük und Esperanto in Konstanz. 132 S., 2010
- Bd. 146 Stadt Radolfzell/Ortschaftsverwaltung Möggingen (Hg.): Möggingen am Mindelsee – Eine Dorfchronik. 300 S., 2010
- Bd. 147 Jürgen Haid, Wolfgang Kramer (Hg. im Auftrag des Hegau-Geschichtsvereins): Archäologische Schätze im Kreis Konstanz. 256 S., 2011
- Bd. 148 Michael Greuter: Bodensee und Hegau – einst und jetzt. Eine fotografische Zeitreise. 96 S., 2010
- Bd. 149 Reinhard Brosig: Engen in der frühen Neuzeit. Bevölkerung und Gesellschaft. Eine Untersuchung der Bevölkerungs-, Berufs- und Vermögensstruktur von 1600-1800. 448 S., 2012
- Bd. 150 Reinhild Kappes: Joseph Victor von Scheffel – Einblicke in ein vielschichtiges Leben. 112 S., 2011
- Bd. 151 Achim Fenner, Monika Leister: Ein Maler für Radolfzell: Albert Fierz (1863-1913). 123 S., 2011
- Bd. 152 800 Jahre Randegg. Hg. v. Kulturausschuss Randegg. 228 S., 2014
- Bd. 153 Sebastian Hausendorf: «Eine böse Misswirtschaft». Radolfzell 1933-1935. 220 S., 2012
- Bd. 154 Franz Hofmann: Geheimnisvolle Heidenhöhlen. 48 S., 2012
- Bd. 155 Jakobus Kaffanke OSB, Frieder Kammerer, Fredy Meyer: Alte Burg und Ort der Stille. 1'000 Jahre Ramsberg im Linzgau. 250 S., 2012
- Bd. 156 Alfred Gschlecht: Die wechselvolle Geschichte des Dorfes Watterdingen. 316 S., 2013
- Bd. 157 Wolfgang Kramer, Hans-Joachim Schuster, Hg. im Auftrag der Gemeinde Eigeltingen: 764-2014 Eigeltingen in Vergangenheit und Gegenwart. 420 S., 2014
- Bd. 158 100 Jahre «Die Vegetation des Untersees (Bodensee)» von Eugen Baum – Vergleich mit aktuellen Studien der Arbeitsgruppe Bodenseeufer (AGBU), zugleich Band 66 der Mitteilungen der Thurgauischen Naturforschenden Gesellschaft. 257 S., 2012
- Bd. 159 Eva Eberwein, Monika Leister: Lichtwerke – Mia Hesse geb. Bernoulli als Photographin. Versuch einer Nahaufnahme. 238 S., 2014
- Bd. 160 Reinhold Gitter: 150 Jahre Hochrheinbahn – Die Strecke zwischen Aach und Biber. 112 S., 2013
- Bd. 161 Dieter Britz, Roland Kessinger, Reinhold Gitter, Herbert Zahn und Klaus-Michael Peter: 150 Jahre Hochrheinbahn – Singen-Hegau. 128 S., 2013
- Bd. 162 «Ich will als ein ganzer Mann und wahrhaft Deutscher zurückkehren, mit reinem Gewissen.» – Die Kriegstagebücher des Nathan Wolf aus den Jahren 1914 bis 1917. Bearb. und hg. von Anne Overlack. 119 S., 2014
- Bd. 163 Inga Pohlmann (Hg.): «In meiner Lage wühlt sich das ganze Leben auf» – Lebenserinnerungen des Singener Arztes Dr. Karl Huck (1880-1947). 222 S., 2015

- Bd. 164 Reinhold Kappes: «Wir sind Weihnachten wieder zu Hause! « – Singen im Ersten Weltkrieg. Katalog zur gleichnamigen Ausstellung. 84 S., 2014
- Bd. 165 Michael Greuter (Hg.): Singen – Die lebendige Stadt im Herzen des Hegaus. 120 S., 2015
- Bd. 166 Wolfgang Kramer, Michael Losse (Hg. im Auftrag des Hegau-Geschichtsvereins): Historismus und Jugendstil im Kreis Konstanz. 216 S., 2015
- Bd. 167 Franz Hofmann: Grabmale, Epitaphien und alte Friedhöfe im Kreis Konstanz. 168 S., 2015
- Bd. 168 Roland Kessinger, Klaus-Michael Peter (Hg.): Der Hohentwiel. Der Berg im Fokus der Mächte Europas. 204 S., 2015
- Bd. 169 Freundeskreis Jakob Picard in Wangen (Hg.): Wangen am See – September und Oktober 1940. Ein Gedenken. 83 S., 2015
- Bd. 170 Thomas Warndorf: Die Stockacher Fasnacht. Ihre Mythen, ihre Fakten. Die Schlacht am Morgarten, Kuoni von Stocken und ein Privileg. 128 S., 2016
- Bd. 171 Anne Overlack: «In der Heimat eine Fremde». Das Leben einer deutschen jüdischen Familie im 20. Jahrhundert – Erinnerungen und Dokumente. 320 S., 2016
- Bd. 172 Stadt Singen (Hg.): «Hier Florian Singen». Eine Hommage an die Frauen und Männer der Freiwilligen Feuerwehr Singen. 448 S., 2016
- Bd. 173 Hans-Dieter Kuhn: Die Grabmale auf dem Hohentwiefriedhof. 40 S., 2016
- Bd. 174 Michael Losse: Die Festung Hohentwiel und die Burgen und Schlösser in und um Singen (Hohentwiel) im Hegau. 96 S., 2016
- Bd. 175 Hildegard Bibby, Katharina Maier, Stadt Radolfzell (Hg.): Radolfzell am Bodensee. Die Chronik. 416 S., 2017
- Bd. 176 Gemeinde Büsingen (Hg.): Büsingen am Hochrhein – Milch zweier Mütter – 50 Jahre Staatsvertrag. 176 S., 2017
- Bd. 177 Cosima Bellersen Quirini: 100 besondere Orte im Hegau. 227 S., 2017
- Bd. 178 Stadtarchiv Singen (Hg.): 70 Jahre Theresienkapelle. Zwangsarbeit, Gefangenschaft und Gottesdienst. 230 S., 2017
- Bd. 179 Franz Hofmann: Frühmittelalter und Romanik am westlichen Bodensee. 172 S., 2017
- Bd. 180 Steisslingen, das Buch von Steisslinger[innen] für Steisslinger[innen], Red.: Wolfgang Kramer. 147 S., 2017
- Bd. 181 Thomas Warndorf: Eine kleine Stockacher Stadtgeschichte (erscheint 2018)
- Bd. 182 Margret Meier, Helio Stinka, Karsten Meyer: Ein Fährschiff macht Geschichten. 55 unterhaltsame, wissenswerte, kuriose Geschichten rund um Europas erste Binnensee-Automobilfähre. 239 S., 2018

Reihe «Medien»

1. 1'000 Ansichten aus dem Hegau bis 1850. Datenbank-CD-Rom mit Miniatur-Abbildungen. Bearb. von Franz Hofmann. CD-Rom, 2005
2. Quellen zur Frühindustrialisierung im Hegau und am See. Bearb. von Hildegard Bibby. Regionalgeschichte in der Schule Vol. 1. CD-Rom, 2008
3. Quellen zur Nachkriegszeit 1945^18 im Hegau und am See. Bearb. von Hildegard Bibby. Regionalgeschichte in der Schule Vol. 2. CD-Rom, 2011
4. Quellen zum Ersten Weltkrieg 1914-1918 im Hegau und am See. Bearb. von Hildegard Bibby. Regionalgeschichte in der Schule Vol. 3. CD-Rom, 2014

Reihe «Hegau-Flurnamen»

- Bd. IX Dieter Möhle: Der Flecken Eigeltingen samt Probsthof im Spiegel ihrer Flurnamen. Ein Beitrag zur Geschichte des Ortes Eigeltingen. 188 S., 2014

Vorstand

Präsident: Manfred Sailer, Engen, Bürgermeister a.D.

1. Vorsitzender: Wolfgang Kramer, Engen, Kreisarchivar a.D.*

2. Vorsitzende: Sibylle Probst-Lunitz, Radolfzell, Historikerin*

Schatzmeister: Bernd Eisenhardt, Singen (Hohentwiel), Städt. Beamter

Schriftführer: Dr. Franz Hofmann, Konstanz, Historiker, Kunsthistoriker*

Ehrenpräsident

Wilderich Graf von und zu Bodman, Bodman-Ludwigshafen

Ehrenvorsitzender

Dr. Franz Götz, Singen (Hohentwiel), Kreisarchivar i.R.

Beiräte

Hildegard Bibby, Konstanz und Radolfzell, Historikerin*

Dr. Tobias Engelsing, Konstanz, Direktor der städtischen Museen

Achim Fenner, Radolfzell, Stadtarchivar i. R.

Dr. Christian H. Freitag, Hohenfels, Lehrer a. D.

Ottokar Graf, Rielasingen-Worblingen, Zollbeamter

Dr. Joachim J. Halbekann, Esslingen (Neckar), Leiter des Stadtarchivs

Dr. Jürgen Haid, Konstanz und Singen (Hohentwiel), Kreisarchäologe*

Dr. Armin Heim, Messkirch, Museumsleiter

Dr. Yvonne Ista, Kreuzlingen, Leiterin des Museums Rosenegg

Reinhild Kappes, Singen (Hohentwiel), Stadtarchivarin a.D.

Dr. Roland Kessinger, Weinheim (Bergstrasse), Chemiker, Regionalhistoriker

Peter Kessler, Moos, Bürgermeister

Dr. Michael Kitzing, Singen (Hohentwiel), Historiker

Prof. Dr. Jürgen Klöckler, Konstanz, Leiter des Stadtarchivs*

Hans-Dieter Kuhn, Konstanz, Dipl. Finanzwirt

Dr. Michael Losse, Singen (Hohentwiel), Kunsthistoriker, Burgenforscher

Prof. Dr. Rainer Luick, Hilzingen-Riedheim, Prof. an der Hochschule Rottenburg

Franz Meckes, Gaienhofen, Landeskonservator a. D. am Landesamt für Denkmalpflege

Dr. Fredy Meyer, Stockach-Wahlwies, Oberstudienrat a. D.

Walter Möll, Singen (Hohentwiel), ehem. Geschäftsführer KT Singen

Britta Panzer, Singen (Hohentwiel), Leiterin des Stadtarchivs*

Hartmut Rathke, Stockach, Oberstudienrat a.D.

Claudia Rodat, Freiburg (Breisgau), Dipl.-Biologin

Albrecht Salewski, Singen-Bohlingen, Dipl.-Bibliothekar i.R.

Thomas Schaad, Engen-Biesendorf, Architekt, Bauforscher

Dr. Peter Scheck, Schaffhausen, Leiter des Stadtarchivs*

Dr. Helmut Schlichtherle, Gaienhofen-Hemmenhofen, Leiter a. D. Forschungsstelle

Unterwasserarchäologie des Landesamts für Denkmalpflege

Prof. Manfred Schnopp, Stockach, Direktor a. D. Staatl. Seminar Schulpädagogik Rottweil

Christof Stadler, Radolfzell, Schulleiter, Historiker

Christa Stumpf-Boos, Memmelsdorf, Dipl.-Verw.-Wiss.

Werner Trapp, Konstanz, Historiker und Antiquar

Prof. Dr. Joachim Wahl, Konstanz, Anthropologe, Leiter Arbeitsstelle Osteologie
des Landesamts für Denkmalpflege

Johannes Waldschütz, Stockach, Leiter Stadtmuseum und Stadtarchiv

Benjamin Wieser, Konstanz und Singen (Hohentwiel), Leiter der Hegaubibliothek

* Mitglied des Redaktions- und Programmausschusses